

ELISABETH KÖLMEL

BELASTUNGSPROBEN

SOZIALE NORMEN UND NS-VERGANGENHEIT IM MATERIALPRÜFUNGSAMT BERLIN-DAHLEM NACH 1945

RESSORTFORSCHUNG IM 20. JAHRHUNDERT

BIELEFELD UNIVERSITY PRESS

Elisabeth Kölmel

Belastungsproben
Soziale Normen und NS-Vergangenheit im Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem nach 1945

Ressortforschung im 20. Jahrhundert

Ressortforschungseinrichtungen bilden ein elementares Strukturelement des deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems im 20. Jahrhundert. Die Buchreihe „Ressortforschung im 20. Jahrhundert“ präsentiert die Geschichte ausgewählter Ressortforschungseinrichtungen und ihrer Vorläufer vom Ersten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre: der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung sowie der Chemisch-Technischen Reichsanstalt. Im Zentrum stehen die Zeit des Nationalsozialismus sowie der Umgang dieser Behörden mit ihrer NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Reihe richtet sich an Interessierte der NS- und Zeitgeschichte, der Wissenschafts- und Technikgeschichte, der historischen Innovationsforschung sowie an Mitarbeitende heutiger Ressortforschungseinrichtungen.

Reihenherausgeber: Helmut Maier und Carsten Reinhardt

Elisabeth Kölmel studierte Geschichte und Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Universität Stuttgart. Anschließend wurde sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Zentrum für Wissenschafts- und Technikforschung (IZWT) der Bergischen Universität Wuppertal, wo sie im Rahmen des vom BMWK geförderten Verbundvorhabens zur „Geschichte der dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nachgeordneten Behörden während der NS-Zeit und der Nachkriegszeit“ promovierte. Seit 2025 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl „Wirkungsgeschichte der Technik“ der Universität Stuttgart.

Elisabeth Kölmel

Belastungsproben

Soziale Normen und NS-Vergangenheit im Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem nach 1945

BIELEFELD UNIVERSITY PRESS

Gefördert durch:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

BERGISCHE UNIVERSITÄT WUPPERTAL

UNIVERSITÄT BIELEFELD

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

BGR Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BodenBewegungsdienst Deutschland

PTB Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Nationales Metrologieinstitut

BAM Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung

Die Finanzierung dieser Publikation erfolgte durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, daneben durch die Bergische Universität Wuppertal und die Universität Bielefeld.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über https://dnb.dnb.de abrufbar.

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0 veröffentlicht. Die Lizenz erlaubt die Vervielfältigung und Weitergabe, auch zu kommerziellen Zwecken, bei Namensnennung der Urheber*in, sofern das Werk unverändert und vollständig weitergegeben wird. Bearbeitungen, Abwandlungen oder inhaltliche Veränderungen sind nicht gestattet. Die Lizenz gilt ausschließlich für Originalmaterial. Für Inhalte aus anderen Quellen (z. B. Abbildungen, Fotos oder Textauszüge) können abweichende Nutzungsrechte gelten. https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/

Erstveröffentlicht im Jahr 2026 durch Bielefeld University Press, Bielefeld
www.bielefelduniversitypress.de
© Elisabeth Kölmel

Umschlagsgestaltung / Satz: Leon Pöhler, Bielefeld
Coverfoto: © Fassade eines der Hauptgebäude des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem/der BAM, BAM-Archiv
Druck: Mediaprint Solutions GmbH, Paderborn

Print-ISBN: 978-3-69129-021-9
PDF-ISBN: 978-3-69129-022-6
DOI: 10.64136/noik7426

Dank

Dieses Buch hätte ohne die Unterstützung und Anteilnahme einer Vielzahl von Personen und Institutionen nicht entstehen können. Mein Dank gilt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie der Bundesanstalt und Materialforschung und -prüfung (BAM), die die finanziellen Mittel für dieses Projekt zur Verfügung stellten und es mir ermöglichten, die vorliegende Studie ohne jedwede Einflussnahme anfertigen zu dürfen. Der Projektleitung, Helmut Maier und Carsten Reinhardt, danke ich insbesondere für die Unterstützung bei der Konzeptionalisierung meiner Dissertation sowie den fruchtbaren Austausch und die zahlreichen wertvollen Anregungen. Gleichermaßen möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Forschungsprojekt danken: Sören Flachowsky, Simon Große-Wilde, Yvonne Schellhorn, Jens Thiel, Matthias Uhl, Vivian Yurdakul, ihr habt neben der fachlichen Unterstützung und dem Austausch von Material wesentlich dazu beigetragen, dass aus einer bloßen Ansammlung von Personen in einem Projekt ein Team geworden ist. Mein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang meinem wichtigsten „Materialprüfer" Malte Stöcken, der mir eine Vielzahl von Quellen aus der Zeit vor ‚1945' zur Verfügung stellte, mit dem zusammen ich eine ausführliche biografische Personenkartei erstellen konnte und mit dem ich als meinem virtuellen Büropartner einen täglichen intensiven Austausch und wissenschaftlichen Diskurs pflegen durfte, kurzum: Ich hätte mir keinen besseren Tandempartner wünschen können.

Den Bundes- und Landesarchiven danke ich darüber hinaus für die Bereitstellung der Bestände und die uneingeschränkte Hilfsbereitschaft bei der Archivarbeit, wobei besonders Michael Albrecht vom Landesarchiv Berlin hervorzuheben ist, der während der Corona-Pandemie eine Schlüsselfunktion beim Zugang und bei der Bereitstellung der wichtigsten Quellenbestände für meine Arbeit einnahm. Ebenso bin ich der BAM in hohem Maße zu Dank verpflichtet, die Malte Stöcken und mir in vertrauensvoller Zusammenarbeit den uneingeschränkten Zugang zu ihrem Archiv gewährten. Dabei seien insbesondere Ralf Berhorst und Bernhard Stoeck erwähnt, die uns bei der Suche nach

historischem Quellenmaterial unterstützten und uns reibungslose Aufenthalte in ihrem Hause ermöglichten.

Dass die Jahre meiner Dissertation so laufen konnten, wie sie liefen, und zu einem manchmal in weiter Ferne erscheinenden Abschluss der Arbeit führten, verdanke ich im Wesentlichen meinem sozialen Umfeld. Meinen Freunden möchte ich für ihre Geduld ebenso wie für ihre Bereitschaft danken, mit mir immer wieder über die Arbeit zu reflektieren und diese zu lektorieren. Heike Lutz danke ich für ihre tiefgreifende Unterstützung. Matthis danke ich für seinen unermüdlichen Willen, mich bei gelegentlichen Krisen aufzuheitern und mir eine der wichtigsten Stützen gewesen zu sein. Für seine unentwegte Lese- und Korrekturbereitschaft und inspirierenden Monologe gilt mein besonderer Dank nicht zuletzt Sebastian Rojek, bei dem ich stets Resonanz gefunden habe.

Inhalt

Dank 5

1 Einleitung 9

2 Reorganisation und Regenerierung – Das erste Nachkriegsjahr 33

2.1 Auf alliiertem Prüfstand 33
2.2 Einsatzfähig bleiben – Das Personal im Sommer 1945 59
2.3 Der Rüstungsbehörde Konversion – Die Integration der CTR 113

3 Die Neuformierung der MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft 157

3.1 Grenzwertbestimmungen „nazistische[n] Einfluss[es]“ beim internen Umgang mit ‚Belasteten‘ 157
3.2 Normproduktion zwischen Vergangenheit und Zukunft 196
3.3 Normkodifizierung – Zur Etablierung der Mitarbeiterzeitschrift 231

4 Vom Be- und Entlasten – Amtsinterne Normen versus Sollforderungen der gesetzlichen Entnazifizierung seit März 1946 259

5 Zur institutionellen Selbst-Narration von normativer Qualität 325

5.1 Einleitendes 325
5.2 Bewahren und Beschweigen – Zum Aufbau eines institutionellen Gedächtnisses 332
5.3 Binnenintegration durch normierte narrative Partizipation in den 1970er Jahren 370
5.4 Von Chauffeuren, Gründervätern und Pionieren – Zur Personalisierung der institutionellen Selbst-Narration 403
5.5 Jubel, Trubel, Geschichtlichkeit – Der institutionelle Festkalender der BAM 452

6 Fazit 505

7 Anhang 517
7.1 Einzelne Anhänge 517
7.1.1 Anhang 1 517
7.1.2 Anhang 2 518
7.1.3 Anhang 3 528
7.1.4 Anhang 4 533
7.1.5 Anhang 5 534
7.2 Verzeichnis der Abbildungen 537
7.3 Verzeichnis der Tabellen 537
7.4 Verzeichnis der Abkürzungen 538
7.5 Archive 541
7.6 Periodika 546
7.7 Gedruckte Quellen und Literatur 548
8 Personenregister 603

1 Einleitung

„Der Inhalt, das *Was* sozialer Normen ist hochgradig variabel;
zwingend ist, *daß* Menschen ihr Verhalten normieren."[1]
(Heinrich Popitz)

Dieses Buch erzählt die Geschichte eines Wandels sozialer Normen nach der deutschen Kriegsniederlage 1945. Der Soziologe Heinrich Popitz hat in seinen grundlegenden Studien zum Normwandel konstatiert, dass die „Geltung sozialer Normen [...] ständig in der Schwebe" sei, deshalb könne man vor allem Zäsuren wie einen „Generationswechsel als eine permanente Risikoschwelle jedes Normensystems bezeichnen, eine dauerhafte Gefährdung, eine dauerhafte Belastungsprobe."[2] Dieser und weiterer Belastungsproben widmet sich die vorliegende Studie anhand des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA), eine Ressortforschungseinrichtung, die bereits seit dem Jahre 1871 existierte. Diese Institution wies einige Besonderheiten auf, denn es handelte sich um eine Behörde, die in spezieller Weise auf den Bedarf moderner Industriegesellschaften eingestellt war, indem sie wissenschaftliche Ressourcen bereitstellte, die als unverzichtbar galten. Aus diesem Grund konnte das Materialprüfungsamt seinen Personalkörper relativ unbeschadet in die Demokratie überführen. Der NS-Betrieb Materialprüfungsamt transformierte sich so im Laufe der Nachkriegszeit in eine Bundesanstalt. Wie war dies möglich? Das Amt lässt sich als eine Partikulargesellschaft innerhalb der (bundes)deutschen Gesellschaft verstehen, die mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Vergangenheit umgehen musste, was unter anderem deshalb eine Herausforderung darstellte, da sie selbst in die NS-Autarkie und Kriegsrüstung eingebunden gewesen war. Das MPA stand daher ebenso wie die westdeutsche Gesellschaft insgesamt vor der enormen Aufgabe, die Transformation von Diktatur und Krieg zu Demokratie und Frieden innerinstitutionell zu bewältigen. Diesen Wandel erzwangen teils die Alliierten durch ihr Entnazifizierungs- und Demilitarisierungsprogramm,

1 Popitz, Die normative Konstruktion von Gesellschaft, 1980, S. 18.
2 Popitz, Allgemeine Soziologische Theorie, 2011, S. 338.

teils beförderten ihn die Amtsangehörigen selbst.[3] Insgesamt handelte es sich um einen Prozess, der dazu zwang, bisher geltende Normen zu überprüfen, neue zu verordnen und diese durchzusetzen, um unter den gewandelten ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anschlussfähig zu sein. Das hieß zum einen, die eigene Tätigkeit als relevant für den Wiederaufbau darzustellen und zum anderen, mittels einer prospektiven Vergangenheitsabwicklung, im Kontext derer sozialen Normen eine besondere Bedeutung zukam, einen internen Umgang mit der jüngsten NS-Vergangenheit zu finden. Die Untersuchung verfolgt den Prozess des Normwandels über mehrere Jahre und Jahrzehnte und setzt dabei systematische Schwerpunkte: Kontinuitäten und Diskontinuitäten in personeller und institutioneller Hinsicht, der amtsinterne Umgang mit ‚belasteten' Mitarbeitern sowie der NS-Vergangenheit überhaupt, die Entnazifizierung und schließlich die institutionelle Erinnerungskultur. Die Arbeit versteht die untersuchte Institution dabei als eine Sonde, die besonderen Aufschluss über die Neuverhandlung sozialer Normen im Übergang von der NS-Diktatur in die Bundesrepublik gibt und zeigt, wie sich Institutionen durch das in ihnen geltende Normensystem konstituieren und nach außen abgrenzen. Die während des Nationalsozialismus durchgesetzten Normen wurden durch das Kriegsende entwertet, sodass es unumgänglich war, neue Normen zu erzeugen. Diese Verwandlungsleistung zeigt die hohe Variabilität von Normensystemen und fügt der bisherigen Behörden- und Institutionenforschung für die Zeit nach 1945 eine wichtige Facette hinzu, die jenseits der Frage nach personellen Kontinuitäten neues Licht auf eine alte Frage wirft: Wie kamen die Deutschen in der Demokratie an?[4]

Antworten auf diese Frage hat die historische Forschung in den letzten Jahrzehnten vor allem in der Untersuchung staatlicher Behörden und ihres Personals in der Transformationsphase zwischen „Drittem Reich" und Bundesrepublik beziehungsweise DDR gesucht. Seit Jahren lässt sich – gleich ob auf Bundes- oder Landesebene – von einem

3 Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum verwendet. Gemeint sind dabei jedoch immer alle Geschlechter. Vgl. zur Frage des sogenannten „Genderns" die überzeugende Argumentation bei Kipke, Sind wir moralisch verpflichtet, eine gendergerechte Sprache zu verwenden?, 2023; Hübl, Moralspektakel, 2024, S. 198–205.

4 Dazu insbesondere auch Rojek, Entnazifizierung und Erzählung, 2023.

„regelrechten Boom der Behördenforschung" sprechen.[5] Es scheint ganz so, als müsse jede Behörde inzwischen ‚ihre' Geschichte im „Dritten Reich" durch professionelle Historiker bearbeiten lassen: Es schlug und schlägt die „Stunde der Historiker-Kommissionen".[6] Nachdem zu Beginn das Auswärtige Amt im Jahre 2005 und in den darauffolgenden Jahren andere höhere Bundesinstitutionen im Fokus standen,[7] sind inzwischen auch Einrichtungen wie das Materialprüfungsamt – die heutige Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), die dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) nachgeordnet ist – in den Fokus gerückt. So ist auch die vorliegende Studie Teil dieses Booms der Auftragsforschung zur NS-Vergangenheit von bundesdeutschen Behörden, genauer bildet sie ein Teilprojekt des Verbundvorhabens zur Geschichte der dem BMWK nachgeordneten Behörden. Die Geschichte dieser Ressortforschungseinrichtungen, bei denen es sich um die heutige Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) in Hannover, die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig sowie die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) in Berlin-Dahlem handelt, wird in einzelnen Teilprojekten für die Zeit *vor* und *nach* 1945 untersucht.[8] Durch die

5 Mentel/Weise, NS-Vergangenheit deutscher Behörden, 2017, S.16.

6 Weinke, „Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht"?, 2020.

7 Vgl. hierzu allgemein Mentel/Weise, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus, 2016; dies., NS-Vergangenheit deutscher Behörden, 2017; Weise, „Mehr als Nazizählerei", 2021; Bajohr/Hürter, Auftragsforschung „NS-Belastung", 2016; Conze, Historikerkommission des Auswärtigen Amtes, 2018; Creuzberger/Geppert, Ämter und ihre Vergangenheit, 2018.

8 Das von den Historikern apl. Prof. Dr. Helmut Maier (IZWT Wuppertal) und Prof. Dr. Carsten Reinhardt (Universität Bielefeld) geleitete Verbundvorhaben zur „Geschichte der dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nachgeordneten Behörden (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Physikalisch-Technische Bundesanstalt) während der NS-Zeit und der Nachkriegszeit" umfasst sechs thematische Schwerpunkte: 1. Forschung und wissenschaftlicher Standard, 2. Biographik, politische Milieus, Täter, Opfer, 3. Kriegsrelevante Wissensproduktion, 4. Okkupationsregime, Sklaven- und Zwangsarbeit, 5. Umgang mit „belasteten" und ehemals verfolgten Mitarbeiter sowie 6. Erinnerungskultur, NS-„Belastete", „Aufarbeitung", Vergangenheitspolitik, vgl. hierzu Maier, Kurzgutachten, 2017. Zu den Ergebnissen des Gesamtprojektes siehe den Syntheseband von Maier, Helmut/Reinhardt, Carsten, Wissenschaft für Autarkie und Krieg, 2026.

in den letzten Jahren vorgelegten Arbeiten hat diese Studie den Vorteil, die Ergebnisse der ersten Forschungsbilanzen berücksichtigen zu können.[9] So ist in der Fachdebatte wiederholt kritisiert worden, dass im Grunde bei allen Behördenstudien mehr oder weniger Ähnliches herauskäme: Beispielsweise sprach der Historiker Niels Weise der bisherigen Behördenforschung zwar durchaus große Verdienste zu und würdigte, dass diese „in vielerlei Hinsicht bisherige Annahmen und […] unsere Kenntnisse der Geschichte" bestätige, vertiefe und präzisiere, stellte jedoch gleichermaßen fest, dass „die Behördenforschungsprojekte bislang keine spektakulären Enthüllungen und grundstürzenden neuen Forschungserkenntnisse lieferten".[10] Nun ist es sicherlich Interpretationssache, ab wann Forschungserkenntnisse wirklich einmal „grundstürzend" neu sind, aber diese Kritik scheint inzwischen gängig zu sein, was sicher auch daran liegt, dass vor allem personelle Kontinuitäten und NS-‚Belastungen' im Fokus der meisten Projekte liegen. Solche Kontinuitäten allerdings sind nur wenig überraschend, denn erstens kennt die Geschichte keine „Stunde Null",[11] und zweitens gilt gerade für „[m]oderne Administrationen und Bürokratien", die „*eo ipso* ein Phänomen von langer Dauer" darstellen, dass Kontinuität „gleichsam ihr inneres Prinzip" ist.[12] Vor diesem Hintergrund haben die Historiker Stefan Creuzberger und Dominik Geppert darauf hingewiesen, dass das Erkenntnisinteresse der Behördenforschung nicht „auf das Ausmaß personeller Kontinuitäten" zielen solle, „sondern auf die weiterführenden Fragen, wie ‚NS-Belastung' zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten definiert und thematisiert wurde und welche Konsequenzen personelle und mentale Kontinuitäten für das Handeln bestimmter Akteure hatten."[13] Inzwischen ist deutlich geworden, dass die Behörden- und Auftragsforschung neue Fragen benötigt, um politische und gesellschaftliche Umbrüche in ihren Folgewirkungen erkenntnisfördernd untersuchen zu können. Es fehlt also nicht an Quellenbeständen, sondern an Konzepten.

9 Vgl. weiter den Beitrag von Mentel, Notwendigkeit der Selbstreflexion, 2017.

10 Weise, „Mehr als Nazizählerei", 2021, S. 402 f.

11 Isensee, „Stunde Null"?, 2013, S. 15.

12 Löffler, „Im Mahlstrom der Zeit", 2018, S. 105. Vgl. hierzu allgemein Kundrus / Steinbacher, Einleitung, 2013.

13 Creuzberger / Geppert, Ämter und ihre Vergangenheit, S. 184.

Die vorliegende Studie versucht, die genannten Ergebnisse und Anregungen aufzunehmen, indem sie konsequent nach der Funktion und Bedeutung sozialer Normen fragt, die innerhalb einer Gesellschaft gelten. Sie untersucht damit die Umbruchssituation nach Ende des Zweiten Weltkrieges in ihren Kontinuitäten und Brüchen mit neuen Begriffen am Beispiel des MPA, das bisher noch nicht adäquat bearbeitet wurde. Die einzige Veröffentlichung zur Geschichte des Amtes ist der Jubiläumsband eines ehemaligen Mitarbeiters der Bundesanstalt, Walter Ruske. Dieser verfasste das Werk anlässlich der Hundertjahrfeier der BAM im Jahre 1971 in deren Auftrag und folgte deshalb vornehmlich den Eigeninteressen und Erzählnormen seiner Institution.[14] Auch eine zweite Veröffentlichung, die im Kontext des 125-jährigen Jubiläums der BAM im Jahre 1996 erschien, bot keine neuen Fragestellungen und mithin keine neuen Erkenntnisse über die Geschichte der Institution, bildete diese „Chronik" doch lediglich einen erweiterten Nachdruck der Ruske'schen Jubiläumsschrift.[15] Der Inhalt der beiden Schriften sowie deren historischer und historiografischer Wert werden in der vorliegenden Studie in einem eigenen Kapitel gesondert und ausführlich untersucht, da sie weniger als Darstellungen, denn vielmehr als Quellen für eine bestimmte Art, die Geschichte zu erzählen, von Interesse sind. Darüber hinaus existiert eine Studie des Technikhistorikers Günther Luxbacher, der das Materialprüfungsamt respektive die im Amt durchgeführten Arbeiten auf dem Gebiet der „Zerstörungsfreien Werkstoffprüfung" untersuchte, die insbesondere für die Nachkriegszeit allerdings auf die dem MPA angegliederte Reichs-Röntgenstelle und deren Reorganisation beschränkt bleibt. Dagegen liegt sein Fokus nicht auf dem Umgang mit der NS-Vergangenheit, Verfolgten und ‚belasteten' Mitarbeitern, und auch Fragen nach der Erinnerungskultur bleiben im Grunde offen.[16] Die Frage nach dem Umgang von Institutionen aus dem Bereich der Naturwissenschaften und Technik mit ihrer jeweiligen Vergangenheit nach 1945 sowie erinnerungskulturelle Perspektiven – etwa von Universitäten, Kaiser-Wilhelm- beziehungsweise Max-Planck-Instituten

14 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971.
15 Ruske/Becker/Czichos, BAM - Die Chronik, 1996.
16 Luxbacher, Durchleuchten, 2018.

oder Gesellschaften – sind auch in der Wissenschafts-, Technik- und allgemeinen Historiografie Gegenstand zahlreicher Untersuchungen, deren Ergebnisse es zu berücksichtigen galt.[17]

In der vorliegenden Studie werden genau in diesen Bereichen die Schwerpunkte gesetzt, denn die Leitfrage richtet sich auf den Umgang mit der fortwährenden Präsenz beziehungsweise Nachwirkung der NS-Vergangenheit in seinen unterschiedlichen Dimensionen. Der Untersuchungszeitraum fokussiert die unmittelbare Nachkriegszeit und reicht in der Analyse einzelner Phänomene bis an die Schwelle zur Gegenwart heran.[18] Um die Frage nach den sozialen Normen zu beantworten, werden exemplarisch das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem und seine Belegschaft untersucht. Der besondere Erkenntniswert liegt dabei *erstens* im Blick auf Normen und Normwandelprozesse und *zweitens* in der Einbeziehung einer Ressortforschungseinrichtung in die Behörden- und Institutionenforschung. Dabei kann der konzeptionelle Rahmen, der für die Untersuchung des Amtes gewählt wurde, helfen, besser und genauer zu erklären, wie der Übergang von der NS-Diktatur zur bundesrepublikanischen Demokratie bewältigt wurde,

17 Dazu etwa Weisbrod (Hrsg.), Akademische Vergangenheitspolitik, 2002; Schmidt/Winzen/Groß, Erinnerungskultur in der Deutschen Röntgengesellschaft, 2016; Schüring, Minervas verstoßene Kinder, 2006; Ash, Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten, 1995; Maier, Forschung als Waffe, 2007, bes. S. 652–957; Hentschel, Mentalität deutscher Physiker, 2007; ders., Mentalität deutscher Physiker, 2005; Rammer, „Sauberkeit im Kreise der Kollegen", 2007; Beyler, „Reine" Wissenschaft und personelle „Säuberungen", 2004; Mehrtens, „Missbrauch", 1995; Plato, Helden des Fortschritts?, 1998; Schmidt, Entnazifizierung und Vergangenheitspolitik 2017; Rammer, Nazifizierung und Entnazifizierung, 2004; Ash, Scientific Changes in Germany, 1999; Hentschel/Rammer, Kein Neuanfang, 2000; Walker, Nazification and Denazification of Physics, 1996; Bollenbeck/Knobloch (Hrsg.), Semantischer Umbau, 2001; Oehler-Klein/Roelcke (Hrsg.), Vergangenheitspolitik, 2007; Sachse, "Whitewash Culture", 2009; Yurdakul, Verdrängung einer „schnell ablaufenden Episode", 2022; Kaiser, Wissenschaft und Technik, 1997; Becker, Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart, 2004; Terhoeven/Schumann (Hrsg.), Strategien der Selbstbehauptung, 2021; Hinz-Wessels, Umgang, 2014; Orth/Oberkrome (Hrsg.), Deutsche Forschungsgemeinschaft, 2010; Bayer/Sparing/Woelk (Hrsg.), Universitäten und Hochschulen, 2004.

18 Vgl. allgemein zur Diskussion um die Periodisierung der Nachkriegszeit sowie die Periodisierung als methodisches Problem Jessen, Zäsuren, Phasen, Kontinuitäten, 2016.

ohne lediglich die ‚braune' Vergangenheit der Akteure zu überprüfen respektive zu konstatieren.

Ein abstraktes Begriffsraster, das sich für diese Art der Analyse anbietet und das für die Methode der vorliegenden Untersuchung leitend ist, hat der Soziologe Heinrich Popitz formuliert.[19] Popitz interessierte sich vor allem dafür, wie Gesellschaften überhaupt funktionieren: Es ging ihm also nicht um eine konkrete Gesellschaft, sondern darum, zu klären, wie Gesellschaft beziehungsweise das wechselseitige Bezogen-Sein von Menschen aufeinander überhaupt möglich ist. Zu diesem Zweck führte er den Begriff der sozialen Normen ein und formulierte dabei seine Universalthese: „In allen Gesellschaften gibt es soziale Normen."[20] Vergesellschaftung ist dabei „stets ein Artificium",[21] muss also aktiv erschaffen und konstruiert werden, wobei soziale Normen – verstanden als „gesollte Verhaltensweisen"[22] – laut dem Soziologen die „Bedingung jeder menschlichen Vergesellschaftung, jeder menschlichen Gesellschaft, das heißt jeder dauerhaften Verfestigung sozialer Verhaltensorientierung auch am zukünftigen Verhalten anderer Menschen" bilden. Von Bedeutung ist hierbei, dass Normen im Gegensatz zu bloßen Sollforderungen daran erkannt werden können, dass ihr Bruch sanktioniert wird.[23] Popitz' Begriffsraster, das hier nicht in allen Details ausgeführt werden kann, aber im Laufe der Arbeit immer wieder aufgegriffen wird, offeriert für den Begriff „Gesellschaft" eine Definition, an die sich hier anschließen lässt: „‚Gesellschaft' [...] soll ein als Einheit umgrenzbares soziales Gebilde mit einem gewissen Intensitätsgrad sozialer Interdependenzen heißen."[24] Nun ist es weiter so, dass der „Einzelne [...] stets [...] Mitglied *mehrerer* Gesellschaften" ist,[25] in denen jeweils andere Normen gelten (können): Familie, Freundeskreis,

19 Wie fruchtbar das Werk Heinrich Popitz' für verschiedenartigste Untersuchungsgegenstände gemacht werden kann, zeigt, wenngleich hier anhand eines anderen theoretischen Ansatzes, etwa Rojek, Versunkene Hoffnungen, 2017.

20 Popitz, Universale Konstrukte sozialer Normierung, 2006, S. 95.

21 Popitz, Soziale Normen, 2006, S. 62.

22 Popitz, Allgemeine Soziologische Theorie, 2011, S. 65, und im Folgenden S. 83.

23 Vgl. hierzu Popitz, Soziale Normen, 2006, S. 69.

24 Popitz, Universale Konstrukte sozialer Normierung, 2006, S. 94.

25 Popitz, Soziale Normen, 2006, S. 68. Vgl. auch ders., Die normative Konstruktion von Gesellschaft, 1980, S. 82: „Der Mensch lebt, im Unterschied zum Tier, in mehreren sozialen Kreisen zugleich."

Beruf usw. Vor dem Hintergrund dieser Bestimmungen lässt sich auch die Belegschaft des Materialprüfungsamtes als eine eigene Gesellschaft innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft verstehen: Es handelt sich also um eine Partikulargesellschaft. Es gilt daher, die *hier* geltenden Normen, Sanktionsmöglichkeiten sowie -subjekte und Normverhandlungen zu untersuchen. Wie sah das Normensystem dieser Partikulargesellschaft aus und wie wandelte es sich?[26] Popitz' Gesellschaftsbegriff ist keineswegs als statisch zu verstehen, sondern weist eine temporale oder prozessuale Dimension auf, weshalb auch die Sollforderungen und Normen immer wieder neu verhandelt und durchgesetzt werden müssen. Dies galt und gilt auch für Partikulargesellschaften wie das Materialprüfungsamt im Kontext der Zäsur nach dem Ende des „Dritten Reiches". Das zur Beantwortung der Leitfrage herangezogene Quellenmaterial bietet sich für die Anwendung der Popitz'schen Normentheorie insofern besonders an, da die für den Prozess der Transformation der ‚Übergangsgesellschaft' bedeutendsten Akteure des Amtes hier Sollforderungen und Normen formulierten, die nicht nur auf sprachlicher Ebene durch Soll-Formulierungen als solche markiert wurden. Sie gaben dabei insbesondere auch vielfach Sanktionen aus, welche die Belegschaft bei einem Normbruch zu gewärtigen hatte, die eine geltende Norm wiederum erkennbar werden lassen. Um die normative Ordnung dieser Partikulargesellschaft des MPA rekonstruieren zu können, werden die Quellen also nach impliziten und expliziten Sollforderungen, Sanktionen und Sanktionsvorgängen durchsucht. Worum handelte es sich bei dieser Art von Behörde – einer Ressortforschungseinrichtung – überhaupt?

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstand mit der Etablierung von staatlich finanzierten und zum Teil durch die Industrie geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen neben der Hochschul- und Industrieforschung ein dritter zentraler Sektor des

26 Die historische Forschung hat derartige Fragen des Normwandels bisher kaum aufgegriffen. Vgl. aber für eine u. a. auch Popitz berücksichtigende Analyse der frühneuzeitlichen Kultur aus dieser Perspektive: Thiessen, Zeitalter der Ambiguität, 2021, bes. S. 28–30, 91. Vgl. allg. auch Karsten/Thiessen (Hrsg.), Normenkonkurrenz in historischer Perspektive, 2015. Aus einer anderen Perspektive besteht bei der Erforschung moderner Medienskandale ein Interesse für Normen vgl. Bösch, Kampf um Normen, 2011; ders., Öffentliche Geheimnisse, 2009.

deutschen Wissenschaftssystems.[27] Der in den Folgejahren verstärkte personelle, finanzielle und apparative Ausbau dieser „forschenden Behörden",[28] den Ressortforschungseinrichtungen, lässt sich als eine Antwort auf die neu entstandenen Bedarfe unter anderem an wissenschaftlich-technischem Wissen seitens des Staates verstehen.[29] Denn die immer weiter fortschreitende Industrialisierung sowie die Technisierung und Verwissenschaftlichung zahlreicher Gesellschaftsbereiche bei gleichzeitiger Ausweitung der staatlichen Aufgaben- und Verantwortungsübernahme[30] – auch vor dem Hintergrund eines Selbstverständnisses als Vorsorge- und Leistungsstaat[31] – verlangten einen auf gewisse Fachgebiete spezialisierten Sachverstand, der von den im Staatsdienst tätigen Verwaltungsbeamten mit zumeist juristischer Ausbildung oder der universitären Forschung nicht gewährleistet werden konnte.[32] Die thematische Ausrichtung derjenigen Ressortforschungseinrichtungen,

27 Hohn/Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 40 f.; Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 17; Reinhardt/Carrier, Wissenschaftspolitik, 2016, S. 210; Felt/Nowotny/Taschwer, Wissenschaftsforschung, 1995, S. 211. Eine weitere Ausdifferenzierung der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung erfolgte mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahre 1911, auf die hier jedoch nicht genauer eingegangen werden soll, Hohn/Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 41, S. 72–78; Reinhardt/Carrier, Wissenschaftspolitik, 2016, S. 210 f. Die lange historische Tradition staatlicher Forschungsförderung in Deutschland betont Krieger, Technologiepolitik, 1992, S. 231.

28 Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 7.

29 Barlösius, Ressortforschung, 2010, S. 383; Weingart/Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008, S. 200. Den Aspekt der staatlichen Lenkung bei technischen Entwicklungen in dieser Zeit betont Sang, Technik und Staat, 1992, S. 97. Die Gründe fasst noch einmal überblicksartig zusammen Ruske, Außeruniversitäre technisch-naturwissenschaftliche Forschungsanstalten, 1979, S. 241.

30 Barlösius, Ressortforschung, 2010, S. 385; dies., Ressortforschungseinrichtungen, 2016, S. 580.

31 Vgl. zum Vorsorgestaat grundlegend Ewald, Vorsorgestaat, 2015. Zu den vorsorgestaatlichen Aspekten der Gefahrenabwehr und Sicherheitsgewähr aus rechtswissenschaftlicher Perspektive siehe Calliess, Rechtsstaat und Vorsorgestaat, 2012, bes. S. 9–13. Eine kurze Definition des „Leistungsstaates" findet sich bei Schubert/Klein, Politiklexikon, 2016, S. 188.

32 Welz, Ressortverantwortung im Leistungsstaat, 1988, S. 63 f., 69; Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, 2007, S. 19.

die in dieser Phase errichtet wurden, veranschaulicht, für welche Gebiete der Staat die Indienstnahme von „technisch-wissenschaftlich vorgebildeten Spezialisten“[33] im Rahmen einer eigens geschaffenen Behörde für notwendig erachtete.[34] Zwischen 1870 und 1890 entstanden, neben Einrichtungen auf dem Gebiet des Gesundheitssektors,[35] der Hygiene oder der Agrar- und Lebensmittelforschung,[36] vor allem staatliche Behörden für Geologie, Eich- und später für Messwesen[37] sowie für die technische Normung und Prüfung,[38] die bis heute als Ressortforschungseinrichtungen des Bundes bestehen.[39] So wurde im Jahre 1873 etwa die Preußische Geologische Landesanstalt (PGLA) als Vorläuferin der heutigen Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe (BGR) gegründet.[40] 1887 erfolgte, vornehmlich für das Gebiet des Mess- und Eichwesens, die Errichtung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR), die heutige Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB).[41]

33 Welz, Ressortverantwortung im Leistungsstaat, 1988, S. 64.

34 Barlösius, Ressortforschung, 2010, S. 377; dies., Ressortforschungseinrichtungen, 2016, S. 580.

35 So beispielsweise das 1876 gegründete Kaiserliche Deutsche Gesundheitsamt, vgl. hierzu weiter Hüntelmann, Hygiene im Namen des Staates, 2008, bes. S. 55–75.

36 Z.B. die Biologische Reichsanstalt für Landwirtschaft und Forsten im Jahre 1905, vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, 2007, S. 19.

37 Vgl. hierzu ausführlich die Studie von Yurdakul, Eichen, Forschen, Führen, 2026.

38 Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat, 2008, S. 6; Hohn/Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 63.

39 Die Entstehung von Ressortforschungseinrichtungen vollzog sich in mehreren Phasen, vgl. Weingart/Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008, S. 167. Siehe hierzu auch Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 6.

40 Vgl. hierzu die Studie von Flachowsky, Kampf um die Lithosphäre, 2026; ders., Imperiale Geognostik und Wissenschaftskolonialismus, 2026; zur Entwicklung nach 1945 vgl. weiter ders., Reinhardt, Verwerfungen der NS-Vergangenheit, 2026.

41 Hohn/Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 63; zur Gründung bes. S. 64–72; Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 30 f.; Reinhardt/Carrier, Wissenschaftspolitik, 2016, S. 210; Welz, Ressortverantwortung im Leistungsstaat, 1988, S. 65. Vgl. hierzu ausführlich die Studien von Thiel, Bruch mit der Vergangenheit?, und Yurdakul, Eichen, Forschen, Führen, 2026.

Im Kontext dieser Gründungen entstand für den Bereich der technischen Normung und Prüfung respektive Materialprüfung im Jahr 1871 die Mechanisch-Technische Versuchsanstalt (MTV), die Vorläuferinstitution des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA).[42] Für die Bedarfe des Militärs wurde im Jahre 1897 das Militärversuchsamt (MVA) geschaffen, aus dem 1920 die Chemisch-Technische Reichsanstalt (CTR) hervorging,[43] die nach Ende des Zweiten Weltkrieges in das Materialprüfungsamt eingegliedert wurde. Aus diesem Zusammenschluss entstand schließlich im Jahre 1954 die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM), die bis heute in Berlin-Dahlem angesiedelt ist. Insgesamt handelte es sich um Einrichtungen, die sich dem Typus der Ressortforschung zuordnen lassen und als „ein neues Instrument politischen Handelns"[44] zu verstehen sind, auf das die Verantwortlichen zurückgriffen, um Beratung und Informationsversorgung, Forschung, Prüfung und Regulierung im staatlichen Auftrag durchführen zu lassen.[45]

Eine der zentralen Aufgaben der Ressortforschungseinrichtungen war – und ist bis heute – die wissenschaftliche Beratung von Politik und Verwaltung.[46] Wenngleich die Ausübung von Beratung, je nach Konsultationsgrad durch das vorstehende Ressort und abhängig von der jeweiligen Ressortforschungseinrichtung, in der alltäglichen Tätigkeit der Institutionen oftmals nachrangig ist, so veranschaulicht die rechtlich bindende Nennung von Beratung in zahlreichen Satzungen der Ressortforschungseinrichtungen, dass diese grundsätzlich zu den wichtigsten

42 Vgl. zur unmittelbaren Vorläuferinstitution des MPA bis 1945, dem Staatlichen Materialprüfungsamt (StMPA), ausführlich die Studie von Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026, sowie zu den Nachfolgeinstitutionen in der DDR die Studie von Schellhorn, Qualität nach Plan?, 2026.

43 Lundgreen, Standardization – Testing – Regulation, 1986, S. 50.

44 Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 18.

45 Barlösius, Ressortforschungseinrichtungen, 2016, S. 574; dies., Ressortforschung, 2010, S. 377; Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, 2007, S. 110 f.

46 Etwas allgemeiner, gleichwohl bezogen auf die Ressortforschung als institutionalisierte Form wissenschaftlicher Beratung für den Staat, drücken es Felt/Nowotny/Taschwer, Wissenschaftsforschung, 1995, S. 212, aus: „Die wohl älteste Beziehung zwischen dem modernen Staat und der Wissenschaft ist dabei zweifelsohne die Beratung von Politik und Verwaltung durch ExpertInnen".

Kernaufgaben dieser Behörden gehört.[47] Folgt man dem Historiker Peter Lundgreen, umfassen die Beratungsaufgaben der Ressortforschungseinrichtungen die Versorgung des vorgesetzten Ressorts „mit relevanten Informationen […], unabhängig davon, ob spezifische politische Anlässe existieren", weiter die Mitwirkung der Einrichtungen „bei der Vorbereitung neuer Politikprogramme oder -schwerpunkte" und schließlich die Beratung im Zusammenhang mit hoheitlichen Regelungen, mithin bei der Formulierung von neuen Gesetzen, Verordnungen oder Bestimmungen zu deren Durchführung.[48] So schuf sich der Staat mit der Errichtung von Ressortforschungseinrichtungen letztlich „Organe der ‚Selbstberatung'."[49] Laut dem Philosophen Martin Carrier ziele wissenschaftliche Expertise „darauf, wissenschaftliches Wissen für die Lösung konkreter gesellschaftlicher Probleme fruchtbar zu machen" und diene folglich „der Steuerung und Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse und ist entsprechend Regulierungswissen."[50] Ressortforschungseinrichtungen nun gewährleisten den jeweils vorgeordneten Ministerien einen unmittelbaren und beständigen Zugriff auf wissenschaftliche Expertise offiziellen Charakters.[51]

Die „Zweckorientierung der staatlichen Forschung"[52] nach politischen, von den jeweils vorstehenden Ressorts vorgegebenen Bedürfnissen und die daraus entstehende inhaltliche Gebundenheit[53] bei der Auswahl und Bearbeitung von Forschungsthemen gilt als Grund für die Verortung der Ressortforschung in Staats- und weniger in

47 Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 188.

48 Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 184–187. Zu den Informationsleistungen siehe auch Hohn/Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 307 f. Die Merkmale einer „wissenschaftliche[n] Politikberatungseinrichtung" skizziert Lentsch, Wissenschaftliche Politikberatung, 2016, S. 324 f. Zur wissenschaftlichen Politikberatung, bei der „Wissen für Entscheidungsprozesse" generiert werden soll, also „Wissen, das es ermöglicht, Probleme erfolgreich zu behandeln, die Gegenstand politischer Entscheidung sind" siehe weiter Weingart/Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008, S. 43.

49 Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 186.

50 Carrier, Wissenschaftliche Expertise, 2014, S. 158.

51 Barlösius, Ressortforschung, 2010, S. 379, 380; dies., Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 12, 29.

52 Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 18.

Wissenschaftsnähe. Gleichwohl darf der Befund nicht außer Acht gelassen werden, dass die staatlichen Forschungsbehörden, „wollen sie die an sie gerichteten außerwissenschaftlichen Leistungserwartungen auf Dauer erfüllen, am Fortschritt der Forschung in den jeweiligen Disziplinen und Subdisziplinen partizipieren“[54] müssen und damit der Wissenschaft keineswegs fernstehen. Ein pauschales Urteil über die Forschungsleistungen der Einrichtungen greift also zu kurz. So finden sich Ressortforschungseinrichtungen, die „sehr forschungsorientiert sind“[55] und deren Mitarbeiter in einem höheren Maße Kontakte „zu den akademischen *scientific communities*“[56] pflegen. Verstärkt wird dies in einigen Fällen noch dadurch, dass einige Einrichtungen eine Ausbildungsfunktion wahrnehmen oder personelle Verschränkungen mit Universitäten bestehen, beispielsweise durch eine Honorarprofessur oder Lehraufträge – beides trifft auch auf das Materialprüfungsamt zu.

Ein Charakteristikum der Forschung in den Behörden ist ihre Interdisziplinarität, die sich aus den zu bearbeitenden Aufgaben ergibt, die von den Ressorts gestellt werden und die der Expertise aus den Technikwissenschaften wie aus den Naturwissenschaften gleichermaßen bedürfen.[57] Eine dieser Aufgaben betrifft die wissenschaftliche Unterstützung im Bereich der hoheitlichen Ordnungsverwaltung, die unter anderem

53 Döhler, Die politische Steuerung der Verwaltung, 2007, S. 189. Dieser Umstand würde dadurch bedingt, dass das „staatliche Engagement in der Ressortforschung […] nicht auf die Gewinnung generell nützlicher Erkenntnisse oder des wissenschaftlichen Fortschritts ausgerichtet [sei], sondern […] dem Ziel [diene], politische und administrative Entscheidungen zu unterstützen“, ebd.

54 Hohn / Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 325. Auch der Soziologe Philipps, Wissenschaftliche Orientierungen, 2018, S. 12, betont, dass „[ü]ber diesen langen Zeitraum […] sich solche Einrichtungen als wissenschaftliche Institutionen nicht behaupten [hätten] können, wenn sie die wissenschaftliche Sozialisation umkehren oder verkümmern ließen“.

55 Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 8.

56 Die Intensität der Kontakte hängt laut Hohn / Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 335, „mit dem *Theoriebedarf*, also dem Bedarf an eher grundlagentheoretischen Erkenntnissen, den das Forschungsgebiet der Bundesforschungseinrichtung stellt, zusammen“.

57 Zur Entwicklung der Technikwissenschaften und „Technologisierung aller (Natur-) Wissenschaften“ siehe Weber, Ausdifferenzierung der Technikwissenschaften, 2008, S. 96. Die Merkmale einer Disziplin und davon ausgehend die Frage nach Interdisziplinarität skizziert Kocka, Disziplinen und Interdisziplinarität, 2008, S. 109.

Normierung und Standardisierung, Überwachung, Qualitätskontrolle, Zulassung oder technische Sicherheit umfasst.[58] Diese lassen sich als Regulierungs- und Prüfaufgaben subsumieren.[59] Ressortforschungseinrichtungen, die mit diesen Themen befasst sind, verbindet zudem eine besondere Nähe zur Wirtschaft, die zum Teil noch dadurch verstärkt wird, dass Aufträge aus der Industrie als eine wichtige Ressortklientel eine zentrale Einnahmequelle der Einrichtungen sind, wie dies auch beim MPA beziehungsweise der heutigen BAM der Fall war und ist.[60]

Die der Ressortforschung eigene Spezifik, die sich aus der doppelten Anbindung an Politik und Wissenschaft ergibt, führt bis heute vielfach zu der Frage nach der Positionierung ihrer Behörden zwischen diesen beiden gesellschaftlichen Teilbereichen und zu der Diskussion um die Forschungsleistungen der Ressortforschungseinrichtungen.[61] Aus Sicht der betreffenden Ministerien wird mit der Charakterisierung der in den Ressortforschungseinrichtungen durchgeführten Forschung im staatlichen Auftrag und deren politischer Verwertbarkeit und Zuverlässigkeit

58 Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 52, 193, 205.

59 Barlösius, Ressortforschung, 2010, S. 377; zur Festlegung technischer Normen, wobei hier nicht ganz korrekt vor allem die PTB und nicht die BAM genannt wird, siehe Hohn/Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 310–312. Zum Begriff der Regulierung siehe Bora/Henkel/Reinhardt, Einleitung – Wissensregulierung und Regulierungswissen, 2014, S. 8; zur Geschichte des Regulierungswissens und dem Konzept der „regulatory science" siehe Bächi/Reinhardt, Geschichte des Regulierungswissens, 2010. Reinhardt, Regulierungswissen, 2010, S. 352, begreift den Begriff der Regulierung als „Kontrolle und Steuerung natürlicher, technischer und sozialer Prozesse". Speziell die Regulierung von Wissen – die Wissensregulierung – „bezeichnet auf der ersten Stufe politisch-rechtliche Maßnahmen mit der Intention eines Einwirkens auf die Institutionen und Themen der Wissensproduktion", Bora/Henkel/Reinhardt, Einleitung – Wissensregulierung und Regulierungswissen, 2014, S. 12. Für Ressortforschungseinrichtungen kann sowohl der allgemeine Begriff der Regulierung wie auch im Speziellen der Wissensregulierung gelten, da die Ressorts die Themen der Wissensproduktion in den ihnen nachgeordneten Behörden vorgeben, die wiederum der Kontrolle und Steuerung – am Beispiel des MPA/der BAM – technischer Prozesse dienen.

60 Hohn/Schimank, Konflikte und Gleichgewichte, 1990, S. 331. Auf das nach Lundgreen/Horn/Krohn/Küppers/Paslack, Staatliche Forschung, 1986, S. 198, „sehr umfangreiche[n] Geschäft der ‚Prüfung gegen Gebühren'" wird in dieser Arbeit nicht *in extenso* eingegangen.

in politischen Entscheidungsprozessen als entscheidende Kriterien für „gute Forschung" begründet, weshalb „die Ressortforschung nicht zum wissenschaftlichen Feld gehört und auch nicht gehören darf."[62] Aus der Sicht des wissenschaftlichen Feldes jedoch, so ergab eine von der Soziologin Eva Barlösius durchgeführte Studie, sei „gute Forschung" die Voraussetzung für eine „gute Leistung" der Ressortforschungseinrichtungen, weshalb ihnen kein eigener Forschungstypus zugesprochen wird, nachdem sie gleichsam wissenschaftlichen Kriterien standhalten und sich gegenüber der *scientific community* bewähren müsse.[63] Angesichts dieser divergierenden Beurteilungen mag es nicht verwundern, dass den Ressortforschungseinrichtungen als „dual mission government agencies" ein strukturell begründetes intrinsisches Potenzial für Konflikte zwischen dem politischen Auftrag auf der einen und dem Forschungsauftrag auf der anderen Seite attestiert wird,[64] ein „grundlegendes Spannungsverhältnis",[65] das vielfach auch mit dem Bild eines Spagats umschrieben

61 Barlösius, Wandel der Ressortforschungseinrichtungen, 2011, S. 57; dies., Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 6 f. Dazu auch dies., „Forschen mit Gespür für politische Umsetzung", 2009. Dabei kann nach Weingart/Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008, S. 9, „[w]issenschaftliche Politikberatung [...] als eine eigenständige institutionelle Ebene zwischen Politik und Wissenschaft gesehen werden". Auch in der Beurteilung des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hrsg.), Leitlinien einer modernen Ressortforschung, 2010, S. 3, stellt sich die Ressortforschung als „ein eigenständiger Typ angewandter Forschung" dar.

62 Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 17, auch S. 15, 24. Zum Begriff des Feldes siehe Bourdieu, Gebrauch der Wissenschaft, 1998, S. 17 f.

63 Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 26. Im Idealfall, so die Beurteilung von Böcher, Wissenschaftsbasierte Politikberatung, 2012, S. 466, erfüllen Ressortforschungseinrichtungen beide Anforderungen: „Sie entsprechen dem wissenschaftlichen Forschungsstand und haben dabei gleichzeitig Relevanz für die politische Praxis".

64 So dargelegt von Boruch/George, Mitigating ethical conflicts, 1988, S. 28, am Beispiel der amerikanischen Steuerbehörde IRS.

65 Döhler, Die politische Steuerung der Verwaltung, 2007, S. 187. Ein „strukturelles Problem" liege für die Ressortforschungseinrichtungen dabei „im Spannungsfeld zwischen administrativen und wissenschaftlichen Anforderungen, mit denen sich die Einrichtungen konfrontiert sehen", Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung der Rahmenbedingungen der Forschung in Ressortforschungseinrichtungen, 2004, S. 12; vgl. auch Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, 2007, S. 20.

wird.[66] Dass die institutionell bedingte Doppelanbindung jedoch gleichzeitig auch eine durchaus positiv konnotierte Lesart zulässt, findet seinen Ausdruck in der Charakterisierung, dass die Ressortforschungseinrichtungen eine wichtige „Scharnier-“[67] und „Brückenfunktion“[68] zwischen Staat und Wissenschaft – und bei einigen der Behörden in verstärktem Maße auch der Wirtschaft – erfüllten. Über eine Bewertung dieser beiden Lesarten muss hier nicht entschieden werden, zumal sich die Befunde, wie stellenweise auch attestiert wird, nicht zwangsläufig ausschließen müssen, nachdem sich aus der besonderen Zwischenposition der Ressortforschung heraus gleichermaßen sowohl Nach- (im Sinne eines „Spagats“) als auch Vorteile (durch die verbindende Funktionsstruktur) ergeben. Festzuhalten bleibt, dass Ressortforschungseinrichtungen als „Grenzorganisationen“ oder „hybride Organisationen“ einen gleichermaßen „hybride[n] Charakter“ aufweisen.[69]

Der wiederholten Auseinandersetzung mit der Frage nach der Verortung der staatlichen Forschungsbehörden und den zum Teil konträren Ergebnissen scheint die Vorannahme einer ‚eigentlich‘ strikten Trennung, einer Dichotomie zwischen der politischen und der wissenschaftlichen Sphäre vorauszugehen, die im Zuge der Diskussion darum, welcher der beiden ‚Seiten‘ die Ressortforschung nun tendenziell eher zuzuordnen sei, einmal mehr reproduziert wird. Außer Frage steht, dass Wissenschaft und Politik als eigene „Funktionssysteme“[70] mit eigenen Handlungslogiken, Inhalten und Akteuren mit sich aus ihren jeweiligen Lebensläufen und Tätigkeitsfeldern ergebenden

66 Barlösius, Ressortforschungseinrichtungen, 2016, S. 583; dies., Ressortforschung, 2010, S. 381; dies., Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 7.

67 Weingart/Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008, S. 185. Um diese Funktion „effektiv wahrnehmen zu können, müssen die Einrichtungen sich gleichermaßen an den Erwartungen von Politik und Verwaltung einerseits und den Qualitätskriterien der Wissenschaft andererseits orientieren“, was einige Ressortforschungseinrichtungen, so beispielsweise die BAM, erfolgreich bewältigen, Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, 2007, S. 9.

68 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ressortforschungseinrichtungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, 2017, S. 6.

69 Barlösius/Döhler/Bach/Philipps, Governance staatlicher Forschung, 2013, S. 19.

70 Weingart, Wissenschaftssoziologie, 2016, S. 149.

verschiedenartigen Intentionen zu begreifen sind. Gleichwohl entspricht eine „Trennung zwischen Wissenschaft als dem Reich der Wahrheit und Politik als dem Reich der Macht“,[71] die als „Kollektivsingulare geschrieben und durch ‚und‘ voneinander getrennte Gebiete“[72] darstellen würden, nicht der Realität und rekurriert vielmehr auf die *illusio* im Wissenschaftsglauben, bei der das wissenschaftliche Interesse „als uneigennützig, unentgeltlich erscheint“ und „einer Art interesselosem Interesse und Interesse an der Interesselosigkeit“[73] folgt.

Für die Beschreibung und Analyse der seit jeher bestehenden Austauschbeziehungen zwischen Wissenschaft und Politik[74] hat der Wissenschaftshistoriker Mitchell G. Ash den Begriff der „Ressourcen“ eingeführt, die „personeller“[75], „kognitiv-konzeptioneller, apparativ-institutioneller, finanzieller oder auch rhetorischer Art sein“[76] können. Nicht nur sind diese grundsätzlich „gegenseitig mobilisierbar“, was bedeutet, dass „Wissenschaftler genauso gut Ressourcen aus der politischen Sphäre für ihre Zwecke mobilisieren, wie Politiker die Wissenschaftler und ihre Ressourcen für ihre Zwecke zu benutzen versuchen können“[77] und so für beide Seiten vorteilsbringende Kooperationen

71 Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, 2002, S. 33 f.

72 Ash, Wissenschaft und Politik, 2010, S. 11.

73 Bourdieu, Gebrauch der Wissenschaft, 1998, S. 27.

74 Bora, Wissenschaft und Politik, 2012, S. 341. Auch von sozialwissenschaftlicher Seite aus wurde betont, dass Wissenschaft als ein sozial organisiertes gesellschaftliches Teilsystem „nicht mehr als eine von isolierten Individuen betriebene Tätigkeit betrachtet [wird], sondern als durch und durch soziale Aktivität beschrieben, die in unterschiedlichen sozialen Einheiten unterschiedlicher Größe (Teams, Institutionen, nationalen und internationalen Scientific Communities) stattfindet“, Felt / Nowotny / Taschwer, Wissenschaftsforschung, 1995, S. 57. Eng verknüpft mit dieser Auffassung ist die Grundlagenforschung, die, im Gegensatz zur anwendungsorientierten Forschung, wie sie beispielsweise in Ressortforschungseinrichtungen durchgeführt wird, als ‚rein‘ im Sinne des Erkenntnisgewinns charakterisiert wird. Gerade auch von außeruniversitären Forschungsinstituten wie der Max-Planck-Gesellschaft ist die Grundlagenforschung Teil ihrer selbst definierten institutionellen Identitäten, Mayntz, Bestimmung von Forschungsthemen, 2001, S. 5, 9. Zu den Leitbildern und Selbstbeschreibungen dieser Institute siehe weiter Philipps, Mission statements, 2013.

75 Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, 2002, S. 2.

76 Ash, Wissenschaft und Politik, 2010, S. 16.

77 Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, 2002, S. 33; ders., Wissenschaft und Politik, 2010, S. 17.

und Bedarfsgemeinschaften eingegangen werden können. Es besteht eine nicht zu unterschätzende Interdependenz zwischen den jeweils im anderen Funktionssystem bereitgestellten Ressourcen, nachdem das Wissenschaftssystem zum Fortbestand seiner Einrichtungen und Forschungsarbeit gesicherter struktureller und institutioneller Rahmenbedingungen sowie materieller Ressourcenzuwendungen bedarf, die „durch die kollektiv bindenden Entscheidungen der Politik zu erhalten“[78] sind, und *vice versa* der Staat von wissenschaftlicher Expertise als Ressource für politische Entscheidungen und langfristige Planungen in gewissen Bereichen abhängig ist,[79] die bereits weiter oben angeführt wurden. Von herausragender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang gleichermaßen der Befund Ashs, dass „wissenschaftliche Ressourcenensembles im Prinzip *politisch multivalent* sind – d.h., es lassen sich mit deren Hilfe Allianzen mit zuweilen sehr unterschiedlichen Staatsformen konstruieren“,[80] da deren Inhalte „vielfach in Diktaturen wie in Demokratien jeweils verschiedener Prägung mobilisierbar zu sein scheinen.“[81]

Vor diesem Hintergrund lässt sich ein Blick auf die Ressortforschungseinrichtungen werfen, in denen das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander institutionell seinen direktesten Ausdruck findet. Diese Behörden wurden vonseiten des Staates gerade hierfür geschaffen und stellen daher die „reinste Form von staatsnaher Forschung“[82] dar. Bezieht man nun die politische Multivalenz wissenschaftlicher Ressourcen mit ein sowie den Umstand, dass der Bedarf an Ressortforschungsleistungen – kurzgefasst Beratung, Forschung, Prüfung

78 Weingart, Wissenschaftssoziologie, 2016, S. 149. Dieser Befund ist nicht ausschließlich auf die Ressortforschung zu beschränken, sondern auf die Wissenschaft in einem allgemeineren Sinne zu beziehen, wie Reinhardt / Carrier, Wissenschaftspolitik, 2016, S. 207, es ausdrücken: „Die Entwicklung der Wissenschaften ist in modernen Gesellschaften eng mit institutionellen und politischen Rahmenbedingungen verbunden. Diese Verknüpfung wirkt in zwei Richtungen. Zum einen sind die Wissenschaft im Ganzen und einzelne Forschungsgruppen im Besonderen abhängig von staatlicher und privater Finanzierung […]. Zum anderen nimmt die Wissenschaft selbst Einfluss auf politische Entscheidungen“.

79 Weingart, Wissenschaftssoziologie, 2016, S. 149.

80 Ash, Wissenschaft und Politik als Ressource für einander, 2002, S. 33.

81 Ash, Wissenschaft und Politik, 2010, S. 17.

82 Krauss, Forschen im unitarischen Staat, 1996, S. 34.

und Regulierung – sich keineswegs auf Deutschland beschränkt,[83] sondern ein von dem jeweiligen politischen System nahezu unabhängiger Bedarf moderner, industrialisierter Staaten und Wissensgesellschaften ist,[84] ergibt sich folgende These: Die politische Multivalenz wissenschaftlicher Ressourcen und der gleichzeitig bestehende Bedarf moderner Staaten an den von den Ressortforschungseinrichtungen erbrachten Leistungen ermöglichte es dem Materialprüfungsamt

83 Weingart/Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008, S. 166, stellen zwar fest, dass das „Modell der deutschen Ressortforschungseinrichtung […] in dieser Form ein deutsches Spezifikum" sei. Auch Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 12, stellt fest, „dass in den meisten Ländern das in der Bezeichnung ‚Ressortforschung' enthaltene Verständnis von staatlich beauftragter Forschung keine Entsprechung findet". Gleichwohl ist dies keineswegs gleichzusetzen mit einem nicht vorhandenen Bedarf an den Leistungen, die die Ressortforschung erbringt. Obwohl sich die Länder deutlich darin unterscheiden, „[v]on wem die wissenschaftliche Expertise erbracht wird, wie die Zugriffsrechte darauf gesichert und wie sie institutionell vorgehalten wird", zeigt sich doch, „dass auch andere Staaten auf wissenschaftliche Expertise zu Normierungs- und Regulierungszwecken und zur Politikberatung zugreifen", ebd.; auch dies., Ressortforschung, 2010, S. 379; Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, 2007, S. 114; als Beispiel das *National Institute of Standards and Technology* (NIST) in den USA oder das *Institut national de la recherche agronomique* (INRA) in Frankreich Barlösius, Ressortforschungseinrichtungen, 2016, S. 573. Allgemeiner fassen es Cozzens/Woodhouse, Science, Government and the Politics of Knowledge, 1995, S. 533: „There is now no doubt, if there ever was, that scientists are intimately involved in politics".

84 Zum Konzept der Wissensgesellschaft siehe den kurzen Überblick bei Reinhardt/Carrier, Wissenschaftspolitik, 2016, S. 218 f. So werde Wissen nach Bora/Henkel/Reinhardt, Einleitung – Wissensregulierung und Regulierungswissen, 2014, S. 7, seit Ende des 19. Jahrhunderts und besonders auch seit dem Ersten Weltkrieg „immer mehr vom gewahrten Besitzstand zu einem einsetzenden Produktionsfaktor" und die „Grundlage wirtschaftlicher Prosperität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit" sei „vor allem das neu produzierte Wissen." Vgl. zu den Versuchen einer Historisierung des sozialwissenschaftlichen Konzepts der Wissensgesellschaft mit jeweils unterschiedlichen Gewichtungen auch Stehr, Wissensgesellschaften, 2004; Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft in Deutschland, 2004; dies., Wissensgesellschaft, 2004; Vogel, Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte, 2004; Jäger, Wissensgesellschaft, 2007; Reinhardt, Historische Wissenschaftsforschung, 2010; Reinecke, Wissensgesellschaft, 2010; Szöllösi-Janze, Resilienz, 2024, hier bes. S. 560–563.

Berlin-Dahlem als einer solchen Institution, sich über politische und gesellschaftliche Umbrüche[85] hinweg in einem besonderen Maße den neuen Verhältnissen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges anzupassen, was zu einem beinahe bruchlosen Übergang vom Nationalsozialismus in die Bundesrepublik führte. Der vielfach für Ressortforschungseinrichtungen attestierte Spagat zwischen Wissenschaft und Politik, der zu „Pathologien" führe,[86] ist insofern zu relativieren, als sich für den Fall des MPA zeigt, dass *gerade* die Zwischenstellung des Amtes zwischen politischen Instanzen,[87] Wissenschaft und Industrie sich letztlich als Vorteil für seinen Wiederaufbau und die Sicherung der eigenen institutionellen und personellen Möglichkeiten erweisen sollte. Darüber hinaus bedingte die Tatsache, dass es sich bei der hier untersuchten Institution um eine Ressortforschungseinrichtung handelte – so eine weitere These, die an anderer Stelle der Studie ausführlicher besprochen wird –, dass ihr Personalkörper über sämtliche politische und gesellschaftliche Umbrüche hinweg zu großen Teilen derselbe blieb, was die Auffassung des Amtes und seiner Belegschaft als eine *eigene* Partikulargesellschaft mit *eigenen* Normen einmal mehr bekräftigt.

Die Leitfrage nach der Bedeutung und Funktion sozialer Normen innerhalb dieser Partikulargesellschaft des MPA im Umgang mit der NS-Vergangenheit während der Transformationsphase nach Ende des Zweiten Weltkrieges von der NS-Diktatur zur bundesrepublikanischen Demokratie sowie die weiteren thematischen Schwerpunkte der Arbeit – Entnazifizierung und Erinnerungskultur – prägten die Auswahl und Auswertung der Quellen. Diese reichen von Briefen, Denk-, Fest- und Jubiläumsschriften, Sitzungsprotokollen, dem Schriftverkehr

85 Zum Thema Wissenschaft in politischen Umbruchszeiten, hier am Beispiel 1917 und 1933, siehe Ash, Wissenschaft und Politik, 2010.

86 Auch der Umstand, dass „die meisten Ressortforschungseinrichtungen über viele Jahrzehnte friktionsarm arbeiten […] deutet darauf hin, dass es ihnen gelingt, das Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Staat auszutarieren", Bach/Philipps/Barlösius/Döhler, Governance von Ressortforschungseinrichtungen, 2013, S. 140. Auch Barlösius, Zwischen Wissenschaft und Staat?, 2008, S. 9, weist darauf hin, die Hypothese von entstehenden Pathologien zu hinterfragen.

87 Von politischen Instanzen im Plural wird hier aufgrund der Interaktionen und Arbeiten des Amtes sowohl mit und für die Alliierten wie auch auf deutscher Seite mit und für das Land Berlin sowie später die bundesdeutsche Regierung gesprochen.

mit verschiedenen Behörden bis hin zu Zeitungsartikeln, Beiträgen in der betriebsinternen Mitarbeiterzeitschrift, Broschüren, Reden und solchen Dokumenten, die im Zuge von Entnazifizierungsverfahren entstanden sind, also Meldebögen, Polizeiberichte, Spruchkammerakten und Leumundszeugnisse. Dabei stützt sich die Studie hauptsächlich auf die eigeninstitutionelle Überlieferung des Materialprüfungsamtes beziehungsweise der heutigen Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung selbst, deren umfangreiches, hauseigenes Archiv sich auf ihrem Gelände in Berlin-Dahlem befindet. Hier sind tatsächlich noch die sprichwörtlichen Funde „auf dem Dachboden" möglich gewesen. Von besonderem Wert für die Studie sind die etwa 3.500 Blatt umfassenden persönlichen Notiz- und Arbeitsbücher des ehemaligen Präsidenten der Ressortforschungseinrichtung, Max Pfender, die Einträge aus dem Zeitraum von Mai 1945 bis in die 1970er Jahre hinein umfassen und ebenfalls im Archiv der BAM lagern.[88] Die Notizbücher geben nicht nur Auskunft über durchgeführte Arbeiten, interne und externe Amtsvorgänge oder Organisatorisches. Darüber hinaus beinhalten sie Einträge, in denen ihr Verfasser Wertungen über ehemalige Mitglieder der NSDAP oder der SA vornahm, die nach wie vor im MPA beschäftigt waren, oder zur Personalpolitik und dem Umgang mit ‚belasteten' Mitarbeitern. Damit offenbaren Pfenders Notizbücher wertvolle Innenansichten zum Umgang der Partikulargesellschaft mit der NS-Vergangenheit. Durch glückliche Umstände konnte überdies der heute in Privatbesitz befindliche Teilnachlass einer der wichtigsten Akteure des Amtes für die gesamte Nachkriegszeit und insbesondere für den Umgang mit der ‚braunen' Vergangenheit ausgewertet werden, nämlich der des ehemaligen Vorsitzenden des Betriebsrates, Wilhelm Blumenthal.[89] Darüber hinaus sind die im Bundesarchiv Koblenz gelagerten Aktenbestände verschiedener Ministerien von Interesse, darunter vornehmlich die Gegenüberlieferung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, also demjenigen Ministerium, dem die BAM als Ressortforschungseinrichtung nachgeordnet ist, aber auch die in Koblenz aufbewahrten Personalakten zahlreicher Mitarbeiter der Behörde. Für die Ermittlung einer potenziellen NS-Belastung der

88 Max Pfender, Notizbücher, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

89 Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

Mitarbeiter waren ferner die Bestände des ehemaligen *Berlin Document Center* (BDC) – „Zentralkartei", „Gaukartei" und „Parteistatistische Erhebung von 1939" – von Relevanz, die im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde archiviert sind. Aufgrund der Tatsache, dass die allermeisten Mitarbeiter des MPA beziehungsweise der BAM sowie der ehemaligen Chemisch-Technischen Reichsanstalt nach Kriegsende weiterhin in Berlin lebten und dort weiterbeschäftigt wurden, durchliefen diese gegebenenfalls auch dort ihr Entnazifizierungsverfahren, sodass die einschlägige Überlieferung sich heute im Landesarchiv Berlin befindet, die entsprechend dem Zuschnitt und den Fragestellungen dieser Studie ebenfalls von wesentlicher Bedeutung ist. In einzelnen Fällen bedeutender Akteure des Amtes boten darüber hinaus Archive anderer Bundesländer wertvolles Material, etwa das Hauptstaatsarchiv Stuttgart oder das Landesarchiv Baden-Württemberg.

Die Studie bearbeitet ihr Thema in einem chronologischen und systematischen Zugriff. Diejenige Forschung, welche für die jeweils bearbeiteten Einzelthemen relevant ist, wird an Ort und Stelle abgehandelt, um eine individuell ertragreiche Lektüre der einzelnen Kapitel auch jenseits der Gesamtargumentation zu ermöglichen. Die Popitz'sche Normentheorie bildet allerdings eine durchgehende Achse der Studie. Zunächst fokussiert das *zweite* Kapitel das Amt und seine Belegschaft während des ersten Nachkriegsjahres von Kriegsende 1945 bis zum Sommer des Jahres 1946. Diese Phase lässt sich als *die* entscheidende Transformationsphase von der MPA-Kriegs- und Zusammenbruchs- zur Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft begreifen. Dabei steht die Frage nach dem Umgang der Institution und ihrer Akteure mit der fortwährenden Präsenz und den Nachwirkungen der NS-Vergangenheit im Fokus der Analyse. Dies wird auf verschiedenen Ebenen und für unterschiedliche Bereiche untersucht. Das *dritte* Kapitel beschäftigt sich mit dem gesetzlichen Entnazifizierungsprogramm von März 1946 bis etwa Ende der 1940er Jahre, das hier als eine Sollforderung ‚von außen' betrachtet wird, die den amtsinternen Normen der Partikulargesellschaft zunächst entgegenstand, hatte diese sich doch bereits zuvor auf eigene Kriterien von ‚Belastung' und ‚Entlastung' sowie einen eigenen Umgang mit ‚belasteten' Mitarbeitern geeinigt. Im Zentrum dieses Kapitels steht daher die Frage, welchen Einfluss die Entnazifizierung auf das Amt hatte, welchen Umgang das Amt mit ihr fand und wie maßgebliche Akteure des MPA versuchten, diesen Konflikt zugunsten

der Partikulargesellschaft zu lösen. Das *vierte* Kapitel nimmt die institutionelle Erinnerungskultur in den Blick, die sich insbesondere seit der Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt im Jahre 1954 herausgebildet hatte und partiell bis heute weiterexistiert, weshalb der Zeitraum der Betrachtung mehrere Jahrzehnte umfasst. Innerhalb dieses Zeitraums werden daher insbesondere thematische Schwerpunkte gesetzt, die den Aufbau eines institutionellen Gedächtnisses, die Binnenintegration der MPA-/BAM-Partikulargesellschaft sowie die Strategien zur Personalisierung der institutionellen „Selbst-Narration“[90] und ihren institutionellen Festkalender umfassen. Diese Maßnahmen machen deutlich, inwiefern die Institution sich zum einen von ihrer Umwelt abgrenzte und zum anderen zugleich nach innen an Kontur und Dauer gewann. Dass es zu dieser Dauerhaftigkeit überhaupt kam, war im Jahre 1945 allerdings noch kaum absehbar gewesen. Denn als die Sowjets die Reichshauptstadt Berlin einschlossen, schien die weitere Existenz des Materialprüfungsamtes keineswegs sicher zu sein.

90 Kraus, Das erzählte Selbst, 2000, S. 171.

2 Reorganisation und Regenerierung – Das erste Nachkriegsjahr

2.1 Auf alliiertem Prüfstand

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war das Staatliche Materialprüfungsamt (StMPA) in Berlin-Dahlem auf über 400 Mitarbeiter angewachsen,[91] eine Folge der seit Mitte der 1930er Jahre rapide anwachsenden Autarkie- und Rüstungsanstrengungen des NS-Regimes. Das StMPA wurde so eine der bedeutendsten Ressortforschungseinrichtungen des „Dritten Reiches" und stand auf Augenhöhe mit der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) und der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR), die beide ebenfalls im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) angesiedelt waren. Das StMPA war die älteste dieser kooperierenden, oft auch konkurrierenden „Schwesteranstalten", die alle in Berlin gelegen waren. Bereits 1871 als Mechanisch-Technische Versuchsanstalt (MTV) gegründet, gab das Amt eine Antwort auf den neu entstandenen Bedarf an wissenschaftlich-technischem Wissen seitens des Staates.[92] Es war allerdings nie zur Reichsanstalt geworden, obwohl es durchaus reichsweite Aufgaben übernahm. Sein Zweck war es, wissenschaftliche Expertise für den Bereich der technischen Normung und Prüfung bereitzustellen, die für die Industrie von besonderer Bedeutung war, sodass das StMPA stets und ungleich mehr als seine Schwesteranstalten in enger Beziehung mit Akteuren der Wirtschaft stand.

91 Ergebnis der im Auftrag des Herrn Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches vom 31. Oktober 1944 – Pr. T III 156/44 – durchgeführten Prüfung der vom Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz angeordneten Personalabgaben, 17.11.1944, GStA, I. HA, Rep. 151, IC 7031.

92 Barlösius, Ressortforschung, 2010, S. 383; Weingart/Lentsch, Wissen – Beraten – Entscheiden, 2008, S. 200. Den Aspekt der staatlichen Lenkung bei technischen Entwicklungen in dieser Zeit betont Sang, Technik und Staat, 1992, S. 97. Die Gründe fasst noch einmal überblicksartig zusammen Ruske, Außeruniversitäre technisch-naturwissenschaftliche Forschungsanstalten, 1979.

1904 zog es, mittlerweile als Königliches Materialprüfungsamt (KMPA), in neue Gebäude in Berlin-Dahlem, Unter den Eichen, wo die BAM noch heute ihren Sitz hat. Bereits bis dahin hatte sich das Amt zu der bedeutendsten staatlichen Forschungs- und Prüfungsinstitution auf den Stoffgebieten der Metalle, Baustoffe, Organischen Stoffe und Faserstoffe entwickelt, nach denen auch seine Hauptabteilungen organisiert waren. Die Fachgebiete waren im Laufe der folgenden Jahrzehnte ausdifferenziert worden, weitere kamen hinzu, etwa die Zerstörungsfreie Prüfung mit Röntgenstrahlen oder das Messwesen. Während des Ersten Weltkrieges richteten sich die Forschungs- und Prüftätigkeiten des KMPA zusehends nach militärischen Bedarfen aus. Die untersuchten Stoffgebiete blieben zwar an sich gleich, ihr Einsatz in autarkie- und rüstungsrelevanten Zusammenhängen bedeutete jedoch eine drastische Veränderung in der Aufgabenstellung: Nun galt es vornehmlich, Ersatzstoffe zu erforschen oder etwa Materialien zu prüfen, die für die Herstellung von Waffen und Heeresgerät verwendet wurden.[93]

An die Ergebnisse dieser Arbeiten konnte die seit dem Jahre 1919 unter dem Namen Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem (StMPA) firmierende Behörde unmittelbar anknüpfen, als die mit der NS-Machtübernahme forcierte Entwicklung hin zu einem „autarken Wehrstaat" seit Mitte der 1930er Jahre einsetzte. Die hohe Bedeutung der im Amt geleisteten Forschungs- und Prüfarbeiten für die NS-Kriegsanstrengungen wird nicht nur durch die Uk-Stellungen zahlreicher seiner Angehöriger während des Zweiten Weltkrieges, sondern unter anderem auch durch die Gründung zweier Vierjahresplaninstitute des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau (RWA) am StMPA bezeugt: Im Jahre 1941 wurden hier das „Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung" und das „Vierjahresplaninstitut für Zerstörungsfreie Prüfverfahren" gegründet,[94] deren personelle Besetzung sich aus Mitarbeitern des Amtes rekrutierte. Dies war insofern naheliegend, als die hier bearbeiteten Aufgaben einer besonderen

93 Vgl. Stöcken, A "war-related special enterprise of the first order", 2026.

94 BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung; Rudolf Berthold, RRST beim StMPA, Der Leiter, an die Mitglieder des Kuratoriums und der Fördergemeinschaft der Röntgenstelle beim StMPA, Betr. Kuratoriums- und Fördergruppen-Sitzung, 12.10.1936, BArch, R 4601/719; Rudolf Berthold, Bericht der RRST über das Haushaltsjahr vom 1.4.41 bis 31.3.42, BArch, R 4601/719.

Expertise bedurften, die sich aus jahrelangem Erfahrungswissen sowohl auf dem Fachgebiet der Materialprüfung und ihrer Subdisziplinen als auch im Umgang mit den vielfach eigens entwickelten Methoden und Apparaten speisten. Einen Überblick über die Arbeitsgebiete bietet der folgende Organisationsplan des StMPA aus dem Jahre 1942:

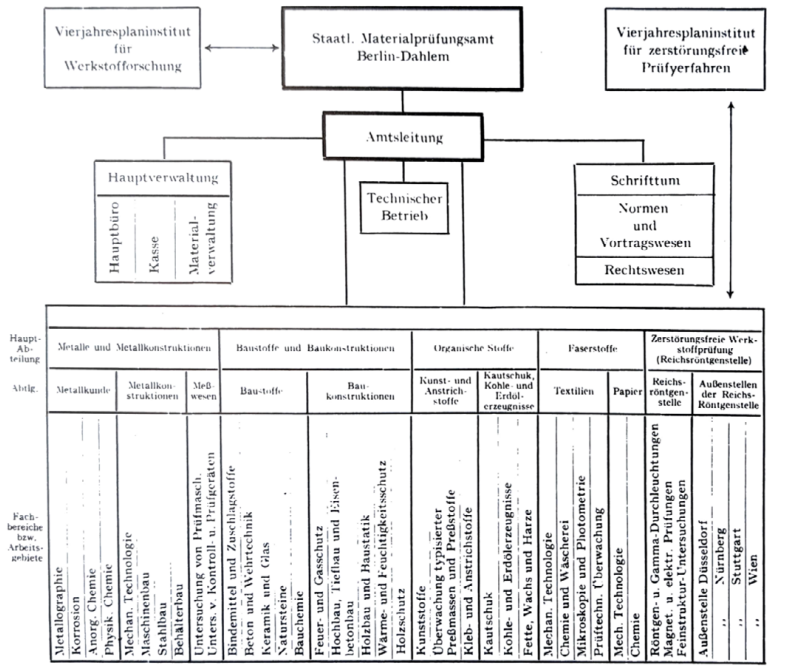


Abb. 1: Gliederung des Staatlichen Materialprüfungsamtes im Jahre 1942.[95]

In einem Schreiben des damaligen Präsidenten Erich Siebel an das Wehrbezirkskommando Berlin von 1942 betonte er unter Bezugnahme auf den Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), sein Amt habe den Status „Bedarfsstelle 1. Ordnung und Spezialbetrieb".[96] Bis Kriegsende

95 Siebel, Der Präsident des StMPA, an den RM REM, Betr. Abgrenzung der Arbeitsgebiete der PTR und der Materialprüfungsanstalten, 9.11.1943; BArch, R 4901, Nr. 15202, Bl. 79-80, ausgebesserte Abbildung zit. nach Ruske/Becker/Czichos, BAM - Die Chronik, 1996, S. 158.

96 Erich Siebel an Wehrbezirkskommando Berlin VIII, 2.2.1942, BAM-Archiv, Personalakte Herrmann, Bl. 48.

hatte das Amt zahlreiche Arbeiten im Auftrag etwa des Oberkommandos der Kriegsmarine (OKM), des OKW, der Luftwaffe (OKL), des Heereswaffenamtes (HWA), des RWA im Kontext des Vierjahresplans oder der rüstungsrelevanten Industrie bearbeitet, unter anderem im besetzten Ausland. So war es kein Wunder, dass das Amt im April des Jahres 1945 nicht nur in das Fadenkreuz der sowjetischen Artillerie bei der Eroberung Berlins geriet, sondern auch die Aufmerksamkeit der wissenschaftlich-technischen Stellen der sowjetischen Besatzungsmacht auf sich lenkte.

> „24.4.45 (Dienstag) 5.30h schwerer Artilleriebeschuss (15 und 21cm-Granaten) von Lichterfelde her. Deutsche Flak und viel Artillerie im Botan. Garten. Bombenangriff […]. Stoss trifft über das freie Feld und Baugelände beim MPA auf Stadtrand […]. Schrapnell-Beschuss und schwere Bombenangriffe auf Lichterfelde West. Deutsche Truppen ziehen sich zurück und Bot. Garten fällt in russische Hand. 26.4. (Donnerstag) Russen zu den Häusern von Lichterfelde“.[97]

Mit diesen Worten beschrieb der damalige Mitarbeiter und spätere Präsident des Materialprüfungsamtes in Berlin-Dahlem, Maximilian Pfender, in seinem Notiz- und Arbeitsbuch die Eroberung des westlichen Groß-Berlin durch die Rote Armee im April 1945. Mit dem Einmarsch der sowjetischen Armee in der Hauptstadt und der am 2. Mai 1945 erfolgten Kapitulation Berlins[98] sahen sich die Mitarbeiter des Amtes binnen kürzester Zeit mit einer Situation konfrontiert, die den Untergang des „Dritten Reichs“ sowie das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft bedeutete. Zugleich kündigten sich neue Verhältnisse an: Nach anfänglichen Versuchen einer Verteidigung des Amtes, die jedoch, wie aus der retrospektiven Beschreibung eines ehemaligen Mitarbeiters und Angehörigen der amtseigenen Luftschutzwache hervorgeht,[99] bald aufgegeben werden mussten, eroberten sowjetische Truppen das MPA.

Mit der Besetzung des Amtes begann nur wenig später eine genaue Inspizierung des Geländes und der Gebäude, die mehrere Tage

97 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag undat., BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77. Vgl. zu Max Pfender ausführlich Kapitel 2.2.

98 Meiser, Deutsche Forschungshochschule, 2013, S. 13. Vgl. allgemein zur letzten Kriegsphase bis zur Eroberung Berlins Behring, Winteroffensive der Roten Armee, 2005; Lakowski, Zusammenbruch, 2008; zur „Inszenierung des Untergangs“ und dem „Ende im Bunker“ vgl. Ullrich, Hitler, 2018, S. 591–660.

dauerte und der Bestandsaufnahme der vorhandenen Geräte und Apparaturen diente, die als Grundlage für die in der Folgezeit durchgeführten Demontagen dienen sollte. Pfender notierte zu der Entwicklung jener Tage in seinen persönlichen Aufzeichnungen:

> „Früh aufgestanden zur Arbeit an Seilschwingungen. Schöner warmer Sommertag […]. Um 11 Uhr Besuch von zwei Russen […], besichtigen das ganze Haus bis zum Boden, lüften Deckel öffnen Schränke und Koffer nehmen aber nichts mit. Verabschiedung mit militärischem Sinn. Weiterarbeit."[100]

Kurz darauf dokumentierte er jedoch bereits den Beginn der Demontagearbeiten: „Röntgenanlagen, Maschinen, Werkzeuge gehen weg auf Lastwagenkolonnen […]. Weiterer Maschinenabtransport." Ein umfassender Abtransport verschiedener Industrieanlagen und Institutseinrichtungen hatte in der späteren SBZ bereits vor dem offiziellen Kriegsende im Rahmen der Plünderungs- und Kriegsbeuteaktionen der Roten Armee begonnen und konzentrierte sich auf die Metallindustrie und den Werkmaschinenbau.[101] Deshalb war auch das MPA in Berlin-Dahlem – neben den dort befindlichen Baumaterialien, Werkstoffen und technischen Apparaturen, die gleichermaßen abtransportiert wurden – ein im Sinne der Reparationsziele begehrtes Objekt.[102]

---

99 Jung, Erich: Die letzten Kriegswochen im Staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem aus der Sicht eines Angehörigen der „Ständigen Luftschutzwache", in: BAM-Information 5 (1975), S. 64–66, BAM-Archiv, Fach 3-1.

100 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag undat., BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77, und im Folgenden.

101 Karlsch, Kriegszerstörungen und Reparationslasten, 1995, S. 535; Karlsch/Ciesla, Vom „Karthago-Frieden" zum Besatzungspragmatismus, 1999, S. 83, 90.

102 Die nach dem Krieg im Wesentlichen umgesetzte Leitlinie der sowjetischen Reparationspolitik wurde bereits Ende 1943 von dem sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler ungarischer Abstammung Eugen Varga (1879–1964) formuliert. Als zentrale Elemente betrachtete Varga den Abtransport von Industriegütern und -anlagen, Lieferungen aus deutscher Produktion im Zuge der Reparationsleistungen und die Verwendung deutscher Arbeitskräfte bei den durchzuführenden Reparationsarbeiten mit Blick auf eine massive wirtschaftliche Schwächung Deutschlands, die einer Deindustrialisierung gleichkommen sollte, wie sie später von der Reparationskommission unter dem sowjetischen Politiker Iwan Michailowitsch Majskij als wichtigstes Ziel der Reparationspolitik beschlossen wurde, ebd., S. 72

Der Umfang der allein durch das sowjetische Demontagekommando im Juni 1945 aus dem MPA abtransportierten Einrichtungen, Maschinen, Apparate, Werkstoffe und Materialien lässt sich anhand verschiedener, von den Mitarbeitern des Amtes erstellten Demontage- und Inventurlisten sehr genau nachvollziehen. Wenngleich das Gros der demontierten Güter mit einem Sachwert von über zwei Mio. RM auf die Ausstattung der Unterabteilungen der ersten Hauptabteilung „Metalle" fiel,[103] wurden auch aus der Hauptabteilung II „Baustoffe und Baukonstruktionen", den Unterabteilungen der Hauptabteilung III „Organische Stoffe" – IIIa) „Kunst- und Anstrichstoffe", IIIb) „Gummi-, Kohle- und Erdölerzeugnisse" und IIIc) „Textilprüfung, Papierprüfung" – sowie der Werkstatt und der Bücherei des MPA zahlreiche Geräte, Einrichtungsgegenstände und circa 20 000 Bände Fachliteratur beschlagnahmt.[104] Von besonders großem Interesse für die sowjetischen Truppen schien die Reichs-Röntgenstelle gewesen zu sein, deren Einrichtung beinahe vollständig demontiert wurde und die zahlreiche magnetische Prüfgeräte und -anlagen, Röntgeneinrichtungen, Leuchtschirme, Fotoapparate, Magneten, Werkzeuge, aber auch Veröffentlichungen der

Gleichzeitig sollten die umfassenden Reparationen wesentlich zum Wiederaufbau des eigenen Landes dienen, Fisch, Reparationen, 1992, S. 104. Zu Eugen Varga siehe überblicksartig Thalheim, Eugen Varga, 1975. Ein grober Überblick über die einzelnen Phasen der sowjetischen Reparationspolitik nach 1945 findet sich bei Heinemann-Grüder, Reparationsdienste durch „Spezialisten", 1992, S. 37 f.

103 Diese bestand aus den Unterabteilungen Ia) Metallkunde, Metallographie, Korrosion, Spektrographie, Ib) Mechanische Technologie, Prüfung von Konstruktionsteilen, Messwesen und Ic) Anorganische Chemie der Metalle, Präsident des MPA Berlin-Dahlem an den Magistrat von Groß-Berlin, Abt. für Volksbildung, Betr. Demontage der Einrichtungen des Materialprüfungsamtes durch die russische Besatzungsmacht, 16.4.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates. Die hier genannten Bezeichnungen der Abteilungen und Unterabteilungen entsprechen den genauen Bezeichnungen von 1942, die, wenngleich die Einteilungen nach Fachgebieten grundsätzlich so eingehalten worden waren, nach dem Krieg terminologisch leicht abgeändert wurden. Die Bezeichnungen werden hier aufgrund der Quellenbezeichnungen mit entsprechender Zuordnung der Werte der demontierten Güter in diesem Einzelfall beibehalten.

104 Präsident des MPA Berlin-Dahlem an den Magistrat von Groß-Berlin, Abt. für Volksbildung, Betr. Demontage der Einrichtungen des Materialprüfungsamtes durch die russische Besatzungsmacht, 16.4.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates.

dort tätigen Mitarbeiter über Zerstörungsfreie Werkstoffprüfungen mit Röntgen- und Gammastrahlen umfasste.[105] Die Demontage des MPA unter der Leitung des Majors Morosow,[106] im Zuge derer „Maschinen, Geräte[n], Werkzeuge[n], Werkstoffe[n] und Literatur mit einem Friedensbeschaffungswert von über 5 000 000 RM“[107] abtransportiert wurde, zog sich bis Anfang August 1945 hin. Erst danach wurden alle Gebäude wieder für die Mitarbeiter freigegeben, denen der Zugang zumindest zu einigen der Häuser zuvor bis zum Ende der Demontageaktionen verwehrt geblieben war.[108]

Der Einmarsch der amerikanischen Truppen in Berlin im Sommer 1945[109] bedeutete weitere Einbußen an Material und Ausstattung. So verlangten die Amerikaner unter anderem die Lieferung großer Mengen unbeschädigten Fensterglases, was bedeutete, dass die Fenster der Amtsgebäude notverglast werden mussten, oder sie bauten Einrichtungsgegenstände aus,[110] welche die Besatzungsmacht für eigene Zwecke wiederverwendete. Rückblickend resümierte Pfender hierzu:

> „Es waren nicht nur alle Prüfmaschinen und -einrichtungen fortgeschafft, sondern auch die Heizkörper, elektrischen Versorgungsanlagen und Beleuchtungseinrichtungen entfernt, und Türen und Möbel, soweit nicht als Verpackungsmaterial benutzt, waren zerschlagen. Die bei den letzten Luftangriffen oder der Demontage noch nicht zerstörten Fenster wurden zum größten Teil von der späteren Besatzungsmacht für deren Gebäude entnommen.“[111]

105 Otto Vaupel, Bei der Demontage entnommene Geräte der Reichs-Röntgenstelle, 14.4.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates.

106 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 334.

107 N.N., Das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 86/87, Januar 1948, BAM-Archiv.

108 Max Pfender, Personeller, räumlicher und sachlicher Ausbau der Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung Berlin, BAM. Berlin-Dahlem, den 1.4.55, BAM-Archiv.

109 Siehe hierzu und zur Einrichtung der Alliierten Kommandantur in Berlin die kurze Zusammenfassung bei Meiser, Deutsche Forschungshochschule, 2013, S. 14 f.

110 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 334 f.

111 Max Pfender, Personeller, räumlicher und sachlicher Ausbau der Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung Berlin, BAM. Berlin-Dahlem, den 1.4.55, BAM-Archiv.

Die zumindest für einige Zeit bestehende Präsenz amerikanischer Truppen, die einen Teil des Geländes beschlagnahmt und dort behelfsmäßig Barracken errichtet hatten,[112] verstärkte einmal mehr das von vielen Deutschen geteilte Gefühl des Besiegt-Seins,[113] bei dem die Besatzungsmächte keineswegs als freundlich gesinnte Sieger oder gar als Befreier erschienen.[114] Auch für die Angehörigen des MPA bedeuteten Besatzung und Demontage einen als tiefgreifend empfundenen Einschnitt, einen für die Besiegten kollektiv erfahrenen „Zusammenbruch",[115] der sich zu einem zentralen Referenzpunkt für die im Laufe der Nachkriegsdekaden sich herausbildende amtseigene Geschichtspolitik und Erinnerungskultur entwickeln sollte.

Die bislang ausgemachten Berichte, welche die Spezialeinheiten von BIOS, CIOS und FIAT über das Materialprüfungsamt in Berlin-Dahlem erstellten, demonstrieren exemplarisch das Interesse, das die Alliierten an wissenschaftlich-technischen Informationen über die bis 1945 geleisteten Arbeiten aus den Bereichen Militär, Industrie und auch an der dafür zugrundeliegenden Forschung hatten. Dass sich das MPA für den Transfer von wissenschaftlich-technischem und industriell-anwendungsbezogenem Knowhow im Rahmen der „intellektuellen Reparationen" für die Besatzungsmächte als besonders attraktiv und ertragreich erwies, lässt sich vor dem Hintergrund des sich im Laufe des 20. Jahrhundert immer weiter verdichtenden und stärker verflechtenden militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplexes[116] deuten, in dem das MPA als Ressortforschungseinrichtung, die sich aufgrund ihres institutionellen Charakters *eo ipso* als zentrale Schaltstelle und Dienstleister zwischen jenen gesellschaftlichen Teilsystemen bewegte und bewegt, von großer Bedeutung war.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann keineswegs nur eine umfassende Beschlagnahmung und ein Abtransport von

112 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 338.

113 Die Bedeutung des Begriffspaars Sieger und Besiegte für das Bewusstsein der Zeitgenossen und die nachhaltige Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg beschreiben Afflerbach/Cornelißen, Sieger und Besiegte, 1997, S. 11.

114 Plato, Plädoyer, 1993, S. 114.

115 Blumenthal, Wilhelm: Das Amt nach dem Zusammenbruch, in: BAM-Information 10 (1975), S. 133–137, BAM-Archiv, Fach 3-1.

116 Maier, „Unideologische Normalwissenschaft" oder Rüstungsforschung?, 2002, S. 256–259.

Kriegsbeute materieller und technologischer Art:[117] Als „intellektuelle Reparationen“[118] verbrachten die Siegermächte systematisch ganze Teams von Wissenschaftlern und Ingenieuren in die USA, UdSSR, nach Großbritannien und Frankreich,[119] von denen die Operationen unter dem Decknamen „Overcast“ und „Paperclip“ die wohl bekanntesten und bislang am besten erforschten sind.[120] Wenngleich zweifellos zahlreiche Beispiele für eine zwangsweise Verschickung von deutschen „Spezialisten“[121] bekannt sind, sei dennoch auf die Anmerkung des Historikers Burghard Ciesla für das Beispiel des Wissenschaftler- und Technikertransfers in die UdSSR verwiesen, dass „vielen der deutschen Spezialisten

117 Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 24, weist in diesem Zusammenhang zurecht auf die schwierige Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Technik beziehungsweise Technologie hin, stellt jedoch fest: „Versteht man in diesem Kontext Technologie als die ‚praktische Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien‘, dann ging es den Siegermächten eindeutig um den Transfer von Technologie“. Ebenso schwierig sei die klare Trennung von Wissenschaftlern und Ingenieuren, nachdem gerade im Krieg die Grenzen zwischen ihnen verschwommen.

118 Gimbel, Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam, 1990, S. 461. Zum rechtlichen Charakter des Transfers von „intellectual property“ und der Frage, ob der Begriff „intellecutal reparations“ angebracht ist, siehe Fisch, Reparations and Intellectual Property, 1996, bes. S. 11 f.

119 Bähr/Erker/Giles, Politics of Ambiguity, 1996, S. 135; Ciesla, „Project Paperclip”, 1993, S. 287.

120 Ash, Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge, 2010, S. 216; ders.: Wandlungen der Wissenschaftslandschaften, 2018, S. 32; ders., Wissenschaft und Politik, 2010, S. 30; Heinemann-Grüder, Reparationsdienste durch „Spezialisten“, 1992, S. 44. Die im Juli 1945 beschlossene „Operation Overcast“ hatte bereits den Transfer von bis zu 350 Raketen- und Aerodynamikexperten in die USA vorgesehen, Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 67. Wesentlich umfassender angelegt war das „Project Paperclip“ von Anfang März 1946, das auch den Transfer der Familien der in die USA verbrachten Wissenschaftler und Techniker vorsah, ebd., S. 70. Insgesamt wurden im Rahmen von „Paperclip“ circa 1.000 Spezialisten in die USA verbracht, vgl. Heinemann, Überwachung und „Inventur“, 2001, S. 174. Zum „Project Paperclip“ siehe weiter Ciesla, „Project Paperclip“, 1993; Bower, Paperclip Conspiracy, 1987; Hunt, Secret Agenda, 1991; überblicksartig auch Gimbel, Science, Technology, and Reparations, 1990, bes. S. 37–59.

121 Laut Walker, Nazification and Denazification of Physics, 1996, S. 56, bezeichnete vor allem die Sowjetunion deutsche Wissenschaftler und Ingenieure als „Spezialisten“, die nach 1945 in den Osten gingen, um für die Sowjetunion zu arbeiten.

die Zwangsverschickung zum Zeitpunkt des Abtransports nicht durchweg als eine Art Verschleppung oder ‚Entführung' erschien",[122] nachdem das Kriegsende – neben Hungersnöten und zerbombten Städten – für viele auch eine ungewisse berufliche Zukunft bedeutete, was Arbeitsangebote der sowjetischen Besatzungsmacht ungleich attraktiver erschienen ließ.[123]

Für den Fall des Materialprüfungsamtes ist es im Zusammenhang mit der Abwerbung von Fachpersonal durch die Alliierten lohnend, einen Blick auf die Auswahl der präferierten Industrien zu werfen, die für die Sowjets im Sinne der „Reparationsdienste durch ‚Spezialisten'"[124] von besonderem Interesse waren. Wenngleich das MPA als Ressortforschungsbehörde nicht mit privaten Unternehmen gleichgestellt werden kann, so erlaubt die Überschneidung der Tätigkeitsfelder – abgesehen von einem hohen Maße an Kooperationen des Amtes mit der Industrie vor und während des Krieges – doch eine Übertragung des Interesses der sowjetischen Besatzungsmacht an speziellen Industriebereichen auch auf das MPA, nämlich unter anderem dem Maschinenbau, der Elektrotechnik oder der Chemie.[125] Dass die sowjetische Besatzungsmacht beinahe unmittelbar nach der Einnahme des Amtes die führenden „Spezialisten" unter den dort Tätigen identifiziert und Interesse an ihrem Transfer bekundet hatte, belegt das in einem Eintrag vom 1. Juli 1945 bei Pfender nachträglich geschilderte Gespräch zwischen Siegern und Besiegten:

> „So gestärkt konnte ich leichter an den Sorgen mittragen, die [den Präsidenten des Amtes, E.K.] Prof. Siebel drücken. Aufs Neue wurde er von den Leuten des Generals Tomasof vernommen, ob er nicht mit nach Russland wollte. Hier wäre ja sowieso keine Arbeitsmöglichkeit

122 Ciesla, Spezialistentransfer in die UdSSR, 1993, S. 31.

123 Vgl. auch Ash, Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge, 2010, S. 218. Das Gros der später in die Sowjetunion gebrachten Fachleute hatten vor 1945 im Bereich der angewandten Forschung und für Rüstungszwecke gearbeitet, Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 15 f. Einen Überblick darüber, welche Arten von Spezialisten zu welchem Zeitpunkt durch die sowjetischen Spezialeinheiten rekrutiert und evakuiert wurden, gibt ebd., S. 16 f.

124 Heinemann-Grüder, Reparationsdienste durch „Spezialisten", 1992.

125 Nach Ciesla, Spezialistentransfer in die UdSSR, 1993, S. 26, bildeten diese Branchen gleichzeitig auch Schwerpunkte der Rüstungsindustrie und -entwicklung.

> mehr für ihn. Sie würden ja auch nur den besten Leuten solche Angebote machen, um bei der dann geringen Zahl bessere Bedingungen für Unterhalt und Wohnung zu gewähren. Die Leute wären: Prof. Siebel, Prof. Kindscher, Prof. Nitsche, Prof. Bussmann, Prof. Vollmer und Dr. Werner. Die Verhandlung war zögernd, die ursprünglich scharfe Ablehnung aber schwankend, weil der Kulturreferent […] jede Unterstützung des MPA-Dahlem abgesagt hatte."[126]

Ob noch weitere Mitarbeiter des MPA abgeworben werden sollten, ist nicht bekannt. Allein die hier angeführten Personen, deren Position und Tätigkeit an dieser Stelle nur kurz benannt werden sollen, konnten zweifellos als führende Experten auf ihren jeweiligen Fachgebieten gelten. Diese waren Prof. Dr.-Ing. Erich Siebel, Präsident des MPA und Experte auf dem Gebiet der Werkstoffprüfung und Festigkeitslehre,[127] Prof. Dr. Erich Kindscher, Stellvertretender Präsident des MPA, Leiter der Hauptabteilung III „Organische Stoffe" und Chemiker auf den Gebieten Kautschuk, Öle und Fette,[128] Prof. Dr.-Ing. Rudolf Nitsche, Spezialist auf dem Gebiet der Kunststoffe und Leiter der Abteilung Kunst- und Anstrichstoffe der Hauptabteilung III „Organische Stoffe",[129] Prof. Dipl.-Ing. Karl Heinz Bußmann, bis 1945 Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung „Maschinenbau" und Leiter der Fachgruppe „Prüfung von Maschinenelementen, Festigkeitsforschung, Festigkeitsverhalten bei schwingender Beanspruchung",[130] Prof. Vollmer[131]

126 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 1.7.1945, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

127 Professor Dr.-Ing. Erich Siebel, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Prof. Dr. Erich Siebel. Vgl. zu Erich Siebel ausführlich Kapitel 2.2.

128 Nachruf für Prof. Dr. Erich Kindscher, Anlage zu: Franz Schlosser, Abt. Kautschuk, Kohle- und Erdölerzeugnisse, an den Schriftführer der Zeitschrift „Chemie-Ingenieur-Technik", 23.9.1949, BAM-Archiv. Vgl. zu Erich Kindscher ausführlich Kapitel 2.2.

129 CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 11, BAM-Archiv, und im Folgenden. Vgl. zu Rudolf Nitsche ausführlich Kapitel 2.2.

130 Vgl. zu Karl Heinz Bußmann ausführlich Kapitel 2.2.

131 Dabei handelte es sich wahrscheinlich um den Chemiker Max Volmer (1885–1965).

sowie Dr. Otto Werner,[132] Leiter der Abteilung Metallkunde und als physikalischer Chemiker besonders mit den Gebieten Metallkunde, Metallographie, Metalltechnologie Metallphysik und Spektralanalyse befasst.[133]

Das Angebot von einzelnen Arbeitsverträgen für ausgewählte Wissenschaftler und Techniker ist nicht allein auf die Tatsache zurückzuführen, dass das Knowhow der „Spezialisten" rein für den Einsatz in der Sowjetunion oder SBZ verwendet werden sollte.[134] Mit dem Angebot von Arbeitsmöglichkeiten und der intendierten Evakuierung von Fachpersonal sollten diese gleichzeitig davon abgehalten werden, für die westlichen Besatzungsmächte zu arbeiten, sowohl in Westdeutschland selbst als auch in den USA, Frankreich und Großbritannien.[135] Die „Jagd auf die deutschen Wissenschaftler"[136] wurde noch verstärkt durch die sich bereits während des Krieges abzeichnende Rivalität

132 Otto Werner (1900–1987), 1919 Studium der Chemie und Physik, 1925 Dr.-Ing., 1925 planmäßiger Assistent am Chemischen Institut der Universität Rostock, 1928 mit Rockefeller-Stipendium am University-College in London, 1929 Assistent am KWI für Chemie als Mitarbeiter von Otto Hahn, 1934 Stipendiat am KWI für Metallforschung, 1935 Eintritt in das StMPA als Wissenschaftlicher Angestellter in der Abteilung „Metallkundliche Untersuchungen (Metallographie)", 1936 Leiter der Fachgruppe „Metallphysik" der Fachabteilung „Metallkunde" in der Abteilung „Metalle", 1941 Abteilungsleiter im Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung, 1945 Übernahme in das MPA als Leiter der Abteilung Ia „Metallkunde" in der Hauptabteilung I „Metalle", 1965 Ruhestand; BAM, Personalblatt, BArch, PERS 101/86994; Otto Werner, Lebenslauf, 26.9.1952, BArch, PERS 101/86994; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Einreihung des wiss. Angestellten Dr. Werner in die VG II TOA, 13.9.1940, BArch, R 4901/14111, Bl. 129; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Otto Werner zum 65. Lebensjahr, in: Materialprüfung 7 (1965), S. 146; Herrn Dr. phil. Otto Werner zum 75. Geburtstag, in: BAM-Information 4 (1975), S. 48, BAM-Archiv, Fach 3-1.

133 U.a. Melchior, BAM, Dienstleistungsbericht für den höheren und gehobenen Dienst, Dr. Otto Werner, 28.2.1955, BArch, PERS 101/86994, Bl. 41–43.

134 Zur Bedeutung von Ingenieuren und Wissenschaftlern für den Wiederaufbau der Wirtschaft und der technischen Hochschulen in Ostdeutschland am Beispiel zweier Wissenschaftler bei Carl Zeiss Jena siehe Augustine, Wunderwaffen of a Different Kind, 2006.

135 Judt, Exploitation by Integration?, 1996, S. 40.

136 Bar-Zohar, Jagd auf die deutschen Wissenschaftler, 1966; vgl. auch Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 2009, S. 747.

der Siegermächte aus Ost und West, die nach Kriegsende vor allem zwischen den USA und der Sowjetunion in eine sich immer weiter verschärfende und verfestigende Konstellation mündete.[137] Auch das MPA stand im Fokus der starken militärischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Interessen der Besatzungsmächte, was gleichzeitig die hohe Bedeutung des Amtes in genau diesen Bereichen belegt, an deren Schnittstelle es aufgrund seines hybriden Charakters als Ressortforschungseinrichtung stand.

Noch während des Krieges hatten Amerikaner und Briten mit dem *Combined Intelligence Objectives Subcommittee* (CIOS) eine wissenschaftliche und technische Spezialeinheit gebildet,[138] für deren Besetzung Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker und weitere Spezialisten rekrutiert worden waren.[139] Sie begleiteten die vorrückenden alliierten Truppen als „Fachleute in Uniform",[140] um Berichte über deutsche Forschungseinrichtungen zu erstellen,[141] deren Arbeitsergebnisse und Personal in Zukunft für die eigenen Zwecke wissenschaftlich-technischer, ökonomischer oder kommerzieller Art nutzbar gemacht werden sollten.[142] Die von CIOS getroffene Auswahl der für die spätere Ausbeutung interessierenden Einrichtungen wurde sodann an militärische Sondereinheiten, die im Juli 1944 aufgestellten und aus knapp 2000 Mann bestehenden „Target Forces",[143] weitergegeben, die diese anschließend in Besitz nehmen und bis zum

137 Bähr/Erker/Giles, Politics of Ambiguity, 1996, S. 135.

138 Gimbel, Science, Technology, and Reparations, 1990, S. 179; Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 14. Die wesentlichen Ziele der Spezialeinheiten fasst Gimbel, Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam, 1990, S. 459 f., kurz zusammen; ders., Scientists and Technicians Evacuated From the Soviet Zone, 1990, S. 17. Zu CIOS siehe auch Heinemann-Grüder, Reparationsdienste durch „Spezialisten", 1992, S. 44.

139 Gimbel, Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam, 1990, S. 459; ders., Scientists and Technicians Evacuated From the Soviet Zone, 1990, S. 17; ders., Science, Technology, and Reparations, 1990, S. 179; Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 30.

140 Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 30.

141 Maier, Forschung als Waffe, 2007, S. 936.

142 Zur kommerziellen Nutzung vgl. Gimbel, Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam, 1990, S. 461.

143 Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 2009, S. 746.

Beginn der groß angelegten Ausräumungsaktionen überwachen sollten.[144] Neben CIOS, dem von britischer Seite aus ähnliche Zwecke verfolgenden *British Intelligence Objectives Subcommittee* (BIOS),[145] den *T-Forces* und weiteren Sonderkommandos gab es darüber hinaus militärische Einheiten, die eine groß angelegte Dokumentation über die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Arbeiten in Deutschland zur Aufgabe hatten und die am 31. Mai 1945 mit der durch die Westalliierten gemeinsam gegründeten *Field Information Agency, Technical* (FIAT) zu einer Einheit zusammengefasst wurden,[146] um die Aktivitäten der Spezialeinheiten besser zu koordinieren.[147] Bis zu seiner Auflösung Ende Juni 1947[148] identifizierte FIAT auf Basis der Berichte von CIOS und den Target Forces rund 20.000 Ziele[149] potenziell interessanter Firmen, Forschungseinrichtungen und staatlicher Institutionen, die zunächst inventarisiert und deren Forschungen im Zuge des „documents program" in Form von „FIAT-Berichten" sichergestellt werden sollten.[150] Einen wesentlichen Bestandteil der alliierten Ermittlungen bildeten Interviews, für die unter dem Personal der jeweils ausgewählten Einrichtung vor Ort einzelne Wissenschaftler oder Techniker identifiziert worden waren, die als Experten auf ihren jeweiligen Fachgebieten galten und nun Auskunft über ihre – in vielen Fällen aufgrund der umfassenden Involvierung der wissenschaftlich-technischen Elite in den Aufbau eines nationalsozialistischen Autarkie- und Wehrstaates mithin rüstungsrelevanten – Tätigkeit vor und während des Krieges geben sollten.[151]

144 Gimbel, Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam, 1990, S. 459. Neben den „T-Forces" und CIOS existierten noch weitere Spezialeinheiten, „etwa einige hundert uniformierte Spezialisten, die vom Technical Industrial Intelligence Committee (TIIC) [...] ausgesucht worden waren und die sich auf kriegswichtige Industriesektoren konzentrierten", Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 2009, S. 746.

145 Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 30.

146 Gimbel, Science, Technology, and Reparations, 1990, S. 60; Heinemann, Überwachung und „Inventur", 2001, S. 173.

147 Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 31.

148 Gimbel, Scientists and Technicians Evacuated From the Soviet Zone, 1990, S. 17.

149 Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 32.

150 Gimbel, Science, Technology, and Reparations, 1990, S. 178.

151 Zu den Interviews ebd., S. 184.

Dass die Alliierten ein derartig großes Interesse an der deutschen Forschung zeigten, ist ein Indiz dafür, dass – entgegen dem lange Zeit vorherrschenden Bild einer rückständigen und unmodernen nationalsozialistischen Wissenschaft und Technik – „innovations took place with state support during the Nazi period that cannot easily be dismissed as pseudoscience."[152] Der Historiker Helmut Maier wies bezüglich der Frage des Wissenstransfers durch die Alliierten darauf hin, dass dieser zwar nicht als „Beleg einer generellen Überlegenheit der NS-Rüstungsforschung" misszuverstehen sei, „denn auf zahlreichen Gebieten hinkten sie der der Alliierten hinterher." Dennoch bestätige der Transfer, dass diese im Besonderen im Bereich der Waffensysteme „einen Rückstand auf den Gebieten wahrnahmen, denen sich die deutsche Seite besonders intensiv gewidmet hatte." Dass darüber hinaus aber „nicht nur Waffensysteme, sondern auch die zugehörigen Basisdisziplinen in die alliierten Zentren verpflanzt wurden, ist […] in erster Linie ein Beleg für die erfolgreiche Mobilisierung der gesamten Technowissenschaften im NS-System und der Rüstungsrelevanz ihrer Wissensproduktion."[153]

Die Rolle und die Arbeiten des MPA für den Aufbau des nationalsozialistischen Autarkie- und Wehrstaates vor und während des Zweiten Weltkrieges bilden den Inhalt der Studie Malte Stöckens zum Staatlichen Materialprüfungsamt vor 1945 und sind hier nicht eingehender auszuführen. Im Folgenden stehen die von den Briten und Amerikanern nach Kriegsende erstellten „reports" im Vordergrund, welche die Arbeiten des MPA vor 1945 dokumentierten. Die Auswahl sowohl der interviewten Mitarbeiter des Amtes als auch der zur Dokumentation selektierten Forschungs- und Tätigkeitsgebiete lassen, wie bereits bei den Abwerbungsversuchen durch die sowjetische Spezialeinheit, den Schluss zu, dass auch vonseiten der Westalliierten ein großes Interesse an den im Materialprüfungsamt Tätigen und deren Expertenwissen bestand.

Einer der CIOS-Berichte, bei dem das MPA einen Ermittlungsgegenstand bildete, hatte zum Ziel, „[T]o obtain detailed information on the shade development and the use of vat dyes in the standard cloth of the German Army, and the dyeing problems connected with it."[154]

152 Ash, Denazifying Scientists and Science, 1996, S. 61.

153 Alle Zitate Maier, Forschung als Waffe, 2007, S. 1119.

154 Bergen, Werner von: German Army „Einheitstuch" Standard Cloth Field Grey (CIOS Final Report), Item No. 22, 19.6.1945, S. 3, Library of Congress, PB 209, und im Folgenden S. 3 f. Ich danke Sören Flachowsky für die Quelle.

Während des Krieges sollten die Uniformen der gesamten Wehrmacht einen neuen Farbton erhalten, nachdem die bisherige Farbgebung im frühen Morgen- und späten Nachmittagslicht schlechte Tarneigenschaften auch mit Blick auf eine höhere Infrarotempfindlichkeit aufgewiesen hatte. Schon 1933 war mit dem gestiegenen Bedarf an Stoffen für das Heer die Frage der Verwendung von Chromfarbstoffen für das Uniformtuch, die bereits während des Ersten Weltkriegs diskutiert worden war, aufgeworfen und für diesen Zweck vonseiten des Wehrmachtsbeschaffungsamtes eine Besprechung bei den Farbwerken Hoechst einberufen worden. Bereits ein Blick auf die Anwesenheitsliste vom Mai 1933[155] gibt einen ersten Eindruck von der engen Kooperation der Stellen und Personen aus den Bereichen Forschung, Industrie, Staat und Militär. Vertreten waren unter anderem das Reichswehrministerium, das Reichswirtschaftsministerium, verschiedene Heeresbekleidungsämter, das Wehrmachtsbeschaffungsamt, Vertreter diverser Marineeinrichtungen, die IG-Farben mit den Werken Hoechst, Leverkusen und Berlin, Vertreter von Tuchfabriken und – als Vertreter des Staatlichen Materialprüfungsamtes – Prof. Dr. Herbert Sommer,[156] Direktor der IV. Hauptabteilung „Faserstoffe".[157]

Im Rahmen der Ermittlungen durch CIOS wurden sämtliche Beteiligte an dem Vorhaben zur Entwicklung einer neuen Farbentwicklung im Standardtuch des Heeres entweder befragt oder die entsprechenden Einrichtungen und Laboratorien nach Informationen durchsucht, darunter vor allem als Lieferant der Wollküpenfarben die Farbwerke Hoechst und aufgrund seiner umfassenden Involvierung in die Arbeiten für den vom Wehrmachtsbeschaffungsamt initiierten Auftrag gleichermaßen das MPA.[158] Von besonderem Interesse für die alliierten Spezialeinheiten schien eine von Herbert Sommer zusammen mit dem Leiter der Abteilung „Textilien", Dr.-Ing. Oswald Viertel, in den Jahren 1931 bis 1934 erstellte Studie zur „Determination of the Influence of the Dyeing Methods on the Wearability of Army Cloth" gewesen zu sein, deren

155 Ebd., S. 6–8.

156 Vgl. zu Herbert Sommer ausführlicher Kapitel 3.2.

157 StMPA, Personalnachrichten über Herbert Sommer, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 133–134.

158 Bergen, Werner von: German Army „Einheitstuch" Standard Cloth Field Grey (CIOS Final Report), Item No. 22, 19.6.1945, Library of Congress, PB 209, S. 3 f.

Ergebnisse der CIOS-Bericht ausführlich dokumentierte und konstatierte, diese Ergebnisse hätten Einfluss sowohl auf die Entscheidungen der deutschen Luftwaffe als auch der Marine gehabt.[159]

Anfang August 1945 befragten die Ermittler des BIOS Erich Siebel und Erich Kindscher, an denen auch die sowjetischen Truppen besonderes Interesse für eine Abwerbung gezeigt hatten, sowie Georg Fiek im Rahmen der Untersuchungen zu „Fuels and Lubricants".[160] Der Maschinenbauingenieur Fiek war seit seinem Eintritt in das MPA im Jahre 1905 in der Abteilung I für Metalle beschäftigt gewesen, deren Leitung er Ende der 1930er Jahre übernommen hatte (1938 I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen"), und der zeitweise als Stellvertreter des Präsidenten wirkte. 1941 bekleidete er zwar nicht mehr die Stelle des Hauptabteilungsleiters, blieb jedoch weiterhin als Leiter der Abteilung Metallkunde in der Hauptabteilung beim MPA tätig. 1942 übernahm er die Leitung der Staatlich-Technischen Prüfanstalt im besetzten Krakau, von wo er ein Jahr später wieder zurückkehrte und als Abteilungsleiter für den Bereich Metallkunde und für Metallkonstruktionen fungierte.[161] Weshalb gerade Siebel, Kindscher und Fiek im Rahmen des Targets „Fuels and Lubricants" befragt wurden, ist zunächst nicht aus ihren jeweiligen Fachgebieten heraus zu erklären. Es liegt daher nahe, dass sie aufgrund ihrer hochrangigen Stellungen – namentlich Präsident, Stellvertretender Präsident und ehemals Stellvertretender Präsident – befragt wurden, nachdem der BIOS-Bericht auch allgemeine Auskünfte über das Materialprüfungsamt gibt. Der Bericht enthält eine kurze Einführung über die Zahl der Mitarbeiter des Amtes vor und nach Kriegsende, ein Organigramm über seine Gliederung mit dem führenden Personal und den Arbeitsgebieten sowie eine „List of Publications by Members of the Staff during the Years 1940–1944".[162]

159 Ebd., bes. S. 8–11. Vgl. zu Oswald Viertel ausführlich Kapitel 4.

160 Howes, D.A.: Staatliches Material Prüfungsamt Unter den Eichen 86-87, Berlin-Dahlem (BIOS Final Report, 525, Item No. 30), August 1945.

161 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des StMPA, ZI, an die III. Hauptabteilung, 8.7.1943, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]. Vgl. zu Georg Fiek weiter Kapitel 2.2.

162 Howes, D.A.: Staatliches Material Prüfungsamt Unter den Eichen 86-87, Berlin-Dahlem (BIOS Final Report, 525, Item No. 30), August 1945, Appendices 1–8, und im Folgenden „Introduction".

Im Zuge der Ermittlungen zu Brennstoffen und Schmiermitteln stellte das britische Komitee für das MPA fest:

> „Very little work was carried out on petroleum or on fuels and lubricants but some work was carried out on bitumens and their use in paints and damp proofings on behalf on the German Bitumen Industry […]. The other work on fuels and lubricants was limited to routine tests of a chemical and physical nature".

Die Arbeiten für die Industrie betrafen das Arbeitsgebiet des Chemikers Dr.-Ing. Paul Kluckow, der von 1938 bis 1945 die Abteilung „Kautschuk-, Kohle- und Erdölerzeugnisse" der Hauptabteilung III „Organische Stoffe" im MPA leitete und dessen Versuchsergebnisse zu Tests über ein Gummi-Gemisch mit dem Elastomer Naftolen von 1939 in dem Bericht detailliert beschrieben wurden.[163]

In einer groß angelegten Ermittlung zur deutschen Bauindustrie, für welche die Verantwortlichen von Oktober 1945 bis Januar 1946 Reisen durch die westlichen Besatzungszonen unternahmen, sollte sich ein Team von BIOS zunächst eine Übersicht über relevante Einrichtungen aus der Bauwissenschaft, dem zivilen Ingenieurwesen und allgemein dem Bereich „Building & Architecture" verschaffen und anschließend diejenigen Ziele aussuchen, „that were likely to repay further study."[164] Die in dem BIOS-Report formulierten Kriterien für die Auswahl der „Subjects of Interest" bestätigen einmal mehr die bereits skizzierten Leitlinien der „intellektuellen Reparationen", von denen sich die alliierten Besatzungsmächte gerade auch aus denjenigen wissenschaftlich-technischen und industriellen Bereichen einen eigenen Nutzen versprachen, für die die NS-Technologiepolitik in einem besonderen Maße

163 Ebd., Appendix 9 „Abstract of Report Entitled: „Tests of Rubber Mixture Containing Naftolen – Carried out for Dartex A.G.", S. 30 f. Vgl. zu Paul Kluckow ausführlich Kapitel 4.

164 Genauer bestimmten die „Terms of Reference": „In connection with such subjects, targets of investigations were to be located and evaluated, and recommendations submitted as to the best manner in which investigations should be conducted", Adamson, E.K., The German Building Industry (BIOS Final Report, 575, Item No. 22), BIOS Trip No. 1289, October 1945–January 1946, „Introduction".

personelle, materielle und sachliche Ressourcen mobilisiert hatte und die sich dadurch von dem alliierten Stand von Forschung und Technik unterschieden – oder zumindest entsprechend eingestuft wurden:

> „The subjects recommended for investigation are those in which German developments have been sufficiently different from British, and of high enough merit in themselves, to warrant further study by British experts."[165]

Im Juli 1946 wurde das MPA im Rahmen der alliierten Untersuchungen zur „Polarography in Germany" ein weiteres Mal Gegenstand des Interesses der Ermittlungen von BIOS. Zu bemerken ist hier, dass sich die Auswahl der Zieleinrichtungen auf eine zuvor von CIOS erstellte „Black List" zum „Item No. 21 METALLURGIE" stützte,[166] was ein Ziel von militärischer Bedeutung ersten Ranges bedeutete.[167] Die von Juli bis August 1946 durchgeführten Untersuchungen führten die Spezialeinheiten zu einschlägigen Firmen für die Herstellung von Instrumenten und Zubehör für das Verfahren der Polarografie, wie beispielsweise Siemens-Halske in Berlin, zu Einrichtungen, die die Polarografie für organisch- und anorganisch-chemische sowie metallurgische Analysen verwendeten, darunter I.G. Farben Leverkusen, Krupp, die Metallgesellschaft AG und die Gesellschaft für Zinkindustrie in Duisburg, das KWI für Eisenforschung in Düsseldorf und Clausthal-Zellerfeld sowie das KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin, und schließlich das als „Other Target" klassifizierte Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem.[168] Am 26. Juli 1946 befragten die Ermittler hier den Leiter des Fachbereichs „Anorganische Chemie" in der Abteilung I

165 Ebd.

166 Milner, G.W.C.: Polarography in Germany (= BIOS Final Report, 1458, Item No. 9), BIOS Trip No. 2411, 4.7.1946–9.8.1946, Library of Congress, PB 85357. Ich danke Sören Flachowsky für die Quelle.

167 Vgl. zur Einteilung der Listen von CIOS Gimbel, Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam, 1990, S. 460.

168 Milner, G.W.C.: Polarography in Germany (= BIOS Final Report, 1458, Item No. 9), BIOS Trip No. 2411, 4.7.1946–9.8.1946, S. 47, Library of Congress, PB 85357.

„Metalle und Metallkonstruktionen“,[169] Prof. Dr. Herbert Blumenthal,[170] da dieser als „an authority on Zinc alloys, having worked with this class of material himself“ eingestuft wurde.[171] Laut BIOS-Bericht sollte noch ein weiterer (ehemaliger) Mitarbeiter der Abteilung interviewt werden, wozu es allerdings nicht kam: „The polarograph operator was a Nazi and consequently was not available. Professor Blumenthal did not have a high opinion of his work and he was not interviewed.” Weiter wurde Blumenthal zu einer Methode befragt, die im MPA zur Bestimmung von Silizium in Metalllegierungen durchgeführt wurde, und die er als besonders verlässlich, einfach und schnell empfahl. Auf Nachfrage der Ermittler nach Einzelheiten habe er ihnen bereitwillig eine Kopie der Laboranweisungen für die Verwendung gegeben, die, ins Englische übersetzt, ebenfalls in den „Final Report“ aufgenommen wurde.[172]

169 Erich Siebel, Regelung der Vertretung bei der I. Hauptabteilung Metalle und Metallkonstruktionen, 6.6.1941, BAM-Archiv, Fach 20; [StMPA, Organisationsplan], undat. [1941], BArch, R 4901/15202, Bl. 2–6; Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem vereinigt mit der Chemisch-technischen Reichsanstalt, Gliederung des Amtes (vorläufig), 15.9.1945, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö; Groeck, FNA für Nichteisenmetalle, Der Geschäftsführer, an die Mitglieder des Arbeitsausschusses Zink und Zinklegierungen, 31.1.1939, BAM-Archiv, Schriftwechsel Blumenthal.

170 Herbert Blumenthal (1885–1952), 1903 Studium der Chemie und Physik, 1907 Dr.-phil. („Synthese und Derivate der [alpha]-Amino-[gamma]-oxybuttersäure“), 1908 Assistent in der Abteilung für Allgemeine Chemie am KMPA, 1910 Assistent am Anorganisch-Chemischen Institut der TH Breslau, 1917 Kriegsteilnehmer, 1926 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im StMPA, dort 1936 Leiter der Fachgruppe „Anorganische Chemie“ in der Fachabteilung „Metallkunde“ der Abteilung „Metalle“, 1939 Ständiges Mitglied und Professor als Gruppenleiter, in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1945 Übernahme in das MPA als Leiter des chemischen Laboratoriums „Metallanalyse“ in der Hauptabteilung „Metalle“; StMPA, Personalnachrichten über Herbert Blumenthal, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 13–14; REM, Personalbogen für Herbert Blumenthal, undat. [1941], Bl. 181, BArch, R 4901/14111; Verzeichnis der Abteilungen, Fachabteilunge und Fachgruppen (Stand 31.11.1936), BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 8.; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20.

171 Milner, G.W.C.: Polarography in Germany (= BIOS Final Report, 1458, Item No. 9), BIOS Trip No. 2411, 4.7.1946–9.8.1946, Library of Congress, PB 85357, S. 47 und im Folgenden.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die westalliierten Spezialeinheiten den Forschungen und Arbeiten auf dem Gebiet der Röntgentechnik. Die im Jahre 1933 beim MPA eingerichtete Röntgenstelle, die 1936 zur „Reichs-Röntgenstelle beim Staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem" (RRSt) erhoben wurde, wurde 1941 einschließlich ihrer Zweigstellen in Wien, Nürnberg und Düsseldorf als außerplanmäßige Abteilung in das Amt eingegliedert. Noch im selben Jahr wurde die Forschungsabteilung der RRSt in das „Vierjahresplaninstitut für Zerstörungsfreie Prüfverfahren" umgewandelt.[173] Zweck des FIAT-Berichts zum „Industrial X-Ray Field in Germany" war es, „to supplement and summarize a number of exhibits on industrial x-ray equipment and applications",[174] welche in die USA zur Joint Intelligence Objectives Agency (JIOA) verbracht worden waren. Dafür fotokopierten die Ermittler einen wesentlichen Teil der deutschsprachigen, während des Krieges entstandenen Literatur zur Röntgenforschung und -technologie, „which it is believed, will be of importance to various people in this specialized field." Die Rolle des MPA für das Gebiet der Röntgentechnologie und -anwendung schätzte das FIAT-Team folgendermaßen ein:

> „The Reichs-Roentgenstelle, with Professor R. Berthold as head, appears to have been the dominating influence on x-ray technology, technic, and protection. This government agency not only did experimental work and formulated standards (for DIN publications), but also supervised production work for various concerns, and from this latter work obtained an income that made it self-supporting."

172 Stross, W.: A Rapid Method for the Gravimetric Determination of Silicon with particular reference to Aluminium Alloys, as practised in Materialpruefungsanstalt in Berlin (= BIOS Final Report, 1580), July 1946, S. 3–8; Ergänzung durch die Ermittler S. 9.

173 Rudolf Berthold, RRST beim StMPA, Der Leiter, an die Mitglieder des Kuratoriums und der Fördergemeinschaft der Röntgenstelle beim StMPA, Betr. Kuratoriums- und Fördergruppen-Sitzung, 12.10.1936, BArch, R 4601/719; Rudolf Berthold, Bericht der RRRST über das Haushaltsjahr vom 1.4.41 bis 31.3.42, BArch, R 4601/719. Vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

174 Gross, Malvern J.: The Industrial X-Ray Field in Germany (= FIAT Final Report, 535), November 1945, S. 2, Archiv der DGZfP, MAG-U-61, und im Folgenden S. 2 f.

Nachdem der Leiter der 1945 aufgelösten Reichs-Röntgenstelle, der Physiker Prof. Dr.-Ing. Rudolf Berthold,[175] nach Bad Wildbad im Schwarzwald gegangen war,[176] wurde sein ehemaliger Assistent und zu diesem Zeitpunkt Leiter der nach dem Krieg im MPA neu gegründeten Fachgruppe „Zerstörungsfreie Prüfverfahren und Strahlentechnik in der Materialprüfung“,[177] der physikalische Chemiker Dr. Otto Vaupel,[178] „interrogated in

175 Rudolf Berthold (1898–1960), Studium der Elektrotechnik, 1923 Dipl.-Ing., 1925 Dr.-Ing. in Röntgenphysik, 1926 Labor-Leiter bei Siemens & Halske Berlin, dort Entwicklung von Röntgenapparaten, 1933 Leiter der Röntgenstelle beim StMPA, 1933 Gründer der „Gesellschaft zur Förderung Zerstörungsfreier Prüfverfahren“, 1936 Leiter der Reichs-Röntgenstelle (RRSt), 1941 Leiter der V. Hauptabteilung „Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung“ des StMPA und des Vierjahresplaninstituts für Zerstörungsfreie Prüfverfahren des RWA, 1941 ord. Prof. an der TH Berlin, 1941 Mitglied der NS-Dozentenschaft, „gottgläubig“, in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1949 Gründung des „Laboratoriums Prof. Dr. Rudolf Berthold“ in Bad Wildbad; REM, Personalbogen Rudolf Berthold, BArch, R 4901/13259, Bl. 549; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 6; Vaupel, Otto, Zum Tode von Rudolf Berthold, dem Nestor der zerstörungsfreien Prüfung in Deutschland, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 37; Fragebogen Rudolf Berthold, 27.[8./9.]1946, LABW, StAS Wü 13 T2 Nr. 1061/028. Vgl. zu Rudolf Berthold ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

176 Fragebogen Rudolf Berthold, 27.[8./9.]1946, LABW, StAS Wü 13 T2 Nr. 1061/028.

177 Zwei Jubiläen in der BAM, in: BAM-Information 4 (1982), S. 44–46, hier: S. 45, BAM-Archiv, Fach 3-2.

178 Otto Vaupel (1902–1993), 1920 Studium der Physikalischen Chemie, 1926 Dr. phil., 1928 KWI für Metallforschung, 1929 Bergakademie Freiberg in Sachsen, 1933 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Stellv. Leiter der Reichs-Röntgenstelle beim StMPA, 1937 Mitbegründer der „Gesellschaft zur Förderung zerstörungsfreier Prüfverfahren“, 1941 Stellv. Leiter der V. Hauptabteilung „Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung“ des StMPA, in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1945 Übernahme in das MPA als Leiter der V. Hauptabteilung „Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung“, nach Kriegsende (gesichert im Jahre 1948) Auftragsarbeiten für das Deutsche Amt für Maß und Gewicht (DAMG), 1952 Geschäftsführer der „Deutschen Gesellschaft für Zerstörungsfreie Prüfverfahren (DGZfP)“, dort geschäftsführendes Vorstandsmitglied, 1959 Honorarprofessor für „Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung“ an der TH Berlin, 1963 Leiter der Abteilung „Allgemeine Verfahren der Materialprüfung“, 1967 Ruhestand; StMPA, Gliederung 1. Mai 1935, BArch, R 4901/15202, Bl. 50; Verzeichnis der Abteilungen, Fachabteilunge und Fachgruppen (Stand 1.11.1936), BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; RFR,

detail."[179] Im Zuge ihrer Ermittlungen hatte sich die US-amerikanische Spezialeinheit außerdem mit der „Fa. Rich. Seifert" befasst, einem führenden Hersteller von Röntgenapparaten und -zubehör für Industrie und Forschung, mit dem die Reichs-Röntgenstelle in enger Kooperation gestanden hatte – und auch in der Nachkriegszeit stehen sollte –, weshalb die Spezialisten Vaupel unter anderem zu der Qualität der von der Firma hergestellten Apparate befragten.[180] Einen Großteil des Berichts bildeten jedoch die Ausführungen Vaupels zur Durchleuchtung, vor allem bei der Kontrolle von Fehlern in Aluminium und Magnesium, die in erheblichem Maße in der Industrie, beispielsweise bei der AEG oder den Siemens-Reiniger-Werke in Rudolstadt, eingesetzt worden war. Weiter wurde er zur Anwendung von Radium in der Industrie verhört, wobei er angab, dass dieses nicht in einem größeren Umfang verwendet worden sei und auf eine DIN-Norm von 1944 verwies, welche

---

Karteikarte Otto Vaupel, BArch, R 26-III/90815, Bl. 847 f.; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung des Wiss. Angestellten Dr. Otto Vaupel, 8.6.1943, BArch, R 4901/14107, Bl. 173; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 64; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem vereinigt mit der Chemisch-technischen Reichsanstalt, Gliederung des Amtes (vorläufig), 15.9.1945, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö; Deutsches Amt für Maß und Gewicht, Bescheinigung, 5.10.1948, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö; Bericht über die Gründerversammlung der „Gesellschaft zur Förderung zerstörungsfreier Prüfverfahren" am 27. Januar 1937 im StMPA, BArch, R 4601/719; CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 22, BAM-Archiv; Prof. Dr. phil. Otto Vaupel 70 Jahre, in: Materialprüfung 14 (1972), S. 37; Zwei Jubiläen in der BAM, in: BAM-Information 4 (1982), S. 44–46, BAM-Archiv, Fach 3-2.

179 Eine Kopie des Buches von Otto Vaupel zur industriellen Röntgentechnik von 1944 war bereits mitgenommen worden und befand sich unter den „exhibits", die in die USA verbracht worden waren, Gross, Malvern J.: The Industrial X-Ray Field in Germany (= FIAT Final Report, 535), November 1945, S. 3, Archiv der DGZfP, MAG-U-61.

180 So ist zu vermuten: „According to all reports, and judging from appearances, the equipments of the Seifert Company were reliable, conservatively rated, and had an excellent reputation", ebd. und im Folgenden S. 4, 9.

die Belastung durch Radium auf den Körper aus Sicherheitsgründen limitiert habe. Das Interesse der Westalliierten an Betriebssicherheit bei dem industriellen Einsatz von Röntgentechnologie zeigt sich auch darin, dass sie einige Veröffentlichungen, genauer „Literature on Protection", auf die Liste der von den Truppen sichergestellten Gegenstände aufnahmen, darunter eine Bescheinigung über die Röntgenschutzprüfung der Reichs-Röntgenstelle von 1944.[181]

Neben dem Team von FIAT, das vor allem über den industriellen Einsatz von Röntgenmethoden und -technologie ausführliche Dokumentationen anfertigte, legte auch die britische Spezialeinheit BIOS im Jahre 1946 einen Bericht über „The Non-destrucitve Testing of Materials and X-Ray Protection Methods" in der Reichs-Röntgenstelle vor.[182] Nach einer allgemeinen Übersicht über die Organisation und die leitenden Mitarbeiter der Röntgenstelle, ihrer Außenstellen sowie des „Vierjahresplaninstituts für zerstörungsfreie Prüfverfahren" und Institute, die mit diesen Stellen verbunden waren, wurden die Aktivitäten und Arbeitsgebiete der Reichs-Röntgenstelle erfasst. Die Arbeiten für die Industrie, die als „bread-and-butter-work" der Reichsstelle eingestuft wurden, die Ausbildung von Studenten der TH Berlin sowie von weiblichen Technischen Angestellten aus dem Bereich der Materialprüfung, von den Mitarbeitern gehaltene Vorträge und Strahlenmessungen in technischen Anlagen und die Ausarbeitung von Normen im Auftrag des Reichsarbeitsministeriums[183] fasste der Bericht nur kurz zusammen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen die Tätigkeiten der Röntgenspezialisten des MPA im militärischen Bereich, namentlich die Röntgenprüfungen von Schweißnähten an Schiffen. Schon in Friedenszeiten, so die Ausführungen des BIOS-Berichts, sei das Röntgen und die Beurteilung jeder Schweißnaht eine große Aufgabe gewesen.

181 Ebd., S. 10–14.

182 Thiessen, G.J.: The Non-destructive Testing of Materials and X-Ray Protection Methods, Reichs-Rontgenstelle, Unter den Eichen 87, Berlin/Dahlem (= BIOS Final Report, 203, Item No. 9), [1946].

183 „Following a request by the ministry of labor considerable work was also done in making measurements of stray radiation in technical x-ray and gamma-ray installations. the institute also assisted in setting standards for the acceptability of the work tested", Thiessen, G.J.: The Non-destructive Testing of Materials and X-Ray Protection Methods, Reichs-Rontgenstelle, Unter den Eichen 87, Berlin/Dahlem (= BIOS Final Report, 203, Item No. 9), [1946], S. 2, und im Folgenden S. 2–6.

Der Krieg jedoch, „with the advent of pre-fabricated submarines, increased the amount of welding enormously and even sample testing was discarded in favour of control over the welder." Für die Prüfung von Schweißnähten an Schiffen und U-Booten beschäftigten die verschiedenen beteiligten Unternehmen zwar ausgebildete Schweißer, die Röntgenaufnahmen der Naht erstellen und beurteilen sollten. Es scheint jedoch des Öfteren vorgekommen zu sein, dass diese ihre Arbeit nicht zufriedenstellend erledigten. In diesen Fällen wurden die Filme, die Fotografien der Schweißnaht und eines Kontrollstücks enthielten, zur Beurteilung an die Reichs-Röntgenstelle geschickt. Damit war diese zu einer zentralen und als neutral anerkannten Kontrollinstanz avanciert und so im Zweifelsfall in letzter Konsequenz für die korrekte Beurteilung der Ergebnisse bei der Prüfung von Röntgenprüfungen an Schweißnähten aller U-Boote im Reich verantwortlich. In seiner Befragung durch die alliierten Ermittler betonte Vaupel dies deutlich: „The idea of a single central control of a method as subjective as the judging of X-ray pictures was stressed greatly by Dr. Vaupel." Nicht zuletzt dokumentierte das BIOS-Team die in der Reichs-Röntgenstelle angewandten Prüfmethoden mit Ultraschall, die Anwendung von Röntgen- und Gammastrahlen in der zerstörungsfreien Materialprüfung und hierfür verwendete Instrumente oder – wie dies ebenfalls die FIAT-Mitarbeiter in ihrem Bericht aufgenommen hatten – über die Arbeiten im Rahmen der Festlegung von Normen bei Toleranzdosen von Röntgen- und Gammastrahlen in technischen Betrieben und die dafür von der RRSt angewandten Methoden.

Wie sich im Falle des MPA zeigen sollte, spielte eine politische Belastung oder rüstungsbezogene Tätigkeit – trotz des von den Siegermächten gemeinsam erklärten Ziels der Entnazifizierung und Entmilitarisierung Nazi-Deutschlands[184] – sowohl bei den Abwerbungsversuchen von Mitarbeitern als auch bei der Verwertung von deren technischem und wissenschaftlichem Knowhow mit Blick auf den erhofften Nutzen nur eine untergeordnete Rolle.[185] Mehr noch: die Experten wurden

184 Vgl. hierzu lediglich die Absichtserklärungen in: Kommuniqué über die Konferenz der Regierungschefs der drei alliierten Mächte – der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens auf der Krim (11.2.1946), gedruckt in: Fischer (Hrsg.), Teheran, Jalta, Potsdam, 1968, S. 183–189. Zur Konferenz von Jalta: Dülffer, Jalta, 1998, bes. S. 7–34.

185 Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 13 f.; Heinemann-Grüder, Reparationsdienst durch „Spezialisten", 1992, S. 45.

als „valuable and apolitical potential employees“[186] betrachtet. Dieser Umstand begünstigte, neben weiteren Faktoren, auf die an anderer Stelle noch ausführlicher einzugehen ist, die beinahe bruchlose Kontinuität einiger Karrieren von Mitarbeitern des Amtes. Diese Kontinuität war nicht zuletzt deshalb möglich, weil die Abwerbeversuche der Siegermächte, zumal der Sowjets, nicht zwangsläufig Erfolg hatten. Pfenders Notizbuch gewährt einen Einblick in die diesbezüglichen Überlegungen der Zeitgenossen. Er hielt hier ein Gespräch mit dem Präsidenten Siebel fest, an den ein Abwerbungsangebot durch die sowjetische Besatzungsmacht herangetragen worden war, und begründete seine persönliche Ablehnung:

> „Ich verstärkte ihn in der Ansicht, dass jeder Deutsche zunächst die vaterländische Pflicht hätte, in Deutschland selbst weiterzukommen, auch wenn es nur unter bitteren Einschränkungen möglich ist. Russland wäre nicht nur politisch, sondern auch rein menschlich [eine] unerträgliche Belastung für Deutsche in sklavenartiger Abhängigkeit. Verträge und Abmachungen können jederzeit einseitig gebrochen werden. Keine Staatsmacht kann den Einzelnen schützen, dem man beliebige Beschuldigungen vorwerfen kann. Für die Aufrechterhaltung des MPA bleibt nur noch der Parteiweg über den roten Vertrauensrat übrig, der hier um seine eigene Existenz zu kämpfen hat.“[187]

Eine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion – gegen den „Bolschewismus“ und Kommunismus im Allgemeinen – war freilich auch unter zahlreichen Fachleuten verbreitet, weshalb viele von ihnen allein schon deshalb nicht bereit waren, Deutschland zu verlassen. Nicht selten jedoch nahmen die Sieger, auch aus dem Westen, darauf keine Rücksicht und verbrachten in den ersten Nachkriegsjahren Tausende von Wissenschaftlern, Technikern und sonstigen Facharbeitern in ihre jeweiligen Länder.[188] Wenngleich nicht ohne letzte Zweifel festgestellt werden kann, weshalb die Mitarbeiter des MPA durch die Besatzungsmächte nicht wie viele andere ins westliche oder östliche Ausland evakuiert

186 Walker, Nazification and Denazification of Physics, 1996, S. 56.

187 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 1.7.1945, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

188 Mick, Forschen für Stalin, 2000, S. 15; Ash, Wandlungen der Wissenschaftslandschaften, 2018, S. 33.

wurden, da eine Begründung hierfür nicht dokumentiert ist, könnte aus der Entscheidung des Verbleibs des MPA-Personals in Deutschland rückgeschlossen werden, dass die Alliierten hierin einen größeren Nutzen sahen. Als „menschliche Ressourcen, deren Wissen und Fähigkeiten unabhängig von ihren früheren politischen Ansichten genutzt werden konnten“,[189] sollten die Mitarbeiter des MPA so einen Übergang von der Zeit des Nationalsozialismus in die Nachkriegszeit und Bundesrepublik finden, der trotz der durch die alliierte Besatzung veränderten, politischen Rahmenbedingungen nahezu reibungslos erfolgte und letztlich die Existenz des Amtes sicherte.

2.2 Einsatzfähig bleiben – Das Personal im Sommer 1945

Bis kurz vor Ende des Krieges war der Personalbestand des Materialprüfungsamtes, wie bereits erwähnt, auf über 400 Mitarbeiter angewachsen – am 1. Juli 1945 konnten nur noch etwa 70 wiedereingestellt werden.[190] Mit dem Untergang des NS-Regimes und mithin der Auflösung der Reichsministerien verwaiste das bis dahin dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) unterstehende StMPA, für das sich unmittelbar nach Kriegsende zunächst „niemand recht […] verantwortlich fühlte.“[191] Die im Juni erfolgende Übernahme durch den Magistrat von Groß-Berlin, der das Amt wie einige weitere in der Hauptstadt ansässige Anstalten in der Folgezeit treuhänderisch verwalten sollte,[192] erwies sich mit Blick auf sein Schicksal und seine weitere Entwicklung allerdings als janusköpfiger Erfolg. Zwar bedeutete diese Neuressortierung zum einen, dass das Amt trotz seiner umfassenden Beteiligung an autarkie-, kriegs- und rüstungsrelevanter Forschung und Regulierung nicht aufgelöst wurde – wie im Falle der Chemisch-Technischen Reichsanstalt geschehen. Zum anderen verhieß dies eine in verwaltungs- und arbeitstechnischer sowie etatmäßiger

189 Ash, Denazifying Scientists and Science, 1996, S. 75.

190 Erich Siebel, Das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem nach dem Zusammenbruch, [3.5.1947], BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates.

191 Ruske/Becker/Czichos, BAM - Die Chronik, 1996, S. 331.

192 Vgl. hierzu ausführlicher ebd., S. 330 f.

Hinsicht zunächst gesicherte Existenz. Gleichzeitig musste die Zahl der planmäßig Beschäftigten angesichts der schwierigen finanziellen Lage auf Anweisung des Magistrats hin auf einen Personalkorpus eingeschränkt werden, der lediglich etwa zwanzig Prozent der früheren Belegschaft entsprach.[193]

Vor dem Hintergrund eines solchen „verordneten Umbruchs",[194] der hier als ein äußerer Faktor der amtseigenen Personalpolitik begriffen wird, ist es lohnend, einen genaueren Blick auf die zur Weiterbeschäftigung ausgewählten Mitarbeiter zu werfen. Mittels welcher Auswahlkriterien versuchten die Verantwortlichen durch die Übernahme ehemaliger Belegschaftsmitglieder eine personelle Kontinuität in das Nachkriegsamt herzustellen? Diese Kontinuität kann zweifelsohne als eine konstruierte charakterisiert werden.[195] Kontinuität sollte letztlich auch die Personalpolitik der ersten Nachkriegsjahre bestimmen, nachdem die „Einstellung und Entlassung von Personal […] auf Vorschlag der Leiter der Hauptabteilungen und sonstigen selbständigen Dienststellen des Amtes durch den leitenden Direktor im Einvernehmen mit dem Betriebsrat"[196] erfolgte.[197] Dass bei der Auswahl von Mitarbeitern für das Nachkriegsamt während dieser unmittelbaren Umbruchsphase nach Kriegsende eine politische Belastung gleich welcher Art zunächst keine Rolle im Sinne eines Ausschlusskriteriums gespielt zu haben oder diskutiert worden zu sein schien, fand seine implizite Entsprechung in einem im August 1945 vom Präsidenten, Erich Siebel, und vom Betriebsratsvorsitzenden, Wilhelm Blumenthal,[198] gemeinsam formulierten Bericht, wonach die

193 Erich Siebel/Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde, an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz, Abt. Betriebserfassung und Beratung, Betr. Erster Bericht über die Arbeit des Staatl. Materialprüfungsamtes, Berlin-Lichterfelde, 7.6.1945, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: Tätigkeitsberichte MPA von August 1945 bis November 1948.

194 Ash, Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten, 1995.

195 Ebd.

196 [Erich Siebel], Das Personal, Abschnitt „Einstellung und Entlassung", handschriftlich, BAM-Archiv, Fach 35-2.

197 Zwar musste diesen Vorschlägen noch durch das zuständige Personalamt des Magistrats von Gross-Berlin zugestimmt werden, die reine Auswahl erfolgte jedoch vonseiten des Amtes selbst.

198 Wilhelm Blumenthal wird in diesem Kapitel an geeigneter Stelle noch ausführlich behandelt.

> „Einschränkung in der Zahl der Beschäftigten […] unter dem Gesichtspunkt [geschah], dass die verbliebene Belegschaft ausreicht, um die Erhaltung der Gebäude und Einrichtungen zu sichern und das Amt für zukünftige Aufgaben auch hinsichtlich der Fachkräfte einsatzfähig zu erhalten."[199]

Die Gliederung des MPA entsprach auch nach Kriegsende in ihren Grundzügen derjenigen vor Mai 1945 und ordnete sich nach den jeweiligen Fachgebieten „Metalle" (Hauptabteilung I), „Baustoffe" (Hauptabteilung II), „Organische Stoffe" (Hauptabteilung III), der ehemaligen Reichs-Röntgenstelle, die als fünfte Hauptabteilung eingegliedert wurde sowie den amtsübergreifenden Abteilungen, dem „Technischen Betrieb" und der „Hauptverwaltung".[200] Hinzu kam seit dem 1. August 1945 eine vierte Hauptabteilung, die sich aus der ehemaligen Chemisch-Technischen Reichsanstalt zusammensetzte und auf die im weiteren Verlauf noch *en detail* eingegangen wird.

Für das Weiterbestehen dieser Hauptabteilungen mit ihren jeweils untergliederten Abteilungen, Fachgruppen und Laboratorien und für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit durch das Beibehalten der einzelnen Fachgebiete, welche die arbeitstechnische und finanzielle Existenzgrundlage bildeten, waren nicht nur Wissenschaftler oder Ingenieure mit akademischen Abschlüssen von Relevanz. Gleichermaßen notwendig waren Techniker, Handwerker sowie Technische Gehilfen und in den Laboratorien angestellte Facharbeiter oder Angestellte in Verwaltungsbereichen wie der Kassenführung oder Buchhaltung, sodass sich von einer reinen Elitenkontinuität nicht sprechen lässt. Vielmehr muss die von der Amtsleitung und dem Betriebsrat intendierte, konstruierte Kontinuität in personeller Hinsicht als eine solche charakterisiert werden, die zum einen für die Bedarfe des Arbeitsgebietes des Materialprüfwesens notwendige berufstechnische Ressourcen zur Verfügung stellen sollte und zum anderen den Anforderungen für eine eigenständige und funktionsfähige Betriebsführung entsprach, was die

199 Erich Siebel/Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde, an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz, Abt. Betriebserfassung und Beratung, Betr. Erster Bericht über die Arbeit des Staatl. Materialprüfungsamtes, Berlin-Lichterfelde, 7.6.1945, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: Tätigkeitsberichte MPA von August 1945 bis November 1948.

200 [StMPA, Organisationsplan], undat. [1941], BArch, R 4901/15202, Bl. 2–6.

zahlenmäßig nicht geringe Übernahme des notwendigen Verwaltungs- und Handwerkerpersonals in niederrangigen Positionen erklärt. Im Folgenden werden anhand einzelner, ausgewählter Mitarbeiter überblicksartig die jeweiligen Funktionsgruppen skizziert, die das personelle Ressourcenensemble des Amtes bildeten, um ein Panorama der Situation des MPA unmittelbar nach Kriegsende zeichnen zu können. Die personalpolitischen Entscheidungen dieser wenigen Monate von Kriegsende bis August des Jahres 1945 bieten den Zugang, um Erkenntnisse über die von der Amtsführung in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat als relevant erachteten Kriterien für den Umgang mit kompromittierten Belegschaftsmitgliedern zu gewinnen. Wenngleich sich bereits in dieser frühen Phase sukzessive erste Maßnahmen gegen ehemalige Parteimitglieder, politisch Belastete und „Militaristen" abzeichneten, blieb die Frage der Übernahme des auf Anordnung massiv reduzierten Personalkörpers durch den Magistrat von Groß-Berlin hiervon zunächst noch weitgehend unberührt. Sie wurde auf Basis anderer Kriterien entschieden, die sich – angelehnt an einen amtsintern omnipräsenten Duktus – vorrangig danach richteten, ‚es zu schaffen'.[201]

Im Amt des Präsidenten blieb Prof. Dr.-Ing. Erich Siebel (1891–1961),[202] der dieses seit Juli 1940 kommissarisch und seit Februar 1941 planmäßig innehatte.[203] Der aus Solingen stammende Siebel war während seines Studiums der Hüttenmaschinen- und Walzwerkskunde an der TH Berlin, das er 1919 mit dem Titel des Dipl.-Ing. beendete, im Ersten Weltkrieg zunächst als Kriegsfreiwilliger in die Nachrichtentruppe eingetreten und wurde 1918 als Leutnant der Reserve aus

201 So drückte es beispielsweise Kurt Merkmann aus, Mitarbeiter im Technischen Betrieb und Mitglied des Betriebsrates, in einem Beitrag in der internen Mitarbeiterzeitung des Amtes vom Januar 1946, Merkmann, Kurt: Wir haben es geschafft!, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 4, BAM-Archiv, Fach 15-1.

202 StMPA, Personalnachrichten über Erich Siebel, Juni 1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 131–132; REM, Hochschullehrerkartei, R 4901/13277, Bl. 8995; Wellinger, Karl/Pfender, Max: Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Erich Siebel, in: VDI-Zeitschrift 104 (1962), S. 773 f., BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: VDI 1963–1972.

203 StMPA, Personalnachrichten über Erich Siebel, Juni 1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 131–132; REM, Hochschullehrerkartei, R 4901/13277, Bl. 8995.

dem Militär entlassen.[204] Der weitere Werdegang Siebels bis zu seiner Berufung nach Stuttgart liest sich als eine Auflistung zahlreicher Stationen in denjenigen gesellschaftlichen Teilkomplexen Wissenschaft, Staat und Industrie, an deren Schnittstelle die Ressortforschung selbst verortet ist.[205] Die Stuttgarter Zeit Siebels begann im Jahre 1931 mit der Berufung als ordentlicher Professor für Werkstoffkunde, Materialprüfung und Festigkeitslehre an die dortige Technische Hochschule und gleichzeitig als Vorstand an die der TH Stuttgart angegliederten Staatlichen Materialprüfungsanstalt (MPA Stuttgart).[206]

Am 12. Juli 1940 wurde er als Nachfolger Erich Seidls[207] zunächst kommissarisch und ab 1. Februar 1941 planmäßig an das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem durch Reichsminister Bernhard Rust

204 Ebd.

205 1920–1922 Betriebsingenieur beim Hochofenwerk, später bei der Beschlagteilfabrik Rote Erde der deutsch-luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.G., Abteilung Dortmunder Union, während dieser Zeit Promotion zum Dr.-Ing., zweijährige Tätigkeit als Betriebsingenieur im Schmiedereibetrieb des Krefelder Stahlwerks, 1925 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Stellv. Abteilungsleiter beim Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung in Düsseldorf (vornehmliches Arbeitsgebiet: bildsame Formgebung des Stahls), parallel seit 1928 Dozent für Bildsame Formgebung und Festigkeit an der Bergakademie Clausthal; Weber, F.: Erich Siebel – 70 Jahre, in: Materialprüfung 3 (1961), S.169; Professor Dr.-Ing. Erich Siebel, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Prof. Dr. Erich Siebel.

206 Professor Dr.-Ing. Erich Siebel, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Prof. Dr. Erich Siebel.

207 Erich Seidl (1880–1939), 1901 Studium des Bergfaches als Bergbaubeflissener der Preußischen Bergwerksverwaltung, 1905 Bergbaureferendar, 1909 Bergassessor und Hilfsarbeiter an der Kgl. Geologischen Landesanstalt, 1905/06 Einjährig-Freiwilliger beim Grenadierregiment 2 in Stettin, 1914 Leutnant, später Ober-Leutnant d. R., 1915 Mitglied des Stabs des Generalfeldmarschalls des Goltz-Pascha, 1916 Mitglied des Stabs des Deutschen Militärbevollmächtigten an der Deutschen Botschaft in Konstantinopel, 1918 Leiter des „Brennstoffkommandos Arabien", 1919 Regierungsrat und Referent für Kohlensteuer- und schwerindustrielle Fragen im Reichsschatzamt, anschließend 1919 Oberregierungsrat in der Industrie-Abteilung und Leiter der Sektion Metalle des neugebildeten Reichsschatzministeriums, zudem Kommissar des Reichs für die Ilseder Hütte A.G. und die Eisenzentrale GmbH, 1920 Ministerialrat und als Vertreter des Reichs Mitglied des Aufsichtsrates der Ilseder Hütte A.G. und verschiedener Aluminium- und Metallgesellschaften, an denen das Reich beteiligt war, 1922 Übernahme in das Reichsfinanzministerium, dort 1924

in das Amt des Präsidenten berufen.[208] Dass die Wahl des Präsidenten durch das REM für das personell wie etatmäßig mit Abstand größte und in seiner Funktion als staatliche Ressortforschungseinrichtung mithin zentrale Amt des Reiches auf diesem Gebiet – sozusagen dem *primus inter pares* des deutschen Materialprüfungswesens – gerade auf ihn gefallen war, hatte mehrere Gründe, wobei politische offenbar keine ausschlaggebende Rolle spielten. So war Siebel kein Mitglied der NSDAP, galt jedoch zumindest als politisch zuverlässig und war Mitglied mehrerer NS-Organisationen: 1933 trat er dem paramilitärischen Bund der Frontsoldaten, dem „Stahlhelm", bei, war mindestens zwei Jahre lang Mitglied der SA,[209] gehörte von 1934 bis Kriegsende der NS-Volkswohlfahrt und später von 1941 bis 1942 dem Reichsbund der deutschen Beamten sowie von 1940 bis 1945 dem NS-Altherrenbund an.[210] Ein entscheidender Grund war nicht nur, dass der zum Zeitpunkt seiner Berufung knapp Fünfzigjährige ein anerkannter Fachmann im Bereich Materialforschung und -prüfung mit langjähriger Berufserfahrung in der Industrie, in einer renommierten außeruniversitären Forschungseinrichtung sowie im Hochschulbereich war, sondern er sich beinahe ein Jahrzehnt lang erfolgreich auch als Leiter einer derartigen Einrichtung in Stuttgart bewährt hatte. Ein kaum zu überschätzendes Argument für die Berufung Siebels lag überdies darin begründet, dass er als Multifunktionär durch ein hohes Maß an Ausschuss- und Kommissionsarbeit vielfach vernetzt

---

ausgetreten, bis 1928 weiterhin im Aufsichtsrat der Gesellschaften, 1924 Dr.-Ing., anschließend zehn Jahre lang Privatgelehrter, u.a. am KWI für Metallforschung und an der TH Berlin, 1933 Leiter des „Kampfbundes für deutsche Kultur" in Preußen und der „Reichsfachschaft Hochschullehrer und Wissenschaftler im Nationalsozialistischen Lehrerbund", 1934 Ehrensenator der TH Berlin, März 1935 vom REM mit der Führung der Geschäfte des Präsidenten des StMPA beauftragt, Mai 1935 zum Präsidenten ernannt, 1939 Suizid; [Lambertz, Anton:] Erich Seidl †, in: Wissenschaftliche Abhandlungen der deutschen Materialprüfungsanstalten (1939), S. II–V. Vgl. zu Seidl ausführlich die Studie von Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

208 Bernhard Rust, Der Reichsminister, REM, an Erich Siebel, 12.7.1940, BArch, R 4901/14106, Ordner 77.

209 Hier gehörte er von Juni bis September 1934 der SA-Res. I an und seit September 1934 dem Technischen Lehrsturm SA Gr. SW, Erich Siebel, Fragebogen, Formblatt 1, 3.8.1935, BArch, R 4901/14106, Bl. 24.

210 Meldebogen Erich Siebel, 18.8.1947, Landesarchiv Stuttgart StAL EL 902–20/Bü 98195, Bl. 1.

war und zahlreiche Beziehungen zu staatlichen und militärischen Stellen sowie zur Industrie und zu Technischen Hochschulen und Universitäten unterhielt.[211] Im Laufe seiner Amtszeit als Präsident des StMPA bis kurz vor Kriegsende hatte sich Siebels Ämterfülle noch erweitert: Er bekleidete eine Honorarprofessur für „Bildsame Formgebung" an der TH Berlin,[212] seit 1941 war er Mitglied der Erfahrungsgemeinschaft „Abnahme" beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition[213] und wurde noch im selben Jahr zudem Leiter des beim MPA Berlin-Dahlem angesiedelten Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau[214] sowie gegen Ende des Jahres 1944 Bevollmächtigter für Werkstoffprüfung des Reichsforschungsrates.[215] Bezüglich der Vielzahl an militärischen Kooperationsverhältnissen Siebels unter anderem mit dem Luftfahrtministerium oder der Marine, die

211 Stöcken, A „war-related special enterprise of first order", 2026. So war er zum Zeitpunkt seines Amtsantrittes Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik (DVM), Mitglied des Präsidiums und Wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Normenausschusses (DNA), Mitglied der Arbeitsgruppen „Prüfverfahren", „Lagerbaustoffe", „Zerstörungsfreie Prüfverfahren" und „Elektron (Schmiedelegierungen)" des Ausschusses für Werkstofffragen der Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung, gehörte als Vorsitzender einer Kommission des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau an und war Leiter des Fachausschusses für Materialprüfung der Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung; Ludwig, Nikolaus: Der Fachnormenausschuß Materialprüfung. Gründung – Organisation – Aufbau, in: Materialprüfung 1 (1959), S. 25–26; Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates [des DNA], Stand 15.12.1944, BArch, R 1519/512; Berichte des Ausschusses für Werkstofffragen der Lilienthal-Gesellschaft über die Sitzung der Arbeitsgruppenleiter, 1936–1938, nach Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat, 2008, Anhang II, S. 68.

212 Technische Hochschule Berlin (Hrsg.): Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1944/45 und für das Sommersemester 1945, Berlin (Oktober) 1944, S. 44; Professor Dr. Ing. Dr. Ing. E. h. Erich Siebel. Zum Gedenken herausgegeben von Professor Dr.-Ing. habil. K. Wellinger, Stuttgart 1962, Landesarchiv BW, EA 3/150 Bü 1958.

213 [Hauttmann], Erfahrungsgemeinschaft „Abnahme" beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Der Vorsitzer, Mitgliederverzeichnis der E.G. „Abnahme", 24.4.1941, BArch, R 3/1376.

214 Erich Siebel, Rundverfügung, 8.12.1941, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung.

215 Erich Siebel an Rudolf Mentzel, 9.1.1945, BArch, R 26-III/158.

bereits vor seinem Amtsantritt seine Forschungen begleitet hatten,[216] sei hier nur angemerkt, dass diese sich simultan zu den seit Ende der 1930er Jahre insgesamt in allen Abteilungen des StMPA intensivierten Arbeiten für die Rüstung und Autarkiebestrebungen ebenfalls stark vermehrten. Kurz vor Kriegsende, am 3. April 1945, wurde Siebel für seine Leistungen auf dem Gebiet der Rüstung und Kriegsführung von Reichsmarschall Hermann Göring noch das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse verliehen.[217]

Im ersten Tätigkeitsbericht über die Arbeit und Verfasstheit des Amtes, den Siebel selbst zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden verfasste und Anfang Juni 1945 an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz übergab,[218] fand die Beibehaltung des bisherigen Präsidenten in einem kurzen Abschnitt Erwähnung und beinhaltete eine Begründung, die abermals das entscheidende Kriterium für die Personalübernahme nach Kriegsende formulierte. Dass dabei gleichzeitig auch eine Wertung über die politische Belastung beziehungsweise hier: die vorgebliche Nicht-Belastung erfolgte, ist angesichts der Tatsache, dass der Präsident als Co-Autor selbst den Bericht federführend verfasste und dabei amtsintern vonseiten des Vertrauensausschusses des MPA, dessen Vorsitzender der Betriebsratsvorsitzende Blumenthal war, Rückendeckung bekam,[219] wenig verwunderlich und lässt sich als ein erstes Vorzeichen eines auf die Person Siebels bezogenen speziellen Umgangs mit dessen NS-Vergangenheit verstehen. Diese sollte zwar nicht unstrittig bleiben, mindestens aber innerhalb des Materialprüfungsamtes wurde sie von einer Vielzahl der Mitarbeiter mit Blick auf Siebels politische Entlastung mitgetragen:

216 Stöcken, A „war-related special enterprise of first order", 2026.

217 Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes I. Klasse, 3.4.1945, BArch, R 4901/14106, Bl. 121.

218 Erich Siebel/Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde, an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz, Abt. Betriebserfassung und Beratung, Betr. Erster Bericht über die Arbeit des Staatl. Materialprüfungsamtes, Berlin-Lichterfelde, 7.6.1945, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: Tätigkeitsberichte MPA von August 1945 bis November 1948.

219 Der Vertrauensausschuss war „gleich zu Beginn der vom Kommandanten angeordneten Arbeiten gebildet worden", wurde „[i]n Fühlungnahme mit dem Antifa-Komitee im Rathaus Steglitz" bestätigt und arbeitete seither. Er bestand aus insgesamt zwei Arbeitern, zwei Angestellten und zwei Beamten. Namentlich waren diese „Vertrauensleute" der Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Blumenthal, Paul Jonas, Franz Nitsch, Siegfried Lübner, Rudolf Nitsche und ein weiterer Mitarbeiter, der nicht sicher ausgemacht werden kann.

> „Der Leiter des Amtes ist ~~Präsident~~ [Streichung i.O., E.K.] Siebel. Er ist kein Pg. und allen Betriebsfragen, die die Umstellung jetzt mit sich bringt, nicht nur gewachsen, sondern darüber hinaus eifrig um den Wiederaufbau des Amtes bemüht. Ein Wechsel in der Betriebsführung wird vom Ausschuß daher nicht für notwendig erachtet."[220]

Komplettiert wurde die Zusammensetzung der Führungsebene durch die Übernahme des Stellvertreters des Präsidenten und Leiters der Hauptabteilung III „Organische Stoffe", Prof. Dr. Erich Kindscher (1884–1949).[221] Nicht nur erfüllte dieser damit im Amt eine Doppelfunktion und war daher nur schwer ersetzbar, er wies zudem ein Merkmal auf, das insgesamt als ein nicht ungewöhnliches Spezifikum für das Personal des Berliner Materialprüfungsamtes gelten kann und bei der Übernahmefrage in die Nachkriegsinstitution an besonderer Bedeutung gewann: eine lange Karriere im Amt. Nach dem Studium der Physik, Mineralogie und im Hauptfach der anorganischen und organischen Chemie[222] trat er im Mai 1909 als Chemiker und außerplanmäßiger Assistent in das zu diesem Zeitpunkt noch Königliche Materialprüfungsamt (KMPA) in die Abteilung für Allgemeine Chemie ein. Nach Ableistung eines vierjährigen Kriegsdienstes erhielt er am 1. April 1919 eine planmäßige Anstellung als Ständiger Assistent im StMPA.[223] Auf seine Beförderung zum Gruppenleiter im Jahre 1920 folgte bereits 1923 die Ernennung zum Professor und Leiter der Abteilung „Öle und Fette".[224] Von diesem Zeitpunkt an begann seine Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsausschüssen unter anderem des DVM oder der Deutschen Kautschukgesellschaft, die er im weiteren Verlauf seiner Laufbahn noch

220 Erich Siebel/Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde, an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz, Abt. Betriebserfassung und Beratung, Betr. Erster Bericht über die Arbeit des Staatl. Materialprüfungsamtes, Berlin-Lichterfelde, 7.6.1945, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: Tätigkeitsberichte MPA von August 1945 bis November 1948.

221 StMPA, Personalnachrichten über Erich Kindscher, 14.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 85–86; Max Pfender an Erich Siebel, 20.9.1949, BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: L-Z, Dezember 1953.

222 Dieses schloss er mit 1909 mit einer Dissertation über „Die basischen Kristallsalze vom Standpunkt der Theorie der Ölsalze" ab; REM, Personalbogen für Erich Kindscher, undat. [1937], GStA, I. HA, Rep. 151, Nr. 1004, Bl. 15.

223 Ebd.

224 [Franz Schlosser], Lebenslauf von Erich Kindscher, undat. [1949], BAM-Archiv, unbetitelter Ordner.

ausweiten und in verantwortlicheren Positionen mitlenken sollte.[225] Auch mit der Hochschule war Kindscher spätestens seit 1933 vernetzt, nachdem er an der TH Berlin eine Honorarassistenz bei dem Dozenten für Materialprüfung und Stellvertretenden Präsidenten des StMPA, Karl Memmler,[226] übernommen hatte.[227] 1938 wurde er zum Direktor und Leiter der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe" ernannt, über die der Präsident des Amtes, Erich Seidl, resümierte:

225 Pfender, Max: Nachruf für Professor Dr. Erich Kindscher, in: Chemische Technik 1 (1949), S. 166, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]. So war Kindscher im DVM unter anderem seit 1923 Mitglied des Ausschusses 13 „Kautschukprüfung", Rudeloff, DVM, an Direktor des StMPA, 31.5.1923, BAM-Archiv, Akten des StMPA, Vol. 22, Nr. 4, seit spätestens Januar 1926 Vorsitzender des Ausschusses 20 „Anstrichstoffe", Stand der Arbeiten in den Ausschüssen, in: Zwanglose Mitteilungen des DVM (1927), S. 67–72, und seit 1927 Mitglied des Ausschusses „Schmiermittel", Stand der Arbeit in den Ausschüssen, in: Zwanglose Mitteilungen des DVM (1927), S. 99–114. Weiter war er etwa Mitglied der Arbeitsgruppe „Asphalt" der Studiengesellschaft für das deutsche Strassenwesen, Erich Kindscher, Bericht über die Sitzung der Arbeitsgruppe „Asphalt" der Studiengesellschaft für das deutsche Strassenwesen am 20. Mai 1935 in Heidelberg, 21.5.1935, BAM-Archiv, Ordner: Vortrags-Berichte, und wurde 1935 Vertreter des StMPA in der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung, Erich Seidl an die Deutsche Gesellschaft für Mineralölforschung, 10.3.1935, BAM-Archiv, Akten des StMPA, AZ Q.35, Bd. 1. Die vielzähligen Aufgaben Kindschers können hier nur auswahlartig ihren Platz finden. Vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

226 Karl Memmler (1873–1935), Studium des Hüttenfachs, Militärdienst, Tätigkeit beim Hüttenwerk Lauchhammer, 1898 Assistent von Adolf Martens und Max Rudeloff an der Königl. Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt an der TH Berlin, 1904 Betriebsleiter und Wissenschaftlicher Mitarbeiter des KMPA, spätestens 1910 Ständiges Mitglied (Beamter), 1911 Professor, 1915 Militärdienst, 1919 Rückkehr in das StMPA als Leiter der Abteilung für Metallprüfung, 1923 Leiter der Hauptabteilung für mechanische Technologie, daneben 1923 Privatdozent und 1931 Honorarprof. für Materialkunde beziehungsweise Materialprüfwesen an der TH Berlin, spätestens 1927 Vorstandsmitglied des DVM, 1931 und 1934 Kommissarischer Präsident des StMPA; Zaepke, Oskar: Karl Memmler †, BAM-Archiv, Fach 35-1; Nachweisung Beamten und Angestellten des KMPA, 14.9.1910, GStA, I. HA, Rep. 76, Vb Sekt. 14, Nr. 5, Bd. 1; Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an Karl Memmler, 17.3.1919, Abschrift, BAM-Archiv, Akten des KMPA, Al 12, Vol. 2; Vahlen, i.V. Der Preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an den Präsidenten des StMPA, 15.10.1934, Abschrift, BAM-Archiv, Akten des KMPA, Al 12, Vol. 2.

227 Robert Otzen an Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Betr. Nebentätigkeit der Beamten 12.12.1933, GStA, I. HA, Rep. 76, Vb Sekt. 15, Tit. II, Nr. 1, Bd. 1.

> „Die Zielsetzung auf diesen Gebieten wird maßgebend beeinflußt durch die Erfordernisse des Vierjahresplans an Werkstoffen: Austausch devisenpflichtiger Stoffe durch devisenfreie Inlandsstoffe und bessere Ausnutzung der deutschen Rohstoffe."[228]

Damit waren die Arbeiten der Abteilung, für die Kindscher als ihr Leiter verantwortlich und hierfür spätestens seit 1944 Uk-gestellt war,[229] für die folgenden Jahre bis Ende des Krieges vorgezeichnet. Politisch hatte seiner Ernennung zum Direktor und Hauptabteilungsleiter nichts im Wege gestanden. Die Beurteilung des dem NS-Bund Deutscher Technik (NSBDT) und der Deutschen Arbeitsfront (DAF) angehörigen Kindscher in seinem 1937 beim REM verfassten Eignungsbericht fiel positiv aus: Er sei nicht nur ein „in den einschlägigen Fach-, insbesondere Industriekreisen sehr geschätzter Fachmann und völlig objektiver Gutachter", der neben Verwaltungskompetenzen auch „nachweislich ein außerordentliches Geschick [besäße], mit den für die Aufgaben des Amtes in Betracht kommenden Kreisen zu verhandeln und sie für die Inanspruchnahme der Dienste des Amtes zu gewinnen", er habe zudem durch seine Arbeiten für den Reichsarbeitsdienst (RAD) bereits durch die Verleihung eines Ehren-Spatens Anerkennung gefunden und auch „die Zuverlässigkeit und Treue Kindschers gegenüber der nationalsozialistischen Regierung [stünden] außer Zweifel."[230]

Das Amt des Stellvertretenden Präsidenten hatte er bereits 1937 aufgrund einer Erkrankung des eigentlichen Stellvertreters, Georg Fiek, zeitweise wahrgenommen und wurde zwei Jahre später, nach dem Selbstmord des Präsidenten Seidl bis zur Berufung Siebels, kommissarischer Präsident.[231] Seine kurze Amtszeit von weniger als einem Jahr fiel in die Phase des Kriegsbeginns 1939, der den bereits seit Jahren verfolgten Kurs und die Zielsetzung des StMPA in Richtung Autarkie

228 Seidl, Erich: Die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des StMPA Berlin-Dahlem in den Jahren 1935–1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 461–502, hier S. 481 f.

229 StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 31.

230 Dames, [REM], Eignungsbericht, 30.4.1937, GStA, I. HA, Rep. 151, Nr. 1004, Bl. 13.

231 Die Angehörigen des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem, Der Betriebsrat, Die Amtsleitung: Nachruf für Prof. Dr. Erich Kindscher, 3.10.1949, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L.

und Rüstung noch intensivierte. Im Zuge einer Anfrage des Reichsforschungsrates (RFR) zur Beteiligung des Amtes an Rüstungsforschungen bat er darum, die „in Aussicht genommenen Forschungsarbeiten künftig nicht mehr unmittelbar den in Frage kommenden Wissenschaftlern, sondern dem Amt selbst zu übertragen", da er sich dadurch „bei unmittelbarer Beauftragung in der Lage" sähe, „die für die Durchführung solcher Aufträge in personeller und materieller Hinsicht notwendigen Maßnahmen […] zu treffen." Dies sei „umso wichtiger, als auch die dem Amt obliegenden Prüfanträge jetzt überwiegend kriegs- und staatswichtiger Natur" seien.[232] Nach dem Amtsantritt Siebels blieb Kindscher dessen ständiger Vertreter und wurde als solcher – sowie als Hauptabteilungsleiter für Organische Stoffe – unmittelbar nach Ende des Krieges in das nun dem Magistrat von Groß-Berlin unterstellte MPA übernommen.

Welche Bedeutung seine Person und Arbeit für das Amt aus Sicht der Leitung, des Betriebsrates und weiter Teile der Belegschaft besaß, fand vielfachen Ausdruck, unter anderem in dem steten Bemühen um seine Weiterbeschäftigung, sofern diese – bedingt durch äußere Umstände – infrage stand. Der Präsident und der Vorsitzende des Betriebsrates beurteilten seine Leistungen als „hervorragend" mit „[großen] Erfahrungen auf dem Gebiet der Kautschuk-, Kohle- und Erdölerzeugnisse" und kamen zu der Schlussbeurteilung: „Führender Wissenschaftler. Als Hauptabteilungsleiter für das Amt äußerst wertvoll."[233] Noch mit 65 Jahren, also über sein Pensionsalter hinaus, sollte Kindscher „bis auf (weiteres) auf unbestimmte Zeit" weiterbeschäftigt werden. Die hierfür vorgebrachte Begründung spiegelt nicht nur den Nachkriegszeitgeist einer Wiederaufbau-Mentalität wider, die stets den Blick ‚nach vorne' richtete, sondern umfasst zentrale Kriterien, die für die gesamte Personalpolitik des Amtes in den Jahren nach Kriegsende paradigmatisch waren, wobei die spezifischen Netzwerkstrukturen des MPA als wirtschaftsnahe Ressortforschungseinrichtung, gerade zur Industrie, von Pfender besonders hervorgehoben wurden: So erfülle er *erstens* seine „Aufgaben als Hauptabteilungsleiter als einziger organischer Chemiker mit allgemeinen Kenntnissen und Erfahrungen", sei *zweitens* mit

232 Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an DFG, Betr. Übernahme kriegs- und staatswichtiger Forschungsarbeiten, Sofort!, 27.11.1939, BAM-Archiv, Ordner: DFG Bd. IV.

233 Wilhelm Blumenthal / Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

„Sonderkenntnisse[n] auf dem Gebiet der Kautschuk(waren), Schmierstoffe, Öle, Anstrichstoffe und organische Bindemittel des Strassenbaus" ausgestattet, bringe *drittens* „Beziehungen zu diesen Industrien, Verbänden und Personen [mit], die für die Aufgaben des Wiederaufbaus der Wirtschaft von grösstem Wert und oft unerlässlich sind" und habe *viertens* innerhalb des Amtes Erfahrungen in verantwortlichen Stellen gesammelt, „die in der Person Kindscher auf das 1909 zurückreichen" und „die er als ständiger Vertreter des Direktors zum Nutzen des Amtes in seiner Tätigkeit als solcher vor allem bei den begonnenen und noch bevorstehenden organisatorischen […] und materiellen Wiederaufbau des Amtes" einsetzen könne.[234] Allerdings verstarb Kindscher schon wenige Jahre später im September 1949.[235]

Nimmt man die Beispiele Siebels und Kindschers, ist es wenig erstaunlich, dass auch weitere Leiter der Hauptabteilungen aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen im Amt, ihres Fachwissens zur Aufrechterhaltung des jeweiligen Arbeitsgebietes und ihrer guten Beziehungen zu Wissenschaft, Industrie und staatlichen Behörden in den als essenziell betrachteten, reduzierten Personalkorpus nach Ende des Krieges übernommen wurden. Einer von ihnen war der Leiter der Hauptabteilung II „Baustoffe", Alfred Hummel (1891–1973).[236]

234 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 5.5.1949: „Kindscher Weiterbeschäftigung bis auf (weiteres) unbestimmte Zeit", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

235 Nachruf für Prof. Dr. Erich Kindscher, Anlage zu: Franz Schlosser, Abt. Kautschuk, Kohle- und Erdölerzeugnisse, an den Schriftführer der Zeitschrift „Chemie-Ingenieur-Technik", 23.9.1949, BAM-Archiv.

236 Tätigkeiten Hummels vor seinem Eintritt in das StMPA: 1912 Studium der Architektur, 1915 Kriegsdienst, 1921 Dipl.-Ing., anschließend Assistent bei Prof. Dr.-Ing. Emil Probst und Betriebsleiter an der Bautechnischen Versuchsanstalt der TH Karlsruhe, ein Jahr später Betriebsleiter des Instituts für Eisenbeton und Assistent am Lehrstuhl für die Statik der Baukonstruktionen, 1923 Dr.-Ing., 1928 Leiter der Betonabteilung im Laboratorium des Vereins Deutscher Portland-Cement-Fabrikaten in Berlin-Karlshorst, daneben Sachverständiger der Industrie- und Handelskammer Berlin; StMPA, Personalnachrichten über Alfred Hummel, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 73–74; Bonzel, Justus: Alfred Hummel †, in: Beton 4 (1973), S. 138; Hummel, Alfred, Über Volumenänderungen, die Festigkeit und die Wasserdichtigkeit von Beton bei Verwendung von Portland-Zement und dem Hochwertigen Tonerde-Zement", in: Der Bauingenieur 5 (1924), S. 110–116.

Am 1. Januar 1936 trat er zunächst als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter und Leiter der Fachgruppe „Mörtel und Beton“ in die Fachabteilung „Baustoffe“ der Abteilung „Baugewerbe“ des StMPA ein, wo er bis März 1937 gleichzeitig mit der Vertretung des Leiters der Abteilungen „Baustoffe“ und „Baukonstruktionen“, Prof. Dr.-Ing. Theodor Kristen,[237] betraut wurde. Im April 1937 übernahm er kommissarisch die Leitung dieser beiden Abteilungen, die wenig später zur Hauptabteilung II „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen“ zusammengefasst wurden. Nachdem Kristen als ordentlicher Professor für Baustoffkunde und Stahlbetonbau an die TH Braunschweig berufen worden war, wurde Hummel als dessen Nachfolger im September 1938 zum Professor und Leiter der Hauptabteilung ernannt.[238] Hummel, der bis zu ihrer Auflösung 1935 Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, dem Reichsbund Deutscher Beamter, der NSV, dem RLB, dem NSBDT und seit 1935 des NS-Rechtswahrerbundes war,[239] hatte bereits vor Kriegsbeginn im Rahmen des Vierjahresplans besonders auf dem Gebiet des Straßenbauwesens und Wehrbetons an den autarkie- und rüstungspolitischen Vorhaben des NS-Staates mitgewirkt und bearbeitete Aufträge unter anderem des RLM, des OKH und verschiedenster Heeres-Bauämter,[240] die nach 1939 vermehrt eingingen. Neben den Arbeiten, die Hummel in seiner Funktion als Hauptabteilungsleiter durchführte, betätigte er sich in zahlreichen Ausschüssen, die zu seiner verstärkten Vernetzung in den industriellen, staatlichen und militärischen Komplex sowie zu verschiedenen Forschungseinrichtungen führte. So wurde er 1939 Mitglied der Gruppe „Bodenfestigung“, „Zementprüfung“ und „Betonstraßen“ der Forschungsgesellschaft für das Strassenwesen im NSBDT,[241] war im Laufe der 1940er Jahre Mitglied des Arbeitsausschusses „Stahlbeton“ des Deutschen Ausschusses

237 Vgl. zu Theodor Kristen ausführlich Kapitel 5.5.

238 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des StMPA, an den Reichsminister, REM, Betr. Vorschlag zur Ernennung des Abteilungsleiters und Professor Dr. Alfred Hummel zum Direktor und Professor, 11.7.1939, BAM-Archiv, Personalakte Hummel.

239 StMPA, Personalnachrichten über Alfred Hummel, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 73–74.

240 Seidl, Erich: Die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des StMPA Berlin-Dahlem in den Jahren 1935–1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 461–502, hier S. 470 ff.

für Eisenbeton,[242] des Forschungsausschusses der Forschungsstelle für Ziegelindustrie[243] und des Forschungsausschusses der Forschungsstelle für Leichtbaustoffe[244] oder wurde als Mitglied der Gruppe „Nichtmetallische anorganische Stoffe" des DVM berufen.[245] Seit 1941 war er im „Reichssachverständigenausschuss für die Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten" beim Reichsarbeitsministerium vertreten.[246] Offenbar war sein Engagement wertvoll, denn im Januar 1942 wurde ihm das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter verliehen.[247] Auch die Einbindung Hummels in den Hochschulbereich verfestigte sich bis Kriegsende.[248] Am 1. Juni 1945 wurde er aufgrund seiner „hervorragende[n] Leistung" als „[f]ührender und allgemein anerkannter Wissenschaftler auf dem Baustoffgebiet", der als Hauptabteilungsleiter für das Amt „äußerst wertvoll" sei, übergangslos übernommen.[249] In welchem Maße das MPA arbeits- und auftragstechnisch von der Reaktivierung seiner alten Netzwerke und Kontakte beim Wiederaufbau in der unmittelbaren Nachkriegszeit profitieren sollte, wird gerade am Beispiel Hummels besonders deutlich.

241 Hummel an den Präsidenten, 20.5.1940, BAM-Archiv, Personalakte Hummel; Forschungsgesellschaft für das Strassenwesen, Die Geschäftsführung, an Hummel, StMPA, 1.8.1939, BAM-Archiv, Personalakte Hummel.

242 Ellerbeck, Ritter, Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses I am 27. Oktober 1933 im Sitzungssaal des Oberpräsidiums der Rheinstromverwaltung, BArch, R 2/27115.

243 Neuhaus, Forschungsstelle für Ziegelindustrie, an Hummel, StMPA, 15.2.1940, BAM-Archiv, Personalakte Hummel.

244 Neuhaus, Forschungsstelle für Leichtbaustoffe, an Hummel, StMPA, 20.9.1940, Abschrift, BAM-Archiv, Personalakte Hummel.

245 Graf, Obmann der Gruppe B – Nichtmetallische anorganische Stoffe – des DVM, an Hummel, 26.9.1940, Abschrift, BAM-Archiv, Personalakte Hummel.

246 Scholtz, i.A. Der RAM, an Hummel, StMPA, 26.4.1941, Abschrift, BAM-Archiv, Personalakte Hummel.

247 Erich Siebel, Vermerk, undat., BAM-Archiv, Personalakte Hummel.

248 1939 wurde er von der Fakultät für Bauwesen der TH Berlin beauftragt, auf dem Fachgebiet „Baustofflehre" zu unterrichten, und 1944 hielt er Vorlesungen über die „Technologie des Betons und Stahlbetons"; Nipper, REM, an Hummel, StMPA, 26.10.1939, Abschrift zur Kenntnisnahme an den Präsidenten des StMPA, BAM-Archiv, Personalakte Hummel; Technische Hochschule Berlin (Hrsg.): Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1944/45 und für das Sommersemester 1945, Berlin (Oktober) 1944.

249 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

Die nach Werkstoffen geordneten Hauptabteilungen des Materialprüfungsamtes setzten sich aus mehreren Abteilungen zusammen, innerhalb derer die Bedarfe zur ressortforschungsspezifischen Bearbeitung des jeweiligen Werkstoffs im Hinblick auf technische Umsetzung, Forschung und Prüfung abgedeckt wurden. Für Juli/August 1945 deckten die Abteilungen die folgenden Fachbereiche ab, wobei die Aufteilung im Wesentlichen derjenigen vor Kriegsende entsprach:

I: Metalle	II: Nichtmetallische Baustoffe	III: Organische Stoffe
Mechanische Technologie	Mechanische Technologie	Kunststoffe
Metallographie	Bauchemie	Faserstoffe
Korrosion	Feuerschutz	Anstrichstoffe
Metallschutz		Fette und Öle
Metallphysik		
Metallchemie		

Abb. 2: Nach dem Krieg in das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem übernommene ehemalige Hauptabteilungen und Unterabteilungen des StMPA, Mitte Juli/August 1945.[250]

Entsprechend der bei der Übernahme des ausgewählten Mitarbeiterstabes in das MPA unmittelbar nach Kriegsende vorrangig vertretenen personalpolitischen Maxime, einsatzfähig zu bleiben, sollten auch die Fachgebiete der Unterabteilungen der Hauptabteilungen aufrechterhalten bleiben, was die Weiterbeschäftigung des Gros' der Abteilungsleiter notwendig werden ließ. Im Vergleich zu den Hauptabteilungsleitern war ihre Expertise auf das jeweilige Spezialgebiet eingeschränkter, gleichzeitig aber repräsentierten sie die hinsichtlich des wissenschaftlich-technischen Knowhows in der Amtshierarchie zweithöchste Funktionsgruppe, weshalb sich auch hier eine hohe Kontinuität feststellen lässt.

250 Erich Siebel, Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt), BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45, Abschnitt: Personalien. Siehe hierzu mit allen Abteilungen und den vorgesehenen Mitarbeitern Anhang 2. Eine Ausnahme bildete die Abteilung „Faserstoffe", die vor 1945 eine eigene Hauptabteilung darstellte und nach Ende des Krieges der Abteilung III „Organische Stoffe" zugeordnet wurde.

Von den über zehn Abteilungsleitern sollen an dieser Stelle nur einige vorgestellt werden, an deren Beispiel die Entscheidungskriterien für die Auswahl der Mitarbeiter ebenfalls deutlich werden oder denen in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch eine weitere Funktionsübernahme innerhalb des Amtes eine besondere Rolle zukam. Unter Letzteren befand sich Franz Schlosser,[251] Leiter der Abteilung „Fette und Öle" in der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe", der nach 1945 Mitglied und Schriftführer des Betriebsrates des MPA werden sollte.[252] Nach einer langjährigen beruflichen Tätigkeit im industriellen, behördlichen und Hochschulbereich[253] war Schlosser am 1. Mai 1935 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter zunächst in die Abteilung „Chemische und Physikalische Untersuchungen organischer Stoffe (Organische Chemie)" der zweiten Hauptabteilung für Baumaterialprüfung des StMPA eingetreten.[254] Zwei Jahre später erfolgte mit der Übernahme der Stellvertretenden Leitung der Fachgruppe des StMPA „Teer und

251 Dr. phil. Franz Schloßer, in: BAM-Information 9 (1979), S. 154, BAM-Archiv, Fach 3-1.

252 Zusammensetzung des Betriebsrates des MPA nach der Wahl vom 2.8.1946, in: Mitteilungsblatt des MPA 6 (August 1946), S. 11, BAM-Archiv, Fach 9-1, Ordner: Eilt.

253 Franz Schlosser (1896–1979), 1919 Studium unter anderem der Chemie, Physik, Technologie, Biologie und Philosophie, Abschluss als Dipl.-Chem., 1922 Mitarbeiter bei der Erdöl- und Kohle-Verwertung AG Berlin, 1924 Diss. phil., anschließend nacheinander Mitarbeiter der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen AG in Halle an der Saale sowie im Technischen Büro G. Hornemann, 1925 Stelle bei der Reichsbahndirektion in Berlin, 1928 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bautechnischen Untersuchungsamtes (BTU) der Stadt Berlin (war gleichzeitig die Zentralstelle für Asphalt- und Teerforschung), dort Arbeiten besonders auf dem Gebiet des Asphalt-, Teer- und Beton-Straßenbaus sowie der Baustoffprüfung im Tief- und Hochbau, knapp einjährige Tätigkeit im Betriebslabor der Teerbeton-Straßenbau GmbH in Berlin, 1934 Wechsel an den von Prof. Leo Ubbelohde geleiteten Lehrstuhl für Technische Chemie an der TH Berlin, dort übernahm er die Aufgabe, „eine größere, exakt arbeitende Druckspaltanlage für Mineralöle im halbtechnischen Ausmaß zu entwerfen, deren Bau und Ausführung selbständig zu überwachen und die Neueinrichtung der Institutswerkstätten zu betreuen"; Goldenes Doktorjubiläum von ORR a.D. Dr. phil. Franz Schloßer, in: BAM-Information 7 (1974), S. 84, BAM-Archiv, Fach 3-1; CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 19, BAM-Archiv.

254 Ebd.; StMPA, Gliederung 1. Mai 1935, BArch, R 4901/15202, Bl. 50.

Bitumen“ am 1. Januar 1937 der Wechsel in die Hauptabteilung III „Organische Stoffe“, der er Zeit seines beruflichen Lebens angehören sollte. Sein abteilungsinterner Aufstieg war innerhalb weniger Jahre erfolgt: Im Juli 1938 wurde Schlosser Leiter der Fachgruppe „Kraft-, Brenn- und Schmierstoffe“[255], im April 1940 der Fachgruppe „Kohle- und Erdölerzeugnisse“ der Abteilung „Kautschuk und organische Hilfsstoffe“[256] und seit 1941 des gesamten Fachbereichs „Kohle- und Erdölerzeugnisse“.[257] Über die Tätigkeit Schlossers in der Zeit von seiner Einstellung am StMPA bis Kriegsende ist kaum etwas bekannt. Neben seiner amtsinternen Arbeit lehrte er seit 1936 an der Abendabteilung der Chemotechnikerschule der Stadt Berlin, an der er auf dem Gebiet der organischen Chemie unterrichtete und Laboratoriumsübungen in der analytischen und präparativen Chemie gab. Laut eigener Aussage musste er dies im Jahre 1944 aufgeben, da ihn „häufige Reisen in [s]einem Hauptberuf stark beanspruchten und oft recht entfernt von Berlin festhielten“[258] – um was für Reisen es dabei ging, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Es ist zu vermuten, dass auch Schlosser im Rahmen seiner leitenden Tätigkeiten im StMPA an den rüstungs- und autarkiepolitischen Vorhaben beteiligt gewesen war. Der Präsident Erich Seidl veröffentlichte jedenfalls im Jahre 1941 einen Bericht über die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des Amtes von 1935 bis 1938 und äußerte sich im Zuge dessen über eine Zusammenarbeit der Fachgruppe

255 Mussehl, Oberrechnungskammer Potsdam, an Präsident des StMPA, 4.7.1938, GStA, PK, I. HA Rep. 151, IC, Nr. 7031.

256 Organisation des StMPA, 1. April 1940, BAM-Archiv, Fach 20.

257 [StMPA, Organisationsplan], undat. [1941], BArch, R 4901/15202, Bl. 2–6.

258 Schlosser, Franz, Erinnerungen an meine Tätigkeit in der Ölabteilung, in: BAM-Information 4 (1976), S. 36–42, hier S. 37, BAM-Archiv, Fach 3-1. Eine bemerkenswerte Auffälligkeit ist im Vergleich zu diesem von Schlosser eigens verfassten Bericht ein ebenfalls in der BAM-internen Zeitschrift verfasster Artikel zu dessen goldenem Doktorjubiläum. In diesem wird die Lehrtätigkeit Schlossers an der Chemotechnikerschule beinahe im Wortlaut der „Erinnerungen“ wiedergegeben, die Reisetätigkeit „recht entfernt von Berlin“ allerdings nicht mehr genannt, Goldenes Doktorjubiläum von ORR a.D. Dr. phil. Franz Schloßer, in: BAM-Information 7 (1974), S. 84, BAM-Archiv, Fach 3-1. Diesem Befund folgend wäre zu hinterfragen, ob hier nicht eine Tätigkeit Schlossers aus der Erinnerung getilgt werden sollte, die potenziell zur Belastung des Genannten beigetragen hätte.

„Kohle- und Erdöl-Erzeugnisse“ mit der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) auf dem Gebiet der Luftrüstung und dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau.[259]

Mit der nachkriegsbedingten Entlassung eines Großteils von Mitarbeitern stieg Schlosser in eine noch verantwortlichere Position auf: Nachdem sein ehemaliger Vorgesetzter, Paul Kluckow, auf den an anderer Stelle noch ausführlicher einzugehen ist, entlassen worden war, wurde er Abteilungsleiter und war damit direkt dem Hauptabteilungsleiter unterstellt. Er leitete nun eine der vier Abteilungen der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe“, namentlich die Abteilung „Fette und Öle“.[260]

Aus derselben Hauptabteilung wurden auf Abteilungsleiterebene noch zwei weitere ehemalige Mitarbeiter des StMPA im Juni/Juli 1945 zur unmittelbaren Weiterbeschäftigung übernommen:[261] für die Abteilung „Faserstoffe (Papier)“ Rudolf Korn (1880–1969),[262] der bereits 1949 altersbedingt in den Ruhestand trat, und für die Abteilung „Kunststoffe“ Rudolf Nitsche (1899–1958).[263] Insbesondere Nitsche ist von besonderem Interesse, denn er war nicht nur einer der wichtigsten Wissenschaftler des Amtes, sondern rückte aufgrund seiner politischen Einstellung nach 1945 ins Zentrum der Diskussionen um den Umgang mit ‚belasteten‘ Mitarbeitern. Ende der 1940er Jahre sprach der Präsident des Amtes sogar von dem „Problem Nitsche“.[264] Im unmittelbaren

259 Seidl, Erich: Die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des StMPA Berlin-Dahlem in den Jahren 1935–1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 461–502, hier: S. 482. Schlosser war in der Kriegszeit zudem Uk-gestellt, StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 53.

260 Erich Siebel, Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt), BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45, Abschnitt: Personalien.

261 Hinzu kam für die Leitung der Abteilung „Anstrichstoffe“ Prof. Dr. Erik Liebreich, der bis dahin an der CTR beschäftigt gewesen war.

262 StMPA, Personalnachrichten über Rudolf Korn, 21.5.1941, BArch, R 4901/15204, Bl. 91–92; Persönliches, in: Materialprüfung 11 (1969), S. 327. Vgl. zu Rudolf Korn ausführlich Kapitel 4.

263 StMPA, Personalnachrichten über Richard Nitsche, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 113–114; Rudolf Nitsche †, in: Kunststoffe 49 (1959), S. 2, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.3 Biographien Mitarbeiter M-Z.

264 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 16.4.1949: „Problem Nitsche“, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

Anschluss an den Studienabschluss 1922[265] erfolgte seine Einstellung als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in das von Rudeloff[266] geleitete StMPA, Abteilung für Allgemeine Chemie, von wo aus er 1923 in die Hauptabteilung „Organische Stoffe" wechselte und in den folgenden Jahren dort in der Abteilung „Kautschuk, Leder, Isolier- und Anstrichstoffe" wirkte.[267] Von diesem Zeitpunkt an intensivierte sich auch die industrielle Tätigkeit Nitsches.[268] Gleichzeitig stieg er in den folgenden Jahren innerhalb der Amtshierarchie zusehends auf. Im April 1935 übernahm er zunächst die kommissarische Leitung der Abteilung „Kautschuk, Leder, Isolier- und Anstrichstoffe", im Herbst 1936 die kommissarische Leitung der Hauptabteilung „Organische Stoffe", ein Jahr später wurde er als Gruppenleiter zum Ständigen Mitglied und Professor unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ernannt. Im Januar 1939 avancierte er zum Leiter der Abteilung „Kunststoffe und Anstrichstoffe" in der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe".[269] Die Arbeit unter anderem auf den Gebieten der Normung, Erforschung und Prüfung von Kunststoffen sollte er im Laufe dieser Jahre durch etliche Vereins- und Ausschusstätigkeiten noch ausweiten, wobei sich der Schwerpunkt der Abteilung seit Mitte der 1930er Jahre verlagerte: Nitsche arbeitete nun ebenfalls verstärkt vor allem unter „bellizistischen Vorzeichen".[270]

Im Streben nach Unabhängigkeit von dem Import ausländischer Rohstoffe gewann synthetischer Kautschuk – wie dies bereits im Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war – zusehends an Bedeutung.[271] Die auf diesem Gebiet von zahlreichen Unternehmen verstärkt produzierten

265 Zuvor 1917 Militärdienst, 1919 Studium der Chemie und gleichzeitig Tätigkeit als Assistent am anorganisch-chemischen Institut der TH Berlin, 1922 Dipl.-Ing. und Dr.-Ing., Karl A.: Nachruf auf Rudolf Nitsche, in: Materialprüfung 1 (1959), S. 41–42.

266 Vgl. zu Max Rudeloff Kapitel 5.2.

267 StMPA, Personalnachrichten über Richard Nitsche, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 113–114.

268 Schon 1924 hatte er gemeinsam mit Fachvertretern aus der Industrie die „Richtlinien für die Überwachung von Preßmassen und Preßteilen im Rahmen der ‚Technischen Vereinigung der Hersteller und Verarbeiter typisierter Kunststoff-Formmassen'" erstellt, Rudolf Nitsche †, in: Kunststoffe 49 (1959), S. 2, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.3 Biographien Mitarbeiter M-Z.

269 StMPA, Personalnachrichten über Rudolf Nitsche, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 113–114.

270 Hachtmann, Unter rassistischen und bellizistischen Vorzeichen, 2018.

Werkstoffe wurden vom StMPA auf ihre Eigenschaften und ihre jeweilige Eignung als Ersatzstoffe im Sinne des Vierjahresplans geprüft.[272] Bis Ende des Krieges wurden in seiner Abteilung zahlreiche Arbeiten im Auftrag des Heereswaffenamtes und der Luftwaffe durchgeführt, für die Nitsche eine Uk-Stellung und später das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse erhielt.[273]

Das zuvor bereits angesprochene, vom späteren Präsidenten Max Pfender so formulierte „Problem Nitsche" bezog sich auf dessen politische Einstellungen, die Pfender vor Herausforderungen zu stellen schienen. In einer kurzen Notiz umriss Pfender dieses „Problem" in wenigen Worten: „1. NS-Zeit 2. Umbruch, KPD → SED".[274] Während Hinweise auf eine KPD- und SED-Mitgliedschaft Nitsches ansonsten nicht vorhanden sind, lässt sich sein Verhalten während der NS-Zeit besser nachvollziehen. Neben seiner Mitgliedschaft in der NSV, dem Reichsluftschutzbund (RLB) und dem Reichsbund der deutschen Beamten (RBD) bekannte er sich zu der religiösen, völkisch-rassischen „Deutschen Glaubensbewegung".[275] Es gehört zu den Allgemeinplätzen, dass die bloße Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation nicht hinreichend Auskunft über die Frage geben kann, wer ein Nazi gewesen sei und woran man einen solchen erkenne,[276] und es wurde diesem Kontext zurecht vielfach darauf hingewiesen, dass gerade unter den Zeitgenossen Belastungskriterien galten und formuliert wurden, die die formalisierten und kategorisierten Kriterien der Entnazifizierung nicht abbildeten.[277] Ebendies geschah auch innerhalb des MPA: Wenngleich Nitsche rein

271 Vgl. hierzu weiter das Kapitel „Wirtschaftschemie, Vierjahresplan, Kunststoffe" bei Maier, Chemiker im „Dritten Reich", 2015, S. 287–321.

272 Stöcken, A „war-related special enterprise of first order", 2026.

273 StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 43.

274 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 16.4.1949: „Problem Nitsche", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

275 StMPA, Personalnachrichten über Richard Nitsche, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 113–114; Persönlicher Fragebogen von Prof. Dr. Rudolf Nitsche, an den Kommandanten der Stadt Berlin, BAM-Archiv, Fach 35-2. Vgl. zur „Deutschen Glaubensbewegung" Buchheim, Glaubenskrise im Dritten Reich, 1953, bes. S. 157–202; Junginger, Deutsche Glaubensbewegung, 2012.

276 Steuwer/Leßau, „Wer ist ein Nazi?", 2014.

277 Vgl. hierzu für die im „Fragebogen" formulierten Belastungskriterien Leßau, Entnazifizierungsgeschichten, 2020, S. 76.

formal als vergleichsweise weniger belastet gelten musste als viele seiner ebenfalls in das Nachkriegsamt übernommenen Mitarbeiter, wurde er – offenbar aufgrund eines entsprechenden Verhaltens – der Gruppe der „ehemaligen Pgs im Amt" zugerechnet.[278] Auf die Übernahme Nitsches in das Rumpfpersonal des MPA im Juni 1945 hatte aber auch dieser Umstand zunächst keine Auswirkung: Als anerkannter Wissenschaftler mit großen Erfahrungen auf dem Kunststoffgebiet wurde er nicht nur in den Etat des Magistrats von Berlin überführt, sondern stieg – wie dies auch bei Franz Schlosser der Fall war – durch das Ausscheiden seines Vorgesetzten in der Abteilungshierarchie auf und amtierte nun unmittelbar unter dem Hauptabteilungsleiter.[279] Seine mindestens äußere Abkehr vom Nationalsozialismus und Hinwendung zum sozialistischen Spektrum fand amtsintern seinen Ausdruck in dem bemerkenswerten Umstand, dass Nitsche noch im Monat seiner Übernahme Mitglied des Vertrauensausschusses des MPA wurde, der in

278 Ein solches Urteil musste also auf Nitsches Verhalten innerhalb des StMPA während der NS-Zeit fußen, etwa gegenüber der Hilfskraft in der Abteilung „Organische Stoffe", Lieselotte Kosinowski. Diese hatte sich geweigert, sich als Helferin für die Spendensammlung zum Winterhilfswerk der NSV bereitzustellen, woraufhin ihr Chef, Nitsche, sie ermahnte und warnte. Nachdem sie dennoch trotz „nachdrücklichster Ermahnung u. Warnung" nicht einlenken wollte, schrieb Nitsche an den Präsidenten des StMPA: „Ihrer zum Ausdruck gebrachten vollkommen unzureichenden nationalsozial. Gesinnung und in Anbetracht ihres unkameradschaftlich u. lügenhaften Verhaltens bitte ich, Frl. K. fristlos zu entlassen." Gleichzeitig meldete er den Vorfall dem DAF-Betriebswalter am StMPA. Kosinowski blieb noch einige Wochen im Amt, bevor sie noch im selben Jahr ausschied; Rudolf Nitsche an den Präsidenten, Betr. Antrag auf fristlose Kündigung d. Angest. Frl. Kosinowski, 30.3.1938, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]; Nitsche, handschriftlicher Aktenvermerk, 29.3.1938, ebd.; bei der erwähnten Betroffenen handelte es sich um Lieselotte Kosinowski (*1919), Ausbildung an der Kaufmännischen Privat-Schule R. Richter, 1936 Mitglied des RLB, 1937 Hilfskraft in der Abteilung „Organische Stoffe", 1937 Mitglied der DAF, 1938 Austritt aus dem StMPA; Personalbogen, 10.1.1938, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]. Vgl. hierzu sowie zur Betriebspolitik und nationalsozialistischen Ausrichtung des StMPA unter dem Präsidenten Erich Seidl ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

279 Nitsche wurde nach Kriegsende zudem Vorsitzender der Fachabteilung „Chemische Technik" der Kammer der Technik; Persönliches, in: Kunststoffe 39 (1949), S. 180; Rudolf Nitsche, in: Kunststoffe 44 (1954), S. 190.

Fühlungnahme mit dem Steglitzer Antifa-Komitee arbeitete und wenige Monate später sogar selbst über den Verbleib ehemaliger „Pgs" im Amt abstimmen durfte.[280]

Zwei dieser in den ersten Nachkriegsmonaten beim Vertrauensausschuss zur Weiterbeschäftigung in Frage stehenden „Pgs" sollten im Juni/Juli 1945 in den neuen Personalkörper überführt werden und die Funktionen von Abteilungsleitern übernehmen. Einer von ihnen war Georg Fiek (1882–1949). Nach dem Studium des Maschinenbaus[281] trat er Ende 1905 als außerplanmäßiger Assistent in die Abteilung 1 für Metallprüfung des Königlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem ein. Nach Ende des Ersten Weltkrieges, für den Fiek vom Militärdienst freigestellt gewesen war und das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhalten hatte, wurde er im Januar 1919 in das nun unter der Bezeichnung StMPA firmierende Amt übernommen und zum Ständigen Assistenten ernannt. In den folgenden Jahren stieg er weiter auf und weitete daneben auch seine zusätzlichen, außeramtlichen Tätigkeiten aus: 1926 wurde er zum Ständigen Mitglied und Professor befördert und übernahm zudem Hilfeleistungen bei einem Dozenten des Lehrstuhls für Materialprüfungswesen an der TH Berlin und späteren Stellvertretenden Präsidenten des StMPA, Karl Memmler, 1929 wurde er Fachgruppenleiter und Stellvertretender Abteilungsleiter in der Abteilung „Maschinen- und Eisenbau" und 1934 leitete er diese.[282] Bis zu diesem Zeitpunkt war er als Mitglied in zahlreichen Ausschüssen vertreten,

280 Erich Siebel/Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde, an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz, Abt. Betriebserfassung und Beratung, Betr. Erster Bericht über die Arbeit des Staatl. Materialprüfungsamtes, Berlin-Lichterfelde, 7.6.1945, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: Tätigkeitsberichte MPA von August 1945 bis November 1948; Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

281 Bereits während des Studiums war er als Volontär bei verschiedenen Firmen tätig gewesen und arbeitete anschließend als Dipl.-Ing. und Konstrukteur bei dem Maschinenbauunternehmen A. Schwartzkopff in Berlin, StMPA, Personalnachrichten über Georg Fiek, 16.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 43–44, wodurch auch Fiek, wie viele weitere Mitarbeiter des StMPA, vor seiner Einstellung Erfahrungen im industriellen Sektor gesammelt hatten.

282 Ebd.

vorrangig des VDI[283] und des DVM.[284] Im März 1935 wurde er zum Leiter der Abteilung „Mechanisch-Technologische Untersuchungen" ernannt und übernahm noch im selben Jahr durch Erlass des REM die kommissarische Leitung des Materialprüfungsamtes an der TH in Breslau,[285] die er zwei Jahre lang innehatte. Während dieser Zeit nahm er nebenamtlich einen Lehrauftrag für Materialprüfwesen auf dem Gebiet der mechanischen Technologie an der TH Berlin wahr.[286] Die darauffolgenden Jahre brachten weitere Karrieresprünge: Von 1936 bis 1937 fungierte er als Stellvertretender Präsident des StMPA,[287] im Oktober 1937 stieg er zum Leiter der Abteilung „Metallkunde" und der Abteilung „Metallkonstruktionen" auf und ein Jahr später wurde er mit der vertretungsweisen Leitung der gesamten I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen" betraut.[288] Im Oktober 1942 wurde er Leiter der Staatlichen Technischen Prüfanstalt in Krakau im besetzten Polen,[289] in

283 Fiek, VDI, Fachausschuss für Schweisstechnik, Gruppe 3 a: Arbeitsverfahren, Protokoll der Sitzung am 26. Juni 1931 im StMPA Berlin-Dahlem, 28.8.1931, BAM-Archiv, FA Schweißtechnik.

284 So war er beispielsweise Vorsitzender des Ausschusses 11 „Härteprüfung", Zwangslose Mitteilungen des DVM 20 (1931), S. 286, Mitglied des Arbeitsausschusses der Gruppe A „Metalle", Stand der Arbeiten in den Ausschüssen, in: Zwanglose Mitteilungen des DVM (1933), S. 338–347, oder des Ausschusses 33 „Gußeisen", Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses 33 – Gußeisen – am 14. November 1932 in Berlin, Ingenieurhaus. Ferner war er Stellvertretendes Mitglied in der Preußischen Seilfahrtkommission, Moellendorff, StMPA, an Minister für Handel und Gewerbe, Betr. Seilfahrtkommission, 10.11.1927, BAM-Archiv, Akten des StMPA, Vol. 22, Nr. 4. Vgl. zu den weiteren Mitgliedschaften und Gemeinschaftsarbeiten Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

285 Erich Seidl, Betr. Sanierung des MPA 1936, Verfügung des nationalsozialistischen Betriebsführers zur Neuregelung der Abteilungen des bisherigen „Metallkreises", 30.1.1936, BAM-Archiv, Akten des StMPA, Nr. 4, Bd. 3, Bl. 110.

286 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des StMPA, an den Reichsminister, REM, Betr. Dienstreise des Abteilungsleiters Prof. Dipl.-Ing. Fiek nach Paris zu Sitzungen des ISA-Komitees 17, 6.2.1939, BAM-Archiv, Ordner: Tagungen, Kongresse, Bd. III; Prof. Georg Fiek, in: Catalogus Professorum der TU Berlin, URL: https://cp.tu-berlin.de/person/2005 [zuletzt eingesehen am 20.9.2023].

287 Erich Seidl an sämtliche Betriebsleiter und Wissenschaftler, Betr. Verfügung des nationalsozialistischen Betriebsführers zur Neuregelung der Präsidialgeschäfte, 7.2.1936, BAM-Archiv, Präsidialakten.

288 StMPA, Personalnachrichten über Georg Fiek, 16.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 43–44.

der auch KZ-Häftlinge eingesetzt wurden,[290] bevor er im Folgejahr wieder nach Berlin zurückkehrte und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters der I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen" beauftragt wurde.[291]

Georg Fiek gehörte zu denjenigen Mitarbeitern, die nach Kriegsende zu dem vom Präsidenten und Betriebsrat angegebenen knapp 25-prozentigen Anteil der „Pgs im Amt" zählten: bis 1933 im Reichsbund höherer Beamter, trat er am 1. November 1933 in die SA ein, wo er seit 1940 Rottenführer war, wurde am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP und war weiter Mitglied des NS-Dozentenbundes, der NSV, des Reichsbundes der Deutschen Beamten, des NS-Bundes Deutscher Technik und des Reichsluftschutzbundes.[292] Inwieweit diese Mitgliedschaften seinen beruflichen Werdegang während und nach seiner Zeit im MPA beeinflussten, sei zunächst nur angedeutet. Außer Frage steht, dass Fiek aufgrund seiner NS-Vergangenheit sowohl die vom Vertrauensausschuss des MPA vollzogene amtseigene Entnazifizierung als auch die von den Alliierten angeordneten Entnazifizierungs-Maßnahmen durchlaufen sollte, aber auch, dass diese beiden Prozesse vonseiten des Amtes in Form einer Unterstützung des Belasteten stets von einem vorgeblichen Wiederaufbau-Pragmatismus begleitet wurden. Die erste dahingehend getroffene Entscheidung war die Übernahme Fieks als Leiter der Abteilung „Mechanische Technologie" der Hauptabteilung „Metalle" in den Personalkorpus des MPA im Juni/Juli 1945, bei der sein parteipolitisches Engagement zunächst noch keine Rolle spielte. Wenige Wochen später notierte Max Pfender, zu diesem Zeitpunkt Leiter ebendieser Hauptabteilung und Vorgesetzter Fieks, in seinem privaten Arbeits- und Notizheft zu einigen „MPA-Schicksale[n]" im August: „verhaftet wurde[n] Prof. Fiek PG, SA – 3 Wochen."[293]

289 Erich Siebel, Rundverfügung, beglaubigt durch Hohnstedter, Kanzleiangestellte, 30.9.1942, BAM-Archiv, Umlauf für Material-Verwaltung.

290 Maier, Chemiker im „Dritten Reich", 2015, S. 550; Stöcken, Dokumentation der Chemie, 2016, S. 217; Nagel, Wissenschaft für den Krieg, 2012, S. 97. Vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

291 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des StMPA, ZI, an die III. Hauptabteilung, 8.7.1943, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA].

292 Ebd.

293 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom [August] 1945: „MPA-Schicksale", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

In demselben Dokument findet sich auch zu dem zweiten, zuvor angesprochenen und im Vertrauensausschuss des Amtes diskutierten „Pg" eine durch den Verfasser vorgenommene Kennzeichnung, die kaum zweideutig zu verstehen ist. Der im Amt neu angekommene Ingenieur Pfender markierte eine Reihe von Mitarbeitern mit einem „Hakenkreuz"-Symbol[294] – einer von ihnen war Gerhard Schikorr (1901–1991).[295] Im März 1926 trat er als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in die Abteilung für Anorganische Chemie der Hauptabteilung „Metallographie und anorganische Chemie" des StMPA ein, wo er wenige Jahre später, am 1. Oktober 1929, zum Ständigen Mitglied und damit zum Beamten befördert wurde.[296] Im März 1936 avancierte Schikorr zum Leiter der Fachgruppe „Korrosion" in der Fachabteilung „Metallkunde", im Juni 1941 zum Fachbereichsleiter und noch im selben Jahr zudem zum Leiter des Laboratoriums für chemische und Korrosionsforschung in der Abt. 1 „Allgemeine Abteilung" des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung beim StMPA.[297] Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er sich nicht nur durch eine Vielzahl an Publikationen auf dem Gebiet des Metallschutzes und der Korrosion einen Namen gemacht,[298] sondern

294 Ebd. Siehe hierzu Anhang 1.

295 StMPA, Personalnachrichten über Gerhard Schikorr, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 145–146; In memoriam †, in: Stahl und Eisen 111 (1991), S. 190.

296 Tätigkeiten Schikorrs vor seinem Eintritt in das StMPA: 1920 Studium der Chemie, 1925 Diss. phil. und Hilfsarbeiter in der Redaktion von „Beilsteins Handbuch der Organischen Chemie der Deutschen Chemischen Gesellschaft"; StMPA, Personalnachrichten über Gerhard Schikorr, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 145–146.

297 Erich Siebel, Regelung der Vertretung bei der I. Hauptabteilung Metalle und Metallkonstruktionen, 6.6.1941, BAM-Archiv, Fach 20; [StMPA, Organisationsplan], undat. [1941], BArch, R 4901/15202, Bl. 2–6; Erich Siebel, Das Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung, 25.8.1942, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung.

298 Darunter etwa: Deiß, Eugen/Schikorr, Gerhard: Über Ferrohydroxyd (Eisen-II-hydroxyd), in: Zeitschrift für anorganische Chemie 172 (1928), S. 32–42; Schikorr, Gerhard: Über die korrosionshemmenden Kalziumkarbonatschutzschichten in Wasserleitungsrohren, in: Zeitschrift für angewandte Chemie 44 (1930), S. 40–41; Bauer, Oswald/Schikorr, Gerhard: Über die Korrosion von Elektrolytzink und Raffinadezink, in: Zeitschrift für Metallkunde 26 (1934), S. 73–80; dies.: Antimonhaltiges Blei für Wasserleitungsrohre, in: Metallwirtschaft 14 (1935), S. 463; Schikorr, Gerhard: Korrosion der Metalle, in: Chemiker-Kalender (1935), S. 105–111.

war seit Ende der 1930er Jahre verstärkt auch durch seine Ausschusstätigkeiten und Gemeinschaftsarbeiten gut vernetzt. So war er unter anderem seit 1940 Mitglied des Unterausschusses für Korrosionsforschung und Korrosionsschutz des Werkstoffausschusses beim VDEh[299] und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft „Oberflächenveredlung von Metallen" des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau.[300] Am 25. November 1944 wurde Schikorr, der über die gesamte Kriegszeit hinweg Uk-gestellt war,[301] der Professoren-Titel des StMPA verliehen.[302] In politischer Hinsicht musste Schikorr als mehr als zuverlässig gelten: Von 1920 bis 1924 war er in der Deutschen Studentenschaft sowie seit 1925 im Volksbund für das Deutschtum im Ausland und bezeichnete sich selbst als „gottgläubig", also der im NS-Staat als parteinah geltenden Glaubensbewegung zugehörig. Seit März 1937 war er Mitglied der NSDAP, übte das Amt eines Blockleiters aus und gehörte zudem von 1934 bis 1939 der DAF, seit 1935 der NSV und seit 1939 noch dem RDB sowie weiter der NS-Studentenkampfhilfe, dem NSBDT, dem NS-Reichsbund für Leibesübungen und dem NS-Altherrenbund an.[303] Nach Ende des Krieges blieb Schikorr als führender Wissenschaftler seines Fachbereichs und überdies als zu diesem Zeitpunkt einziger Vertreter des Arbeitsgebietes zunächst einige Monate in verantwortlicher Position im MPA in seiner Stellung und wurde – nach der Umgliederung des Amtes – Leiter der

299 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des StMPA, A 1, an das STMG Schikorr, 9.7.1940, Abschrift, BAM-Archiv, Ordner: Reisekosten.

300 Chemische Berichte des RWA, Arbeitsgemeinschaft „Oberflächenveredlung von Metallen", 1. Tagung: Elektrolytische Oberflächenveredelung, Januar 1942, Geheim, Library of Congress, PB 510. Ich danke Sören Flachowsky.

301 StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 51.

302 Der Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers, an den Reichsminister, REM, 25.11.1944, BArch, R 4901/14107, Bl. 225.

303 StMPA, Personalnachrichten über Gerhard Schikorr, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 145–146; Military Government of Germany, Fragebogen Gerhard Schikorr, 10.10.1946, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.18, Nr. 505 Schikorr, Gerhard. Vgl. zu den autarkie-, rüstungs- und kriegsrelevanten Tätigkeiten Schikorrs Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

Abteilung „Korrosion“ in der I. Hauptabteilung „Metalle“,[304] bevor er eine Tätigkeit in der Industrie annahm.[305]

Eine der für die Erhaltung des wissenschaftlichen und technischen Knowhows und mithin für die Abdeckung der Arbeitsgebiete wichtigsten Funktionsgruppen setzte sich aus wissenschaftlichen Mitarbeitern mit akademischen Abschlüssen sowie höheren Technikern mit ingenieurwissenschaftlicher Hochschulbildung, also Promovierten verschiedener Fachrichtungen, Diplom-Ingenieuren oder promovierten Ingenieuren zusammen. Von den aus dem ehemaligen Personalkörper des MPA übernommenen insgesamt fünf Mitarbeitern dieser Gruppe waren drei im Jahre 1935 und zwei 1937 in das Amt eingetreten und hatten allesamt im Vorfeld ihrer Tätigkeit berufliche Stationen in den Bereichen Industrie, Wissenschaft und/oder staatlichen Behörden durchlaufen, brachten also zum Zeitpunkt ihrer Einstellung vielfältige Erfahrungen und zum Teil gute Verbindungen auch zu solchen, für das StMPA interessanten Institutionen mit, wenn dieses nicht ohnehin schon dahingehende Zusammenarbeiten pflegte. Die Betrachtung dieser wissenschaftlichen Funktionsgruppe begründet sich nicht lediglich durch deren Rolle bei der Personalübernahme nach Ende des Krieges, sondern gleichermaßen durch die Tatsache, dass die meisten von ihnen im Laufe der Nachkriegsjahre in verantwortlichere Positionen, also zum Abteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiter, aufsteigen, ihr gesamtes berufliches Leben im MPA und später in der BAM verbringen sollten und somit in ihren Biografien eine lange Kontinuität von der Zeit des Nationalsozialismus bis weit in die Bundesrepublik hinein darstellten.

Eine von ihnen war Hildegard Mendrzyk (1905–1997).[306] Die im heutigen Szczytno, damals Ortelsburg in Ostpreußen, geborene Mendrzyk begann im Jahre 1924 das Studium der Chemie. Gegen Ende ihres Studiums nahm sie im November 1927 eine Tätigkeit am Kaiser-Wilhelm-Institut für Faserstoffchemie in Berlin-Dahlem auf und war dort zunächst mit der Fertigstellung ihrer Dissertation beschäftigt, mit der sie

304 Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem vereinigt mit der Chemisch-technischen Reichsanstalt, Gliederung des Amtes (vorläufig), 15.9.1945, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö.

305 Im Jahre 1952 wurde er schließlich zum Leiter der Korrosionsabteilung an der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt des Landesgewerbeamtes in Stuttgart berufen und 1959 zum Oberchemierat ernannt; Gerhard Schikorr zum 60. Geburtstag, in: Materialprüfung 3 (1961), S. 470.

im Jahre 1930 bei dem Chemiker und Leiter des Instituts, Reginald Oliver Herzog, promoviert wurde.[307] Nach einer Industrietätigkeit[308] wechselte Mendrzyk auf eigenen Wunsch am 1. August 1935 in das StMPA, wo sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Textilien" der IV. Hauptabteilung „Faserstoffe" eingestellt wurde.[309] 1942 leitete sie den gesamten Fachbereich „Optik, Mikroskopie und Photometrie" in der Abteilung „Textilien" und gehörte damit – nach dem Leiter der Hauptabteilung, Prof. Dr. Herbert Sommer, und ihrem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Abteilungsleiter Dr. Oswald Viertel – zu den wichtigsten Mitarbeitern des Arbeitsgebietes „Faserstoffe" und war überdies die einzige Frau im Amt in einer derartig hohen Position.[310] Wie die anderen Hauptabteilungen des StMPA war auch die HA „Faserstoffe" bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges im Rahmen des Vierjahresplans an Arbeiten zur Autarkie und Rüstung beteiligt, die seit Mitte der 1930er Jahre durch die „enge Zusammenarbeit [...] mit den zuständigen Stellen des Oberkommandos des Heeres, der Luftwaffe, des Reichsarbeitsdienstes, des Reichs-Wirtschaftsministeriums, der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau, der Wirtschaftsgruppen und ihrer Fachgruppen" auch zu einem

306 Persönliche Angaben von Hildegard Mendrzyk, Anlage zu: Aufstellung des Forschungs- und technischen Personals vom 10.1.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates; Max Pfender an die Nichte von Mendrzyk, 18.8.1997, BAM-Archiv, Fach 16-3.

307 Hildegard Mendrzyk, Lebenslauf, [27.9.1952], BArch, PERS 101/84120.

308 Nachdem sie die Forschungen ihres Dissertationsthemas aufgrund eines Stipendiums der Notgemeinschaft noch für eine gewisse Zeit am KWI weitergeführt und sich im Rahmen ihrer mehrjährigen Tätigkeit dort unter anderem besonders auf dem Fachgebiet der Textilfasern betätigt hatte, begann sie im Januar 1931 eine Tätigkeit als Wissenschaftliche Angestellte in der Leipziger Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Stöhr, Leipziger Wollkämmerei; Zeugnis für Mendrzyk, 22.2.1935, BArch, PERS 101/84120, und war anschließend bei der Gesellschaft für Wasseruntersuchungen Berlin, Permutit A.-G., Dehn, Gesellschaft für Wasserunternehmungen mbH, Zeugnis für Mendrzyk, 11.7.1935, BArch, PERS 101/84120.

309 Frau Professor Dr. phil. Hildegard Mendrzyk 80 Jahre, in: BAM-Information 4 (1985), S. 63 f., BAM-Archiv, Fach 3-2; Auszeichnungen für ehemalige Mitarbeiter der BAM, in: BAM-Information 10 (1973), S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1.

310 Beamte und Angestellte, Stand: April 1942, BAM-Archiv, Fach 20.

merklichen Anstieg der Anträge und Einnahmen führten.[311] Dass bei der „besonders starken Beanspruchung" der Hauptabteilung gerade die Abteilung Textilien und damit auch Mendrzyk als Textilchemikerin eine bedeutende Rolle spielte, stand unter anderem im Zusammenhang mit der Herstellung künstlicher Spinnstoffe (Zellwolle) als Ersatzstoff. So erstellte sie 1937 zusammen mit Herbert Sommer ein Gutachten über die „Prüfung der nach verschiedenen Verfahren gewonnenen Haut- und Gerberwollen" für das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe und arbeitete an Untersuchungen zur Verbesserung der Gebrauchstüchtigkeit von Uniformtuchen mit[312] – die Ergebnisse zu den im StMPA gemachten Forschungen und Prüfungen zum Uniformtuch sollten später auch bei den alliierten Besatzungsmächten auf besonderes Interesse stoßen.[313] Mit einer nach dem Krieg überdurchschnittlichen Leistung und „grosse[r] Erfahrung auf dem Gebiet der Technologie der Textilien" bewertet, wurde Mendrzyk in das MPA übernommen und nach der Neugliederung im Juni 1945 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Faserstoffe" in der Hauptabteilung „Organische Stoffe" zugeordnet.[314] Nachdem ihre ehemaligen Vorgesetzten Herbert Sommer und Oswald Viertel aus dem Dienst ausgeschieden waren, stellte sie die zu diesem frühen

311 Seidl, Erich: Die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des StMPA Berlin-Dahlem in den Jahren 1935–1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 461–502, hier: S. 476 ff.

312 StMPA, Abt. Faserstoffe, Fachabteilung Textilien, Prüfungszeugnis für Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, Antrag vom 8. Dezember 1936: Prüfung der nach verschiedenen Verfahren gewonnenen Haut- und Gerberwollen, Sommer, Abt. Faserstoffe, Mendrzyk, Fachabteilung Textilien, 5.9.1937, BAM-Archiv, Prüfberichte (Zellwolle); Sommer, Herbert/Mendrzyk, Hildegard/Viertel, Oswald: Beiträge zur Verbesserung der Gebrauchstüchtigkeit der Lieferungstuche, Wissenschaftliche Abhandlungen der deutschen Materialprüfungsanstalten, I. Folge, H. 6, Berlin 1940, zweite unveränderte Auflage 1942.

313 Vgl. Kapitel 2.1.

314 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Erich Siebel, Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt), BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45, Abschnitt: Personalien.

Zeitpunkt einzige Vertreterin des Bereiches „Textilien" dar, der zur vollständigen Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Amtes durch die personelle Abdeckung aller Fachgebiete notwendig war.

Ein weiterer Mitarbeiter aus der Funktionsgruppe der Wissenschaftlichen Angestellten war Karl Heinz Bußmann (1905–1992). 1925 begann Bußmann sein Studium des Maschinenbaus an der TH Darmstadt, wo er von August Thum, Professor für Werkstoffkunde, späterer Rektor der TH und Vorstand der dortigen Staatlichen Materialprüfungsanstalt, ausgebildet wurde und das er 1931 als Dipl.-Ing. abschloss.

Nach anschließenden, jeweils kurzzeitigen Tätigkeiten[315] erhielt er nach zeitweiliger Arbeitslosigkeit im Juni 1933 eine durch die Ingenieurnothilfe finanzierte Stelle beim Leiter der Forschungsabteilung des VDI in Berlin, Ernst Lehr,[316] dessen erster Assistent und Stellvertreter er bald wurde.[317] 1935 wurde die Forschungsabteilung der Berliner Geschäftsstelle ausgegliedert und als „Abteilung für Maschinenbau und technisches Messwesen" der I. Hauptabteilung „Metalle" in das StMPA überführt, was in einem besonderen Maße vom damaligen Präsidenten des Amtes, Erich Seidl, vorangetrieben wurde, nachdem dieser bemängelt hatte, dass es für das Gebiet des Maschinenbaus im Vergleich zu anderen Materialprüfungsämtern, zum Beispiel in Darmstadt oder Stuttgart, nur eine Fachgruppe, aber keine eigene Abteilung gäbe. Gleichzeitig zeigte Seidl ein besonderes Abwerbungsinteresse an der Person Ernst Lehrs, der nicht nur als ein führender Experte auf dem Arbeitsgebiet der Werkstoffforschung und -prüfung, sondern auch als eng vernetzt in die Rüstungsforschung galt.[318]

Mit Lehr kamen – nach Zustimmung des VDI-Vorstandes – auch seine Mitarbeiter und so trat Bußmann als Stellvertretender Leiter der Abteilung für Lehr und Leiter der untergeordneten Fachabteilung „Dauerversuche, Lager- und Riemenprüfung" im Mai 1935 seinen Dienst am

315 So als Lehrer an der Höheren Privatschule Fabor für Mathematik und Physik in Wiesbaden, Hilfsarbeiter im Betriebsbüro der [Motoren-]Firma Fichtel & Sachs AG in Frankfurt am Main und Ingenieur in der Abteilung Kälteanlagen der Gesellschaft für Linde's Eismaschinen AG in Wiesbaden, ebd.

316 Vgl. zu Ernst Lehr ausführlicher Kapitel 5.4.

317 StMPA, Personalnachrichten über Karl Heinz Bußmann, 17.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 31–32.

318 Vgl. hierzu ausführlicher Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

StMPA an. Nachdem er zunächst eine außertarifliche Vergütung erhalten hatte, wurde Bußmann im Oktober 1936 in ein tarifliches Verhältnis übernommen. Von diesem Zeitpunkt an stieg er innerhalb des Amtes weiter auf: Im Juli 1938, nach dem Weggang seines Vorgesetzten Lehr zur M.A.N., trat Bußmann dessen Nachfolge als Abteilungsleiter an, im August des darauffolgenden Jahres wurde er zum Ständigen Mitglied und Beamten auf Lebenszeit ernannt, am 29. April 1940 ließ er sich auf Hitler vereidigen und wurde 1941 schließlich Professor und Gruppenleiter.[319] Der bemerkenswerte Aufstieg Bußmanns von einem durch die Wirtschaftskrise arbeitslos gewordenen Ingenieur zum Professor und Abteilungsleiter innerhalb weniger Jahre ist ohne Zweifel vornehmlich auf seine fachliche Qualifikation und seine Beziehung zu Ernst Lehr zurückzuführen. Aber vermutlich waren ihm auch seine Zugehörigkeiten zu verschiedenen NS-Organisationen förderlich: Am 1. März 1933 trat er in die NSDAP ein, war von 1933 bis 1939 Mitglied der DAF, seit 1936 in der NSV, wo er ab März 1940 für circa zwei Jahre als Blockwalter wirkte, und gehörte weiter dem NS-Bund Deutscher Technik und dem Reichskolonialbund an.[320] Für die Umsetzung der rüstungspolitischen Ziele des NS-Regimes hatte Bußmann die gesamte Zeit seiner Anstellung am StMPA und, wie viele der Angestellten des Amtes, weit vor Beginn des Krieges gearbeitet, wobei die Abteilung „Maschinenbau“ in diesem Zusammenhang in besonderem Maße hervorstach. Bereits mit der Überführung des VDI-Forschungsinstituts in das StMPA 1935, die für Lehr, Bußmann und die weiteren Mitarbeiter im Wesentlichen nur einen „Wechsel des Labels“[321] bedeutetet hatte, war auch ein Teil der zuvor durchgeführten Arbeiten in die neue Wirkungsstätte überführt worden. Der davon zuvor zunächst noch geringe Anteil von Rüstungsaufträgen wuchs seit Mitte der 1930er Jahre zusehends an: In der Abteilung „Maschinenbau“ gingen bereits kurz nach ihrer Einrichtung große Aufträge vom HWA ein, unter anderem zur Untersuchung von Konstruktionsteilen von Geschützrohren und Panzern – in den folgenden Jahren wurde die Durchführung von Aufträgen „insbesondere im Auftrage der

319 StMPA, Personalnachrichten über Karl Heinz Bußmann, 17.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 31–32.

320 Military Government of Germany, Fragebogen Karl Heinz Bußmann, 5.4.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33.

321 Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

Wehrmacht, nämlich des Oberkommandos der Kriegsmarine, des Heereswaffenamtes und in kleinerem Umfange auch des Reichs-Luftfahrtministeriums“[322] zum Hauptgeschäft der Abteilung.[323]

Bei der Einnahme des Amtes durch die Rote Armee gehörte Bußmann aufgrund seiner als besonders relevant erachteten Arbeiten der vorangegangenen Jahre zu denjenigen Mitarbeitern, die von einem sowjetischen General vernommen wurden und abgeworben werden sollten. Dazu kam es letztlich jedoch nicht, denn im Juni 1945 wurde Bußmann zunächst als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Mechanische Technologie“ im MPA weiterbeschäftigt.[324] Wenngleich seine politische Belastung unter den Mitarbeitern im Amt wohlbekannt war und wenig später amtsintern ausführlicher diskutiert wurde, fiel dieser Umstand bei der Personalübernahme durch den Magistrat von Groß-Berlin zunächst nicht ins Gewicht. Bußmann galt aufgrund seiner jahrelangen Erfahrungen, zumal in verantwortlicher Position, als Fachmann für den Bereich des Maschinenbaus, der auf dem Gebiet des Materialprüfwesens eine wichtige Rolle spielte und damit auch für das Amt selbst von großer Bedeutung war. Hinzu kam, dass er einer der wenigen überhaupt noch für das Amt zur Verfügung stehenden Experten auf diesem Gebiet war, nachdem zum einen ein Großteil des Fachpersonals bereits 1938 mit dem ehemaligen Abteilungsleiter Ernst Lehr mit zur M.A.N. gewechselt war und zum anderen weitere Mitarbeiter aus diesem Metier aus verschiedenen Gründen nicht greifbar waren, so beispielsweise der langjährige Mitarbeiter und Maschinenbauingenieur Egon Amedick, der in Kriegsgefangenschaft

322 Seidl, Erich: Die technisch-wissenschaftlichen Leistungen des StMPA Berlin-Dahlem in den Jahren 1935–1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 461–502, hier S. 519.

323 Vgl. zu den rüstungs- und kriegsrelevanten Arbeiten der Abteilung und mithin Bußmanns ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

324 Erich Siebel, Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt), BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45, Abschnitt: Personalien; Erich Siebel an das Arbeitsamt Berlin-Zehlendorf, 12.11.1945, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46.

geraten war und erst später in das Amt zurückkehrte.[325] Für Bußmann ergab sich damit in Bezug auf seine Weiterbeschäftigung eine für ihn im doppelten Sinne günstige Position. Diese ihm zugeschriebene Stellung zeichnete sich auch in den Phasen seiner Entnazifizierung ab, für die er in den darauffolgenden Jahren beinahe uneingeschränkte Unterstützung von Amtsseite erhielt. Nach einer zwischenzeitlichen Entlassung, anderweitigen Beschäftigung und der erfolgreichen Entnazifizierung sollte Bußmann wieder in das Amt eintreten und bis zu seinem Wechsel in das Bundeswirtschaftsministerium im Jahre 1962 dort arbeiten.[326]

325 Egon Amedick (*1909), 1928 Schlosser bei den Vereinigten Stahlwerken, 1931 Schlosser bei Daimler-Benz, 1932 Maschinist bei Kraftwerke Whylen-Rheinfelden, 1934 Konstrukteur bei Hüttenwerk Röchling, 1935 Konstrukteur bei Friedrich Schmaltz, 1930 Studium des Maschinenbaus, 1935 Dipl.-Ing., anschließend Konstrukteur für Werkzeugmaschinen, 1937 Mitarbeiter der Abteilung „Maschinenbau und Mechanische Technologie" der Abteilung „Metallkonstruktionen" in der I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen" im StMPA, 1938 dort ordentlicher Mitarbeiter, spätestens 1942 Wissenschaftlicher Angestellter und Stellv. Leiter des Fachbereichs „Maschinenbau", in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1933 bis 1935 Hochschul-SA, April 1945 sowjetische Internierung, August 1945 Übernahme in das MPA als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Technologie", spätestens 1953 Leiter des Laboratoriums „Schwingprüfung, Reibung und Verschleiß, 1962 Leiter der Fachgruppe „Mechanisch-technologische Prüfung der Metalle und Konstruktionen"; Mussehl, Oberrechnungskammer Potsdam, an den Präsidenten des StMPA, 4.7.1938, GStA, I. HA Rep. 151, Ic, Nr. 7031; Personal des Fachbereiches I B 2 Maschinenbau, Stand vom 15. Mai 1942, Anlage zu: Karl-Heinz Bußmann, Fachbereich Maschinenbau I B 2, an Paul Schafmeister, Betr., 15.5.1942, BAM-Archiv, Ordner: Angest.-Bezüge u. Angest.-Vers.-Beiträge; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 4; Erich Siebel, Bescheinigung, 27.8.1945, Entwurf, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46; Erich Siebel, Bescheinigung, 25.9.1945, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46; Prof. Dipl.-Ing. Egon Amedick zum 65. Lebensjahr, in: Materialprüfung 16 (1974), S. 158; Meldebogen von Egon Amedick, 7.8.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-03-11, Nr. 3099–3100; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 11, BAM-Archiv; Personalbogen Egon Anton Joseph Amedick, BArch, B102/118388.

326 Tätigkeiten Bußmanns nach Kriegsende: 1945/1946 Entlassung, 1946 Mitarbeiter der Berliner Außenstelle des Ministeriums der Automobilindustrie der UdSSR, 1947 Entnazifizierung, 1948 Rückkehr in das MPA,

Einen nicht unwesentlichen Teil des nach Kriegsende übernommenen Personals bildeten Facharbeiter ohne akademischen Grad, die also nicht an einer Universität oder Technischen Hochschule studiert, sondern ein Handwerk erlernt hatten und als ausgebildete Techniker, Chemotechniker oder Bautechniker, Maurer, Maschinen- und Apparatebauer, Technische Zeichner, Werkstoffprüfer, Papiermacher, Schweißer oder Mechaniker in den Fachabteilungen des Amtes arbeiteten. Begreift man das erste Wort des Kompositums „Elitenkontinuität" als ein solches, das vornehmlich eine akademische Elite – Ingenieure oder Wissenschaftler – beschreibt, so zeigt gerade der hohe Anteil von Facharbeitern im Personalbestand des MPA, dass von einer durch die Amtsleitung und den Betriebsrat konstruierten reinen Elitenkontinuität im Falle der hier untersuchten Institution nicht gesprochen werden kann. Im Übrigen wird diese Feststellung einmal mehr dadurch gestützt, dass sich unter den in den Fachabteilungen Weiterbeschäftigten auch ein nicht geringer Teil sogenannter „Technischer Gehilfen" befand, die beispielsweise als Versuchshelfer für die Probenvorbereitung oder Durchführung von Werkstoffprüfungen, Transportarbeiter oder Kraftfahrzeugführer tätig waren. Von den in den Fachabteilungen zusammengenommen knapp 25 Facharbeitern und Technischen Gehilfen sollen zwei Mitarbeiter herausgegriffen werden, anhand derer sich exemplarisch zentrale Kriterien der Personalpolitik unmittelbar nach Kriegsende veranschaulichen lassen. Einer von ihnen war der Techniker

---

spätestens 1953 Regierungsrat und Leiter des Laboratoriums Triebelemente, Behälterbau, Schadensfälle, spätestens 1958 Oberregierungsrat, Leiter der Fachabteilung Mechanisch-technologische Prüfung der Metalle und Konstruktionen und des Laboratoriums Triebelemente der BAM, 1962 Oberregierungsrat und Komm. Leiter des Referats Forschung, Patentwesen, Maße und Gewicht, PTB im BMWi, 1963 Ministerialrat und Leiter des Referats Wissenschaftliche Forschung, gesetzliches Meßwesen, Patentwesen, PTB; StMPA, Personalnachrichten über Karl Heinz Bußmann, 17.5.1940; BArch R 4901/15204, Bl. 31–32; REM, Personalbogen für Karl Heinz Bußmann, undat. [1942]; ebd./14111, Bl. 262; Organisationspläne der BAM und des BMWi, BAM-Archiv; Ministerialrat a. D. Prof. Dipl.-Ing. Karl Heinz Bußmann zum 65. Lebensjahr, in: Materialprüfung 13 (1971), S. 27; BAM-Berlin, Namentliche Zusammenstellung der 32 Mitarbeiter: […], welche die Bundesanstalt seit dem 1. Oktober 1961 bis 30. September (31) verlassen haben bzw. die BAM demnächst verlassen werden (1), 4.9.1962, BArch B 102/118388; Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 15.12.1962, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

Paul Jonas (1890–1953).[327] Nach Abschluss seiner Lehre zum Maurer trat Jonas im Anschluss an eine kurzzeitige Firmentätigkeit bereits im Februar 1910 als Techniker in die Abteilung I für Metallprüfung des Königlichen Materialprüfungsamtes ein. Im August 1914 meldete er sich als Freiwilliger und leistete – wohl bis 1918 – Kriegsdienst, für den ihm das Eiserne Kreuz [II.] Klasse, das Frontkämpferkreuz und das Verwundetenabzeichen verliehen wurden. 1919 kehrte er an seinen alten Arbeitsplatz zurück, wo er die darauffolgenden Jahre auf dem Gebiet der mechanisch-technologischen Untersuchung der Metalle und des Stahlbaus arbeiten sollte. 1920 war Jonas zwei Monate lang Mitglied der SPD. Im April 1928 wurde er zum planmäßigen Technischen Mitarbeiter beim StMPA und damit zum Beamten befördert, war 1932 Stellvertretender Vertreter der Mittleren Technischen Beamten im Beamtenausschuss des Amtes und wurde im August 1934 auf den „Führer" Adolf Hitler vereidigt.[328] Knapp eine Dekade später folgte eine weitere Beförderung: Nachdem durch den Ruhestand des Angestellten Karl Schreiber[329] die Stelle eines Technischen Oberinspektors freigeworden

327 Rechnungsbüro des MPA an den Dienststellenleiter vom 31.10.1949, Meldung: Im Kalenderjahr 1950 vollenden die nachstehend Genannten das 60. oder 65. Lebensjahr bzw. eine 25- oder 40-jährige Dienstzeit, BAM-Archiv, Fach 47-2, Ordner: Jubiläum; Todesanzeige für Paul Jonas, BAM-Archiv, Fach 35-1.

328 StMPA, Personalnachrichten über Paul Jonas, 17.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 81–82.

329 Karl Schreiber (*1882), 1896 Erlernung des Schlosser- und Maschinenbauhandwerks in der Königl. Eisenbahn-Hauptwerkstätte Tempelhof, anschließend Gesellenprüfung und Tätigkeit als Maschinenschlosser, 1900 Maschinenbauschule, 1902 Technischer Hilfsarbeiter an der Mechanisch-technischen Versuchsanstalt der TH Berlin, 1903 Soldat, 1905 Mitarbeiter des KMPA, 1903 bis 1913 Weiterbildung an der TH Berlin insbesondere auf dem Gebiet des Materialprüfwesens, Militärdienst, 1919 Übernahme in das StMPA als Ständiger Techniker, dort 1925 Technischer Mitarbeiter, 1939 Technischer Oberinspektor, 1.10.1940 Mitglied der NSDAP, dort Blockhelfer, 1934 Luftschutz-Blockwart, Zeugenaussage eines früheren Nachbarn gegen Karl Schreiber im Entnazifizierungsverfahren: „Gegen die beantragte Entnazifizierung [...] muss ich dringend Widerspruch erheben. Sch. galt in meinem früheren Wohnviertel [...] als ein aktiver Nazi, der bis zum Schluss eine Kreatur des dritten Reichs war. Die Familie Heinz Saar [...] ist wiederholt aus der nächsten Nachbarschaft denunziert worden, in Verfolg dessen Heinz Saar verhaftet und nach Auschwitz verschleppt wurde. Allen Umständen nach war in Schreiber

war, schlug der Präsident des Amtes, Erich Siebel, im Juni 1943 für die Wiederbesetzung der Stelle den Technischen Mitarbeiter und Mitglied der NSV Jonas vor. Zwar liegt kein weiteres Schreiben vor, das die Besetzung der Stelle durch ihn endgültig bestätigt, von einer Beförderung in den gehobenen Dienst ist jedoch nach der an das REM adressierten Empfehlung durch Siebel, dem Mangel an gleichrangig geeigneten Kandidaten und der Tatsache, dass vonseiten der NSDAP, der Gauleitung und Berlins keine Bedenken bestanden, auszugehen.[330]

Unmittelbar nach Ende des Krieges wurde Jonas in den Personalbestand des MPA übernommen und der Abteilung für Mechanische Technologie, Hauptabteilung „Metalle", zugeordnet. Knapp ein Jahr später war er bereits zum Gesamtleiter des Technischen Betriebes (TB) aufgestiegen und übernahm damit eine wichtige Position, die sich aus der Bedeutung des TB für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Amtes ergab und an späterer Stelle noch erläutert werden soll. Gerade bei den Facharbeitern fällt auf, dass jahre- oder in vielen Fällen jahrzehntelange „Erfahrungen auf betriebstechnischem Gebiet"[331] ein besonderes Kriterium für deren Übernahme darstellten. Zwar hatten alle von ihnen einen Beruf erlernt, der bei ihrer erstmaligen Einstellung

---

der Denunziant zu vermuten. Eine Bestätigung hierfür fand ich kurz nach dem Zusammenbruch, als ich das Ortsgruppenbüro Schlieffen der Nazipartei durchsuchte", 1943 vorzeitige Versetzung in den Ruhestand aufgrund eines Unfalls; StMPA, Personalnachrichten über Karl Schreiber, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 163–164; Nachweisung über den Bildungsgang der Ständigen Mitarbeiter, 1924, BAM-Archiv, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; Karl Schreiber an die Entnazifizierungs-Kommission des Verwaltungsbezirks Zehlendorf, Betr. Denazifizierungsantrag von Karl Schreiber, 25.1.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 14, Bl. 10–14; Entnazifizierungskommission, Verwaltungsbezirk Zehlendorf, Berufungsliste, 13.11.1947, Landesarchiv, C Rep. 031-02-19, Nr. 206, Bl. 2–3; Bruno Möhring an den Entnazifizierungsausschuss beim Bez. Amt Zehlendorf, betr. Karl Schreiber, Reiherbeize, 25.11.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 14, Bl. 17.

330 Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Besetzung einer Beamtenstelle des gehobenen Dienstes, 20.1.1944, BArch, R 4901/14108, Bl. 181; Rottenburg, i. A. Der Reichsminister, REM, an den Präsidenten des StMPA, Betr. Besetzung einer Beamtenstelle des gehobenen Dienstes, 15.2.1944, BArch, R 4901/14108, Bl. 185.

331 Wilhelm Blumenthal / Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

im Amt passend für die jeweilige Abteilung war, aber die Einpassung ihrer Kenntnisse auf die speziellen Bedürfnisse des Materialprüfwesens hin hatte sich meist während der praktischen Arbeit entwickelt und ließ sie in dieser Hinsicht nicht ohne weiteres ersetzbar erscheinen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Abteilungen intern lange Zeit eng zusammengearbeitet hatten und die auf Mitarbeiterebene eingespielten Arbeitsabläufe eine gewisse Funktionsfähigkeit und Reibungslosigkeit sicherstellen konnten. Dass über die gemeinsame Arbeitsstätte gewachsene kollegiale Bindungen und Sympathien bei den Personalentscheidungen eine Rolle spielten, wie dies auch bei Jonas der Fall war, ist hier noch einmal zu betonen. Jonas sollte für die unmittelbare Nachkriegszeit insofern von besonderer Relevanz sein, als er amtsintern eine Doppelfunktion erfüllte: Nicht nur war er ein erfahrener höherer Techniker in einer leitenden Position und erfüllte aufgrund seiner langen Amtszeit zudem, wie dies später vom Präsidenten beschrieben wurde, die Funktion einer „Erinnerungsbrücke an das 1. Jahrzehnt des MPA“,[332] sondern wurde auch Zweiter Vorsitzender des Betriebsrates.[333] Unter den Facharbeitern – und in deutlich geringerer Zahl den Facharbeiterinnen – befand sich auch Dora Adam (1905–1989).[334] Nachdem sie das Städtische Lyzeum beendet hatte, absolvierte Adam die Staatliche Keramische Fachschule in Bunzlau.[335] Im September 1926 trat sie als Mitarbeiterin in die Abteilung „Baugewerbe“ der Hauptabteilung II für die „Mechanische Technologie der Baustoffe“ des StMPA ein, wo sie durchgehend bis Ende August 1965 arbeitete.[336] Der berufliche

332 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag undat. [Mai 1953]: „Jonas 40-jähriges Dienst-Jubiläum“, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

333 Zusammensetzung des Betriebsrates des MPA nach der Wahl vom 2.8.1946, in: Mitteilungsblatt des MPA 6 (August 1946), S. 11, BAM-Archiv, Fach 9-1, Ordner: Eilt.

334 Persönliche Angaben von Dora Adam, Anlage zu: Aufstellung des Forschungs- und technischen Personals vom 10.1.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates; Dora Adam †, in: BAM-Information 4 (1989), S. 47, BAM-Archiv, Fach 32-2.

335 Anschließend arbeitete sie als Laborantin in der Forschungsgesellschaft Vereinigter Porzellanfabriken in Meiningen und den Keramischen Werken AG in Ratingen; Hummel, II. Hauptabteilung, an Herrn Präsident, Betr. Höherstufung der technischen Angestellten Dora Adam von Gruppe VI nach Gruppe Va RTA, 2.6.1943, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Dora Adam †, in: BAM-Information 4 (1989), S. 47, BAM-Archiv, Fach 32-2.

336 Ebd.

Werdegang Adams seit ihrer Anstellung am StMPA macht zweierlei besonders anschaulich: *Zum einen* die Bedeutung von ausgebildeten Facharbeitern für das Amt, die sich in deren Beförderungen hin zu Technischen Angestellten ausdrückt – immerhin eine Position, die gleichermaßen auch von studierten Ingenieuren besetzt wurde. *Zum anderen* die Einpassung der Mitarbeiter in das spezielle Arbeitsgebiet des Materialprüfwesens, die durch die jahrelange praktische Arbeit in den Abteilungen über die ‚eigentliche' Fachausbildung hinaus ging und ein spezifisches Erfahrungswissen schuf, das durch die Einstellung neuen Personals nur schwer ersetzbar war. Dieses direkt an die Person des jeweiligen Mitarbeiters geknüpfte Kapital war eine kaum zu überschätzende Grundvoraussetzung für eine unmittelbare Weiterbeschäftigung nach Ende des „Dritten Reiches". Als Adam ihren Dienst am StMPA begann, arbeitete sie zunächst ausschließlich in ihrer Fachrichtung Keramik, erwarb jedoch in den darauffolgenden Jahren sukzessive Kenntnisse auf dem Fachgebiet der Bauchemie und führte fortan selbstständig Analysen unter anderem von Bindemitteln und Böden durch, bis sie sich Ende des Jahres 1941 wieder dem Arbeitsgebiet „Keramik und Glas" zuwandte. Die Betonung der erweiterten Fachkenntnis auf dem Gebiet des Baustoffwesens fand sich als ein Argument für die Höhergruppierung ihrer Stelle in dem Antrag ihres Vorgesetzten, Alfred Hummel, der 1943 gegenüber dem Präsidenten Siebel hervorhob, Adam sei

> „mit der Ausführung von Spezialaufgaben hochwertiger Art betraut, von denen die Untersuchungen feinster staubförmiger Güter durch Windsichtung und Sedimentation, die rationelle- und technische Analyse von Tonen, Grosszahlforschung und Dilatometrie genannt werden."[337]

Durch ihre Arbeiten habe sie damit die Merkmale der Gruppe „Technische Angestellte mit abgeschlossener Mittelschulbildung oder gleichwertiger Kräfte in Versuchslaboratorien, Versuchsanstalten und Versuchswerkstätten in selbstständiger oder überwachender Stellung (Erledigung von Spezialaufgaben hochwertiger Art)"[338] erfüllt. Wenige Monate später richtete der Präsident ein entsprechendes Schreiben zur

337 Hummel, II. Hauptabteilung, an Herrn Präsident, Betr. Höherstufung der technischen Angestellten Dora Adam von Gruppe VI nach Gruppe Va RTA, 2.6.1943, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung.

338 Ebd.

Höhergruppierung Adams an das REM, in welchem er ihre verschiedenartigen Arbeiten und Einsatzbereiche auf dem Gebiet des Bauwesens als „besondere Leistungen“[339] herausstellte. Im November 1943 wurde dem Antrag zugestimmt.[340] Nach Kriegsende gelang Adam die Übernahme in den auf 70 Mitarbeiter des ehemaligen StMPA reduzierten Personalkorpus. In einer Beurteilung und Tätigkeitsbeschreibung, die knapp ein Jahr später von der Amtsleitung zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden für jeden Mitarbeiter verfasst wurde, bildete sich das zuvor bereits Skizzierte *in nuce* noch einmal ab: Nicht nur sei Adam in der „Führung sehr gut, sehr fleißig“ und sei „für Übersetzungen aus d[em] Englischen besonders geeignet“, sondern „sollte als einzige Keramikerin dem M.P.A. erhalten bleiben“, was dem Bestreben einer Aufrechterhaltung aller Arbeitsgebiete mit Blick auf die Einsatzfähigkeit des Amtes in arbeitstechnischer Hinsicht entsprach. Die durch eine über beinahe zwanzig Jahre hinweg durchgeführte praktische Arbeit erworbenen Kenntnisse fanden ebenfalls Ausdruck in der Kurzbeurteilung, in welcher sie unter der Kategorie „Aufgabengebiet, Tätigkeit“ – eben nicht entsprechend ihrer ursprünglich erlernten Fachausbildung – zudem als Chemotechnikerin bezeichnet wurde.[341]

Mitunter die größte Gruppe des übernommenen Personals stellten die amtsübergreifenden, dem Präsidialamt unterstellten Abteilungen „Technischer Betrieb“ mit 27 und die Verwaltung mit 16 Mitarbeitern dar. Zwar sei zunächst darauf hingewiesen, dass gerade in der Phase der Neusortierung des Amtes nach Kriegsende die Zuordnungen des Personals zu den einzelnen Abteilungen im Wandel waren und in den darauffolgenden Monaten – auch durch zahlreiche Entlassungen und Wieder- sowie Neueinstellungen oder bedingt durch den Arbeitseinsatz von Mitarbeitern nach Bedarf – eher als fluide denn als statisch zu beschreiben sind. Dass diese beiden Bereiche gleichwohl relativ gut besetzt waren und dies zudem von Beginn an, mag insofern nicht verwundern, als sie für die Einsatzfähigkeit des Amtes als genuin notwendig erachtet wurden und – bildlich gesprochen – in gewisser Weise als Schmieröl oder Zahnrad für eine eigenständig funktionierende Institution zu

339 Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung der techn. Angestellten Dora Adam, 30.9.1943, BArch, R 4901/14108, Bl. 177.

340 REM an StMPA, 12.11.1943, BArch, R 4901/14108, Bl. 178.

341 Wilhelm Blumenthal / Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

verstehen sind. So blieben in der Verwaltung alle wichtigen Teilbereiche durch eine Arbeitskraft besetzt: die Leitung des Büros mit einer ihr zugeordneten Stenotypistin, die Registratur, das Lohnbüro, die Kasse mit einem Kassenboten, die Bücherei, die Haus- und Materialverwaltung und der Aufsichtsdienst durch einen Kastellan und einen Pförtner. Hinzu kamen die sogenannten „Reinemachfrauen", die als Labordienerinnen unter anderem für die Geräteinstandhaltung, Ordnung sowie Sauberkeit der Labore zuständig waren und je nach Bedarf zu einfachen Labordiensten, zum Beispiel bei der Probenvorbereitung, herangezogen wurden. Von ihnen arbeitete kaum jemand weniger als ein Jahrzehnt im Amt, das Gros des Verwaltungspersonals wurde zwischen 1900 und Mitte der 1920er Jahre eingestellt und war folglich nicht nur mit allgemeinen Verwaltungsvorgängen vertraut, sondern auch mit solchen, die sich aus dem Wesen des Amtes selbst ergaben, beispielsweise dem Umgang mit Prüfungszeugnissen.

Mit beinahe dreißig Weiterbeschäftigten – das entsprach circa einem Viertel der gesamten Belegschaft im Juni 1945 – entfiel ein Großteil der Personalkosten auf den Technischen Betrieb, der als Hauptwerkstatt des Amtes zu verstehen ist und für die technische Instandhaltung der Gebäude und Apparaturen, Reparaturdienste und die Materialbeschaffung und -verwaltung verantwortlich war. Damit war er auf technisch-materieller Ebene wesentlich an der Schaffung der Arbeitsgrundlage für die in den Fachabteilungen ausgeführten Arbeiten beteiligt. Hier zeichnet sich erneut die Bedeutung der technischen Berufe und des Handwerks für das Amt ab, die sich aus den Bedarfen des Arbeitsgebietes des Materialprüfwesens heraus ergab und die berufliche Prägung des Personalkorpus insgesamt vielfach durchzog, im Technischen Betrieb aber entsprechend seiner Aufgabenstellung in besonderem Maße zum Ausdruck kam. Für die Übernahme in das MPA waren für die Abteilung insgesamt ein Maschinenmeister, ein Rohrleger, ein Schmied, zwei Schlosser, ein Schweißer und ein Schweißermeister, ein Werkzeugmacher, drei Elektrikermeister, ein Zeichner, neun Feinmechanikermeister, drei Tischlermeister, zwei Maurer und ein Heizer ausgewählt worden. Betrachtet man die jeweiligen Lebensläufe, so zeichnet sich – wenig überraschend – ein ähnliches Bild, wie es sich auch beispielsweise für die Verwaltung ergab: Ausnahmslos alle von ihnen hatten bereits vor Kriegsende jahre- oder jahrzehntelang im Amt (oder in wenigen Fällen in der anderen Vorgängereinrichtung,

der CTR,) gearbeitet, einige bereits im Königlichen Materialprüfungsamt, waren also noch vor dem Ersten Weltkrieg eingetreten und somit folglich mit sämtlichen betrieblichen Erfordernissen und Arbeitsabläufen vertraut. Auch bei der Übernahme dieses Mitarbeiterstabes spielte eine parteipolitische Belastung zu diesem frühen Zeitpunkt zunächst eine untergeordnete Rolle, die für mindestens knapp ein Siebtel der im gesamten Technischen Betrieb Beschäftigten nachzuvollziehen ist.

Innerhalb der Gruppe der Mitarbeiter der amtsübergreifenden Abteilungen „Verwaltung" und „Technischer Betrieb" sticht ein Angestellter aufgrund seiner Bedeutung für die personelle und vergangenheitspolitische Amtspolitik der Nachkriegszeit sowie für das Selbstverständnis des Materialprüfungsamtes in erinnerungskultureller Hinsicht in besonderem Maße hervor. Seine bescheidenen beruflichen Anfänge im Amt, die zum Zeitpunkt des Endes des Zweiten Weltkrieges über dreißig Jahre zurücklagen, ließen von einer solchen Entwicklung zunächst nichts erahnen. Bereits im Alter von 14 Jahren trat Wilhelm Blumenthal am 22. August 1911 als Lehrling und „Laboratoriumsbursche" in das KMPA ein, wo er bis zur Ableistung des Kriegsdienstes von 1916 bis Anfang 1919 arbeitete.[342] In den darauffolgenden Jahren besuchte er neben seiner wiederbegonnenen Tätigkeit am StMPA die Volkshochschule und bildete sich „durch Selbstunterricht so weit, dass er 1924 als Technischer Angestellter vom Materialprüfungsamt übernommen werden konnte"[343] und dort in der Abteilung für Baustoffe und Baukonstruktionen die Leitung der Probeneingangsstelle übernahm, für die er bis Ende des Krieges zuständig blieb. Im Juni 1945 wurde Blumenthal in die Hauptverwaltung versetzt und übernahm mit dem Bereich der Haus- und Materialverwaltung Aufgaben der „Bewirtschaftung von Gas, Strom, Wasser, Materialien" und der

342 Wilhelm Blumenthal †, in: BAM-Information 5 (1980), S. 96, BAM-Archiv, Fach 3-1.

343 Steglitzer Nachrichten Jg. 3, Nr. 10 vom 11.3.1950, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L. Nachdem Blumenthal eine Ausbildung zum Laboranten abgeschlossen hatte, besuchte er zwischen 1920 und 1922 drei Semester lang die Werksfachschule, wo er in Abendkursen eine Baufachausbildung absolvierte sowie einen Kurs in Baufachtechnik bei der Gewerkschaft besuchte. Am Ende dieses „Selbstunterrichts" führte er die Bezeichnung „Bautechniker", Notizzettel zu W. Blumenthal, BAM-Archiv, Fach 35-1.

„Instandhaltung des Gesamtgeländes einschl. Gebäude".[344] Ohne Zweifel erfüllte er damit eine auch für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Amtes relevante Aufgabe. Die nähere Betrachtung seiner Person an dieser Stelle gründet sich jedoch vornehmlich auf die andere, von ihm ausgeübte Funktion innerhalb des Amtes, durch welche er eine herausragende Position für die gesamte personalpolitische Entwicklung der Nachkriegsjahre einnehmen sollte: die des Betriebsratsvorsitzenden. Bereits 1923 wurde Blumenthal, der seit 1919 der Gewerkschaftsbewegung angehört hatte und 1928 der SPD beitrat, zum ersten Betriebsrat im Materialprüfungsamt gewählt und führte dieses Amt bis zur Zerschlagung des Betriebsrates durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 aus. Zwar wurde Blumenthal seines Postens als Betriebsratsvorsitzender enthoben, er schied jedoch nicht aus dem Amt aus, da das Gesetz eine Kündigung der abgesetzten Betriebsräte zur Besänftigung der Belegschaft nicht vorsah.[345] Unmittelbar 1945 wurde er von der Belegschaft des MPA wieder auf diesen Posten berufen und vertrat ihn bis zu seiner Freistellung aus dem Amtsdienst zugunsten seiner Tätigkeit als Erster Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Abteilung Volksbildung des Magistrats von Berlin im Jahre 1949.[346] Das Wirken Blumenthals in seiner Funktion als Betriebsratsvorsitzender bei der amtsinternen Entnazifizierung, den alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen und in gleichem Maße auch beim Umgang mit ehemaligen sogenannten „Pgs" im Amt wird an anderer Stelle ausführlich analysiert. Seine führende Rolle schon bei den personalpolitischen Entscheidungen unmittelbar nach Ende des Krieges – was *eo ipso* ebenfalls solche zugunsten politisch belasteter Mitarbeiter bedeutete – zeigt sich in dem Umstand, dass er derjenige war, der zusammen mit Siebel die Auswahl der in den verringerten Personalkorpus zu übernehmenden Mitarbeiter vornahm. Hierin deuteten sich bereits das große biografische Kapital und die Anerkennung Blumenthals an, die ihm offenbar sowohl vonseiten der

344 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

345 Frese, Betriebspolitik, 1991, S. 43 f., 68.

346 Im Jahre 1946 wurde er zudem in die Bezirksverordneten-Versammlung als Mitglied der SPD-Fraktion gewählt und war später Vorsteher der Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung; Steglitzer Nachrichten Jg. 3, Nr. 10 vom 11.3.1950, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L.

Amtsleitung als auch innerhalb der Gesamtbelegschaft zuzukommen schien und ihn ferner zu einer der zentralen Figuren der „innenpolitischen“[347] Amtsentwicklungen machte.

Wenngleich von der Einzelperson Blumenthals nicht automatisch allgemeingültige Rückschlüsse gezogen werden sollen, so scheint die personalpolitische Maxime des Einsatzfähig-Bleibens doch gerade in ihm als ehemaliges und künftiges Mitglied der SPD, Vorsitzender des Betriebsrates und Gewerkschafter einen besonderen Ausdruck zu finden. Bereits in der unmittelbaren Phase des äußeren Umbruchs, in welcher auch er federführend an der Konstruktion einer spezifischen Kontinuität beteiligt war, verfestigte sich eine Personalpolitik und mithin ein Umgang mit kompromittierten Mitarbeitern, die in weiten Teilen die Jahre bis zum Ende der 1940er Jahre prägten. Der Personaltransfer des StMPA in das Nachkriegsamt vor dem Hintergrund der angeordneten Personalverringerung auf etwa ein Viertel der vorherigen Gesamtbelegschaft richtete sich im Wesentlichen nach Kriterien, die auf das Weiterbestehen des Amtes und das – wie dies sowohl zeitgenössisch als auch in der späteren Erinnerungskultur immer wieder ausgedrückt wurde – „Überleben in Berlin“[348] ausgerichtet waren. Dementsprechend spielte bei den von dem Präsidenten Siebel und Betriebsratsvorsitzenden Blumenthal zur Übernahme durch den Magistrat von Groß-Berlin vorgeschlagenen Mitarbeitern eine jeweilige Beteiligung des Einzelnen am Aufbau des NS-Autarkie- und -Rüstungsstaates oder eine politische Belastung zunächst nur eine nachgeordnete Rolle. Die personelle Gliederung des MPA vom Juli 1945 veranschaulicht den zu dieser Zeit handlungsleitenden Fokus auf Stabilität und den Transfer der an die jeweiligen Amtsangehörigen geknüpften langjährigen Erfahrungen, deren Netzwerke zu Stellen und Personen aus den Komplexen Wissenschaft, Staat und Industrie sowie auf die Abdeckung aller Fachgebiete zur Aufrechterhaltung der Existenzgrundlage des MPA in arbeitstechnischer Hinsicht und nicht zuletzt auf die Eigenständigkeit und Funktionalität

347 Blumenthal bezeichnete den Betriebsrat 1947 in einer Rede als „Innenministerium des Amtes“, Ansprache des Betriebsratsvorsitzenden Herrn W. Blumenthal (gekürzt), in: Mitteilungsblatt des MPA 8 (Februar 1947), S. 8–11, BAM-Archiv, Fach 15-1.

348 [Hannecke], Manfred: Professor Max Pfender, in: BAM-Info extra 2007, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband.

des Amtes durch das Beibehalten der zentralen Verwaltungsstellen und des Technischen Betriebes.

Wenngleich sich der Personalkörper des MPA nach Kriegsende zum Großteil aus denjenigen Belegschaftsmitgliedern zusammensetzte, die bereits im Staatlichen Materialprüfungsamt gearbeitet hatten, so kamen durchaus auch einige ‚neue' Mitarbeiter aus anderen Institutionen, der Wirtschaft oder Wissenschaft hinzu. Im Folgenden steht daher die Frage im Fokus, woher diese Personen kamen, die in das Nachkriegsamt aufgenommen wurden und über die nächsten Jahre und Jahrzehnte vor allem in höheren oder leitenden Positionen dort arbeiten sollten. Hier steht insbesondere die Person Max Pfenders im Vordergrund, der unmittelbar nach Kriegsende in das MPA eintrat und in erstaunlicher Geschwindigkeit, nämlich innerhalb weniger Jahre, mit gerade einmal 40 Jahren zum Präsidenten avancierte und dieses Amt über zwei Dekaden hinweg führte. Allein dessen hohe Bedeutung als eine der prägendsten Gestalten des MPA in der gesamten Nachkriegszeit rechtfertigt es, sich etwas genauer mit seiner Person auseinanderzusetzen. Zugleich lassen sich an seinem Fall exemplarisch diejenigen Kriterien ermitteln, welche die personelle Zusammensetzung des Amtes steuerten: Oberflächlich betrachtet kamen einige Akteure von außen ‚neu' dazu, ein genauerer Blick offenbart jedoch, dass diese sich schon während der Weimarer Republik oder des „Dritten Reiches" im Umfeld des StMPA oder einzelner seiner Angehöriger bewegt hatten. Zahlreiche Akteure des Amtes waren auf vielfältige Weise mit anderen Personen im Bereich der Materialforschung und -prüfung verbunden, hierzu gehörten etwa Verbindungen zu verschiedenen Behörden, technisch-wissenschaftlichen Verbänden, Gemeinschaftsarbeiten, Industriesektoren, Hochschulen und Wissenschaftsnetzwerken. Im Ergebnis zeigt sich also, dass es besonders in den ersten Nachkriegsjahren eine bestimmte Personengruppe gab, aus der diejenigen Personen rekrutiert wurden, die als ‚neue Gesichter' für eine Amtskarriere vorgesehen waren, bei denen es sich allerdings vielmehr um ‚alte Bekannte' handelte. Zweifellos waren wissenschaftliche oder technische Qualifikationen sowie ein gewisses Maß an Erfahrungswissen dabei keineswegs irrelevant, sondern diese waren vielmehr notwendige und selbstverständliche Voraussetzung dafür, für eine Anstellung im Amt überhaupt infrage zu kommen. Was auf dieser Grundlage jedoch entscheidend für eine Anwerbung und Anstellung gewesen zu sein schien, waren persönliche Bekanntschaften, vorherige

Zusammenarbeit, während der sich der potenzielle Neuankömmling bereits kollegial und fachlich bewiesen hatte und vor allem so etwas wie ‚Stallgeruch' – wer sich in diesen Netzwerken bewegt hatte, war also irgendwie schon bekannt oder stand mit Personen in Verbindung, die wiederum im Amt bekannt waren. Demnach waren Empfehlungen und Vermittlungen über Dritte oder direkt von der Leitung des MPA ein Mittel, um ins Amt zu gelangen. In diesem Sinne weist der Personalkörper des Nachkriegsamtes nicht nur große interne Kontinuitäten auf, sondern auch Kontinuitäten von mit dem Amt in Verbindung stehenden Personen aus dem Netzwerk der Materialprüfung und Ressortforschung. Dies war auch im Fall Max Pfenders so. Wer also war nun dieser Mann, der 1945 zunächst als Neuankömmling in das Amt eintrat? Welche Erfahrungen hatte er in politischer, wissenschaftlicher und überhaupt beruflicher Hinsicht gemacht und inwiefern qualifizierte ihn dies für einen – wohlgemerkt als Leiter der Hauptabteilung I „Metalle" zudem sehr hohen – Posten im MPA?

Maximilian Vinzenz, „Max", Pfender wurde am 21. August 1907 in eine katholische Bauernfamilie im württembergischen Biberach an der Riß geboren.[349] Er gehörte also der Kriegsjugendgeneration an, die alt genug war, die Verwerfungen des Ersten Weltkriegs zu registrieren, aber zu jung, um aktiv an diesem Konflikt teilzunehmen.[350] Nach Abschluss des Gymnasiums nahm er an der TH Stuttgart ein Studium des Maschineningenieurwesens auf, das er im Jahre 1931 mit dem Diplom abschloss.[351] Bereits während dieser Zeit hatte er engen Kontakt zu Erich Siebel, seit November 1931 ordentlicher Professor für Werkstoffkunde und Elastizitätslehre an der TH Stuttgart und zugleich Vorsteher der Materialprüfungsanstalt der Hochschule,[352] bei dem er zunächst als Wissenschaftliche Hilfskraft und anschließend als Assistent tätig war.[353] In dieser Position bearbeitete er Tätigkeitsfelder, die alle in den Bereich der Materialprüfung fielen, insbesondere „das Werkstoffprüfwesen, das

349 Max Pfender, Lebenslauf, 6.4.1946, BArch, PERS 101/67183.

350 Zur generationellen Lagerung Herbert, Drei politische Generationen, 2003, bes. S. 97–102; Peukert, Weimarer Republik, 1987, S. 25–31.

351 Max Pfender, Lebenslauf, 6.4.1946, BArch, PERS 101/67183.

352 StMPA, Personalnachrichten über Erich Siebel, Juni 1940; BArch, R 4901/15204, Bl. 131–132; REM, Hochschullehrerkartei, R 4901/13277, Bl. 8995.

353 Max Pfender, Lebenslauf, 6.4.1946, BArch, PERS 101/67183.

Festigkeitsverhalten der Werkstoffe und die bildsamen Formgebungsverfahren", wobei „auf Anregung und unter Leitung" von Siebel zahlreiche „Arbeiten über Gusseisenprüfung, Ermittlung der Formänderungen und Eigenspannungen von Schweissverbindungen und Untersuchungen über das Verhalten der Werkstoffe bei behinderter Verformung" anfertigte.[354] Über die letztgenannten Probleme wurde er im Jahre 1938 mit einer Dissertation zu „Untersuchungen über das Verhalten der Werkstoffe bei behinderter Verformung" in Stuttgart zum Dr.-Ing. mit Auszeichnung promoviert.[355] Schon im August 1935 hatte Pfender von seiner Assistentenstelle bei Siebel zur „Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen" in Berlin-Charlottenburg gewechselt, die von einem Professor der TH, Adolf Matthias, geleitet wurde.[356] Bereits hier schienen die Netzwerke seines Stuttgarter Mentors ihre Wirkung gezeigt zu haben: So sei Pfender nach eigenen Angaben „durch Vermittlung von Prof. Siebel" in die Studiengesellschaft gekommen, wo er faktisch bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, formal bis Februar 1940 beschäftigt sein sollte.[357] Im Jahre 1946 berichtete er rückblickend, Siebel habe ihm bereits in dieser Zeit zwei weitere Stellenvorschläge gemacht, wovon eine „ein Angebot für die Zusammenarbeit am Staatlichen Mat. Prüfamt [sic!] in Dahlem" gewesen sei.[358] Beide Angebote habe er aus politischen Gründen und Bedenken dem Nationalsozialismus gegenüber allerdings ausgeschlagen, zumal seiner „gesamten elterlichen Familie im Jahre 1934 wegen dieser grundsätzlichen Bedenken nach Bedrohung des Hofes und zeitweiser Schutzhaftverhängung für die Mutter und einen Bruder eine staatsfeindliche Haltung vorgeworfen worden" sei, weshalb er sich „in keinerlei Abhängigkeit vom damaligen Staat" habe begeben wollen. Außerdem erzählte Pfender Anfang der 1950er Jahre im Kontext einer „Zeugnisunterlage für die Wiederaufnahme" des Entnazifizierungsverfahrens für einen Kollegen, dass er sich „nach der

354 Ebd.

355 Promotionsurkunde Max Pfender, Abschrift, 5.8.1938, BArch, PERS 101/67183; Becker, Gerhard W.: Professor Dr.-Ing. Max Pfender 70 Jahre, in: Materialprüfung 19 (1977), S. 271, BAM-Archiv, Fach 37-1.

356 Briefwechsel und Gespräche Pfender-Geisendörfer, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband.

357 Ebd.

358 Max Pfender, Lebenslauf, 6.4.1946, BArch, PERS 101/67183, und im Folgenden.

Röhm-Affaire im Sommer 1934 zur Reichswehr" gemeldet habe, „um in einem Kursus Kenntnisse im Umgang mit Waffen zu erwerben und mich der Hochschul-S.A. zu entziehen."[359]

Zumindest einige dieser Angaben lassen sich an unabhängigen Quellen überprüfen, denn die Akten über die „Schutzhaftverhängung" gegen Pfenders Mutter und einen Bruder sind ebenso erhalten, wie eine Zeitungsmeldung hierzu.[360] Im Februar 1934 war der Bruder Max Pfenders, Josef, der örtlichen SA aufgefallen, als diese in einer lokalen Wirtschaft eine Werbeaktion durchführte. Josef Pfender machte hierbei deutlich, er „hebe nie die Hand hinauf, dazu werde man ihn nie bringen", denn „Hitler hätte nur Haß gepredigt", und berief sich bei seiner Ablehnung des Nationalsozialismus auf seinen Glauben.[361] Daraufhin kam es zu einem Wortgefecht mit den SA-Männern, das schließlich zu einer Beleidigungsklage und einer Untersuchung führte. Pfenders Mutter, Theresia, hatte sich in ähnlicher Weise geäußert, als es um die Anwerbung ihrer Söhne ging, indem sie „den Sturmbannführer Preising, den Ortsgruppenleiter Müller und den Oberbannführer Kölle, sowie die S.A. im allgemeinen in der gröblichsten Weise beleidigt habe."[362] Der örtliche Sturmbannführer sei „der grösste Lump der herumlaufe, die anderen seien nicht viel besser." Hitler sei – so die Mutter ausweislich der vorliegenden Berichte – noch „recht", aber „seine Unterhändler wären nichts." Weitere Werbemaßnahmen beim Zuhause der Familie führten zu ähnlichen Ergebnissen, nämlich Ablehnung und Beleidigungen seitens der Umworbenen und deren Mutter, Frustration und Ärgernis auf Seiten der SA-Männer. Auch die anwesenden Töchter, also Max Pfenders Schwestern, seien „nach ihrem ganzen Verhalten mit der Kritik der Mutter gegen die S.A. einverstanden" gewesen. Die SA-Männer berichteten: „Wir versuchten bei der Familie Pfänder [sic!] aufklärend zu wirken, was aber bei der ganzen Einstellung derselben nicht viel nützte." Infolge galt die Familie als „Gegner des Nationalsozialismus", wobei

359 Max Pfender, Betr. Herrn Dr.-Ing. Max Vater, Neuss/Rhein, Grefratherweg 53, BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner 2: L-Z Dezember 1953.

360 Verhaftung wegen Beschimpfung unserer alten Kämpfer, in: Biberacher Zeitung vom 22.3.1934, Stadtarchiv Biberach.

361 Oberamt Biberach, Schutzhaft-Anordnung über Theresia Pfender geb. Lerner, 21.3.1934, LABW, StAS Wü 65/5 T 4 Nr. 376.

362 Alle Zitate im Folgenden aus: Bürgermeisteramt der Stadt Biberach a.d. Riß, Betr. Beleidigung der S.A. Führer, 20.3.1934, LABW, StAS Wü 65/5 T 4 Nr. 376.

insbesondere die Mutter ihnen als „Wortführerin" erschien, der gegenüber sie sich „so gut als möglich zu rechtfertigen" versucht hätten, „aber nie richtig zu Wort" gekommen seien. Dieses resolute Auftreten blieb nicht folgenlos, denn wegen dieses Vorfalls musste auch Theresia Pfender eine Aussage machen, in der sie auf ihre Stellung als Witwe und Mutter von neun Kindern „im Alter von 9-26 Jahren" hinwies. Auch ihr abwesender Sohn Max kam dabei zur Sprache: „Mein Sohn Max ist Dip. Ing in Stuttgart an der technischen Hochschule" und „ist bei der S.A. in Stuttgart und mein Sohn Hans bei der S.S. in Bruchsal." Die daheimgebliebenen Söhne seien aber in keiner NS-Organisation tätig, da sie in der Landwirtschaft gebraucht würden und „keine Zeit haben und zu müde sind, um nach dem Feierabend noch zu exerzieren und Marschübungen machen zu können." Weitere Hinweise darauf, dass Max Pfender bei der SA gewesen sein könnte, lassen sich nach dem aktuellen Stand der Recherchen nicht finden. Es bleibt daher unklar, ob die Mutter hierbei vielleicht etwas durcheinanderbrachte oder auf eine Notlüge zurückgriff, von der sie hoffte, sie werde nicht geprüft. Gleichzeitig sparte sie auch in ihrer offiziellen Aussage nicht mit Kritik an Hitlers „Sturmabteilung", denn „die wo zuerst bei der S.A. und der N.S.D.A.P. gewesen seien, [seien] keine rechtschaffenen Menschen [...]. Es seien lauter solche, wo verschuldet gewesen seien und geglaubt haben, mit dem Umschwung verlieren sie auch ihre Schulden." Weiter sagte sie aus, der lokale Sturmbannführer „sauft nur in den Wirtschaften rum", während einer seiner Kameraden „schon in der Schule gehurt [habe] und nachher erst recht." Hitler kenne sie nicht persönlich und könne daher wenig über ihn sagen, allerdings sei „es traurig [...], daß wir Deutsche einen Ausländer zum Führer brauchen." Angesichts derartiger Aussagen schätzte die Behörde Theresia und Josef Pfender als „Gegner der heutigen Regierung" ein, die „[ü]ber verschiedene angeschnittene Fragen nicht zu belehren" seien und die eine Regierung des Zentrums präferiert hätten, wobei es sich insbesondere bei der Mutter um „eine fanatische Anhängerin des Zentrums" handele. Das Ergebnis all dieser Ermittlungen bestand in einer siebentägigen „Schutzhaft" für Theresia Pfender im März 1934[363] – erfolgreich im Sinne der NS-Machthaber war diese Sanktion zunächst allerdings nicht gewesen. Im November 1939 wurde Josef Pfender von

363 Oberamt Biberach, Beschluß vom 24. März 1934, LABW, StAS Wü 65/5 T 4 Nr. 376.

einer Zellenleiterin der NS-Frauenschaft bei der Gemeindepolizeibehörde angezeigt, da er sich „staatsfeindliche Äusserungen habe zuschulden kommen lassen“ und den Krieg mit der Bemerkung ablehnte: „‚Die Soldaten sind alle schön dumm, dass sie draussenstehen, die dürften nur alle miteinander heimgehen, dann wäre der Krieg bald zu Ende.‘“[364] Ein Zellenwart forderte deshalb: „Für alle Fälle gehört Pfender einmal für seine ganz unberechtigten Kritiken ein Denkzettel, damit er wenigstens in Zukunft weiss, was er zu tun und zu lassen hat, zum Anpöbeln sind wir Zellenwarte nicht da.“ Im Verhör relativierte Josef seine Aussage über den Krieg und wies außerdem darauf hin, dass zwar sein „Vater in der Zentrumspartei“ gewesen sei und deshalb auch die Söhne „Anhänger dieser Richtung“ gewesen seien, eigentlich verstehe er jedoch nicht viel von Politik und sei auch nicht staatsfeindlich eingestellt. Die Behörden betrachteten ihn als einen „Querkopf“, der aber „allmählich selbst ein[sieht], dass es für ihn besser ist, im nationalsoz. Staat mitzumachen und nicht als junger Bauer an allen Dingen herumzunörgeln.“ Ob dem so war, lässt sich nicht mehr eruieren, zumal Pfenders Bruder „in geradezu herausfordernder Weise ausgeführt“ habe, „dass es ihm wurst sei, wenn man ihn auch 1 Woche wie seine Mutter, oder gar 4 Wochen, einsperre, deswegen mache man ihn und seine Familie nicht anders.“ Die „Schutzhaftmaßnahme“ 1934 hatte also offenbar keinen Eindruck gemacht oder gar eine Verhaltensänderung herbeigeführt. Innerfamiliär galt die „Schutzhaftstrafe“ Theresias als „eine Ungerechtigkeit, die der Mutter willfahren sei.“ Der zuständige Beamte berichtete, er habe sich veranlasst gesehen, „ihm mit schärfen [sic!] Worten das Verwerfliche seiner Haltung vorzuhalten und ihm zu sagen, dass auch sein Kopf entgegen seiner ausdrücklichen Meinung zurechtgerichtet werden könne.“ Man müsse Pfender so lange in „Schutzhaft“ nehmen, „[b]is er von seiner verwerflichen Ansicht [...] abkommt.“ Im Dezember 1939 wurde eine zweiwöchige „Schutzhaft“ gegen Josef Pfender verfügt.[365]

Man kann davon ausgehen, dass all diese Geschehnisse auch vor Max Pfender nicht verborgen blieben, denn in zahlreichen Nachkriegsdokumenten berichtete er von diesen Sanktionen gegen seine Familie, und zwar unabhängig davon, ob es darum ging, sich selbst zu entlasten oder

364 Der Bürgermeister der Stadt Biberach an der Riß, Gemeindepolizeibehörde T.B. Nr. 1784, Betr. Anzeige gegen den led. Bauern Josef Pfender wegen politischer Umtriebe, 2.12.1939, LABW, StAS Wü 65/5 T 4 Nr. 376, und im Folgenden.

nicht.[366] Angesichts der familiären Einstellung erscheint es naheliegend, dass auch der spätere Präsident des MPA beziehungsweise der BAM zumindest in politischer Hinsicht so weit möglich auf Distanz zum NS-Regime geblieben war, wobei die Gründe hierfür aller Wahrscheinlichkeit nach in der familiären Verwurzelung im katholischen Sozialmilieu und der Nähe zur Zentrumspartei zu suchen sind. Auch nach 1945 blieb Pfender seinem Herkunftsmilieu verbunden und engagierte sich für katholische Anliegen und im entsprechenden Flügel der CDU.[367] Allerdings ist zu berücksichtigen, dass politische Konflikte der eigenen Familie mit

365 Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Stuttgart, Außendienststelle Ulm an den Herrn Landrat Biberach/Riss, Betr. Josef Pfender, 11.12.1939, LABW, StAS Wü 65/5 T 4 Nr. 376.

366 So etwa im Rahmen der Feier seines 65. Geburtstages in der BAM, als Pfender über sein Leben erzählte: „Nicht ganz so schön war die Tatsache, daß meine Geschwister und ich, die nicht auf dem Hofe geblieben waren, des Landes verwiesen wurden, weil wir eine staatsfeindliche Familie seien. Meine Mutter wurde in Schutzhaft genommen und danach mein Bruder ebenfalls vom Bauernhof weg eingesperrt“, Der Präsident der BAM, Prof. Dr.-Ing. M. *Pfender*, dankt, in: BAM-Information 9 (1972), S. 175–178, hier: S. 177, BAM-Archiv, Fach 3-1.

367 So nahm Pfender nach Kriegsende offenbar an mehreren CDU-Versammlungen teil, war Mitglied der CDU-Ortsgruppe Schlachtensee (Marinesiedlung) zu Zeiten des Vorsitzenden des Landesverbandes der CDU Berlin, Bürgermeister Walther Schreiber, und pflegte auch die folgenden Jahre entsprechende Kontakte, etwa mit dem Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses des Landesverbandes der CDU Berlin Wilmersdorf, Dr. von Hansemann; Mitgliederliste der Ortsgruppe der CDU (nach Ortsteilen), BAM-Archiv, Fach 26-2, Pfender Ordner Gr., Ordner 7, Abschnitt: Pers. Schriftwechsel; Max Pfender, Notizbuch, versch. Einträge, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77; Dr. von Hansemann, Vorsitzender des Kulturpol. Ausschusses des Landesverbandes der CDU Berlin Wilmersdorf an Max Pfender, 16.3.1954, BAM-Archiv, Erstes Kellergeschoss, Ordner A-K Januar 1954 Dezember 1955. Pfender nahm zudem an den Deutschen Katholikentagen teil: 1949 in Bochum, 1952 in Berlin, für die er gebeten wurde, die Vorbereitungen für die Arbeitsgemeinschaft „Bringt die Technik uns voran?“ zu übernehmen, und 1958 in Berlin, auf denen er die (Abschluss)Rede hielt. Dafür war er im Vorhinein Mitglied der Programm- und Redner-Kommission zur Vorbereitung des 78. Deutschen Katholikentages geworden; Kluwe, Geschäftsführer, Katholisches Laienwerk im Bistum Berlin, an Max Pfender, 21.3.1952, BAM-Archiv, Fach 26-1; Dovifat, Katholiken-Ausschuss des Bistums Berlin, Vorbereitendes Komitee des 78. Deutschen Katholikentages 1958, 16.11.1957, ebd.; Max Pfender, Rede auf dem 78. Deutschen Katholikentag in Berlin am 17. August 1958, ebd.

dem Regime und die eigene ablehnende oder distanzierte Haltung nicht bedeuten mussten, dass auch dessen vermeintliche ‚Erfolge' abgelehnt wurden, denn diese ließen sich auch im Modus eines hergebrachten Nationalismus begeistert oder wenigstens positiv verbuchen. Die Beteiligung an Deutschlands Rüstungs-, Autarkie- und Wehranstrengungen konnte also auch als nationale Aufgabe und selbstverständliche Pflicht für das ‚Vaterland' oder schlicht als die Ausübung des eigenen Berufs gedeutet werden, die mithin nicht weiter hinterfragt wurde. Einen Monat nach Kriegsbeginn wurde Pfender als Kanonier verpflichtet, aber schon im Januar 1940 auf Bestreben der „Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen" Uk-gestellt.[368] Diese Position konnte er auch erhalten, als er im April 1940 in das Metallurgisch-Magnetische Laboratorium des von Prof. Dr. Carl Ramsauer geleiteten Forschungsinstituts der AEG wechselte, wo er bis 1945 unter Dr. Otto Dahl[369]

368 Studiengesellschaft für Höchstspannungsanlagen im Reichsverband der Elektrizitätsversorgung (R.E.V.) an das Arbeitsamt Berlin, Gesuch um Unabkömmlichstellung des Herrn Dr.-Ing. Max Pfender, 22.11.1939, BAM-Archiv, Fach 28-2, Pfender-Ordner Gr.

369 Otto Dahl (1899–1962), 1920 Studium der Chemie und Physikalischen Chemie, 1925 Dr. phil. bei Gustav Tamman, 1925 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungslaboratorium der Siemenswerke in Berlin, 1928 Leiter der magnetisch-metallurgischen Abteilung des Forschungsinstituts, 1939 Direktor der Metallbetriebe der AEG, 1937 Mitbegründer der „Gesellschaft zur Förderung zerstörungsfreier Prüfverfahren", spätestens 1942 Stellv. Leiter des Sonderrings Werkstoffe im Hauptring Metalle des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition (RMfBuM), spätestens 1943 Mitglied des Kuratoriums des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung beim StMPA als Vertreter der AEG, 1945 Direktor des Kabelwerks Oberspree, 1946 Honorarprofessor für Metallkunde an der TU Berlin, 1947 Mitbegründer des Fachnormenausschusses Materialprüfung (FNM) im Deutschen Normenausschuss (DNA), 1947 Ordinarius für Metallkunde an der TU Berlin, 1953 bis 1955 Rektor der TU Berlin, 1957 bis 1962 Mitglied des Kuratoriums der BAM; Bericht über die Gründerversammlung der „Gesellschaft zur Förderung zerstörungsfreier Prüfverfahren" am 27. Januar 1937 im StMPA, BArch, R 4601/719; Niederschrift über die Sitzung des Kuratoriums des Vierjahresplan-Instituts für Werkstofforschung am 21.5.1943, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung; Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Selbstverantwortungsorgane der Rüstungswirtschaft, Verzeichnis der Ausschüsse und Ringe, Nur für den Dienstgebrauch!, 16.6.1942, BArch, R 3/14349; Ludwig, Nikolaus: Der Fachnormenausschuß Materialprüfung. Gründung – Organisation – Aufbau, in: Materialprüfung 1 (1959), S. 25–26;

arbeitete.[370] Das Forschungsinstitut hatte spätestens seit dem Jahre 1935 angefangen, mit dem Heereswaffenamt zu kooperieren, und war seither massiv in die Rüstungsforschung eingebunden, was sich laut dem Historiker Burghard Weiss mitunter daran ablesen lässt, „dass sämtliche Angestellte und Arbeiter Ende 1935 schriftlich auf Geheimhaltung aller ‚im Interesse der Landesverteidigung' liegenden Projekte verpflichtet wurden."[371]

Jahrzehnte nach dem Ende des Krieges sollte Pfender in seiner Dankesrede anlässlich der Feier seines 65. Geburtstages sagen, er habe besonders in den Kollegen der AEG „verläßliche Freunde" gefunden.[372] Auch nach Kriegsende blieben die Kontakte zwischen Pfender und Dahl mindestens auf institutioneller Ebene bestehen, war dieser doch von 1957 bis zu seinem Tod im Jahre 1962 Mitglied des Kuratoriums der BAM.[373] Otto Dahl, der die Magnetisch-metallurgische Abteilung des AEG-Forschungsinstituts seit dessen Neugründung im Jahre 1928 leitete, wies spätestens seit dem Jahr 1930 Verbindungen zum StMPA auf, die auch während des „Dritten Reiches" keineswegs abbrachen, sondern sich vielmehr noch intensivierten,[374] und zwar zusammen mit Max Pfender: So war Otto Dahl während des Krieges als Vertreter der AEG im Kuratorium des Vierjahresplaninstituts für

---

Pfender, Max/Pagel, Werner: Nachruf für Otto Dahl, in: Materialprüfung 4 (1962), S. 437; Prof. Dr. phil. Otto Dahl, in: Catalogus Professorum der TU Berlin, URL: https://cp.tu-berlin.de/person/658 [zuletzt eingesehen am 1.9.2024]; Mitglieder des Kuratoriums der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) von der 1. bis zur 25. Sitzung, BAM-Archiv, Fach 35-2.

370 Vgl. zum Forschungsinstitut der AEG insbesondere den Beitrag von Weiss, Rüstungsforschung, 2002. In der von Otto Dahl und Franz Pawlek geleiteten Abteilung „M" wurde „über Ersatzstoffe, z.B. standfestes Zink, hochpermanente Eisenlegierungen ohne Nickel und andere Legierungen für Sparmetalle" geforscht, ebd., S. 136.

371 Ebd., S. 123.

372 Der Präsident der BAM, Prof. Dr.-Ing. M. *Pfender*, dankt, in: BAM-Information 9 (1972), S. 175–178, hier: S. 177, BAM-Archiv, Fach 3-1.

373 Mitglieder des Kuratoriums der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) von der 1. bis zur 25. Sitzung, BAM-Archiv, Fach 35-2.

374 Vgl. zu diesen Verbindungen ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

Werkstofforschung,[375] das dem Materialprüfungsamt angegliedert war und dessen Leiter wiederum der Präsident des Amtes und Pfenders früherer Vorgesetzter und Doktorvater, Erich Siebel, war.[376] In seiner Stellung beim AEG-Forschungsinstitut war Pfender in zahlreiche rüstungsrelevante Arbeitsgruppen involviert sowie an rüstungsrelevanten Gemeinschaftsarbeiten, Tagungen und Forschungsaufträgen beteiligt, an denen mitunter die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrtforschung, das Reichsluftfahrtministerium, das Oberkommando der Luftwaffe, Werner Köster vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung, Ludwig Prandtl vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung, Rheinmetall, Krupp, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt und nicht zuletzt auch Siebel partizipierten.[377]

Als Pfender unmittelbar nach Kriegsende in das MPA eintrat und dort die Stellung des Leiters der Hauptabteilung I „Metalle" übernahm, tat er dies an sich zwar als Amtsneuling, war jedoch für einige der Mitarbeiter und insbesondere für den Präsidenten, der ihn einstellte, letztlich ein alter Bekannter. Nur knapp zwei Jahre später schon setzte sich Erich Siebel dafür ein, dass dieser sein Nachfolger als Präsident werden solle, da er „für die Übernahme der Leitung des Materialprüfungsamtes am geeignetsten sein dürfte."[378] Trotz seines relativ jungen Alters verfüge er nämlich „über sehr reiche Erfahrungen, die er sich in einer Reihe von Stellungen in wissenschaftlichen Instituten, an Hochschulen und in der Industrie erworben hat." Obwohl Pfender sich erst seit zwei Jahren im

375 Niederschrift über die Sitzung des Kuratoriums des Vierjahresplan-Instituts für Werkstofforschung am 21. Mai 1943, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung.

376 Erich Siebel, Rundverfügung, 8.12.1941, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung.

377 Auswahlartig, alle Dokumente aus BAM-Archiv, Fach 27-2, Pfender Ordner Gr.: Max Pfender, FI/M-Bericht Nr. 14/45 Versuche zur Bestimmung des Dauerstandverhaltens von drei vergüteten Leichtmetalllegierungen für Lagerlaufräder, 24.3.1945; Max Pfender, FI/M-Bericht Nr. 13/45 Bemessung fertiggepresster Kegelräder aus Leichtmetall für Winkeltriebe in Drehgestängen, 31.1.1945; Arbeitsgruppe ‚Schmiertechnik' im VDI-Fachausschuss für Maschinenelemente, Verzeichnis der Anschriften, 27.10.1944; Max Pfender, FI/M-Bericht Nr. 790 betr. Bestimmung der Dauerstandfestigkeit einer 70% Zn und 30% Aluminium-Presslegierung nach W. Köster, 19.5.1942 (Versuchsdurchführung und Ergebnisse); H. Deutler, Friedrich Krupp A.G. Versuchsanstalt, an Max Pfender betr. Siebel-Pfender Setzdehnungsmesser, 25.1.1943.

Amt befand, war es ihm offenbar gelungen, „das Vertrauen der Belegschaft und des Betriebsrates“ zu erlangen. Dieser Hinweis zeigt, dass eine Bestätigung ‚von unten‘ wichtig war, es sich also nicht um eine einfache betriebliche Erbfolgeregelung handelte, die Siebel ‚von oben‘ einfach durchsetzte, zumal die Belegschaft zu diesem Zeitpunkt noch vergleichsweise überschaubar war, sodass Vertrauen als wichtige Legitimationsressource möglichweise noch eine bedeutendere Rolle spielte. Kurzum, Pfenders Eintritt und weitere Karriere im Amt wären wohl kaum möglich gewesen, wenn er nicht tatsächlich für den Bereich der Ressortforschung bedeutende Meriten vorzuweisen gehabt hätte. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass die enge Beziehung Siebels zu seinem Langzeit-Protegé sowie die zuvor bestehenden Kontakte im Bereich der Materialprüfung mitunter auch zum StMPA und seinen Mitarbeitern sicher von besonderer Relevanz für dessen kometenhaften Aufstieg waren.

2.3 Der Rüstungsbehörde Konversion – Die Integration der CTR

Am Ende der ‚Scharnierphase‘ von Mai bis August 1945, während der sich das MPA – wenngleich auf Basis einer vom Präsidenten und vom Betriebsrat intendierten Restauration des Vorkriegszustandes – sowohl institutionell als auch personell in einem gewissen Maße hatte neu konstituieren müssen, präsentierte es sich nicht mehr nur mit seinen ursprünglichen drei Hauptabteilungen (HA) „Metalle“, „Baustoffe“ und „Organische Stoffe“, sondern umfasste nun noch zwei weitere. Letztlich sollte die Erweiterung des MPA durch die Hauptabteilungen IV und V zu einer Konsolidierung des Amtes führen, da hiermit die Übernahme eines neuen Stabes an Mitarbeitern einherging, die zu einer Erweiterung der Arbeitsgebiete führte.[379] Diese Erweiterung

378 Erich Siebel an den Magistrat von Groß-Berlin, Abt. für Volksbildung, z. Hd. v. Herrn Stadtrat Nestripke, 6.6.1947, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Prof. Dr. Erich Siebel, und im Folgenden.

379 Ähnlich verhielt es sich im Falle der im Mai 1945 erfolgten Integration der ehemaligen Reichs-Röntgenstelle (RRSt), die an das MPA angegliedert war, als neu aufgebaute V. Hauptabteilung/Fachgruppe „Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung“. Besetzt wurde die Abteilung zunächst mit nur drei Mitarbeitern, die allesamt bereits vor 1945 in der RRSt gearbeite hatten:

ermöglichte dem MPA eine größere Einsatzfähigkeit und Flexibilität, sozusagen ein im Vergleich zur Aufstellung des Amtes vor 1945 breiter gefächertes *Angebot* für die Bearbeitung der von verschiedenen Bedarfsträgern aus der Industrie, Wissenschaft oder vonseiten politischer Akteure formulierten arbeits- und auftragstechnischen *Nachfragen* nach Ressortforschungsleistungen.

Eine dieser neuen Hauptabteilungen war die IV. HA „Technische Gase und explosive Stoffe", die sich aus ehemaligen Mitarbeitern einer der benachbarten Schwesterinstitutionen des StMPA zusammensetzte und durch die deren Fortbestand der Arbeitsgebiete und des wissenschaftlich-technischen Knowhows sichergestellt wurde. Diese Institution war die in Berlin-Plötzensee angesiedelte Chemisch-Technische Reichsanstalt (CTR). Zunächst gilt es deshalb, knapp die Geschichte der CTR zu schildern, bevor im Folgenden die Frage im Fokus steht, wie und warum das Weiterbestehen der nach dem Krieg auf alliierte Anordnung aufgelösten Reichsanstalt durch die Eingliederung in eine andere Institution überhaupt möglich wurde. Dabei zeigt sich, dass die Kontinuität der zu diesem Zeitpunkt als reine Rüstungsbehörde geltenden Reichsanstalt durch eine Konversion oder ‚Zivilmachung' ermöglicht wurde, die auf zweifacher Ebene wirkte: Die *erste* war nach innen gerichtet und betraf die arbeitstechnische Umstellung der einzelnen Abteilungen hin zum zivilen Sektor, wobei der Dual-Use-Charakter des Fachgebietes und mithin der Mitarbeiter der CTR der Schlüssel dazu war, diesen Wechsel ohne besondere Mühen zu vollziehen (und im Übrigen gleichzeitig die Möglichkeit für eine künftige potenzielle militärische Betätigung bewahrte). Die *zweite* Ebene der Konversion war nach außen gerichtet und bedeutete einen von dem führenden Akteur in diesem Prozess, dem ehemaligen CTR-Präsidenten, Walter Rimarski,

der Physiker und ehemalige Stellvertretende Leiter der RRSt Dr. Otto Vaupel, der Physiker Dr.-Ing. Rudolf Lindemann und der Röntgentechniker Otto Erbe. Damit war auch das Weiterbestehen der ehemaligen Reichsstelle, ihrer Mitarbeiter sowie ihrer Fachgebiete durch die Eingliederung in das Amt gesichert, was für dieses wiederum ebenfalls eine Konsolidierung durch Erweiterung bedeutete; Otto Vaupel, Fachgruppe 5.1 Zerstörungsfreie Prüfverfahren, Tätigkeitsbericht 1945/56, Einleitung, BAM-Archiv; Erich Siebel, Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt), BAM-Archiv, Zweites Kellergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45, Abschnitt: Personalien.

vorgenommenen „semantischen Umbau“,[380] durch den er die Arbeiten, Dienstleistungen und folglich auch die Bedeutung der Reichsanstalt in einen zivilen Kontext rückte. Er bemühte hierfür Ausdrücke, die in der Umbruchsphase nach dem Zweiten Weltkrieg zu gesellschaftlichen „Leitvokabeln“[381] und politischen Zielen avancierten: Sicherheit und Wirtschaftswachstum beziehungsweise Wiederaufbau. Gleichzeitig wiederholte sich hier gewissermaßen die Geschichte der CTR, zumal mit einigen derselben Akteure, denn auch nach Ende des Ersten Weltkrieges hatte eine solche Umstellung auf den Friedenszustand aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrages erfolgen müssen.[382] Diese wird daher im Folgenden als erste Konversion bezeichnet.

Die Ursprünge der CTR liegen in dem 1897 gegründeten Militärversuchsamt (MVA), das *de facto* dem Kriegsministerium unterstand und „den höheren militärischen Behörden in allen chemischen und physikalischen Fragen auf dem Gebiet der Schieß- und Sprengtechnik beratend und fördernd zur Seite stehen“[383] sollte. Wenngleich das MVA also bereits vor 1914 als vornehmlich militärisch wirkende Ressortforschungseinrichtung eine wichtige Funktion erfüllt hatte, wuchs seine Bedeutung als eine zentrale Ressource für den Staat, das Militär sowie die Rüstungsindustrie und -forschung während des Ersten Weltkrieges massiv an.[384] Gleichermaßen offenbarte sich während der Kriegsjahre die Relevanz einzelner Mitarbeiter nicht nur in Bezug auf die Bereitstellung ihres spezifischen Fachwissens, sondern auch bei zahlreichen Mitarbeiten in „interinstitutionellen Lenkungsgremien“[385] zur Umsetzung der Kriegsziele. Dabei muss einmal mehr betont sein, dass dem Personal von Ressortforschungseinrichtungen aufgrund ihrer behördlichen Anbindung in einer Institution an der Schnittstelle von Militär, Industrie und Wissenschaft *eo ipso* eine besondere Bedeutung

380 Dieser Begriff nach Bollenbeck, Interesse an der Wissenschaftshistoriographie, 2001.

381 Vgl. hierzu Böke, Politische Leitvokabeln, 1996.

382 Vgl. hierzu ausführlich Große-Wilde, Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich“, 2026.

383 Jahresbericht 1 der Chemisch-Technischen Reichsanstalt 1920/21, S. 5.

384 Generell zur Verzahnung von Wissenschaft, Forschung, Rüstung und Militär im Zeichen des Krieges Hachtmann, „Rauher Krieg“ und „friedliche Forschung“?, 2009; in weiterer Perspektive auch Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft in Deutschland, 2004.

385 Maier, Forschung als Waffe, 2007, S. 11.

als Mittler zwischen diesen gesellschaftlichen Teilsystemen zukam, für deren changierenden Bedarfe sie – unabhängig von der jeweiligen Gewichtung – durch ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit zur Verfügung standen. Ein derartiger Wechsel der Bedarfe erfolgte mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Umstellung von der Kriegs- zur Friedensgesellschaft sowie dem veränderten politischen System durch den Übergang vom Kaiserreich in die Weimarer Republik.[386] Für das MVA bedeutete das Kriegsende zunächst jedoch, dass es sich vor eine Situation gestellt sah, welche die Existenz des gesamten Amtes bedrohte. Denn der am 28. Juni 1919 geschlossene Versailler Vertrag verbot militärische Forschung jedweder Art,[387] was das MVA als eine primär für das Militär arbeitende technisch-wissenschaftliche Einrichtung unweigerlich betreffen musste. Am 1. April 1920 wurde das MVA in derselben Form beim Reichsministerium des Innern wiedereröffnet und firmierte nun unter dem Namen „Chemisch-Technische Reichsanstalt".[388] Zwar mussten sich die Arbeiten während der Weimarer Republik offiziell auf rein zivile Aufgabenfelder verlagern, dies bedeutete jedoch keineswegs, dass nicht auch wesentliche Arbeiten des MVA weitergeführt wurden, etwa auf dem Gebiet der militärischen Explosivstoffe oder der Ersatzstoffforschung.[389] Mit der NS-Machtübernahme sollte sich dies massiv ändern, denn nun wurde die CTR wieder unmittelbar in die militärische Rüstung eingebunden und bearbeitete seit Herbst 1933 beinahe ausschließlich militärische Aufträge, darunter unter strengster Geheimhaltung auch auf dem Gebiet der Kampfstoffforschung.[390] In einem im März 1944 versandten Schreiben des Generals der Artillerie und Chefs des Heereswaffenamtes, Emil Leeb, an den Reichsminister der Finanzen fasste dieser die militärische Bedeutung der CTR zusammen:

386 Allgemein zu dieser Übergangsperiode Szöllösi-Janze, Science and Social Space, 2005.

387 Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande. Amtlicher Text der Entente und amtliche deutsche Übertragung. Auf Grund der endgültigen, neu durchgesehenen amtlichen Revision, 2. Aufl. Berlin 1924.

388 Vgl. hierzu ausführlich Große-Wilde, Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich", 2026.

389 Vgl. hierzu ausführlich ebd., Kapitel 3.

390 Vgl. hierzu ausführlich ebd., Kapitel 4.

> „Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die Reichsanstalt als Nachfolgerin des Militär-Versuchsamtes das einzige Institut war, das in seiner Gesamtheit dem Oberkommando des Heeres für Entwicklung, Forschung und Abnahme zur Verfügung stand. Mit wesentlicher Unterstützung des Oberkommandos des Heeres ist dank der großzügigen Förderung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung rechtzeitig vor dem Kriege ein Instrument geschaffen worden, das den höchsten Anforderungen während des Krieges in jeder Beziehung gerecht geworden ist. Nur durch diesen rechtzeitigen Ausbau, vor allen Dingen auch in personeller Beziehung, war es möglich, die Entwicklung von Waffen und Gerät ebenso wie die erhöhte Abnahmetätigkeit reibungslos abzuwickeln."[391]

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges waren nicht nur beinahe alle Gebäude auf dem Gelände der CTR zerstört und die Reste zu großen Teilen demontiert worden, die Reichsanstalt wurde weiterhin aufgrund ihrer umfassenden Arbeiten für die Oberkommandos des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine im Sinne der autarkie-, rüstungs- und kriegspolitischen Ziele des NS-Regimes auf Beschluss der sowjetischen Besatzungsmacht aufgelöst, der durch die Verordnung Nr. 1 der Alliierten Kommandantur vom 11. Juli 1945 bestätigt wurde. Damit war, im Gegensatz zu ihren Schwesterinstituten, der PTR und dem MPA, bei denen ein derartiger Beschluss ausgeblieben war, „an ein selbständiges Weiterbestehen der Reichsanstalt nicht mehr zu denken."[392] Im Zuge einer im Juni 1945 durch den Ministerialrat Otto von Rottenburg[393] in

391 OKH – Wa Chef Ing 1 – an den Reichsminister der Finanzen vom 14.3.1944, BArch, R 2/12536, fol. 287, zit. nach Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, S. 317, Anm. 730.

392 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 331.

393 Otto von Rottenburg (1885–1945), 1912 Diss. iur. und Gerichtsassessor, 1913 Syndikus bei den Euler-Werken, 1914 Teilnahme am Weltkrieg bei der Flieger Ersatz-Abteilung 3 und der Feld Flieger-Abteilung 29 und 11, 1916 bis 1920 französische Gefangenschaft, 1920 Hilfsarbeiter im Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen, dann Wechsel in das Kultusministerium, 1921 Ministerialrat in der Hochschulabteilung, 1923 Mitglied der Ministerialkommission für das StMPA, 1934 Mitglied des Nationalsozialistischen Fliegerkorps und des NS-Rechtswahrerbunds, 1934 Ministerialrat im REM, dort im Amt Wissenschaft für die Bau-, Grundstücks- und Haushaltsangelegenheiten der Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen

der Abwicklungsstelle des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vorgenommenen Bestandsaufnahme der in Berlin ansässigen Institute mit Blick auf deren möglichen Einsatz für den Wiederaufbau[394] rückte auch die Frage nach der Zukunft der ehemaligen Reichsanstalt in den Fokus.

Wohl vor diesem Hintergrund verfasste der ehemalige Präsident Walter Rimarski ein Schreiben an Ministerialrat von Rottenburg, um das er aufgrund der vonseiten der Abteilung für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung beim Magistrat der Stadt Berlin durchgeführten Inventuraufnahme auch der CTR gebeten worden war. Hier führte er seine „Vorschläge für den etwaigen Einsatz der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in der Zukunft“[395] aus. Gleich zu Beginn des Schreibens fällt die Formulierung auf, mit der Rimarski auch semantisch an Leitvokabeln und allgegenwärtig formulierte Prioritäten anschloss. So könne „ein Teil der Arbeitsgebiete auch für die Zukunft zur Erhöhung der Arbeitsleistung und in sozialer und sicherheitstechnischer Hinsicht mit Erfolg zum Einsatz gebracht werden“. Nachdem er betont hatte, dass die „Spezialsachverständigen und die technischen Kräfte für den Einsatz“ vorhanden seien und „ihre Arbeit aufnehmen [könnten], sobald die Laboratorien und Büroräume entsprechend instandgesetzt und die notwendigsten Apparate, Chemikalien usw. beschafft worden“ seien, wies er darauf hin, dass „bis dahin“ eine beratende Tätigkeit der Anstalt aufgenommen werden könne.[396] Anschließend fasste er eine „grössere Anzahl“ der Arbeitsgebiete der ehemaligen sechs Hauptabteilungen der CTR zusammen, die sämtlich

---

Anstalten zuständig, 1943 Mitglied des Kuratoriums des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung beim StMPA; Personalakten des REM, BArch, R 4901/25329–25332; Einladung zur Kuratoriumssitzung des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung am 21. Mai 1943, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung.

394 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 331; Walter Rimarski / Max Pfender, Stellungnahme des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA) zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit ihrer Vereinigung, 30.1.1950, BArch, B 102/36888.

395 Walter Rimarski, Vorschläge für den etwaigen Einsatz der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in der Zukunft, 7.6.1945, BArch, R 4901/15748, und im Folgenden S. 1.

396 Alle Zitate im Folgenden ebd.

nach zivilen Anwendungsbereichen ausgewählt worden waren und die angesichts der intendierten ‚Rettung' der Reichsanstalt durch eine Umstellung von einer ehemaligen Rüstungs- zu einer zivilen Sicherheitsbehörde besonders ins Gewicht fallen mussten. Für die Abteilung Metallkunde führte er Arbeiten zur Unfallverhütung bei der Metallgewinnung und Metallverarbeitung, zur Analyse und dem Schutz der verwendeten oder gewonnenen Metalle sowie Untersuchungen für den sicheren Transport von technischen Gasen an. Die Arbeiten der Abteilung für Werkstoffprüfung sollten solche umfassen, die im Grunde denen des MPA ähnlich waren und sich zum Teil lediglich in den zu prüfenden Werkstoffen oder Produkten unterschieden. Es ging hierbei um Festigkeitsfragen bei Metallen, um die Prüfung beispielsweise von Dampfkesseln, um Sicherheitseinrichtungen für die Lagerung und den Transport von feuergefährlichen Flüssigkeiten oder um den umfänglichen Bereich der Normung von Werkstoffen, Prüfeinrichtungen, Messgeräten oder Prüfverfahren. In der Abteilung für Physik sollten künftig vornehmlich Prüfverfahren von Zündschnüren oder Sicherheitseinrichtungen beim Transport feuergefährlicher Flüssigkeiten durchgeführt werden, die Rimarski dem Bereich der „allgemeinen Sicherheit, des Arbeiterschutzes und der Unfallverhütung" zuordnete. Hinzu kam die Abteilung für allgemeine Chemie, deren künftigen Arbeitseinsatz er bei der Prüfung von Ölen und Fetten, Schmiermitteln, Seifen, Treibstoffen, Kunst- und Pressstoffen, bei der Analyse und technischen Prüfung von Klebemitteln oder Gummistoffen oder bei Untersuchungen zur Selbstentzündlichkeit von festen Stoffen verortete. Unter den sechs Hauptabteilungen der ehemaligen CTR lohnt eine genauere Betrachtung der von Rimarski für einen künftigen Arbeitseinsatz ebenfalls beschriebenen Abteilungen 2 „Explosive Stoffe" und 4 „Technische Gase und Schweißtechnik". Diese beiden Bereiche waren seit jeher in den genuinen Kompetenzbereich der CTR gefallen. Anders als die Abteilungen Physik oder Werkstoffprüfung, die starke inhaltliche Überschneidungen zu den Arbeitsgebieten der PTR und des MPA aufwiesen, konnten die Bereiche 2 und 4 dazu beitragen, die Eigenständigkeit der CTR zu bewahren. Hinzu kam, dass es unter anderem diese beiden Abteilungen waren, die vor und während des Krieges in einem besonders hohen Maße für militärische Arbeiten

beansprucht worden waren.[397] Wie argumentierte der Präsident der ehemaligen Reichsanstalt nun, um diese Abteilungen zu konservieren, die später tatsächlich die beiden Abteilungen der IV. HA des MPA bilden sollten?

Unter den Möglichkeiten eines künftigen Einsatzes der zweiten Hauptabteilung für explosive Stoffe subsumierte er vor allem solche Arbeiten, die den Aspekt der öffentlichen Sicherheit in den Vordergrund stellten und die gleichzeitig auch die Regulierung als eine der seit jeher wichtigsten Funktionen der Behörde ansprachen. Auch hier findet sich also der argumentative Weg vom Krieg zu ziviler Sicherheit angelegt.

„a) Untersuchungen von Stoffen und Stoffgemischen wie Düngesalzen, pharmazeutischen Produkten, Zelluloid, Filmen […] und anderen Stoffen auf explosive Eigenschaften und Beurteilung ihres Gefährlichkeitsgrades zwecks Zulassung zum Versand, zur Lagerung und zum Verkehr sowie für die Verwendung.

b) Arbeiten zur Feststellung der Eigenschaften der in a) erwähnten Stoffe [im] Sinne der Unfallverhütung und zur Beseitigung von Explosionsunfänne [sic!].

c) Arbeiten für die Regulierung der Lagerung explosionsgefährlicher Stoffe (Lagerverordnung, Unterlagen für gesetzliche Massnahmen).

d) Untersuchungen der für den zivilen Gebrauch zugelassenen Spreng- und Zündmittel für die Aufsichtsbehörden des Bergbaues und die zuständige Industrie (Jagdpulver, pyrotechnische Gegenstände, Feuerwerkskörper, Knallkorke, Blitzlichtpulver, Zündhölzer).

e) Arbeiten für die Nutzbarmachung von Spreng- und Treibmitteln für zivile Zwecke (z.B. Nitrozellulose zur Herstellung von linoleumähnlichen Stoffen, Filmen, Kappensteifen usw.).

f) Gasanalytische Untersuchungen jeder Art.

g) Ermittlung der chemisch-physikalischen Konstanten von Nitrokörpern, Nitraten, Chloraten, Peroxyden und ähnlichen Stoffen (Reinheitsgrad, Standardisierung).“[398]

397 Vgl. hierzu ausführlich Große-Wilde, Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich“, 2026.

398 Walter Rimarski, Vorschläge für den etwaigen Einsatz der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in der Zukunft, 7.6.1945, S. 2, BArch, R 4901/15748.

Den Abschnitt der an die Abteilung Volksbildung versandten Aufstellung über die Abteilung für technische Gase und Schweißtechnik leitete er damit ein, dass sich die Abteilung „in erster Linie damit beschäftigt [habe], im Sinne der Unfallverhütung und des Arbeiterschutzes auf dem Gebiet der technischen und schädlichen Gase und Dämpfe die Grundlagen für die am Schluss erwähnten Verordnungen zu geben." Zudem habe sie „experimentelle und theoretische Untersuchungen angestellt, die die Grundlage für Richtlinien über die Beurteilung und Zulassung von Apparaten und Geräten, Arbeitsstätten und Arbeitsverfahren in sicherheitstechnischer Hinsicht bildeten", wobei Rimarski als Beispiele für solche Untersuchungen vor allem industriell-chemische Anwendungsgebiete anführte, bei denen nicht mehr etwa der militärische, sondern beispielsweise der „Industrielle[...] Gasschutz" im Vordergrund stand.[399]

Die von Rimarski nur knapp einen Monat nach Kriegsende hier vorgebrachten Arbeitsgebiete und deren künftigen Einsatz ausschließlich als reine „Rosstäuscherei" im Sinne einer Verschleierung der eigenen Rüstungsvergangenheit abzutun, wird der Sache insofern nicht gerecht, als die Aufgaben- und Tätigkeitsbereiche der CTR bis zu diesem Zeitpunkt – und wie sich zeigen wird auch im Laufe der darauffolgenden Dekaden – stets in einem Dual-Use-Kontext gestanden hatten, innerhalb dessen sich die Reichsanstalt je nach den zeitbedingt changierenden Bedarfen mehr oder weniger intensiv auf dem militärischen oder zivilen Gebiet betätigt hatte. Gerade die Dual-Use-Fähigkeit erlaubte es der Institution, sich ohne größere Mühen geschmeidig an die Zeitläufe anzupassen und je nach ideologisch-legitimatorischem Kontext mal den militärisch, mal den zivilen Bereich stärker zu betonen. Vor dem Hintergrund der nun veränderten politischen Ordnung der Nachkriegszeit und der „Entmilitarisierung" Deutschlands mussten sich

399 Weiter listete Rimarski auf: „a) Verkehr und Handhabung von Azetylen und technischen Gasen, b) Wasservorlagen und poröse Massen für Azetylenflaschen, c) Spritzkabinen und Lacktrockenöfen, d) Begutachtung von Explosionsfällen und Brandursachen, e) Schädliche Verbindungen bei Arbeitsverfahren, z.B. sicherheitstechnische Fragen beim Schweissen, f) Schädlingsbekämpfungsmittel, g) Industrieller Gasschutz, h) Unfallverhütung in der chemischen und verwandter Industrien (sic), i) Untersuchungen über Schweisskonstruktionen, Schweissdrähte, Elektroden, Lötmittel, Lote und Lötverbindungen", ebd., S. 3.

auch die Tätigkeitsfelder der CTR – wie bereits nach Ende des Ersten Weltkrieges – erneut verlagern und sich an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. Begleitet wurde dieser zunächst auf die inhaltliche Ausrichtung der Tätigkeitsbereiche bezogene Transformationsprozess von semantischen Umbauten als „Strategien, die […] der professionellen Eigenlogik des jeweiligen Faches verpflichtet bleiben, die aber zugleich auch auf außerfachliche Resonanzeffekte angelegt sind" und sich demnach ebenfalls nach der „politische[n] Logik" ausrichteten.[400] Im Falle der CTR bedeutete dies die Betonung der Betätigung der Reichsanstalt im zivilen Bereich bei gleichzeitigem vollständigen Ausschluss des militärischen Bereichs:

> „Die bei den einzelnen Abteilungen zusammengestellten Arbeiten wurden als Unterlage für Erlasse und Verfügungen der zuständigen Ministerien benötigt, nämlich für das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Ernährungsministerium und das Verkehrsministerium, ferner für die Bedürfnisse der Reichsbahn, der Reichspost, der Polizei, der öffentlichen Gerichte sowie der einschlägigen Berufsgenossenschaften. Erwähnt werden auch noch die technischen Überwachungsvereine sowie die Gewerbeaufsichtsämter. Im Zusammenhang damit stand die Reichsanstalt in enger Verbindung mit der technischen Deputation des Reichswirtschaftsministeriums und dem zuständigen technischen Ausschuss der Reichsbahn. Massgebend war sie an folgenden gesetzlichen Verordnungen beteiligt: Druckverordnung […], Eisenbahnverkehrsordnung, Seefrachtenverordnung, Polizeiverordnung […], Azetylenverordnung, Verordnungen über Schädlingsbekämpfung, Knallkorkenverordnung, Lagerverordnung für explosive Stoffe. Ausserdem wurden in grossem Umfange Unterlagen für Unfallverhütungsvorschriften geschaffen, die seitens des Arbeitsministeriums und der Berufsgenossenschaften erlassen worden sind".[401]

Seine „Vorschläge für den etwaigen Einsatz der Chemisch–Technischen Reichsanstalt in der Zukunft" schloss Rimarski mit einer nachdrücklichen Wiederholung dessen, was er bereits einleitend betont hatte,

400 Bollenbeck, Interesse an der Wissenschaftshistoriographie, 2001, S. 16.

401 Walter Rimarski, Vorschläge für den etwaigen Einsatz der Chemisch-Technischen Reichsanstalt in der Zukunft, 7.6.1945, S. 4 f., BArch, R 4901/15748.

nämlich dass seine Institution bei entsprechender baulicher, räumlicher, materieller und finanzieller Ausstattung grundsätzlich wieder zur Bearbeitung von Arbeitsaufträgen zur Verfügung stehe, da „das notwendige wissenschaftliche und technische Personal für die gedachte Planung sofort einsatzbereit und auf Grund der langjährigen Erfahrungen auch in der Lage [sei], den Anforderungen zu entsprechen."[402] Der letzte Satz kann als bezeichnend für die intendierte Überführung der CTR in die Nachkriegszeit gelesen werden, schaffte Rimarski doch in nur wenigen Worten einen doppelten semantischen Kunstgriff: *Zum einen* stellte er die Reichsanstalt in Bezug auf deren Vergangenheit in einen ausschließlichen sozio-ökonomischen Kontext, bei dem militärische Bedarfsträger nicht erwähnt wurden, *zum anderen* akzentuierte er abermals die Bedeutung der CTR für die nach dem Krieg vorrangigen Erfordernisse und bemühte dabei Begrifflichkeiten, die sich im semantischen Umfeld zweier Leitvokabeln der Wiederaufbaugesellschaft befanden, nämlich „Sicherheit" und „Wirtschaftsaufbau":

> „Die Reichsanstalt würde bei diesem Aufbau [i.e. der Wiederaufbau der CTR, E.K.] den Bedürfnissen gerecht werden, die in Zukunft noch mehr wie in der Vergangenheit der Sicherung und Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu dienen haben."

Dass gerade die Abteilung „Explosive Stoffe" im Zuge der Umstellung der CTR in der öffentlichen Wahrnehmung offenbar noch lange Zeit einen schweren Stand hatte, drückt sich unter anderem in einem Schriftstück aus, das die Frage „Warum explosive Stoffe?"[403] aufwarf:

402 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 5.

403 O.A., Warum explosive Stoffe?, BAM-Archiv. Eine genaue zeitliche Einordnung des Dokuments ist aufgrund der fehlenden Datierung nicht möglich, es liegt jedoch nahe, dass es aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammt. Dies ist zum einen dadurch begründet, dass das Schriftstück archivalisch mit anderen zusammengefasst wurde, die auf das Frühjahr 1946 datiert sind. Aufgrund der etwas undurchsichtigen Sortierung der Archivalien der BAM muss die Aussagekraft des Fundortes jedoch zumindest kritisch hinterfragt werden. Es ist daher zum anderen von größerer Bedeutung, dass in dem Dokument davon gesprochen wird, dass für die Verwendung von Sprengmitteln „neuerdings die Beseitigung und Zerkleinerung von Trümmern" hinzugekommen sei, was sich besonders innerhalb der ersten Nachkriegsmonate in arbeitstechnischer Hinsicht zu einem großen Thema auch beim MPA entwickelte.

So entspringe die Beschäftigung mit explosiven Stoffen und Vorgängen – also einem der Kerngeschäfte der CTR – „nicht allein, wie im Anschluss an kriegerische Zeiten gerne gedacht wird, der Sorge für die Bereitstellung von Mitteln für militärische Zwecke, sondern sie ist im modernen Leben eine Angelegenheit, die für die Befriedigung z i v i l e r Z w e c k e [Hervorheb. i. O.] eine unumgängliche Notwendigkeit“[404] darstelle. Anschließend wurde diese Behauptung durch zahlreiche Beispiele aus den Tätigkeits-, Aufgaben- und Anwendungsbereichen illustriert. Zu bemerken ist hier abermals die Einordnung des Arbeitsgebietes und mithin letztlich der Reichsanstalt in einen Kontext, der sich deutlich von militärischen Zusammenhängen abgrenzte. Stattdessen schufen die Verantwortlichen sprachlich einen Konnex zwischen einer modernen Gesellschaft und deren Bedarf nach der Befriedigung ziviler Zwecke auf der einen und dem Arbeitsgebiet der Explosivstoffe auf der anderen Seite. Angesichts der Anforderungen einer modernen Industrie, so die wiederkehrende Argumentation, sei es unumgänglich, eine Institution wie die CTR zu erhalten.

Im Zuge der Überlegungen zur Erhaltung der in Berlin ansässigen Ressortforschungseinrichtungen kam auch der Vorschlag auf, die PTR, die CTR und das MPA in den Gebäuden des am wenigsten durch Kriegsschäden betroffenen MPA in Berlin-Dahlem zu vereinigen, was der Vertreter der PTR, Werner Kösters, allerdings ablehnte. Laut Walter Ruske waren die Gründe für diese Ablehnung „vor allem sachliche […] wie die Nähe der S–Bahn oder der Straße Unter den Eichen, die sich auf die durchzuführenden Messungen ungünstig ausgewirkt hätten“ und, so sei dies von Kösters ins Feld geführt worden, „auch fachliche Gründe […], die ihm die Vereinigung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt mit einem Prüfungsamt nicht angemessen erscheinen ließen“.[405] Da Dokumente wie beispielsweise ein Sitzungsprotokoll leider nicht vorliegen, ist es nicht möglich, die genauen Beweggründe Kösters für seine Ablehnung mit letzter Sicherheit zu rekonstruieren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Standortfaktoren des Dahlemer Instituts eher vorgeschoben waren, da die Lage der PTR nicht gerade günstiger ausfiel. Wahrscheinlicher ist, dass Kösters, wie dies auch bei Ruske bereits anklingt, durch eine Eingliederung in eine andere Behörde nicht

404 Ebd., S. 1.
405 Alle Zitate: Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 331.

nur um einen Kompetenz- und Bedeutungsverlust beispielsweise bei der Gesetzgebungsbefugnis und bei der exponierten Stellung der PTR als oberste Instanz des staatlichen Messwesens fürchtete, sondern es überdies nicht angemessen sei, dass eine der bedeutendsten Anstalten – und zumal eine im eigenen Verständnis wissenschaftliche Anstalt – in ein Amt eingegliedert werde, das ‚nur' in praktischer Anwendung und Prüfung tätig sei.[406] Für die CTR hingegen stellten sich derartige Fragen nicht, da eine Weiterexistenz als eigenständiges Institut ausgeschlossen war. So fiel die Entscheidung, die im Prozess einer inneren und äußeren Konversion begriffene Rüstungsbehörde CTR mit dem MPA zu vereinen. Bereits während der Inventur im Juni 1945, also knapp zwei Monate vor der offiziellen Zusammenführung, erklärte das Amt für Wissenschaft, nachdem es sich einen Überblick über die Größe des Personalbestands verschafft hatte, in einem Schreiben an die Abteilung Volksbildung beim Magistrat von Groß-Berlin, dass es

> „nicht möglich, aber auch nicht notwendig sein [wird], die Anstalt in diesen großen Maßstäben weiterzuführen. Es ist nicht zu verkennen, daß die Anstalt aus kriegsbedingten Gründen weit über den Friedensbedarf hinaus aufgebläht ist."[407]

Rimarski hatte für die Weiterbeschäftigung des ehemaligen Personals 60 Stellen veranschlagt,[408] was bereits eine enorme Reduzierung der vormaligen Belegschaft bedeutet hätte. Diese Zahl wurde aufgrund der in finanzieller Hinsicht prekären Lage des Berliner Magistrats allerdings noch weiter herabgesetzt. Mit der offiziellen Vereinigung am 1. August 1945 wurden letztlich nur 40 Mitarbeiter der Reichsanstalt übernommen,[409] von denen das Gros die im Zuge der Neugliederung des Amtes nun neu gegründete vierte Hauptabteilung „Technische Gase

406 Ich danke Vivian Yurdakul für das Gespräch und seine Einschätzung.

407 Amt für Wissenschaft des ehemaligen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Magistrat Berlin, Abt. Volksbildung, z. Hd. v. Fischer, Betr. Inventuraufnahme für die Berliner Hochschulen und wissenschaftlichen Institute, Hier: Chemisch-Technische Reichsanstalt, 13.6.1945, BArch, R 4901/15748.

408 Ebd.

409 Walter Rimarski/Max Pfender, Stellungnahme des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA) zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit ihrer Vereinigung, 30.1.1950, BArch, B 102/36888.

und Explosivstoffe“ bildete. Das übrige Personal wurde je nach fachlicher Ausbildung und Kompetenz mit den anderen Fachabteilungen, dem Technischen Betrieb und der Verwaltung „durchmischt“.[410] Eine Aufstellung des Amtes für Wissenschaft bezifferte den Mitarbeiterstab der CTR auf 633 Personen, was möglicherweise dadurch zu erklären ist, dass hier ausschließlich die planmäßig Angestellten angeführt wurden.[411] Tatsächlich ist davon auszugehen, dass die Zahl der Beschäftigten bei Kriegsende wohl auf etwa 1000 angewachsen war,[412] was eine angeordnete Personalreduzierung um deutlich über 90 Prozent bedeutete. Wie bereits im Falle des MPA bedeutete die massiv eingeschränkte Anzahl an bewilligten Stellen, dass eine radikale Entscheidung bezüglich der Auswahl des zu übernehmenden Personals getroffen werden musste, die im Vergleich zur vorherigen Anzahl der Mitarbeiter für die Reichsanstalt sogar noch drastischer ausfiel.

Diese rigide Personalauswahl führte, soweit ersichtlich, Rimarski durch. Welche Leitkriterien lagen seinen personalpolitischen Entscheidungen zugrunde? Anhand der Biografien einiger ausgewählter

410 Die Bezeichnung „Durchmischung“ für diesen Prozess taucht an verschiedenen Stellen auf, unter anderem bei ebd. sowie bei Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom [April] 1949: „CTR + MPA Durchmischung“, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

411 Amt für Wissenschaft des ehemaligen Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Magistrat Berlin, Abt. Volksbildung, z. Hd. v. Fischer, Betr. Inventuraufnahme für die Berliner Hochschulen und wissenschaftlichen Institute, Hier: Chemisch-Technische Reichsanstalt, 13.6.1945, BArch, R 4901/15748.

412 So die Angaben von Walter Rimarski und Max Pfender in ihrer Stellungnahme über den Personalbestand der CTR um 1940; Walter Rimarski/Max Pfender, Stellungnahme des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA) zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit ihrer Vereinigung, 30.1.1950, S. 6, BArch, B 102/36888. Dieselbe Angabe findet sich im Schreiben des ehemaligen CTR-Mitarbeiters Dipl.-Ing. Karl Nabert, der nach Kriegsende zur PTR gewechselt hatte; Karl Nabert, PTR, an das Verwaltungsamt für Wirtschaft, Hauptabteilung II/3b, Frankfurt Höchst, 19.2.1948, BArch, B 102/36887. Walter Rimarski gab in einem Bericht aus der Nachkriegszeit 1200 Mitarbeiter der Reichsanstalt während des Krieges an; Aktenvermerk, Besprechung am 11.2.1948, Betr. Übernahme von Arbeiten der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) durch die Physikalisch-Technische Anstalt (PTA), 11.2.1948, BArch, B 102//36887, Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 307 f.

Akteure lässt sich zeigen, wie diese – sozusagen als *Dual-Experts* – den changierenden Bedarf nach sowohl militärischen wie auch zivilen Ressortforschungsleistungen durch ihr Tätigkeits- und Aufgabengebiet abdecken konnten und inwiefern ihnen dadurch der in arbeitstechnisch-existenzieller Hinsicht erfolgreiche Übergang von der Kriegs- in die Nachkriegsgesellschaft gelang. Welche Mitarbeiter nach der Eingliederung der CTR in das MPA tatsächlich seit diesem Zeitpunkt in der vereinigten Anstalt arbeiteten, ist nicht ohne letzten Zweifel festzustellen, da es auch aufgrund von Internierungen, Kriegsgefangenschaften, Abwanderungen oder Beschäftigungsverboten zu zahlreichen Änderungen in der Besetzung kam. Die als Grundlage für die folgende Untersuchung dienenden „Angaben über die in der Reichsanstalt in Zukunft zu beschäftigende Belegschaft“[413] geht von den ursprünglich im Juni 1945 von Rimarski veranschlagten Stellen über beinahe 60 künftige Mitarbeiter aus. Wenngleich durch den Magistrat von Groß-Berlin zunächst nur zwei Drittel hiervon stellenmäßig bewilligt worden waren, so war doch geplant worden, den Personalbestand, „wenn später zweckmäßig“,[414] auf 70 auszudehnen, wobei, wie sich zeigen sollte, – sofern möglich – bevorzugt diejenigen beschäftigt werden sollten, die Rimarski ursprünglich einmal vorgesehen hatte. Ein definitives Einstellungsdatum zum 1. August 1945 ist bei insgesamt knapp 30 Personen auszumachen, wobei in den ersten Nachkriegsmonaten zum Teil auch Stellen für diejenigen freigehalten worden waren, die sich nicht in Berlin aufhielten. Trotz der zahlreichen Unsicherheiten bei der genauen Bestimmung der tatsächlich in Berlin-Dahlem beschäftigten Mitarbeiter, können anhand dieser beinahe 30 ehemaligen Belegschaftsmitglieder, die einen Großteil des „Kerns der CTR“ im MPA ausmachten, gleichwohl Aussagen über die Auswahlkriterien bei der Personalpolitik Rimarskis getroffen werden.

Entsprechend der für die weitere Existenzsicherung der ehemaligen Reichsanstalt notwendigen Verlagerung der Tätigkeitsgebiete der CTR vom militärischen in den zivilen Bereich wurde auch bei der

413 Angaben über die in der Reichsanstalt in Zukunft zu beschäftigende Belegschaft, BArch, R 4901/15748.

414 Walter Rimarski/Max Pfender, Stellungnahme des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA) zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit ihrer Vereinigung, 30.1.1950, S. 13, BArch, B 102/36888, und im Folgenden S. 7.

Auswahl des für die Eingliederung in das MPA vorgesehenen Mitarbeiterstabes naheliegenderweise ein Kriterium berücksichtigt, mit dem Rimarski nach außen hin auf das von den Alliierten verordnete Verbot rüstungsbezogener Betätigungen im Sinne der „Entmilitarisierung" Deutschlands antwortete. Die hierdurch zu erreichende ‚neue', ausschließlich zivile Arbeitsgrundlage der künftigen IV. Hauptabteilung des MPA sollte eine weitere Daseinsberechtigung für die ehemalige Rüstungsbehörde schaffen. Interessanterweise diente dabei die erste Nachkriegszeit nach 1918 als Selbstversicherung, war es doch schon einmal gelungen, der Auflösung zu entgehen und in zivilen Tätigkeitsfeldern zu überwintern. Statt der Beschränkungen durch den Versailler Vertrag berief sich Rimarski offiziell allerdings auf die gestiegene Unfallrate während der Weimarer Republik. So wurde bei der

> „Eingliederung einiger Teile der Reichsanstalt besonders darauf geachtet, daß gerade der Kreis von Sachverständigen herübergenommen wurde, der sich schon seit vielen Jahren weitgehend auf dem Gebiete der Unfallverhütung und des Arbeitsschutzes betätigt hatte und große Erfahrungen in dieser Materie besaß. Nach den zahlreichen Unfällen, die sich nach dem ersten Weltkriege auf den verschiedensten Gebieten ereignet hatten und noch deutlich in Erinnerung haften geblieben sind, mußte angenommen werden, daß nach diesem Kriege die Unfallstatistik ein noch viel besorgniserregenderes Bild zeigen würde als damals".[415]

Die Frage, ob der ehemalige Präsident der Anstalt nach 1945 übernommen werden solle, schien sich aus mehreren Gründen nicht zu stellen: Als Hauptkoordinator der Integration der Reichsanstalt in das MPA repräsentierte er die CTR in den Verhandlungen mit den entsprechenden zuständigen Stellen, traf die Auswahl der zu übernehmenden Mitarbeiter, galt auch vor dem Hintergrund der veränderten Verhältnisse der Nachkriegszeit als politisch tragbar und hatte eine zu diesem Zeitpunkt vierzig Jahre umfassende berufliche Laufbahn hinter sich, in deren Verlauf er zu einem der führenden Wissenschaftler auf seinem Fachgebiet mit weitreichenden Netzwerken und Verbindungen in behördliche, wissenschaftliche und industrielle Bereiche sowie in zahlreiche

415 Walter Rimarski, Mitteilungen über die Untersuchungs- und Prüftätigkeit der Hauptabteilung IV des Materialprüfungsamtes, undat., BAM-Archiv.

Organisationen und Verbände avanciert war. Der in Ostpreußen geborene Rimarski (1874–1963) studierte Maschineningenieurwesen an der TH Berlin und anschließend Chemie und Physik an den Universitäten Berlin und Königsberg, wo er im Jahre 1903 zum Dr. phil. promoviert wurde.[416] Nach einer kurzzeitigen Tätigkeit als Chemiker in der Industrie und als Assistent beim Institut für Gärungsgewerbe in Berlin trat er am 1. Oktober 1905 als Hilfschemiker in die Chemische Abteilung des Königlichen Militärversuchsamtes in Berlin-Plötzensee, der späteren CTR, ein, wo er im März 1909 eine Stelle als Betriebsassistent und im April 1912 eine planmäßige Anstellung als Wissenschaftliches Mitglied erhielt.[417] Mit der Gründung der CTR als Nachfolgerin des MVA wurde Rimarski am 1. April 1920 zum Regierungsrat und Mitglied und wenige Jahre später, am 1. Januar 1923, als Nachfolger des Sprengstoffchemikers Prof. Dr. Friedrich Lenze[418] zum Oberregierungsrat ernannt. Seitdem leitete er die Abteilung für Allgemeine Chemie.[419] Im Jahre 1928 übernahm er die Schriftleitung der Zeitschrift „Autogene Metallbearbeitung“,[420] die er bis 1945 innehatte und die ihm nach dem Krieg einige Probleme bereiten sollte, wie noch zu zeigen ist. 1932 wurde er Mitglied der Ministerialkommission des Staatlichen Materialprüfungsamtes.[421]

416 Personal-Nachweisung Bruno Paul Walther Rimarski, BArch, R 4901/20514.

417 CTR, Personalnachrichten über Walther Rimarski, 17.6.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 107–108; Walter Ruske, Betr.: Umbenennung der Mörchinger Straße in Walther-Rimarski-Straße, 18.9.1970, BAM-Archiv, Fach 37-1, Ordner: Biographien Direktoren und Präsidenten MTV/MPA MvA/CTR BAM 1.1.

418 Friedrich (Fritz) Lenze (1866–1946), 1886 Studium der Chemie, 1891 Dr. phil., 1891 Assistent in der Zentralversuchsstelle für Explosivstoffe, 1896 Chemiker im Militärversuchsamt (MVA), 1898 dort Abteilungsvorstand, 1920 Übernahme in die CTR, dort Leiter der Abteilung C (Allgemeine Chemie), 1923 Direktor in der CTR; Metz, Ludwig: Fritz Lenze, in: Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen 27 (1932), S. 109–114.

419 Walter Ruske, Betr.: Umbenennung der Mörchinger Straße in Walther-Rimarski-Straße, 18.9.1970, BAM-Archiv, Fach 37-1: Ordner: Biographien Direktoren und Präsidenten MTV/MPA MvA/CTR BAM 1.1; Reichsminister des Innern an Reichspräsidenten, 25.1.1932, BArch, R 4901/20514.

420 Persönliches, in: Materialprüfung 6 (1964), S. 29.

421 Zu dieser und weiteren Verbindungen zwischen den Schwesteranstalten MPA und CTR vor 1945 vgl. Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026, und Große-Wilde, Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich“, 2026.

Noch im selben Jahr wurde Rimarski, dessen späteres Gesuch um Aufnahme in die NSDAP von 1939 aus unbekannten Gründen abgelehnt wurde,[422] zum Direktor und damit zum Leiter der Reichsanstalt beziehungsweise 1937 zu ihrem Präsidenten ernannt.[423] Rimarski blieb weiterhin Leiter der Abteilung C (Allgemeine Chemie), der auch das mit Kampfstoffen befasste Gasreferat angegliedert war, und wurde zudem 1942 Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Heereswaffenamtes (HWA). Als Präsident zeichnete er unmittelbar verantwortlich für den Arbeitseinsatz der CTR als Dienststelle des HWA und „anerkannte[m] Rüstungsbetrieb".[424] Nach Kriegsende übernahm er nach langen Verhandlungen zur Integration der CTR in das MPA zum 1. August 1945 das Amt des Leiters der Hauptabteilung IV „Technische Gase und explosive Stoffe".[425]

422 BArch, R 9361-II/1074825.

423 Weiter wurde er 1939 zum Prof. ernannt, war seit 1941 Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik und Acteylen, Arbeitskreis im NSBDT, zudem Mitglied des Kuratoriums des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung beim StMPA, Mitbegründer des Fachausschußes für Schweißtechnik beim VDI, Mitglied im NSBDT-Arbeitsring Schweißen und Schneiden, erhielt verschiedene Auszeichnungen, darunter das Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse (Letzteres auf Vorschlag des HWA), 1944 Verleihung der Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft; Prof. Dr. phil Walther Rimarski, in: BAM-Information 5 (1974), S. 52, BAM-Archiv, Fach 16-3; Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 300; Sauerbrei, Eduard: Zum 70. Geburtstag von Walther Rimarski, in: Autogene Metallbearbeitung 37 (1944), S. 121–123; Personalnachrichten über Walther Rimarski, BArch R 4901/15183, Bl. 107–108; Einladung zur Kuratoriumssitzung des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung am 21. Mai 1943, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung; Persönliches, in: Materialprüfung 6 (1964), S. 29; Rede von Max Pfender auf der Beisetzungsfeier von Walter Rimarski, BAM-Archiv, Fach 37-1, Ordner: Biographien Direktoren und Präsidenten MTV/MPA MvA/CTR BAM 1.1. Vgl. zu den rüstungs- und kriegsrelevanten Tätigkeiten Rimarskis ausführlich Große-Wilde, Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich", 2026.

424 Ergebnis der Prüfung der für den totalen Kriegseinsatz angeordneten Personalabgaben, 31.10.1944, GStA, I. HA Rep. 138, Nr. 977, unpag. Ich danke Simon Große-Wilde.

425 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

Im Mai 1949 fertigte Pfender einen Entwurf für ein Schreiben an den Magistrat von Groß-Berlin an, in dem er diesen in Übereinstimmung mit dem Betriebsrat des MPA darum bitten wollte, den zu diesem Zeitpunkt immerhin schon knapp 75-jährigen Rimarski „auf unbestimmte Zeit" weiter zu beschäftigen.[426] Dem wurde nicht entsprochen. Doch auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand im März des darauffolgenden Jahres hielt er zum Teil enge Kontakte sowohl zu seinen ehemaligen Angestellten wie auch zum Präsidenten des MPA, der 1962 in einem Brief an ihn schrieb: „Schon oft habe ich Ihnen gesagt, daß der in der ehemaligen CTR im Besonderen von Ihnen gepflegte und bewahrte Geist unserer Anstalt so zugute kam."[427] Angesichts dessen ist es wohl gerechtfertigt, Rimarski als eine Art kontinuitätsverbürgenden Übervater dieser Institution anzusehen, wie sich auch in der Erinnerungskultur der BAM zeigen sollte. In der Phase der Neuorientierung des Amtes nach Kriegsende bedeutete die Übernahme Rimarskis für das MPA vor allem eines: Es hatte einen der anerkannt führenden Vertreter auf dem Gebiet der technischen Gase, Schweißtechnik und des Arbeitsschutzes in die eigenen Reihen geholt, der mitsamt seinem ausgewählten Mitarbeiterstab von führenden Fachkräften das Tätigkeits- und Aufgabengebiet erweiterte und damit die Relevanz des MPA als Ressortforschungseinrichtung stärkte. Dies lässt sich am Beispiel einer der Abteilungen des MPA – „Explosive Stoffe" – und einem Teil seiner personellen Besetzung näher erläutern.

Ursprünglich hatte Rimarski für den Aufbau der IV. Hauptabteilung drei Abteilungen geplant, die sich nach den Fachgebieten „Technische Gase und Schweißtechnik", „Brennbare Flüssigkeiten und Stäube sowie explosionsgeschützte elektrische Betriebsmittel" und „Exotherm zerfallende Stoffe und Thermochemie" gliedern sollten, was sich vor allem „durch das Ausbleiben des in Verlagerungsstellen befindlichen Personals sowie der dort befindlichen Apparate und Geräte" und einer weiteren Beeinträchtigung des Ausbaus, die sich „aus den das Arbeitsgebiet der IV. Hauptabteilung teilweise berührenden Bestimmungen der Besatzungsmächte und schließlich durch die bis zur politischen Klärung

426 Max Pfender an den Magistrat von Groß-Berlin, Betr. Liste der Angestellten, die bis zum 31.3.50 das 65. Lebensjahr erreicht haben mit Begründung, wer davon unbedingt weiterbeschäftigt werden muß, 5.5.1949, Entwurf, BAM-Archiv, Fach 15-1.

427 Max Pfender an Walter Rimarski, 28.8.1962, BAM-Archiv, Fach 26-1.

erfolgte Suspendierung von Mitarbeitern" ergeben hatte, seinerzeit nicht verwirklichen ließ.[428] Infolge dessen setzte sie sich zunächst nur aus den Abteilungen „Explosive Stoffe" und „Technische Gase" zusammen. Für die personelle Besetzung des „Kerns der CTR"[429] wurden zum 1. August 1945 ehemalige Mitarbeiter eingestellt, von denen zahlreiche über eine Zeit von Jahrzehnten hinweg in der Reichsanstalt tätig gewesen waren, die als ausgewiesene und von den interessierenden Stellen der Industrie, Forschung und von Behörden anerkannte Spezialisten auf ihren Fachgebieten galten, einen hohen Grad an Vernetzung aufwiesen und deren Expertise in einem zivilen Anwendungsbereich nutzbar gemacht werden konnte. Dass Letzteres aufgrund der alliierten Bestimmungen nicht nur die *conditio sine qua non* für die Weiterexistenz auch nur eines Rumpfes der CTR darstellte, ist bereits beschrieben worden. Ein in arbeits- und auftragstechnischer Hinsicht erfolgreicher Einsatz der Mitarbeiter der IV. HA musste, so wäre an dieser Stelle zu überlegen, darüber hinaus ungleich mehr von Bedeutung sein, nachdem sich das MPA bei einem von staatlicher Seite niedriger angesetzten Etat als die übrigen Ressortforschungseinrichtungen stets zu einem nicht geringen Teil aus der Einnahme von primär industriellen Prüfgebühren hatte finanzieren müssen. Es war also von einer externen Auftragslage abhängig. Demgemäß ist davon auszugehen, dass sich auch im Falle der ehemaligen Reichsanstalt bei der Auswahl der Mitarbeiter für das Nachkriegsamt ein wesentliches Entscheidungskriterium danach richtete, wie die künftige Existenz des Amtes durch ein möglichst mannigfaltiges Angebot an Ressortforschungsleistungen qua möglichst breiter Abdeckung aller Fachbereiche und ihrer Vertreter gesichert werden konnte.

Unter denjenigen, die seit dem Zeitpunkt der offiziellen Zusammenlegung der CTR mit dem MPA dort beschäftigt werden konnten und die einen wesentlichen Teil der IV. HA bildeten, sollen für die Abteilung „Explosive Stoffe" exemplarisch drei Wissenschaftler

428 BAM, Abt. 4, Zur Arbeitsplanung der Abteilung 4, 4.7.1971, BAM-Archiv, CTR-Archiv.

429 Walter Rimarski/Max Pfender, Stellungnahme des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA) zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit ihrer Vereinigung, 30.1.1950, BArch, B 102/36888. Die Bezeichnung „CTR-Kern" findet sich auch bei Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 28. Januar 1950: „CTR-MPA-Vereinigung", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

näher betrachtet werden, an denen die Auswahlkriterien in der Personalpolitik Rimarskis transparent werden. Einer von ihnen war der Sprengstoffchemiker August Haid (1886–1963). Nach dem Studium der Chemie, das er 1911 als Dr.-Ing. abschloss,[430] begann er eine Tätigkeit in der privatwirtschaftlichen Zentralstelle für wissenschaftlich-technische Untersuchungen in Neubabelsberg, von wo aus er im Juli 1914 zum Reichsmarineamt wechselte und dort als Chemiker und Sachverständiger für Sprengstoffe arbeitete. Am 3. März 1920 trat er auf Wunsch der Admiralität eine Mitarbeiterstelle in der CTR an, wo er in den darauffolgenden Jahren weiter aufsteigen sollte: Im August 1922 wurde er zum Regierungsrat, im Januar 1928 zum Oberregierungsrat und im selben Jahr als Nachfolger von Prof. Dr. Hermann Kast[431] zum Leiter der Abteilung S (Sprengstoffe) ernannt.[432] Mit der NS-Machtübernahme verlagerten sich die Tätigkeiten Haids im Sinne der autarkie- und rüstungspolitischen Ziele des Regimes, wie in der CTR insgesamt, zusehends in den militärischen Bereich, wofür er während des Zweiten Weltkrieges Uk-gestellt wurde.[433]

Mit der Eingliederung der CTR in das MPA blieb Haid zunächst Leiter der Abteilung „Explosive Stoffe"; wenige Jahre später übernahm er als Nachfolger Rimarskis die Leitung der gesamten Hauptabteilung IV. Die knapp ein Jahr nach Kriegsende vom MPA-Präsidenten und dem Betriebsratsvorsitzenden, Wilhelm Blumenthal, angefertigte Beurteilung der Mitarbeiter unter den Gesichtspunkten „Aufgabengebiet/Tätigkeit", „Führung, Fleissfähg.", „Vorzüge Nachteile" sowie zuletzt einer

430 Koenen, Heinrich/Dittmar, Paul: Nachruf für August Haid, in: Materialprüfung 5 (1963), S. 97.

431 Hermann Kast (1869–1927), 1889 Studium der Chemie, 1893 Dr. phil., 1894 Assistent am Hygiene-Institut Hamburg, 1895 Hilfschemiker bei der Königl. Geschützgießerei in Spandau, 1897 Mitarbeiter der Königl. Pulverfabrik in Spandau, 1898 Chemiker beim Militärversuchsamt (MVA), 1920 Übernahme in die CTR, dort 1921 Leiter der Abteilung S (Sprengstoffe); Personalakte von Hermann Kast, BArch, R 1501/212532; Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft zu Berlin 60 (1927), S. 164 f.; Lenze, Fritz: Hermann Kast, in: Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen 22 (1927), S. 305–308.

432 Koenen, Heinrich/Dittmar, Paul: Nachruf für August Haid, in: Materialprüfung 5 (1963), S. 97.

433 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 49; CTR, Personalnachrichten über August Haid, 24.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 51–54.

„Schlussbeurteilung" mag gerade für die ehemaligen Angehörigen der Reichsanstalt von besonderer Bedeutung gewesen zu sein, nachdem diese sich in der neuen Institution mit ihrer Person und ihrem Arbeitsgebiet neu einfinden und bewähren mussten. In der Beurteilung Haids findet sich neben solchen Attributen, die als Auswahlkriterien auch bei den Materialprüfern eine wesentliche Rolle gespielt hatten – „Bekannter Forscher u. Spezialist auf seinem Sachgebiet, auf dem er etwa 30 Jahre tätig ist", „Zahlreiche Veröffentlichungen von Forschungs- u. Entwicklungsarbeiten" oder „Bewährter u. anerkannter Forscher mit organisatorischer Begabung" – die Betonung einer Tätigkeit Haids, die der Ressortforschung im Allgemeinen zwar als ein Aufgabengebiet innewohnt, bei der CTR jedoch stets eine ungleich höhere Gewichtung besaß: Die Beteiligung an der zu Regulierungszwecken dienenden Produktion von Wissen, das sich unter anderem in Gesetzen und Verordnungen niederschlug.[434] So fand auch bei der Beschreibung des Aufgabengebietes und der Tätigkeit Haids dessen „[m]aßgebliche Mitwirkung bei der Aufstellung gesetzlicher Bestimmungen u. Erlasse auf seinen Fachgebieten (z.B. Eisenbahnverkehrsordnung, Sprengstoffgesetze)"[435] eine besondere Erwähnung. In politischer Hinsicht hatte seiner Beschäftigung weder zu diesem noch zu einem späteren Zeitpunkt etwas entgegengestanden, was ihn zu einem in doppelter Hinsicht geeigneten Belegschaftsmitglied für die vereinigten Anstalten werden ließ. Haid hatte seit 1933 dem RDB, seit 1934 dem Luftschutzbund, seit 1935 dem Deutschen Luftsportverein und der NSV angehört.[436] Dass sein Aufnahmeantrag in die NSDAP im Jahre 1939 – also nach der Aufhebung der Mitgliedersperre –[437] aus unbekannten Gründen abgelehnt worden war,[438] bedeutete für Haid nach Ende des Krieges einen großen Vorteil: Als Nicht-Parteimitglied war er von keinen ernsthaften Entnazifizierungs- und Entlassungsbestimmungen

434 Eine gleichermaßen hohe wenn nicht sogar noch höhere Bedeutung kam dem Aspekt der Regulierung bei der PTR bei, vgl. hierzu ausführlich Yurdakul, Eichen, Forschen, Führen, 2026.

435 Alle Zitate: Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

436 In den RDB wurde er am 19.12.1933 aufgenommen. Auf der Karteikarte scheint zudem die Funktion des „RDB-Walter" sehr wahrscheinlich handschriftlich angekreuzt worden zu sein; BArch, R 9361-II/351427.

437 Vgl. zur Mitgliedersperre und deren Aufhebung allg. Wetzel, NSDAP, 2009.

438 BArch, R 9361-II/351427. Auf der Karteikarte findet sich ein handschriftlicher Vermerk: „Pol. Gutachten [...] 31.1.39", welches allerdings nicht vorliegt.

betroffen. In welchem Maße er sich in den darauffolgenden Jahren innerhalb des MPA zu einem als „unentbehrlich“[439] geltenden Mitarbeiter entwickelte, zeigt der besondere Einsatz vonseiten des Präsidenten im Jahre 1951, den zu diesem Zeitpunkt zum Hauptabteilungsleiter und Vizepräsidenten[440] Avancierten noch über das 65. Lebensjahr hinaus weiter zu beschäftigen. Der Antrag wurde

> „damit begründet, dass Herr Dr. Haid als die erste Fachkraft auf dem Gebiet der explosiven Stoffe in Deutschland gilt. Es wäre unserer Meinung nach unverantwortlich, wenn man das grosse Wissens- und Erfahrungsgut dieses hervorragenden Sachkenners auf den Gebieten der Herstellung, des Versands, der Lagerung und Handhabung dieser Stoffe nicht weiter auf das bestmöglichste nutzen und ihm die Gelegenheit geben wollte, dies persönlichkeitsgebundene Erfahrungsgut [...] zu vermitteln“.[441]

Neben Haid als Leiter der Abteilung waren für das Arbeitsgebiet „Explosive Stoffe“ fünf weitere ehemalige Angehörige der CTR vorgesehen, von denen zum 1. August 1945 drei eingestellt werden konnten, darunter der Sprengstoff- und Thermochemiker Hermann Selle (1896–1960), der zu diesem Zeitpunkt ebenfalls bereits seit über zwei Jahrzehnten in der Reichsanstalt gearbeitet hatte. Denn schon im Juli 1923 war er als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in die CTR eingetreten.[442] Von diesem

---

439 BMWi, Personalreferent, Niederschrift über die am 29. Sept. 1953 stattgehabte Schlussbesprechung hinsichtlich der Verbeamtung von Angehörigen des Materialprüfungsamtes durch das Land Berlin und der am 1. April 1954 beabsichtigten Übernahme dieses Personenkreises in den Bundesdienst, 30.9.1953, BArch, B 102/36887.

440 Von 1950 bis 1958 war er Stellvertreter des Präsidenten; Walter Ruske, Stellvertreter des Direktors, Stellvertreter des Präsidenten, Vizepräsidenten des MPA bzw. der BAM, 3.1.19[8]4, BAM-Archiv, Fach 37-1, Ordner: Biographien Direktoren und Präsidenten MTV/MPA MvA/CTR BAM 1.1; Max Pfender an BMWi, Betr. Herren Dr. Werner, Dr. Schmidt, Dipl.-Ing. Caemmerer, Dr. Teske und Dr. Vater, 28.12.1955, BAM-Archiv, Fach 15-1.

441 Gehlhoff, Der Senator für Volksbildung, Hauptamt Wissenschaft und Forschung, an Min. Rat Hinsch, Bundeswirtschaftsministerium, 27.10.1952, BArch, B 102/36887.

442 Während des Kriegsdienstes hatte Selle von 1914 bis 1918 eine Ausbildung als Feuerwerker absolviert. Nach dem Studium der Chemie, Physik und Mathematik an der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin, das er 1922 im Hauptfach Physik und Nebenfach Chemie bei dem Chemiker und

Zeitpunkt an stieg Selle weiter auf: 1926 wurde er zum Diätar, 1928 zum Regierungsrat befördert und 1933 zum Mitglied der CTR ernannt.[443] Im April 1941 richtete Rimarski ein Schreiben an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und schlug Selle, der zu diesem Zeitpunkt Stellvertreter des Abteilungsleiters Haid war und hinsichtlich seiner nationalsozialistischen Einstellung als „einwandfrei" bezeichnet wurde, für die Ernennung zum Oberregierungsrat vor.[444] In dem angehängten Tätigkeitsbericht führte Rimarski neben den wissenschaftlichen Aufgaben auch die im behördlichen Auftrag durchgeführten Arbeiten Selles an, genauer „die umfangreiche[n] sprengtechnische[n] Versuche und Gutachten für Heer und Marine sowie für Polizei und Gerichte"[445]. Eine besondere Erwähnung fand ein von ihm mitentwickeltes Verfahren zur „Detonationsfähigkeit der Sprengstoffe und ihre Ermittlung mit Hilfe von Meßkapseln", das vom Heereswaffenamt als Geheimpatent angemeldet worden war und für das er „wegen seiner Verdienste am 31.3.1938 durch das Oberkommando des Heeres – Heereswaffenamt – eine Prämie erhalten" hatte. Weiter führte Rimarski die „in der Reichsanstalt entwickelten spezifisch schweren Sprengstoffe mit verstärktem Gasschlag" an, die vom Reichsluftfahrtministerium, Amtsgruppe für Flakentwicklung beim Heereswaffenamt, zum Patent angemeldet und für die neben Dr. von Gottberg[446] Selle als Erfinder

---

Nobelpreisträger Walther Nernst mit einer Promotion „Ueber Schallgeschwindigkeiten in Stickstoffdioxyd" abschloss, arbeitete er bis zu seinem Eintritt in die CTR als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am KWI für Faserstoffchemie sowie beim Telegraphischen Reichsamt; Rimarski, Walter/Haid, August: Nachruf für Hermann Selle, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 77 f., hier: S. 77.

443 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 120; CTR, Personalnachrichten über Hermann Selle, 24.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 111–112.

444 [Walter Rimarski] an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Betr. Ernennung von 2 Beamten zu Oberregierungsräten, 25.4.1941, BArch, R 4901/20771.

445 Bericht über die Tätigkeit des Reg. Rats Dr. Selle und die von diesem veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten, undat., BArch, R 4901/20771, und im Folgenden.

446 Rudolf Klemens von Gottberg (1905–1943), Biochemiker, 1932 Dissertation („1. Untersuchungen am Allocholesterin. 2. Untersuchungen über den Gehalt an Ergosterin im Cholesterin"), „persönlicher Freunde" von Erhard Milch, 1939 Rückkehr aus Südafrika und erneut Mitglied des

eingetragen wurde.[447] Ein Jahr später, 1942, erfolgte die Ernennung zum Oberregierungsrat.

Dass Selle am 1. August 1945 in die Abteilung „Explosive Stoffe" der IV. Hauptabteilung des MPA als Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei seinem früheren Vorgesetzten Haid übernommen wurde, mag angesichts der Tatsache, dass er sämtliche für diese Entscheidung zugrundeliegenden Kriterien erfüllte, kaum verwundern. Er hatte nicht der NSDAP angehört, sondern war ‚nur' Mitglied des RDB, also der berufsständigen Beamtenorganisation, des RLB, der NSV und identifizierte sich als „gottgläubig", was für eine Einstellung kein Hindernis darstellte und sich auch in den darauffolgenden Jahren nicht zu einem Problem entwickelte. Überdies hatte er sich im Rahmen seiner jahrelangen Tätigkeit durch seine Leistungen bei der CTR offenbar ausreichend bewährt, sodass er schon vor Kriegsende zum Oberregierungsrat befördert worden war und dafür sowohl die Unterstützung des Präsidenten wie auch seines Vorgesetzten Haid erhalten hatte, mit dem ihn – so ist anzunehmen – eine durch die jahrelange Zusammenarbeit gewachsene kollegiale Beziehung verbunden hatte. Und nicht zuletzt war es das Fachwissen Selles auf jenen Forschungs-, Arbeits- und Anwendungsgebieten, die nach dem Ende des Krieges in den Vordergrund hatten treten müssen. Selle, der seine Arbeit seit Anfang/Mitte der 1930er Jahre ebenfalls verstärkt auf die militärische Ressortforschung ausgerichtet hatte und im Laufe des Zweiten Weltkrieges Uk-gestellt worden war,[448] blieb während dieser Zeit dennoch auch ein Experte auch für den zivilen Anwendungsbereich seines Fachgebiets, der nach 1945 wieder an Bedeutung gewann. Beinahe beiläufig beschrieb er diesen Übergang später in einem Brief an einen alten Chemiker-Kollegen, nachdem er diesem von den fehlenden Unterlagen über die Mess-Sprengkapseln berichtet hatte, für die vom Heereswaffenamt ein Geheimpatent angemeldet

---

VDCh, Flieger-Stabsing. und Referent im RLM (GL/Flak E-1), 1943 bei einem Hubschrauber-Absturz ums Leben gekommen; DChG-MVZ, 1933; Coates, Steve: Deutsche Hubschrauber 1930–1945, Stuttgart 2004, S. 109; Gefallen, in: Angewandte Chemie 58 (1944), S. 28; Graf Finck v. Finckenstein/Franke, Genealogisches Handbuch, 2008, S. 183.

447 Bericht über die Tätigkeit des Reg. Rats Dr. Selle und die von diesem veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten, undat., BArch, R 4901/20771.

448 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 120.

worden war und die nach Kriegsende gelegentlich noch in Troisdorf gefertigt würden: „Ich selbst habe in den letzten Jahren naturgemäß mein Arbeitsgebiet von der sicherheitskundlichen Seite her ausgestellt."[449] Diese Umstellung „von der sicherheitskundlichen Seite her" bezog sich auf das Gebiet des Arbeitsschutzes, auf welchem Selle, so Blumenthal und Siebel, bereits seit etwa 25 Jahren tätig gewesen sei.[450] Während seiner weiteren Berufslaufbahn im MPA (seit 1954 BAM) sollte er 1956 zum Abteilungsleiter und 1958 sogar zum Vizepräsidenten aufsteigen,[451] bis er im Februar 1960 verstarb.[452] In seinem Nachruf betonten Rimarski und Haid unter Auslassung der rüstungsbezogenen Tätigkeit Selles bis 1945, dessen Arbeitskraft habe „dazu beigetragen, dass für die Allgemeinheit wichtige Aufgaben aus dem Bereich der CTR in dem neuen Domizil weiter bearbeitet werden konnten."[453]

Dass im Falle von Haid und Selle keine politische Belastung im Sinne einer Parteimitgliedschaft vorlag, begünstigte zwar ihre Übernahme in das MPA und weitere Beschäftigung, bedeutete im Umkehrschluss jedoch keineswegs zwangsläufig, dass eine Mitgliedschaft in der NSDAP-, SA- oder auch SS ein Ausschlusskriterium für die Einstellung im MPA darstellte. So befanden sich allein unter den insgesamt 14 für

449 Hermann Selle an Hans Weidle, 26.4.1954, BAM-Archiv, CTR-Archiv. Dem Brief war ein Schreiben von Dr.-Ing. Hans Weidle vorausgegangen, der zu diesem Zeitpunkt in der Bacillofabrik Dr. Bode & Co. Hamburg-Stellingen arbeitete. Weidle hatte die Anschrift Selles aus dem „Adressbuch Deutscher Chemiker" und bezog sich auf deren „Bekanntschaft aus den Jahren 1940–44", als er Selle „als Angehöriger der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken des öfteren in Berlin aufsuchte." In Anknüpfung an die „frühere gemeinsame Tätigkeit" hatte Weidle angefragt, ob Selle ihm „mit einigen Details über die frühere Messkapsel zur Prüfung der Leistungsfähigkeit von Hochbrisanz-Sprengstoffen helfen oder [...] gegebenenfalls eine Nachschlagquelle angeben" könnte, Hans Weidle an Hermann Selle, 22.4.1954, BAM-Archiv, CTR-Archiv.

450 Wilhelm Blumenthal / Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

451 Walter Ruske, Stellvertreter des Direktors, Stellvertreter des Präsidenten, Vizepräsidenten des MPA bzw. der BAM, 3.1.19[8]4, BAM-Archiv, Fach 37-1, Ordner: Biographien Direktoren und Präsidenten MTV / MPA MvA / CTR BAM 1.1.

452 Zehr, Joachim: Prof. Dr. phil. Hermann Selle †, in: Staub 20 (1960), S. 203, BAM-Archiv, Fach 52-2.

453 Rimarski, Walter / Haid, August: Nachruf für Hermann Selle, Materialprüfung 2 (1960), S. 77 f., hier: S. 77.

die Übernahme ausgewählten Wissenschaftlern der CTR vier ehemalige Parteimitglieder, deren Einstellung im Amt im April 1946 im Rahmen des Tätigkeitsberichtes der IV. Hauptabteilung wie folgt begründet wurde:

> „[…] 4 ehemalige Pg's von denen bekannt war, daß sie sich nicht aktivistisch betätigt und zum großen Teil sogar ablehnende Haltung[en] der Partei gegenüber eingenommen hatten. Sie sind auf ihren Gebieten als erstklassige Spezialisten anzusehen […]. Für die Auswahl der 14 Wissenschaftler war ausschlaggebend, daß sich ihre Arbeitsgebiete in den Rahmen des Materialprüfungsamtes einfügten, noch nicht im Amt vertreten und vor allem für den Wiederaufbau dringend notwendig waren."[454]

Einer dieser hier erwähnten ehemaligen „Pg's" war der Sprengstoffchemiker Heinrich Koenen (1898–1978). Koenen hatte nach dem Studium der Chemie, das er 1926 mit einer Dissertation zum Dr. phil. abschloss, für kurze Zeit als Universitätsassistent am Chemischen Institut in Bonn gearbeitet,[455] bevor er am 16. Juni 1926 als Wissenschaftlicher Assistent in die CTR eintrat, wo er in der Abteilung von Prof. Dr. Hermann Kast für Sprengstoffe zuständig war. Bis zu seiner Beförderung zum Regierungsrat im Jahre 1934 hatte Koenen, vornehmlich mit Haid, aber auch zusammen mit seinem Kollegen Selle, einige Artikel vor allem auf dem Gebiet der Schieß- und Sprengstoffe, Feuerwerkskörper sowie zu Ammonsalpeterexplosionen verfasst.[456] 1940 wurde er zum Mitglied der

454 Entwurf, 3.4.1946, BAM-Archiv. Zweifellos ist bei dem wahrscheinlich von Rimarski als Hauptabteilungsleiter oder Siebel als Präsident des Amtes angefertigten Entwurf zu berücksichtigen, dass dieser wohl im Kontext der neuen Entnazifizierungsbestimmungen (vermutlich vom März 1946) verfasst wurde, infolge derer 4 Wissenschaftler entlassen werden mussten, was die Betonung auf ihre vorgeblich ablehnende Haltung dem NS gegenüber erklärt. Gleichwohl entsprechen die hier genannten Gründe für die Beschäftigung jenen, die durch andere Dokumente bestätigt werden können.

455 Liste Nachweisung I – Angestellte, die am 8.5.1945 bereits Beamte waren (Unterbringungsteilnehmer nach dem Ges. zu Art. 131 GG), BArch B 126/13141.

456 O.A., Verzeichnis der Veröffentlichungen (Koenen), BAM-Archiv, Fach 40-2. Mit dem „Problem der Explosionsgefährlichkeit des Ammoniumnitrats (Ammonsalpeters)" hatte man sich in der CTR seit Anfang der 1920er Jahre beschäftigt, nachdem sich in Oppau am 5. September 1921 eine Explosionskatastrophe ereignet hatte. Vor diesem Hintergrund untersuchte Koenen nach seiner Anstellung unter anderem „viele ammonsalpeterhaltige Düngemittel, um zu ermitteln, ob sie sich durch einen starken

CTR ernannt und war während des Krieges Uk-gestellt.[457] Koenen war von 1930 bis 1932 Mitglied der Zentrumspartei gewesen, bevor er am 1. Mai 1933 in die NSDAP eintrat, wo er sich als Blockhelfer betätigte, und noch im Juni desselben Jahres Sturmmann der SA-Reserve, Sturm 51, wurde.[458] Als Rimarski im Juni 1945 seine Aufstellung der zur Übernahme in das MPA vorgesehenen ehemaligen Belegschaftsmitglieder der Reichsanstalt beim Magistrat von Groß-Berlin einreichte, listete er ebendiese Mitgliedschaften auf. Diese stellten jedoch augenscheinlich weder einen Hinderungsgrund für den Vorschlag Koenens als künftigen Mitarbeiter dar noch für die am 1. August erfolgte Einstellung des Sprengstoffexperten.[459] Wenige Wochen später sollte sich allerdings ankündigen, dass eine weitere Beschäftigung Koenens aufgrund der Entnazifizierungsbestimmungen infrage stand. Die Zeit bis zu seinem erneuten, offiziellen Eintritt am 1. Oktober 1949 war geprägt von angeordneten Entlassungen und Anträgen auf Wiedereinstellung.[460] Während des gesamten Verlaufs seiner Entnazifizierung erhielt er nicht nur vonseiten seiner ehemaligen Reichsanstaltskollegen, sondern auch vonseiten der neuen Kollegen des MPA massive Unterstützung, wie an anderer Stelle noch ausführlicher besprochen wird. Nach seiner

---

Detonationsstoß noch explosiv umsetzen". Aus der Tätigkeit der Reichsanstalt auf diesem Gebiet ging im Jahre 1929 der Entwurf einer Muster-Polizeiverordnung über die Lagerung von Ammonsalpeter sowie ammonsalpeterhaltigen Mischsalzen und Gemengen hervor. Dass für dieses Gebiet eine Kontinuität in der Laufbahn Koenens festzustellen ist, die gleichzeitig seinen Status als Spezialist noch Jahre später bestätigen sollte, zeigt der Umstand, dass er ebenfalls an der Neuformung der Verordnung nach 1950 mitwirkte Ide, Karl Heinz: Herrn Professor Dr. Heinrich Koenen zum 65. Geburtstag, in: Sonderdruck aus Explosivstoffe 7 (1963), S. 2–5.

457 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 72; CTR, Personalnachrichten über Heinrich Koenen, 25.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 73–74; Max Pfender an Ministerialdirigent Hinsch, 25.5.1963, Betr. Antrag auf Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Herrn Professor Dr. phil. Heinrich Koenen, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L.

458 Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 30.6.1939, BArch, R 9361-I/1735; BArch, R 9361-II/549463; CTR, Personalnachrichten über Heinrich Koenen, 25.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 73–74.

459 Personal- und Besoldungsblatt ab 1.12.1952 für den Ob. Reg. Rat Heinrich Koenen, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Personalkarten Beamte (ab 1.12.1952).

460 Ebd.

Wiedereinstellung stieg Koenen 1952 zum Oberregierungsrat, 1958 zum Regierungsdirektor und schließlich im Jahre 1960 zum Abteilungsleiter auf.[461] Zudem war er seit 1956 maßgeblich an Planungen beteiligt, die schließlich zur Gründung des Instituts für chemisch-technische Untersuchungen (CTI) als Nachfolgeinstitution der alten CTR führten.[462]

Mit der personellen Besetzung der Abteilung „Explosive Stoffe" nach der Eingliederung der CTR in das MPA durch den Abteilungsleiter August Haid, dessen Stellvertreter Hermann Selle und dem Wissenschaftlichen Mitarbeiter Heinrich Koenen hatte Rimarski nicht nur die führenden Wissenschaftler auf dem entsprechenden Fachgebiet eingesetzt, sondern ein enges, zu diesem Zeitpunkt seit fast zwanzig Jahren bestehendes kollegiales Netzwerk in das Nachkriegsamt transferiert. Alle Mitglieder hatten bei ihrem Eintritt in die CTR bei Hermann Kast in der Abteilung Sprengstoffe angefangen, zusammen geforscht und publiziert, waren an Gemeinschaftsarbeiten vor und während des Krieges für verschiedene Bedarfsträger, seit Mitte der 1930er Jahre vor allem militärische, beteiligt gewesen und während dieser Zeit innerhalb der Anstalt in immer höhere Positionen aufgestiegen. Im Laufe der Nachkriegszeit sollten sie jeweils ihren Vorgänger im Amt des Abteilungsleiters ablösen – auf Haid, der wiederum der Nachfolger von Rimarski war, folgte Selle und auf Selle Koenen[463] –, was abermals auf eine Art *betriebliche Erbfolgeregelung* von Lehrer zu Schüler hinweist, wie sie auch beim MPA vielfach der Fall war. Diese Erbfolge stellte einen auf die Spezifika der Ressortforschung ausgerichteten Erfahrungs- und Wissenstransfer über die Generationenwechsel hinweg sicher. Das Dual-Use-Element gerade des Fachbereichs „Explosive Stoffe" und seiner Experten hatte vor 1945 nicht nur zu einer umfassenden Verlagerung der Arbeiten in den militärischen Bereich geführt, sondern ermöglichte gleichzeitig die Umstellung der Tätigkeiten und Aufgaben der Abteilung für zivile Zwecke. Dass diese Verlagerung auch nach außen hin kenntlich gemacht werden musste, zeigt die semantische Anknüpfung an den Wiederaufbau, die öffentliche Sicherheit und den zivilen Nutzen der Institution für

461 Professor Dr. phil. Heinrich Koenen, in: BAM-Information 6 (1978), S. 100, BAM-Archiv, Fach 3-1.

462 Vgl. hierzu Kapitel 2.3

463 Max Pfender an den Bundesminister für Wirtschaft, Referat Z 3, 13.3.1964, Betr. Nachfolge des Vizepräsidenten Prof. Dr. Karl Rühl, BArch, B 102/78711.

die Gesellschaft. Im April 1963 verfasste Max Pfender, zu diesem Zeitpunkt amtierender Präsident der BAM, anlässlich der Verabschiedung Heinrich Koenens einen Brief, in dem er das zuvor Beschriebene, fraglos mit einiger Apologetik, auf den Punkt brachte:

> „Es liegt in der Natur gerade dieses Aufgabenbereiches, dass er mehr als manche andere von den Leidenschaften der Menschen und den Wirrnissen der Politik betroffen wird. Der Ihrem beruflichen Leben überlagerte Zeitabschnitt hat dies zur Genüge bewiesen und Sie nach dem verlorenen Kriege und mit der Diskriminierung des Aufgabenbereiches der explosiven, leicht- und selbstentzündlichen Stoffe 3 ½ Jahre von Ihrer Arbeit im öffentlichen Dienst ferngehalten. Dabei erinnere ich mich noch gut der Meinung von Herrn Haid, dass man gerade diesen Aufgaben bald und vielleicht sogar mit größeren Anstrengungen als früher nachgehen müsse, da der Sachbereich der Wirtschaft und die politische Fürsorge für das eigene Volk dies aufs neue erzwingen".[464]

Die grundlegenden Strukturen des für die Abteilung „Explosive Stoffe" Beschriebenen bestätigen sich in gleicher Weise auch für die personellen Besetzung der zweiten Abteilung „Technische Gase". Aufgrund der zum Teil stark lückenhaften Quellenlage und der zahlreichen Veränderungen im Personalbereich nach Kriegsende ist es schwer möglich, gesichert festzustellen, wer schließlich tatsächlich in der Abteilung arbeitete: Einige derjenigen, die Rimarski ursprünglich vorgesehen hatte, wurden nicht oder erst später eingestellt oder durch andere ehemalige Mitarbeiter ersetzt, von denen in der Folgezeit wiederum ein Teil das Amt aufgrund der Entnazifizierungsbestimmungen verlassen musste. Unter jenen Mitarbeitern, die mit der Zusammenführung der Behörden am 1. August 1945 in das MPA übernommen wurden, befanden sich allerdings drei Wissenschaftler, die, wie bereits Haid, Selle und Koenen, solche Kriterien erfüllten, die entscheidend für die von Rimarski getroffene Auswahl zur Übernahme waren.

464 Max Pfender an Heinrich Koenen, 30.4.1963, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2: Biographien Mitarbeiter A-L.

Als Hauptreferent[465] für das Gebiet „Technische Gase“ wurde der Gaschemiker Martin Konschak (1901–1966) eingesetzt. Nach dem Studium der Chemie, das er als Dr.-Ing. abgeschlossen hatte, sowie einer dreijährigen Assistententätigkeit am anorganischen Institut der Universität trat er am 16. Mai 1927 als Wissenschaftlicher Angestellter in die CTR ein, wo er 1938 zum Regierungsrat befördert wurde.[466] Seit seinem Eintritt hatte er zusammen mit Rimarski zahlreiche Abhandlungen insbesondere auf dem Gebiet des Azetylens veröffentlicht und galt unter anderem in diesem Bereich als anerkannter Fachmann.[467] Dies gereichte Konschak nach Ende des Krieges im Zuge der Verlagerung der Tätigkeitsbereiche der CTR vom Militärischen ins Zivile zum Vorteil, da seine Expertise bei der Anwendung des Azetylens sowie auf dem Gebiet der Schweißtechnik und technischen Gase von essenzieller Bedeutung für den Arbeitsschutz und die Unfallverhütung war. Konschak, der von 1931 bis 1933 Vertrauensmann im Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) gewesen war, wurde 1934 Mitglied des RDB, 1935/36 der NSV und des RLB und trat am 1. März 1940 in die NSDAP ein.[468] Unmittelbar nach Kriegsende war er „auf Anweisung einer Kommission der russischen Kommandantur in der Zeit vom 12. Mai 1945 bis Ende Juni 1945 zu Demontagearbeiten bei der Chemisch-Technischen Reichsanstalt herangezogen und anschließend bis zum 31. Juli 45 mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt worden“.[469] Dass er am 1. August 1945 in das MPA übernommen wurde, mag aufgrund seiner jahrelangen Arbeitserfahrungen in der CTR, der engen Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und der Tatsache, dass sein Fachgebiet von großem

465 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des MPA, an die Entnazifizierungskommission beim Magistrat der Stadt Berlin, Betr. Vorverlegung des Verhandlungstermins betreffend die Entnazifizierung des Dr. M. Konschak, 26.7.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3558, A 08.

466 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 76; CTR, Personalnachrichten über Martin Konschak, 23.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 79–80.

467 Zusammenstellung der Veröffentlichungen, 28.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 67.

468 Military Government of Germany, Fragebogen Martin Konschak, 21.12.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 67; BArch, R 9361-II/560534.

469 Bescheinigung von Walther Rimarski, Chemisch-Technische Reichsanstalt, Abteilung für Werkstoffprüfung, für Martin Konschak, 26.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3558, A 08.

Nutzen für den Einsatz der Abteilung in der Nachkriegszeit war, wenig überraschen. Seine Parteimitgliedschaft spielte sowohl aus der Perspektive seines Vorgesetzten als auch der Leitung und des Vertrauensrates des MPA weder zu diesem noch zu einem späteren Zeitpunkt eine besondere Rolle, da andere Kriterien überwogen. Nachdem er im Frühjahr 1946 aufgrund der Anordnung der Alliierten Kommandantur Nr. 101a vorläufig entlassen werden musste, setzte sich Kindscher in Vertretung des Präsidenten des MPA in einem besonderen Maße für Konschak ein und brachte für dessen Bedeutung als Arbeitskraft des Amtes eine Begründung vor, die *in nuce* dem entsprach, was ausschlaggebend für die gesamte Personalpolitik war:

> „Bei der Vereinigung [...] am 1. August 1945 ist auch der Hauptreferent für das Gebiet der technischen Gase Dr. M. Konschak hierher übernommen worden, weil dieses Arbeitsgebiet von ganz besonderer Bedeutung für die Nachkriegszeit und den Wiederaufbau ist und im früheren Reich von der vorgenannten einzigen amtlichen Stelle betreut worden ist, an der sich Dr. Konschak etwa 20 Jahre betätigt hatte."[470]

Die weitere personelle Besetzung sowohl für den wissenschaftlichen als auch technischen Dienst folgte ebenfalls den Kriterien einer zumeist langen Dienstzeit in der Reichsanstalt, eines während dieser Zeit erworbenen Erfahrungswissens, einer über Jahre hinweg bestehenden Zusammenarbeit und dadurch entstandenen kollegialen Verbindungen und einer Expertise auf jenen Arbeitsgebieten, die für den Einsatz in der Nachkriegszeit von Interesse waren. Als Wissenschaftliche Angestellte wurden weiter Dr. Friedrich vom Berg (1897–1967) und Dr.-Ing. Hugo Kemper (1902–1953) eingestellt. Vom Berg war nach einem Studium der Physik und Mathematik und einer vierjährigen Tätigkeit als Physiker bei der Radiologie AG in Berlin am 1. Oktober 1926 als Wissenschaftlicher Angestellter in die CTR eingetreten, wo er 1935 zum Regierungsrat ernannt wurde.[471] Er hatte seit 1933 dem Luftschutzbund sowie 1935 der NSV angehört, sein Gesuch um Aufnahme in die NSDAP war allerdings

470 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des MPA, an die Entnazifizierungskommission beim Magistrat der Stadt Berlin, Betr. Vorverlegung des Verhandlungstermins betreffend die Entnazifizierung des Dr. M. Konschak, 26.7.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3558, A 08.

aus unbekannten Gründen abgelehnt worden.[472] Aufgrund seiner Kenntnisse unter anderem auf dem Gebiet der Ballistik, die von besonderem Interesse für die NS-Rüstungsforschung waren, wurde er Uk-gestellt.[473] Für eine Übernahme nach Ende des Krieges erfüllte er nicht nur die bereits benannten Entscheidungskriterien, er war überdies aufgrund seiner Expertise auf dem physikalischen Gebiet als einziger Vertreter dieses Bereichs von besonderem Wert für die angestrebte vollständige Abdeckung aller relevanten Arbeitsgebiete. Seine Beurteilung durch Siebel und Blumenthal vom Oktober 1946 fiel in dem Maße positiv aus, dass sie ihn zur Beförderung empfahlen und in diesem Zusammenhang seinen Einsatz auf dem Gebiet des Unfallschutzes genauer beschrieben, auf das sich die Abteilung seit ihrer Integration in das MPA konzentrierte.[474] Vom Berg, dessen Aufgabengebiet „Physikalische Untersuchungen zwecks Schaffung von Unterlagen für gesetzliche Bestimmungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung (z.B. VDE-Vorschriften, Normen, Unfallverhütungsvorschriften)“ umfasse, sei „Spezialist auf seinem Fachgebiet (Klärung von Staubexplosionen, Explosionen durch elektrostatische Aufladungen, Tanksicherungen u.a.)“ und an „gleicher Stelle im Amt seit 21 J.“ mit „umfangreiche[n] theoretische[n] Kenntnisse[n] u. prakt. Erfahrung“. Im Jahre 1953 wechselte der Wanderer zwischen den Häusern vom Berg zur PTR[475] und gehörte damit zu den wenigen Ressortforschern, die mehreren der dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörden angehört hatten.

Einen bis 1945 in den wesentlichen Merkmalen analogen Werdegang wies Hugo Kemper auf, der nach einem Studium des Maschineningenieurwesens ebenfalls im Jahre 1926 als Wissenschaftlicher Angestellter in die CTR eintrat, dort 1936 zum Regierungsrat befördert wurde und

471 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 7; CTR, Personalnachrichten über Friedrich vom Berg, 17.6.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 7–8.

472 BArch, R 9361-II/63621.

473 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 7.

474 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20, und im Folgenden.

475 Friedrich vom Berg †, in: PTB-Mitteilungen 77 (1967), BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L; Niederschrift über die Abteilungsleiterbesprechung am 10. November 1952, BAM-Archiv, Fach 13-1.

während des Krieges eine Uk-Stellung erhielt.[476] Von diesem Zeitpunkt an war er zudem Geschäftsführer des Ortsbereichs Berlin des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik.[477] Bis zu seiner Anstellung am MPA am 15. Oktober 1945 hatte er die Abwicklungsstelle der Reichsanstalt geleitet und rückte anschließend an die Stelle eines ehemaligen Mitarbeiters der CTR, den Rimarski ursprünglich einmal vorgeschlagen hatte.[478] Die NSDAP-Mitgliedschaft Kempers spielte dabei sowohl für Rimarski als auch Siebel eine untergeordnete Rolle:[479] Er war aufgrund seiner Erfahrungen auf dem Gebiet der Schweißtechnik, auf welchem er 1929 promoviert hatte, nicht nur für die Arbeiten der Abteilung „Technische Gase" selbst relevant, sondern brachte eine Expertise mit, die genuin auch für das MPA von Interesse war, denn die Schweißtechnik hatte ab den 1920er Jahren einige Innovationssprünge durchlaufen. Ein Jahr später wurde er für den Prüfungsausschuss für Schweißer vorgesehen.[480]

Zusammengenommen entfiel ein Großteil der 60 von Rimarski zur Übernahme ausgewählten ehemaligen Belegschaftsmitglieder der CTR auf Mitarbeiter aus dem Technischen Dienst (32 Techniker) und aus dem Verwaltungsdienst einschließlich der Materialverwaltung (6 Verwaltungsangestellte). Zum „Stichtag der Zusammenlegung" am 1. August konnten von den Technikern zunächst allerdings nur 19 eingestellt werden,[481] die auf verschiedene Abteilungen des MPA verteilt

476 CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 66; CTR, Personalnachrichten über Hugo Kemper, 22.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 67–68.

477 Military Government of Germany, Fragebogen Hugo Kemper, 10.6.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 372.

478 Dabei handelte es sich um den ehemaligen Wissenschaftlichen Angestellten Dr.-Ing. Paul Brunner, der 1937 in die CTR eingetreten und ebenfalls auf dem Gebiet der Schweißtechnik tätig gewesen war.

479 Kemper war von 1931 bis 1933 im Butab gewesen, trat 1935 in die NSDAP ein und gehörte seit 1936 dem RDB und der NSV an. Weiter war er Mitglied des NSBDT, nach eigenen Angaben aufgrund der „korporative[n] Übernahme des DVSA", Military Government of Germany, Fragebogen Hugo Kemper, 10.6.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 372; BArch, R 9361-II/506094; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 30.6.1939, BArch, R 9361-I/1579.

480 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

481 BAM, Abt. 4, Zur Arbeitsplanung der Abteilung 4, 4.7.1971, BAM-Archiv, CTR-Archiv, und im Folgenden.

wurden: auf die IV. Hauptabteilung und auf zwei der im MPA bestehenden Abteilungen, namentlich der I. Hauptabteilung „Metalle" und dem Technischen Betrieb. Die besondere Bedeutung, die diesen Technischen Angestellten, unter denen sich Chemolaboranten, Chemotechniker, Mechaniker und Feinmechaniker, Schlosser, Schweißer und in wenigen Fällen auch Tischler befanden, gerade bei der Schaffung der Arbeitsgrundlagen im Zuge des Aufbaus des „Kerns der CTR" innerhalb der neuen Institution seinerzeit zukam, wurde in Bezug auf die insgesamt sieben dem TB, also der Amtswerkstatt Zugeordneten, wie folgt beschrieben:

> „Sie hatten die Aufgabe, gemeinsam mit dem Personal der IV. Hauptabteilung unter Verwendung ihrer in den vorausgegangenen Jahrzehnten erworbenen Sonderkenntnis die früher entwickelten Prüfapparaturen und Versuchsstände, für die meist weder Konstruktionszeichnungen noch Aktenunterlagen erhalten geblieben waren, neu zu erstellen. Diese Tätigkeit war für die Wiederaufnahme der Laboratoriumsarbeiten von besonderer Bedeutung, da fast sämtliche Einrichtungen und Apparate der Chemisch-Technischen Reichsanstalt verloren gegangen waren."

Die Betrachtung jener Technischen Angestellten,[482] die zum 1. August 1945 in das MPA übernommen wurden, bestätigt die Auswahlkriterien in der Personalpolitik Rimarskis, die bereits für die übrigen Angestellten beschrieben wurden und die auch denen Siebels für die Facharbeiter, Handwerker und Techniker entsprachen. Die meisten von ihnen hatten über Jahre, einige über mehrere Jahrzehnte hinweg, in der Reichsanstalt gearbeitet und sich im Zuge dessen ein spezifisches, auf die Bedürfnisse der Arbeitsgebiete der CTR angepasstes Erfahrungs- und Fachwissen angeeignet, das sie schwer ersetzbar erschienen

482 In der Aufstellung zur Arbeitsplanung der Abteilung 4 von 1971 wurde eine Gesamtzahl von 16 Technischen Angestellten genannt, wobei keine Namen angeführt wurden. Auf Basis der vorliegenden Quellen konnten hiervon nur 12 definitiv ausgemacht werden, Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; O.A., Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv.

ließ, wobei eine jeweilige politische Belastung zunächst ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle spielte, sofern andere Kriterien überwogen. Dasselbe lässt sich auch für die Mitarbeiter der Verwaltung feststellen. Dass die Zahl der von Rimarski veranschlagten sechs Mitarbeiter aus dem Verwaltungsdienst ursprünglich bereits niedrig angesetzt worden war und sich vor dem Hintergrund der deutlich reduzierten Stellenbewilligungen durch den Magistrat noch einmal halbierte, kann wohl darauf zurückgeführt werden, dass es im MPA bereits eine bestehende, beinahe vollbesetzte Verwaltung gab. Mit Erich Hein, Leiter der Verwaltungsabteilung und Bürovorsteher,[483] Ernst Kersten, Verwaltungsobersekretär in der Registratur,[484] und Emma Demuth, Stenotypistin im Kanzleidienst,[485] waren so zu diesem Zeitpunkt nur

483 Erich Hein (1884–1978), 1902 Tätigkeit im preußischen Justizdienst, 1907 Reichsgesundheitsamt, 1914 Militärdienst, 1919 Reichsministerium des Innern, 1924 Eintritt in die CTR als Leiter der Verwaltungsabteilung, „gottgläubig", Antrag auf Aufnahme in die NSDAP abgelehnt (wahrscheinlich, weil Mitglied Freimaurerloge von 1921 bis 1931), 1945 Übernahme in das MPA als Verwaltungsamtmann und Dienststellenleiter für allgemeine Verwaltungs-, Personal- und Haushaltssachen, 1950 Ruhestand; BArch, R 9361-II/353889; CTR, Personalnachrichten über Erich Hein, [1940], BArch, R 4901/15183, Bl. 54–55; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Erich Hein zum 91. Geburtstag, in: BAM-Information 7 (1975), S. 107, BAM-Archiv, Fach 3-1; Hein, Erich: Von der Justiz zur Wissenschaft, in: BAM-Information 8 (1975), S. 118–120, BAM-Archiv, Fach 3-1.

484 Ernst Kersten (1892–1973), 1919 Reichsbahn, 1924 Maschinenschreiber in der CTR, 1932 gesamte Personalregistratur der CTR, später Leiter der Gesamtregistratur und Betonmeisterei, 1933 Assistent, 1936 Sekretär, 1940 Obersekretär, Antrag auf Aufnahme in die NSDAP abgelehnt, 1945 Übernahme in das MPA als Leiter der Zentral- und Personalregistratur, 1956 Ruhestand; CTR, Namensverzeichnis der Beamten und Beamtenanwärter der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, BArch, R 4901/15183, Bl. 156; CTR, Personalnachrichten über Ernst Kersten, 25.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 69–70; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; Ernst Kersten †, in: BAM-Information 7 (1973), S. 129, BAM-Archiv, Fach 3-1.

485 Emma Demuth (*1897), Stenotypistin, 1919 Flugzeugmeisterei Adlershof, 1939 Evangelisches Wohlfahrtsamt, 1940 Kanzleiangestellte in der Verwaltung der CTR, 1945 Übernahme in das MPA als Büroangestellte

die vielleicht wichtigsten Mitarbeiter aus dem Verwaltungsdienst übernommen worden, die mit den für die Reichsanstalt spezifischen Verwaltungsvorgängen vertraut waren, so vor allem Hein und Kersten, die bereits seit 1924 in der CTR gearbeitet hatten.[486]

Betrachtet man die Kriterien, mittels derer die ehemaligen Angehörigen der CTR für die Eingliederung und „Durchmischung" in das MPA als ihrer neuen Wirkungsstätte ausgesucht worden waren, so lassen sich Leitlinien in Rimarskis Personalpolitik ausmachen, die zu großen Teilen auch denjenigen von Siebel und Blumenthal für den weiter zu beschäftigenden Personalkorpus des MPA entsprachen: *Erstens*: Der Fokus lag auf dem Erhalt von Mitarbeitern, die sich aufgrund einer langjährigen Amtstätigkeit ein Erfahrungswissen angeeignet hatten, das weit über den einst erlernten Beruf hinausging, sei dies auf wissenschaftlicher, technischer, handwerks- oder verwaltungsbezogener Ebene, und nach den speziellen Bedürfnissen ihrer Ressortforschungseinrichtung geformt war. *Zweitens*: Für jedes wissenschaftlich-technische Fachgebiet, das als relevant für den weiteren Erhalt der Arbeitsfähigkeit und damit der künftigen Existenz der Institution selbst erachtet worden war, wurde versucht, mindestens einen Experten oder Spezialisten weiter zu beschäftigen. *Drittens*: Ein Großteil der Facharbeiter, Handwerker und Techniker wurde in den neu zu formenden Personalkorpus aufgenommen, da diese für die Schaffung der Arbeitsgrundlagen und für die Bearbeitung des Fachgebietes unerlässlich waren. *Viertens*: Eine jeweilige politische Belastung, wie sie nach den formalen Kriterien der Alliierten definiert wurde, spielte bei der Auswahl der Mitarbeiter in den meisten Fällen eine untergeordnete Rolle, sofern die anderen Kriterien erfüllt waren. Kurzum: Fachwissen schlug politische Belastung.

---

in der IV. Hauptabteilung, mindestens 1955 noch als Schreibkraft in der Hausverwaltung der BAM beschäftigt; Angaben über die in der Reichsanstalt in Zukunft zu beschäftigende Belegschaft, BArch, R 4901/15748; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; Namensliste zum Organisations- und Stellenplan der BAM, Stand 1.8.1955, BAM-Archiv.

486 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

Neben diesen, sowohl für Rimarski bei der Auswahl der ehemaligen CTR-Mitarbeiter als auch für Siebel und Blumenthal bei der Auswahl der ehemaligen Belegschaftsmitglieder des MPA entscheidenden Auswahlkriterien, gab es Abweichungen bei den personalpolitischen Entscheidungen, die auf die divergierende Ausgangslage der Reichsanstalt und des MPA nach Ende des Krieges zurückzuführen war. So musste das MPA zur Gewährleistung einer eigenständigen behördlichen und betrieblichen Funktionalität einen zahlenmäßig nicht geringen Verwaltungsapparat aufrechterhalten, was im Falle der CTR durch die Eingliederung in ein bestehendes Amt nicht in dem Maße notwendig war. Dadurch eröffnete sich die Möglichkeit, eine größere Zahl der durch den Magistrat bewilligten Stellen mit wissenschaftlichem oder technischem Fachpersonal zu besetzen. Eine zweite Abweichung bei Rimarskis personalpolitischen Kriterien von jenen der MPA-Leitung war ein Ergebnis dessen, wie die Reichsanstalt mit Kriegsende auch ihr institutionell-formales Ende gefunden hatte. Nach 1945 sah sich der ehemalige Reichsanstaltspräsident – ungleich mehr als dies beim MPA der Fall war – vor die Frage gestellt, welche der ehemaligen Angehörigen eine Expertise mitbrachten, die vor dem Hintergrund der Auflösung der CTR für den Einsatz in zivilen Arbeitsbereichen geeignet schienen, um eine größtmögliche Abdeckung der Fachgebiete der CTR zu gewährleisten und dabei gleichzeitig eine Berechtigung für eine künftige Existenz der vor 1945 fast ausschließlich für die Rüstung tätigen Behörde zu schaffen. Zwar wäre zu überlegen, ob nicht sämtliche Ressortforschungseinrichtungen als Dual-Use-Institutionen im Sinne eines militärischen und zivilen Einsatzes ihrer Leistungen für den Staat gedacht werden müssen, vielleicht mehr noch als Multi-Use-Institutionen, die für sämtliche, durch zeitbedingte Entwicklungen entstehende Bedarfe zur Verfügung stehen und seit jeher standen. Gleichwohl scheint mindestens für den Fall der CTR festzustehen, dass der Dual-Use-Charakter der Reichsanstalt, der sich aus den Charakteristika der dort bearbeiteten Fachgebiete wie beispielsweise den Explosivstoffen, Sprengstoffen, Gasen oder der Ballistik ergaben, bereits zeitgenössisch von den involvierten Akteuren als problematisch für eine Weiterexistenz in Friedenszeiten erachtet wurde, nachdem sie sich durchaus darüber bewusst waren, dass ihre Tätigkeitsfelder, ihre erlernten Professionen und damit ihre gesamte Expertise vorrangig mit militärisch-bellizistischen Konnotationen belastet war. Dementsprechend galt es, nach der Auflösung der Reichsanstalt für

die intendierte ‚Rettung' wenigstens eines „Kerns der CTR" qua Überführung in eine benachbarte Institution nicht nur eine nach innen gerichtete Konversion der arbeitstechnischen Ausrichtung vorzunehmen, sondern diese auch nach außen durch die semantische Anknüpfung an zentrale Leitvokabeln der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Ausdruck zu bringen. Für diese ostentativ präsentierte „Umstellung [...] auf den Friedenszustand"[487] ist die Abteilung „Explosive Stoffe" geradezu paradigmatisch. Noch über ein Jahr nach Kriegsende stand dem Entwurf des Arbeitsplans der Abteilung eine solche Formulierung voran: „Unter Ausschaltung alles dessen, was im Kriege für militärische Zwecke in Betracht kam, werden nur solche Erzeugnisse in das friedensmäßige Aufgabengebiet einbezogen, die rein zivilen Zwecken zu dienen haben." Bei den für die Weiterbeschäftigung im MPA übernommenen Mitarbeitern und im Besonderen bei den übernommenen Wissenschaftlern fand sich naheliegenderweise keine Erwähnung mehr über deren zum Teil intensive und unmittelbare Arbeiten für sämtliche militärische Behörden vor und während des Zweiten Weltkrieges – ihre Expertise wurde, auch semantisch, schlicht in den zivilen Bereich überführt. Dass eine Reaktivierung des militärischen Arbeitspotenzials aufgrund der 1945 stattgefundenen Übernahme von Dual-Experts im Grunde jederzeit möglich war, sofern sich der Bedarf nach militärischen Ressortforschungsleistungen wieder auftat, zeigte sich knapp zehn Jahre nach Kriegsende mit der Gründung der Bundeswehr und der fortschreitenden Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis.[488]

487 Walter Rimarski, IV. Hauptabteilung der Abteilung, Entwurf für einen Arbeitsplan der Abteilung IVb, 9.7.1946, S. 1, BAM-Archiv, CTR-Archiv, und im Folgenden.

488 Nur knapp ein halbes Jahr nach der Gründung der Bundeswehr trat das Bundesverteidigungsministerium im Juni 1956 an das Bundeswirtschaftsministerium heran und wies auf die Notwendigkeit hin, „ein Institut in Westdeutschland zu errichten, das, wie ehedem die frühere Chemisch-Technische Reichsanstalt, als neutrale amtliche Stelle die auf dem militärischen Sektor anfallenden Materialprüfaufgaben übernimmt und durchführt." Unter Hinzuziehung Heinrich Koenens, einem ehemaligen Mitarbeiter der CTR, der nach Kriegsende in das MPA übernommen worden war, wurden zwei Außenstellen der BAM für die Bedarfe der Bundeswehr auf dem militärischen Sektor in Aschau (Bayern) in der Nähe der Wasag-Chemie und in Schlebusch (Nordrhein-Westfalen) in unmittelbarer Nähe zur Dynamit-Actien-Gesellschaft geplant und wenig später eingerichtet. Mit der rapiden Zunahme der Arbeitsaufträge, die schon bald die personellen, räumlichen

Die „Durchmischung und Angliederung“[489] der CTR in das MPA war *in summa* von beidseitigem Nutzen. Zumindest vor dem Hintergrund, dass die Reichsanstalt aufgelöst worden und an ein eigenständiges Weiter- oder Wiederbestehen nicht zu denken war, bedeutete die Überführung des aus

und ausrüstungstechnischen Kapazitäten der beiden Außenstellen überstieg, folgte Ende der 1950er Jahre der Entschluss zur Errichtung eines größeren, eigenständigen Instituts als Ressortforschungseinrichtung. Die hierzu geführten Beratungen und Planungen, bei denen abermals die ehemaligen CTR-Experten zu Rate gezogen worden waren, mündeten in der Gründung des Instituts für Chemisch-Technische Untersuchungen (CTI) in Bonn mit Wirkung zum 1. Januar 1962, das nun ausschließlich für die Belange des Bundesverteidigungsministeriums zuständig war und das in der direkten Tradition zur alten CTR stand. Sein Leiter war der Chemiker Dr. Karl Heinz Ide, ein ehemaliger Mitarbeiter der PTB, der 1953 in die BAM wechselte und dort 1960 als Nachfolger von Heinrich Koenen die Leitung der Fachgruppe „Explosive, leicht- und selbstentzündliche Stoffe“ übernahm. Dass die Gründung und Einrichtung des CTI, beziehungsweise auch ihrer provisorischen Vorgänger, den Außenstellen in Aschau und Schlebusch, in jener kurzen Zeit derart reibungslos ermöglicht werden konnte, war vor allem auf das Zurückgreifen und die Mobilisierung auf bereits aus der CTR bekannte Experten und auf alte Netzwerke von Staat, Wissenschaft und Industrie, vor allem auch derjenigen Industrie, die stets in einem hohen Maße in die Rüstung eingebunden war, zurückzuführen; Vermerk Betr. Übertragung von Aufgaben der ehem. Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) auf die Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) vom 30. August 1956, hier: Besprechung im BWM am 29.6.1956, Bezug: Schreiben des BMVtdg vom 29.6.1956, BArch, B 126/13141; Erlass über die Errichtung eines Instituts für die Untersuchung von Explosivstoffen (Bundesanzeiger Nr. 247 vom 23. Dezember 1961), BArch, B 102/118388; Vermerk Beyer ([BMWi] betr. Übertragung von Aufgaben der ehemaligen Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) auf die Bundesanstalt für Materialprüfung, 30.8.1956, BArch, B 102/128696; Vermerk von 1961 zur Entscheidung BMWi über BAM-Fachgruppe 4.3 Explosive Stoffe, Außenstellen BAM, BAM-Archiv, Fach 9-1; BAM-Archiv, Fach 47-2, Ordner: Außenstellen der BAM Bewerbungen; Zum 65. Gebuerstag von Professor Dr. H. Ide am 20. April 1976, in: BAM-Information 5 (1976), S. 56 f., BAM-Archiv, Fach 3-1. Eine tiefgreifende Beschäftigung mit der Gründungsgeschichte des CTI beziehungsweise den Kontinuitäten von der CTR zum CTI ist bereits erfolgt, kann im Rahmen dieser Studie allerdings nicht mehr abgebildet werden. Es ist geplant, eine selbständige Untersuchung hierzu in einer separaten Publikation zu veröffentlichen.

489 Walter Rimarski / Max Pfender, Stellungnahme des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA) zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit ihrer Vereinigung, 30.1.1950, S. 7, BArch, B 102/36888.

40 ausgewählten Mitarbeitern bestehenden „Kerns der CTR“ unter der Führung des ehemaligen Präsidenten, dass das an diese Personen geknüpfte Fachwissen und damit die notwendige Arbeitsgrundlage für eine künftige Existenz als IV. Hauptabteilung des MPA zunächst gesichert werden konnte. Knapp zwei Wochen nach der offiziellen Zusammenführung der Reichsanstalt mit dem MPA hielt Rimarski in der Abteilungsleitersitzung am 13. August 1945 einen Bericht „über die frühere Tätigkeit und jetzigen Pläne der CTR, wie sie sich aus dem Zusammenschluss mit dem Amt ergeben.“[490] Nachdem er den Einsatz der Abteilungen „Technische Gase“ und „Explosive Stoffe“ als „aussichtsreich“ beurteilt hatte, da die „Überwachung und Beratung als notwendig anerkannt“ seien, und auch der „Schweißbetrieb mit schweißtechnischer Arbeitsgemeinschaft möglich“ sei und „als Reparaturbetrieb Einnahmen“ brächte, sprach er in der Sitzung ein Thema an, das im Protokoll mit gerade einmal fünf Worten zu Papier gebracht worden war, tatsächlich jedoch einen der auch noch in den darauffolgenden Jahrzehnten in erinnerungskultureller, identitätspolitischer und traditionsstiftender Hinsicht wesentlichen Aspekte der Nachgeschichte der Reichsanstalt berührte: „[Der] Name CTR soll nicht verschwinden.“ Der Name verbürgte offenbar für die Mitarbeiter die Kontinuität ihrer Arbeit für „Volk und Vaterland“ über alle Systembrüche hinweg. MPA-Präsident Siebel stimmte dem zu und sprach sich für die Verbindung beider Namen aus, wobei über die Art und Weise noch beraten werden sollte. Auch der Vertrauensausschuss, dem Wilhelm Blumenthal vorstand und der wohl die Belegschaft des Amtes bei den Abteilungsleitersitzungen repräsentierte, „begrüßte die CTR“ und führte aus:

> „Es müsse im Amt nicht nur an der Inbetriebnahme sondern auch am Wiederaufbau des Staates gearbeitet werden. Die Betreuung des MPA sei schon sehr schwierig, aber der Ausschuss sei auch bereit, für die CTR zu sorgen. Die Unterschiede in der Arbeitsweise könnten durch kameradschaftliche Zusammenarbeit ausgeglichen werden, damit gemeinsam alle Schwierigkeiten überwunden würden.“[491]

490 Alle Zitate im Folgenden: Abteilungsleitersitzung am 13.8.1945, BAM-Archiv, Zweites Kellergeschoss, Ordner: Abt.-Leiter-S., Monatsberichte I. H.A. vom Juni.

491 Die Kameradschaftlichkeit als Leitwert wurde während der gesamten Nachkriegszeit vielfach im Amt insgesamt verbalisiert. Zur Bedeutung der Kameradschaft in Militär und Gesellschaft siehe Kühne, Zwischen Männerbund und Volksgemeinschaft, 1998; Neubauer, Eine solidarische „Volksgemeinschaft“?, 2020.

Was hier bei den Ausführungen des Vertrauensausschusses im Kontext der Begrüßung der Neuankömmlinge anklang, entsprach dem Tenor, auf den insbesondere Blumenthal die Belegschaft immer wieder einzuschwören versuchte, nämlich der zur Überwindung der zeitbedingten Schwierigkeiten notwendigen kameradschaftlichen und gemeinsamen Zusammenarbeit zugunsten des für das MPA-Kollektiv formulierten Ziels des Wiederaufbaus des Amtes und gleich ganz Nachkriegsdeutschlands. In diesem Sinne musste auch die Integration eines Großteils des wichtigsten Mitarbeiterstabes einer der größten und bedeutendsten Ressortforschungseinrichtungen als ein Zugewinn für das MPA beurteilt werden. Die Erweiterung der Forschungs-, Arbeits- und Zuständigkeitsgebiete eröffnete für das Amt die Möglichkeit einer weiteren Konsolidierung, da es nun ein wesentlich breiteres Spektrum an Angeboten für Bedarfsträger aus dem staatlichen-politischen, industriellen und perspektivisch auch aus dem militärischen Bereich abdecken konnte. Wenige Jahre später resümierten Rimarski und Pfender den Zusammenschluss als „sachlich zweckmäßige und organisatorisch gelungene Vereinigung der CTR und des MPA zum Vorteil beider mit noch gesteigerter Bedeutung dieser schon früher bedeutendsten Anstalten dieser Art".[492] Dass neben dem Neuaufbau einer IV. Hauptabteilung für „Technische Gase und explosive Stoffe", in der die ausschließlich für die CTR spezifischen Arbeitsgebiete zusammengefasst worden waren, auch eine nicht geringe Anzahl der ehemaligen CTR-Mitarbeiter mit den anderen Abteilungen des MPA „durchmischt" wurden, zeigt die in einigen Fällen deutliche Überschneidung der Arbeitsgebiete. Der Charakter der Ressortforschung, die sich verschiedenster wissenschaftlicher und technischer Disziplinen und Subdisziplinen sowie mannigfaltigen Handwerken bedient und diese sodann durch Anwendungs- und Erfahrungswissen auf die spezifischen Bedürfnisse der jeweiligen Ressortforschungsdisziplin hin formt, bedingte im Falle der CTR und

492 Walter Rimarski/Max Pfender, Stellungnahme des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt (CTR) vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (MPA) zur Frage der Recht- und Zweckmäßigkeit ihrer Vereinigung, 30.1.1950, S. 10, BArch, B 102/36888. Zu beachten ist hierbei, dass die Stellungnahme von Rimarski und Pfender, wie bereits der Titel anklingen lässt, als Antwort auf eine Infragestellung dieser Vereinigung zu verstehen ist und dementsprechend einen in einem besonderen Maße verteidigenden und den Erfolg der Zusammenführung betonenden Charakter hat.

des MPA eine „sachliche und organisatorische Verwandtschaft“,[493] die gerade deshalb vergleichsweise eng war, weil sie sich für die Arbeit in ihren Institutionen beide mitunter denselben fachlich-beruflichen und disziplinären Grundlagen bedienten, so beispielsweise der Schweißtechnik, (Fein-)Mechanik, Chemie oder der Werkstoffforschung und -prüfung. Die inhaltlichen Überschneidungen der Fachgebiete hatten auch schon vor und während des Krieges zur gelegentlichen Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern der CTR und des MPA etwa durch eine gemeinsame Arbeit in Ausschüssen, Gremien oder Projekten geführt, sodass sich am 1. August 1945 in den Hallen des MPA zum Teil alte Bekannte begegneten. In einem privaten Brief des zu diesem Zeitpunkt bereits seit fast zehn Jahre pensionierten Rimarski an den Präsidenten Max Pfender vom Dezember 1959 schrieb er über den Zusammenschluss ihrer Institute:

> „[…] Daß die Männer der C.T.R sich so gut bewährt haben, war für mich eine besondere Freude. Ich wußte es von vornherein, daß die M.P.A. mit der Übernahme von C.T.R.-Angehörigen einen Stab tüchtiger Mitarbeiter bekommen hatte, die auf ihrem Fachgebiet vollkommen zu Hause sind und ihren Mann stehen. Ich wußte aber auch, daß sie, rein menschlich gesehen, wertvoll sind und korrekt ihren Beruf ausüben werden. Das gilt sowohl für die Beamten als auch für die Angestellten und Arbeiter. Ich habe immer den größten Wert darauf gelegt, daß das Treueverhältnis zwischen diesen Gruppen freundschaftlich und vertrauensvoll sein mußte, weil nur auf diese Weise eine angenehme Zusammenarbeit gewährleistet sein konnte. Daß dieses Ziel erreicht wurde, zeigt die auch heute noch bestehende Liebe zur alten C.T.R., und das ganz reibungslose und taktvolle Hineinwachsen ihrer Angehörigen in die neue Umgebung, sowie die Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen mit dem M.P.A., soweit solche nicht schon vorhanden waren. Deshalb freue ich mich von Ihnen zu hören, daß Sie den Einsatz der C.T.R. Kräfte auf Grund ihrer Erfahrungen ebenso günstig beurteilen, wie ich es mir nach meinem Ausscheiden im Stillen gewünscht habe.“[494]

493 Ebd., S. 8.

494 Walter Rimarski an Max Pfender, [23].12.1959, BAM-Archiv, Fach 37-1.

Ob auch die anderen Belegschaftsmitglieder des Amtes und der CTR die Integration der einstigen Rüstungsbehörde im selben Maße durchweg so positiv beurteilten, wie Rimarski dies hier schildert, ist aufgrund der Quellenlage nur schwer nachzuvollziehen. Diejenigen Dokumente, die vorliegen, stammen vornehmlich von den Präsidenten oder dem Betriebsratsvorsitzenden des MPA, was zum einen rein zahlenmäßig nur einen Bruchteil der Gesamtbelegschaft repräsentiert. Zum anderen sind viele Dokumente offiziösen Charakters und dienen einer bestimmten Agenda. Einige wenige Hinweise auf ein Problem, das es aufseiten der Belegschaft des MPA offenbar zeitweise mit einem ehemaligen CTR-Mitglied gab, findet sich in den Aufzeichnungen Max Pfenders. Dabei handelte es sich um niemand geringeren als den vormaligen Präsidenten der Reichsanstalt selbst, Walter Rimarski. Knapp ein Jahr nach Ende des Krieges notierte Pfender am 20. Juni 1946: „Mitt. Blumenth.: Bel. Amt geg. Rim. Weiterbeschäftigung nicht genehmigt“.[495] Trotz dieser aufkeimenden Spannungen während des ersten Nachkriegsjahres, die an anderer Stelle noch einmal aufzugreifen sind, schien die Eingliederung der CTR in das MPA vor allem wohl danach beurteilt worden zu sein, inwieweit deren Mitglieder zu einer Erweiterung des Aufgaben- und Tätigkeitsbereichs und damit zu einer Konsolidierung des Amtes beitrugen, um das als oberstes Ziel formulierte „Überleben in Berlin“ der nun vereinigten Häuser zu ermöglichen. Die Mitarbeiter mussten aber nicht nur in die Zukunft blicken, sondern notgedrungen auch in die Vergangenheit, denn die NS-Zeit blieb auch im Wiederaufbau ein wichtiges Thema.

495 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 20.6.1946, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

3 Die Neuformierung der MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft

3.1 Grenzwertbestimmungen „nazistische[n] Einfluss[es]“ beim internen Umgang mit ‚Belasteten‘

Dass in „beiden deutschen Staaten kein einfaches Verschweigen oder ‚Verdrängen‘ der NS-Zeit und des Zweiten Weltkrieges statt[fand]“ und dies wegen „der vielfältigen Nachwirkungen der Jahre 1933 bis 1945 in Politik und Alltagsleben [...] auch gar nicht möglich gewesen“ war, man vielmehr nicht umhin kam, „für den Umgang mit dem Nationalsozialismus Handlungsweisen und Sprachregelungen zu finden“,[496] zeigte sich auch im MPA bereits in den ersten Wochen und Monaten nach Ende der Kampfhandlungen, wo „von einem großen Schweigen [...] keine Rede sein“[497] konnte. Der Umgang mit den noch im Amt verbliebenen ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und/oder weiteren NS-Organisationen war dabei ein wesentlicher Bestandteil des Übergangs in die Nachkriegszeit. Der vorliegenden Untersuchung geht es dabei nicht „um Quantifizierung von NS-Belastung, sondern um Qualifizierung.“[498] Das bedeutet, der Fokus liegt nicht vorrangig auf dem „Ausmaß personeller Kontinuitäten, sondern auf [den] weiterführenden Fragen, wie ‚NS-Belastung‘ zu verschiedenen Zeiten [...] definiert und thematisiert wurde und welche Konsequenzen personelle und mentale Kontinuitäten für das Handeln bestimmter Akteure hatten.“[499]

496 Kirsch, „Befreiung“ und/oder „Niederlage“?, 2005, S. 65.

497 Schildt, Umgang mit der NS-Vergangenheit, 1998, S. 21. Dass eine „Wahrnehmungsverweigerung“ gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht stattfand, betont auch Wolgast, Wahrnehmung des Dritten Reiches, 2001, S. 331, wenngleich diese Wahrnehmung „partiell und selektiv [war], zudem deutlich von je personal- und klientelspezifischen Interessen geleitet“ gewesen sei.

498 Creuzberger/Geppert, Ämter und ihre Vergangenheit, 2018, S. 184, und im Folgenden.

499 Auf den „Begriff der ‚Belastung‘ [...] als eine zeitgebundene und relationale Kategorie“ verweisen auch Bösch/Wirsching, Erfahrene Männer, 2018, S. 165. Zur Debatte um quantifizierende und qualifizierende Ansätze bei der Untersuchung von NS-Belastungen im Zuge der in den letzten Jahren zahlreich vorgenommenen Aufarbeitungsstudien allg. auch Bajohr/Hürter,

Eine der wichtigsten Institutionen des MPA in diesem Zusammenhang war sein Vertrauensausschuss. Dieser war „gleich zu Beginn der vom Kommandanten angeordneten Arbeiten gebildet worden", also vermutlich Ende Mai oder Anfang Juni 1945, wurde in „Fühlungnahme mit dem Antifa-Komitee im Rathaus Steglitz [...] bestätigt und arbeitet[e] seitdem."[500] Bei der Besetzung des Ausschusses hatten die Verantwortlichen wohl darauf geachtet, diejenigen Gruppen zu repräsentieren, „so wie sie praktisch im Amt beschäftigt sind: 2 Arbeitern, 2 Angestellten, 2 Beamten."[501] Diese sechs „Vertrauensleute" waren: *Erstens*, der Vorsitzende des Vertrauensausschusses und Unterzeichner des Memorandums: Der Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Blumenthal. *Zweitens*, der Stellvertretende Vorsitzende des Vertrauensausschusses, der Techniker Paul Jonas, seit 1910 im Amt, der im Jahre 1932 Stellvertretender Vertreter der Mittleren Technischen Beamten im Beamtenausschuss des StMPA[502]

Auftragsforschung »NS-Belastung«, 2016; Steuwer, „Zweiundvierzig", 2021; Jessen, Reiz und Risiko der Selbsthistorisierung, 2020; Weise, „Mehr als Nazizählerei", 2021.

500 Erich Siebel / Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde, an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz, Abt. Betriebserfassung und Beratung, Betr. Erster Bericht über die Arbeit des Staatl. Materialprüfungsamtes, Berlin-Lichterfelde, 7.6.1945, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: Tätigkeitsberichte MPA von August 1945 bis November 1948. Einen ähnlichen Fall beschreibt Norbert Becker in seiner Analyse der Entnazifizierung der TH Stuttgart. Hier war seit Mitte Juli 1945 ein „Reinigungsausschuß" tätig, der ebenfalls „anhand der nun beginnenden Fragebogenaktion der amerikanischen Militärverwaltung einen Überblick über die politische Belastung" zahlreicher Mitglieder der Hochschule, vornehmlich der Professoren, erstellte. Auch zu diesem Ausschuss sind kaum Akten erhalten, sodass unter anderem unbekannt ist, welche Personen den Ausschuss bildeten, Becker, Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart, 2004, S. 35. Zu den Antifa-Ausschüssen siehe Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, 1995, S. 380; Rupieper, Amerikanische Besatzungspolitik, 1999, S. 38 f.; Niethammer, Antifa-Ausschüsse 1945, 1975; Benz, Potsdam 1945, 2005, S. 172.

501 Erich Siebel / Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde, an das Arbeitsamt Berlin-Steglitz, Abt. Betriebserfassung und Beratung, Betr. Erster Bericht über die Arbeit des Staatl. Materialprüfungsamtes, Berlin-Lichterfelde, 7.6.1945, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: Tätigkeitsberichte MPA von August 1945 bis November 1948.

502 Bode, Beamtenausschuß des StMPA, 6.1.1932, BAM-Archiv, Akten des StMPA, AZ 9.

und nach dem Krieg Zweiter Vorsitzender des Betriebsrates geworden war. *Drittens*, der Verwaltungsangestellte Franz Nitsch, der 1928 in das Amt eingetreten war.[503] *Viertens*, Siegfried Lübner, seit 1912 im Amt und Feinmechaniker(Meister).[504] *Fünftens*, der 1922 in das Amt eingetretene Prof. Dr.-Ing. Rudolf Nitsche, zu dem Max Pfender notierte: „Problem Nitsche: 1. NS-Zeit 2. Umbruch, KPD → SED".[505] *Sechstens*, der Technische Gehilfe in der Werkstoffbiologie, Franz Lesch, der 1942 in das StMPA eingetreten war.[506]

503 Franz Nitsch (*1888), 1928 Eintritt in das StMPA, dort [Zeitpunkt unklar] Technischer Angestellter im Fachbereich „Natursteine" der Abteilung „Nichtmetallische Baustoffe" der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen" des StMPA, 1945 Übernahme in das MPA als Angestellter in der Verwaltung, spätestens 1946 Angehöriger des Verbandes öffentlichen Betriebe, 1951 Assistent für die Buchhaltung, 1964 Ruhestand; Handakte Hummel, Mitarbeiterliste vom Oktober 1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Delegierten-Wahl. Nachtrag, in: Mitteilungsblatt des MPA 2 (Februar 1946), S. 5, BAM-Archiv, Fach 15-1; Geschäftsverteilungsplan, Stand vom 1.2.1951, BAM-Archiv; Disposition der Neujahrs-Ansprache 1965 von Prof. Dr. M. Pfender am 4.1.1965, BAM-Archiv, Fach 14-1, Ordner: BAM Allgemeines 1964–1966.

504 Siegfried Lübner (*1891), Ausbildung als Feinmechaniker, 1912 Eintritt in die Abteilung für Allgemeine Chemie des KMPA, 1918 Frontkämpfer in Frankreich, 1923 Abteilung für Kautschuk und Verschiedenes der Hauptabteilung für Organische Stoffe, 1938 Fachgruppe „Kunststoffe" der Abteilung „Kunst- und Anstrichstoffe" in der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe", 1939 Antrag auf Uk-Stellung, 1945 Übernahme in das MPA als Mechaniker im Technischen Betrieb, mindestens 1955 noch als Technischer Angestellter in der Metallwerkstatt der BAM; Lübner, Lebenslauf, 5.3.1938, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]; Rudolf Nitsche an Georg Jesse, Betr. Antrag auf Unabkömmlichkeiten für den techn. Angestellten Lübner, 12.10.1939, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; Namensliste zum Organisations- und Stellenplan der BAM, Stand 1.8.1955, BAM-Archiv.

505 Vgl. zu Rudolf Nitsche ausführlich Kapitel 2.2.

506 Franz Lesch (1896–1985), 1942 Eintritt in das StMPA, 1945 Übernahme in das MPA als Technischer Gehilfe bei werkstoffbiologischen Versuchen, spätestens 1946 Angehöriger des Verbandes der öffentlichen Betriebe, 1954 Übernahme in die BAM, 1961 Ruhestand; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel,

Dass sich die personelle Besetzung des Ausschusses mit der des Betriebsrates überschnitt, mag angesichts des Ansehens und Vertrauens, das vor allem Blumenthal aufgrund seines biografischen Kapitals als bereits ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und Sozialdemokrat innerhalb der Belegschaft entgegengebracht wurde, nicht verwundern.[507] Am 3. September 1945 gab der Vertrauensausschuss des MPA eine Stellungnahme ab, deren Text in mehreren Sitzungen zwischen dem 23. und 27. August erarbeitet worden war. Diese Stellungnahme befasste sich „mit der Charakterisierung der im Amt verbliebenen ehemaligen Mitglieder der NSDAP (im weiteren kurz Pg. genannt)".[508] Anlass zu der Stellungnahme mit dem Titel: „Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP" war der von der Stadt Berlin herausgegebene Personalfragebogen. Das Memorandum gliederte sich in zwei Teile, die sich grundsätzlich mit dem Problem einer möglichen Weiterbeschäftigung belasteter Personen auseinandersetzten und hierbei allgemeine, sachliche und politische Kategorien unterschieden sowie auch auf „Einzelfälle" eingingen. Einleitend legte Blumenthal, dessen Unterschrift das Memorandum vom 29. August trug, seine Überlegungen bezüglich der von ihm federführend

---

Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Delegierten-Wahl. Nachtrag, in: Mitteilungsblatt des MPA 2 (Februar 1946), S. 5, BAM-Archiv, Fach 15-1; Franz Lesch†, in: BAM-Information 1 (1985), S. 13, BAM-Archiv, Fach 3-2.

507 Ob im MPA eine Wahl zur Besetzung des Betriebsrates erfolgt war, ist nicht festzustellen. Milert/Tschirbs, Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz, 1991, S. 56, weisen darauf hin, dass diejenigen, „die als ‚Betriebsräte' oder ‚Betriebsausschüsse' die ersten Initiativen ergriffen, [...] in der Regel keine Sprecher [waren], die durch Belegschaftswahlen legitimiert waren, sondern sie waren zumeist durch Verständigung in der Belegschaft anerkannt". Weiter hatten es sich die Betriebsräte, neben den „Antifa-Ausschüssen", ebenfalls recht bald nach Kriegsende zur Aufgabe gemacht, „ihre Arbeitsstätten zu entnazifizieren", wobei auch sie zwischen „aktiven Nationalsozialisten" und sogenannten „Mitläufern" unterschieden, wie dies auch im Falle des Vertrauensausschusses des MPA der Fall war, Fichter, Betriebsräte, 1990, S. 504 f.

508 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 1, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

getroffenen personalpolitischen Entscheidungen offen, welche die Weiterbeschäftigung oder Übernahme von Mitarbeitern des MPA, der Reichs-Röntgenstelle und der CTR betrafen. Es ist davon auszugehen, dass der Vertrauensausschuss mit dem Memorandum eine Stellungnahme abgab, die sich vornehmlich an die übrigen Belegschaftsmitglieder des Amtes richtete, also als eine interne Rechtfertigung fungierte. Diese war möglicherweise deshalb notwendig geworden, da es offenbar interne Diskussionen um die Personalpolitik in Bezug auch auf ehemalige „Pg's" gegeben hatte. Dies würde erklären, warum Blumenthal noch einmal ausdrücklich die Beweggründe für die „Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP" darlegte und dabei zugleich einen appellierenden Ton anschlug, der für sämtliche Reden und Schriften des Betriebsratsvorsitzenden charakteristisch war. Denn in seiner gesamten Rhetorik dominierte, trotz einer ostentativen Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, dennoch der Aufruf, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, nämlich die Überwindung der zeitbedingten Herausforderungen und Probleme.

Vor dem „Zusammenbruch" habe der Anteil der „Pg's" in der Gesamtbelegschaft des Amtes bei rund 25 Prozent gelegen, so Blumenthal, wobei der Vertrauensausschuss sich seit der Aufnahme seiner Arbeit darüber im Klaren gewesen sei, „dass dieser Prozentsatz unter keinen Umständen bei einer stark verringerten Belegschaft aufrechterhalten werden" dürfe und dieser „nazistische Einfluss [...] auf ein Mindestmass beschränkt bleiben" müsse. „Ebenso" – wohlgemerkt wurde das darauffolgende durch die Auswahl dieses Adverbs als ein der Beschränkung des „nazistische[n] Einfluss[es]" gleichrangiger Beweggrund für die personalpolitischen Entscheidungen vorgestellt – sei sich der Ausschuss darüber klar, „dass ein sofortiges Ausscheiden aller Pgs. den Arbeitseinsatz des Amtes im Augenblick sehr stark beeinflussen würde." Dass die Entscheidungen des Ausschusses mit dem Präsidenten abgesprochen waren, der sich mit diesem vorab ins Einvernehmen gesetzt hatte, mag angesichts der schon im Juni 1945 bei der von Siebel und Blumenthal für die zur Weiterbeschäftigung ausgewählten Mitarbeiter gemeinsam vertretenen Leitlinie nicht überraschen. Diese Tatsache verlieh der Stellungnahme ein ungleich höheres Gewicht, da diese – wie der Text explizit machte – ‚von oben' abgesegnet worden war. Auf die im allgemeinen Teil des Memorandums grob umrissene Schilderung der

Situation folgten die zwei Abschnitte „Sachliches“ und „Politisches“.[509] Bereits die Auflistung dieser beiden Aspekte als zwei separat angeführte Unterpunkte deutet an, dass sie mindestens bis zu einem gewissen Grad als getrennt voneinander gedacht und behandelt wurden und offenbar auch von den Rezipienten des Memorandums als getrennt voneinander betrachtet werden sollten. Was dadurch nun vornehmlich in den Vordergrund gerückt wurde – und was seit Ende des Krieges ebenso wie in den darauffolgenden Jahren die Gretchenfrage bei sämtlichen personalpolitischen Entscheidungen bildete –, war die Frage danach, wie diese beiden Bereiche gegeneinander abzuwägen seien. Die Beweggründe, so im Abschnitt „Sachliches“ dargelegt, die zu einer Weiterbeschäftigung einzelner NSDAP-Mitglieder geführt hätten, lägen „einzig und allein auf der wirtschaftl[ichen] Seite des Amtes“, wofür „[w]ohl oder übel“ einige „Pg's“ im MPA hätten verbleiben müssen, „die in ihrem Fachgebiet anerkannte Wissenschaftler und im Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft z[ur] Z[ei]t unersetzlich“ wären.[510] Obwohl man sich der Tragweite dieser Entscheidungen durchaus bewusst gewesen sei, war sich der Ausschuss

> „aber mit dem Präsidenten des Amtes dahin einig, dass man in der völlig zerrütteten deutschen Wirtschaft durch übereilte Massnahmen nicht noch Fachgebiete eingehen lassen sollte, die für den Wiederaufbau von grösster Bedeutung sein würden. Der Sinn der Zeit liegt ja nicht im ungewissen Experimentieren, sondern im bewussten Handeln.“

Was hier *in nuce* zum Ausdruck kam, kann als geradezu paradigmatisch nicht nur für die Einstellung der Leitung und des Betriebsrats des MPA, sondern auch für die Haltung und Mentalität weiter Teile der deutschen Gesellschaft nach Ende des Krieges gelten, bei welcher Wiederaufbau und Sicherheit (hier implizit ausgedrückt als Gegenstück zu einem „ungewissen Experimentieren“) im Vordergrund standen. Erwartungssicherheit und -stabilität sollten Vertrauen stiften und leiteten deshalb einen pragmatischen Umgang mit Belasteten an. Dass man dem MPA als eine seit jeher vorrangig im und für den wirtschaftlichen Bereich wirkende Ressortforschungseinrichtung vonseiten der führenden Akteure

509 Ebd., S. 1 f.
510 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 1.

im Amt selbst eine diesbezüglich größere Verantwortung zuzusprechen schien, musste diese allgemeine Wiederaufbau-Mentalität noch verstärken, wohlgemerkt ohne dabei einen Zusammenhang zwischen der Verantwortung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg, zugunsten dessen sich auch das MPA bis 1945 engagiert hatte, und der nun „völlig zerrütteten Wirtschaft" zu benennen. Der darauffolgende Abschnitt des Memorandums unter dem kurzen Titel „Politisches" ist insofern von besonderem Interesse, als sich hier bereits andeutete, nach welchen Kriterien ehemalige Mitglieder der NSDAP und Mitarbeiter des Amtes als derartig ‚belastet' beurteilt wurden, dass sie als nicht mehr tragbar für eine weitere Beschäftigung erachtet wurden und denen folglich eine Entlassung ausgesprochen wurde. So sei sich der Ausschuss darüber klar gewesen, „dass es für stark belastete Pgs. nur eines geben konnte: sofortige Entlassung. Diese Massnahme wurde auch strikt durchgeführt."[511] Die Namen der „Pg's", die „aggressiv in Erscheinung getreten" oder „die stark syphatisierten [sic!] und herausfordernd aufgetreten waren" und die aufgrund dieser zwei Kriterien der Belastung gekündigt worden waren, verschwieg das Memorandum. Jedenfalls sei für diese Personen „in einem antifaschistisch neuzeitlichen Betriebe kein Platz mehr". Im Sprachgebrauch wird deutlich, wie schnell der Ausdruck „antifaschistisch" als neue Norm übernommen wurde. Diese Norm[512] definierte rückwirkend, welches Verhalten angemessen war, wer also angesichts dessen noch beschäftigt werden konnte und wer nicht. Interessant ist, dass die „antifaschistische" Gegenwart als neuzeitlich beschrieben wurde, dementsprechend erschien der Nationalsozialismus als eine Vergangenheit, die selbst nicht mehr ‚auf der Höhe der Zeit' war. Hier verbanden sich argumentativ also normative Forderungen und temporalhistorische Argumente miteinander. Eine Art Grenzwertbestimmung für den nationalsozialistischen Einfluss im Amt war bereits zu Beginn der Stellungnahme im Abschnitt „Allgemeines" vorgenommen worden,[513] indem Blumenthal ausführte, dass, wenngleich dieser – in der Analogie der Grenzwerte bleibend – grundsätzlich schädliche oder giftige Einfluss zwar auf ein

511 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 2.

512 Vgl. zum Normbegriff die Einleitung sowie bes. Kapitel 3.2.

513 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 1, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

Mindestmaß beschränkt bleiben müsse, „[w]ohl oder übel" gewisse „Pg's" aus wirtschaftlichen Beweggründen zugunsten des MPA hätten weiterbeschäftigt werden müssen und als zumutbar erachtet wurden. In Zahlen drückte Blumenthal die bis zu diesem Zeitpunkt getroffene Auswahl zwischen zu entlassenden und zunächst weiter zu beschäftigenden ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, über die es die im zweiten Teil des Memorandums dargelegten Einzelfallbeurteilungen gegeben hatte, wie folgt aus: „Anstatt 25% im alten Betrieb sind es nur 10% Pgs. im neuaufgezogenen Werk."[514] Dass diesen noch im Amt verbliebenen „Pgs" vonseiten des Vertrauensausschusses, der von der personellen Besetzung im Prinzip dem Betriebsrat entsprach, eine gewisse Skepsis und Distanz entgegengebracht wurde, schien besonders in solchen Situationen der Fall gewesen zu sein, in denen es um dezidiert politische Angelegenheiten ging. Dies sprach das Memorandum bemerkenswerterweise auch offen an und nahm eine klare Wertung vor. Die neue Zusammensetzung der Belegschaft evaluierte das Memorandum als eine „gute", da diese „von den Aufgaben des Tages durchaus durchdrungen" sei. Von der Gesamtbelegschaft seien zwei Drittel der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert und „nur ein Drittel steh[e] noch abseits, wobei die meisten ehemaligen Pgs. noch nicht für berufen genug befunden wurden, aufgenommen zu werden."

Bevor das Memorandum auf die Beurteilung der Einzelfälle zu sprechen kam, legitimierten zwei Absätze die im Vertrauensausschuss getroffenen Entscheidungen. Abermals wurde hierbei MPA-Präsident Erich Siebel angeführt. Die Zusammenarbeit mit ihm „führte in allen entscheidenden Fragen zur Einigung; die Grundsätze des Ausschusses erkannte er stets an und versuchte sie nach besten Kräften mit den Gegebenheiten des Amtes in Einklang zu bringen." Die alleinige Nennung Siebels schien, wie dies zu Beginn der Stellungnahme erfolgt war, dem Autor oder den Autoren des Memorandums offenbar nicht auszureichen, um dem Ausschuss und den von ihm getroffenen Beurteilungen größeres Gewicht und Legitimation zu verleihen. Mit den wenigen Worten: „ist kein Pg." ordnete der Text Siebel politisch ein und erhob ihn so, zumindest innerhalb des MPA in Berlin-Dahlem,[515] in den Kreis

514 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 2.

515 Die MPA in Stuttgart sah dies ganz anders, wie noch am Entnazifizierungsvorgang Siebels gezeigt wird, vgl. Kapitel 4.

derjenigen, die nach Ende des Krieges aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Nicht-Belastung eine besonders große Deutungsmacht besaßen. Dass bei der Einordnung Siebels überdies betont wurde, er sei „parteilos und in erster Linie Wissenschaftler“,[516] folgte nicht zuletzt der vielfach verbreiteten Vorstellung einer wechselseitig exklusiven Dichotomie zwischen Wissenschaft und Politik, die gerade im Laufe der Nachkriegsjahre von einem Gros der Angehörigen der Wissenschaft selbst in einem besonderen Maße bemüht wurde, um durch eine solche konstatierte Unvereinbarkeit eine eigene politische Belastung während des Nationalsozialismus von vornherein auszuschließen. Nach dieser Vorstellung war man entweder Wissenschaftler oder aber Nazi, nie jedoch beides in Personalunion. Der Abschnitt schloss mit einer Eigenverortung des Vertrauensausschusses, „der sich berufen fühlt, die Geschicke dieses in der ganzen Welt bekannten Materialprüfungsamtes unter den jetzigen schwierigen Zeitumständen mitlenken zu helfen“ und sich „nur aus anerkannten Antifaschisten“ zusammensetze. Dabei muss festgehalten werden, dass diese Zuordnung zumindest im Fall von Nitsche eher das Resultat einer nach Ende des Krieges vollzogenen biografischen Umkehr war. Zuletzt folgte eine Art Neutralitätsbekundung des Ausschusses: „Er [sei] sich seiner Verantwortung bewusst und [habe] in der so heiklen Frage der Pgs. ohne Ansehen der Person entschieden.“

Die Einleitung der „Beurteilung der Einzelfälle“ ist insofern von besonderem Interesse, als sie präzise Antworten auf eine der wohl bedeutendsten und gleichzeitig problematischsten Fragen der Nachgeschichte des Nationalsozialismus aus Sicht der hierfür in die Verantwortung gehobenen Akteure gibt: Wer muss als ‚belastet‘ gelten und was zeichnet eine derartige ‚Belastung‘ aus? Was hier zum Ausdruck kam, rückt verstärkt die erfahrungsgeschichtliche Dimension[517] der Zeitgenossen in den Fokus und zeigt, dass diese mitunter eigene Kategorien der Belastung hervorbrachten, die in Teilen von jenen der alliierten Besatzungsmächte abwichen. Dass die reine Mitgliedschaft in der NSDAP bei der

516 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 2, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

517 Zum Erfahrungsbegriff siehe Buschmann/Carl, Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges, 2001, S. 17.

„Abwägung der Einzelfälle“[518] nicht zwangsläufig zu einer Beurteilung des Betroffenen als ‚belastet‘ führte, wurde einleitend vorangestellt, bevor die eigenen Kategorien, nach denen bei der Abstimmung durch die Ausschussmitglieder verfahren worden war, ausgeführt wurden:

> „Es ist zu unterscheiden zwischen nicht belasteten und belasteten ehemaligen Parteimitgliedern. Als belasteter Parteigenosse ist derjenige zu bezeichnen, der in der Partei eine Funktion ausgeübt oder sich sonst aktiv im nazistischen Sinne betätigt hat durch: Propaganda, auffälliges Reden und stures Heil-Hitler-Grüssen, versteckte Drohungen, unkollegiales Verhalten.“

An die „Festlegung dieser Richtlinien“, nach denen der Ausschuss in den Sitzungen in die „Diskussion der Einzelfälle“ getreten war, schloss sich noch einmal eine Art Neutralitätserklärung an, die im Grunde betonte, man habe über den jeweils betroffenen Mitarbeiter abgestimmt, ohne dabei andere äußere Faktoren oder taktische Erwägungen einfließen zu lassen. So sei man bei der Diskussion „nicht auf die vom Magistrat der Stadt Berlin angeregte Stellung eines Ersatzmannes für jeden Pg. ein[gegangen], auch nicht auf die befristete Zeit der Weiterbeschäftigung dieses Pgs., sondern wandte sich einzig und allein seiner politischen Aufgabe zu.“ Da zu den Sitzungen des Ausschusses leider keine weitere Überlieferung vorliegt, ist eine Rekonstruktion seiner Arbeit nur bedingt möglich und muss sich daher allein auf das in der Stellungnahme Niedergeschriebene stützen. Insgesamt wurde über 13 noch im Amt verbliebene Mitarbeiter des MPA und der ehemaligen CTR eine „eingehende Debatte“ geführt und darüber abgestimmt, ob der oder die jeweils Betroffene als „belasteter“ oder „nicht belasteter Pg.“ anzusehen sei, wobei aus dem Dokument nicht explizit hervorgeht, welche Konsequenzen sich hieraus konkret ergaben. Offenbar stimmten insgesamt neun Personen ab, von denen jedoch nur die sechs bereits genannten Angehörigen des Vertrauensausschusses namentlich ausgemacht werden können. Es ist wahrscheinlich, dass die 13 hier angeführten Personen der Anzahl der noch beschäftigten ehemaligen Mitglieder der NSDAP tatsächlich weitestgehend entsprachen, wenngleich die Möglichkeit

518 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 2, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

einer geringfügigen Abweichung eingeräumt und davon ausgegangen werden muss, dass der Ausschuss die Auswahl zur Abstimmung ausschließlich nach seinem aktuellen Kenntnisstand getroffen hatte. Die Frage, inwieweit persönliche Sympathien, kollegiale Verbindungen oder anderweitige Überlegungen letzten Endes doch Einfluss auf die Abstimmungen über die Einzelfälle hatten, kann an dieser Stelle nur aufgeworfen werden.[519] So konnte etwa eine Mitgliedschaft in der SA durchaus als ‚Belastung' gelten, war jedoch bei gewissen anderen Personen entweder nicht bekannt oder fiel nicht ins Gewicht, wie das Beispiel des Präsidenten selbst bezeugt, der trotz seiner zweijährigen SA-Mitgliedschaft gar nicht zur Abstimmung gestanden hatte. Dass gewisse Unsicherheiten bei den NSDAP-Mitgliedschaften bestanden, zeigt sich auch darin, dass in einem Abstimmungsfall handschriftlich angemerkt wurde, der Eintritt der betreffenden Person sei „z[ur] Z[ei]t nicht feststellbar, vermutlich zwischen 1935–1940".[520] Wie nun sah die „Beurteilung der Einzelfälle" aus? Der entsprechende Abschnitt dokumentierte in einem ermittlungs- und gerichtsverhandlungsähnlichen Dreischritt den vom Vertrauensausschuss festgestellten „Tatbestand", das für das jeweilige ehemalige Parteimitglied im Amt gefällte „Urteil" und die „Abstimmung", also, ob das Urteil einstimmig erfolgt war oder nicht.

Insgesamt fiel das Urteil für zehn der 13 beurteilten ehemaligen Parteimitglieder insofern positiv im Sinne einer Entlastung aus, als über sie, zumeist einstimmig, abgestimmt worden war, sie seien als „nicht belastete Pg. anzusprechen."[521] Betrachtet man die ‚Indizien', die der Vertrauensausschuss anführte und die als Entscheidungsgrundlage und Rechtfertigung für die Urteile dienten, lassen sich – in einer groben Unterteilung zusammengefasst – fünf Kategorien von Nicht-Belastung ausmachen. Diese mussten nicht sämtlich erfüllt werden, um als „nicht belastet" eingestuft zu werden; zumeist wurden für die jeweilige Person

519 Hierzu weiter Rammer, Göttinger Physiker, 2003, S. 86, der die Kollegialität oder kollegiale Verbundenheit am Beispiel der Göttinger Physiker ebenfalls als einen zentralen und wirkmächtigen Faktor bei den personalpolitischen Entscheidungen in den ersten Nachkriegsjahren identifiziert.

520 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 4, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

521 Ebd., S. 5.

ein bis drei der folgenden Kriterien festgestellt, die sich zum Teil auch nicht ganz trennscharf voneinander abgrenzen lassen: 1. Der oder die Betroffene habe ein unpolitisches oder zumindest politisch nicht auffälliges Verhalten gezeigt. 2. Der oder die Betroffene habe durch sein oder ihr nonkonformes Verhalten mit den ‚richtigen' Nationalsozialisten im Amt Anstoß erregt. 3. Der oder die Betroffene sei auf menschlicher Ebene in Ordnung. 4. Der oder die Betroffene sei der NSDAP nicht aktiv beigetreten, sondern mehr oder weniger unabsichtlich zum Mitglied der Partei gemacht worden. 5. Der oder die Betroffene habe sich während des Volkssturms zurückhaltend oder ablehnend verhalten und dadurch größeren Schaden (auch für das Amt) verhindert.

In nahezu allen Fällen, in denen ehemalige NSDAP-Mitglieder als „nicht belastet" beurteilt wurden, konstatierten die Verantwortlichen ein politisches oder aber ein politisch nicht weiter auffälliges Verhalten. Die Grundlage für die Charakterisierung eines solchen Verhaltens bildeten Formulierungen, die bei den Einzelfallbeurteilungen insgesamt kurz ausfielen und darüber hinaus recht oberflächlich gehalten wurden. Dies eröffnete nicht zuletzt die Möglichkeit einer Entlastung auch bei geringerem Kenntnisstand, wie dies besonders bei den Angehörigen der ehemaligen CTR der Fall gewesen zu sein scheint. Zugleich waren die Aussagen aufgrund ihrer Vagheit weniger angreifbar. So findet sich die Zuschreibung „Er ist politisch nie hervorgetreten und hat sich auch in keiner Weise betätigt"[522] so oder in leicht abgeänderter Form für Karl Beuche,[523]

522 Ebd., S. 4.

523 Karl Beuche (1901–1965), 1915 Lehre des Maschinenbauhandwerks, 1920 Ausbildung als Lokomotivführer bei der Deutschen Reichsbahn, 1924 Abschluss an der Eisenbahnfachschule Cottbus, 1928 Eintritt in das StMPA als Heizer und Maschinenbauer, 1936 Meisterprüfung mit anschließender Stellung als Maschinenmeister, 1.4.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7.615.750), 1945 Übernahme in das MPA als Maschinenmeister und zudem für die Instandhaltung der Gas-, Wasser- und Kanalisationsanlagen zuständig, spätestens 1953 Regierungs-Obersekretär und Leiter der Rohrlegerwerkstatt; Wilhelm Blumenthal / Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946 / 47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX / 2791279; Liste Nachweisung IV – Angestellte, die nach dem Landesbeamtengesetz Berlin eine vierjährige Bewährungsfrist, jedoch nicht die Voraussetzungen für die An-

Karl Heinz Bußmann,[524] Hermann Freude (CTR),[525] Erich Jung,[526]

stellung als Beamte nach Bundesrecht erfüllen, Anlage zu Niederschrift über die am 29. Sept. 1953 stattgehabte Schlussbesprechung hinsichtlich der Verbeamtung von Angehörigen des 1. April 1954 beabsichtigten Übernahme dieses Personenkreises in den Bundesdienst vom 30. September 1953, BArch, B 126/13141; In Memoriam Karl Beuche, in: Berliner Anmerkungen zur Materialprüfung 1 (1965), S. 12, BArch, B 102/78711.

524 Vgl. zu Karl Heinz Bußmann ausführlich Kapitel 2.2. sowie Kapitel 4.

525 Hermann Freude (*1907), Dipl. Ing., 1937 Eintritt in die CTR als Wissenschaftlicher Angestellter in der Abteilung T (Technische Gase und Schweißtechnik), 1.1.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7.910.365), in der Kriegszeit Uk-gestellt; CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 35; Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Abteilung für explosive Stoffe (T), BAM-Archiv, Fach 9-1.

526 Erich Jung (*1908), 1933 Dipl.-Ing., anschließend arbeitslos, 1933 Wissenschaftliche Hilfskraft an der TH Aachen, anschließend arbeitslos, 1934 Ingenieur-Praktikant bei Mansfeldscher Kupferschieferbergbau A.G., 1935 Planungsingenieur beim Deutschen Institut für nationale technische Arbeitsforschung und Schulung Düsseldorf, 1935 Truppingenieur beim Amt für Berufserziehung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) in Berlin, 1938 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Abteilung „Baukonstruktionen" der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen" des StMPA, 1941 Wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich „Hoch-, Tief- und Stahlbeton" in derselben Abteilung, 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2.121.639), später DAF-Walter, Tätigkeit Propaganda, in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1945 als ehemaliger „Parteigenosse" im MPA als Wissenschaftlicher Angestellter weiterbeschäftigt, 1946 Mitarbeiter im Technischen Büro für Betonsteinerzeugung Berlin, 1949 Wiedereintritt in das MPA als Wissenschaftlicher Mitarbeiter, spätestens 1953 Leiter der Fachgruppe „Untersuchung der Baukonstruktionen"; Hummel, StMPA, II. Hauptabteilung, Umlauf in der II. Hauptabteilung, 16.4.1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 1.7.1939, BArch, R 9361-I/1495; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 29; Erich Siebel an das Arbeitsamt Berlin-Zehlendorf, 12.11.1945, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46; Fragebogen Erich Jung, [6].4.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3484, A 20; CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 15, BAM-Archiv; Organisationsplan der Bundesanstalt für Materialprüfung Berlin (BAM) für das Rechnungsjahr 1958, BAM-Archiv, Fach 32-1; Max Pfender an Erich Jung, 1.10.1963, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L.

Heinrich Koenen (CTR),[527] Martin Konschak (CTR),[528] Willi Kutzner,[529]

527 Vgl. zu Heinrich Koenen ausführlich Kapitel 2.3.

528 Vgl. zu Martin Konschak ausführlich Kapitel 2.3.

529 Willi Kutzner (1909–1984), Lehre zum Mechaniker, 1928 Gesellenprüfung, 1928 Eintritt in das StMPA als Mechaniker und Schlosser, 1940 Vorhandwerker mit Aufsicht über fünf Handwerker, 1941 Technischer Angestellter in der Hauptabteilung „Metalle", 1.5.1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 4.581.215), 1945 Entlassung, 1953 Wiedereintritt in das MPA, dort verantwortlich für Entwicklung und Aufbau von Prüf- und Versuchseinrichtungen im Laboratorium „Antriebselemente und Getriebe" der Abteilung „Metalle und Metallkonstruktionen"; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung des techn. Angestellten Willi Kutzner, 6.3.1944, BArch, R 4901/14108, Bl. 193; Polizeipräsidium in Berlin an den Spruchausschuss Steglitz betr. Kutzner, Willi, geb. 5.7.09, 14.8.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-03-07, Nr. 2194–2205; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 1.7.1939, BArch, R 9361-I/2970; Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25; Willi Kutzner †, in: BAM-Information 6 (1984), S. 90, BAM-Archiv, Fach 3-2.

Elisabeth Opalka,[530] Otto Erbe,[531] und Erich Neumann.[532] Ein gewissermaßen aktiv unpolitisches Verhalten, das als Begründung zu einer Beurteilung als „nicht belasteter Pg." beitrug, schrieben die Zuständigen dabei unter anderem Beuche zu: „Festgesetzte Schulungsabende besuchte er nicht und schob für sein Fehlen stets die viele Arbeit im Amt vor" und vermied weiter „alle politischen Diskussionen".[533] Im Falle Koenens hätte dessen politische Zurückhaltung dazu geführt, dass in

530 Elisabeth Opalka (*1922), 1939 Eintritt in das StMPA, 1.4.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7.703.193), 1945 Übernahme in das MPA als Kanzleiangestellte und Sekretärin bei der Hauptabteilung II „Nichtmetallische Baustoffe"; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/31241399; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv.

531 Otto Erbe (*1894), 1924 Hilfslaborant am KWI für Metallforschung, 1933 Röntgengehilfe und Kraftwagenführer der Röntgenstelle beim StMPA, 1937 Technischer Angestellter der RRSt beim StMPA, 1941 Mitglied der NSDAP (Nr. 8.925.856), 1941 Mitarbeiter der V. Hauptabteilung „Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung" des StMPA, 1945 Übernahme in das MPA als Röntgentechniker in der V. Hauptabteilung „Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung", [1953] Ruhestand; Nachweisung der Angestellten der Reichs-Röntgenstelle beim StMPA Berlin-Dahlem zu Prüfungserinnerung 92 für 1936, GStA, I. HA, Rep. 151, Ic, Nr. 7031; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/7961509; Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem vereinigt mit der Chemisch-technischen Reichsanstalt, Gliederung des Amtes (vorläufig), 15.9.1945, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Otto Vaupel an Otto Erbe, 16.10.1945, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö.

532 Erich Neumann (*16.2.1899), 1913 Lehrling in der Abteilung für Metallographie des KMPA, 1915 Militärdienst, 1919 Leiter der metallographischen Werkstatt des StMPA, 1.5.1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 5.375.312), 1945 Übernahme in das MPA als Helfer in der Gas-Wasser-Installations-Werkstatt; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Überführung des techn. Gehilfen Erich Neumann in das Angestelltenverhältnis, 4.7.1942, BArch, R 4901/14108, Bl. 111; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/30371474; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20.

533 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 3, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden S. 3–5.

„den Kreisen seiner engsten Mitarbeiter [...] seine Parteizugehörigkeit nicht einmal bekannt" gewesen sei, so auch bei Opalka, die darüber hinaus auch „nie das Parteiabzeichen" getragen hätte.

Unter das zweite Nicht-Belastungskriterium fielen Akte der Nonkonformität, also geringfügige Normbrüche im Sinne der normativen NS-Ordnung. Die Akte präsentierten die Beurteilungen als Ausweis einer inneren, ‚eigentlich' ablehnenden Haltung, wobei als Grundlage hierfür zwei ineinander übergehende Prämissen eingeführt wurden: *Erstens*, dies ist bereits zu Beginn der Stellungnahme benannt worden und wurde hier noch einmal bekräftigt, sei von einer bloßen Mitgliedschaft nicht auf die innere Haltung rückzuschließen, weshalb *zweitens* das Verhalten der jeweiligen Person bewertet werden müsse, anhand dessen die ‚richtigen' und die nur ‚vermeintlichen' Nationalsozialisten zu erkennen seien. So machte Bußmann „auch in den letzten Jahren aus seiner ablehnenden Haltung keinen Hehl", was eine Diskrepanz zwischen einer im Grunde nur noch formal bestehenden Parteimitgliedschaft und der ‚eigentlichen' inneren Einstellung suggerierte. In der Urteilsbegründung des Ingenieurs Freude wurde dem Ergebnis, dieser sei als „nicht belasteter Pg." anzusprechen, angeschlossen: „Er hat z.B. häufig nicht mit Heil Hitler gegrüsst und ist darüber von anderen zur Rede gestellt worden."[534] Auch in der Beschreibung des Tatbestandes für den Fall der Sekretärin Opalka wurde ein derartiges Verhalten im Amt als Begründung für ihre Entlastung angeführt: „Gegen eine ihrer Mitarbeiterinnen, die als Pg. sehr aggressiv war, erhob sie stets Widerspruch und hatte beständig Schwierigkeiten."[535] Die Konstruktion des Bildes eines überzeugten Nationalsozialisten, dem man aufgrund seiner politischen Einstellung tendenziell schlechtere Charaktereigenschaften oder eine gewisse Unreife unterstellte, erlaubte *vice versa* den Rückschluss, dass das Auffinden einer Wesensart mit vornehmlich positiven Attributen selbst bei einem ehemaligen Parteimitglied eine ‚tatsächliche' NS-Gesinnung und damit eine

534 Vgl. allgemein zur Normenkontrolle im „Dritten Reich" anhand der Einführung des „deutschen Grußes" die soziologisch orientierte Untersuchung von Allert, Der deutsche Gruß, 2017.

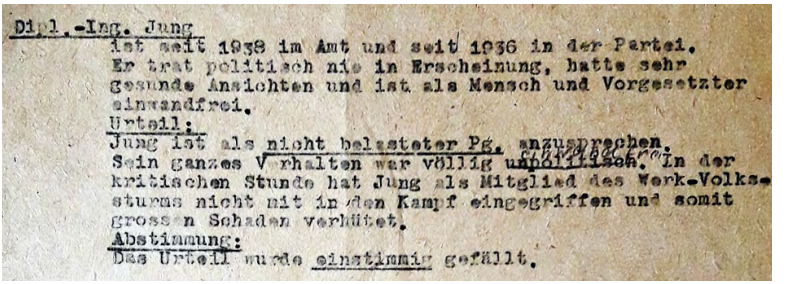
535 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 4, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden S. 3–5.

Beurteilung als „belastet" ausschließe. Paradigmatisch für solche Zuschreibungen, die sich nicht nur in dem Memorandum, sondern vielfach auch in den im Laufe des fortschreitenden Erlasses von Entnazifizierungsbestimmungen entstandenen Leumundszeugnissen oder politischen Lebensläufen abbildeten, waren Formulierungen, wie sie beispielsweise für Beuche gemacht wurden: „Er verhielt sich kollegial". Auch Neumann habe sich „stets kameradschaftlich verhalten" und Bußmann habe „[a]ls Mensch und Vorgesetzter [...] stets anständig gehandelt."[536] Es gab also offenbar Vorstellungen von Kameradschaftlichkeit und Anständigkeit, die jenseits der im „Dritten Reich" geltenden Normen in der Nachkriegszeit anschlussfähig waren oder blieben. Eine kleine, aber in diesem Zusammenhang durchaus bemerkenswerte Auffälligkeit ist bei der Einzelfallbeurteilung des Ingenieurs Jung zu erwähnen. Über Jung, der seit 1936 in der Partei und seit 1938 im MPA gewesen war, hielt die Beurteilung fest, dieser „hatte sehr gesunde Ansichten und ist als Mensch und Vorgesetzter einwandfrei."[537] Nach der Aufnahme dieses Tatbestandes folgte in dem Memorandum, das geringfügige Korrekturen erfahren hatte, wobei nicht eindeutig festzustellen ist, wer hierfür verantwortlich war, das Urteil: „Jung ist als nicht belasteter Pg. anzusprechen." Die kurze, erläuternde Urteilsbegründung hatte ursprünglich unter anderem die Formulierung: „Sein ganzes Verhalten war völlig unpolitisch" enthalten, die im Nachhinein jedoch wie folgt korrigiert wurde: „Sein ganzes Verhalten war völlig ~~unpolitisch~~ einwandfrei." Hieraus lässt sich auf zwei Aspekte schließen: Einerseits entrückte die Streichung des Unpolitischen den Betroffenen eines politischen und damit entnazifizierungsbezogenen Kontextes. Dabei suchte sie zugleich, die Aussage weniger angreifbar zu machen.

536 Zur Unterscheidung zwischen „unanständigen" und „anständigen" Nationalsozialisten siehe auch Vollnhals, Entnazifizierung: Politische Säuberung und Rehabilitierung, 1991, S. 60; Pauly, Entnazifizierung – Leitideen und Praxis, 1996, S. 331; Milert, Betriebliche Interessenvertretung, 2012, S. 344; einen moralgeschichtlichen Zugang zur Geschichte und Nachgeschichte des NS bietet Gross, Anständig geblieben, 2010.

537 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 4, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden S. 4 f.

Andererseits lässt sich feststellen, dass beide Begriffe hier wohl als austauschbar angesehen wurden; das Attribut „unpolitisch" konnte durch die Verhaltenscharakterisierung als „einwandfrei" ersetzt werden.



Dipl.-Ing. Jung
ist seit 1938 im Amt und seit 1936 in der Partei.
Er trat politisch nie in Erscheinung, hatte sehr gesunde Ansichten und ist als Mensch und Vorgesetzter einwandfrei.
Urteil:
Jung ist als nicht belasteter Pg. anzusprechen.
Sein ganzes Verhalten war völlig unpolitisch. In der kritischen Stunde hat Jung als Mitglied des Werk-Volkssturms nicht mit in den Kampf eingegriffen und somit grossen Schaden verhütet.
Abstimmung:
Das Urteil wurde einstimmig gefällt.

Abb. 3: Beispiel der Einzelfallbeurteilung des Dipl.-Ing. Erich Jung, wie sie im Memorandum des Vertrauensausschusses vom 29. August 1945 dokumentiert wurde.

Ein viertes Kriterium, das als Begründung für ein Urteil als „nicht belasteter Pg." dargelegt wurde, stützte sich darauf, dass der jeweiligen Person bescheinigt wurde, dass sie der Partei nicht aktiv beigetreten, sondern sie unfreiwillig zum Mitglied geworden sei. So sei Frau Opalka „1937 vom BDM bei der gesamten Überführung ebenfalls mit in die Partei übernommen worden."[538] Auch der Röntgentechniker Erbe, der sich „in keiner Hinsicht politisch betätigt" habe, sei 1944 nicht aus freien Stücken Parteimitglied geworden: „Seinen Parteieinsatz umging er durch seine Arbeit auf den Aussenstellen. Durch diese Aussenarbeit – 3/4 Jahr selbständige röntgenmechanische Prüfung einer verlegten Ölleitung in Rumänien im Jahre 1944 – bekam er das Aushängeschild als Pg."[539] Dass Erbe sich stets gegen einen „mehrfach von Parteistellen angetragenen Eintritt in die NSDAP gewehrt" habe, ihm jedoch „von Seiten der deutschen Sonderbeauftragten in Rumänien wegen seiner Nichtzugehörigkeit zur NSDAP Schwierigkeiten bereitet" worden seien und er daraufhin, um seine „Arbeiten im Interesse der Reichs-Röntgenstelle

538 Zu dem Problem angeblicher Übernahmen in die NSDAP Nolzen, Vom „Jugendgenossen" zum „Parteigenossen", 2009.

539 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 5, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

durchführen zu können", sozusagen notgedrungen Mitglied geworden sei, betonte noch ausführlicher sein Vorgesetzter Vaupel in einer wenige Monate später ausgestellten Bescheinigung.[540]

Ein fünftes Nicht-Belastungskriterium gründete sich auf das Verhalten der Betroffenen während des Werk-Volkssturms. So wurde im Falle Beuches angeführt, er habe als „Angehöriger des Werk-Volkssturms [...] in den kritischen Tagen bei jener Gruppe [gestanden], die den Kampf für Wahnsinn hielt."[541] Was hier argumentativ wohl vorrangig zum Tragen gekommen zu sein schien, war eine Entscheidung *gegen* den Aufruf der Nationalsozialisten zum Kampf für den „Endsieg" und *für* das Wohl der Belegschaft sowie zugunsten der Erhaltung des Amtes. So zumindest lässt sich das Folgende deuten: Sowohl bei Beuche, Bußmann als auch Jung, also bei all denjenigen, bei denen der Werk-Volkssturm in der Urteilsbegründung genannt worden war, führten die Beurteilungen an, sie hätten „nicht mit in den Kampf eingegriffen und somit grossen Schaden verhütet" oder „in der kritischen Stunde die Initiative [ergriffen] und [die] Gruppe vom Einsatz" zurückgehalten. Wer sich also im Rahmen seiner Zugehörigkeit zum Werk-Volkssturm gegen die offiziell proklamierte Politik der Parteiführung gestellt hatte und im entscheidenden Moment andere, höhere und für das Amt relevante Ziele priorisierte, konnte nicht als „belastet" gelten. Der Volkssturm war gewissermaßen ein Testfall, ob die Betroffenen die normative Ordnung des untergehenden „Dritten Reiches" oder aber diejenige der Institution befolgten, nach der das Amt erhalten werden müsse, anstatt bei Kampfhandlungen heroisch zerstört zu werden. Dass hier abermals eine implizite Charakterisierung eines ‚wahren' „Pgs" gezeichnet wurde als jemand, der ausschließlich von parteiideologischen Zielen geleitet gewesen sei, die einem nüchternen Urteilsvermögen und Menschlichkeit als unvereinbar gegenüberstünden, korrespondierte mit der Erzählung von NSDAP-Mitgliedern, die aufgrund ihrer positiven Eigenschaften

540 Otto Vaupel, Abt. V.: Zerstörungsfreie Prüfung (ehemals Reichs-Röntgenstelle), Bescheinigung, Betr. Parteizugehörigkeit des Otto Erbe, 18.12.1945, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö.

541 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 3, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden S. 3 f.

als „nicht belastet“ eingestuft wurden. Die fünf genannten Kriterien zeigen insgesamt, dass sich ein Normwandel vollzogen hatte, der mit neuen Sollforderungen einherging. Wer gewissermaßen schon in den vorangegangenen zwölf Jahren hatte erkennen lassen, dass die Normen des Führerstaates für ihn oder sie nur eingeschränkt galten, konnte nun relativ leicht Anschluss an die postfaschistische, demokratische Normordnung finden.

Die „Richtlinien“, nach denen ein Betroffener dem Vertrauensausschuss als ein „belasteter Parteigenosse“ galt, waren bereits zu Beginn der Stellungnahme definiert worden und fanden nun ihren Niederschlag in den Beurteilungen zweier Akteure, über die in diesem Sinne mit einer überwiegenden Mehrheit abgestimmt worden war. Einer von ihnen war Professor Gerhard Schikorr, der 1926 in das Amt eingetreten und nach Ende des Krieges zunächst in das MPA übernommen worden war.[542] Was in dem Tatbestand Schikorrs zu lesen war, verband die gängige Apologie zum Zwecke der Selbst- oder Fremdentlastung in sämtlichen Entnazifizierungsphasen mit der Konstruktion des Bildes vom unpolitischen Wissenschaftler, das bereits für den Präsidenten Siebel als jemand, der „in erster Linie Wissenschaftler“ sei,[543] festgestellt wurde, und was nun auch Schikorr als eine Art Empfehlung oder vielmehr Zurechtweisung angeraten wurde. Dieser sei „ein unvollständiger Mensch, der sich nur seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen sollte. Durch diese politische Unreife ist er häufig in einer Art hervorgetreten, die Unwillen erregte.“ In der Begründung des Urteils als „belasteter Pg“, das mit nur einer Stimmenthaltung entschieden worden war, wurde das Verhalten Schikorrs, also die bei seinem Umfeld Unwillen erregende Art, genauer ausgeführt. Er sei „mit seiner politischen Meinung besonders stark hervorgetreten und [habe] dadurch seine Umwelt ständig unter politischen Druck gehalten und die Andersdenkenden somit bedroht.“ Schikorr war also als Sanktionssubjekt der NS-Normenordnung aufgetreten, was ihm nun zum Nachteil gereichte. Dass der Aspekt, der bei seinem Belastungsurteil vorrangig ins Gewicht gefallen

542 Vgl. zu Gerhard Schikorr ausführlich Kapitel 2.2.

543 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 2, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden S. 5.

war, auf dessen Verhalten innerhalb des Amtes und gegenüber seiner Kollegenschaft bezogen war, entsprach dabei der Frage danach, nicht, *ob* „Pgs" grundsätzlich beschäftigt werden könnten, sondern *wie viel* „nazistische[r] Einfluss" für das Amt und seine Nachkriegs-Belegschaft tragbar sei.[544] Dies hing wesentlich davon ab, ob der oder die Betroffene sich durch sein Verhalten vor 1945 im Umgang mit den übrigen Mitarbeitern diskreditiert und sich dadurch unbeliebt gemacht hatte. Angesichts der nun geltenden Normen hätte die Weiterbeschäftigung den „Burgfrieden"[545] im Amt gefährden können. Dass jedoch auch dieser Umstand nicht zwingend zu einer Entlassung führen musste, sondern von anderen Entscheidungskriterien überlagert werden konnte, zeigte in einem gewissen Maße der Fall Schikorrs, wie an späterer Stelle noch gezeigt wird, vor allem aber der Fall des zweiten, als „belasteter Pg." Beurteilten: Professor Georg Fiek. Weder die NSDAP-Mitgliedschaft noch das Verhalten Fieks, der vielmehr „als Mensch und Vorgesetzter stets korrekt war", hatte zu seiner Einordnung in die Kategorie „belastet" geführt.[546] Der Grund war: „Fiek ist Mitglied der SA seit 1935 und hat daher als belasteter Pg. zu gelten." Wenngleich das Urteil bei der

544 Keine Erwähnung fand etwa die Tatsache, dass Schikorr „gottgläubig" war, das Amt des Blockleiters der NSDAP ausübte, 1935 einen Monat und mehrere Wochenenden an Übungen bei der Wachtruppe in Berlin teilnahm, weiter unter anderem der NSV, dem RDB, NS-Altherrenbund, dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland, der NS-Studentenkampfhilfe oder dem Reichsbund für Leibesübungen angehörte. Vor allem Schikorrs Bekenntnis zur Gottgläubigkeit und seine Blockleitertätigkeit hätten durchaus als Belege für eine Belastung gewertet werden können, wurden hier aber nicht erwähnt; Military Government of Germany, Fragebogen Gerhard Schikorr, 10.10.1946, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.18, Nr. 505 Schikorr, Gerhard; StMPA, Personalnachrichten über Gerhard Schikorr, 15.5.1940; BArch, R 4901/15204, Bl. 145–146. Nachdem davon auszugehen ist, dass dem Ausschuss und/oder der Amtsleitung mindestens eines davon durchaus bekannt gewesen sein dürfte, deutet die Nicht-Erwähnung einmal mehr darauf hin, dass dies in seinem Falle nicht für eine Urteilsfindung ins Gewicht gefallen war, vermutlich gerade deshalb, weil es sein Verhalten innerhalb des Amtes nicht beeinflusste.

545 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag undat.: „MPA-Betriebsversammlung am 29.4.1949", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

546 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 3, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

Abstimmung einstimmig fiel, fällt dennoch der daran anschließende relativierende Satz ins Auge, dessen einleitendes Adverb eine potenzielle Gleichrangigkeit beider Aussagen festlegt. Wohlbemerkt fand sich in der zweiten Aussage zudem in gewisser Weise eine Abschwächung der Schwere des Vorwurfs, der an sich nicht definitiv verneint, sondern als nicht besonders gravierend beurteilt worden war:

> „Fiek ist Mitglied der SA seit 1935 und hat daher als belasteter Pg. zu gelten. Andererseits ist dem Ausschuss kein Fall bekannt, dass Fiek durch Wortpropaganda oder Bedrohung von Andersdenkenden **besonders** [Hervorheb. E.K.] hervorgetreten wäre."

Das Memorandum war mit wenigen handschriftlichen Anmerkungen und Hervorhebungen durch Unterstreichungen versehen, die bei den Einzelfallbeurteilungen nur in drei Fällen – und in einem ausschließlich als ergänzende Fußnote – angebracht wurden; die meisten fanden sich bei Georg Fiek und sind der Handschrift nach Erich Siebel zuzuordnen. Nicht nur korrigierte er das Eintrittsdatum der SA-Mitgliedschaft von „mindestens 1933" auf „1935", sondern unterstrich darüber hinaus die Beurteilung des Vertrauensausschusses, Fiek sei „als Mensch und Vorgesetzter stets korrekt" gewesen, die ihm offenbar besonders bedeutsam erschien. Die zweite Unterstreichung setzte Siebel unter das Eintrittsjahr des Professors und brachte am Rande der Stellungnahme eine Anmerkung an, bei der davon auszugehen ist, dass sie als eine Art Appell oder Erinnerung hinzugefügt wurde, diesen Umstand bei der Beurteilung der Frage, welche „Pgs." als „belastet" oder „nicht belastet" zu beurteilen seien, mindestens mitzudenken: „40 Jahre im Amt!". Dass eine langjährige Tätigkeit im Amt wegen des während dieser Zeit erworbenen und auf die Bedürfnisse des MPA hin spezialisierten Erfahrungswissens bereits bei der Frage der Weiterbeschäftigung und Übernahme von Mitarbeitern in das Nachkriegsamt eine entscheidende Rolle für Siebel und Blumenthal gespielt hatte, ist bereits an anderer Stelle erläutert worden.

Zu einem noch im MPA verbliebenen „Pg", Dipl.-Ing. Walter Deutsch,[547] nahm der Ausschuss in dem Memorandum keine Stellung ein, „da Deutsch nicht vom Amt besoldet wird."[548] Man sei jedoch „[a]uf Wunsch der zuständigen Stellen [...] bereit, über diesen Pg. gesondert auszusagen." Dass Deutsch von einer anderen, nicht bekannten Stelle besoldet und damit als nicht in den Zuständigkeitsbereich des Vertrauensausschusses des MPA fallend beurteilt wurde, bekräftigt *ex negativo*, welche Konsequenzen sich potenziell aus den Abstimmungsurteilen der Einzelfälle ergeben konnten, nämlich die Entlassung „belasteter" ehemaliger Mitglieder der NSDAP aus dem Amt. Nachdem der Magistrat der Stadt Berlin beispielsweise die „Stellung eines

547 Walter Deutsch (1888–1973), 1909 Studium Maschineningenieurwesen, 1919 Dipl.-Ing., 1920 Mitarbeiter des StMPA, 1922 Betriebsassistent der Fabrik für feinmechanische Massenerzeugnisse, nach Austritt weiterhin enge Zusammenarbeit mit Georg Fiek (StMPA), 1924 bis 1945 Geschäftsführer des Deutschen Verbandes für die Materialprüfung der Technik (DVM) in Berlin, in dieser Position ebenfalls laufende Zusammenarbeit mit dem StMPA, 1930 Leiter der Abteilung W (Werkstoffprüfung) der CTR, 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2.637.077), 10.4.1933 Mitglied der SA, dort bis 1937 SA-Truppführer, 1945 Übernahme in das MPA, später Wissenschaftlicher Leiter der Unterabteilung „Mechanisch-technologische Prüfung der Metalle und Konstruktionen", 1953 Ruhestand; Wissenschaftliches Personal in der Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung BAM, Stand vom 31.3.1952, BAM-Archiv, Fach 13-2; CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 25; CTR, Personalnachrichten über Walter Deutsch, 25.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 21–22; BArch, R 9361-II/160566; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/6120577; Fragebogen Walter Deutsch, 9.4.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 37; Chemisch-Technische Reichsanstalt vereinigt mit dem Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederung. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 11, BAM-Archiv; Walter Deutsch †, in: BAM-Information 3 (1973), S. 70, BAM-Archiv, Fach 3-1; Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 306; Maier, Forschung als Waffe, 2007, S. 218, 577. Zu der engen Zusammenarbeit von Walter Deutsch mit dem StMPA vorrangig auf dem Gebiet der Untersuchung von Prüfmaschinen vgl. ausführlich die Studie von Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

548 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 5, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

Ersatzmannes für jeden Pg." nur angeregt,[549] offenbar jedoch nicht angeordnet hatte, lag die Entscheidung über die Frage der Entlassung oder Weiterbeschäftigung zu diesem Zeitpunkt wohl ausschließlich auf Seiten des Amtes. Letztlich hatte die Abstimmung des Vertrauensausschusses auch im Falle eines Belastungsurteils keine unmittelbaren Konsequenzen. Gerhard Schikorr wiederum wurde erst einige Monate später infolge einer Anordnung zum 15. Dezember 1945 entlassen.[550]

Zu überlegen wäre, inwieweit die vom Ausschuss beschlossenen Schuldsprüche insofern Auswirkungen hatten, als im Falle eines Belastungsurteils demjenigen Betroffenen eine spätere Unterstützung bei seinem formalisierten Spruchkammerverfahren durch den Betriebsrat versagt wurde, der von der personellen Besetzung her im Wesentlichen jener des Vertrauensausschusses entsprach und zu einem der wichtigsten „Persilschein"-Produzenten avancierte. In diesem Sinne wären die Abstimmungen, deren Ergebnisse sich in dem Memorandum niedergeschlagen hatten, als eine Art interne Proto-Entnazifizierung und nachherige Grundlage für die externen Entnazifizierungsvorgänge zu deuten. Tatsächlich erhielt Schikorr bei seinem Verfahren in Form von Leumundszeugnissen Unterstützung vonseiten einzelner Angehöriger des MPA, namentlich von seinem ehemaligen Vorgesetzten Otto Werner, von dem Präsidenten Erich Siebel und von zwei Mitarbeitern, Viktor Pyka[551] und Anna Kutschke[552] – keiner von ihnen jedoch hatte dem Vertrauensausschuss oder dem Betriebsrat angehört. Auch Georg Fiek, der wie Schikorr als „belasteter Pg." beurteilt worden war, verblieb noch längere Zeit im Amt. Anfang Dezember 1945 bescheinigte der Stellvertretende Präsident des MPA, Erich Kindscher, „daß der ehemalige Parteigenosse Professor Fiek bis

549 Ebd., S. 2.

550 Military Government of Germany, Fragebogen Gerhard Schikorr, 10.10.1946, Landesarchiv Schleswig-Holstein, Abt. 460.18, Nr. 505 Schikorr, Gerhard.

551 Vgl. zu Viktor Pyka ausführlicher Kapitel 5.3.

552 Anna Kutschke (*1909), 1938 Eintritt in das StMPA als Labordienerin in der Fachabteilung „Korrosion" der Abteilung „Metallkunde" der I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen" bei Gerhard Schikorr, 1943 Technische Angestellte, 1945 Ausscheiden „wegen Betriebseinschränkung"; Erich Siebel, Zeugnis, 20.6.1945, BAM-Archiv, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse; Emil Mattuck, i. V. Der Präsident des StMPA, Aktenvermerk, 26.9.1939, BAM-Archiv, Ordner: DFG Bd. IV.

auf weiteres im Einverständnis mit dem Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung Wissenschaft, im MPA-Berlin-Dahlem beschäftigt ist."[553] Knapp zwei Wochen später fertigte Max Pfender einen Entwurf zu dessen 40-jährigen Jubiläum an, in welchem er ihm herzlichsten Glückwunsch und Dank „für stete Kameradschaft mit der Versicherung unserer Treue zu dieser schweren Zeit"[554] aussprach. Die anschließende Zeit war für ihn zusehends von den verschärften Entnazifizierungsbestimmungen geprägt, wobei ihm vonseiten der Amtsleitung, aber auch des Betriebsratsvorsitzenden Blumenthal, offenbar weiterhin Unterstützung zukam, um ihn als Angestellten zu halten. Anfang Januar 1946 wurde er abermals mit Einwilligung des Magistrats „in untergeordneter Stellung mit Arbeiten im Rahmen des Wiederaufbaus weiterbeschäftigt",[555] zwei Monate später notierte Pfender: „Fiek zu Strafarbeit".[556] Der letzte Hinweis auf eine Weiterbeschäftigung Fieks im MPA ist eine am 15. März 1946 vom Amt an das Polizei-Präsidium Berlin übersandte Liste,[557] bis schließlich Mitte April ein privater Notizbucheintrag Pfenders festhielt: „Fiek darf nicht im MPA arbeiten".[558] Es ist davon auszugehen, dass man seitens des Amtes damit gerechnet hatte, der Korrosionsexperte Fiek könne doch noch zu seiner alten Arbeitsstelle zurückkehren. So war eine Vereinbarung getroffen worden, dass Pfender ihn als Dozenten vertreten sollte, ihm jedoch „sofort wieder die Vorlesung überlassen [werde], wenn er rehabilitiert" sei.[559] Ebenfalls fand sich eine mit Bleistift hinzugefügte namentliche Ergänzung Fieks in der Aufstellung des Amtes vom Mai 1946 bei der Abteilung

553 Erich Kindscher, i.V. Der Präsident des StMPA, an Arbeitsamt Berlin-Zehlendorf, 8.12.1945, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46.

554 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 13.12.1945, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

555 Erich Siebel/Wilhelm Blumenthal, Bescheinigung, 24.1.1946, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46.

556 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 2.3.1946, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

557 Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25.

558 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 15.4.1946, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

559 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 24.4.1946, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

„Mechanische Technologie und Metallkonstruktionen“ der I. Hauptabteilung „Metalle“. Vermutlich kehrte er nicht mehr in das Amt zurück, bevor er schließlich eine Stelle als technisch-wissenschaftlicher Berater in der Industrie antrat. Eine Woche nach seinem Tod am 24. Oktober 1949 schrieb Präsident Pfender an seinen Vorgänger, Erich Siebel:

> „Herr Fiek war immer ein zuverlässiger Mitarbeiter, wenn man auch nicht allzuviel neue Ideen von ihm erwarten konnte. Auf jeden Fall war er einer von denjenigen, die ihr ganzes Leben dem Materialprüfungsamt gewidmet und die sich immer voll für das Amt eingesetzt haben. Es ist ein Jammer, dass er durch die Entnazifizierung nun noch zum Schluss seines Lebens so viel Kummer erfahren hat.“[560]

Dass Georg Fiek nach Kriegsende trotz seiner politischen Belastung ein gewisses Wohlwollen und die Unterstützung vonseiten der entscheidenden Akteure des MPA entgegengebracht wurde, lässt sich nicht ausschließlich durch seine Expertise und Stellung als Fachmann auf dem Gebiet der Metallkorrosion erklären, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des neuen Personalkörpers für das Nachkriegsamt im Juni 1945 eine vorrangige Rolle gespielt hatten und durch welche eine Weiterbeschäftigung auch eines Mitgliedes der NSDAP und SA auf Basis der Maxime des ‚Einsatzfähig-Bleibens‘ noch entsprechend begründet werden konnte. Spätestens mit den ausgegebenen Fragebögen schien die Frage nach dem Umgang mit ehemaligen Parteimitgliedern verstärkt in den Vordergrund zu rücken. Betrachtet man die Tatbestände und Urteilssprüche der Einzelfallbeurteilungen, die in dem Memorandum dargelegt wurden, zeichnen sich Belastungs- beziehungsweise Entlastungskriterien ab, die vornehmlich das Verhalten innerhalb des Amtes und mithin gegenüber den übrigen Belegschaftsmitgliedern in den Blick nahmen. Der Fall Georg Fieks ist in dieser Hinsicht besonders aussagekräftig, da ihm vom Vertrauensausschuss aufgrund seiner Mitgliedschaft in der SA zwar ein einstimmiges Urteil als „belasteter Pg.“ ausgesprochen worden war, er jedoch im Umgang mit seinen Arbeitskollegen durch parteilichen Druck oder unkollegiales Verhalten zumindest nicht in einem solchen Maße negativ aufgefallen war, dass er als untragbar für eine weitere Beschäftigung erachtet wurde.

560 Max Pfender an Erich Siebel, 23.12.1949, BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: L-Z, Dezember 1953.

Dies galt freilich auch für diejenigen „stark belastete[n] Pgs.“, denen nach Kriegsende eine „sofortige Entlassung“ ausgesprochen worden war, schien aber auch bei Schikorr der Fall gewesen zu sein, bei welchem Bemühungen um eine Weiter- oder Wiederbeschäftigung nach seiner Entlassung ausblieben und dem die Angehörigen des Ausschusses, die ihn als „belastet“ eingestuft hatten, Unterstützung bei seinem Entnazifizierungsverfahren verwehrten.

Das Memorandum führte die Namen der „stark belastete[n] Pgs.“ nicht auf, die mit Kriegsende entlassen worden waren. Indizien dafür, um welche der ehemaligen Mitarbeiter des Amtes es sich hierbei gehandelt haben könnte, geben möglicherweise die Anfang 1946 beginnenden Entnazifizierungsverfahren, im Zuge derer der Betriebsrat nicht nur seine Unterstützung verwehrt hatte, sondern aktiv *gegen* den oder die Beschuldigte aussagte. Betrachtet man einige dieser Fälle genauer, so bestätigen sich *ex negativo* zum einen die Kriterien, die der Vertrauensausschuss bei seiner Abstimmung über die im Amt verbliebenen ehemaligen Parteimitglieder als „belastet“ oder „nicht belastet“ als essentiell erachtete, und zeichnen zum anderen ein genaueres Bild, von welchen Personen die Grenze der Tragbarkeit für die Belegschaft vor Ende des Krieges offenbar überschritten worden war. Eine dieser Personen war Henriette Camphausen, die am 16. März 1942 als Kanzleiangestellte in die Hauptabteilung II für Baustoffe eingetreten war.[561] Fünf Jahre später erklärte Blumenthal, der mit ihr in derselben Abteilung gearbeitet hatte, im Rahmen ihres Entnazifizierungsverfahrens:

561 Henriette Camphausen (*1896), Anfang der 1930er Jahre Stellung beim Benzol-Verband Berlin, spätestens 1940 Reichsangestellte in der Reichsstelle für Waren verschiedener Art in Berlin, 1942 Eintritt in das StMPA als Kanzleiangestellte in die II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen“, 1.3.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7.547.319), 1934 Mitglied der NS-Frauenschaft, dort Stellv. Zellenleiterin, 1945 Entlassung, 1945 Bauarbeiterin und Botin im Sondereinsatz bei der Firma Franz Hauck & Co., Bauausführungen, in Berlin; Karteikarte Henriette Camphausen, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/19180376; Erich Siebel, Zeugnisentwurf, [Juni 1945], BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse; Henriette Camphausen an die Entnazifizierungskommission Berlin-Wilmersdorf, Antrag, 23.2.1949, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-03-11, Nr. 2170; Spruchausschuss Wilmersdorf, Beschluss betr. Henriette Camphausen geb. Schenke, 5.6.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-03-11, Nr. 2170.

> „Sie trieb für die nazistische Idee starke Propaganda und konnte sich nicht genug mit ihrer NS Frauenschaft tun. Von uns Antifaschisten wurde sie zu der Gruppe gerechnet, vor der man sich vorsehen musste. Deshalb verstummten bei ihrem Erscheinen alle politisch geführten Gespräche. Sie war in wiederholten Fällen Zuträgerin bei den im Amt beschäftigten Zellenleitern und Amtswaltern."[562]

In seinem Antwortschreiben auf die zuvor erfolgte Anfrage des Polizeipräsidenten betreffend der „Denazifizierung" Camphausens betonte er zudem, der Betriebsrat habe hierzu Nachforschungen im MPA zu der „durchaus als aktive Pg" zu Bezeichnenden angestellt und gab die Namen weiterer Amtsangehöriger an, die bereit seien, „diese Aussagen gegebenenfalls als Zeugen zu bekräftigen."[563] Diese potenziellen Zeugen waren sämtlich ehemalige Mitarbeiter Camphausens in der Hauptabteilung, namentlich die Kanzleiangestellte Elisabeth Opalka, die Labor-Dienerin Lina Wenzel,[564] der Angestellte und Prüfer Justinus Bertuch,[565] die

562 Wilhelm Blumenthal, Erklärung, 11.1.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08 Nr. 8528 A 17, Bl. 2.

563 Wilhelm Blumenthal, Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Der Betriebsrat, an Polizeipräsidenten, Betr. Denazifizierung, 11.1.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08 Nr. 8528 A 17, Bl. 1.

564 Lina Wenzel (*1902), 1926 Eintritt in das StMPA als Labor-Dienerin in der Hauptabteilung II „Baustoffe", 1945 Übernahme in das MPA; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv.

565 Justinus Bertuch (*1886), 1904 Mitarbeiter der Maschinenfabrik Fischer & Krecks, 1906 Mitarbeiter der AEG, 1907 Technikum in Berlin, 1908 Eintritt in das KMPA in die Abteilung 2 für Baumaterialprüfung, 1920 Ständiger Techniker im StMPA, spätestens 1935 Leiter des Betonlabors der Abteilung „Straßenbauwesen, Naturgesteine", als Technischer Angestellter in der „Wehrforschung" eingesetzt, 1945 Übernahme in das MPA als Technischer Angestellter und Prüfer für Bindemittel, Zuschlagstoffe und Beton, mindestens bis 1949 als selbständig arbeitender Prüfingenieur auf dem Gebiet der Baustoffprüfung im MPA beschäftigt; StMPA, Personalnachrichten über Justinus Bertuch, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 9–10; Stöcke, Abt. 13, Betr. Besprechung zwischen Saenger und Stöcke, 26.6.1935, BAM-Archiv, Ordner: Vortrags-Berichte; Georg Jesse an Direktor und Professor Alfred Hummel, 23.8.1944, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946,

Chemotechnikerin Lotte Hämmerling,[566] die Keramikerin Dora Adam und der Leiter der Abteilung „Baustoffe", der Baustoffchemiker Dr. Kurt Charisius.[567] Der Umstand, dass alle unmittelbar nach Kriegsende vom

BAM-Archiv, Fach 20; Geschäftsverteilungsplan 1949, BAM-Archiv.

566 Lotte Hämmerling (*1902), Ausbildung zur Chemotechnikerin im Lettehaus, anschließend elf Jahre im Chemischen Laboratorium für Tonindustrie in Berlin, 1942 Eintritt in das StMPA als Technische Mitarbeiterin zunächst im Fachbereich „Glas und Keramik" und später im Fachbereich „Bauchemie" der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", 1945 Übernahme in das MPA als Baustoffchemikerin, 1964 Ruhestand; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung der techn. Angestellten Lotte Hämmerling, 7.3.1944, BArch, R 4901/14108, Bl. 214; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Disposition der Neujahrs-Ansprache 1965 von Prof. Dr. M. Pfender am 4.1.1965, BAM-Archiv, Fach 14-1, Ordner: BAM Allgemeines 1964–1966.

567 Kurt Charisius (1902–1970), 1920 Studium der Chemie, Physik, Technologie und Philosophie, 1925 Dr. phil., 1926 Eintritt in das StMPA als Chemiker in der Abteilung für Öle und Fette, 1927 Beurlaubung für die Ausarbeitung eines Patentes in der Actien-Gesellschaft für Kohlensäure-Industrie in Berlin, 1928 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter im StMPA, 1936 Leiter der Fachgruppe „Baustoffchemie" in der Fachabteilung „Baustoffe" der Abteilung „Baugewerbe" in der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", 1940 Ständiges Mitglied (Beamter), 1941 Stellv. Leiter der Abteilung „Baustoffe" der II. Hauptabteilung „Baustoffe und Baukonstruktionen", in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1945 Übernahme in das MPA als Leiter der Abteilung „Baustoffe"/„Mineralische Baustoffe", 1947 Lehrauftrag für Baustoffkunde an der TU Berlin, 1954 Oberregierungsrat und Leiter der Unterabteilung „Mineralische Baustoffe" der Abteilung „Baustoffe und Baukonstruktionen" der BAM, 1964 Prof. und Direktor der Abteilung „Baustoffe und Baukonstruktionen"; StMPA, Personalnachrichten über Kurt Charisius, 14.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 33–34; Verzeichnis der Abteilungen, Fachabteilunge und Fachgruppen (Stand 1.11.1936), BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; Kurt Charisius, Lebenslauf, 28.9.1952, BArch, PERS 101/44608; Erich Siebel, Rundverfügung, 15.7.1941, BAM-Archiv, Umlauf für Material-Verwaltung; Ernennungsurkunde für Kurt Charisius, 16.4.1940, Abschrift, BArch, PERS 101/44608; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 13; Erich Siebel an die II. Hauptabteilung, z. Hd. Hummel, 5.12.1944, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem vereinigt mit der Chemisch-technischen Reichsanstalt, Gliederung

Amt in den neuen Personalkorpus übernommen worden waren und fast alle zum Zeitpunkt der Anfrage noch im MPA beschäftigt waren,[568] weist einmal mehr auf die große Bedeutung des Betriebsklimas und des zwischenmenschlichen ‚Sich-Verstehens' bei der Frage nach einer Weiterbeschäftigung oder Entlassung der betroffenen Person hin, deren Grad an politischer Kompromittierung nicht allein anhand der Mitgliedschaften in NS-Organisationen, sondern vor allem anhand des jeweiligen Verhaltens innerhalb des Amtes festgelegt wurde. Das Betriebsklima lässt sich genauer als die hier geltende normative Ordnung fassen. Es war dementsprechend vor allem diese Ordnung der MPA-Partikulargesellschaft, welche die Grenzen dessen definierte, was die Akteure als tragbares beziehungsweise konformes und non-konformes Verhalten deuteten.

Dass bei einigen der als „stark belastete Pgs." Geltenden auch ihre vergleichsweise hohe Stellung bis 1945 und eine jahrelange Tätigkeit im MPA nicht mehr ins Gewicht fiel, zeigt der Fall des Diplom-Ingenieurs Walter Ermlich, der bereits am 2. Januar 1922 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in das StMPA eingetreten war, im April 1932 zum Ständigen Mitglied und Professor als Gruppenleiter befördert wurde und seit dem 1. März 1935 die Abteilung „Meßwesen" in der Hauptabteilung I „Metalle" leitete. Ermlich hatte zwar wohl noch bis mindestens Juli 1945 im Amt gearbeitet,[569] wurde jedoch in den darauffolgenden Monaten als „Aktiver Pg. vor 1933"[570] entlassen.[571] Die Aussage Blumenthals gegen

---

des Amtes (vorläufig), 15.9.1945, BAM-Archiv, Ordner: Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö; Heinrich Lübke, [Urkunde], 11.3.1964, beglaubigte Abschrift, BArch, PERS 101/44608; Rühl, Kurt: Kurt Charisius zum 60. Lebensjahrzehnt, in: Materialprüfung 4 (1962), S. 148; Professor Dr. Kurt Charisius †, in: BAM-Information 7 (1970), S. 14, BAM-Archiv, Fach 3-1.

568 Mit Ausnahme von Lotte Hämmerling.

569 Erich Siebel, Ausweis, 13.7.1945, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46.

570 Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08 Nr. 8560, A 25. Siehe hierzu Anhang 3.

571 Walter Ermlich (*1887), 1912 Studium des Bauingenieurwesens, 1914 Kriegsteilnahme, 1921 Dipl.-Ing., 1921 Angestellter bei Breest & Co. und anschließend bei Steffens u. Nölle, 1922 Eintritt in das StMPA als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, 1932 Ständiges Mitglied und Professor als Leiter der Fachgruppe „Messwesen der Werkstoffprüfung" der Abteilung für Maschinen- und Eisenbau in der Hauptabteilung für

Ermlich, der wohl bei seiner Verhandlung 1946 geäußert habe, er stehe „auch heute noch auf dem Standpunkt [...], dass Juden in leitenden- und Staatsstellungen nichts zu suchen haben" und „immer ein Antisemit [gewesen sei], der aus der deutsch-völkischen Bewegung hervorgegangen sei", ist insofern interessant, als sie die Frage nach der Belastung in den Diskurs um die Verantwortung für die politisch-gesellschaftliche Entwicklung der Jahre von 1933 bis 1945 rückte.[572] Laut Blumenthal war Ermlich

> „Vorkämpfer der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung und Mitglied des Stahlhelms. Er trug zu der Zeit ständig das silberne Hakenkreuz und war also Wegbereiter des Nationalsozialismus. Wenn er erst 1940 Mitglied der NSDAP wurde, so ändert das nichts an der Tatsache, dass sein Verhalten von etwa 1923–1933 dem Nationalsozialismus Vorschub leistete."[573]

Bei der Verhandlung erreichten die Spannungen zwischen beiden offenbar aufgrund des Schreibens Blumenthals einen neuen Höhepunkt. Es sei über die Frage der SA-Mitgliedschaft zu „schweren Differenzen zwischen dem Betriebsrat und Herrn Ermlich" gekommen, hier stehe

---

Mechanische Technologie, 1935 Leiter der Abteilung „Messwesen", 1918 bis 1933 Mitglied der DNVP, 1933 „Stahlhelm", 1.1.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7.383.640), in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1945 Entlassung, 1946 im Entnazifizierungsprozess als „nomineller Nazi" eingestuft, 1947 Mitarbeiter der „Besatzungsmacht"; StMPA, Personalnachrichten über Walter Ermlich, 14.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 35–36; Robert Otzen an die Amtskasse, Betr. Verzeichnis der zur Vollziehung von Kassenanweisungen befugten Beamten, 28.2.1933, BAM-Archiv, Akten des StMPA, K 2, Vol. 7; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 17; Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25; Akten der Entnazifizierungskommission Berlin-Steglitz, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 4739.

572 Zur 1945 geschlagenen „Stunde einer intensiven ‚Schulddebatte'" siehe weiter auch Schildt, Umgang mit der NS-Vergangenheit, 1998, S. 31.

573 Wilhelm Blumenthal, Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Betriebsrat, an Polizeipräsidium, Betr. Entnazifizierung von Professor Ermlich, 21.8.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25, Bl. 1–2, und im Folgenden.

„Aussage gegen Aussage". Unter den zu Beginn des Memorandums des Vertrauensausschusses festgelegten Kriterien, die zu einem Urteil als „belasteter Pg." führten, waren „Propaganda, auffälliges Reden und stures Heil-Hitler-Grüssen, versteckte Drohungen, unkollegiales Verhalten" gelistet worden; als Kulmination dessen musste wohl ein Vorfall gelten, der dem Maurer Hans Wachowski bei seinem späteren Entnazifizierungsverfahren zur Last gelegt wurde. Wachowski, der von 1928 bis 1929 und seit 1937 wieder Mitglied der NSDAP, seit 1934 SA-Scharführer und Blockwart bei der DAF war, trat am 8. März 1935 in die II. Hauptabteilung des StMPA ein, wo er 1942 zum Technischen Angestellten befördert wurde und auf dem Gebiet des Gasschutzes arbeitete, bevor er 1943 zur Wehrmacht musste.[574] Nach Kriegsende wurde seine Wiedereinstellung vom Betriebsrat verweigert, sein Verhalten sei, so der spätere Nachfolger Blumenthals im Amt des Betriebsratsvorsitzenden, Langner, nicht so gewesen, „dass man ihn nur als sogenannten Mitläufer bezeichnen kann."[575] Als wichtigsten Zeugen hierfür nannte er den Technischen Gehilfen Gustav Nagel, der seit März 1937 ebenfalls in der Hauptabteilung II gearbeitet hatte und unmittelbar nach Kriegsende als „Stammarbeiter" übernommen worden war.[576] Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens Wachowskis gab Nagel auf Befragen an, ihm sei bekannt gewesen, „dass der Betroffene der SA und der Partei angehörte. Er habe auch einen Stern am Kragenspiegel der Uniform, die er ab und zu anhatte, getragen."[577] Zu dem Vorfall, der 1950 vor dem Spruchausschuss Wilmersdorf verhandelt wurde, sagte Nagel gegen den Beschuldigten aus.

574 Karteikarte Hans Wachowski, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Hummel, StMPA, II. Hauptabteilung, Umlauf in der II. Hauptabteilung, 16.4.1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 2.7.1939, BArch, R 9361-I/3773; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, Zeugnisentwurf für Hans Wachowski, 11.7.1945, BAM-Archiv, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse.

575 Richard Langner, Betriebsrat, Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Betr. Wachowski, Hans, 22.9.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11360.

576 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

577 Kamke, Ermittler, Betr. Wachowski, Hans, 27.9.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11360.

Die ausführliche Schilderung gibt einen bezeichnenden Einblick in das Betriebsklima:

> „Ich wollte aus dem Gebäude rausgehen, als ich 2 Kollegen am Tisch stehen sah, die das 12 Uhr-Blatt lasen. Ich sah darin das Bild von Mussolini und Hitler. Beim Vorbeigehen habe ich darauf gesehen und die Bemerkung fallen lassen ‚Es ist Zeit, dass den Beiden bald der Kopf abgeschlagen wird!'. Der Betroffene selbst hat diese hat diese Äußerung nicht gehört, sondern nur die beiden anderen Kollegen. Diese 2 haben dann mit dem Betroffenen über meine Bemerkung gesprochen ohne Namensnennung. Wachowski wollte daraufhin den Namen des Betreffenden wissen. Er drohte ihnen, dass sie in ihrer Angst meinen Namen sagten. Daraufhin hat mich der Betroffene bei Herrn Albrecht gemeldet. Ich habe noch den Betroffenen gebeten, keinen Quatsch zu machen, aber er sagte mir, dass es gegen sein Gewissen ginge. Es kann 1943/44 gewesen sein. Bis dahin waren wir gute Freunde und haben uns gegenseitig besucht. Ich konnte daher gar nicht verstehen, wie er mir dies einbrocken konnte. Es war beabsichtigt, dass die Meldung im Betrieb blieb. Nachdem der Betroffene aber einen Druck auf einen Herrn Hahn ausgeübt hatte, wurde die Meldung weiter zur Gestapo gegeben."[578]

578 Spruchausschuss Wilmersdorf von Groß-Berlin, Verhandlungsprotokoll in dem Verfahren gegen Hans Wachowski, 20.10.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11360. Bei dem hier erwähnten Albrecht handelt es sich um Ernst Albrecht (*1893), 1912 Studium der Neueren Sprachen und Philosophie, 1914 Kriegsdienst, 1915 bis 1921 in russischer Gefangenschaft, 1921 Studium der Chemie, 1926 Dipl.-Ing. und Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am StMPA, 1935 Stellv. Leiter der Abteilung „Chemisch-technische und Physikalische Baustoff-Untersuchungen (Bauchemie)", spätestens 1936 Wissenschaftlicher Berater der Abteilungen „Baugewerbe" und „Organische Stoffe" sowie Leiter der Fachgruppe „Keramik" in der Fachabteilung „Baustoffe" der Abteilung „Baugewerbe", 1940 Ständiges Mitglied (Beamter), 1941 Leiter der Abteilung „Baustoffe" der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", in der Kriegszeit Uk-gestellt, Mitglied der Arbeitsgruppe „Reflexverminderung" der Unterkommission „Optik" der Kommission für Beobachtungs- und Feuerleitgerät im RMfBUM; 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 3.075.913), dort 1936 bis 1937 Stellv. Schulungsleiter, 1938 Ortsgruppenschulungsleiter (Amtsleiter), „gottgläubig", 1945 Entlassung; StMPA, Personalnachrichten über Ernst Albrecht, Juni 1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 3–4; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 1.7.1939, BArch,

Nagel wurde daraufhin mehrere Male „zur Gestapo bestellt und beim 5. Mal [...] das Urteil bekanntgegeben", über das er angab: „Ich bekam einen Verweis und mußte 40,- Mk Geldstrafe zahlen. Ich bin zu meiner alten Dienststelle zurückgekommen. Ich habe politische Gespräche mit dem Betroffenen vermieden."[579] Einer der beiden Mitarbeiter, denen gegenüber Nagel die Äußerung über Hitler und Mussolini gemacht hatte, war der Elektro-Installateur Herbert Kensowski, der am 15. April 1935 in das Amt eingetreten war, wo er spätestens seit 1942 als Technischer Gehilfe in der Hauptabteilung II „Baustoffe" gearbeitet hatte, unmittelbar nach Ende des Krieges direkt übernommen worden und später als Nachfolger für Blumenthal im Betriebsrat vorgesehen war.[580] Bei seiner Zeugenaussage gegen Wachowski bestritt er nicht die Möglichkeit, nachdem er und sein Gesprächspartner Trippke unter Druck gesetzt worden seien, den Namen des Betreffenden bekanntzugeben, „dass der Name Nagel oder Gustav von seiner Seite gefallen sein kann, möchte dieses jedoch eher dem Kollegen Trippke zusprechen."[581] Der Ermittlungsbericht dokumentiert auf Grundlage der Aussage Kensowskis zu dem weiteren Verlauf des Vorfalls:

R 9361-I/22; StMPA, Gliederung 1. Mai 1935, BArch, R 4901/15202, Bl. 50; Erich Seidl an Krüger, Hummel, Nitsche, Albrecht, Charisius, Adam, Günther, Rohrmoser, Betr. Aufteilung der Abteilung 12 (Bauchemie und Keramik), Eilt!, 16.4.1936, BAM-Archiv, Akten des StMPA, Nr. 4, Bd. 3, Bl. 133; Verzeichnis der Abteilungen, Fachabteilunge und Fachgruppen (Stand 1.11.1936), BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; Erich Siebel, Rundverfügung, 15.7.1941, BAM-Archiv, Umlauf für Material-Verwaltung; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 3; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/280850; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, durch II an Albrecht, Ständiges Mitglied, 17.7.1943, BAM-Archiv, Personalakte Albrecht, Bl. 142.

579 Spruchausschuss Wilmersdorf von Groß-Berlin, Verhandlungsprotokoll in dem Verfahren gegen Hans Wachowski, 20.10.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11360.

580 Handakte Hummel, Mitarbeiterliste vom Oktober 1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 16.11.1952, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

581 Spruchausschuss Wilmersdorf von Groß-Berlin, Ermittlungsbericht betr. Hans Wachowski, 27.10.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11360, und im Folgenden.

> „Wachowski habe sofort erklärt, den Vorfall Herrn Albrecht [...] melden zu müssen. Nach den Aussagen von Kensowski, der sich im übrigen nur schwer an Einzelheiten zurückerinnern kann, ist er zu einer Vernehmung durch den Verwaltungsangestellten Rommel (scharfer Pg. und Judenfresser) gerufen worden, bei der auch Wachowski zeitweise anwesend war. Rommel teilte ihm mit, dass auf Veranlassung von Wachowski gegen Nagel der Vorwurf erhoben werde, den Führer und Mussolini beschimpft zu haben. Er, Kensowski, habe versucht, die Anschuldigung abzulegen und den Vorgang als belanglos hinzustellen, indem er behauptete, dass Nagel von politischen Führern im allgemeinen gesprochen habe. Hiergegen verwarte sich der anwesende Wachowski, indem er ihn ermahnte, Nagel nicht raushauen zu wollen."

Die darauffolgenden Aussagen belasteten den Beschuldigten weiter: Kensowski wisse „von häufigen politischen Unterhaltungen [...], die derart waren, dass W. einmal sinngemäß geäussert habe, Nagel sei zwar ein guter Arbeitskamerad[,] aber wegen seiner politischen Einstellung könnte er sich direkt vergessen." Neben der Causa Nagel schilderte er seinen ehemaligen Kollegen allgemeiner „als ein bei Äusserungen gegen die politische Linie des Nazismus leicht aufbrausender, angeberischer, grosssprecherisch auftretender, uniformtragender SA-Mann [...], den man deswegen gefürchtet habe und [ihm] aus dem Wege gegangen sei." Kensowski war nicht der einzige Mitarbeiter des MPA, der im Ermittlungsverfahren aussagte. So wurde die politische Kennzeichnung des Beschuldigten „100%ig [...] durch gleichlautende Aussagen" von Albert Kleber[582], Franz Lesch, Franz Nitsch und

582 Albert Kleber (1913–1981), Lehre als Maurer, 1936 Eintritt in die Abteilung „Baugewerbe" des StMPA, 1938 Technischer Gehilfe in der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", 1942 Wehrmacht, 1945 Kriegsgefangenschaft, 1946 Wiederbeschäftigung im MPA als Maurer, 1969 vorzeitiger Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen; Handakte Hummel, Mitarbeiterliste vom Oktober 1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Hummel, StMPA, II. Hauptabteilung, Umlauf in der II. Hauptabteilung, 16.4.1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Bewerber für eine Beförderung nach Besoldungsgruppe A 7, [10.12.1965], BAM-Archiv, Fach 14-1, Ordner: BAM Allgemeines 1964–1966; Albert Kleber †, in: BAM-Information 1 (1981), S. 16, BAM-Archiv, Fach 3-2.

Wilhelm Blumenthal unterstrichen[583] – die letzten drei waren Mitglieder des Vertrauensausschusses gewesen.

Der „Vorfall Nagel/Wachowski" erlaubt Einblicke in das Amtsgeschehen hinsichtlich der Frage von Tätern und Opfern von Denunziation, in die auf beiden Seiten weitaus mehr Angehörige des MPA involviert waren, als nur die beiden Genannten. Der ehemalige Mitarbeiter Kleber, der zur Wehrmacht eingezogen worden war, wobei – so der Vorwurf – Wachowski „im Verein mit dem Prof. Herman (Pg.) seine Hand im Spiele gehabt haben [soll], was ihm aber nicht nachzuweisen ist", traf eine weitere belastende Aussage.[584] Nachdem Kleber „ihn als Schar- oder Oberscharführer bezeichnet (1 Balken, 1 Stern) [haben soll], soll er sich damit gebrüstet haben, dass er ursprünglich eine Parteinummer

583 Spruchausschuss Wilmersdorf von Groß-Berlin, Ermittlungsbericht betr. Hans Wachowski, 27.10.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11360, und im Folgenden.

584 Bei dem hier erwähnten „Prof. Herman (Pg.) handelt es sich um Martin Herrmann (1899–1945), 1919 Studium des Bauingenieurwesens, 1924 Dipl.-Ing., 1924 Bauführer bei der Hallen- und Siedlungsbaugesellschaft Hallsieg, 1926 Lehrer an der Berufsschule in Berlin-Steglitz, 1927 Assistent für Graphische Statik an der TH Danzig, 1929 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am StMPA, 1935 Dr.-Ing. und Stellv. Leiter der Abt. „Mechanisch-technologische Untersuchungen der Baustoffe und Bauteile Wärmeschutz", 1936 Unteroffizier d.R., 1936 Leiter der Fachgruppe „Neue Bauweisen" in der Fachabteilung „Baukonstruktionen" der Abteilung „Baugewerbe", 1937 Leiter der Fachabteilung „Baukonstruktionen" der Abteilung „Baugewerbe", 1938 Ständiges Mitglied und Professor als Gruppenleiter, 1938 Stellv. Leiter der II. Hauptabteilung „Baustoffe und Baukonstruktionen", 1939 Unteroffizier im Infanterie-Regiment 29 in Guben beim Polenfeldzug, 1941 Leiter der Abteilung „Baukonstruktionen in der II. Hauptabteilung Baustoffe und Baukonstruktionen", 1943 zur Wehrmacht eingezogen, 1944 Leutnant, 1.11.1930 Mitglied der NSDAP (Nr. 346.917) und Straßenzellenobmann (Blockleiter), 1933 bis 1938 Betriebsobmann der DAF am StMPA und Kreisbannführer, ab 1938 Stellv. Blockleiter, Lektor bei der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums und Vertrauensmann bei einer Parteigliederung; StMPA, Personalnachrichten über Martin Herrmann, 16.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 67–68; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, Rundverfügung, 21.10.1941, BAM-Archiv, Umlauf für Material-Verwaltung; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/15161748; Hauptsachbearbeiter im Materialprüfungsamt Dahlem, an das Versorgungsamt I, Pensionsstelle, 4.3.1954, BAM-Archiv, Personalakte M. Herrmann, Bl. 72.

unter 100 000 gehabt habe."[585] Blumenthal, der zu diesem Zeitpunkt bereits im Hauptbetriebsrat des Volksbildungsamtes tätig war, gab an, er „glaube nach Äusserungen des Betroffenen, dass dieser an den Vorgängen der Kristallnacht beteiligt war." Im Zusammenhang mit dem Vorfall um Nagel, der laut Aussage [Blumenthals] „aus dem Betrieb entfernt werden sollte", könne es sich „nur um Machenschaften der [sic!] Wachowski, Rommel, Hahn und Prof. Hermann handeln." Die Wortwahl und Selbstverständlichkeit, mit der die Genannten hier als Täter ausgemacht wurden, legen nahe, dass derartige Vorfälle nicht singulär waren, sondern ein dementsprechendes Verhalten von ebendiesem Täter-Netzwerk im Amt bekannt war. Die Rettung Nagels, der „allgemein beliebt" gewesen sei, schrieb man dem Leiter der Hauptabteilung II „Baustoffe", Prof. Alfred Hummel, zu, der sich „nachdrücklichst für ihn verwandt" habe: „Ohne dessen Einfluss und besonders den des Präsidenten Siebel wäre Nagel zweifellos nicht so verhältnismäßig glimpflich davon gekommen." Wohlbemerkt handelte es sich bei Nagel ‚nur' um einen Technischen Gehilfen, der zumal verhältnismäßig spät – 1937 – in das Amt eingetreten war, und ohne größere Umstände hätte ersetzt werden können, was die Bedeutung zwischenmenschlicher und kollegialer Beziehungen und Bindungen einmal mehr betont. Die in diesem personalen Geflecht geltenden Normen waren weitaus wichtiger als andere Kriterien, wenn es darum ging, wer im Amt verbleiben durfte und wer nicht.

Betrachtet man die im Memorandum des Vertrauensausschusses festgehaltenen Nicht-Belastungs- und Belastungskriterien, die als Grundlage für die Beurteilung der noch im Amt verbliebenen ehemaligen „Pgs." fungierten, zeigt sich, dass es auch den Zeitgenossen – ähnlich wie dies in der heutigen Forschung Konsens ist – „zwischen einer ‚formalen' – aufgrund der reinen Mitgliedschaft zur NSDAP bzw. zu deren nachgeordneten Gliederungen – und einer ‚materialen' NS-Belastung zu unterscheiden"[586] galt. Dass die Gründe für das Urteil einer politischen Belastung „selbst Objekt eines zeitgenössischen Aushandlungsprozesses waren",[587] rückt zum einen die erfahrungsgeschichtliche Dimension der Zeit zwischen 1933 und 1945 und zum anderen die Frage nach den

585 Spruchausschuss Wilmersdorf von Groß-Berlin, Ermittlungsbericht betr. Hans Wachowski, 27.10.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01, Nr. 11360, und im Folgenden.

586 Creuzberger/Geppert, Erbe des NS-Staats, 2018, S. 14.

587 Holzhauser, Demokratie, Nation, Belastung, 2022, S. 18.

Akteuren, die dies definierten und hierüber ein Urteil fällten, in den Vordergrund. Der Betriebsrat des MPA, der personell mindestens in den zwei leitenden Positionen des Vorsitzenden und seines Stellvertreters deckungsgleich mit dem Vertrauensausschuss war, nahm hierbei eine entscheidende Rolle ein. In dem Entnazifizierungsverfahren eines ehemaligen Mitarbeiters, Dipl.-Berging. Anton Olbrich,[588] sagte Blumenthal aus: „Wir waren im Amt etwa 12 Antifaschisten. Vor [19]33 war ich auch Betriebsrat. Wir hielten die Verbindungen aufrecht. Uns war auch bekannt, vor wem wir uns vorsehen mussten."[589] Wenngleich

588 Anton Olbrich (*1906), 1924 Gesellenprüfung Maschinenschlosser und Gesellenprüfung Starkstromelektromeister in Rumänien, 1927 Studium, 1934 Technischer Zeichner als Werkstudent bei Siemens, 1935 Briefsortierer als Werkstudent beim Postamt Charlottenburg, 1937 Eintritt in das StMPA als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Fachgruppe „Naturgesteine, Bergbau" der Abteilung „Baugewerbe" der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", 1939 Leiter der Fachgruppe „Natursteine", 1941 Leiter des Fachbereiches „Natursteine", Fortführung der Gesteinsuntersuchungen für die deutsche Steinbruchkartei in enger Fühlungnahme mit der Reichsstelle bzw. ab 1941 dem Reichsamt für Bodenforschung (RstB bzw. RfB) und der Wirtschaftsgruppe Steine und Erden, 1943 Einberufung zum Heer, wahrscheinlich zwischenzeitlich und ab 1944 wieder vollständig zurückgeholt, 1935 Reichskolonialbund, 1939 bis 1941 NSKK, 1.4.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 8.285.602), 1945 Entlassung aus dem StMPA und anschließende Tätigkeit als Ingenieur bei der Firma Wolff & Schnell, 1946 nach eigenen Angaben als Privatwissenschaftler „Arbeiten für die Alliierten-Behörden" auf dem Natursteingebiet, bei seinem Entnazifizierungsverfahren zahlreiche Unterstützung vonseiten des MPA, insbesondere auch durch Wilhelm Blumenthal; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung des wiss. Angestellten Dr. Dipl. Berg. Ing. Anton Olbricht, 14.1.1944, BArch, R 4901/14107, Bl. 180; Karteikarte Anton Olbrich, BAM-Archiv, Personal der II. Hauptabteilung; NSDAP-Gaukartei, BArch R 9361-IX/31191188; Military Government of Germany, Fragebogen Anton Leopold Eduard, 13.8.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 151, Bl. 9–14; Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946; Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25; Entnazifizierungskommission Charlottenburg, Protokoll über den 72. Verhandlungstag am 12.10.46, 18.10.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 1016.

589 Entnazifizierungskommission für den britischen Sektor II. Kammer, Protokoll über die Verhandlung am 11.12.47, 12.12.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 1016.

weitere Unterlagen hierzu nicht vorliegen, vielmehr davon ausgegangen werden muss, dass zu einer Art geheimer Tätigkeit dieser zwölf Personen wohl kaum etwas verschriftlicht worden war, weist die Aussage darauf hin, dass das Verhalten Einzelner durchaus beobachtet worden war und mindestens dadurch eine „vertrauensvolle Kooperation“[590] dieses sozialen Netzwerkes in irgendeiner Form weiterhin bestanden hatte, die nach Ende des Krieges sowohl in den Einzelfallbeurteilungen vom August 1945 als auch während der Spruchkammerverfahren in Form von Zeugenaussagen gegen den Betroffenen zum Tragen kam. Erachtete man vonseiten des Ausschusses das Verbleiben einzelner ehemaliger Parteimitglieder als ein notwendiges Übel, das man aus wirtschaftlichen Gründen in Kauf nehmen müsse, so schien sich vor dem Hintergrund der Beschränkung des „nazistische[n] Einfluss[es] [...] auf ein Mindestmaß“ vornehmlich die Frage danach zu stellen, welche Grenzwerte für diesen Einfluss bestimmt wurden, wann die Grenze vom wem eingehalten oder überschritten wurde und welche Konsequenzen sich daraus ergeben sollten. Dabei musste das Verhalten der Betroffenen während der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere unter den Aspekten von Kollegialität und Vertrauenswürdigkeit, zu einem bestimmenden Gradmesser avancieren, galt den entscheidenden Akteuren der Amtsfrieden doch als eine wesentliche Voraussetzung für die von ihnen, vor allem auch von Blumenthal, angestrebte Besinnung auf das höhere Ziel des Wiederaufbaus sowie der baldigst zu erreichenden Arbeitsfähigkeit, mithin der Existenzsicherung nicht nur des MPA, sondern auch der Belegschaftsmitglieder. Dass dies und damit der weitere Umgang mit ehemaligen „Parteigenossen“ und der jüngsten Vergangenheit gerade im ersten Nachkriegsjahr auch fernab des Memorandums einigen Raum einnahm und weiter thematisiert wurde, gilt es im Folgenden zu zeigen.

590 Weyer, Stand der Netzwerkforschung, 2011, S. 49.

3.2 Normproduktion zwischen Vergangenheit und Zukunft

Die Diskussion um den Zäsurcharakter des Jahres 1945 fand seit jeher – und findet bis heute – große Beachtung in zahlreichen geschichtswissenschaftlichen und soziologischen Studien.[591] Wenngleich das Ende des Zweiten Weltkrieges „nicht präzise auf ein Jahr, einen Monat oder gar einen Tag datierbar"[592] ist, lassen sich unter dem ‚8. Mai' als eine der großen Chiffren der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts doch die diesem Datum folgenden, tiefgreifenden Prozesse und Veränderungen subsumieren.[593] Dass hierbei jedoch keine „Stunde Null" im Sinne eines „absoluten, allumfassenden Strukturbruch[s]"[594] oder „voraussetzungslosen Neubeginns" schlug, sondern diese Metapher vielmehr nicht selten als eine „geschichtsinterpretierende Vokabel" verwendet wurde und wird, „um einen uneingeschränkten ‚Bruch' mit der Zeit des Nationalsozialismus nach 1945 zu unterstellen und (real vorhandene) Kontinuitätslinien zu negieren",[595] ist mittlerweile ein Gemeinplatz.[596] Verstärkt wurde in diesem Zusammenhang auf die mannigfaltigen personellen, strukturellen, wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen oder auch mentalitätsgeschichtlichen Kontinuitäten hingewiesen und dabei festgehalten, dass der Anteil der Diskontinuität zwangsläufig immer hinter dem Anteil der Kontinuität zurückbleiben müsse, „sofern nur die Menschengruppe überlebt, welche die Geschichte

591 Gerhardt, Soziologie der Stunde Null, 2005, S. 12.

592 Kirsch, „Befreiung" und/oder „Niederlage"?, 2005, S. 61.

593 Zu symbolischen Umbruchsdaten der deutschen Geschichte siehe Schieder, Umbrüche, 2000, bes. S. 4 f. Die hohe symbolische Bedeutung des 8. Mai erhellt auch daraus, dass die extreme Rechte versucht, dieses Datum umzuinterpretieren. Vgl. hierzu Langebach, 8. Mai 1945, 2015.

594 Kirsch, „Befreiung" und/oder „Niederlage"?, 2005, S. 61, und im Folgenden S. 63.

595 Eitz/Stötzel, Wörterbuch der ‚Vergangenheitsbewältigung', 2007, S. 586.

596 Kleßmann, Untergänge – Übergänge, 1989, S. 83; Kocka, 1945 nach 1989/90, 1995, S. 600; Sachse, Bedingte Umbrüche, 2010, S. 471; dies., „Persilscheinkultur", 2002, S. 217; Schmidt, Entnazifizierung und Vergangenheitspolitik, 2017, S. 278; Niethammer, Mitläuferfabrik, 1982, S. 120; siehe auch Hobuß, Mythos „Stunde Null", 2015; zum Begriff der „Stunde Null" siehe Brockmann, German Culture at the „Zero Hour", 1998, bes. S. 8–14. Vgl. auch Hockerts, Gab es eine Stunde Null?, 1996; Bessel, „Stunde Null", 2015.

macht oder erleidet".[597] Obschon dieser Befund in seiner Gültigkeit hier keineswegs grundsätzlich in Frage gestellt werden soll und auch die Geschichte des MPA in vielerlei Hinsicht als eine von unbestreitbaren Kontinuitäten geprägte geschrieben werden muss, so bedeutete die Chiffre ‚8. Mai 1945' – wie für die deutsche Gesellschaft insgesamt – auch für die Belegschaft des Amtes eine nicht zu unterschätzende, tiefgreifende Zäsur. Der Fokus liegt im Folgenden also weniger auf den Kontinuitäten als auf den Umbruchserfahrungen und den Versuchen, dem Neuen Gestalt zu verleihen.

Der Untergang des nationalsozialistischen „Führerstaates" hinterließ zunächst und zuvörderst eine Gesellschaft, die sich mit einem Zusammenbruch zahlreicher Erwartungsstabilitäten konfrontiert sah. Denn dieser Zusammenbruch kann nicht nur „als Beschreibung der zerstörten Städte oder der lahmgelegten Infrastruktur" verstanden werden,[598] sondern bedeutete auch eine kollektiv geteilte Individualerfahrung und -betroffenheit.[599] Die Regeln des Zusammenlebens hatten sich radikal geändert. Stellt man dies in Rechnung, so bedeutete dieser Zusammenbruch der zuvor geltenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung auch den Ausgangspunkt eines nicht zuletzt von den Besatzungsmächten durch die „Entnazifizierung" und „Entmilitarisierung" angeordneten Transformationsprozesses von der einstigen „Volksgemeinschaft", welche die Leitideen, Ziele und Ordnungen der NS-Diktatur, darunter „Führerglaube und Vernichtungskrieg",[600] als geltendes Normensystem kannte, vielmehr noch mehrheitlich akzeptierte, inkorporierte und/oder verantwortlich mittrug und durchführte, zu einer Gesellschaft, in der diese Normen nicht mehr galten, ja, nicht mehr gelten konnten und durften. Gleichzeitig, um an die Erkenntnisse der Sprachwissenschaftlerin Heidrun Kämper anzuschließen,

597 Isensee, „Stunde Null", 2013, S. 15. Zur Kontinuitätsgeschichte besonders von Institutionen als Forschungsproblem vgl. Löffler, „Im Mahlstrom der Zeit", 2018, S. 105, der darauf hinweist, dass „[m]oderne Administrationen und Bürokratien [...] eo ipso ein Phänomen von langer Dauer" seien und Kontinuität damit „gleichsam ihr inneres Prinzip" sei; hierzu auch Stolleis, Geschichte des öffentlichen Rechts, 2012, S. 25.

598 Kirsch, „Befreiung" und/oder „Niederlage"?, 2005, S. 64.

599 Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 2003, S. 951–954, beschreibt ab Frühjahr 1945 den Typ einer „Zusammenbruchsgesellschaft", die nach anderen Regeln funktionierte als in der Zeit davor und schließlich danach.

600 Dülffer, Deutsche Geschichte 1933–1945, 1992.

war der Untergang des NS-Staates „gerade für die Bedingungen der geistigen Auseinandersetzung und die Kommunizierbarkeit der Ergebnisse dieser Auseinandersetzung eben eine Zäsur“,[601] die auch im Falle der hier betrachteten Institution evident wird. Vor dem Hintergrund, dass der „Wechsel des Systemtyps einer Gesellschaft kein momentaner Umschwung“, sondern ein Prozess ist, dem eine gewisse, wenn auch begrenzte Dauer notwendigerweise innewohnt, tritt verstärkt die Frage nach der Verfasstheit dieser „Übergangsgesellschaft“,[602] ihrem Handeln und ihren sowohl auf die Vergangenheit als auch die Zukunft gerichteten Deutungs- und Wahrnehmungsmustern in den Vordergrund.

Im Folgenden wird der Fokus auf die Belegschaft des MPA in eben dieser Phase gelegt, die wesentlich das erste Jahr nach Ende des Krieges umfasste, um zu versuchen, die entscheidenden Prozesse des Übergangs von der Kriegs- und Zusammenbruchs- zur Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft nachzuzeichnen. Hierbei ist zunächst festzustellen, dass die Formung und Herausbildung der MPA-Nachkriegsgesellschaft das Produkt eines amtsintern ablaufenden, intensiven kommunikativen Prozesses war,[603] bei dem die jüngste Vergangenheit weder von Beginn an kollektiv verdrängt, noch ihre Thematisierung *per se* verweigert wurde. Vielmehr waren die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, das Sprechen oder Schreiben über das Geschehene und die Suche einer gemeinsamen Leitlinie für den alltäglichen Umgang zwischen den im Amt beschäftigten, „belasteten“ und „nicht belasteten“ Mitarbeitern notwendige Voraussetzung, um diesen Übergang gestalten zu können; die Ankunft in einer Gesellschaft

601 Kämper, Schulddiskurs, 2005, S. 114.

602 Alle Zitate/Paraphrasen des Satzes: Gerhardt, Soziologie der Stunde Null, 2005, S. 15 f., 63. Zum unfreiwilligen Umbruch von 1945 hinsichtlich der politischen Struktur siehe auch dies./Mochmann, Einleitung, 1992, S. 2.

603 Am Beispiel der wissenschaftlichen Eliten nach Ende des Krieges untersucht auch Sachse, „Persilscheinkultur“, 2002, S. 217, die These, dass „der begleitende mentale Vorgang, den wir gemeinhin psychologisierend als ‚Verdrängung‘ der Beteiligung an nationalsozialistischer Herrschaft, Gewalt und Verbrechen bezeichnen“, ebenfalls ein derartiger kommunikativer Prozess war, der als „solcher an Sprechweisen gebunden [war], die zunächst gefunden, erprobt und vereinbart werden mußten“ und „deren Bedeutungsgehalt aber immer wieder an die sich veränderten politischen Konstellationen und sozialen Kontexte der Nachkriegsjahre angepaßt werden mußte“.

‚nach Hitler' erzeugte erheblichen Kommunikationsbedarf. Denn „[p]olitik- und gesellschaftsgeschichtliche Wechsel" bewirken „kollektive sprachliche Verschiebungen". Sie „werden sprachlich konstituiert. Mit Sprache werden Sachverhalte nicht nur repräsentiert, sondern auch geschaffen".[604] Diese Thesen lassen sich auch anhand des MPA in verschiedenen Kommunikationsräumen bestätigen. Gerade der Umstand, dass es eine beinahe bruchlose institutionelle und personelle Kontinuität aufwies, sorgte dafür, dass den vorangegangenen zwölf Jahren der NS-Diktatur kaum mit Ignoranz begegnet werden konnte. Angesichts der zahlreichen Studien, die trotz ähnlich großer Kontinuitäten in den jeweils untersuchten Institutionen oder Behörden eine derartige Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit innerhalb der Belegschaft nicht feststellen, sondern eher eine tendenziell bereits unmittelbar nach Kriegsende einsetzende, konsequente Verdrängung konstatieren,[605] stellt sich die Frage, ob es sich bei dem, was sich während des ersten Nachkriegsjahres im Amt abspielte, gewissermaßen um ein MPA-Spezifikum handelt. Ein Erklärungsansatz lässt sich in dem Arbeitsfeld und der Verfasstheit der Ressortforschung selbst finden: Wenngleich auch die allgemeine Verwaltung anderer Einrichtungen vermutlich die Mehrheit ihrer durch den Nationalsozialismus kompromittierten Mitarbeiter nach 1945 behielt, war eine personelle Fluktuation innerhalb der deutlich kleineren Ressortforschungslandschaft mit ihren jeweils wissenschaftlich-technisch hochspezialisierten Beamten nicht so leicht möglich. Denn diese hatten sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg ein auf die Bedürfnisse der Ressortforschung hin ausgerichtetes Erfahrungswissen angeeignet, darunter nicht zuletzt eigene Methoden für die jeweiligen fachlichen Spezialisierungen entwickelt oder erlernt, sodass die Möglichkeiten eines einfachen Auswechselns der Mitarbeiter im Verhältnis noch einmal erheblich geringer waren, als in der von juristisch geschulten „bürokratische[n] Allroundern"[606] dominierten allgemeinen Verwaltung oder in einem mit ‚klassisch' ausgebildeten und arbeitenden Wissenschaftlern und Technikern besetzten

604 Kämper, Politische Wechsel – Sprachliche Umbrüche, 2011, S. 34.

605 Insbesondere die Verdrängungsthese, die Mitscherlich/Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern: Grundlagen kollektiven Verhaltens, 1967, konstatierten, habe laut Berghoff, Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung, 1998, S. 97, „lange Zeit Überzeugungskraft und Breitenwirkung" besessen.

606 Hachtmann, Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit, 2023, S. 102.

Personalkörper anderer Institutionen. Unter dieser Prämisse lässt sich argumentieren, dass der Bedarf an Verständigung über die Vergangenheit und an Festlegung einer gemeinsamen Leitlinie am MPA aufgrund der ressortforschungsbedingten Anforderungen an die Mitarbeiter, die weniger Raum für ‚Personalrochaden' und Wechsel innerhalb des öffentlichen Dienstes ließen, tatsächlich größer gewesen ist als in Behörden der allgemeinen Verwaltung, ‚klassischen' Institutionen der Wissensproduktion oder auch der Wirtschaft. Für den Prozess dieser Auseinandersetzung wird hier der analytische Begriff einer in die Zukunft gerichteten, also *prospektiven Vergangenheitsabwicklung* eingeführt. Dieser Begriff beschreibt im Kern das folgende Phänomen: Als eine unter anderem personell noch allzu präsente Vergangenheit drängte sich der Nationalsozialismus auch nach Ende des Krieges noch in einem solchen Maße auf, dass seine Thematisierung sowohl auf einer allgemeinen wie auf einer individuellen Ebene unumgänglich war, was durch den ressortforschungsbedingt speziell gearteten Personalkorpus des MPA noch verstärkt wurde. Erst *nachdem* die Vergangenheit in einem – wenngleich durchaus selektiven und vornehmlich von einigen wenigen Akteuren vorangetriebenen und durchgeführten – Verbalisierungsprozess kollektiv erledigt oder abgewickelt worden war, dessen Ergebnisse für alle Mitglieder des Amtes gelten sollten, konnte der Blick in eine gemeinsam angestrebte Zukunft unter den nun veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen gerichtet werden. Kurzum, es mussten neue Verhaltensregeln oder -normen bezüglich des Umgangs mit der NS-Vergangenheit gefunden und durchgesetzt werden, um auf dieser Basis in die (demokratische) Zukunft aufbrechen zu können.

Angesichts der ausgeprägten personellen Kontinuitäten, die sich in Teilen über mehrere politische Systeme – und damit eben auch vom Nationalsozialismus in das Nachkriegsdeutschland – erstreckten, könnte man die Belegschaft des MPA nach dem Soziologen Heinrich Popitz als eine Art eigene und bis zu einem gewissen Grad in sich geschlossene Gesellschaft innerhalb der deutschen Gesellschaft beschreiben, genauer „als Einheit umgrenzbares soziales Gebilde" mit einem „gewissen Intensitätsgrad sozialer Interdependenzen".[607] Folglich bieten sich auch für einen Teil der Analyse der Neuformung einer MPA-*Nachkriegsgesellschaft* nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs" Begriffe und Konzepte

607 Popitz, Universale Konstrukte sozialer Normierung, 2006, S. 94.

an, die Popitz zur Beschreibung ebensolcher Gesellschaften entwickelt hat. Popitz fragte ursprünglich „nach den Bedingungen der Möglichkeit menschlichen Zusammenlebens [...]. Wie ist es möglich, daß Menschen sich mit einiger Sicherheit und Dauerhaftigkeit aufeinander einstellen können?“[608] Er geht davon aus, dass „Vergesellschaftung [...] stets ein Artificium“[609] sei, also aktiv erschaffen und konstruiert werden müsse, wobei soziale Normen die „Bedingung jeder menschlichen Vergesellschaftung, jeder dauerhaften Verfestigung sozialer Verhaltensorientierung auch am zukünftigen Verhalten anderer Menschen“[610] bilden. Begreift man nun die Belegschaft des Amtes auch als eine eigene Gesellschaft – eine Partikulargesellschaft –, muss auch hier gelten, was der Soziologe in einer seiner Universalthesen formulierte: „In allen Gesellschaften gibt es soziale Normen.“[611] Das Interagieren der einzelnen Mitglieder dieser Gesellschaft miteinander ist also bestimmt von sozialen Normen, die wiederum Erwartungssicherheit – und damit Vertrauen – schaffen und eine gemeinsame, aneinander orientierte Koexistenz und Zusammenarbeit in dieser Gesellschaft ermöglichen.[612] Mit dem Ende des NS-Regimes ging ein fundamentaler Wandel des allgemeinen Normensystems einher, der sich verkürzt darauf herunterbrechen lässt, dass alles Nationalsozialistische, das als geltende Norm vormals für ‚gut‘ befunden worden war, nun für ‚schlecht‘ befunden werden musste. Was ehemals im Sinne des NS zu sollen war, sollte nun nicht mehr gewollt werden, sondern das Gegenteil rückte in die Position des Gesollten ein. Diese gravierende gesamtgesellschaftliche Zäsur, die aus dem politischen Systemwechsel und mithin dem Wandel des Normensystems resultierte, musste sich unweigerlich auch auf die Partikulargesellschaft des MPA auswirken. Welche sozialen Normen definierte man nun für den Umgang mit denjenigen Mitgliedern des Amtes, deren politisches Engagement während des Nationalsozialismus für ‚gut‘ im Sinne der während dieser Zeit geltenden Normen

608 Popitz, Soziale Normen, 2006, S. 74.

609 Ebd., S. 62.

610 Popitz, Allgemeine Soziologische Theorie, 2011, S. 83; allg. auch ders., Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung, 2006.

611 Popitz, Universale Konstrukte sozialer Normierung, 2006, S. 95.

612 Zum Zusammenhang von Erwartungssicherheit, Vertrauen und Sozialem Popitz, Die normative Konstruktion von Gesellschaft, 1980, S. 3–4; ders., Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung, 2006; an Popitz anschließend auch Sofsky, Ordnung sozialer Situationen, 1982, S. 172–180; Baberowski, Erwartungssicherheit und Vertrauen, 2014.

gefunden wurde, die mit dem 8. Mai ihre Gültigkeit schließlich verloren hatten, ja offiziell und angeordnet verlieren mussten? Im Folgenden ist zu zeigen, dass die Formulierung und Festlegung dieser neuen Normen ein zentraler Bestandteil des Herausbildungsprozesses der Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft des MPA war, die die jüngste Vergangenheit nicht einfach ignorierte oder beschwieg, sondern adressierte, thematisierte, einen Umgang mit ihr definierte und diese dadurch abwickelte, um eine gewisse Distanz zu ihr zu erzeugen und sodann den Blick nach vorne richten zu können.

Am 3. Januar 1946 hielt Wilhelm Blumenthal anlässlich des neuen Jahres eine Rede vor der Gesamtbelegschaft des Amtes, mit der er im Nachgang des Rechenschaftsberichtes des Präsidenten Siebel über die wissenschaftlichen und technischen Aufgaben des MPA nun im Namen des Betriebsrates Bericht erstattete und seinerseits Rechenschaft über Entwicklungen und Entscheidungen ablegte, die zwischenmenschliche Angelegenheiten des alltäglichen Umgangs, die „Nöte unseres Tages“[613] wie etwa Versorgungs- und Krankheitsfragen, die aktuelle wirtschaftliche Lage oder personalpolitische Entscheidungen – *in summa* sämtliches Internes – betrafen. Die Rede verlangt vor allem deshalb eine ausführliche Analyse, da hier zentrale Normen und Sollforderungen formuliert wurden, die zeigen, inwiefern der Normwandel nach der Kriegsniederlage amtsintern bewältigt wurde. Dabei sei an dieser Stelle der Adressatenkreis ins Bewusstsein gerufen: Das Publikum, das an diesem Tag die Vorträge hörte, setzte sich aus *sämtlichen* Angehörigen des Amtes zusammen, darunter „belastete“ und „nicht belastete“ ehemalige Parteimitglieder, solche, die nicht der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört hatten, aber auch Mitarbeiter, die zu den Opfern des NS-Regimes gehörten, so höchstwahrscheinlich auch der „Jude“ Paul Melchior.[614]

Noch bevor Blumenthal auf die inhaltlichen Punkte seines Rechenschaftsberichtes einging, formulierte er eine Art grundsätzlichen Appell, den man, um mit dem Vokabular aus der Popitz'schen Normentheorie zu sprechen, auch als „Sollforderung“[615] beschreiben könnte. Das Festlegen solcher „gesollte[n] Verhaltensweisen“ war, so die

613 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 1, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

614 Vgl. zu Paul Melchior ausführlich Kapitel 5.4.

615 Popitz, Allgemeine Soziologische Theorie, 2011, S. 64, und im Folgenden S. 65.

These, auch im Falle des MPA ein zentraler Bestandteil des Vergesellschaftungsprozesses nach 1945, der hier als Neuformierung einer MPA-Nachkriegsgesellschaft unter den veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und mithin dem gewandelten äußeren Normensystem nach dem Ende der NS-Herrschaft zu verstehen ist. Dass bei der Formulierung dieser gesollten Verhaltensweisen zur Etablierung eines neuen, für die Mitglieder der Belegschaft geltenden Normensystems innerhalb der Partikulargesellschaft des Amtes die jüngste Vergangenheit eine wesentliche Rolle spielte, zeigte sich gleich zu Beginn der Blumenthal'schen Ansprache. Wie ein jeder Rechenschaftsbericht könne sich auch dieser „nur dann nutzbringend auswirk[en], wenn er auch kritisiert werden kann", und so sei es „für die Amtsleitung und den Betriebsrat eine Selbstverständlichkeit, daß auch aus den Reihen der Amtsangehörigen eine gesunde Kritik geübt werden soll."[616] An diese „Sollforderung" anschließend führte Blumenthal den direkten Vergleich mit der NS-Zeit an und stellte einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem gegenteiligen Verhalten unter den Bedingungen der Diktatur und den gravierenden Folgen für das Amt und den Einzelnen her, der seinen Verhaltensappell argumentativ unterstützte und an die lebensweltlichen Erfahrungen der Belegschaft anknüpfen konnte. Dass er seine Ausführungen dabei in der ersten Person Plural begann, verstärkte die Konstruktion einer Schicksalsgemeinschaft, die mit Blick auf eine gemeinsame, anders geartete und bessere Zukunft folglich auch kollektiv zusammenarbeiten müsse, einmal mehr:

> „Wir haben mit dem selbstherrlichen Standpunkt einer überheblichen Führerpolitik kläglich Schiffbruch erlitten [Hervorheb. i. O.]. Einer Führerpolitik, in der jedes freie Wort, jede gesunde Meinungsäußerung untersagt worden war. Wohin all das führte, braucht nicht mehr erörtert zu werden. Unsere ausgeraubten Maschinenhallen, unsere kalten Kesselanlagen, unsere ungeheizten Wohnöfen, unsere kärgliche Lebenshaltung lassen uns all das täglich und stündlich verspüren."

Den Aufruf, seine Meinung zu äußern und Kritik zu üben, wiederholte Blumenthal wenig später eindringlich: „Kollegen, Ihr habt nachher das

616 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 1, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

freie Wort der Diskussion."[617] Er forderte dazu auf, dem Betriebsrat „ruhig all das [zu sagen], was wir falsch gemacht haben [...]. Wir sind für jeden sachlichen Rüffel dankbar, wir wollen ja daraus lernen, für uns, für das Amt, für Euch." Noch bevor er zum ersten Punkt seines Rechenschaftsberichtes überging, äußerte der Betriebsratsvorsitzende einen weiteren Appell oder eine Sollforderung, die bereits eine Art Überwindung des Vergangenen andeutete und für die jeder Einzelne zunächst bei sich selbst anfangen müsse, um in Richtung Zukunft zu arbeiten. So müssten, um die „Nöte unseres Tages" zu meistern, „wir alle, Stadt und Land, Nord und Süd, Ost und West mit Hand anlegen und unseren Volksleben einen neuen Sinn geben."[618] Es sei nicht einfach damit getan, Trümmer, Schutt oder ganze Ruinen wegzuräumen, vielmehr gelte es auch, „all die alten Vorurteile abzutragen, loszulassen und hinwegzuräumen." In seiner Rede, wie auch in einem noch im selben Monat erschienen Artikel, der an anderer Stelle ausführlicher zu behandeln ist, sprach Blumenthal nicht explizit an, um welche Vorurteile es sich dabei handelte. Es liegt nahe, dass es sich hierbei vor allem um den Versuch handelte, Amtsfrieden herzustellen, wahrscheinlich in Reaktion auf vorangegangene Auseinandersetzungen innerhalb der Belegschaft. Diese Vorurteile, die er als „Schlacken" bezeichnete und damit in den Kontext von einer Art giftigen Überresten oder Abfallprodukten rückte, lägen „bergehoch in uns und um uns [...]. Neid züngelt überall, Mißgunst rankt sich über jeden Weg, Haß lugt aus jeder Mauerspalte; und böse Worte sind gar leicht bei der Hand, wenn es gilt, dem Mitmenschen das Leben zu verbittern."[619] An die Vorrede seines Berichtes schloss Blumenthal den ersten thematischen Hauptpunkt an, der die Neueinstellung von Kollegen zum Inhalt hatte. Der Abschnitt über die personalpolitischen Fragen ist insofern von besonderem Interesse, als diese vornehmlich auf einer höheren Ebene verhandelt und damit von potenziell auch kontroversen Personalentscheidungen – so beispielsweise die Wiedereinstellung durch den NS kompromittierter ehemaliger Belegschaftsmitglieder – entkoppelt wurden. Vor der Festsetzung des Personalbestandes auf 70 Mitarbeiter durch den Magistrat von Groß-Berlin hatte die Amtsleitung zusammen mit dem Betriebsrat eine

617 Ebd., S. 2, und im Folgenden.
618 Ebd., S. 1, und im Folgenden.
619 Ebd., S. 1 f.

„140 Mann-Liste als Grundlage für spätere Neueinstellungen“[620] erstellt, die nach und nach, sofern angesichts der finanziellen Lage und nicht zuletzt der Entnazifizierungsbestimmungen möglich, abgearbeitet wurde. Wie dies bereits in den Monaten zuvor als handlungsleitende Maxime für personalpolitische Entscheidungen formuliert worden war, spielte die Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit des Amtes, sofern der oder die Betroffene nach den eigens definierten Kriterien einer „Belastung“ oder „Nicht-Belastung“ als verträglich oder zumutbar für die Belegschaft erachtet worden war, eine herausragende Rolle, denn das MPA befand sich nach wie vor in einer unsicheren wirtschaftlichen Lage. So nimmt es nicht Wunder, dass Blumenthal auch in seiner großen Neujahrsansprache die immer noch geltende Personalpolitik rechtfertigte – man „halte auch weiterhin daran fest, auch die anderen Amtsangehörigen, die noch auf dieser Liste stehen [...], bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder in Lohn und Brot zu bringen“[621] – und diesbezüglich einmal mehr auf die wirtschaftliche Lage des Amtes verwies. In diesem Zusammenhang und gleichermaßen bezogen auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands formulierte er eine weitere Verhaltensnorm, die für alle Mitglieder der Belegschaft verbindlich gelten sollte und hier mit einem beinahe überweltlichen, religiös-göttlich konnotierten Vokabular ausgedrückt wurde: „Ob Wissenschaftler oder Mechaniker, ob Büroangestellter oder Präsident: Dem Neuaufbau mit ganzer Kraft zu dienen, sei unser aller Gebot.“[622] In diesem Verhaltensgebot wurden die unterschiedlichen Hierarchieebenen zwischen den Mitarbeitern nivelliert und der Blick in die Zukunft überwölbte alle mögliche Kritik. Anstatt Kritik zu üben oder sich in Streitigkeiten über Personalfragen zu verlieren, sollte nun ein Schlussstrich gezogen werden.

Nachdem der Betriebsratsvorsitzende der Amtsleitung und der Belegschaft seinen Dank „für die im vergangenen Jahre trotz allen Unbills vorgebrachte Leistung“ ausgesprochen hatte, ging er „zum dritten und vielleicht wichtigsten Punkte“ über: „Zu der Frage der PG's.“[623] Der unter diesem Punkt zusammengefasste Teil des Rechenschaftsberichtes ist von kaum zu überschätzender Bedeutung für die Frage nach der Art und Weise der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

620 Ebd., S. 2.
621 Ebd., S. 3.
622 Ebd., S. 4.
623 Ebd., S. 6.

insgesamt und seinen einstigen Vertretern im Besonderen, die sich aufgrund der seit Juni 1945 so getroffenen personalpolitischen Entscheidungen nach wie vor im Amt befanden. Der Umstand, dass dieses Thema auch knapp ein halbes Jahr nach dem „Memorandum des Vertrauensausschusses“,[624] das bereits als eine Art Rechtfertigung für die Einstellung von „nicht belasteten“ und „belasteten“ ehemaligen Parteimitgliedern fungieren sollte, nach wie vor derart großen Raum einnahm, deutet bereits darauf hin, dass es innerhalb der Belegschaft nicht einfach verdrängt oder *ad acta* gelegt worden war, sondern vielmehr offenbar weiterhin kontroversen Gesprächsstoff bot. Noch bevor Blumenthal in seiner Rede kollektiv bindende Verhaltensnormen für den Umgang zwischen „nicht belasteten“ und „belasteten“ Mitgliedern formulierte, legte er noch einmal ausdrücklich die Gründe für die Weiterbeschäftigung ehemaliger Parteimitglieder im Amt dar. Grob kategorisiert könnte man diese Legitimationsstrategie wie folgt beschreiben: *Erstens*: Durch das Evozieren von Erinnerungen an die individuelle und im Sinne der Belegschaft kollektive Notlage nach dem „Zusammenbruch“ sollte Verständnis für die als pragmatische Realpolitik dargestellten personellen Entscheidungen hervorgerufen werden. *Zweitens*: Das argumentative Heranziehen des Nationalsozialismus fungierte als eine Art interne „Re-Education“-Maßnahme, mit der eine sowohl die Verhaltens- als auch Denkweise betreffende Anpassung an die nun geltende Ordnung der Demokratie eingefordert wurde, was als ‚Demokratie *ex negativo*‘ beschrieben werden könnte. *Drittens*: Der Fokus auf den Wiederaufbau des Amtes und Deutschlands wurde als notwendige Voraussetzung für eine ‚bessere‘ Zukunft erklärt, für die eine Belastung des gemeinschaftlichen Zusammenarbeitens durch die Vergangenheit hinderlich sei. Diesen Abschnitt begann Blumenthal damit, dass keine Frage dem Betriebsrat so viel „Kopfzerbrechen“ bereitet habe, wie die Frage der „PG’s“. Aufgrund der Tatsache, dass entsprechende Dokumente wie beispielsweise Sitzungsprotokolle oder Beschlussfassungen nicht vorliegen, können die genauen Inhalte der Diskussionen innerhalb des Betriebsrates leider nicht mehr nachvollzogen werden. Darauf, dass das Thema allerdings offenbar mehr als nur einigen Raum eingenommen haben muss, verweist aber die Angabe Blumenthals: „In 26 Sitzungen von den insgesamt 34 des vergangenen Jahres hatte sich der Betriebsrat

624 Vgl. Kapitel 3.1.

mit der Beschäftigung der PG's hier im Amt zu befassen", wobei der in der Formulierung: „hatte sich [...] zu befassen"[625] angeschlagene Ton diese Beschäftigungsfrage durchaus negativ im Sinne einer aufgezwungenen, unliebsamen Belastung oder Bürde konnotierte. Anschließend griff er gezielt die während dieser Sitzungen vorgebrachte „Meinung manch eines Kollegen: Schmeisst sie doch raus!" auf, räumte als Teil seiner rhetorisch geschickt aufgebauten Argumentationslinie ein, dies „wäre gewiss die einfachste Lösung gewesen" und hätte „uns viel Arbeit und auch viel Aerger vonseiten der Belegschaft erspart", bevor er diesen Forderungen ein großes „Aber" entgegenstellte: „Aber glaubt einer unter Euch denn im Ernst, dass es eine gerechte Lösung gewesen wäre?"[626] Den Aspekt der Gerechtigkeit aufgreifend begann Blumenthal seine erklärenden Ausführungen zu den Personalentscheidungen respektive seine Legitimationsstrategie, die sich aus den zuvor benannten drei Aspekten zusammensetzte:

> „Und wollten wir [der Betriebsrat, E.K.] nicht denselben diktatorischen Unsinn machen, dieselbe Ungerechtigkeit schaffen wie jene Vollidioten einer rassischen Menschheitsordnung, dann mussten wir uns eben zu dem demokratischen Prinzip der Menschheitswürde bekennen. Einer Menschheitswürde, die frei und ohne Scheu zur rechten Stunde das auch tat, was immer um der Demokratie willen zu tun ist."[627]

Nachdem man zu dieser Zeit „weder Richtlinien noch Bestimmungen" – das heißt keine klar geltenden kodifizierten Normen – zur Hand gehabt habe, so sei man – und hierin spiegelt sich deutlich die zeitgenössische Wahrnehmung einer Zäsur ‚nach 1945' mit den ihr folgenden veränderten Rahmenbedingungen, die gleichzeitig eine Situation der Verunsicherung schufen, wieder – „als politische Vertreter einer neuen Zeit allein inmitten einer aufgeregten Belegschaft [gestanden], die nach Arbeit schrie, inmitten leeren Hallen, verschmutzten Räumen und zerstörten Hoffnungen." Der darauffolgenden Frage, die auf die in der Belegschaft kollektiv gemachten Erfahrungen seiner Zuhörenden abzielte: „Erinnert Ihr euch noch alle der Zeit wo wir Tag um Tag vergebens vor

625 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 6, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.
626 Ebd., S. 6 f.
627 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 7.

den Gitterstäben unseres Amtes standen? Wo unser Hirn nach Arbeit suchte und die Hände sich ohnmächtig ballten?“, schloss er in einem knappen Satz die Begründung für die Entscheidung an, die „wir auch bis zum heutigen Tage der Belegschaft gegenüber aufrecht erhalten“ und die letztlich auch für die zu diesem Zeitpunkt gegenwärtige und zukünftige Personalentscheidung eine der zentralsten Grundlagen bildete: „Erst das Amt, dann die Person; erst die Allgemeinheit, dann der Einzelne.“ Die Wahl zwischen der „restlosen Entfernung aller PG's oder der Beibehaltung einer erforderlichen Anzahl“ sei auf Grundlage des „Gebot[s] des raschen Wiederaufbaus“ entschieden worden, das zwingender gewesen sei als „die Anwendung eines Radikalismus, der in jenen Tagen sehr billig zu haben war.“ Die implizite Gegenüberstellung eines während der unmittelbaren Nachkriegszeit dominierenden Radikalismus hinsichtlich der Entlassung ehemaliger Parteimitglieder und mithin einer unterstellten Irrationalität auf der einen und den Entscheidungen des Betriebsrates, die sich nach den Bedürfnissen und Nöten der Zeit gerichtet hätten, auf der anderen Seite, wobei Fürsorge, Verantwortungsbewusstsein, Realpolitik und Vernunft als handlungsleitende Motive herausgestellt wurden, verstärkte die folgende Formulierung noch einmal: „Ich sah damals diese Dinge nicht durch die Parteibrille, sondern als verantwortungsbewusster Berliner Bürger, der seinen klaren Sinn für das behalten hatte, was Not tat.“[628] Als ‚Beweis‘ für die Legitimität der damaligen und gegenwärtigen Entscheidungen zugunsten der Weiter- oder Wiederbeschäftigung ehemaliger Parteimitglieder führte Blumenthal die in wirtschaftlicher Hinsicht positive Entwicklung des Amtes und damit verbunden die Erhöhung der Stellenanzahl während der vergangenen Monate an, wobei er anschloss: „Hätten wir aber Fachgebiete den politischen Parteiumständen geopfert, so kann sich ja jeder die Frage selbst beantworten, wie es dann heute wohl mit unseren Einnahmen und dem Beschäftigungsstand aussehen würde.“[629] „Immerhin“ – und damit relativierte er gleichsam die Schwere dieses Umstandes und verwies auf den als zumutbar definierten Grenzwert „nazistische[n] Einfluss[es]“ – seien „die PG's von 25% in der alten Belegschaft auf 10%

628 Unmittelbar daran anschließend sprach er noch einmal explizit seinen Dank aus an die damaligen Mitglieder „im Vertrauensausschuss [...], die sich meiner vorgebrachten Meinung in Rat und Tat anschlossen und wesentlich zum Gelingen mit beitrugen“, ebd., S. 7 f.

629 Ebd., S. 8

im neuen Betriebe, genau gesagt auf 9,7% zusammengeschmolzen."[630] Im Zusammenhang mit dem sukzessiven wirtschaftlichen Aufschwung des Amtes formulierte er einen Leitsatz, der gewissermaßen als Denkmuster und Handlungsrichtlinie für die gesamte Belegschaft ausgegeben wurde und letztlich auch für die Herausbildung der MPA-Nachkriegsgesellschaft von zentraler Bedeutung sein sollte. Falls „nun wohl jemand auf den absurden Gedanken kommen [könnte], dass also einzig und allein es den Nazis zu verdanken ist, wenn die Einnahmen so erfreulich anlassen", bliebe nur eins zu sagen: „Das Amt ist ein Ganzes" – und als solches inkludierte es die „Nicht-PG's", ehemalige „nicht belastete" und „belastete" Parteimitglieder, durch welche „alle Fachgebiete besetzt blieben", sowie die Angehörigen der ehemaligen Reichsanstalt, durch die noch weitere Fachgebiete im Zuge der „Verschmelzung mit der CTR hinzu kamen", gleichermaßen. Dies sei ausschlaggebend gewesen und hätte „auch ein grosse[s] Plus ein[gebracht], gegenüber anderen Stellen." Mit diesen Ausführungen legte Blumenthal fest, wer in Zukunft Teil der Belegschaft sein und damit – wenngleich mit Widerwillen oder Unmut, so doch mindestens aus wirtschaftlichen Gründen zum Zwecke des Wiederaufbaus – auch als Angehörige der MPA-Gesellschaft angesehen und anerkannt werden sollte. Die Sollforderung bestand auch hier darin, keine Einzelfälle zu diskutieren, sondern sich unabhängig von der jeweiligen Vergangenheit einzelner Individuen in die neue Betriebsgemeinschaft und deren normative Ordnung einzufügen.

Der darauffolgende Abschnitt erlaubt einen besonderen Einblick in die Wahrnehmung der alliierten Entnazifizierungsmaßnahmen und -gesetze, denn diese beschrieb Blumenthal als die angestrebte amtseigene Entnazifizierung durchaus konterkarierend. Er übte deutliche Kritik am Umgang der sowjetischen Besatzungsmacht mit den ehemaligen „PG's" und konstruierte aus dieser Beurteilung heraus letztlich ein Argument zugunsten der Wiedereinstellung ehemaliger Parteimitglieder. Den Grund, aus dem „bisher all diese Fragen in einer Betriebsversammlung noch nicht zur Diskussion" gestanden hätten, sah er darin, dass „ständig von Monat zu Monat neue Bestimmungen und neue Verhandlungen alle Entschlüsse umwarfen." So sei erst drei Wochen vor der gehaltenen Rede

630 Weiter verwies er darauf, dass im MPA ehemalige Parteimitglieder aus „allen leitenden Stellen" entfernt wurden und ihre Bezahlung „zuletzt zu den von der Stadt herausgegebenen Gehaltssätzen [erfolgt war], d.h. kein PG erhielt mehr als 250,-- RM im Monat", ebd., und im Folgenden.

„wieder eine neue Verfügung ergangen, dass ab sofort alle PG's zu entlassen" seien, der man sich als Betriebsrat „natürlich gebeugt" habe, „doch was ist wohl dazu zu sagen" – und hier brachte er eine deutliche Kritik am Umgang der Besatzungsmacht mit den ‚eigentlich' „Belasteten" an – wenn man auf der anderen Seite höre, „dass ein Mann wie Direktor Sommer von der Zentralverwaltung jetzt erst eingestellt wurde und dort mehr als das Dreifache von 250.-- RM erhält." Die Aussage bezog sich auf einen ehemaligen Mitarbeiter, der seit 1921 im Amt beschäftigt war und bis Kriegsende die Position des Leiters der IV. Hauptabteilung „Faserstoffe" sowie deren Abteilung „Textilien" innehatte: Prof. Dr.-Ing. Herbert Sommer.[631]

631 Herbert Sommer (1894–1973), 1913 Höhere Webschule, 1914 Diplom, 1914 Beginn des Studiums des Ingenieurwesens, 1914 Kriegsteilnahme, 1918 Entlassung aus Militärdienst, 1919 Fortsetzung des Studiums, 1921 Dipl.-Ing. und Eintritt in das StMPA als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in der Abteilung für Textilienprüfung, 1923 Dr.-Ing., 1932 Ständiges Mitglied und Professor als Gruppenleiter im StMPA, 1933 Leiter der Abteilung „Papier und Textilien" in der Hauptabteilung „Organische Stoffe", 1935 Leiter der Abteilung „Textilien", 1938 Direktor der IV. Hauptabteilung „Faserstoffe", in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2.597.508), dort Hauptstellenleiter im Ortsgruppenstab Dahlem, 1.11.1933 Mitglied der SA, dort SA-Rottenführer, 1945 Kriegsgefangenschaft und Entlassung aus dem StMPA/MPA, Einordnung als „aktiver Pg. u. SA.", 1947 Laborleiter in einem technischen Spezialbüro des Ministeriums für Gummiindustrie der UdSSR in Berlin-Weißensee, 1949 Leiter der Abteilung Textilprüfung und angewandte Textilveredlung am Institut für Faserstoff-Forschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften in der DDR, Vorstandsmitglied im Fachverband Leichtindustrie der Kammer der Technik, 1965 Dr.-Ing. e.h. der TH Dresden, 1968 Ehrennadel des DIN; StMPA, Personalnachrichten über Herbert Sommer, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 133–134; Verzeichnis der Abteilungen, Fachabteilunge und Fachgruppen (Stand 1.11.1936), BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 1.7.1939, BArch, R 9361-I/3440; Erich Siebel, Zeugnisentwurf, 13.7.1945, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse; Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Kindscher, [i. V. Der Präsident des StMPA], an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25; Entnazifizierungs-Kommission Verwaltungsbezirk Zehlendorf, Berufungsantrag Herbert Sommer, 17.8.1948; Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 65, Bl. 2; Institut für Faserstoff-Forschung Teltow-Seehof DAW, in: Melliand Textilberichte 35 (1954), S. 319 f.; Bobeth, Wolfgang: Ehrenpromotion von Prof. Dr.-Ing. Herbert Sommer durch die Fakultät für Technologie der Technischen Universität Dresden am

Sommer war am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten, wo er als Hauptstellenleiter des Ortgruppenstabes Dahlem fungiert hatte, und knapp ein halbes Jahr später, am 1. November 1933, in die SA, in der er als SA-Rottenführer gedient hatte.[632] Im Juli 1945 wurde Sommer entlassen. Laut seines Arbeitszeugnisses folgte die Auflösung des Arbeitsverhältnisses offiziell „wegen Betriebseinschränkung".[633] Es ist jedoch vielmehr davon auszugehen, dass er zu jenen „belasteten Pg." zählte, die als nicht mehr tragbar für eine Weiterbeschäftigung im Amt erachtet wurden.[634]

---

16. September 1965, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden 15 (1966), S. 303 f.; Herbert Sommer zum 70. Lebensjahr, in: Materialprüfung 6 (1964), S. 142; Professor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Herbert Sommer, in: BAM-Information 4 (1973), S. 81, BAM-Archiv, Fach 3-1.

632 StMPA, Personalnachrichten über Herbert Sommer, 15.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 133–134; REM, Personalbogen für Herbert Sommer, GStA, I. HA, Rep. 151, Nr. 1004, Bl. 18.

633 Erich Siebel, Zeugnisentwurf für Herbert Sommer, 13.7.1945, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse.

634 Vor allem aber nahm Pfender in seinem Notizbuch mehrere Einträge vor, die auf eine solche Einschätzung verweisen. Es scheint, als hätte sich der ‚Neuankömmling' Pfender nach seinem Eintritt in das Amt einen Überblick über die Mitglieder der Belegschaft und deren parteipolitische „Belastung" verschafft, darunter auch über Herbert Sommer. Bereits im August notierte er: „Sommer PG, SA, pol. tätig" (Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom August 1945: „MPA-Schicksale", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77). Zudem rechnete er ihn zu einer innerhalb des MPA offenbar bekannten ‚Nazi-Clique': „Brief Bieretts an Fiek: Sondierung MPA. Das Gegenteil von dem zu erwarten, was er sagt. Falsch, geht über Leichen (Sommer-Bierett) n-arische Großmutter vorher unterschlagen, damit PG, jetzt hervorgeholt" (Eintrag vom 4.7.1946) und listete ihn noch Jahre später als „NSDAP-Prof." (Eintrag vom 5.4.1963). Offensichtlich hatte es auch Diskrepanzen zwischen dem Betriebsratsvorsitzenden und Sommer gegeben, die Pfender als „Gegnerschaft So-Blu." bezeichnete (Eintrag vom 9.1.1948: „MPA-Organisation"). Ende der 1940er war der „Pg." Sommer in einem ganz anderen Kontext noch einmal Thema in einer Abteilungsleiterbesprechung. Sommer, der zu diesem Zeitpunkt im Institut für Faserstoff-Forschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften Teltow-Seehof arbeitete, kam „öfter" und offensichtlich ohne Genehmigung auf das Gelände des Amtes, was Blumenthal zur Sprache brachte: „Von der Belegschaft erfahre ich, dass Herr Sommer auftaucht, sich nach allen möglichen Dingen erkundigt, Klimaraum ausmisst, usw. Sind wir dazu da, um jemand, der in der Ostzone ein Institut aufzieht, in seinen Bestrebungen zu unterstützen, noch dazu bei einem Pg? Hat die Amtsleitung die Erlaubnis dazu gegeben?", Niederschrift über die Abteilungsleiterbesprechung am 14. März 1949, S. 5, BAM-Archiv, Fach 13-1.

Dass Sommer als „belasteter Pg." nun in der sowjetischen Zone Arbeit gefunden hatte und dort zumal offenbar mehr verdiente, als dies für ehemalige Parteimitglieder im Westsektor Berlins möglich beziehungsweise erlaubt war, führte Blumenthal zu der Feststellung, es würde ihn „daher gar nicht überraschen, wenn also unsere entlassenen PG's von Russischen Kommissionen Sonderaufträge erhielten und damit auch ein Mehrfaches an Bezügen",[635] worauf er sein Argument für die Weiter- oder Wiederbeschäftigung ehemaliger Parteimitglieder des MPA stützte. So wäre in einem solchen Falle die Stadt Berlin „dann die Einnahmen los und die Herren PG's wären wieder gemachte Leute." Da der Betriebsrat jedoch „eine derartige ‚Wirtschaftsführung' aus Gründen der politischen Sauberkeit für verfehlt" ansähe, habe man „das Gesuch der Amtsleitung auf Wiedereinstellung der am 15. Dezember gekündigten PG's unterstützt." Kurzum, hier erschien die Wiedereinstellung belasteter Personen geradezu als Gebot, wollte man diese nicht in die Arme der Sowjets treiben, die davon profitieren würden.

Mit dem Leitsatz „Das Amt ist ein Ganzes" hatte Blumenthal unzweideutig definiert, wer seiner Auffassung nach zukünftig zur Belegschaft dazugehören sollte, wer also auch von den übrigen Mitarbeitern als Mitglied der MPA-Nachkriegsgesellschaft anzusehen sei, was mitunter auch „Pg." inkludierte, nachdem diese als für den Wieder- und Neuaufbau notwendig – oder wie es sich vielmehr bei ihm darstellte, notwendiges Übel – erachtet worden waren. Die diesbezüglichen Aussagen des Rechenschaftsberichtes sind insofern von besonderer Bedeutung für die angestrebte Neuformierung einer MPA-Gesellschaft, als mit ihnen gesollte Verhaltensweisen und Denkmuster respektive Sollforderungen formuliert wurden, die für den Nachkriegs- und Wiederaufbau-Vergesellschaftungsprozess fundamental waren. Unter der Prämisse, dass der Ist-Zustand ein solcher war, dass „belastete" und „nicht belastete" Mitarbeiter, ob sie wollten oder nicht, zusammenarbeiten müssten, setzte Blumenthal gewissermaßen die Regeln dafür fest, wie man nun miteinander umzugehen habe. Für diesen angestrebten „Soll-Zustand" sind „Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung" von herausragender Bedeutung, denn nur wenn klar ist, welches Verhalten von anderen zu erwarten ist, kann (neues) Vertrauen entstehen.[636] Blumenthal begann

635 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 9, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

diesen Abschnitt mit einer direkten Ansprache „an die anwesenden ehemaligen PG's und solchen, die drauf und dran waren, sich die Sporen zu verdienen".[637] Der Tenor dieser Ansprache war nicht weniger als eine Zurechtweisung und gewissermaßen ein Einfordern von Demut und Dankbarkeit dafür, dass ehemalige Parteimitglieder überhaupt im Amt beschäftigt wurden, womit der Betriebsratsvorsitzende auch eine auf die zwischenmenschliche Ebene bezogene Hierarchie festlegte, innerhalb welcher die „PG's" nun, nach dem Ende des Nationalsozialismus, deutlich weiter unten standen, als zuvor.[638]

> „Meine Herren, wir streckten Ihnen in völliger Loyalität die Hände entgegen. Wir hatten das nicht nötig, im Gegenteil wir konnten genau so radikal verfahren, wie es anderswo geschehen ist und sie alle restlos vor die Türe setzen. Kein Hahn hätte danach gekräht."[639]

Dass eine Entlassung nicht erfolgt war, hätten sie „einzig und allein dem [Ruf] und dem Ansehen unseres Amtes zu verdanken". Dabei legte Blumenthal abermals das MPA als *die* Bezugsgröße fest, an der sich im Umgang mit den ehemaligen Parteimitgliedern auch die übrigen Mitarbeiter orientieren sollten. Die folgende Formulierung bestätigt diese von Blumenthal angestrebte implizite Miteinbeziehung der Nicht-Parteimitglieder in die Verhaltensnorm: ‚Du sollst das MPA als eine Art übergeordnetes Kollektivkonstrukt als den primären Orientierungspunkt

636 Popitz, Die normative Konstruktion von Gesellschaft, 1980, S. 3–4; ders., Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung, 2006; Sofsky, Ordnung sozialer Situationen, 1982, S. 172–180; Baberowski, Erwartungssicherheit und Vertrauen, 2014.

637 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 9, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

638 Dies deckte sich durchaus auch mit dem, worauf Kämper, Politische Wechsel – Sprachliche Umbrüche, 2011, S. 40, für die Jahre 1945 und fortfolgende für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs insgesamt hinweist, in denen „es die vom Nationalsozialismus nicht Kontaminierten und die Opfer des Nationalsozialismus, die unbelasteten gesellschaftlichen und politischen Eliten [seien], die den Diskurs bestimmen" und zu denen Blumenthal eindeutig zugerechnet werden muss. Weiter merkt sie an, dass „deren Freiheit, den Diskurs thematisch zu lenken, äußerst begrenzt war, indem es die Alliierten waren, die ihnen die Themen der Entnazifizierung und Redemokratisierung vorgaben".

639 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 9, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

deines Denken und Handelns betrachten', indem er abermals das „Wir" bemühte und auffordernd unterstellte, jedes Mitglied dieses „Wir" würde (beziehungsweise sollte) seine Einschätzung teilen: „Diesem Amt, dem wir Arbeiter der Stirn und der Faust zugetan sind wie je zuvor. Und deswegen betrachten wir Sie auch nicht als Pgs., zu denen wir Abstand zu halten haben, sondern als Mitarbeiter, als Steinträger für dieses Materialprüfungsamt."[640] Die dabei gewählte Formulierung „Arbeiter der Stirn und der Faust" war nicht nur ein bemerkenswerter sprachlicher Überhang eines Ausdrucks, der „unter der Hitler-Diktatur zur stehenden Redewendung"[641] geworden war und einen „stark militärischen oder militaristischen Klang"[642] besaß. Er verwies außerdem auf die personelle Zusammensetzung des Amtes und deren Gleichgewichtigkeit grob gesagt von industriellen und handwerklichen auf der einen und wissenschaftlichen Mitarbeitern auf der anderen Seite, die das MPA als Ressortforschungseinrichtung ausmachten. Dass die NS-Vergangenheit eine Belastungsprobe für die zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb der Belegschaft und damit auch für die Zusammenarbeit im Betrieb gewesen zu sein schien, drückte sich nicht zuletzt in der Formulierung aus: „Verargen [S]ie [i.e. die „PG's", E.K.] es dem einfachen Arbeiter, aber auch dem denkenden Manne nicht, wenn Misstrauen noch immer unsichtbare Grenzen hält."[643] Mit einer durchaus scharfen Wertung versehen wandte sich Blumenthal noch einmal direkt an die ehemaligen Parteimitglieder, wobei gleichzeitig die Forderung einer inneren Anpassung an die äußeren, neuen Gegebenheiten deutlich wurde:

> „Ich appelliere deswegen nicht an Ihren gesunden Menschenverstand – der wäre mir heute noch zu braun –, nein, ich appelliere an ihre Anständigkeit, an ihre Menschenwürde [Hervorheb. i.O., E.K]. Und eben weil wir von der Gegenseite nicht daran zweifeln, sondern den und jenen unter ihnen als guten Arbeitskameraden zu schätzen wissen, geben wir uns auch der Erwartung hin, dass neben einer äusseren Neuordnung auch eine innere Schuttaufräumung recht bald Platz ergreifen möge. Das wäre der beste Dienst, den sie sich selber erweisen könnten."

640 Ebd., S. 9 f.
641 Hachtmann, „Arbeiter der Faust und Arbeiter der Stirn", 2006, S. 136.
642 Ebd., S. 136 f.

In den eben angeführten Zeilen verbargen sich zwei zentrale Motive des von dem Betriebsratsvorsitzenden angestrebten gesollten Umgangs mit der personellen NS-Vergangenheit, denen beiden der Aspekt der Vergangenheitsabwicklung zugrunde lag. Sinnbildlich gesprochen konnten und sollten durch die „innere Schuttaufräumung" auch die Überreste einer politischen Vergangenheit entsorgt und Ordnung geschaffen werden, um auf dem dadurch bereinigten Grund etwas Neues, in die Zukunft Gerichtetes aufzubauen, oder anders ausgedrückt: Um Tabula rasa zu machen, musste die Vergangenheit *ad acta* gelegt werden. Dass dies nicht einfach so passierte, sondern in einem in diesem Fall ‚von oben' dirigierten kommunikativen Prozess aufgegriffen, verbalisiert und in einem letzten Schritt aktiv eingefordert wurde, zeigt der Rechenschaftsbericht mehr als deutlich. Mit dem zweiten Motiv, dem „guten Arbeitskameraden", intendierte Blumenthal eine Änderung in der Betrachtungsweise ehemaliger „PG's", die fortan auf dieser Ebene als gleichgestellte Mitglieder der MPA-Nachkriegsgesellschaft angesehen werden sollten. Im Anschluss an die Ansprache, die sich an die ehemaligen Parteimitglieder gerichtet hatte, wandte sich der Betriebsratsvorsitzende den übrigen Belegschaftsmitgliedern zu, da noch „etwas Grundsätzliches" gesagt werden müsse. Vorausgesetzt, von einer geltenden Norm kann erst dann gesprochen werden, „wenn ein Abweichen von solchen erwarteten Regelmäßigkeiten *Sanktionen* gegen den Abweichler auslöst", darunter auch „demonstrative Mißbilligung",[644] so gibt der Inhalt des folgenden Abschnittes der Rede Aufschluss über eine der angesichts der Worte des Betriebsratsvorsitzenden wohl am deutlichsten erkennbaren Normen, die nach Ende des Krieges innerhalb der Partikulargesellschaft des Amtes gelten sollte. Darüber hinaus ließ das in dem Teil des Dokumentes besprochene Thema indirekt auch die Grenzen der amtseigenen Entnazifizierung erkennen und dokumentierte abermals die Sollforderung zur Abwicklung der Vergangenheit sowie zum Erlernen der Demokratie, die hier als eine Art „Re-Education"-Maßnahme von einem der betriebsintern anerkanntesten Akteure beschrieben werden soll. Das Thema, um das es ging, war das „Denunziantenwesen".[645]

643 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 10, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

644 Popitz, Soziale Normen, 2006, S. 69.

645 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 11, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

Blumenthal eröffnete diesen Abschnitt mit der Bekundung, dass der „Bezichtigung, dass der oder jener auch einmal in der Uniform gesehen wurde oder sogar Mitglied der Partei war, [...] vom Betriebsrat selbstverständlich stets nachgegangen" werde, wofür „[l]ange Verhöre, Gegenüberstellungen, Nachforschungen"[646] erforderlich seien. Dass diese im Sinne einer amtseigenen Entnazifizierung durchgeführte Vorgehensweise jedoch offenbar an ihre Grenzen gestoßen zu sein schien, gab er mehr als deutlich und mit einem beinahe enttäuscht oder wütend klingenden Unterton zu verstehen: „Und was kommt dabei heraus? Nichts! Wenn es sich dann um eidliche Aussagen handeln soll, werden die Angeber unsicher und winken ab." Als Beispiel führte er einen noch nicht lange zurückliegenden Fall an – offensichtlich war das Thema des NS also auch einige Monate nach Kriegsende keineswegs abgeschlossen –, wobei er den Betroffenen bemerkenswerterweise namentlich nannte: Es handelte sich um den Leiter der Abteilung „Kunst- und Anstrichstoffe", Prof. Dr. Rudolf Nitsche, der zwar kein Mitglied der NSDAP gewesen war, sich offenbar jedoch durch sein Verhalten innerhalb des Amtes belastet hatte, was allgemein bekannt gewesen zu sein schien. Den Vorwurf eines solchen Verhaltens und mithin einer Belastung Nitsches wies Blumenthal unter Referenz auf eine „gewissenhafte Untersuchung durch den Betriebsrat", welche die „völlige Haltlosigkeit dieser Beschuldigung"[647] ergeben hätte, nicht nur entschieden zurück; er suchte darüber hinaus, die Gültigkeit des gesollten Verhaltens respektive der Norm: ‚Du sollst egal in welcher Art und Weise als „belastet" angesehene Mitarbeiter nicht denunzieren', zu bekräftigen, indem er eine für die Wiederholung eines solchen Normbruchs zukünftig geltende „Sanktion" ankündigte: „Um diesem Denunziantenwesen einen Riegel vorzuschieben, wird der Betriebsrat von jetzt ab dem Beschuldigten das Recht zugestehen, gegen seine Verl[e]umder vorzugehen." Gleichermaßen rief Blumenthal damit implizit auch zur Beendigung der Thematisierung – also dem Beschweigen – einer möglichen individuellen politischen und potenziell kompromittierenden Vergangenheit auf, die im Umgang der Amtsangehörigen miteinander keine Rolle mehr spielen sollte. Dass er in diesem Zusammenhang zudem von Verleumdung sprach, also gewissermaßen eine Unhaltbarkeit oder Unwahrheit derartiger Anschuldigungen unterstellte, könnte als

646 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 10.
647 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 11.

eine Vorgehensweise im Sinne des Strafrechtsgrundsatzes *in dubio pro reo* beziehungsweise hier: *in dubio pro ‚PG'* – oder nach der eingeforderten Transformation der Betrachtungsweise: „pro Arbeitskamerad" – beschrieben werden. In einem letzten Schritt schloss er den Abschnitt seiner Ansprache zur Causa der Denunziation, bei der quasi eine Art Täter-Opfer-Umkehr stattgefunden hatte (nun konnten ehemalige Parteimitglieder oder „Belastete" von Nicht-Parteimitgliedern und „Unbelasteten" denunziert werden), mit einer Erklärung, die sich auf die nun geltenden politischen Verhältnisse der Nachkriegszeit gründete und die einen im Sinne einer „Re-Education" belehrenden Ton anschlug: „Sauberkeit auch darin, denn der Schutz der Persönlichkeit ist ja schliesslich auch ein Grundsatz der Demokratie."

Blumenthals argumentative Heranziehung der Verhältnisse unter der NS-Diktatur war ein grundlegendes Muster, um in Abgrenzung und im Vergleich dazu für die Mitarbeiter neue Verhaltensnormen aufzustellen, die in dem nun „antifaschistisch neuzeitlichen Betriebe"[648] – oder allgemeiner formuliert, im politischen System der Demokratie – gelten sollten. Dass sich dies auch bei Themen zeigte, die an für sich zunächst nichts Politisches anmuten ließen, demonstriert beispielhaft seine Rüge zu „einem weniger erfreulichen Kapitel: Der Sauberkeit unseres Betriebes".[649] Anlass dazu gaben ‚Delikte' wie das „eigenmächtige[...] Abreissen von Barackenteilen und sonstigen noch wichtigen Einrichtungsgegenständen", die stillschweigend „ausgeliehen" worden waren, „um dann noch obendrein die Rückgabe zu vergessen". Zwar gestand Blumenthal zu, „die Not ist gross und für manch einen sogar erdrückend", jedoch sei „die Zeit des Faustrechts [...] vorbei, endgültig", womit er den Nationalsozialismus als Unrechtsstaat aburteilte, um im Umkehrschluss Verhaltensnormen zu formulieren, die zukünftig gelten sollten. Ein auf das Beispiel des unangemeldeten ‚Ausleihens' von Amtseigentum bezogenes ordnungsgemäßes Vorgehen gehöre sich in einem „sauberen Betriebe", wie auch das MPA einer sein sollte, das „auch nach aussen hin wieder einen sauberen Ruf" erhalten solle. Ein dementsprechendes

648 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 2, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

649 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 16, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

ordnungsgemäßes und ordentliches – ein „sauberes" – Verhalten, an das sich offenbar auch in anderer Hinsicht nicht jeder gehalten hatte, forderte er nicht einfach nur ein, sondern begründete es mit einem auf die geltenden politischen Verhältnisse bezogenen Grundsatz. So sei „auf den Korridoren des halbverlassenen Hauptgebäudes hinzuspucken oder gar seine Nase zu entleeren", „im demokratischen Staat nicht üblich", woraufhin er deutlich die Sanktion bei einer Wiederholung des Normbruchs aussprach: „Der Betriebsrat wird jedem, der dagegen verstösst, unzweideutig klar machen, dass er unter solchen Umständen hier im Amt endgültig ausgespuckt hat."[650] An die „gedankliche Sauberkeit am Platze" erinnerte er auch die Mitarbeiterinnen des Amtes, nachdem auf der Damentoilette eine Verstopfung aufgrund eines zerbrochenen Konservenglases festgestellt worden war. Wenngleich das Thema der Sauberkeit im Betriebe auf den ersten Blick nebensächlich erscheint, so kam ihm doch gerade durch die hergestellte Verbindung mit den neuen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen eine nicht zu unterschätzende Rolle im angestrebten Transformationsprozess der MPA-Übergangsgesellschaft zu. Vorausgesetzt, dass „das Unsaubere etwas ist, was fehl am Platz ist"[651] und das Blumenthal wiederum durch implizite oder explizite Vergleiche mit der jüngsten Vergangenheit ins Verhältnis setzte, bedeutete die Sollforderung von Sauberkeit und Ordnung im Betriebe, im zwischenmenschlichen Verhalten oder im Innern letztlich auch die Beseitigung solcher Verhältnisse, die er der Zeit des Nationalsozialismus zuordnete. Das „Dritte Reich" erschien hier als eine Zeit der Unsauberkeit und Unordnung im übertragenen und buchstäblichen Sinne, während die Demokratie nun mit Sauberkeit und

650 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 17.

651 Douglas, Reinheit und Gefährdung, 1985, S. 59. Douglas konstatiert allgemeiner gefasst, S. 52 f.: „Wo es Schmutz gibt, gibt es auch ein System". Darauf aufbauend, S. 59: „Unsauberes oder Schmutz" ist das, „was nicht dazugehören darf, wenn ein Muster Bestand haben soll". Dass nach Bose, Klinisch rein, 2017, S. 24, Schmutz – oder Unsauberkeit – „relativ und abhängig von den jeweils historisch und gesellschaftlich spezifischen Deutungsschemata" ist und „selbst auf eine vorhandene Ordnung" verweist, könnte durchaus auch in einen politischen Kontext gesetzt werden. Allg. zur kulturellen Bedeutung von Reinheitsvorstellungen Groebner, Wer redet von der Reinheit?, 2019.

Ordnung assoziiert wurde. Der Bezug auf die Demokratie zeigt zugleich, dass diese nun als der äußere Rahmen galt, der den neuen amtsinternen Normen Legitimation verlieh.

Gegen Ende seiner Neujahrsansprache schnitt Blumenthal ein letztes großes Thema an, mittels dessen er eine weitere Sollforderung formulierte, die die gewerkschaftliche Arbeit betraf. So habe sich die „Zahl der gewerkschaftlich Organisierten unseres Amtes [...] seit dem 1.11.45 von 92 auf 105 erhöht", das seien „75% unseres Betriebes."[652] Dies sei zwar eine „sehr erfreuliche Zahl", er vermisse jedoch „noch so manchen Wissenschaftler". Anschließend zog er abermals argumentativ den Vergleich mit der jüngsten Vergangenheit heran, von der er seinen Aufruf klar abzugrenzen suchte. So erhebe er die Forderung zum Eintritt in die Gewerkschaft nicht etwa deshalb, „weil ich die frühere Einheitsschablone der Deutschen Arbeitsfront hergestellt wissen möchte, sondern weil ich weiss, dass die politische und wirtschaftliche Neugestaltung ein Abseitsstehen verantwortungsbewusster Leute eigentlich von selbst ausschliesst." Damit nahm er den Einzelnen nicht nur in die Verantwortung für die wirtschaftlichen Geschicke des Amtes und Deutschlands, was er noch einmal mit einer ausgesprochenen Nachdrücklichkeit zu verstehen gab, indem er daran erinnerte, man brauche „jede Hand und jeden Kopf, um den Extrakt der Wirtschaft im Sudkessel der Neuordnung vor dem Anbrennen zu hüten."[653] Der auf die gewerkschaftliche Organisation bezogene Appell: „Helfen sie mit; und sie dienen dem deutschen Volke und sich selbst" galt gleichermaßen auch für die „politische [...] Neugestaltung", womit er die Angehörigen des Amtes ferner in die Pflicht nahm, ihre Möglichkeiten in der Demokratie auch wahrzunehmen – hier durch das Engagement in einer Gewerkschaft als einer demokratischen Institution. Vor dem Hintergrund vorangegangener Beschwerden ging Blumenthal in einem abschließenden Kommentar noch auf die Beitragszahlungen ein, die er zum Anlass nahm, eine letzte grundlegende Aussage in Richtung der geltenden politischen Verhältnisse ‚nach Hitler' zu treffen. Nachdem die Höhe des Gewerkschaftsbeitrags von verschiedenen Seiten beanstandet worden war, habe der Betriebsrat beschlossen, daraufhin bei dem

652 Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 18, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

653 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 19.

Bezirksausschuss vorstellig zu werden. In einem belehrend-aufklärerischen Duktus, der beinahe einer Beweisführung für diesbezügliche Zweifel gleichkam, sprach er zu der Belegschaft: „Kollegen, ihr seht also, dass man in einem demokratischen Staat auch in diesen Dingen ein Wort mitzureden hat."[654]

Mit einigen resümierenden Worten schloss er seinen Rechenschaftsbericht und sprach die Hoffnung aus, „damit so manches Missverständnis beseitigt zu haben."[655] Es nimmt zunächst nicht Wunder, dass sein Ausblick auf das kommende Jahr vornehmlich von positiven, Zuversicht vermittelnden Formulierungen geprägt war. Nichtsdestoweniger finden sich in ihnen bei genauerem Hinsehen durchaus einige der von ihm aufgestellten Sollforderungen wieder, denen aufgrund ihrer Platzierung am Ende der Rede noch einmal ein besonderes Gewicht zukam. So stand allem voran der implizite Aufruf, sich der ‚höheren' Aufgabe des Wiederaufbaus und der Arbeit zu widmen, im Vordergrund, was er zwar als Wunsch ausdrückte, damit aber nicht zuletzt auch seine Erwartungshaltung verbalisierte: „Möge es [i.e. das Jahr 1946, E.K.] uns allen die Schaffensfreude schenken, die wir zur Bewältigung all der vor uns liegenden Probleme benötigen". Sofern Nöte des Tages, zu deren Bewältigung alle Angehörigen der Belegschaft die „Schaffenskraft" erhalten sollten, an Schärfe verlören, könne „das neue Jahr im Geistigen und im Menschen den Gleichklang" bringen, dem „das deutsche Volk so sehr bedarf". Sodann „wird wieder Friede in unser Herz einziehen und jeder Einzelne wird sich freuen, ein nützliches Mitglied in der Gemeinschaft zu sein." Er beendete seine Rede mit einem letzten „Soll" und fasste damit in wenigen kurzen Sätzen deren Kernaussage zusammen. Mit der dabei angebrachten grundsätzlichen Aufforderung zur Eintracht innerhalb der Belegschaft verlangte Blumenthal schließlich auch eine solche unter jenen Mitarbeitern, zwischen denen es offene Konflikte gegeben hatte und deren Schlichtung durch das Aufstellen von Verhaltensnormen im Rechenschaftsbericht besondere Aufmerksamkeit zugekommen war, namentlich denen zwischen „PG's" und „Nicht-PG's". Verstärkt wurde die Eintrachtsforderung, der zugunsten die NS-Vergangenheit notwendigerweise *ad acta* zu legen sei, durch den von Blumenthal hergestellten Konnex mit einer künftigen positiven Entwicklung:

654 Ebd., S. 20.
655 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 21.

> „Und das, Kollegen und Angehörige des Amtes, soll auch in unserem Amt uns leuchtendes Beispiel sein und bleiben, miteinander zu schaffen und zu leben. Nicht in Neid und Zwietracht, sondern in helfender und verstehender Weise. Zu unser aller Gedeih. In diesem Sinne: Vorwärts 1946!"

Der Vorsitzende des Betriebsrats war keineswegs der einzige Angehörige des MPA, der am 3. Januar 1946 – wahrscheinlich im Rahmen einer Veranstaltung zum neuen Jahr – zu der Belegschaft sprach. Weder liegt beispielsweise der Rechenschaftsbericht des Präsidenten Siebel, der offenbar jedoch vornehmlich „die wissenschaftlichen und technischen Aufgaben" zum Inhalt hatte, vor, noch kann aufgrund der mangelhaften Überlieferung rekonstruiert werden, ob noch weitere Mitarbeiter das Wort ergriffen hatten, ob die Möglichkeit zur Rede jedem gewährt worden war, oder ob es im Vorhinein eine bewusste Selektion bei der Auswahl der Redner gegeben hatte. Was allerdings vorliegt, ist ein über dreißig Seiten langes Manuskript Max Pfenders, der zu diesem Zeitpunkt Leiter der Hauptabteilung I „Metalle" war und der an ebendiesem Tag vor den Angehörigen des MPA einen Vortrag mit dem Titel „Die soziale Frage und der Ethos der Arbeit"[656] hielt. Welche Stellung im Sinne von Anerkennung und Ansehen innerhalb der Belegschaft Pfender zu diesem frühen Zeitpunkt zukam, ist schwer nachzuvollziehen, kam ihm doch in gewisser Weise eine besondere Position zu: Wenngleich es bereits vor seinem Eintritt im Jahre 1945 zahlreiche Verbindungen zu Mitarbeitern des Amtes gegeben hatte und er damit mindestens für einige ein ‚alter Bekannter' war,[657] so musste er dem Gros der Belegschaft doch als ‚neues Gesicht' gegolten haben. Es ist anzunehmen, dass den meisten bekannt gewesen war, dass er eine recht enge Beziehung zu Siebel pflegte, der ihn schließlich in das Amt geholt und dort als Hauptabteilungsleiter eingestellt hatte, und es ist nicht auszuschließen, dass Pfender schon damals als Nachfolger für das Amt des Präsidenten gehandelt wurde, brachte er doch gute Verbindungen, unter anderem in den Bereich der Forschung, vor allem aber auch in

656 Max Pfender, Die soziale Frage und der Ethos der Arbeit. Vortrag vor den Angehörigen des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem am 3.1.1946, BAM-Archiv, Fach 26-1.

657 Vgl. Kapitel 2.2.

die Industrie mit,[658] und verfügte über ein herausragendes Fachwissen auf einem der wichtigsten Gebiete der Materialprüfung, den Metallen. Zudem war er mit seinen gerade einmal knapp vierzig Jahren im richtigen Alter, um eine auf lange Sicht hin ausgerichtete weitere Amtskarriere zu machen. Darüber hinaus bedeutete sein Eintritt als Externer *nach* Kriegsende und *nach* dem Untergang des NS-Regimes vor allem aber, dass sein Verhältnis zu den übrigen Angehörigen des Amtes durch potenzielle frühere Verwerfungen, Konflikte, ‚Cliquenbildungen'[659] oder Parteipolitisches nicht besonders belastet sein konnte. Er musste daher als ein unbeschriebenes Blatt oder in der Tendenz als neutrale Instanz gelten, zumal ihm eine Parteimitgliedschaft oder eine anders geartete „Belastung" nicht vorgeworfen werden konnte, was ein für die Zeit nach dem ‚8. Mai 1945' größeres „biographisches Kapital"[660] bedeutete.

Eine Betrachtung seiner Rede von Anfang Januar 1946 im Zusammenhang mit der amtsinternen Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit lohnt besonders aus zwei Gründen: Nicht nur ist sein Vortragsmanuskript eines von nur in sehr geringer Zahl überhaupt vorliegenden Dokumenten von Akteuren, die ‚von oben' die Entwicklungen des Amtes zu lenken versuchten. Die Zuordnung Pfenders in einer solchen Hierarchie wird zwar vor allem aus den eben genannten Gründen vorgenommen, unbestreitbar muss jedoch mindestens feststehen, dass er als einer der wenigen Hauptabteilungsleiter aufgrund seiner höheren Stellung eine nicht geringe Anzahl an Mitarbeitern

658 Dies erwähnte auch Blumenthal explizit in seinem Rechenschaftsbericht vom Januar 1946. Angesichts der Überalterung des Personals begrüße er die „Einstellung Dr. Pfenders", betonte dabei, seine „Erfahrungen in der Privatindustrie können dem Amt nach der wirtschaftlichen Seite hin von großem Nutzen sein", und mahnte ihn gleichzeitig an, „über all seine wissenschaftlichen Aufgaben nicht (und wir wissen aus der Erfahrung, daß Wissenschaft nach einer gewissen Zeit hier im Amt leider nur noch Wissen schafft) [...] seine eigentliche Berufung als Wirtschafter unseres Amtes", Wilhelm Blumenthal, Ohne Titel, 3.1.1946, S. 4 f., Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.).

659 Dieser Begriff tauchte einige Jahre später im Kontext des Artikels 131 GG und der Frage der Wiedereinstellung ehemaliger Parteimitglieder im MPA auf, bei der der Vorwurf einer „Neue[n] Cliquenbildung der PGs" im Raum stand, Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 27.4.1954: „Verwaltungsfragen", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

660 Dieser Begriff nach Rojek, Entnazifizierung und Erzählung, 2023, S. 246, 250, 266.

unter sich versammelte, die er in ihrem Umgang miteinander zu koordinieren suchte und mithin in dieser Verantwortungsposition an sich einen höheren Rang einnahm. Zugleich spiegelt der Vortrag ein zentrales Muster im Umgang mit dem NS wider: Eine Thematisierung des Nationalsozialismus wurde nicht *per se* ausgeklammert, sondern aufgegriffen, funktionalisiert und erst dadurch abgewickelt. Seiner Verbalisierung kam dabei eine zentrale Bedeutung für die Herausbildung und Neuformung der MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft zu, diente sie doch als eine Art Instrument zur Abgrenzung von der jüngsten Vergangenheit, aus welcher heraus *ex negativo* Sollforderungen für die Gegenwart und Zukunft abgeleitet wurden. Dass diese für *alle* Mitglieder der Belegschaft gelten sollten, für „PG's" gleichermaßen wie für „Nicht-PG's", sollte nicht zuletzt eine kollektive Identität schaffen, die sich nicht mehr durch die NS-Vergangenheit und eine potenzielle individuelle „Belastung" auszeichnete, sondern durch die Bezugsgröße einer „Gemeinschaft" des MPA. Gerade die (Neu-)Konstruktion der „Gemeinschaft" spielte auch in dem Beitrag Pfenders eine herausragende Rolle, wie im Folgenden darzulegen ist.

Zu Beginn seines Vortrages eröffnete Pfender seinen Zuhörern in pathetischen Worten den Anlass des Zusammenkommens der Belegschaft. An einem „von der späten Herbstsonne vergoldeten Sonntag" habe er auf die Ruinen Potsdams geblickt,[661] was ihm das „gleiche Schicksal nur allzu vieler Städte [...] so eindringlich und anklagend wieder ins Bewusstsein gerückt" habe: „Warnend und mahnend lenkten sie zusammen mit den fallenden Blättern die Gedanken auf das ewige: ‚Stirb und Werde'."[662] Durch die Verbindung des Zitats aus Goethes „Selige[r] Sehnsucht" mit dem darauffolgenden Abschnitt seines Vortrages formulierte er bereits einen wesentlichen Leitgedanken, der gerade für die unmittelbare Nachkriegszeit nach dem „Zusammenbruch" von besonderer Bedeutung war und mithin zu einem der wesentlichen

661 Der Grund für seinen dortigen Aufenthalt ist nicht bekannt, vermutlich jedoch hatte er den Präsidenten besucht, der dort ein Haus hatte. Pfender schreibt in seinem Notizbuch von der Beschlagnahmung von Siebels Haus, Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 31.1.1946, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

662 Max Pfender, Die soziale Frage und der Ethos der Arbeit. Vortrag vor den Angehörigen des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem am 3.1.1946, S. 1, BAM-Archiv, Fach 26-1, und im Folgenden S. 1 f.

Leitsätze erhoben werden sollte. Durch die Ruinen Potsdams an das ewige „Stirb und Werde" erinnert, sei es sozusagen gezwungenermaßen nur natürlich gewesen, dass das Gespräch zwischen ihm und Siebel „sich immer von neuem dem Schicksal unseres Volkes zuwandte", und nicht nur das. Neben den Sorgen um die Familie und die engere Umgebung sei auch die Sorge um das weitere Schicksal des MPA und seiner Angehörigen in den Vordergrund der Unterhaltung getreten. „Als Folgerung blieb" – und mit diesen wenigen, entscheidenden Worten forderte er eine Beendigung der Thematisierung der NS-Vergangenheit, eine entemotionalisierte Rationalität im weiteren Vorgehen und gleichzeitig auch gewissermaßen ein Lernen aus der Geschichte –, „dass tätige Hilfe weniger der rückschauenden Anklage bedarf als vielmehr der sachlichen Ueberlegung und des Entschlusses, es besser zu machen." Was dieses Bessermachen genau bedeuten sollte, was hierfür notwendig war und wie der Einzelne dazu beitragen könne, bildete den Inhalt des Vortrages, wobei stets der Abgleich mit dem Vergangenen bemüht wurde, um daraus Rückschlüsse für das Verhalten und die innere Einstellung, die in der Gegenwart vorherrschen sollte, zu ziehen. Nachdem Pfender die Auswirkungen des Krieges als „Folge des Hochmutes und der Unduldsamkeit, des Geizes und des Neides, des Hasses und der Rachsucht" beschrieben und damit sämtliche negative Eigenschaften bis hin zu Todsünden der NS-Zeit zugeordnet hatte, die in das katastrophale Schicksal Deutschlands geführt hatten, war es naheliegend, dass ein „Werde" nach dem „Stirb" – eine Neugestaltung der Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft – besserer, positiverer innerer Haltungen und Charaktereigenschaften bedürfe. Hierbei unterschied er anhand des zu diesem Zeitpunkt gegenwärtigen von ihm festgestellten Verhaltens klar zwischen zwei Typen von Menschen, die auch im Amt zu finden seien, und nahm eine unzweideutige Wertung vor. Auf der einen Seite raffe sich „der unverdrossene, hoffende und gemeinnützig denkende Mensch oft unter grossen persönlichen Entbehrungen immer wieder zur Arbeit auf", auf der anderen Seite verstünden „asoziale Elemente jeden Alters, die skrupellos nur auf ihren eigenen Vorteil und ihr persönliches Wohlergehen [be]dacht sind, sich oft Geld und Waren in einem unerhörten Umfange anzueignen." Das „alte Wort, wonach die Arbeit die Quelle aller geistigen und weltlichen Güter" sei, klänge „daneben wie Hohn in den Ohren der Anständigen." Von der Tugend des Anstandes ausgehend, die er von Beginn an in Zusammenhang mit

einem gewissenhaften und ordentlichen Arbeiten setzte, baute er die Argumentation für seine Sollforderung auf. Wolle man „die Formung des Lebens nicht den Freibeutern der Not, den Scharlatanen und den asozialen und hemmungslosen Elementen überlassen", wo solle man dann mit dem „Streben nach Arbeitsamkeit, Anständigkeit, Hilfsbereitschaft und Verständnis für die Lage der anderen anfangen?"[663] Die darauffolgende rhetorische Frage: „Soll man sich auf eine unwahrscheinliche Patentlösung von den oberen Regierungs- und Verwaltungsstellen her verlassen?" drückte nicht zuletzt das aus, was dem allgemeinen Empfinden und ebenfalls tatsächlich gemachten Erfahrungen entsprochen haben musste: das Gefühl von Unsicherheit und Angst aufgrund der unklaren weiteren Entwicklung, die nicht zuletzt aus den Verhältnissen nach dem Untergang des NS-Regimes und damit dem Wegfallen einer Ressortierung mit einem gesicherten, geregelten und als angemessen empfundenen Etat resultierte, an den der Personalbestand notwendigerweise gekoppelt war. In dieser Situation der Unsicherheit, Ungewissheit und des ‚Sich-nicht-verlassen-Könnens' auf die äußere Ordnung, zog Pfender den Rückschluss, um auf die Geschicke des Amtes überhaupt Einfluss nehmen können, müsse man bei sich selbst und „wenigstens in der eigenen Familie und in der nächsten Umgebung" anfangen, womit er jeden Einzelnen in die Pflicht nahm.

Die zentralen Vokabeln, die er in diesem Zusammenhang bemühte, bewegten sich allesamt im Umfeld dessen, was er als „gute" Eigenschaften, Einstellungen und Verhaltensweisen zusammenfasste, namentlich das Streben des Volkes und des Einzelmenschen „nach dem Guten", das „Wagnis des Guten" und die „gemeinnützige[...] Haltung", die es einzunehmen gelte. Auch bezüglich des Umgangs miteinander brachte er Begriffe aus dem Werte- und Normenumfeld des „Guten" an, die er als klare Sollforderung formulierte: „Sollen wir nicht mit wachsender Ausgeglichenheit und begründeter Zufriedenheit auch in einer allgemeinen Not und Unsicherheit wenigstens unter uns [Hervorheb. E.K.] das Gefühl des Verständnisses, der Geborgenheit und, wenn es diese überhaupt geben kann, auch der Sicherheit zu stärken versuchen?" Der durchaus emotionalisierende Anklang der Frage mag angesichts seiner Charakterisierung der Personengruppe, auf die sich das „unter uns" bezog, nicht besonders verwundern. Pfender adressierte bei seiner

663 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 2.

Forderung keineswegs bloß die Angehörigen des Amtes, unter welchen die „Gemeinschaft“ noch weiter gefestigt werden sollte, er sprach von „unserer Arbeitsfamilie des Materialprüfungsamtes“, wodurch ein ungleich höherer Grad an sozialen Interdependenzen konstruiert wurde. Noch bevor der Redner auf seine „Ausführungen über ‚die gemeinnützige Ordnung der Gesellschaft aufgrund der sittlichen Bedeutung der Arbeit‘“ einging, schickte er die Antwort auf die Frage voraus, weshalb er überhaupt im Rahmen der Veranstaltung vortrug. Neben der mit einiger Bescheidenheit zum Ausdruck gegebenen Erklärung, er habe nicht den Mut dazu gehabt, jedoch auf den Wunsch und „sanften Zwang“ von Siebel und Blumenthal hin sein Zögern aufgegeben, legte er eine weitere Begründung dar, die von eigentlichem Interesse für die hier untersuchte Fragestellung ist. Er verband die Komplexe „interne[...] Aussprachen“, „gemeinnützige Ordnung“ und „Demokratie“ miteinander und stellte zwischen ihnen einen Sinnzusammenhang über die „sittliche Bedeutung der Arbeit“ her.

Dies sei etwas ausführlicher erklärt: Die Versammlung der gesamten Belegschaft des MPA galt zu einem wesentlichen Anteil „interne[n] Aussprachen“, zu deren „Auftakte“, also ihnen vorangestellt, er ein Problem wählte, von dem er selbst zugab, dass dieses „bis heute noch keine Lösung gefunden“ habe. Mit dem „noch“ drückte er gleichwohl die Erwartung aus, dass hierfür zukünftig eine Lösung zu finden sei. Das Problem, um das es ging, war die „gemeinnützige Ordnung der Gesellschaft aufgrund der sittlichen Bedeutung der Arbeit“. Mit anderen Worten: Die Arbeit, deren Relevanz mit dem moralisch-normativen Wert der Sittlichkeit in Zusammenhang gebracht wurde, sei die Grundlage für eine Neuordnung der Gesellschaft, die es anzustreben galt. Dass diese neue Ordnung anders als während der vergangenen zwölf Jahre aussehen sollte, ja geradezu musste, nachdem die alte Ordnung zu „Ruinen“ und „Verluste[n]“ geführt hatte, wurde durch die Attribuierung „gemeinnützig“ markiert, eine Eigenschaft, die er den Nationalsozialisten absprach. Ein Platzieren seines Vortragsthemas in den aktuellen politischen Kontext ‚nach Hitler‘ nahm Pfender dabei explizit vor, gab er doch an, dass er die in dem Vortrag artikulierten, vornehmlich auf andere Theoretiker zurückgehende Gedanken als Anregung wiedergeben wolle zu „eigenem Nachdenken über Fragen, die, zumal in einer Demokratie, an uns alle gestellt wurden.“ Eine weitere, durchaus besondere Sollforderung, deren Gültigkeit für die MPA-Gesellschaft

oder vielmehr -Familie Pfender einforderte und die zweifellos an die Person des Vortragenden und dessen Glauben geknüpft war, galt der „Notwendigkeit der Besinnung".[664] Nachdem er auf die zahlreichen „Deutsche[n] Sorgen" nach der „bedingungslosen Kapitulation, die mit unserer totalen Niederlage einen totalen Krieg abschloss" eingegangen war, auf die „Litanei des Grauens" und das „Elend", brachte er den Abschnitt seines Vortrages über die Besinnung an, deren Notwendigkeit sich damit sozusagen als eine Konsequenz „dieser allgemeinen Tragik" ergeben musste. Bereits einleitend merkte er an, dem Einzelnen könnte hierbei „noch der christliche Geborgenheitsbegriff helfen, der im Lichte der Vergebung und Erlösung das innerliche Zerbrechen verhindert und das Verzweifeln bannt", bevor er auf die jüngste Geschichte einging und diese ebenfalls in einer christlichen Lesart interpretierte. Vielleicht läge die „eigentliche Tragik der Geschichte nicht einmal darin, dass die so mühsam aufgebauten Kulturwerte des Menschen stets wieder in Ruinen verwandelt wurden", sondern sei „vielmehr darin zu suchen, dass die Menschheit immer wieder aus dem Licht klarer Erkenntnisse in das Dunkel des Irrtums und der Unwahrheit zurückgeworfen" werde. Damit zeichnete Pfender nicht nur ein während der gesamten Nachkriegszeit im Allgemeinen und als Apologetik während der Entnazifizierungsphase im Besonderen bemühtes Bild der Zeit des Nationalsozialismus, während der die Gesellschaft durch Verführung, Manipulation, Lüge und Täuschung vom ‚rechten' Weg abgekommen und gewissermaßen blind („im Dunkeln") auf einen Irrweg geführt worden sei. Vielmehr noch stellte er darüber hinaus einen Konnex zwischen der „Tragik des irrenden Menschen" und den sich daraus ergebenden verheerenden Folgen auf der einen und der inneren Abkehr von Gott auf der anderen Seite her. Dass dieser Gott nicht einfach von einer politischen respektive nationalsozialistischen Religion[665] und „Führergläubigkeit" ersetzt werden könne, scheint als weitere implizite Aussage offensichtlich zu sein. Einen „positiven Sinn" erhalte nun aber „selbst diese Tragik [...], wenn wir bedenken, dass nur auf diesem Wege

664 Alle Zitate im Folgenden ebd., S.16.

665 Hierzu weiterführend Bärsch, Die politische Religion des Nationalsozialismus, 2002; Gross, Gott und Religion, 2007; Ley/Schoeps (Hrsg.), Nationalsozialismus als politische Religion, 1997; zur Einordnung des Konzepts „politische Religion" siehe Hockerts, War der Nationalsozialismus eine politische Religion?, 2003.

der Mensch vor jener Vermessenheit behütet werden kann, die mit der Aufgabe jeder Bindung an eine höhere Autorität sich tödlich gegen ihn selbst richten muss."[666] An diese Beurteilung der jüngsten Vergangenheit anschließend wandte er sich den Perspektiven auf die Zukunft zu. Abermals in der auf das konstruierte Kollektiv der „MPA-Familie" bezogenen Form des „Wir" sprechend, stellte er eine Bedingung auf, eine weitere Sollforderung, die grundlegend für die Möglichkeiten zur Milderung und schließlich Überwindung der „allgemeine[n] Not und die Ungesichertheit des Lebens" sei: Man müsse sich „an eine gesunde Synthese zwischen der Einseitigkeit des Entschluss- und Tatkräftigen und der Gefahr der Entschlusslosigkeit des Vielseitigen und für alles Empfänglichen halten". Hierdurch wurde ein weiteres Mal eine ‚von oben' angeordnete Einheit der Belegschaft durch die Festlegung einer gemeinsamen, für alle Mitglieder geltenden Leitlinie oder Verhaltensnorm hergestellt. In dieselbe Richtung argumentierend konstatierte er: „Das eine wissen wir schon in dieser Stunde, dass in erster Linie die Arbeit und der gute Wille zum Zusammenleben und Zusammenschaffen das Tor zu einer besseren Zeit öffnen kann." Wenngleich Pfender stets die Arbeit in den Vordergrund seines Vortrages stellte, um die es schließlich auch in der Hauptsache gehen sollte, so fällt doch die Häufung von Formulierungen und Ausdrücken auf, mit denen in letzter Konsequenz aus der Belegschaft des MPA eine Gemeinschaft geformt werden sollte: „Wir", „Arbeitsfamilie" oder „Zusammenleben". Diese Gemeinschaft sollte jeden Mitarbeiter, ob „nicht belasteter", „belasteter" oder „Nicht-PG", als gleichwertiges Mitglied der MPA-Gesellschaft inkludieren und ebenso sollten für jedes Mitglied dieser Partikulargesellschaft dieselben Handlungsgrundsätze, Wertvorstellungen und Normen gelten. Das Aufzeigen des Werte- und Normensystems des Nationalsozialismus, welches er durch Zuschreibungen des Schlechten abqualifizierte, delegitimierte und nicht zuletzt für die „totale Niederlage", „Ruinen" und „Verluste" verantwortlich machte, fungierte als Vergleichs- und Abgrenzungsfolie. Damit definierte er aber zugleich, dass nun neue Normen gelten müssten, um es diesmal ‚besser' zu machen. Mit reichlich Pathos schloss Pfender seinen Vortrag mit den Worten:

666 Max Pfender, Die soziale Frage und der Ethos der Arbeit. Vortrag vor den Angehörigen des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem am 3.1.1946, S. 16, BAM-Archiv, Fach 26-1, und im Folgenden.

> „In einer solchen Atmosphäre der Arbeitsamkeit, der gegenseitigen Verständnisbereitschaft und des guten Willens lässt sich auch drückende Not so lange durchhalten, bis wir mit Recht sagen können, dass wir das Schlimmste hinter uns haben. Dann wollen wir daran denken, dass die Härte uns nicht hart, sondern aufgeschlossen und hilfsbereit fand und uns vornehmen, auf diesem sichersten Wege des Erfolges weiterzuschreiten.
>
> Warum sollen wir nach soviel Hass, Lüge, Missgunst, Heuchelei und Krieg nicht einmal das Wagnis der Liebe, Wahrhaftigkeit, Treue, Hilfsbereitschaft und des guten Willens auf uns nehmen, auf Grund deren Gott den Menschen den Frieden verheissen hat.
>
> Unter diesem Motto hören wir zusammen mit den aus dem Westen und Osten zurückkehrenden Gefangenen in Zuversicht die Mahnung der für uns im Kampf gefallenen Brüder und Schwestern: Wir heissen Euch hoffen!“[667]

Rekapituliert man das in dem Rechenschaftsbericht Blumenthals und Vortrag Pfenders zum Beginn des neuen Jahres 1946 Gesagte, lässt sich festhalten, dass beide Redner Sollforderungen oder Normen formulierten, die der Neuformierung einer MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft dienen sollten. Dabei bedienten sie gewissermaßen verschiedene Zuhörergruppen: Während Blumenthal eine eher einfache Ausdrucksweise gebrauchte, bediente Pfender sich einer bildungsbürgerlichen Sprache – beide jedoch bearbeiteten sie in ihren Reden die ‚braune Diktatur‘ und ihre Folgewirkungen. Die Thematisierung der NS-Vergangenheit, nicht zuletzt dezidiert auch auf einzelne Mitarbeiter des MPA bezogen, fungierte dabei als ein Instrument zum Vergleich und zur Abgrenzung. Durch die ostentative Abgrenzung von den NS-Normen wurde deutlich, dass nun neue Verhaltensregeln für *alle* Mitglieder der Belegschaft und ihren Umgang miteinander gelten sollten. Analytisch könnte man diese Sollforderungen in solche unterteilen, die Vergangenes und individuelle NS-Vergangenheiten, und solche, die Gegenwärtiges und Zukünftiges betrafen, wobei eine klare Abgrenzung nur schematisch getroffen werden kann, da die jeweiligen Argumentationen hierfür zusammenhingen. So sollten „alte Vorurteile“ abgetragen werden und ehemalige Parteimitglieder nicht denunziert, sondern als

667 Ebd., S. 17.

„gute[...] Arbeitskameraden" betrachtet werden. Diese wiederum sollten eine „innere Schuttaufräumung" vornehmen und dankbar dafür sein, noch im Amt beschäftigt zu sein. Für *alle* von ihnen sollte die „Gemeinschaft" oder „Arbeitsfamilie" des Amtes *die* Bezugsgröße darstellen, der man sich unterordnen und sein Verhalten entsprechend anpassen sollte. Das bedeutete im Einzelnen unter anderen, dass „nicht böse" gesprochen werden sollte, dass Konflikte – auch solche, die aus der NS-Vergangenheit resultierten –, endgültig beizulegen seien und stattdessen als eine der obersten Leitlinien dem „Neuaufbau mit ganzer Kraft" zu dienen sei. Die Aufgaben der Zukunft überschrieben die Probleme der Vergangenheit. Mit Blick auf die Anpassung an die neuen, äußeren Rahmenbedingungen sollten die Mitarbeiter sich „an der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung" beteiligen, so durch eine gewerkschaftliche Organisation als eine Institution der Demokratie, durch freie Meinungsäußerung oder durch Sauberkeit, die sich in einem demokratischen Betriebe gehöre. Mit den besonders von Pfender betonten, stark moralisch aufgeladenen Begriffen deklarierte er sozusagen das Wertesystem der neuen Zeit,[668] in das es sich einzufügen galt. Versteht man Treue gemeinhin als „eine Tugend [...], die auf Vertrauen und/oder Loyalität beruht", bei der es also „meist um die Zuverlässigkeit einer Person [geht], mit der sie sich einer anderen Person oder einem Kollektiv gegenüber als loyal erweist",[669] forderte er mit dem „Wagnis der [...] Treue", das man auf sich nehmen solle,[670] letztlich ein weitreichendes Bekenntnis zu einer übergeordneten Bezugsgröße, allem voran die „Gemeinschaft". Durch das Aufgreifen, Thematisieren und Verbalisieren sowie darüber ‚von oben' intendierten Festlegen eines für *alle* Mitglieder der MPA-Gesellschaft geltenden „Normensystems" sollte ein Umgang mit der NS-Vergangenheit gefunden – oder in diesem Falle festgelegt – werden, um diese dadurch letzten Endes abzuwickeln. Zugespitzt: Die NS-Vergangenheit wurde durch Verhaltensnormen abgewickelt, die

668 Auf den Zusammenhang zwischen Werten und Normen weist Gross, Anständig geblieben, 2010, S. 14, hin. So unterscheiden sich „[u]niverselle und partikulare Moralen [...] also auch durch die Art und Weise der Begründung ihrer Normen [...]".

669 Ebd., S. 69.

670 Max Pfender, Die soziale Frage und der Ethos der Arbeit. Vortrag vor den Angehörigen des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem am 3.1.1946, S. 17, BAM-Archiv, Fach 26-1.

von oben festgelegt wurden und auf die Demokratie zielten. Die Veranstaltung am 3. Januar 1946 war allerdings bei Weitem nicht der einzige Raum, in dem über die Vergangenheit und Zukunft kommuniziert wurde. Vielmehr bildete die Formulierung und Durchsetzung neuer Sollforderungen und Normen eine Daueraufgabe in der Nachkriegszeit, der sich auch die hausinterne Mitarbeiterzeitschrift widmete.

3.3 Normkodifizierung – Zur Etablierung der Mitarbeiterzeitschrift

Die Normverhandlungen innerhalb des Amtes fanden nicht nur in Versammlungen und Reden statt, sondern auch innerhalb eines neuen Mediums,[671] nämlich des „Mitteilungsblatt[es] des MPA", das auf Initiative des Betriebsrates geschaffen wurde. Dieses Medium wandte sich an die Belegschaft, diente zur Information, Diskussion bestimmter Vorgänge, zur Binnenintegration und formulierte Sollforderungen. Hier fand also eine Art von Normkodifizierung statt, indem die häufig dem Betriebsrat angehörenden Autoren bestimmte Normen für das inner- (und teilweise auch außer-)betriebliche Verhalten nach dem Ende des Nationalsozialismus verschriftlichten und so mit dem Anspruch einer gewissen Dauerhaftigkeit versahen. Dabei ist die Tatsache von besonderem Interesse, dass die Mitarbeiterzeitschrift mit ihren Beiträgen nicht allein darin aufging, berufliche, fachwissenschaftliche oder alltagsbezogene Fragen zu diskutieren, sondern auch allgemeine kulturelle Entwicklungen vor dem Hintergrund der unlängst stattgehabten Zäsur des ‚8. Mai' zur Sprache brachte. In dieser Hinsicht überschneidet sich die Betriebszeitschrift mit den in der Nachkriegszeit überaus erfolgreichen kulturellen Selbstverständigungszeitschriften wie – um nur ein Beispiel zu nennen –

671 Zu Werkzeitschriften als „innerbetriebliches Kommunikationsmittel" in Unternehmen siehe Michel, Von der Fabrikzeitung zum Führungsmittel, 1997, S. 404 f., der auf deren Funktion als „Versuch einer Meinungssteuerung im Arbeitgebersinne" verweist, was für die hier betrachtete Institution nur partiell bejaht werden kann, schien doch vor allem, wenngleich sicherlich mit Absegnung der Amtsleitung, wesentlich der Betriebsrat zumindest in den ersten Jahren für die Meinungsbildung und -steuerung verantwortlich zu zeichnen.

den „Frankfurter Heften“.[672] Wie sah dieses Blatt nun im Einzelnen aus? Was waren seine Funktionen? Und wie reihte es sich auf dem Weg der Belegschaft des MPA von der Kriegs- und Zusammenbruchs- zur Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft ein?

Unter der Rubrik „Zum Geleit“ richtete sich Präsident Siebel in der ersten Ausgabe des „Mitteilungsblatt[es]“ vom Januar 1946 mit der Anrede „Meine Mitarbeiter!“ einleitend an die Belegschaft des MPA. Er benannte hier den Zweck des „Betriebsblatt[es]“, wobei nicht zuletzt eine Sollforderung oder Erwartungshaltung herauszulesen war: Das Blatt „soll dazu dienen, den Gemeinschaftsgedanken über die uns bewegenden Probleme zu fördern“ und die notwendige Anregung dafür zu geben, „um unsere Arbeit so fruchtbar wie möglich zu gestalten.“[673] Die Aufgabe aller sei es dabei, „das Amt wieder zur vollen Leistungsfähigkeit zu bringen, sodass es in jeder Hinsicht zum Einsatz beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bereit“ sei. Jeder Einzelne müsse seinen Teil beitragen, dieses Ziel zu erreichen. Die Mitarbeiterzeitschrift „soll die Möglichkeit bieten, neben den allgemeinen Fragen auch derartige Anregungen allen Amtsangehörigen bekanntzugeben und sie zur Diskussion zu stellen“, womit er gleichzeitig den Kreis der Adressaten definiert hatte, der alle Belegschaftsmitglieder in den neu geschaffenen internen Kommunikationsraum, mindestens als Rezipienten, miteinbezog. Es mag nicht verwundern, dass Siebel, der sich auch bislang offenbar vornehmlich zu Fragen des wissenschaftlich-technischen Arbeitens und der einzelnen Fachgebiete des Amtes geäußert hatte, bei den von ihm angesprochenen „Anregungen“ besonders solche „für die Verbesserung unserer Prüfmaschinen, der Prüfverfahren und des Arbeitseinsatzes“ benannte. Bemerkenswerterweise führte er im Zusammenhang mit zunächst rein praktischen Arbeitstugenden wie einer „[s]orgfältige[n] Versuchsdurchführung, schnelle[n] Erledigung

672 Zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in diesen Zeitschriften Laurien, Verarbeitung von Nationalsozialismus und Krieg, 1988; einen vor allem auch quantitativen Überblick über die Zeitschriftenlandschaft bietet ebenfalls dies., Zeitschriftenlandschaft, 2002, S. 73 f., die darauf in Bezugnahme auf ihre Studie von 1988 noch einmal verweist, dass Autoren und Leser „bis weit in das Jahr 1947 hinein [...] stark mit der Frage der individuellen und der kollektiven Schuld beschäftigt“ gewesen seien; siehe allgemein auch Schildt, Medien-Intellektuelle, 2020, S. 105 f.

673 Siebel, Erich: Zum Geleit, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 1, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

aller Arbeiten und Ideenreichtum" einen weiteren Begriff an, der über den Anspruch von Ordentlichkeit, Disziplin oder auch Kreativität bei der alltäglichen Beschäftigung hinausging. Diese Arbeitstugenden seien „die Grundlagen für das Vertrauen, das wir uns in einer neuen Zeit neu erringen müssen."[674] Erst, wenn „wir" – hier wählte er ebenfalls, wie bereits bei anderen Amtsangehörigen vielfach zur sprachlichen Konstruktion einer Gemeinschaft geschehen, die erste Person Plural – hierzu zusammenstünden und „jeder an seinem Platz seine Pflicht und mehr als seine Pflicht"[675] tue, gehe es sowohl mit dem MPA als auch mit Deutschland wieder aufwärts. Während im „Dritten Reich" der Pflichtbegriff eine „bezeichnende Um- und Aufwertung" erfahren hatte, indem er vor allem an den Willen des Führers gebunden worden war,[676] bezog Siebel den Begriff nun auf die Individuen und die Anforderungen, die das Amt an sie stellte. Damit mahnte Siebel letztlich noch einmal ausdrücklich das von allen zur Umsetzung erwartete Ziel an und schloss mit dem Appell: „Ans Werk!"[677]

Auch der Betriebsrat wandte sich mit einem kurzen Auftakttext in der ersten Ausgabe an seine Kollegen und führte jene Gründe an, die ihn dazu veranlasst hatten, das „Mitteilungsblatt des MPA" ins Leben zu rufen. So müsse man in der „Zeit eines gewaltigen Umbruchs [...]

674 Es wurde bereits mit Heinrich Popitz auf das „Vertrauen" im Kontext der Vergesellschaftung durch „Soziale Normen", die Erwartungssicherheit und damit Vertrauen schaffen sollen, hingewiesen. Stete Pflichterfüllung sollte eine Erwartungsstabilität schaffen, um das Amt zukunftsfähig zu machen. Welche Bedeutung diesem auch für die Neuformierung der MPA-Gesellschaft zukam, bezeugt das abermalige Aufgreifen des Begriffs auch in der Mitarbeiterzeitschrift. Zur Wortherkunft und Bedeutung von „Vertrauen" allgemeiner Frevert, Vertrauen, 2003; weiter auch dies., Vertrauen in historischer Perspektive, 2002; zu den Konjunkturen der Rede vom Vertrauen auch dies., Vertrauensfragen, 2013; aus soziologischer Perspektive siehe grundlegend Luhmann, Vertrauen, 1989; mit Beiträgen unter anderem aus der Soziologie und Philosophie siehe Hartmann/Offe (Hrsg.), Vertrauen, 2001.

675 Siebel, Erich: Zum Geleit, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 1, BAM-Archiv, Fach 15-1.

676 Frevert, Pflicht, 2001, S. 281 f., Zitat: S. 282.

677 Siebel, Erich: Zum Geleit, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 1, BAM-Archiv, Fach 15-1.

den Weg zu einander finden",[678] was abermals zum einen die Wahrnehmung einer tiefgreifenden Zäsur mit dem Ende des NS-Regimes sowie einer darin liegenden Chance zu einem Neuanfang und zum anderen den Appell zu einem amtsübergreifenden Zusammenhalt als notwendige Voraussetzung für die Neuformierung der MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft qua Stiftung eines Gemeinschaftsgedankens erkennen ließ.[679] Wenngleich der Betriebsrat bezeugte, dass man „[f]rei und offen" miteinander reden und seine Meinung austauschen wolle, damit jeder sagen könne, wo „der Schuh drückt", so stellte er dieser Bekundung jedoch unmittelbar anschließend ein „Aber"[680] entgegen und gab zu verstehen, dass diese freie Meinungsäußerung durchaus Grenzen finde. Damit schloss er an die schon zuvor formulierte Sollforderung der Sauberkeit im Betrieb an, deren Gültigkeit er nun für die Zeitschrift zu erweitern suchte: „Aber, [...] wir wollen unser Blatt auch sauber halten." Was die anvisierte Sauberkeit seiner Auffassung nach zu verunzieren drohte, war „[k]leinliches Gezänk", das „nicht der grossen Linie [diene], die wir beschreiten wollen"; danach solle sich ein jeder richten und in „gutem Sinne" wirken. Eine grundsätzlich für jeden offen stehende Mitarbeit an dem neu geschaffenen Medium und mithin neu etablierten Ort der internen Kommunikation war also zweifelsohne gleich zu Beginn der ersten Ausgabe an festgelegte Bedingungen oder Kriterien geknüpft worden, die zu erkennen gaben, *welchen* Themen und *welchen* Meinungen in der Zeitschrift Platz eingeräumt werden sollte: Sämtliches den Frieden im Amt Störendes schloss eine Teilnahme und Mitwirkung folglich aus beziehungsweise hatte offenbar wenig Chancen auf Veröffentlichung. Damit kodifizierte und bekräftigte die Zeitschrift noch einmal diejenigen Normen des Sagbaren, die bereits auf der Neujahrsversammlung vom 3. Januar 1946 ausgegeben worden waren.

Betrachtet man die Ausgaben des Mitteilungsblatts, die während des ersten Nachkriegsjahres einmal im Monat erschienen, fallen einige Beiträge ins Auge, die nicht nur – um gängige Inhalte zu benennen – Fachwissenschaftliches, Arbeitsorganisatorisches, Ankündigungen

678 Der Betriebsrat: Liebe Kollegen, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1.

679 Zur Anfangsrhetorik nach 1945 allgemein Geyer, Am Anfang war… die Niederlage, 2008.

680 Der Betriebsrat: Liebe Kollegen, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

von Veranstaltungen, Diebstähle, Humoristisches, Ernährungsfragen oder den Tod eines Mitarbeiters zum Inhalt hatten, sondern die darüber hinausgingen und offenbar einen umfassenderen, übergeordneten Zweck erfüllen sollten. Bereits im vorangegangenen Kapitel sind die Bestrebungen zu einer Normproduktion ‚von oben' herausgearbeitet worden, die von zwei bedeutenden, innerhalb der Belegschaft hoch angesehenen Akteuren des Amtes vorangetrieben wurden, sowie deren wesentliche Bedeutung für die Neuformierung einer MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft, in der es sowohl die individuelle als auch kollektive Vergangenheit prospektiv abzuwickeln galt. Die zuvor angesprochenen Beiträge in der Mitarbeiterzeitschrift, die sich dem für gewöhnlich Abgedruckten gerade nicht zuordnen lassen, bestätigen diese Befunde. Sie verdeutlichen zudem, dass über Vergangenes und Zukünftiges nicht bloß im Rahmen von amtsöffentlich gehaltenen Reden zu bestimmten Anlässen wie dem Beginn des neuen Jahres verhandelt wurde, sondern eben auch in diesem betriebsinternen Medium, dem für die Herausbildung der normativen Ordnung der Partikulargesellschaft eine kaum zu überschätzende Bedeutung zukam: Die Verschriftlichung und Veröffentlichung bewirkte nicht zuletzt eine höhere und nachhaltiger wirkende Verbindlichkeit der dort vorgebrachten Meinungen und Aussagen. Anders als in volatilen Gesprächskontexten und Verbalisierungsakten konnte die Zeitschrift eine gewisse Dauerhaftigkeit beanspruchen, indem hier Normen gewissermaßen kodifiziert werden konnten. Sie entlastete daher zumindest teilweise von dem Druck, allein durch „Verbalsanktionen [...] über den Inhalt von Normen zu informieren."[681] Da kleinliche Konflikte keinen Weg in die Zeitschrift finden sollten und sie von ihren Initiatoren als hinderlich für die große Leitlinie betrachtet wurden, entstand hier zugleich ein bestimmtes Bild des Betriebsklimas. Kurzum: Die Einführung des Mitteilungsblatts stellte einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Neuformierung der MPA-Gesellschaft ‚nach Hitler' dar. Sie etablierte einen Kommunikationsraum, in dem Betriebsrat und Amtsleitung verbindliche Sollforderungen kommunizieren konnten, die für alle Belegschaftsmitglieder in dem Betrieb der ‚neuen' Zeit gelten sollten.

681 Siehe hierzu die Arbeit des Popitz-Schülers Spittler, Norm und Sanktion, 1967, S. 124.

Im Folgenden geht es nicht um eine chronologische Reihung der Artikel, sondern um eine systematische Analyse, die Normverhandlungen und -verordnungen nachvollziehen lässt. Insgesamt lassen sich die kodifizierten Normen folgendermaßen zusammenfassen: Die Mitglieder der Belegschaft sollten *erstens* Verantwortung für sich selbst – genauer ihr Denken, ihr Sprechen, ihr Tun – übernehmen, um aus dieser Veränderung im Innern heraus die Grundlagen für eine Veränderung der Umwelt und somit für das Amt und für Deutschland zu schaffen. Diesen Anspruch kann man unter die vom Betriebsrat durchgeführten amtsinternen „Re-Education"-Maßnahmen fassen. Eine Anpassung an die veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ‚von innen' schien also durch innere Akzeptanz und Überzeugung doch eine stabilere Ordnung zu garantieren, die als nicht oktroyiert empfunden werden sollte. Davon ausgehend, nun auf die Umwelt bezogen, sollte sich *zweitens* jeder und jede Amtsangehörige seiner Rechte und Pflichten für die Demokratie bewusstwerden und verantwortungsvoll danach handeln. *Drittens* ging es darum, ein verbindliches Bild einer ‚sauberen' deutschen Kultur zu zeichnen, um Traditionen und Orientierungsmarken zu etablieren, die vorbildlich wirken konnten. Wie sich bei all den in den Artikeln verhandelten Themen, verwendeten Motiven und daraus abgeleiteten Sollforderungen zeigt, erfüllte die NS-Vergangenheit abermals die Funktion einer Abgrenzungsfolie zur Gegenwart. Erst im Vergleich mit der „braunen Diktatur" ergaben sich diejenigen Normen, die jetzt und künftig für die Partikulargesellschaft des MPA gelten sollten.

Die jeweiligen Autoren[682] verwendeten gerne Ausdrücke, die um Ordnung, Sauberkeit, Moral und verschiedene Tugenden kreisten. Dies waren zunächst abstrakte Begriffe, die sie in ihren Artikeln so

682 Diese waren für den hier betrachteten Zeitraum Erich Siebel (Auftaktbeitrag „Zum Geleit"), Wilhelm Blumenthal (Beitrag „Von der inneren Ordnung", „Richtigstellung"), der Kastellan Kurt Merkmann (Beitrag „Wir haben es geschafft!", der Wissenschaftliche Angestellte Dr. Walter Toeldte (Beiträge „Als Neuling in den Gewerkschaften" und „Friedrich Nietzsche und die Nazi-Ideologie"), der Wissenschaftliche Angestellte Dr. Franz Schlosser (Beitrag „Das Wort ist eine geistige Macht") und der Betriebsrat (Auftaktbeitrag „Liebe Kollegen"). Es liegen nicht alle Ausgaben des „Mitteilungsblatt[es] des MPA" vor: Die Ausgaben 2 (Februar 1946) und 5 (entweder Mai, Juni oder Juli 1946) konnten bislang nicht im BAM-Archiv gefunden werden, sodass die Analyse sich auf die vorliegenden Zeitschriftenbeiträge beschränken muss.

konkretisierten, dass diese nicht mit dem überwundenen Nationalsozialismus, sondern vielmehr mit der neuen Demokratie in Verbindung gebracht wurden. So schrieb etwa der Betriebsratsvorsitzende Blumenthal davon, dass die „innere[…] Ordnung“[683] nur gelingen könne, wenn die Mitarbeiter, die hier zugleich als Bürgerinnen und Bürger angesprochen wurden, sich für die neue Gemeinschaft einsetzten: „Mit einem […] Heer von Ich-Leuten und einem ganzen Staat von Uninteressierten kann man nicht Berge versetzen. Aber sie müssen versetzt werden – dennoch.“ Die Feststellung zugrunde legend, Wunder kämen „nicht von ungefähr“, mahnte er ein weiteres Mal eindringlich an, dass jeder mithelfen müsse, sich an der Verwirklichung des „deutsche[n] Wunder[s]“[684] zu beteiligen und nicht einfach nach einer „äusseren Ordnung“[685] schreien solle. Die „Demoralisation weiter Schichten“ sei „wie Sand in dem Getriebe einer schwer arbeitenden Maschine“ und alle Planung und Bewirtschaftung geriete in Verzug und führe zu Komplikationen, „wenn eine geordnete Lenkung durch Dammbrüche menschlicher Ich-Sucht niedergerissen wird.“ Damit – und in diesem Falle besonders moralisch aufgeladen – forderte er zu einem selbstständigen, altruistischen und gemeinnützigen Denken und Handeln auf, dessen Gegenteil er im Nationalsozialismus verortete, dabei überdies Kritik am deutschen Militarismus übte und seine Sollforderung so letztlich durch eine zweifache Abgrenzung zur Vergangenheit argumentativ zu begründen suchte. Da der Deutsche „scheinbar nur in Waffen denken“ könne, so müsse man eben zu den

683 Blumenthal, Wilhelm: Von der inneren Ordnung, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2 f., BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden S. 2.

684 Interessant ist, dass die Wundersemantik hier schon zu diesem frühen Zeitpunkt verwendet wurde, die im Laufe der Nachkriegszeit vor allem in den 1950er Jahren mit dem „Wirtschaftswunder“ gesamtgesellschaftlich an Fahrt aufnimmt. Dies sagt nicht zuletzt viel über das Selbstverständnis und die Eigenverortung des MPA als eine wirtschaftliche Ressortforschungseinrichtung aus, die sich sowohl nach Ende des Krieges in den Dienst des Wiederaufbaus Deutschlands stellte und später, vor allem im Zuge der Bestrebungen zur Übernahme des Amtes durch den Bund, eine ähnliche Rhetorik bemühte, indem es sich als wichtiger Bestandteil des Wirtschaftswachstums gerierte. Gleichzeitig war dies eine Umdeutung des NS-Wirtschaftswunder-Begriffs, vgl. hierzu Abelshauser, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder, 1999.

685 Blumenthal, Wilhelm: Von der inneren Ordnung, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2 f., hier: S. 3, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

Waffen greifen, „aber zu den geistigen", die allzu lang geruht hätten: „Ueber 12 Jahre klapperte der Geist gleich einem lahmen Schimmel den holprigen Weg des Ich-Menschen. Lenken wir ihn [auf] andere Pfade." Öffentliche Ordnung sei nur dadurch zu erreichen, wenn bei dem Einzelnen eine innere Ordnung errichtet werde. Man müsse, anstatt in permanentem Streit zu versinken und sich „[n]ervös, übelgelaunt, gereizt" entgegenzutreten, Selbstkontrolle üben, da die widrigen Umstände nur gemeinsam überwunden werden könnten. Der Weg zu diesem Ziel könne nur über den Weg vom Subjekt zur Welt, vom Individuum zum Kollektiv, beschritten werden: „Zu einer sauberen allgemein gültigen inneren Ordnung" komme man nur, wenn „erst einmal jeder bei sich selbst" anfange, erst dann „wäre wohl der Zeitpunkt da, auch von einer öffentlichen Ordnung zu sprechen." Erst auf diese Weise komme man auch zu einem „öffentlichen Gewissen", das letztlich „[z]u einem freien, geachteten Staatswesen" führe. Dies sei etwas ausführlicher erläutert: Das öffentliche Gewissen – so kann man die hier vorgebrachten Überlegungen normentheoretisch rekonstruieren – meinte eine Situation, in der die neuen Normen in Geltung waren, das heißt, dass Normbrüche von allen anerkannt und sanktioniert wurden. Verstärkt wurde diese Forderung nach der Gültigkeit von auf Moral, Anstand und Zwischenmenschlichkeit gegründeten sozialen Normen innerhalb der neu zu formierenden Gesellschaft durch den Umstand, dass Blumenthal die „öffentliche Ordnung" gerade *nicht* dadurch hergestellt sah, „dass auf jedem Gesetzesparagraphen auch das bewusste Schnörkelchen ist", sondern durch ein „öffentliche[s] Gewissen" und eine „öffentliche[n] Volksmeinung, die das Gute wieder gut und das Schlechte ausschliesslich und unzweideutig schlecht findet." Erst dann gelange man dahin, „wonach sich alle Anständigen unter uns sehnen: Zu einem freien, geachteten Staatswesen." Derzeit, so unterstellte Blumenthal, befinde man sich noch in einer Übergangszeit. Erst wenn die einzelnen Mitglieder der Gesellschaft die neuen Normen internalisierten, könnten sie Allgemeingültigkeit erlangen, was er durch die Verwendung eines moralisch-sittlichen, zunächst jedoch abstrakten Tugendbegriffs – der „Anständigkeit"[686] –

686 Dass dieser Begriff durchaus auch im nationalsozialistischen „Moral"-System eine bedeutende Rolle gespielt hatte und dort dementsprechend im Sinne der Nationalsozialisten ausgedeutet worden war, zeigt Gross, Anständig geblieben, 2010; weiter auch Bialas, Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, 2014, S. 32.

noch einmal verstärkte, den er hierbei gleichzeitig im Sinne der Demokratie ausdeutete. Eine weitere Tugend, die eine besondere Betonung in dem Beitrag des Kastellans Merkmann[687] fand, war die Treue.[688] Merkmann begann seinen Artikel, der mit dem Titel „Wir haben es geschafft!“[689] bereits den Tenor des daraufhin Geschriebenen ankündigte, zunächst mit deutlichen Worten der Anerkennung. Begreift man Lob mit dem Soziologen Rainer Paris zum einen als „universelle[n] Mechanismus der Vergesellschaftung“ und als etwas, das Verbundenheit erzeugt, und zum anderen als eine „subtile Methode“ der Ausübung von Macht, mittels derer diejenige Person, die das Lob ausspricht, sich zugleich „zum Herrn über die Geltung und Interpretation der Norm“[690] macht, so lassen sich auch aus den anerkennenden Worten Merkmanns

687 Kurt Merkmann (*1900), 1914 Bäckerlehrling, 1914 Militärdienst, 1918 Entlassung aus dem Heer, 1919 Freiwilliger bei der 1. Kompanie des Lehr-Infanterieregiments, 1923 Versetzung in die Kraftfahrerabteilung, 1928 Beförderung zum Feldwebel, 1935 als Versorgungsanwärter zur Probedienstleistung in die Kastellanstelle des StMPA einberufen, Mitglied der Werkschutzeinheit, 1945 Übernahme in das MPA in die Hauptverwaltung mit den Tätigkeitsgebieten Hausverwaltung, Instandhaltung, Reinigung, Wach- und Besucherdienst, spätestens 1946 Mitglied des Betriebsrates, spätestens 1946 Angehöriger des Verbandes öffentlicher Betriebe, spätestens 1947 amtsintern besonderes Engagement für den FDGB, 1955 als Technischer Angestellter in der Hausverwaltung der BAM erwähnt, 1964 Ruhestand; StMPA, Personalnachrichten über Kurt Merkmann, 18.4.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 105–106; StMPA, Namentliche Aufstellung über die Werkschutzeinheit, BAM-Archiv, Ordner: Dienstgebäude, Amtsgrundstücke 192a; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Zusammensetzung des Betriebsrates des MPA nach der Wahl vom 2.8.1946, in: Mitteilungsblatt des MPA 6 (August 1946), S. 11, BAM-Archiv, Fach 9-1, Ordner: Eilt; Delegierten-Wahl. Nachtrag, in: Mitteilungsblatt des MPA 2 (Februar 1946), S. 5, BAM-Archiv, Fach 15-1; Merkmann, Kurt: Eine große und schöne Aufgabe für den Vorstand des F.D.G.B., in: Mitteilungsblatt des MPA 8 (Februar 1947), S. 12 f., BAM-Archiv, Fach 15-1; Namensliste zum Organisations- und Stellenplan der BAM, Stand 1.8.1955, BAM-Archiv; Disposition der Neujahrs-Ansprache 1965 von Prof. Dr. M. Pfender am 4.1.1965, BAM-Archiv, Fach 14-1, Ordner: BAM Allgemeines 1964–1966.

688 Zu den Vorstellungen und dem Konzept von Treue Buschmann, Treue und Verrat, 2010; ders., Erfindung der deutschen Treue, 2008.

689 Merkmann, Kurt: Wir haben es geschafft!, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 4, BAM-Archiv, Fach 15-1.

690 Paris, Politik des Lobs, 2015, S. 73.

Sollforderungen ableiten, die er durch seinen Beitrag zu kodifizieren suchte. Dass er hierbei explizit eine gewisse Gruppe des MPA lobte, deren Mitglieder damit sozusagen zur „stellvertretenden Verkörperung der Norm“[691] aufstiegen und denen die übrigen, implizit Nicht-Gelobten durch eine Veränderung in ihrem Verhalten folgen sollten, bildete gleich den Inhalt des ersten Satzes. Nachdem man die „liebgewordene Arbeitsstätte mit Fleiss und Ausdauer wieder halbwegs in Ordnung gebracht [habe], können alle, die daran mitwirkten, stolz darauf sein.“[692] Mit der Neueröffnung des Amtes, das „fast zerschmettert am Boden“ gelegen habe, führte er sodann die Tugend der Treue als ein Ideal ein, das für die gesamte Belegschaft gelten sollte und begründete dies mit dem bisherigen, für alle sichtbaren Erfolg. Man habe nicht gewusst, ob es einen Zweck gehabt hätte, „treu zu unserem alten M.P.A. zu halten“ – nun könnte man jedoch stolz bekennen: „Unsere Treue zur alten Arbeitsstätte hat sich gelohnt, wir haben unseren Mann gestanden“. An dieser Treue sei auch weiterhin festzuhalten, denn man müsse unermüdlich weiterarbeiten, damit „wir in einigen Jahren schmuck und sauber dastehen, wie anno dazumal.“ Von diesem Sehnsuchtsort der vergangenen Tage ausgehend wandte sich Merkmann verstärkt dem Gegenwärtigen und Zukünftigen zu, stets im Abgleich zur jüngsten nationalsozialistischen Vergangenheit. In den Zusammenhang mit dem frischen Wind, der wieder durch das Amt wehe, brachte er bemerkenswerterweise auch eine „friedliche Arbeit“ in den Zusammenhang mit der neuen Ordnung, die man nach „bitteren Kriegsjahren“ nun endlich wieder habe. Zwar ist nicht zu rekonstruieren, wie der Autor des Beitrages oder auch andere Amtsangehörige vor und während des Zweiten Weltkrieges zu der in Teilen umfassenden Involvierung des MPA in die Umsetzung der autarkie-, rüstungs- und kriegspolitischen Ziele des NS-Regimes gestanden hatten. Mindestens jedoch erschienen diese durch die Aussage Merkmanns als eine Belastung, deren Wegfallen durch das Kriegsende als Erleichterung und als etwas Positives bewertet werden sollte – ganz unabhängig davon, inwieweit das Amt selbst hinsichtlich der gestiegenen Einnahmen und mithin der maschinellen, technischen und wissenschaftlichen Ausrüstung sowie dem Ausbau der Stellen für Mitarbeiter

691 Otzen/Kuhlmann, Ambivalenz des Lobens, 2023, S. 242.

692 Merkmann, Kurt: Wir haben es geschafft!, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 4, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

insgesamt zuvor davon profitiert hatte.[693] Auch mit der „friedliche[n] Arbeit“ wehe nun ein „frischer Wind“ durch das Amt, der „sogar ein Mitteilungsblatt ins Haus geweht“[694] habe, womit er die Mitarbeiterzeitschrift unzweideutig als Ausdruck einer nach dem ‚8. Mai‘ neu angebrochenen Zeit und mithin als Instrument der Demokratie kennzeichnete. Es sei „gottseidank kein Schulungsbrief der Nazis mehr, sondern ein Blatt der freien Meinungsäusserung für Jedermann“, das „immer ein freies Sprachrohr der Belegschaft sein“ möge. Er verblieb jedoch nicht lediglich dabei, die Bedeutung der Zeitschrift für die Mitarbeiter unter den veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen herauszustellen, sondern formulierte dabei überdies – und abermals argumentativ in Abgrenzung zur Zeit des Nationalsozialismus – Sollforderungen. Das „Tuscheln und Grummeln untereinander [habe] nun endlich ein Ende“, man wolle, wie Merkmann an moralisch-sittliche Tugenden appellierend forderte, „ehrlich und anständig“ seine Meinung äußern. Nachdem alle „12 Jahre lang durchgemacht [hätten], was es heisst, die freie Meinungsäusserung zu verlieren“, müsse sich jeder „dieser grossen Verantwortung voll bewusst sein und seine politischen Rechte in Zukunft hüten und beschützen wie einen kostbaren Edelstein“ und „jederzeit bereit sein, für die demokratische Neuordnung einzutreten.“

Die Pflichten, die sich gerade nach den Erfahrungen mit der „Hitler-Zeit“[695] für jeden einzelnen Mitarbeiter des Amtes nun in der demokratischen Ordnung ergäben, bildeten eigens den Inhalt eines Artikels mit dem Titel „Als Neuling in den Gewerkschaften“ des Wissenschaftlichen Angestellten und Leiters des Laboratoriums „Anstrichstoffe“,

693 Allein bis 1937 hatten sich die Einnahmen deutlich erhöht; Wacker, i. A. Der Reichsminister, REM, an Preußischer Finanzminister, Betr. Haushalt des StMPA in Berlin-Dahlem, 1.12.1938, GStA, PK, I. HA Rep. 151, IC, Nr. 7031. Vgl. hierzu ausführlich die Studie von Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

694 Merkmann, Kurt: Wir haben es geschafft!, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 4, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

695 Toeldte, Walter: Als Neuling in den Gewerkschaften, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 5, BAM-Archiv, Fach 15-1.

Dr. Walter Toeldte,[696] mit dem der Autor zum Eintritt in den „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ (FDGB) aufrief.[697] Auch Blumenthal hatte die Belegschaft bereits bei seiner Neujahrsansprache zur gewerkschaftlichen Organisation angehalten, was hier noch einmal eindringlich wiederholt und durch die Veröffentlichung in dem neuen Medium als Sollforderung kodifiziert wurde. Zu Beginn seines Beitrages stellte er die grundsätzliche Bedeutung der Aufgaben des FDGB „für unser gesamtes wirtschaftliches und politisches Leben“ heraus, bevor er dazu überging, zunächst den Ist-Zustand der „Übergangsgesellschaft“ in wirtschaftlicher Hinsicht zu skizzieren. Sämtliche zurzeit arbeitenden Betriebe befänden sich „noch mehr oder weniger im Wiederaufbau aus den Trümmern des Hitlerkrieges“ und bildeten die „Keimzelle für die Neugestaltung der deutschen Wirtschaft.“ Dabei nahm er eine Abgrenzung zur einstigen nationalsozialistischen Führung nicht nur durch die Betitelung des Zweiten Weltkrieges als Hitlers Krieg vor, die gleichsam eine gewisse Schuld- und Verantwortungsabwehr der deutschen Bevölkerung implizierte, sondern

696 Walter Toeldte (1899–1957), 1917 Militärdienst, 1918 Studium der Chemie, 1923 Dr. phil., 1924 Mitarbeiter im Öffentlichen Chemischen Laboratorium Dr. Heinrich Zellner in Berlin, dort insbesondere in der Lack-Abteilung unter der Leitung von Dr. Hans Wolff, 1929 Tätigkeit in der Abteilung „Kautschuk, Isolierstoffe und Verschiedenes“ des StMPA, 1934 Tätigkeit in der Industrie in fünf Lackfabriken als Mitarbeiter, Labor- oder Betriebsleiter sowie Tätigkeit im Institut für Anstrichforschung an der TH Berlin, [1937/1938] erneuter Eintritt in das StMPA als Wissenschaftlicher Angestellter in der Fachgruppe „Fette, Harze, Kleb- und Anstrichstoffe“ der Abteilung „Kunst- und Anstrichstoffe“ der Hauptabteilung „Organische Stoffe“, in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1945 Übernahme in das MPA als Leiter des Laboratoriums „Anstrichstoffe“, zudem Mitglied des Vertrauensausschusses des Amtes; Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 62; Organisation des StMPA, 1. April 1940, BAM-Archiv, Fach 20; CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 19, BAM-Archiv; Nachruf für Dr. Walter Toeldte, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.3 Biographien Mitarbeiter M-Z; Der Vertrauensausschuss des Staatlichen Materialprüfungsamtes, Ausweis für Herr Dr. Toeldte, 23.7.1945, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46; Dr. phil. Walter Toeldte gestorben, in: Chemiker-Zeitung 81 (1957), S. 573.

697 Toeldte, Walter: Als Neuling in den Gewerkschaften, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 5, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

prononcierte weiter, wem der Dank für das Wieder-in-Gang-Bringen der Betriebe gebühre, nämlich gerade nicht den „früheren ‚Betriebsführern'", sondern den Belegschaften selbst, die ihre Arbeitsstätte „mit Fleiss und Hingabe" wieder aufgebaut hätten. Daran anschließend formulierte er eine der Kernaussagen seines Beitrages, durch welche er der „Arbeit" eine exponierte Stellung auf dem Weg aus der „Zusammenbruchsgesellschaft" zukommen ließ, ja sie als Rettung aus der gegenwärtigen Not stilisierte: „Diese Hingabe an die Arbeit, dieses Streben nach sinnvollem Schaffen ist der erste Lichtblick aus der Wahnsinnsnacht der Vernichtung und des Grauens." Hierbei unternahm Toeldte letztlich auch eine Umdeutung und Neubewertung des Begriffs der „Arbeit", der auch in der nationalsozialistischen Ideologie und Sprache – und überdies als Ausdruck des Selbstverständnisses im Namen der Partei selbst – eine der zentralen Vokabeln gebildet hatte[698] und den er nun in den Kontext der Demokratie einordnete, zu welcher ‚richtige', von den Arbeitern selbst gewollte und verantwortete Gewerkschaften wiederum als eines ihrer wichtigsten Institutionen gehörten. So könnten die „Kräfte, die sich in dem neuen Gewerkschaftsbunde zusammengeschlossen haben", das „erste Fundament einer besseren Zukunft bilden" und es sei diese Organisation der Gewerkschaften, wenigstens in Berlin, in welcher der „Zusammenschluss deutscher Arbeiter wieder möglich"[699] geworden sei. Hierbei sollten sich auch die „Geistesarbeiter" dazu berufen fühlen, sich den Werktätigen anzuschließen und gemeinsam mit ihnen den „Weg zu suchen, der aus Chaos und Verzweiflung herausführt." Der Artikel schloss mit einer erneuten Abgrenzung vom Nationalsozialismus und legitimierte die Arbeit des Amtes, indem er die ideologischen Ansprüche des „Führers" delegitimierte: „‚Das Volk, das verliert, beendet sein Leben', sagte Hitler. Auch dieses ‚Führerwort' wird sich als Lüge erweisen. Wir suchen einen Weg und wir werden ihn finden". Kurzum, die Artikel bemühten sich, zu einem für alle Mitglieder der MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft geltenden Norm- und Wertesystem beizutragen, in dem die jüngste Vergangenheit ohne letzten Zweifel kollektiv als ‚schlecht' zu

698 Zum nationalsozialistischen Verständnis von Arbeit und deren Bedeutung für die ‚Volksgemeinschaft' siehe Patel, Arbeit als Dienst am Ganzen, 2016, bes. S. 291–298; weiter auch Hachtmann, Vom „Geist der Volksgemeinschaft durchpulst", 2010; Wildt, Begriff der Arbeit bei Hitler, 2014.

699 Toeldte, Walter: Als Neuling in den Gewerkschaften, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 5, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

beurteilen war, oder wie dies Blumenthal im Zusammenhang mit dem „öffentlichen Gewissen" und der „öffentlichen Volksmeinung" ausgedrückt hatte, sollte das „Schlechte ausschliesslich und unzweideutig schlecht"[700] gefunden werden. Diese Normansprüche bezogen sich auch auf das Feld der Sprache.

Schon Heinrich Popitz hat in seiner Normtheorie darauf hingewiesen, dass „Sprachnormen" genauso wie Handlungsnormen untersucht werden können. Es gibt keine Gesellschaft, die nicht auch Sprache in bestimmter Weise normiert und sprachliche Normbrüche sanktioniert.[701] Vor diesem Hintergrund mag es nicht verwundern, dass auch auf dem Feld der Sprachpolitik auf verschiedenen Ebenen Bemühungen zu beobachten sind, neue Normen zu verordnen, wie dies ebenfalls die Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrem Ziel, eine „entnazifizierte Sprache" zu schaffen, verfolgten.[702] Doch auch öffentliche, gesellschaftliche Selbstverständigungsdebatten der Nachkriegszeit drehten sich um das Thema Sprache, deren wohl bekannteste Exponenten das zunächst in der Zeitschrift „Die Wandlung" veröffentlichte Werk „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen"[703] sowie die Analyse der „Lingua Tertii Imperii"[704] des Philologen und als „Jude" vom nationalsozialistischen Antisemitismus selbst Betroffenen Victor Klemperer sind.[705] Diese um die Sprache geführten Normdebatten betrafen nicht nur die gesamte deutsche Öffentlichkeit,[706] denn eine selbstreflexive Problematisierung politischer Sprache fand auch in der Mitarbeiterzeitschrift des MPA statt. Letztlich sollte es hierbei darum gehen, eine gemeinsame, den neuen politischen und gesellschaftlichen

700 Blumenthal, Wilhelm: Von der inneren Ordnung, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2 f., hier: S. 3, BAM-Archiv, Fach 15-1.

701 Vgl. zu Sprachnormen Popitz, Allgemeine Soziologische Theorie, 2011, S. 151–155.

702 Deissler, Die entnazifizierte Sprache, 2006.

703 Sternberger/Storz/Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, 1957.

704 Klemperer, LTI, 1947.

705 Zum Weg Klemperers durch das „Dritte Reich" Wildt, „Denkt man immer zu an den nächsten Einschlag, so wird man verrückt", 2019.

706 Vgl. allgemein zu den Debatten um die politische Sprache nach 1945 Steber, „Eine gewisse Disziplin", 2019, bes. S. 24 f. Beispielhaft zur Suche nach einer demokratischen Sprache mit Blick auf die Metaphern von Krankheit und Ansteckung auch Rojek, Entnazifizierung und Erzählung, 2023, S. 84–112.

Rahmenbedingungen angemessene, demokratische Sprache zu finden und adäquate Regeln für deren Gebrauch innerhalb der Partikulargesellschaft des Amtes zu verordnen. Im März 1946 erschien im „Mitteilungsblatt des MPA" ein Beitrag des Wissenschaftlichen Angestellten und Experten für Kohle- und Erdölerzeugnisse, Dr. Franz Schlosser, mit dem Titel „Das Wort ist eine geistige Macht",[707] an dem sich die hier verwendeten Argumentationstypen anschaulich aufzeigen lassen. Er begann seinen Beitrag mit einer grundsätzlichen Kritik an dem gegenwärtigen Gebrauch der Sprache. Von allen Geschöpfen der Welt besäße allein der Mensch die Sprache, aber was tue er mit dieser? Wenn man sich umhöre, töne einem so viel „Missgestaltung allein schon der äußeren Form" entgegen, doch vor allem die „seelische Erschütterung" sei noch größer: „Welche Verantwortungslosigkeit, welche Lässigkeit und Oberflächlichkeit!" Was nun „Verantwortung vor dem Wort" heiße, führte er, beginnend mit der Forderung: „Es muß seiner geistigen Macht als Realität wieder bewußt werden", weiter aus. Bemerkenswerterweise drückte er dabei, wenngleich mit einer spezifischen Intention, *in nuce* eine der Grundannahmen der historischen Semantik von der „kommunikative[n] Gegenstandskonstitution"[708] aus. Das Wort sei „Träger eines Gedankens, und sobald es tönt, ist es Wirklichkeit – wie dies Wort es schon selbst sagt, es wirkt, schafft – Gutes oder Böses."[709] Unter der von Schlosser so dargelegten Prämisse, das Wort, das zu einem Menschen gesprochen werde, „wirkte in ihm, Neues gestaltend, fort – oft bis in die Ewigkeit", ging er zu der Aussage über, auch „wenige böse Worte können etwas zerstören, das nie mehr gut gemacht werden kann." Den „stärksten Beweis von der Macht des Wortes" habe man, wenn man auf die „letzten 12 Jahre des Nazisystems"[710] schaue, dessen Sprache er nicht nur analysierte und verurteilte, sondern diese auch wesentlich mitverantwortlich für die Macht Hitlers machte. Im System der Nationalsozialisten habe die „größte Verantwortungslosigkeit, die denkbar ist", geherrscht, hätten „Lüge, Phrase, Schlagworte [...] Orgien gefeiert." Der „Führer" habe „die Suggestionskraft des Wortes [gekannt]

707 Schlosser, Franz: Das Wort ist eine geistige Macht, in: Mitteilungsblatt des MPA 3 (März 1946), S. 1 f., BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

708 Busse, Historische Semantik, 1987, S. 14.

709 Schlosser, Franz: Das Wort ist eine geistige Macht, in: Mitteilungsblatt des MPA 3 (März 1946), S. 1 f. hier: S. 1, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

710 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 2.

und sie bewußt als psychologisches Mittel [genutzt], um Millionen von Menschen für seine Idee einzuspannen." Diese „verheerendste Wirkung des Wortes als einer geistigen Realität" habe es einerseits ermöglicht – diese Aussage kam beinahe einer Rehabilitierung oder Schuld- und Verantwortungsabwehr der überwiegend eigentlich moralisch-tugendhaften ‚guten' deutschen Bevölkerung gleich – „aus vielen anständigen Menschen Verbrecher zu machen", und gestattete es Hitler andererseits, „seine eigene Stellung zu einer ungeheuren Macht zu entfalten." Millionen Deutscher hätten „das kleine Wörtchen ‚ja' [gesagt], und dieses ‚ja' hat Hitler's Macht begründet und gefestigt. Ohne dieses ‚ja' hätte er sie nicht einen Tag gehabt", dies sei die „erschütterndste Feststellung". Was sowohl in dem vorangegangenen als auch diesem Kapitel als eine von den führenden Akteuren vorangetriebene Normproduktion *ex negativo* beschrieben wurde, also das Argumentieren der Sollforderungen für die MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft qua Abgrenzung zur NS-Vergangenheit, fasste Schlosser in wenigen Worten zusammen, wobei das Bestreben zu einer prospektiven Vergangenheitsabwicklung durchaus auch anklang: „Man kann nichts ungeschehen machen, aber aus dem Geschehen lernen." Schlosser leitete daraus die Sollforderung ab, es müsse wieder Ehrfurcht vor dem Wort erworben werden. Jeder Einzelne müsse „[d]reimal prüfen, ehe es zur Wirklichkeit wird, ob das Wort nötig, wahrhaftig, gut" sei. Nachgerade an ein humanistisches Menschenbild gemahnend, konstatierte er, je „höher die geistige Entwicklung eines Menschen sich vollzogen [habe], um so größer und selbstverständlicher [würde] er seine Achtung und Ehrfurcht vor dem Wort haben". Damit sprach er den Nationalsozialisten nicht nur eine derartige höhere „geistige Entwicklung" ab, sondern schrieb ihnen implizit Unmenschlichkeit zu. Dies korrespondierte mit der bereits von Merkmann formulierten Sollforderung, nun könne und solle jeder seine Meinung – als einen der wesentlichen Bestandteile des demokratischen Pflichtenkatalogs – „ehrlich und anständig"[711] äußern. Im gegenwärtigen „Chaos der Begriffe", so Schlosser, „sollte dies die erste, wichtigste Tat heute sein, wohl die wichtigste Kulturarbeit im Aufbau einer neuen, liebereichen Zukunft."[712]

711 Merkmann, Kurt: Wir haben es geschafft!, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 4, BAM-Archiv, Fach 15-1.

Zu einer solchen „Kulturarbeit im Aufbau" gehörte nicht zuletzt das Zeichnen eines für alle Mitglieder der MPA-Gesellschaft verbindlichen Bildes einer ‚sauberen' deutschen Kultur, um Traditionen und Orientierungsmarken aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus zu etablieren, die vorbildlich wirken konnten und an die hinsichtlich der von den Autoren vorgenommenen Interpretationen in dem neu zu formierenden Werte- und Normsystem angeknüpft werden konnte. So berief sich auch Schlosser in seinem Beitrag „Das Wort ist eine geistige Macht" auf einen der großen deutschen Dichter – Friedrich Schiller –, der vor allem zu Beginn der NS-Diktatur „als Kampfgenosse Hitlers"[713] instrumentalisiert worden war und der nun für die Rezipienten der Mitarbeiterzeitschrift in einem demokratischen Kontext eingeordnet werden sollte. Mit Schiller sollte die „Hochachtung vor dem Wort" gelernt werden, der „schon sagte: ‚Leichtfertig ist die Jugend mit dem Wort, das schwer sich handhabt, wie des Messers Schneide.'" Ein weiteres „Vorbild" stelle Stefan George dar,[714] der hier als eine Art Lehrmeister erschien, habe er doch „als letztes bedeutungsvollstes Vermächtnis kurz vor seinem Tode seinen jungen Freunden und Schülern die Weisung" gegeben, sparsam und verantwortungsbewusst mit dem Wort umzugehen, ja „Hochachtung und Ehrfurcht"[715] vor diesem zu haben. Dass sich aus dem Kanon der Literatur eine deutsche Tradition und Kultur ableiten ließe, die, so die implizite,

712 Schlosser, Franz: Das Wort ist eine geistige Macht, in: Mitteilungsblatt des MPA 3 (März 1946), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

713 So das Buch des Geschäftsführers der NSDAP-Reichstagsfraktion von 1930–1945, Dr. Hans Fabricius, Schiller als Kampfgenosse Hitlers. Nationalsozialismus in Schillers Dramen, Bayreuth 1932, vgl. Klee, Kulturlexikon, 2009, S. 130 f.; zur zeitgenössischen, auch fachgermanistischen Einordnung, und dem Schillerjubiläum des Jahres 1934 siehe Albert, Schiller als Kampfgenosse?, 1994; einen allgemeineren Überblick über die in der Mitarbeiterzeitschrift aufgegriffenen Autoren wie Schiller, George, Nietzsche oder Hauptmann und deren Verwendung und Bedeutung in der NS-Literaturpolitik gibt Barbian, Literaturpolitik im „Dritten Reich", 1993; neuer auch ders., Literaturpolitik im NS-Staat, 2010.

714 Zur politischen Instrumentalisierung Georges seit Ende der 1920er Jahre sowie zu George während des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit siehe Aurnhammer, Stefan George, 2022. Vgl. zur ambivalenten Bedeutung Georges für seine Anhänger im „Dritten Reich" die wegweisende Studie von Raulff, Kreis ohne Meister, 2010.

715 Schlosser, Franz: Das Wort ist eine geistige Macht, in: Mitteilungsblatt des MPA 3 (März 1946), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

aber bedeutende Aussage, älter sei als der Nationalsozialismus, den es als Orientierungsmarke abzulösen galt, wurde verstärkt durch die Bemerkung, die hinter die Bezeichnung „Vorbild" angebracht wurde: „(und es wären noch manche zu nennen)". Es lässt sich nicht nachvollziehen, ob und inwieweit Schlosser oder auch die anderen Autoren in der Mitarbeiterzeitschrift auf dem Terrain der von ihnen angeführten Dichter, Lyriker und Schriftsteller tatsächlich belesen waren oder wie er den jeweiligen Autor im Kontext einer Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten beurteilten; gleichermaßen muss dasselbe letztlich für die MPA-Leserschaft gelten. Mindestens jedoch kann festgehalten werden, dass die Autoren durch das Herausgreifen und Anführen ganz bestimmter Ausschnitte oder Sätze aus den Werken der „Vorbilder" die Gegen- oder Neuvereinnahmung voranzutreiben suchten. Auf diese Weise konnte die Neuformierung der MPA-Gesellschaft in Einklang mit den ‚guten' Traditionen deutschen Geisteslebens gebracht werden, wie auch das Beispiel des Rekurses Schlossers auf Gerhart Hauptmann zeigt. Unter Schlossers Beitrag finden sich vier Zeilen aus einem Gedicht Hauptmanns, das eigentlich mit den Worten „Entrückt dem Wein" begann.[716] Mit der Auswahl genau *dieses* Abschnittes des Gedichts und der offenbar von Schlosser selbst hinzugefügten Überschrift arrangierte er Hauptmann gewissermaßen neu:

„Totaler Krieg
Des Lebens ganzer Sinn ward aufgehoben
Und in qualvollen Widersinn verkehrt;
Es ward von Fluch statt Segen ganz durchwoben,
Und Wahrheit schien in Lüge ganz verkehrt.

Gerhart Hauptmann"[717]

716 Das letzte der Divan-Gedichte Hauptmanns („Entrückt dem Wein") entstand am 13. Februar 1945, kurz vor den Luftangriffen auf Dresden, Sprengel, Der Dichter stand auf hoher Küste, 2009, S. 326. Im März 1946 wurde es beim Aufbau-Verlag in der Gedichtsammlung „Neue Gedichte" unter dem Titel „Zauberblume" veröffentlicht: Hauptmann, Neue Gedichte, 1946, S. 50; vgl. hierzu auch Rühle, Theater in Deutschland, 2014, S. 79. Zum Gedicht auch Mellen, Through a Glass Darkly, 1990, bes. S. 283 f.

717 Schlosser, Franz: Das Wort ist eine geistige Macht, in: Mitteilungsblatt des MPA 3 (März 1946), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1. Zu überlegen wäre, ob Hauptmann trotz der nationalsozialistischen Umdeutung und Vereinnahmung auf der einen und seiner Anbiederung an das System

Die Aussage dieses poetischen Neuarrangements schien – ganz unabhängig davon, ob und inwieweit die Rezipienten der Zeitschrift eine literarische Vorbildung oder Einordnung Hauptmanns nun mitbrachten oder nicht – unzweideutig. Unter Berufung auf einen der großen deutschen Schriftsteller sollte der Verweis auf den „Totalen Krieg" dazu anmahnen, es nun in der neuen Zeit ‚besser' zu machen und aus dem Geschehenen zu lernen. Die abschließende Zeile, in der die Verkehrung von Wahrheit und Lüge benannt wurde (was Schlosser zuvor dem System der Nationalsozialisten zugeschrieben hatte), verlieh seiner Sollforderung nach der „Achtung und Ehrfurcht vor der Wort" als genuinem Bestandteil einer notwendigen „Kulturarbeit im Aufbau"[718] im Zusammenhang mit dem warnenden Beispiel des Krieges einmal mehr Nachdruck. Die literarischen Produkte deutscher Geistesgrößen konnten so rekontextualisiert werden, dass sie eine unmittelbare Bedeutung für die Nachkriegszeit gewannen. Dies zeigte sich gerade auch an der Auseinandersetzung mit jenen Denkern und Schriftstellern, welche die Nationalsozialisten zuvor für ihr Projekt vereinnahmt hatten.

---

auf der anderen Seite dennoch auch Anknüpfungspunkte bot, die über das aus seinem Gedicht durch Schlosser angeführte Zitat hinausgingen. Zum Verhältnis Hauptmanns selbst gegenüber dem Nationalsozialismus, von dem er sich keineswegs abgegrenzt hatte, sondern vielmehr an dessen Seite stellte, siehe in einem kurzen Überblick Klee, Kulturlexikon, 2009, S. 201 f.; allg. zu Hauptmann im „Dritten Reich" und der Nachkriegszeit bis zu seinem Tod siehe Sprengel, Gerhart Hauptmann, 2012, S. 669–738; zu Hauptmann im Nationalsozialismus ders., Der Dichter stand auf hoher Küste, 2009. So war Hauptmann zum einen Zeuge der Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945 und könnte damit als ein Teil der „Schicksals- und Opfergemeinschaft" sowie ferner der „Zusammenbruchsgesellschaft" betrachtet worden sein, der der Luftkrieg, besonders die Bombardierung Dresdens, als zentraler Bestandteil der kollektiven Erinnerung und Selbstviktimisierung der Deutschen galt, vgl. hierzu Margalit, Luftangriff auf Dresden, 2002. Allerdings kann hierbei nicht davon ausgegangen werden, dass die Kriegsbiografie Hauptmanns jedem Angehörigen des MPA zu diesem frühen Zeitpunkt – oder überhaupt – präsent war. Wahrscheinlich wäre daher zum anderen, dass Hauptmann sich vor allem aufgrund seiner sozialkritischen Stücke über die soziale Frage und das Arbeitermilieu des 19. Jahrhunderts (beispielsweise „Die Weber") als eine Orientierungsmarke anbot, mit der man an alte Gewerkschaftstraditionen anknüpfen konnte.

718 Schlosser, Franz: Das Wort ist eine geistige Macht, in: Mitteilungsblatt des MPA 3 (März 1946), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1.

Diese nach 1945 einsetzende Suche nach Orientierungsmarken aus der deutschen Kultur, in deren Tradition man sich stellen konnte und die vorbildhaft für die gesamte Belegschaft des MPA wirken sollten, brachte wohl kaum ein Artikel aus der Mitarbeiterzeitschrift mehr zum Ausdruck als der im April 1946 erschienene Beitrag des Wissenschaftlichen Mitarbeiters und Anstrichtechnikers Dr. Walter Toeldte, der „Als Neuling in den Gewerkschaften" bereits wenige Monate zuvor schon einmal in der Mitarbeiterzeitschrift veröffentlicht hatte. Der Titel seines kulturphilosophischen Beitrages lautete „Friedrich Nietzsche und die Nazi-Ideologie".[719] Der Titel begann mit einem Expositionszitat des Philosophen, das den Ton für das Folgende setzte und im Zusammenhang mit den weiteren Ausführungen Toeldtes einer Kampfansage an den Nationalsozialismus gleichkam: „‚Und hohle Götzen will ich ausklopfen mit meinem Hammer und horchen, hütet euch wohl, mein Hammer redet!'". Der große Philosoph Nietzsche sei – so der Autor – ein „Wahrheitsucher [sic!]" gewesen, „wie jeder echte Philosoph" und könne schon aus diesem Grund „nicht Vorläufer der Nazi-Ideologie gewesen sein", nachdem „eben diese Ideologie selbst ein hohler Götze" gewesen sei, was abermals das Motiv der Verbreitung von Lüge und Unwahrheit durch die NS-Führung verarbeitete und delegitimierte. Man dürfe es nicht dem Philosophen zur Last legen, wenn „in ‚Ordensburgen' der Ungeist einer falsch verstandenen, teils bewußt gefälschten Herrenmoral gezüchtet" wurde, und auch dürfe man den „Weltweise[n]" nicht dafür verantwortlich machen, wenn „solange von ‚Blut und Boden' geredet und getrommelt wurde, bis der Boden mit Blut bedeckt war."[720] Wenngleich manche Stellen von Nietzsches Werken „für die Nazipropaganda geeignet [...] schienen", könne man den Philosophen eigentlich nur „im Zusammenhang mit dem Ganzen seiner Weltanschauung richtig beurteilen", was die Nationalsozialisten gerade *nicht* getan hätten, sondern „gedankenlos" einige Stellen herausgegriffen und diese – oder in einem größeren Kontext betrachtet: die deutsche Kultur

719 Toeldte, Walter: Friedrich Nietzsche und die Nazi-Ideologie, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (April 1946), S. 1 f., hier: S. 1, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

720 Ebd., S. 2. Siehe zu „Blut und Boden" allgemein Schmitz-Berning, Blut und Boden, 2007; Jensen, Blut und Boden, 1998.

„zu politischen Propagandazwecken mißbraucht".[721] Nietzsche habe „noch nicht an den totalen Krieg mit seinen Folgen" gedacht oder an die „Unterdrückung der Meinungsfreiheit", auch mit dem „Terror" und den „KZ-Verbrechen wäre er [...] niemals einverstanden gewesen." Als Beleg dafür, dass dieser keineswegs Militarist gewesen sei, führte Toeldte das Zitat an: „‚Welch' höhnische Kälte klingt aus diesem Gebrüll heraus'" und fügte hinzu, so habe Nietzsche einst über den „Kasernenhof-Umgangston" geurteilt. Das Aufgreifen des Militarismus kann dabei als eine interne Verarbeitung der Bestrebungen zur Entmilitarisierung Deutschlands als ein erklärtes Ziel der Besatzungsmächte betrachtet werden, denen der Autor nun den Gegenbeweis entgegensetzte, das Verhältnis der Deutschen zum Militär sei nicht vornehmlich durch eine Art preußischen Militarismus oder nationalsozialistischen Bellizismus geprägt, sondern im Gegenteil durch eine Tradition des freien Geistes nach Nietzsche. Toeldte formulierte insgesamt eine Leitlinie für die Aneignung deutscher Kultur nach dem Zweiten Weltkrieg. Zugleich verhöhnte er die NS-Kulturpolitik als eine solche, mit welcher der Versuch einhergegangen sei, die eigene Dummheit und Einfältigkeit Hitlers und seiner Anhänger zu verschleiern:

> „Es wäre ungerecht und eine Art Selbstverstümmelung, wenn man in der gleichen Weise wie die Nazis es z.B. mit Heinrich Heine gemacht haben, diesen großen Denker aus den Reihen unserer geistigen Ahnen nur darum verbannen wollte, weil einige ‚Kulturdenker' Hitlers ihre innere Hohlheit mit seinem Gedankengut bemänteln wollten."[722]

721 Toeldte, Walter: Friedrich Nietzsche und die Nazi-Ideologie, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (April 1946), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

722 Zum nationalsozialistischen „Staat gegen Heine", dem „‚Kulturjuden' schlechthin, der all das verkörperte, wogegen man im Namen des Deutschtums kämpfte", siehe aus der Fülle der Literatur überblicksartig Steinecke, „Schluß mit Heinrich Heine!", 2008, S. 173; zur Heine-Rezeption in der unmittelbaren Nachkriegszeit und dessen Würdigung als „weitsichtiger politischer Publizist", als „Kämpfer für eine sozialistische Ordnung, für Demokratie und Völkerverständigung" und als „Wegweiser zu einer sozial gerechteren Gesellschaft" siehe Scholz, Heine in der deutschen Presse, 2008, S. 86.

Toeldtes Beitrag „Friedrich Nietzsche und die Nazi-Ideologie" schloss mit einer eindeutigen Verortung des Philosophen, mit der er ihn schließlich vollends rehabilitieren wollte und durch die er gleichzeitig eine auf humanistischen Werten und Moral basierende Orientierungsmarke präsentierte, die überdies an die vielfach formulierten Sollforderungen nach einem neuen Werte- und Normensystem in Abgrenzung zu dem nun delegitimierten System des Nationalsozialismus anschloss: Er konstatierte, Nietzsche habe „letzten Endes nur nach edler Menschlichkeit"[723] gestrebt, bevor er inhaltlich den Kreis zum Anfang seines Artikels schloss. Hätte Nietzsche „prophetisch den Nazistaat vorausgeahnt [...], so würde er diesen nicht treffender kennzeichnen können, als mit seinen Worten vom ‚Neuen Götzen'". Toeldte führte eine Reihe von Zitaten aus dem Hauptwerk des Philosophen an, um zu beweisen, dass dieser viel eher Vordenker der Demokratie denn der Diktatur gewesen sei. Dafür griff er gezielt solche Sätze heraus, die auch jenen Lesern der Mitarbeiterzeitschrift die Botschaft unzweideutig verständlich machen mussten, die nicht mit dessen Philosophie vertraut waren oder diesen vornehmlich mit der nationalsozialistischen „Übermenschen"-Lesart in Verbindung brachten.[724] Dass die Nazis für Toeldte der Inbegriff oder Prototyp von Nietzsches „Neuen Götzen" seien und was dies bedeutete, benannte er wie folgt: „‚Der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen, und was er auch redet, er lügt'".[725] Das „Untier" brüllt: „‚Auf der Erde ist nichts Größeres als ich'" und „‚nicht nur Langgeohrte und Kurzgeäugte sinken auf die Kniee'" – auch „Helden und Ehrenhafte" wolle der neue Götze um sich aufstellen, der alles geben wolle, solange man ihn anbete, bis hin zur vollständigen eigenen Aufopferung, wie, so die Anspielung, im Zweiten Weltkrieg für den „Führer" geschehen: „Ein Sterben für viele ward da erfunden, das sich selber als Leben preist." Die Exegese führte schließlich zu einer klaren Sollforderung

723 Toeldte, Walter: Friedrich Nietzsche und die Nazi-Ideologie, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (April 1946), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1, und das folgende Zitat.

724 Zur Nietzsche-Rezeption bzw. verfälschenden Aneignung im rechten Lager und bei den Nationalsozialisten Münkler, Marx, Wagner, Nietzsche, 2021, S. 610–614.

725 Toeldte, Walter: Friedrich Nietzsche und die Nazi-Ideologie, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (April 1946), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1, und im Folgenden.

an die Leserschaft und zog zugleich einen Strich unter die Zeit des Nationalsozialismus: „‚Geht fort von der Götzendienerei [...]!'", denn „‚[d]ort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch. Also sprach Zarathustra.'"

Betrachtet man die in den jeweiligen Artikeln aus der Mitarbeiterzeitschrift verarbeiteten Verweise auf deutsche Schriftsteller, Dichter oder Philosophen, so kann man festhalten, dass hier an eine humanistische Tradition angeknüpft werden sollte, indem man sich beispielsweise den von den Nationalsozialisten vereinnahmten Schiller wieder zu eigen machte, diesen also für die eigenen Zwecke zur Neuformierung einer demokratischen, freiheitlichen und antinationalsozialistischen MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft reklamierte. Auch die Rehabilitierung Nietzsches von der nationalsozialistischen hin zu einer dem Nationalsozialismus ‚eigentlich' grundlegend gegensätzlichen Lesart, wie Toeldte diese vornahm, lässt sich in diesem Sinne deuten. Mit der Neuvereinnahmung sämtlicher verhandelter „Vorbilder" und „geistigen Ahnen" eigneten sich die Autoren nicht nur die Deutungshoheit über jene großen Namen an, sondern schufen darüber hinaus eine weltanschauliche Legitimation ihrer Sollforderungen, die sich auf die deutsche Kultur gründete und in deren Tradition man sich nun durch die Etablierung neuer Orientierungsmarken stellen konnte. Damit ging keineswegs zuletzt die Delegitimierung der NS-Ideologie einher, die diese Kultur zu Propagandazwecken missbraucht hätte, wobei unmissverständlich zum Ausdruck kam, wie man die „braune Diktatur" deuten und bewerten sollte. Das Zeichnen eines verbindlichen Bildes einer ‚sauberen' deutschen Kultur zur Etablierung von Traditionen und Orientierungsmarken, die vorbildlich wirkten konnten, war so letzten Endes ein weiterer Schritt zur Neuformierung der MPA-Gesellschaft, die sich in Abkehr zum Nationalsozialismus konsensuell auf einen gemeinsamen Werte- und Normenkanon einigen sollte, bei dem das ‚Gute' (die neue demokratische Ordnung) kollektiv und einheitlich zustimmungsfähig und das ‚Schlechte' (die alte Ordnung des „Dritten Reiches") als „unzweideutig schlecht"[726] bewertet wurde.

726 Blumenthal, Wilhelm: Von der inneren Ordnung, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2 f., hier: S. 3, BAM-Archiv, Fach 15-1.

Hatten sich die leitenden Akteure vor allem aus dem Umfeld des Betriebsrates doch nachdrücklich darum bemüht, sowohl in Form von amtsöffentlich gehaltenen Reden als auch in kodifizierter Form durch die Veröffentlichung entsprechender Artikel in der internen Mitarbeiterzeitschrift Sollforderungen zum Zwecke der Neuformierung der MPA-Gesellschaft zu formulieren, so weist ein Beitrag Blumenthals vom April 1946 darauf hin, dass deren Umsetzung nicht in jedem Fall ohne Weiteres funktionierte beziehungsweise an Grenzen stieß. Die letzte in diesem Kapitel betrachtete Quelle zeigt, dass durchaus auch Normkonflikte stattfanden, also nicht einheitliche Normen ausgegeben wurden, sondern in gewisser Hinsicht eine Pluralität existierte. Im Kern handelte es sich um den Normkonflikt zwischen der Sollforderung nach Meinungsfreiheit als einem wesentlichen Bestandteil der neuen demokratischen Ordnung, der sich die Amtsangehörigen anpassen und hierfür gleichermaßen Verantwortung übernehmen sollten, und der Sollforderung nach Besinnung auf das priorisierte Ziel des Wiederaufbaus des MPA, wofür ein gutes Betriebsklima als eine notwendige Voraussetzung erachtet wurde. Bereits in der ersten Ausgabe des „Mitteilungsblattes" hatte Blumenthal seine Kollegen dazu aufgefordert, man wolle „unser Blatt auch sauber halten", da „[k]leinliches Gezänk" nicht der „grossen Linie" diene, die man im Sinn habe. Wenige Monate später führte eine Auseinandersetzung zwischen zwei Mitarbeitern zu einer „Richtigstellung",[727] mit welcher der Betriebsratsvorsitzende nicht nur die Schlichtung des Konfliktes dokumentierte, sondern darüber hinaus die zuvor vielfach formulierten Sollforderungen gegeneinander abwog, hierarchisierte und in einem letzten Schritt durch das Abdrucken in dem neu etablierten internen Kommunikationsmedium kodifizierte, wodurch im selben Zuge eine konkretere Sollforderung festgelegt wurde. Anlass zu der „Richtigstellung" gab ein in der letzten Betriebsversammlung des MPA von Blumenthal verlesenes Schreiben des Technischen Gehilfen Franz Lesch,[728] der zudem die Funktion eines gewählten Ersatzmitgliedes des Betriebsrates übernahm.[729] In dem Schreiben habe sich Lesch „gegen den Ausdruck ‚politische Quasselbude'" verwahrt,

727 Blumenthal, Wilhelm: Richtigstellung, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (1946), S. 5 f., BAM-Archiv, Fach 15-1.

728 Vgl. zu Franz Lesch ausführlicher Kapitel 3.1.

729 Blumenthal, Wilhelm: Richtigstellung, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (1946), S. 5 f., hier: S. 6, BAM-Archiv, Fach 15-1.

der in einer Sitzung des Betriebsrates geäußert worden sei, und „im Zusammenhang damit seine gewerkschaftlichen Ämter zur Verfügung gestellt sowie seinen Austritt aus dem Betriebsrat“[730] erklärt.[731] Da der Verfasser selbst bei besagter Betriebsversammlung nicht anwesend war, fand im Nachgang der Protesterklärung offenbar eine Aussprache „über Form und Inhalt des Schreibens“[732] zwischen Lesch und Blumenthal statt, deren Ergebnis Letzterer sodann in der Mitarbeiterzeitschrift veröffentlichte, da „die Frage nach der politischen Diskussion alle“[733] angehe. Die in drei von sechs der darauffolgenden Punkte gegliederten Ausführungen des Betriebsratsvorsitzenden können nicht nur als „Richtigstellung“ der ‚Causa‘ Lesch betrachtet werden, sondern ebenfalls als eine „Richtigstellung“ in Bezug auf die zu befolgenden und vor allem zu priorisierenden Sollforderungen innerhalb des in der MPA-Gesellschaft geltenden Normsystems. Abermals deutlich wird dabei auch, dass der Betriebsrat bei der Aufstellung und Formulierung dieses Systems eine kaum zu überschätzende Rolle spielte, was angesichts seines Selbstverständnisses als „Innenministerium“[734] des MPA kaum verwundern mag. Erstens sei sich der gesamte Betriebsrat, zusammen mit Blumenthal und dem Kollegen Lesch, nun nach der Aussprache darüber einig, „dass

730 Ebd., S. 5.

731 Zur Verächtlichmachung und Abwertung des Weimarer Parlamentarismus durch Ausdrücke wie „Quasselbude“, gegen den der Vorwurf erhoben wurde, im Plenum würde „lächerliches Gezänk“ veranstaltet, Mergel, Parlamentarische Kultur, 2002, S. 401; Sontheimer, Antidemokratisches Denken, 1957, zum Begriff „Quasselbude“ oder auch „Nörgelbude“ S. 52; weiter Classen, Schmutzige Politik?, 2006, S. 105; Kraus, Parlamentarismuskritik, 2022, S. 145–158.

732 Blumenthal, Wilhelm: Richtigstellung, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (1946), S. 5 f., hier: S. 5, BAM-Archiv, Fach 15-1.

733 Ebd., S. 6.

734 So die Ausführungen Blumenthals in seiner Ansprache in der Betriebsversammlung vom 4. Januar 1947: „Ich brachte vorher den Vergleich des Außenministers. Den Betriebsrat möchte ich hier in gewissem Sinne als das Innenministerium des Amtes bezeichnen, da regulierend durch ihn die ganzen Verordnungen so oder so zur Anwendung kommen“, wobei er analog zu dem Regierungsvergleich betonte, es sei für den Präsidenten und den Betriebsrat „eben eine Selbstverständlichkeit, daß nur eine Zusammenarbeit alle Probleme meistern kann“, Blumenthal, Wilhelm: Ansprache des Betriebsratsvorsitzenden Herrn W. Blumenthal (gekürzt) (gehalten in der Betriebsversammlung am 4. Januar 1947), in: Mitteilungsblatt des MPA 8 (Februar 1947), S. 8–11, hier: S. 9, BAM-Archiv, Fach 15-1.

das Amt nicht als politischer Tummelplatz zu betrachten“[735] sei. Hieran schloss sich eine klare Forderung an, die auch als eine Reaktion auf die während der Zeit des Nationalsozialismus gemachten Erfahrungen verstanden werden kann: „Die Parteipolitik soll uns nicht zerreißen“.[736] Demgemäß solle sie „nicht im Amt plakatiert oder sonstwie propagiert“ werden, ebenfalls sei aus diesem Grunde „die politische Unterhaltung in der Zentrale unterbunden worden.“ In seinem zweiten Punkt ging er auf den Ausdruck „politische Quasselbude“ ein, dessen Verwendung den Konflikt erst ausgelöst hatte, wobei er betonte, es sei unwichtig, wer den Begriff in der Betriebsratssitzung geprägt habe, da er dem Inhalt nach zutreffe: „Es handelt sich dabei nicht etwa um eine Herabsetzung der politischen Parteien oder der politischen Aussprache, sondern nur um die Feststellung, dass hier an einem Ort, der auch allen Besuchern des Amtes zugänglich ist, Parteipolitik betrieben wird.“ Dass Blumenthal hierbei auf externe Besucher verwies, deutet darauf hin, dass bei der Aufstellung der Sollforderungen auch der Aspekt einer ‚sauberen‘ Außendarstellung ins Gewicht fiel. Da bei politischen Gesprächen, so ein weiteres Argument Blumenthals zugunsten der zumindest inhaltlichen Richtigkeit des Ausdruckes, die Gegenpartei meist nicht dabei sei und sich daher nicht verantworten könne, bestehe die Gefahr, dass durch „Zuträger Berichte in entstellter Form weitergegeben“ würden. Ein solcher Fall könnte in der Konsequenz bedeuten, dass man dadurch „das gegenseitige Vertrauen und die so bitter notwendige Zusammenarbeit völlig zerstören [Hervorheb. i. O., E.K.]“ würde. Das wäre, „gelinde gesagt, politische Quasselei, und da sich diese Methode in letzter Zeit herausgebildet hatte“, sei „an der Bezeichnung ‚politische Quasselbude‘ eigentlich nicht viel auszusetzen.“ In seinem dritten Punkt machte Blumenthal zwar noch einmal deutlich, dass selbstverständlich „kein politisches Schweigeverbot“ herrsche und zog dabei abermals die jüngste Vergangenheit als Vergleichsfolie an: „Wir sind nicht bei den Nazis“, zeigte jedoch anschließend die Grenzen dessen auf und betonte noch einmal, der Betriebsrat müsse es „aber ablehnen, solche Diskussionen öffentlich zu gestatten, besonders in der Zentrale, wo ein stetes Kommen und Gehen von Besuchern“ sei.

735 Blumenthal, Wilhelm: Richtigstellung, in: Mitteilungsblatt des MPA 4 (1946), S. 5 f., BAM-Archiv, Fach 15-1.

736 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 6.

Schließlich habe man den Arbeitsplatz „nicht erhalten, um Politik zu betreiben, sondern um zu arbeiten."

Dass auch diese Sollforderung im Amt letztlich offenbar nicht zufriedenstellend umgesetzt wurde, bezeugt ein knapp sechs Monate später von den Angehörigen des Betriebsrates Paul Jonas und Franz Schlosser unterzeichneter Beitrag in der Mitarbeiterzeitschrift zur „Wahlpropaganda", nachdem im Oktober 1946 ein nicht weiter benanntes Mitglied der SPD „Werbung [...] innerhalb des Amtsgeländes" veranstaltet hatte und infolge dessen darum gebeten wurde, dies „zur Erhaltung unseres Amtsfriedens"[737] zu unterlassen. Der Fall der „politische[n] Quasselbude" zeigt, dass es im Zuge der Neuformierung der MPA-Nachkriegs- und -Wiederaufbaugesellschaft durch die Formulierung von Sollforderungen durchaus auch zu Normkonflikten kam, die es verbindlich zu lösen galt. Als Schiedsinstanz dafür trat abermals vornehmlich der Vorsitzende des Betriebsrates – der „Innenminister" des MPA – auf, der die Gewichtung der Normen zu hierarchisieren suchte. Demnach war eine freie Meinungsäußerung zwar erwünscht und wurde mit Blick auf eine demokratische Neugestaltung auch eingefordert, allerdings nur so weit, wie es eine andere Sollforderung nicht tangierte, die von den maßgebenden Akteuren höher hierarchisiert wurde: Der Erhalt des Arbeits- und Amtsfriedens durch das Zurückstellen von „[k]leinliche[m] Gezänk", das die „grosse Linie" des Wiederaufbaus zu gefährden drohte und das so im Zweifel auch Politisches subsumierte.[738]

Mit dem „Mitteilungsblatt des MPA" hatte der Betriebsrat, von der Amtsleitung unterstützt, ein neues Medium der Kommunikation für die amtsinterne Öffentlichkeit geschaffen, das keineswegs nur der Behandlung alltäglicher organisatorischer, arbeitstechnischer oder wissenschaftlicher Belange diente, sondern das überdies einen Raum für die Kodifizierung von Sollforderungen etablierte. Betrachtet man die einschlägigen in der Mitarbeiterzeitschrift veröffentlichten Artikel, so wird deutlich, dass die hier kodifizierten Normen solche umfassten, die sich auf die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten für die demokratische Ordnung bezogen, wie das Engagement in Gewerkschaften oder die freie Meinungsäußerung. Dass Letztere allerdings an bestimmte

737 Jonas, Paul/Schlosser, Franz: Wahlpropaganda, in: Mitteilungsblatt des MPA 7 (Oktober 1946), S. 10, BAM-Archiv, Fach 15-1.

738 Der Betriebsrat: Liebe Kollegen, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1.

Regeln gebunden war und im Falle eines Normenkonflikts erforderlichenfalls begrenzt wurde, ist deutlich geworden. Des Weiteren ging es in den während des ersten Nachkriegsjahres erschienenen Beiträgen darum, ein verbindliches Bild einer ‚sauberen' deutschen Kultur zu zeichnen und durch das Aufzeigen der ‚eigentlich' demokratischen, freiheitlichen und humanistischen „geistigen Ahnen" und „Vorbild[er]" nicht zuletzt die eigenen Sollforderungen weltanschaulich und in der deutschen Tradition begründet, die dezidiert *nicht* nationalsozialistisch sei, zu verankern. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Abgleich mit dem Nationalsozialismus sowie dessen Delegitimierung ein zentraler Bestandteil sämtlicher Beiträge war und, wie dies bereits bei den Reden von Blumenthal und Pfender der Fall gewesen war, die formulierten Sollforderungen für das neu zu etablierende Normsystem der MPA-Gesellschaft *ex negativo* bekräftigen sollten. Eine der wesentlichen Sollforderungen, die vom Anspruch her als eine Art vom Betriebsrat durchgeführte amtsinterne „Re-Education"-Maßnahme beschrieben werden kann, bezog sich auf die Übernahme individueller Selbstverantwortung, konnte doch erst eine innere Anpassung an die veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen auch zu einer Veränderung der Umwelt führen und versprach, künftig eine stabilere Ordnung zu garantieren. Der Weg sollte von der Internalisierung der nun geltenden Normen zu einem öffentlichen Gewissen führen, das Normbrüche sanktionierte und dadurch Vertrauen und Ordnung stiftete. Dieser Forderung waren auch die *ersten* Sätze des *ersten* Beitrages Blumenthals, der zu dieser Zeit ein unantastbarer Garant für ‚das Richtige' war, in der *ersten* Ausgabe der Mitarbeiterzeitschrift gewidmet und hatten so schon von Beginn an den Ton für alles Weitere gesetzt:

„Gut denken, das sei dein erstes Gebot,
denn es erspart dir manche Not.

Gut reden, das mache dir stets zur Pflicht,
denn schlecht ist, wer hässliche Worte spricht.

Gut handeln, wie auch die Würfel fallen; bestehst
du vor dir, besteht du vor allen."[739]

739 Blumenthal, Wilhelm: Von der inneren Ordnung, in: Mitteilungsblatt des MPA 1 (Januar 1946), S. 2 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 15-1.

4 Vom Be- und Entlasten – Amtsinterne Normen versus Sollforderungen der gesetzlichen Entnazifizierung seit März 1946

Die Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten hatten zwar bereits unmittelbar nach Kriegsende begonnen,[740] in dieser Phase jedoch hatten das Amt und seine entsprechenden Gremien, namentlich die Amtsleitung, der Betriebsrat und der Vertrauensausschuss, noch bis zu einem gewissen Grad die Handhabe darüber, nach welchen Kriterien Personen weiterbeschäftigt, wiedereingestellt oder entlassen werden sollten sowie darüber, welche Sanktionen als ‚belastet' eingestufte Mitarbeiter zu gewärtigen hatten und was überhaupt als Belastung galt. Die Bedingungen für diese Art der Auseinandersetzung mit dem ‚tausendjährigen' Reich änderten sich im Frühjahr 1946. Am 13. März trug Max Pfender in seinem Notizbuch eine Bemerkung ein, die eine gewisse Ironie, satirische Überspitzung oder genugtuende Verhöhnung anklingen ließ, indem sie das antisemitische Verschwörungsdenken der Nationalsozialisten aufs Korn nahm. Dieser Hohn schien auch in einigen seiner späteren, privaten Kommentare über das „Dritte Reich" durch: „Alle P.G. auf Grund der neuen Bestimmungen entlassen. Fiek, Bussmann, Jung, Deutsch, Becker usw. Rache Judas."[741]

740 Zu den Entnazifizierungsplanungen der USA siehe Niethammer, Mitläuferfabrik, 1982, S. 32–68; Kritik an dem für die Beschreibung des Scheiterns der Entnazifizierung vielfach verwendeten Ausdruck einer „Mitläuferfabrik", der sich durch Niethammer einbürgerte, äußerte bereits früh Henke, Grenzen der politischen Säuberung, 1986, S. 127, der ein solches Urteil „nur noch für teilweise zutreffend" gehalten hatte. Zur sowjetischen Besatzungszone siehe Meinicke, Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone, 1991.

741 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 13.3.1946, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

Der Eintrag bezog sich offenbar auf das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“,[742] das in der amerikanischen Besatzungszone am 5. März 1946 in Kraft getreten war und die gesamten politischen Säuberungsbemühungen auf eine neue, nun formalisierte und vereinheitlichte Grundlage stellte, indem es fünf Belastungskategorien einführte: „Hauptschuldige“ (Gruppe I), „Belastete“ (Gruppe II), „Minderbelastete“ (Gruppe III), „Mitläufer“ (Gruppe IV) und „Entlastete“ (Gruppe V).[743] Nachdem die Befreier in den Monaten zuvor eher unsystematisch mithilfe längerer Fragebögen die Vergangenheit einzelner Individuen zu erforschen versucht hatten,[744] führten die Verantwortlichen

742 Vor dem „Befreiungsgesetz“ waren in Berlin noch zwei weitere Anordnungen vom 26. Februar 1946 von Bedeutung, namentlich die Anordnung BK/O (46) 102: *Errichtung der Entnazifizierungs-Kommissionen in Berlin* und die Anordnung BK/O (46) 101a: *Entlassung ehemaliger Nationalsozialisten*. Von Letzterer waren ebenfalls einige der Mitarbeiter des MPA betroffen. Zur den insgesamt vier Phasen der Entnazifizierung in Berlin siehe den kurzen Überblick bei Botor, Berliner Sühneverfahren, 2006, S. 89, sowie die in dem Werk enthaltene Zeittafel über die seit Ende des Krieges für Berlin relevanten Ereignisse, erlassenen Gesetze und Anordnungen für die Jahre 1945 und 1946 auf S. 19 f. Siehe hierzu auch Wetzel, Office of Military Government for Berlin Sector, 1994, bes. S. 717. Grundlegend zur Herkunft und Verwendung des Begriffs „Militarismus“ Conze/Stumpf/Geyer, Art. „Militarismus“, 1978, zur Nachkriegszeit bes. S. 46 f.

743 Henke, Trennung vom Nationalsozialismus, 1991, S. 38; Schick, Internierungslager, 1990, S. 311; Vollnhals, Entnazifizierung: Politische Säuberung und Rehabilitierung, 1991, S. 17 f., sowie zu den angedachten Sühnemaßnahmen für die einzelnen Gruppen S. 19; Meyer, Entnazifizierung, 2015, S. 20. Eine Einteilung der Entnazifizierung in zwei Phasen – vor und nach dem „Befreiungsgesetz“ – nimmt ebenfalls vor Ettle, Entnazifizierung in Eichstätt, 1985, S. 22; vgl. zur Genese des Gesetzes ausführlicher Niethammer, Entnazifizierung in Bayern, 1972, S. 260–332; zu „Schuld“ als „Leitbegriff des Entnazifizierungsverfahrens“ und der Bedeutung des „Befreiungsgesetzes“ für diesen Zusammenhang siehe Kämper, die darauf verweist, dass das Gesetz der hierfür wichtigste Text ist, „in dem am differenziertesten die Schuld der mehr oder weniger für den Nationalsozialismus engagierten PGs definiert wird“, Kämper, Entnazifizierung, 1998, S. 318, zur Schuld als „Leitbegriff“ S. 309. Siehe allg. zu „Schuld“ als „eines der großen Reizworte der deutschen Nachkriegsgeschichte“ Friedmann/Später, Britische und deutsche Kollektivschuld-Debatte, 2002, S. 53.

744 Zu Genese und Einsatz der alliierten Fragebögen bis zum März 1946 Dack, Every-day Denazification, 2023, S. 21–144; zu dem “131er”-Fragebogen, der auf Grundlage der USFET-Direktive (*Direktive der United States Forces/*

nun einen sogenannten „Meldebogen" ein, der deutlich kürzer war und auf dessen Grundlage eruiert werden sollte, wer ein Spruchkammerverfahren durchlaufen musste.[745] Mit der Einführung der Spruchkammerverfahren, die ungefähr wie Laiengerichte funktionierten, ging die Durchführung der Entnazifizierungsverfahren an deutsche Stellen über.[746] Die Amerikaner beschränkten sich seit März 1946 darauf, das gesamte politische Säuberungsverfahren ‚von oben' zu beaufsichtigen. Im Ergebnis erwiesen sich die Spruchkammern zwar als „Mitläuferfabriken", aber das war den Zeitgenossen im März 1946 keineswegs klar.[747] Für sie stellten die Maßnahmen zunächst einmal eine Herausforderung dar, der es zugunsten einer uneingeschränkt möglichen Nachkriegskarriere klug zu begegnen galt. Die Entnazifizierung der Angehörigen des MPA vollzog sich während des gesamten Zeitraumes, in dem unterschiedliche Fragebögen eingesetzt und Verfahren geführt wurden.

Vor diesem Hintergrund geht es im Folgenden vor allem darum, den Ansätzen der jüngeren Entnazifizierungsforschung zu folgen und die vorherrschenden Argumentations- und Erzählmuster herauszuarbeiten, derer sich die Mitarbeiter bedienten, um einen möglichst günstigen

---

European Theater) vom 7. Juli 1945 als eine weitere Praxis eingeführt wurde, siehe Vollnhals, Entnazifizierung: Politische Säuberung und Rehabilitierung, 1991, S. 10 f.; Benz, Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, 1995, S. 50; Königseder, Ende der NSDAP, 2009, S. 153; Jarausch, Umkehr, 2004, S. 68; siehe weiterführend auch Borgstedt, Fragebogen, 2006.

745 Zu Funktion und Einsatz des Meldebogens in der amerikanischen Besatzungszone Rojek, Entnazifizierung und Erzählung, 2023, S. 177–262. Jeder deutsche Staatsangehörige in den Ländern der US-Zone über 18 Jahre musste einen solchen Meldebogen ausfüllen, Königseder, Entnazifizierung, 1999, S. 115; Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik, 1971, S. 145.

746 Rupieper, Amerikanische Besatzungspolitik, 1999, S. 40; ders., Peacemaking with Germany, 2005, S. 50; Reichel, Vergangenheitsbewältigung, 2001, S. 32; Rigoll, Staatsschutz in Westdeutschland, 2013, S. 38. Eine Zahlenbilanz zu den seit Ende des Krieges eingeleiteten Strafverfahren gibt Eichmüller, Strafverfolgung von NS-Verbrechen, 2008, bes. S. 626, Tabelle 1: „Zahl der neu eingeleiteten Strafverfahren wegen NS-Verbrechen, der Anklagen, der rechtskräftigen Verurteilungen, Freisprüche und Einstellungen mit Urteil nach Jahr" (1945 bis 2005).

747 Niethammer, Mitläuferfabrik, 1982 [Wiederveröffentlichung unter neuem Titel von ders., Entnazifizierung in Bayern, 1972]. Vgl. allg. zu den Ergebnissen der Entnazifizierung die Bilanz und Zahlenangaben bei Schlemmer, Ein gelungener Fehlschlag?, 2011.

Ausgang ihres jeweiligen Entnazifizierungsverfahrens zu erreichen.[748] Da in den im Falle von Parteimitgliedschaften oder Mitgliedschaften in anderen NS-Organisationen angestrengten Spruchkammerverfahren Leumundszeugen benannt werden konnten, die in dem jeweiligen Verfahren aussagen oder in Form eines sogenannten „Persilscheines"[749] Zeugnis über die Vergangenheit des Betroffenen ablegen sollten, waren diese Verfahren jedoch keine allein individuelle Angelegenheit.[750] Die Entnazifizierungserzählungen, welche die Mitarbeiter des Amtes anfertigten, waren vielmehr kollektive Narrative. Denn neben der Leitung des Amtes, die vor allem aus Gründen der Aufrechterhaltung der Einsatzfähigkeit durch die Abdeckung sämtlicher Fachgebiete des MPA ein genuines Eigeninteresse an der Weiter- oder Wiederbeschäftigung auch ‚belasteter' Mitarbeiter hatte, traten insbesondere ehemalige oder gegenwärtige Kollegen sowie nicht zuletzt der Betriebsrat und abermals vorrangig dessen Vorsitzender Blumenthal als Zeugen auf. Nicht zuletzt konnten die an dem Entnazifizierungsprozess partizipierenden Akteure positive – *ent*lastende – oder negative – *be*lastende – Aussagen vornehmen und damit steuernd auf den Ausgang der jeweiligen Verfahren

748 Der apologetische Duktus dieser Argumentations- und Erzählmuster ist nicht zuletzt auf die Regelung zurückzuführen, nach der „die Widerlegung der in der Klageschrift ausgesprochenen Schuldvermutung bei den Betroffenen lag", was als Umkehrung der Beweislast verstanden wurde, vgl. Ullrich, „Ich fühl' mich nicht als Mörder", 2011, S. 70; dazu auch Borstedt, Die kompromittierte Gesellschaft, 2009, S. 93; Rauh-Kühne, Entnazifizierung, 1995, S. 48.

749 Zur vielfach problematischen Übernahme des zeitgenössischen Begriffs „Persilschein" ohne distanzierende Anführungszeichen in der historischen Forschung und der damit einhergehenden Gesamtdeutung der Entnazifizierung als „misslungener vergangenheitspolitischer Versuch" siehe Leßau, Entnazifizierungsgeschichten, 2020, S. 137. Siehe als Beispiel für eine derartige Deutung Grabitz, Verfolgung von NS-Verbrechen, 1998, S. 151, der konstatiert: „Der Handel mit ‚Persilscheinen' blühte. Jeder stellte jedem die Bescheinigung aus". Dass das Ausstellen von Leumundszeugnissen keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellte, sondern an gewisse Kriterien der zwischenmenschlichen Beziehung zwischen dem potenziellen Aussteller und Empfänger geknüpft war, wird hier ebenfalls deutlich. Zu Aufbau und Inhalt der „Persilscheine", die meist einem ähnlichen Muster folgten, siehe Sachse, „Persilscheinkultur", 2002, S. 230 f.

750 So konstatiert auch die Sprachwissenschaftlerin Heidrun Kämper, Entnazifizierung, 1998, S. 305: „Entnazifizierung bedeutet Kommunikation", die der Selbsterhaltung diene.

einwirken.[751] Von besonderem Interesse ist also, das Augenmerk nicht nur darauf zu richten, mit welchen Argumenten und Erzählmustern sich die Betroffenen zu rechtfertigen versuchten, sondern auch darauf, wie sie von ihrem sozialen Umfeld beschrieben wurden und wen die Angehörigen des Amtes zu unterstützen bereit waren oder eben nicht. Dabei kollidierte die Norm innerbetrieblicher Solidarität grundsätzlich mit der Norm zur Säuberung des Amtes von ehemals aktiven Nationalsozialisten und Parteimitgliedern. Man könnte auch sagen, dass die Partikular- und Gruppennormen, die innerhalb des Amtes galten, mit den ‚von außen' formulierten Sollforderungen nun in Konflikt gerieten.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die jüngere Entnazifizierungsforschung inzwischen Abstand von quantitativen Auswertungen beziehungsweise der „Nazi-Zählerei"[752] genommen und den Fokus viel stärker auf die Erzählungen der Menschen selbst gelegt hat.[753]

751 Auch die Historikerin Isabel Schmidt, Entnazifizierung und Vergangenheitspolitik, 2017, S. 291, 293, konnte für das Beispiel der TH Darmstadt aufzeigen, dass es durchaus gelingen konnte, die Entnazifizierung „in Ablauf und Ergebnis wesentlich zu steuern", wodurch ein „selbstgestalteter personeller und materieller Übergang vom ‚Dritten Reich' in die Nachkriegszeit" gelang.

752 Wenngleich, um an Bösch/Wirsching, Erfahrene Männer, 2018, S. 166, anzuschließen, die Auswertung von NSDAP-Mitgliedschaften auch in dieser Arbeit nicht pauschal als „Nazi-Zählerei" abqualifiziert werden soll, da selbst der Parteibeitritt, „besonders in den 1930ern Jahren, eine bewusste Entscheidung und Positionierung" darstellte, verspricht eine qualitative Auswertung der Selbst- und Fremderzählungsmuster für die hier im Fokus stehenden Fragenkomplexe einen höheren Erkenntnisgewinn.

753 2020 noch wies Fulbrook, Reframing the Past, 2020, S. 294, darauf hin, dass die Art und Weise, wie Personen, die sich an den Verbrechen mitschuldig gemacht hatten, ihre Lebensgeschichten nach 1945 neu konzipierten, bislang noch wenig erforscht ist. Seitdem hat sich dahingehend einiges getan. So untersucht etwa Leßau, Entnazifizierungsgeschichten, 2020, S. 25, die „argumentativen und narrativen Strukturen dieser Rechtfertigungstexte" und kommt zu dem Ergebnis, dass „der Wert der Vergangenheitsdeutungen der Entnazifizierung" gerade darin lag, „keinen ‚Identitätswechsel' notwendig zu machen, sondern Anschluss an vergangene Erfahrungen und den frühen Lebenslauf herzustellen", ebd. S. 457; auch Rojek, Entnazifizierung und Erzählung, 2023, S. 9, legt den Fokus in seiner Studie über die Entnazifizierung im deutschen Südwesten auf die „Geschichte von politischen Narrativen" während dieser Phase und unterscheidet dabei grundsätzlich zwei Erzählvarianten, von denen die Autoren eine für die Darstellung ihrer Vergangenheit in den Meldebögen wählten: Entweder eine Kontinuitäts- oder eine Konversionsbiografie, ebd., S. 24;

Im Anschluss an diese qualitative Auswertung ist für den Fall der hier betrachteten Institutionen zu klären, inwiefern die Rechtfertigungsstrategien der Mitarbeiter überhaupt spezifisch für das MPA und die ehemalige Chemisch-Technische Reichsanstalt als Ressortforschungseinrichtungen und ihre Tätigkeitsfelder waren, oder ob hier dieselben Muster dominierten, welche die Forschung für Entnazifizierungserzählungen überhaupt herausgearbeitet hat. Da der Umgang des Amtes mit dem Nationalsozialismus und kompromittierten Mitarbeitern im Zentrum der Studie steht, geht es hier nicht um die Gesamtpersönlichkeit der Überprüften, sondern um ihre Rolle und ihr Verhalten innerhalb des MPA und damit vorrangig um den beruflichen Kontext. Dies korrespondiert zugleich mit den *ent-* oder *be*lastenden Beurteilungen durch nach wie vor beschäftigte oder ehemalige Kollegen: Demnach war es durchaus möglich, dass jemand außerhalb des Amtes als ‚Nazi' auftrat und deshalb nun im Falle eines zu seinen Ungunsten ausfallenden Spruchkammerverfahrens „Sühnemaßnahmen" zu befürchten hatte, amtsintern aber als „nicht belasteter" Kollege galt, über den entweder nichts Nachteiliges bekannt war oder gegen den aus verschiedensten Gründen nicht nachteilig ausgesagt wurde.

Das Amt wird damit einmal mehr als eine Partikulargesellschaft mit eigenen Normen sichtbar: Nur wer gegen diese Normen verstieß, hatte bei der Kollegenschaft auch Probleme wegen seiner Vergangenheit. Dies konnte sich etwa darin niederschlagen, dass ein entlastendes Zeugnis verwehrt wurde oder gar belastende Aussagen gegen den Betroffenen getätigt wurden. Der Untersuchung der Partikulargesellschaft des MPA im Umgang mit der NS-Vergangenheit einzelner Mitglieder entsprechend werden daher auch vornehmlich solche Aussagen betrachtet, die aus dem Kreis der Angehörigen des Amtes selbst stammen. Im Vordergrund steht nicht nur die Frage, ob und inwieweit die dabei vorgebrachten Selbst- und Fremdapologetiken und -erzählungen denjenigen der gesamtdeutschen Bevölkerung entsprachen, also ob ressortforschungs- oder institutionenbezogene Spezifika festzustellen sind. Wie sich zeigen wird, wird darüber hinaus der Befund bestätigt, dass die schon im Herbst 1945 durch den Vertrauensausschuss festgelegten

Dack, Tailoring Truth, 2021; Falter, Vorwort, 2022; Falter, „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen", 2022; Khachatryan/Falter, „Der Partei trat ich aus Idealismus bei", 2022.

Kriterien für eine Beurteilung des jeweils Betroffenen als „nicht belastetes“ oder „belastetes“ ehemaliges Parteimitglied mit denjenigen Aussagen korrespondierten, die vor dem Hintergrund des „Befreiungsgesetzes“ und den sich daraus ergebenden Entnazifizierungsmaßnahmen, insbesondere den Spruchkammerverfahren, getroffen wurden. Damit zeigt sich, dass die Abstimmungen des Vertrauensausschusses, deren Ergebnisse sich in dem Memorandum vom September 1945 niedergeschlagen hatten, als eine Art interne Proto-Entnazifizierung zu verstehen sind, auf deren Grundlage die entscheidenden Akteure und mithin wichtigsten „Persilschein“-Produzenten nun versuchten, ihre Belastungs- oder Nichtbelastungs-Kriterien auf die externen Entnazifizierungsvorgänge zu übertragen und dadurch steuernd auf diese einzuwirken. Hier lässt sich also eine gewisse Pfadabhängigkeit erkennen.

Insgesamt fokussiert die Untersuchung mehrere ehemalige und weiter- oder wiederbeschäftigte Mitarbeiter des MPA und der CTR, die von den Entnazifizierungsbestimmungen betroffen waren und deren Fälle instruktiv erscheinen. Besondere Aufmerksamkeit erfährt dabei die Betrachtung von entlastenden Zeugenaussagen derjenigen Personen, die eine Amtskontinuität von der Zeit vor und während des Nationalsozialismus zur Nachkriegszeit und der Bundesrepublik aufweisen. Zur Aufklärung der benannten Fragenkomplexe werden die jeweiligen Entnazifizierungsverfahren nicht alle einzeln betrachtet, sondern in ihren Kernstrukturen von Selbst- und Fremdaussagen systematisch erfasst und exemplarisch anhand von besonders aussagekräftigen Fällen aufgezeigt. Zum Zwecke dieser systematischen Auswertung wird eine Kategorisierung in drei Gruppen vorgenommen: Die *erste* Personengruppe umfasst solche, bei deren Entnazifizierung Angehörige des Amtes durch entsprechende Zeugenaussagen oder „Persilscheine“ einen positiven Ausgang des Verfahrens ihres ehemaligen, gegenwärtigen oder für die Wiederbeschäftigung vorgesehenen Kollegen zu erreichen suchten. Die *zweite* Gruppe bilden Personen, bei deren Entnazifizierungsverfahren sowohl *Be-* als auch *Ent*lastendes zur Sprache kam, wie dies in besonderem Maße etwa bei dem Präsidenten des MPA, Erich Siebel, der Fall war. Zuletzt werden in der *dritten* Gruppe knapp diejenigen betrachtet, denen eine Unterstützung durch Mitarbeiter nicht einfach nur verwehrt wurde, sondern *gegen* die belastende Aussagen vorgetragen wurden, um damit noch einmal genauer rekonstruieren zu können, welche Personen

der MPA-Gesellschaft aufgrund welchen betriebsinternen Verhaltens als unzweifelhaft ‚belastet' galten.

Für die Betrachtung der ersten Gruppe – diejenigen, denen durch das Amt entlastende Unterstützung zukam – stehen hier exemplarisch drei Personen im Vordergrund, die jeweils verschiedene Merkmale und Ausprägungen ihrer Karriere aufweisen, die für die Ressortforschung zugleich symptomatisch sind: Es handelt sich um Günther Becker als ein Beispiel für einen besonders langen, amtsinternen Karriereweg über die politischen Systemwechsel hinweg, um Paul Kluckow, dessen Tätigkeit im MPA während des „Dritten Reichs" unmittelbar mit der NS-Vernichtungspolitik verbunden war und der aufgrund der engen Verbindungen, die speziell das MPA mit der Industrie pflegte, trotz seines Ausscheidens aus dem Amt nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit diesem verbunden blieb, und zuletzt Karl Heinz Bußmann, dessen spätere Karriere ihn in das Bundeswirtschaftsministerium führte und damit ein Beispiel für den Übertritt eines Ressortforschers von einer nachgeordneten in eine vorgeordnete Behörde darstellt.

Günther Becker (1912–1980) trat nach dem Studium der Zoologie, Botanik, Mathematik und Physik, das er 1936 mit einer Dissertation abschloss, im August 1937 als Wissenschaftlicher Angestellter im Fachbereich „Werkstoffbiologie" der Abteilung „Faserstoffe" in das Staatliche Materialprüfungsamt ein. Seit Oktober 1941 stieg Becker, der 1940 wegen Uk-Stellung aus dem Militärdienst entlassen worden war, zum Wissenschaftlichen Angestellten und Stellvertretenden Leiter der Abteilung „Werkstoff-Biologie" beim Vierjahresplaninstitut für Werkstoffprüfung im StMPA auf.[754] Noch während des Krieges habilitierte er sich an der Universität Rostock und avancierte dort wenige Monate später zum Dozenten für das Fachgebiet „Angewandte Zoologie".[755] Nach einem erneuten Dienst bei der Wehrmacht von Oktober 1944 bis April 1945 und der anschließenden amerikanischen und britischen Kriegsgefangenschaft, aus der er im Oktober 1945 entlassen wurde,[756]

754 REM, Hochschullehrerkartei, BArch, R 4901/13258, Bl. 383.

755 Lebenslauf- und Tätigkeitsangaben, BArch, PERS 101/86856. Vgl. zur Tätigkeit Beckers während des Zweiten Weltkrieges ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

756 Günther Becker an die Verwaltung des MPA zur Weitergabe an den Senator des Inneren, Betr. Überleitung in das Beamtenverhältnis, 22.12.1952, BArch, PERS 101/86856.

stellte ihn das MPA im November wieder als Wissenschaftlichen Angestellten in der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen“ ein.[757] Zunächst blieb Becker nach seinem Wiedereintritt offenbar noch weitestgehend unberührt von den sich verschärfenden Entnazifizierungsmaßnahmen, doch schließlich gehörte auch er zu denjenigen, die im Frühjahr 1946, mit den Worten Pfenders gesprochen, die „Rache Judas“ traf.[758] Von diesem Zeitpunkt an begann sein sich über mehrere Jahre erstreckendes Entnazifizierungsverfahren, dessen Grundlage die Belastung Beckers durch seine einstige Mitgliedschaft in der NSDAP seit dem 1. Mai 1937 und in der SA (Juni 1933 bis 1935 und 1937 bis 1940) bildete.[759]

Wie rechtfertigte Becker diese Mitgliedschaften? Als Begründung für den Eintritt in die Partei nannte er in der Hauptverhandlung seines Verfahrens im Jahre 1948 ein Motiv, das insgesamt zu den in Entnazifizierungsverfahren am häufigsten genannten Gründen zählte: der wirtschaftliche Aspekt.[760] Nach seinem Examen habe er während seiner anschließenden Stellungslosigkeit feststellen müssen, „dass es ohne Parteizugehörigkeit nicht möglich“ gewesen sei, „eine staatliche Anstellung zu erhalten.“[761] Aus dieser ökonomischen Notlage heraus und unter dem hierbei konstatierten Zwang der damaligen politischen

757 Günther Becker, Lebenslauf, 5.1.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

758 Laut des Schreibens der Abteilung für Volksbildung fiel Becker „nach den neuesten Anordnungen der Alliierten Kommandantur vom 26.2. – Gesetz Nr. 101 a – unter die Ausführungsbestimmungen des Teiles I der mehr als nur nominellen Mitglieder“, Abteilung für Volksbildung, Personalleitung, an das Hauptpersonalamt, Betr. Meldung aufgrund der Alliierten Anordnung Nr. 101a Bestimmung Nr. 3, 18.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

759 Military Government of Germany, Fragebogen Günther Becker, 5.1.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

760 Falter, „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen“, 2022, S. 270 f. Dass gerade Studienabsolventen „ihre frühzeitige Zugehörigkeit zur NSDAP oder SA mit der auch unter Akademikern allgemein hohen Arbeitslosigkeit“ begründeten, betont Borgstedt, Entnazifizierung in Karlsruhe, 2001, S. 234; vgl. auch Grüttner, Talar und Hakenkreuz, 2024, S. 512.

761 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01, und im Folgenden.

Verhältnisse, eine Beamtenkarriere im Nationalsozialismus sei notwendig mit einem parteipolitischen Engagement verbunden gewesen, habe er sich, um „beruflich weiter fortzukommen", um eine NSDAP-Mitgliedschaft beworben. Einen Monat vor dieser Aussage hatte Becker sich mit einem Schreiben an den Entnazifizierungsausschuss gewandt und seinen Parteieintritt damit zu relativieren versucht, er habe sich „vorher in keiner Weise politisch betätigt, die NSDAP abgelehnt und diese im März 1933 (meiner ersten Wahl) nicht gewählt".[762] Kurzum, innerlich sei er nie Nazi gewesen, seine formalen Mitgliedschaften erweckten den falschen Eindruck und seien bloß äußerliche Zugeständnisse gewesen. Fiel die Begründung für seinen Eintritt in die NSDAP vergleichsweise kurz aus, so schien Becker seine Mitgliedschaft und sein Engagement in der SA offenbar erklärungsbedürftiger: Im Juni 1933 sei er als „20jähriger Student in Göttingen in einen Studentensturm der SA eingetreten, da die Ableistung eines Wehrsportdienstes in einer Formation von der Leitung der Studentenschaft [ihm] in dringender Form nahegelegt"[763] worden sei. Neben dem äußeren sozialen Druck, der ein gängiges Motiv der Selbstentlastungserzählungen von Betroffenen war,[764] ist die explizite Nennung des jungen Alters bei seinem Eintritt bemerkenswert. So sollte dies offenbar eine gewisse altersbedingte Naivität und eine sich daraus ergebende Möglichkeit zur Beeinflussung oder Einschüchterung ‚von außen' suggerieren. Dies ließ gleichzeitig die Interpretation zu, er hätte anders gehandelt, wäre er älter und mithin gestandener gewesen, und rückte den Eintritt in den SA-Studentensturm in den Erklärungskontext eines frühen biografischen Irrtums, gewissermaßen einer Jugendsünde.[765] Während seiner Zeit in der Studenten-SA von 1933 bis 1935, in der er „erst Sturmmann dann Rottenführer" gewesen sei, habe er, nachdem

762 Günther Becker an den Entnazifizierungsausschuß beim Magistrat von Groß-Berlin, 5.1.1948, S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

763 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

764 Falter, „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen", 2022, S. 270.

765 Zum Deutungsmuster und den Verwendungsweisen von „Irrtum", mit dem das eigene Handeln vonseiten der Täter verharmlost wird, siehe Kämper, die vor dem Hintergrund der Frage nach Schuld feststellt: „Der Ausdruck

er sich zum Examen angemeldet hatte, „keinen Dienst mehr gemacht“,[766] sich also – so das Entlastungsargument – nicht aktivistisch betätigt. Als er nun „in Berlin zur Ortsgruppe musste, um wegen Aufnahme in die Partei“, die er schon in Rostock beantragt hatte, „nachzufragen, verlangte man von [ihm], dass [er] wieder der SA beitrete“, da er bereits früher in diesem Verband gewesen sei. Becker gab bei seinen weiteren Ausführungen an, man habe ihn „vor die Wahl [gestellt], entweder den SA-Dienst mitzumachen, oder aber irgendeine Arbeit in der Partei anzunehmen“. Diese ‚Erpressung‘ habe wiederum sein Bestreben zum Eintritt in die NSDAP motiviert: Wollte er nicht seine „Anwartschaft auf die Partei verlieren“, so habe er sich anderweitig nationalsozialistisch engagieren müssen. Diese Abwägung von parteipolitischem Engagement entweder in der SA oder NSDAP, wobei unterstellt wurde, das eine sei weniger gravierend als das andere, nahm Becker im weiteren Verlauf der Verhandlung noch einmal vor und versuchte damit, seine SA-Vergangenheit zu seinen Gunsten zu relativieren; er habe die „SA-Uniform [...] vom Sommer 33 bis zum Austritt getragen“ und auch nur dann, wenn er Dienst habe tun müssen. Er sei überhaupt nur deshalb in die SA eingetreten, weil er „sonst von der Ortsgruppe zur Mitarbeit herangezogen worden wäre“. Die Ortsgruppenarbeit erschien hier als größeres Übel und mithin höher zu gewichtende Belastung, die ihn dadurch *vice versa* wiederum entlasten sollte. Der Verneinung der Teilnahme an „irgendeiner Aktion der SA“ ging die Antwort auf die Frage einer Schriftführerin der Hauptverhandlung voraus, mit der Becker die Tätigkeit am MPA und Rolle als Experte in den Vordergrund seiner Entlastungsstrategie rückte. Außer seinen berufsbezogenen Veröffentlichungen und Vorträgen habe er sich nicht auf einem anderen Gebiet betätigt, „sondern lediglich auf [s]einem Spezialarbeitsgebiet“, auf dem es „wenig Spezialisten“ gegeben habe. Er habe seine „ganze Freizeit darauf verwandt, um wissenschaftlich arbeiten zu können“ und „mit grosser Freude und Begeisterung [s]eine Wissenschaft ausgeübt“, sodass er – so die Implikation – zum

Irrtum bezeichnet kein Schuldmerkmal, sondern im Gegenteil einen Schuldausschließungsgrund und damit eine Kategorie, die dem kriminalisierenden Schuldbegriff widerspricht“, Kämper, Opfer – Täter – Nichttäter, 2007, S. 146.

766 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01, und im Folgenden S. 2–4.

einen keine Zeit für eine intensive politische Betätigung gehabt habe und ihm zum anderen gewissermaßen als leidenschaftlicher Wissenschaftler nichts daran gelegen gewesen sei. Zu dieser Einschätzung war auch schon MPA-Präsident Erich Siebel gekommen, der sich bereits wenige Monate nach Kriegsende besonders für die Weiterbeschäftigung seines Mitarbeiters eingesetzt hatte, indem er diesen als zurzeit „einzige[n] Zoologe[n] in ganz Deutschland" beurteilte, der sich dem bautechnisch besonders wichtigen Gebiet des Holzschutzes zugewandt habe und der „daher für die Entwicklung des Holzschutzes und damit für die deutsche Wirtschaft unersetzbar" sei. Er stellte knapp fest: „Parteipolitisch ist er niemals hervorgetreten."[767] Als Zeuge im späteren Entnazifizierungsverfahren spielte Siebel allerdings keine Rolle, obwohl man sieht, dass dieselben Argumente für eine Weiterbeschäftigung in unterschiedlichen Verfahren immer wieder Verwendung fanden. Auf die Nachfrage der Schriftführerin jedenfalls, wie der Befragte den Nachweis darüber erbringen wolle, dass er keinerlei Dienst gemacht habe, beteuerte Becker, er habe, nachdem er 1940 von der Wehrmacht zurückgekehrt sei und sodann einen Antrag auf Entlassung aus der SA gestellt habe, bis zur „schriftlichen Bestätigung seitens der SA-Führung [...] keinen Dienst mehr mitgemacht" und führte überdies als ‚Beweis' für sein ausgebliebenes Engagement an: „Ich habe auch an der Kristallnacht nicht teilgenommen."[768] Auch habe er zuvor von dieser Aktion nichts gewusst, und es sei „vielleicht so gewesen, dass nur ‚Zuverlässige' daran teilnehmen" durften, jedenfalls sei sein Sturm nicht eingesetzt worden. Becker bemühte sich also mehrfach darum, Distanz aufzubauen; er habe von der Reichspogromnacht nichts gewusst und auch nicht daran partizipiert, da – so legte er nahe – er als politisch unzuverlässig gegolten habe. Wenngleich Becker nichts davon beweisen konnte, so zeigen seine Aussagen doch, mit welchen Distanzierungsformeln die biografischen Erzählungen arbeiteten.

767 Anlage 1 eines Schreibens des Präsidenten des Materialprüfungsamtes an die Abteilung für Volksbildung beim Magistrat der Stadt Berlin, Betr. Weiterbeschäftigung des Dr. G. Becker vom 14.12.45, Beglaubigte Abschrift vom 2.1.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

768 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 3, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01, und im Folgenden.

Blickt man auf die Zeugenaussagen, so sieht man, dass sich hier, wie dies bei dem Gros der Amtsangehörigen der Fall war, der Betriebsrat hervortat. So bat auch Becker darum, über sein Verhalten und seine politische Einstellung die von ihm genannten Zeugen, darunter vornehmlich ehemalige und gegenwärtige Amtskollegen sowie explizit „den Betriebsrat des Materialprüfungsamtes anhören zu wollen."[769] Der Unterstützung des Betriebsrates konnte er sich gewiss sein, hatte dieser, vertreten durch Paul Jonas und Franz Schlosser sowie durch dessen Vorsitzenden Blumenthal, doch bereits im März 1946 eine Stellungnahme „zu der politischen Einstellung des Herrn Dr. Becker"[770] verfasst. In diesem Schreiben bescheinigten sie, der Betriebsrat habe sich in wiederholten Sitzungen mit der „politischen Haltung" des Betroffenen befasst und es sei nach der Einholung von Zeugenaussagen einstimmig festgestellt worden, „daß Dr. Becker nicht als aktiver Pg." zu bewerten sei. Darüber hinaus habe man feststellen können, dass er sich „charakterlich und menschlich jederzeit [...] als guter Mitarbeiter gezeigt" habe.[771] Der Hinweis darauf, jemand sei ein guter Mitarbeiter oder Kollege gewesen, zeigt, welche Verhaltensanforderungen mit diesem Urteil verbunden waren. Denn während der Hauptverhandlung äußerte der geladene Zeuge Blumenthal sich hierzu genauer. Er begann mit einer Eigenverortung, durch welche er seiner Aussage gleichzeitig ein höheres Gewicht zu verleihen suchte. Im Amt seien „10–12 Antifaschisten [gewesen], die über jeden Pg genau im Bilde" gewesen wären und Becker nach dessen Eintritt in das MPA „ganz genau" beobachtet hätten.[772] In diesem Zusammenhang

769 Günther Becker an den Entnazifizierungsausschuß beim Magistrat von Groß-Berlin, 5.1.1948, S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

770 Paul Jonas/Wilhelm Blumenthal/Franz Schlosser, Stellungnahme des Betriebsrates zu der politischen Haltung des Herrn Dr. Becker, Abschrift vom 26.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01, und im Folgenden.

771 Die Darstellung positiver Charaktereigenschaften des Zeugnisempfängers, die der Grundannahme folgte, ein guter Charakter bildete „aus sich heraus einen Beleg für eine distanzierte Stellung zum NS-Regime", gehört zu den häufigsten Argumentationsweisen in entlastenden Zeugenaussagen, Leßau, Entnazifizierungsgeschichten, 2020, bes. S. 190 f., Zitat: S. 191. Vgl. auch Grüttner, Talar und Hakenkreuz, 2024, S. 516.

772 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 3, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01, und im Folgenden.

erwähnte der Betriebsratsvorsitzende weiter, man habe „in unserem Kreis Verbindung zu Leuten innerhalb der Partei gehabt", namentlich zu einem Herrn Jeremias, der Spitzeldienst geleistet habe und dafür „später in Auschwitz vergast wurde." Die genannten Verbindungen des Betriebsrates zu besagtem Jeremias und dessen Schicksal können nicht weiter nachvollzogen werden. Mindestens jedoch, und dies soll hier im Vordergrund stehen, bildete diese Geschichte die Grundlage für das Hauptentlastungsargument: Blumenthal und der Kreis der Antifaschisten seien auf Basis genauer Beobachtungen und bester Informationslage dazu befähigt gewesen, die ‚richtigen' von den vermeintlichen Nationalsozialisten zu unterscheiden. Die Kriterien, die er für eine solche Unterscheidung an die jeweiligen Parteimitglieder anlegte, entsprachen *in nuce* denjenigen, die bereits der Vertrauensausschuss für die in dem Memorandum vom September 1945 niedergelegte Beurteilung von „nicht belasteten" und „belasteten Pg." definiert hatte: So habe es im Amt NSDAP-Mitglieder gegeben, „die wirklich gefährlich" gewesen seien, Becker allerdings habe nicht zu dem „aktiven Kreis der Nazis" gehört: Wenn er den angeblichen Antifaschisten im Amt begegnete, hätten diese sich weiter offenherzig unterhalten können. Als Kriterium für eine Einstufung als „rührige[r] Nazi" führte Blumenthal umgekehrt abermals das demonstrative Zeigen und Einfordern des Deutschen Grußes an, wie dies beispielsweise der Vorgesetzte Beckers in seiner Abteilung, Professor Dr. Bruno Schulze, getan habe, der „grössten Wert darauf legte, dass mit Heil Hitler gegrüsst wurde." Die Erwähnung derartiger „nationalsozialistischer Verhaltensvorschriften und Normen"[773] gehörte insgesamt zu den am häufigsten genannten Fremdaussagen zur Entlastung von Betroffenen, und auch Blumenthal sagte in diesem Sinne aus, Becker habe „in anderen Abteilungen niemals ostentativ mit Heil Hitler gegrüsst."[774] Den Wiedereintritt des Betroffenen in die SA begründete er mit dem äußeren Druck, der von dem damaligen Präsidenten und überzeugten Nationalsozialisten Erich Seidl, der das „ganze Amt umkrempeln" habe wollen, auf den „damals junge[n]

773 Falter, „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen", 2022, S. 295, 310.

774 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 3, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

Wissenschaftler" ausgeübt worden sei, und Becker so durch das Absprechen jedweder Freiwilligkeit bei dessen SA-Mitgliedschaft aus der Verantwortung nahm, was eine Bestrafung ausschließen müsste.[775] Zu der früheren Mitgliedschaft und Tätigkeit des Wissenschaftlichen Angestellten in der SA äußerte sich der Betriebsratsvorsitzende vor dem Spruchausschuss nicht.

Neben Blumenthal sagten drei Mitarbeiter des Amtes als Zeugen aus, die allesamt während und nach der Zeit des Nationalsozialismus mit Becker zusammengearbeitet hatten. Es handelte sich um Franz Lesch, der 1942 als Technischer Gehilfe für werkstoffbiologische Versuche in das StMPA eingetreten war und nach Kriegsende weiterbeschäftigt wurde,[776] um den Chemiker Dr. Georg Gasda, der 1938 als Technischer Angestellter in das Institut für Werkstoff-Biologie des Amtes eintrat, seit 1941 mit Becker im Vierjahresplaninstitut für Werkstoffforschung zusammengearbeitet hatte und Februar 1946 wieder mit ihm in derselben Abteilung beschäftigt war,[777] sowie um die Werkstoffbiologin Dr. Gerda Theden, die seit 1937 ebenfalls im Fachbereich „Werkstoff-Biologie"

775 Alle Zitate im Folgenden ebd. Der Verweis auf einige wenige Sündenböcke, durch die es gelang, die „eigene aktive Rolle im NS-Wissenschaftssystem umzudeuten oder zu verschleiern und was sich umso mehr anbot, sofern diese tot waren und sich nicht mehr äußern konnten", betont auch Neumann, Schneller, höher, kräftiger, 2010, S. 258. Dass sich dieser Mechanismus auch auf politische Belastungen übertragen ließ, zeigt auch am Beispiel des MPA der Fall des hier zur eigenen Entlastung des Betroffenen angeführten Abgrenzungs-Nazis Erich Seidl, der immer wieder zu diesem Zwecke herangezogen wurde, wie an anderer Stelle noch einmal aufgezeigt werden wird.

776 Vgl. zu Franz Lesch ausführlich Kapitel 3.1.

777 Georg Gasda (*1877), Studium der Chemie, 1905 Diss. phil., 1906 bis 1916 Landwirtschaftskammer, 1938 Technischer Angestellter im Institut für Werkstoff-Biologie des StMPA, 1941 Wissenschaftlicher Angestellter der Abteilung 6 „Werkstoff-Biologie" des Vierjahresplaninstituts für Werkstoffforschung, 1946 Übernahme in das MPA für chemisch-technische Arbeiten auf dem Holzstoffgebiet; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung des technischen Angestellten Dr. phil. Georg Gasda, 24.4.1940, BArch, R 4901/14111, Bl. 27; Bruno Schulze, [Liste der] z. Zt. im Fachbereich bzw. der gleichnamigen Abteilung Werkstoff-Biologie arbeitende Personen, 15.12.1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um

gewirkt hatte.[778] Auch sie fand unmittelbar nach Ende des Krieges „als Stammpersonal" in derselben Abteilung wie der Betroffene eine Weiterbeschäftigung.[779] Betrachtet man nun die Aussagen dieser von Becker benannten Zeugen, so finden sich darunter zunächst solche, die man als gängige Varianten der Entlastung begreifen kann. Theden verwies darauf, dass Becker sich negativ über die Ereignisse der „Kristallnacht" geäußert habe und trotz seiner SA-Mitgliedschaft

---

Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv.

778 Gerda Theden (1907–1994), 1927 Reifezeugnis an der Studienanstalt Auguste-Viktoria-Schule in Berlin-Charlottenburg, 1927 Studium der Naturwissenschaften, 1933 Staatsprüfung für das Lehramt, 1935 pädagogische Prüfung abgelegt, 1935 Hauslehrerin, 1936 Aushilfslehrerin im Schulunterricht, 1937 Eintritt in das StMPA, dort im Fachbereich „Werkstoff-Biologie" tätig, 1941 Dr. phil., 1941/42 Mitarbeiterin der Abteilung 6 „Werkstoff-Biologie" des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung beim StMPA, zugleich Angehörige des Fachbereiches „Holzschutz" in der Abteilung „Baukonstruktionen" der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", 1943 Mitglied der DAF, 1945 Übernahme in das MPA als Werkstoffbiologin für mykologische und chemische wissenschaftliche Untersuchungen, zudem Stellv. Leiterin der Unterabteilung „Baukonstruktionen", spätestens 1953 Leiterin des Laboratoriums „Chemisch-technische Holzuntersuchungen", daneben Lehrgangsleiterin für Baufachleute und Schädlingsbekämpfer, 1954 Übernahme in die BAM, dort Leiterin des Referats 2.41 Biologische Materialuntersuchung, 1962 vorzeitiges Ausscheiden aus der BAM aus gesundheitlichen Gründen; Lebenslauf, in: Theden, Gerda: Untersuchungen über die Feuchtigkeitsansprüche der wichtigsten in Gebäuden auftretenden holzzerstörenden Pilze, Diss. Univ. Berlin 1940 (in: Angewandte Botanik 23 (1941), S. 189–253; Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv; CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 17, BAM-Archiv; Erich Siebel, Das Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung, 25.8.1942, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung; Bruno Schulze, [Liste der] z. Zt. im Fachbereich bzw. der gleichnamigen Abteilung Werkstoff-Biologie arbeitende Personen, 15.12.1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Frau Dr. rer. nat. Gerda Theden zum 60. Lebensjahr, in: Materialprüfung 9 (1967), S. 249; Aufteilung des Amtes vom Mai 1946, BAM-Archiv, Fach 35-2; Organisationsplan der Bundesanstalt für Materialprüfung Berlin (BAM) für das Rechnungsjahr 1958, in: BAM-Archiv, Fach 32-1.

779 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

Teil der „Arbeitskameraden“ gewesen sei, welche dem NS-Staat kritisch gegenübergestanden hätten. Deshalb könne man ihn nicht als „überzeugten Nazianhänger“ bezeichnen.[780] Die Normen der Arbeitskameradschaft erschienen hier als wichtiger als die damals geltenden NS-Normen. Gasda wiederum bestätigte diese Aussagen dadurch, dass er Dr. Becker als einen Wissenschaftler beschrieb, der „rein von seinen wissenschaftlichen Interessen beeinflusst“[781] gewesen und nicht mit politischem Aktivismus aufgefallen sei, was auch in sämtlichen anderen Wissenschaftsbereichen eine geläufige Apologetik darstellte.[782]

780 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 4, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

781 Georg Gasda, Erklärung, 25.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

782 Zu dem im wissenschaftlichen Bereich insgesamt am häufigsten verwendeten Entlastungsargument, das zur erfolgreichen Anwendung zwei Grundannahmen voraussetzen muss, nämlich *erstens* die gegenseitige Abgrenzung der Sphären Wissenschaft und Politik, wobei unterstellt wurde, Wissenschaft „läßt sich überhaupt nur in der Sphäre interessen- und leidenschaftsloser Unbefangenheit betreiben“, und *zweitens* die Konstatierung einer generellen Wissenschaftsfeindlichkeit des Nationalsozialismus siehe Schüring, Minervas verstoßene Kinder, 2006, S. 269; zur Berufung auf die „Wertfreiheit der Naturwissenschaft“ als typisches Muster siehe auch Hentschel/Rammer, Kein Neuanfang, 2000, S. 739. Die Behauptung, man habe als Wissenschaftler oder Techniker entsprechend seiner beruflichen Interessen gehandelt, „die als unpolitisch gegolten hätten, und somit dieses Handeln im hochpolitischen ‚Dritten Reich‘ nicht systemkonform gewesen sei“, stellt ebenfalls Beyler, „Reine“ Wissenschaft und personelle „Säuberungen“, 2004, S. 26, für das Beispiel der KWG/MPG heraus; zur damit einhergegangenen engen Verbindung zwischen „reiner“ Forschung und dem apologetischen „Rettungsanker“ der Grundlagenforschung siehe Maier, Forschung als Waffe, 2007, bes. S. 652–957; ebenso für das Beispiel der KWG/MPG Sachse, Gereinigte Wissenschaft, 2010, bes. S. 52. Dass der Term „Grundlagenforschung“ nach Ende des Krieges auch auf institutioneller Ebene als Abgrenzungsinstrument zur eigenen Vergangenheit und als „(Wieder-) Gründungsmythos“ dienen konnte, zeigt dies., Grundlagenforschung, 2015, S. 251. Siehe zur Konstruktion der Dichotomie von „unpolitischer ‚guter Wissenschaft‘ und ‚böser Naziwissenschaft‘“ auch Schleiermacher, Die universitäre Medizin nach dem Zweiten Weltkrieg, 2007, S. 29. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und der Wissenschaft, aufgezeigt besonders am Beispiel der Genetik und Psychologie, siehe weiter Ash, Denazifying Scientists and Science, 1996. Auch für den Berufsstand des Technikers

Auch Lesch betrachtete ihn nicht als „richtigen Nazi",[783] da er unter anderem an der Flüsterwitzkommunikation im Amt partizipiert habe.[784]

Der Beschluss der Kommission fiel nach all diesen Erklärungen für Becker positiv aus und stellte fest, „dass er weder ausgesprochener Nazianhänger war noch dass er den Absichten der Alliierten feindlich gesinnt" sei; als „nur nominelles Parteimitglied" wurde seine Weiterbeschäftigung letztlich einstimmig befürwortet.[785] Die NS-Vergangenheit Beckers tat seiner weiteren Karriere keinen Abbruch. Er galt nun offiziell als rehabilitiert und zur Integration in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft befähigt. Knapp fünf Jahre nach seinem Verfahren wurde Becker zum Oberregierungsrat im MPA befördert[786] und zum Honorarprofessor für Holzschutz an der TU Berlin ernannt.[787] Während dieser Zeit war er überdies vorübergehend beurlaubt worden, um als erster deutscher Wissenschaftler im Auftrag der *Food and Agriculture Organization* (FAO) der *Vereinten Nationen* Forschungsarbeiten und Beratungstätigkeiten der Regierung in Guatemala auf dem Gebiet des Forst- und Holzschutzes durchzuführen.[788] Die Freude über diesen

konnte ein solches Erzählmuster im Sinne der vermeintlich „[i]deologiefreie[n] Technik" geltend gemacht werden, Plato, Helden des Fortschritts?, 1998, S. 163; zur dominierenden Vorstellung von der „Wertneutralität der Technik" unter Technikern selbst vgl. Kaiser, Ingenieure, 2006, S. 234. Dass das Narrativ der „objektiven Wissenschaft" nicht nur von Akteuren aus dem Bereich der Technik oder Naturwissenschaft genutzt wurde, zeigt Jandl am Beispiel der Germanistik, vgl. Jandl, Die universitäre Germanistik in Graz zwischen Neukonstituierung und Kontinuität, 2021, S. 161.

783 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 5, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

784 Hierzu allg. Gamm, Flüsterwitz im Dritten Reich, 1990.

785 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Gross-Berlin – Allgemeine Kommission –, Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. Februar 1948 in Sachen Dr. Günther Becker, 17.2.1948, S. 1–5, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3057, A 01.

786 Begründung vom 31.1.1968 zur Hebung einer Planstelle der Besoldungsgruppe B 2 für Günther Becker, in: BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L.

787 Albertz, i.V. Der Senator für Volksbildung, an ORR Becker, 11.8.1958, BArch, PERS 101/86856.

788 CTR vereinigt mit dem MPA Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederungen. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt, Berlin 1953, S. 16, BAM-Archiv.

Auftrag, die Becker in einer Abteilungsleitersitzung vom Juli 1950 zum Ausdruck brachte, war ihm vor dem Hintergrund der Vergangenheit umso größer, habe doch „eine willige NS-Propaganda" damals „ohne jedes Feingefühl und jeden Umgang mit dem Ausland viel verdorben".[789] Auch in der BAM stieg Becker weiter auf: Im Februar 1973 wurde er mit der „Unterstützung aller Abteilungsleiter" sowie der „einstimmigen Empfehlung des Kuratoriums" durch den Bundesminister für Wirtschaft zum Vizepräsidenten ernannt.[790] Die NS-Vergangenheit war also weder Karrierehindernis noch blockierte sie andere Ehrungen: Nach Becker wurden neu entdeckte Tierarten benannt.[791]

Das zweite Beispiel aus der Gruppe derjenigen, denen vonseiten des Amtes Unterstützung bei ihrem Entnazifizierungsverfahren zukam, ist Paul Kluckow. Sein Fall ist nicht allein deshalb von besonderem Interesse, weil der Kautschukexperte während der NS-Zeit in leitender Position im MPA nicht nur unmittelbar in die Rüstungsforschung involviert war. Vielmehr stellt seine berufliche Laufbahn nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Beispiel dafür dar, dass ein Ausscheiden aus dem Amt keineswegs mit einem Abbruch der entsprechenden Kontakte einhergehen musste. Ganz im Gegenteil konnte der Abschied vom MPA zu neuen Kooperationsverhältnissen in einem der gesellschaftlichen Teilbereiche führen, mit denen zumal ökonomisch ausgerichtete Ressortforschungseinrichtungen *sui generis* verbunden waren. Der Chemiker Dr.-Ing. Paul Kluckow trat im Januar 1939 als Leiter der Abteilung „Kautschuk und organische Hilfsstoffe" der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe" in das StMPA ein.[792] Während des Zweiten Weltkrieges war er federführend an der Auswertung der Ergebnisse beteiligt, die durch Menschenversuche auf der sogenannten „Schuhprüfstrecke" im KZ-Sachsenhausen

789 Niederschrift über die Abteilungsleiterbesprechung am 2. Juli 1950, BAM-Archiv, Fach 13-1.

790 Professor Dr. phil. habil. Günther Becker Vizepräsident der BAM, in: BAM-Information 3 (1973), S. 65–66, hier: S. 65, BAM-Archiv, Fach 3-1.

791 Max Pfender an Günther Becker, im Hause, Betr. 25jähriges Dienstjubiläum, 26.7.1962, BArch, PERS 101/86856.

792 Werdegang Kluckows bis zu seinem Eintritt in das StMPA: Ausbildung zum Drogisten, 1914 Kriegsteilnahme, 1919 Mitarbeiter der Continental AG und Studium an der Universität Göttingen und der TH Hannover, 1923 Dipl.-Ing., 1926 Dr.-Ing., 1927 Chefchemiker und später Prokurist der Gummi-Werke Elbe AG; REM, Personalbogen Paul Kluckow, undat. [1939/42]; BArch, R 4901/13268, Bl. 5115.

generiert wurden.[793] Nach Kriegsende wurde er als „Aktiver Pg. und SA“[794] entlassen. Kluckow, seit 1933 Mitglied der SA – darin als Sturmführer, Luftschutzwart und ab 1937 als Obertruppführer aktiv – sowie seit dem 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP,[795] bemühte verschiedene Apologetiken und Selbstentlastungserzählungen, um einen für ihn positiven Ausgang seines Entnazifizierungsverfahrens zu erwirken. Die Gesamterzählung Kluckows über seine politischen Tätigkeiten während des „Dritten Reiches“ begann damit, dass er nicht durch eigenes Zutun Mitglied der SA und NSDAP geworden sei, sondern seine Angehörigkeit zur Ortsgruppe der Technischen Nothilfe „Ende 1933 zur Übernahme in einen SA-Pioniersturm“ geführt habe und er wiederum von dort aus automatisch Parteimitglied geworden sei.[796] Seine damalige Tätigkeit als Chefchemiker einer Gummifabrik habe ihm allerdings keine Zeit für den SA-Dienst gelassen und auch an „grösseren Partei- oder SA-Aufmärschen“ sei er nie beteiligt gewesen,[797] wodurch er sich, wie er

793 Siehe zur Gebrauchswertforschung auf der „Schuhprüfstrecke“ S. 467–471 und zur Beteiligung Kluckows S. 540–545 bei Sudrow, Schuh im Nationalsozialismus, 2009; dies., Vom Leder zum Kunststoff, 2002, S. 229; vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

794 Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25; eine derartige politische Einordnung notierte auch Pfender: „4. nach Einnahme Berlins verschollen Dr. Kluckow PG, SA, pol. tätig“, Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom [August] 1945: „MPA-Schicksale“, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

795 Weiter war Kluckow Mitglied unter anderem des NS-Dozentenbundes, der DAF, der NSV, des NSBDT, des RLB, des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, des Reichskolonialbundes; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 1.7.1939, BArch, R 9361-I/1669.

796 Paul Kluckow, Anlage zum Antrag an den Prüfungsausschuss beim Stadtbezirk Berlin-Zehlendorf mit der Bitte um Wiedereinstellung in die alte Tätigkeit mit Bezug auf Gesetz Nr. 8, 18.2.1946, S. 1–3, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97. Siehe zum „Überführungsautomatismus“ als Entlastungsargument Falter, „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen“, 2022, bes. S. 277–279.

797 Paul Kluckow, Anlage zum Antrag an den Prüfungsausschuss beim Stadtbezirk Berlin-Zehlendorf mit der Bitte um Wiedereinstellung in die alte Tätigkeit mit Bezug auf Gesetz Nr. 8, 18.2.1946, S. 1–3, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97.

bereits zu Beginn seiner Begründung zum Antrag auf Wiedereinstellung in die alte Tätigkeit versichert hatte, von aktivistischen politischen Tätigkeiten distanzierte. Auch sein Posten als Ortsgruppenleiter[798] sei das Ergebnis des auf ihn ausgeübten Drucks ‚von außen' gewesen, also letztlich eine reine formale Anpassung, bei der er allerdings sämtliche Parteiaufträge „stets nachdrücklich"[799] abgelehnt habe. Seine „Ablehnung" sei schon deshalb so radikal gewesen, da ihm „eine solche Betätigung innerlich widerstrebte und auch" – an dieser Stelle brachte er sozusagen als ‚Beweis' für seine nicht dem Nationalsozialismus zugewandte innere Haltung seine Familie vor – „stets den stärksten Widerspruch meiner Frau fand, die weder der Partei noch Frauenschaft angehört" habe. Als Eltern hätten beide gemeinsam „auch kein Mittel gescheut", ihre Kinder „wann immer möglich von der Dienstpflicht im Jungvolk bzw. BdM abzuhalten", was Kluckow als eine Art des Protestes in Form einer Nichtbefolgung ‚richtiger' nationalsozialistischer Verhaltensweisen präsentierte.

Ein weiterer ‚Beweis' für seine innere Ablehnung des Nationalsozialismus sei, dass er bei familiären Krankheitsfällen niemals einen „Partei- oder SA-Arzt aufgesucht" habe, weshalb er sogar „vom damaligen Führer des Sturmes mehrfach zur Rede gestellt" worden sei. Hier brachte Kluckow eine „niedrigschwellige Widerstandshandlung"[800] als Entlastungsargument vor, für die er überdies in Konflikt mit den ‚richtigen' Nazis geraten sei. Doch es sei nicht bei kleineren Normkonflikten geblieben. Kluckow behauptete, er habe infolge einer Knieverletzung und anschließenden Operation sogar schriftlich seinen Austritt aus der SA angemeldet, sei jedoch von dem Ergebnis enttäuscht worden: „Eine Entlassung wurde mir verweigert, stattdessen wurde ich unerwartet zum Sturmführer ernannt."[801] Wie realistisch dieser fremdbestimmte

798 Vgl. zum Ortsgruppenleiter überblicksartig Wegehaupt, Funktionäre und Funktionseliten, 2009, S. 44–49.

799 Paul Kluckow, Anlage zum Antrag an den Prüfungsausschuss beim Stadtbezirk Berlin-Zehlendorf mit der Bitte um Wiedereinstellung in die alte Tätigkeit mit Bezug auf Gesetz Nr. 8, 18.2.1946, S. 1–3, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97, und im Folgenden S. 2 f.

800 Falter, „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen", 2022, S. 310.

801 Paul Kluckow, Anlage zum Antrag an den Prüfungsausschuss beim Stadtbezirk Berlin-Zehlendorf mit der Bitte um Wiedereinstellung in die alte Tätigkeit mit Bezug auf Gesetz Nr. 8, 18.2.1946, S. 1–3, hier: S. 2,

Aufstieg innerhalb der SA-Hierarchie war, sei einmal dahingestellt. Als eines seiner wichtigsten Selbstentlastungsargumente führte Kluckow jedenfalls seine Haltung gegenüber der rassenantisemitischen Politik des NS-Regimes sowie gegenüber „Juden" an. So habe er etwa die „Judenverfolgungen und Progrome [sic!] [...] schärfstens verurteilt und abgelehnt", was noch dadurch verstärkt worden sei, dass er seit Beginn seiner Berufsausbildung „mit jüdischen Wissenschaftlern und Vorgesetzten zu arbeiten hatte, daher deren Einstellung kannte und achtete" und mit denen er „heute noch beruflich und persönlich freundschaftlich" verkehre.[802] Dabei sei es jedoch nicht geblieben: „Vor und während des Krieges habe [er] einen Mischling I. Grades Frl. Hella Herrmann mehrfach in [s]einem Hause aufgenommen."[803] Diese offensichtliche Zuwiderhandlung gegenüber den Normen des Regimes sollte belegen, dass er (und seine Familie) sich an anderen Normen orientiert hätten, nämlich solchen, die auch für die Demokratie anschlussfähig waren.
Kluckow erhielt bei seinem Entnazifizierungsverfahren ebenfalls vielfache Unterstützung von seinen ehemaligen Kollegen. Dass gerade Präsident Siebel an dem „baldigen Abschluss"[804] des Rehabilitationsverfahrens seines ehemaligen Mitarbeiters interessiert war, gab er im Juni 1946 zu verstehen und machte im Zuge dessen erneut die wissenschaftliche Nachfrage geltend. Denn da erfahrungsgemäß „geeignete Fachingenieure dieses Gebietes für den Behördendienst nur äußerst schwierig zu gewinnen" seien, müsse das Amt auf die bewährte Arbeitskraft Kluckows zurückgreifen, „falls keine gleichwertigen Kräfte zur Verfügung stehen, welche politisch unbelastet" seien. So nimmt es nicht Wunder, dass der Präsident selbst als Zeuge aussagte, wobei seine Aussage für das Urteil letztlich nicht derart ins Gewicht zu fallen schien, wie die Ausführungen seiner ehemaligen Mitarbeiter, die Kluckow vielfach als Entlastungszeugen vorbringen konnte. So

Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97.

802 Vorverhandlungsprotokoll in der Berufungssache Dr. Paul Kluckow, 3.3.1947, S. 1–2, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 205, und im Folgenden.

803 Nicht zuletzt verwandte er bei dieser Formulierung die Sprache des Nationalsozialismus. Vgl. zu „jüdischen Mischlingen" allgemein Meyer, „Jüdische Mischlinge", 2006.

804 Erich Siebel über Paul Kluckow, 11.6.1946, Abschrift; BAM-Archiv, Zweites Kellergeschoss, Ordner: A-K bis Dezember 1953, und im Folgenden.

verfassten sechs von ihnen – allesamt ehemalige Mitarbeiter seiner Abteilung – eine gemeinsame Bestätigung, dass der Betroffene in keiner Weise politisch hervorgetreten sei oder sie durch irgendwelche politischen Reden zu beeinflussen versucht habe.[805] Bemerkenswert ist hierbei, dass der Teil, der sich auf das politische Verhalten Kluckows bezog, mit den Worten begann: „bestätigen wir gern". Der zweite Teil ihrer gemeinsamen Aussage hingegen stellte im Prinzip eine positive Beschreibung des dienstlichen Verhältnisses zu dem Betroffenen dar: „Auch bestätigen wir freiwillig, dass derselbe uns ein gerechter Vorgesetzter war und wir gern mit ihm zusammengearbeitet haben." Die jeweiligen Formulierungen „bestätigen wir gern" und „bestätigen wir freiwillig" legen die Möglichkeit nahe, dass Kluckow proaktiv auf seine ehemaligen Mitarbeiter zugegangen war und diese um die Ausstellung eines positiven Zeugnisses gebeten hatte.[806] Die bei der Verhandlung geladenen Zeugen zeichneten ein ähnliches Bild des Betroffenen, wobei viele der Aussagen Kluckow zwar durchaus entlasteten, da nichts *Be*lastendes vorgetragen wurde, sie insgesamt jedoch recht vage blieben.

805 H[ellmut] Goeroldt/Anna Richter/M[artha] Claassen/M[artha] Kunze/Helene Böttcher/Elfriede Granitza, Bestätigung, 23.7.1945, Abschrift, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97, und im Folgenden.

806 Ein besonders eindrückliches Beispiel für die Bitte um einen „Persilschein" ist ein Schreiben, das ein ehemaliger Mitarbeiter der CTR, Dr. Hans Ahrens, NSDAP-Mitglied und Oberscharführer bei der SA, an seinen ehemaligen Reichsanstaltskollegen Hermann Selle richtete. Darin bat er ihn „höflich [...], eine entsprechende Äusserung in Form einer Erklärung an Eides statt mit beglaubigter Unterschrift abzugeben" und erinnerte ihn „an die verschiedentlichen Gespräche", die sie „besonders über kirchliche Fragen" geführt hätten, sowie an seine im Luthertum begründete kirchliche Auffassung und „Ablehnung der religiös-weltanschaulichen Formulierungen der Partei, bes. eines Rosenberg", Hans Ahrens an Hermann Selle, 24.8.1947, BAM-Archiv, CTR-Archiv. Damit war die Richtung des Entlastungsargumentes vorgegeben. Wenige Wochen später folgte die Bescheinigung Selles, die inhaltlich das wiederholte, was sein ehemaliger Kollege von ihm erbeten hatte: „Mit Sicherheit erinnere ich mich aber auch an gelegentliche Äusserungen, in denen Dr. Ahrens, offenbar aus einer im Protestantismus begründeten Auffassung heraus, die Formulierungen des von Rosenberg religiös weltanschaulich ausgerichteten Flügels der N.S.D.A.P. deutlich abgelehnt" habe, Hermann Selle an Hans Ahrens, 2.9.1947, BAM-Archiv, CTR-Archiv.

So sagte Elfriede Granitza,[807] seit 1939 als Technische Angestellte in der Abteilung „Kautschuk", aus, sie könne zwar in politischer Hinsicht „nichts über ihn aussagen" und habe von einer aktiven Betätigung für die Ziele der NSDAP „nichts bemerkt", bestätigte aber dessen „ständige Hilfsbereitschaft anderen Mitarbeitern gegenüber".[808] Seine ehemalige Mitarbeiterin Elisabeth Schultz,[809] die 1940 als Chemotechnikerin und Technische Angestellte in die Abteilung Kluckows eingetreten war und vor dem Spruchausschuss als dessen ehemalige Mitarbeiterin und überdies Beauftragte des Betriebsrates geladen wurde, gab zu Protokoll, sie könne in politischer Hinsicht „nichts Wesentliches über ihn" aussagen.[810]

807 Elfriede Granitza (1909–2003), Studium der Philologie, Geographie, Leibesübungen und Mathematik (Letzteres später ersetzt durch Geschichte), Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen, ebenso Abiturientenexamen in den Fächern Chemie, Physik und Mathematik, 1938 Technische Angestellte in der Fachgruppe „Kautschuk" der Abteilung „Kautschuk und organische Hilfsstoffe" in der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe", 1945 Übernahme in das MPA für das Gebiet der Prüfung von Kautschuk-Erzeugnissen, 1949 Mitglied des Fachausschusses „Kautschuk" der Kammer der Technik, spätestens 1958 Leiterin des Referats „Fußbodenbeläge" der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe" der BAM, Vertreterin der BAM in sechs Ausschüssen des DNA und des DVM, Mitglied des Technischen Ausschusses des Industrieverbands Kunststoff-, Boden- und Wandbeläge, spätestens 1972 Leiterin des Referats „Kunststofferzeugnisse" in der III. Hauptabteilung; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung der techn. Angestellten Elfriede Granitza, 6.5.1943, BArch, R 4901/14108, Bl. 158; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung der techn. Angestellten Elfriede Granitza, 12.11.1943, BArch, R 4901/14108, Bl. 186; Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv; Rudolf Nitsche, Betr. Stellungnahme zu der Frage der Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen, 7.12.1949, BAM-Archiv, Fach 32-2; Organisationsplan der Bundesanstalt für Materialprüfung Berlin (BAM) für das Rechnungsjahr 1958, BAM-Archiv, Fach 32-1; Organisationsplan der Bundesanstalt für Materialprüfung Berlin (BAM), Stand 1.6.1972, BAM-Archiv, Fach 32-1; Louis Ernst Walter Granitza, in: Familienforschung in Westpreußen, URL: http://westpreussen.de/tngeinwohner/getperson.php?personID=I23952&tree=DB1 [zuletzt eingesehen am 4.9.2024].

808 Protokoll der Hauptverhandlung vom 13. Juni 1947 in der Berufungssache Dr. Paul Kluckow, 13.6.1947, S. 1–6, hier: S. 3, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 205.

809 Vgl. zu Elisabeth Schultz ausführlich Kapitel 5.3.

810 Alle Zitate im Folgenden, ebd., S. 4.

Allerdings war ihre Aussage nicht eindeutig entlastend: Sie erklärte weiter, sie habe den Appellanten wiederholt in SA-Uniform gesehen und wenngleich ihr keine weitere Propaganda für die Partei bekannt geworden sei, habe dieser anlässlich einer Büchsen-Sammlung zu ihr gesagt: „‚Sie alter Geizkragen!'", was Kluckow zu seiner Verteidigung als einen Scherz ausgab. Die Verschiebung der Aussage in das Feld des Unernsten diente offenbar dem Zweck, zu zeigen, dass er nicht als Sanktionssubjekt für Parteibelange aufgetreten sei, um dem Ausschuss deutlich zu machen, dass er sich gerade nicht normkonform im Sinne des Nationalsozialismus verhalten habe.

Blieben die bislang angeführten Fremdaussagen doch in der Tendenz vage und führten weder besonders *Be-* noch *Ent*lastendes an, so gaben wohl gerade die übrigen bei der Verhandlung vorgetragenen Zeugenaussagen den Ausschlag zur endgültigen Rehabilitierung des Betroffenen. Kluckow sei – so ein ehemaliger Mitarbeiter des MPA, Alfred Hanitzsch,[811] – für ihn eingetreten, als Hanitzsch „Mitte 1943 seitens der Gestapo wegen Hochverrat[s] bzw. Spionage und Sabotage und Verkehr mit Angehörigen von Feindländern" angezeigt und vernommen worden sei.[812] Dieser Einsatz Kluckows habe wesentlich dazu beigetragen, ihn vor Schlimmerem zu bewahren. Dasselbe galt für die Polin Veronika Kulesinska, die ebenfalls vor dem Spruchausschuss aussagte. Laut Kulesinska, bei der nicht ohne letzten Zweifel geklärt werden kann, in welcher Funktion sie selbst im Amt war, habe sich Kluckow den „russischen und polnischen Zwangsarbeitern [...] gegenüber immer menschlich verhalten" und ihrem Sohn sogar zu einer „Lehrstelle verholfen".[813] Hanitzsch, der

811 Alfred Hanitzsch (*1904), 1938 Technischer Gehilfe und Schlosser in der Abteilung „Metalle", 1945 Ausscheiden „wegen Personaleinschränkung"; Bescheinigung zur Vorlage beim Bezirksamt Zehlendorf, 24.2.1949, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: 4b; [Dienstausweis] von Alfred Hanitzsch, 5.9.1938, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: 4b.

812 Alfred Hanitzsch, Erklärung, 23.4.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97.

813 Protokoll der Hauptverhandlung vom 13. Juni 1947 in der Berufungssache Dr. Paul Kluckow, 13.6.1947, S. 1–6, hier: S. 3, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 205. Vergleichbares fand sich auch bei der Entnazifizierung von Bußmann: „Die bekräftigende Aussage des Herrn Müller und bestätigten mir gemeinsam, dass Herr B. Ausländer unterstützt hat. Im ganz besonderen Masse einen Russen mit Namen Serge Kosatschenko + mit Kleidern + den [...] und Lebensmitteln versorgt hat"; Prüfungsbericht in Sachen

mit Kulesinska verheiratet war,[814] sprach davon, der Betroffene habe sie, weil sie in die Angelegenheit mit dem Zeugen verwickelt gewesen sei, sogar vor dem Zwangslager bewahrt.[815] Einen weiteren Einsatz für eine Mitarbeiterin brachte Erich Kindscher, Leiter der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe" und Stellvertretender Präsident des Amtes, vor. Er bestätigte das Eintreten für eine Mitarbeiterin namens Anna-Maria Reinsch[816] – ebenfalls als Zeugin geladen –, die „im Amt als Gegnerin der Partei und der Regierung bekannt war"[817] und die durch Kluckow „vor einer Verhaftung, bzw. dem KZ."[818] bewahrt worden sei. Obschon die hier erwähnten Fremdaussagen um den Einsatz Kluckows für mehrere ehemalige Mitarbeiter, die sowohl von Dritten als auch den Betroffenen selbst getätigt wurden, nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden können, wäre zu überlegen, ob die Norm innerbetrieblicher Solidarität und Kollegialität nicht nur nach Ende des Krieges galt, als es vor allem darum ging, zu beurteilen, wer im Amt als „nicht belastetes" und „belastetes" ehemaliges Parteimitglied anzusehen sei, und mithin den Mitarbeitern als unterstützenswert erschien, sondern auch während der NS-Zeit.[819] Glaubt man nämlich den im Kluckow-Verfahren

---

Karl-Heinz Bussmann, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 9369, A 14. Zur Frage des Quellenwertes von Entnazifizierungsakten bei Aussagen über Zwangsarbeit siehe allgemein auch Pilger, Entnazifizierung, 2001.

814 In einem der Verhandlungsprotokolle wird von „Frau Hanitzsch-Kulesinska" gesprochen; Vorverhandlungsprotokoll in der Berufungssache gegen Dr. Paul Kluckow, 3.3.1947, S. 1–2, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 205.

815 Alfred Hanitzsch, Erklärung, 23.4.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97.

816 Anna-Maria Reinsch (*1909), Studium der Physik, Mathematik und Erdkunde, 1937 Technische Angestellte in der Fachgruppe „Kautschuk, Holz, Leder, Leim" der Abteilung „Organische Stoffe", Tätigkeit insbesondere Prüfung von Gummi und weichgummiartigen Werkstoffen sowie Herstellung von Gummi-Proben; Rudolf Nitsche, Aktenvermerk, 5.11.1938, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA].

817 Protokoll der Hauptverhandlung am 13. Juni 1947 in der Berufungssache Dr. Paul Kluckow, 13.6.1947, S. 1–6, hier: S. 4, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 205.

818 Ebd., S. 3.

819 Rammer, Nazifizierung und Entnazifizierung, 2004, S. 13, identifiziert die auch innerhalb der Belegschaft des MPA aufzufindenden „Bestimmungsstücke" des „kollegialen Verhaltenskodex, welcher derWissenschaftlergemeinschaft Stabilität verlieh", wie folgt: Die „Anerkennung der

produzierten Aussagen, so könnten diese ein Hinweis darauf sein, dass auch während des „Dritten Reiches" die Norm innerbetrieblicher Solidarität und Kollegialität in einigen Fällen eine größere Bindekraft entfaltete, als die Sollforderungen des NS-Regimes. Allerdings lässt sich nicht mehr rekonstruieren, in welchen Fällen und unter welchen Umständen dies genau galt. Klar ist aber, dass die innerbetrieblichen Solidaritätsnormen nach 1945 weiterwirkten.

Nachdem der erste Antrag des Kautschukexperten auf Entnazifizierung Ende des Jahres 1946 abgelehnt worden war,[820] wurde Kluckow im Zuge seiner Hauptverhandlung im Sommer 1947 schließlich erfolgreich entnazifiziert.[821] Es ist davon auszugehen, dass weder die Alliierten noch der Spruchausschuss davon Kenntnis hatten, dass jener an Versuchen mit KZ-Häftlingen beteiligt gewesen war. Denn in der Begründung für ihre Entscheidung legte die Kommission im Sinne der Zeugenaussagen dar: Der Appellant „war philosemitisch eingestellt und hat sich auch für politisch Verfolgte eingesetzt", deshalb sei er „für die neue Demokratie durchaus tragbar und nur als Mitläufer der NSDAP zu bewerten." Dieses Urteil wäre bei anderer Informationslage vermutlich nicht so zustande gekommen, wobei zu bemerken ist, dass die Beteiligung an NS-Verbrechen keineswegs bedeuten muss, dass die vorgebrachten Geschichten schlicht erfunden oder übertrieben waren. Im Gegenteil, es erscheint eher lebensnah, dass Kluckow in einigen Fällen – etwa aus Freundschaft oder persönlicher Bekanntschaft – gegen NS-Normen

---

wissenschaftlichen Leistung anderer", ein „gemeinsames Eintreten für berufsständische Interessen", das „Beschützen gefährdeter Kollegen sowie das Gewähren von Hilfe" und zuletzt das „Tabu der Denunziation von Kollegen"; zur „kollegialen Wertschätzung, die zu einer respektvollen Diskretion in politischen Angelegenheiten führt" siehe ders., Göttinger Physiker, 2003, S. 86. Zum „Geflecht kollegialer, sozialer und familiärer Verpflichtungen und Rücksichtnahmen" bei der Ausstellung von Leumundszeugnissen siehe weiter Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, 1995, S. 387.

820 Entnazifizierungskommission, Verwaltungsbezirk Zehlendorf, Anlage B: Berufungsregistrierungsformular Paul Kluckow, 3.12.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97

821 U.S.-Sector Board, Entnazifizierungskommission, Berufungsregistrierungsformular Paul Kluckow, 9.7.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 97, und im Folgenden.

verstieß, als er sich für Verfolgte oder Fremdarbeiter einsetzte, während er in anderen Fällen normkonform im Sinne der (Rüstungs-)Ziele des Regimes agierte, als er sich im Kontext der „Schuhprüfstrecke" betätigte.

Nach dem erfolgreichen Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens kehrte Kluckow allerdings nicht mehr an seine alte Arbeitsstätte zurück. Sein weiterer beruflicher Werdegang macht jedoch transparent, dass er durch die personellen und wissenschaftlichen Netzwerke der Ressortforschung auch weiterhin mit dem Amt verbunden blieb, ja eine solche Zusammenarbeit vielmehr noch gesucht und gepflegt wurde und sich damit lediglich in einen anderen Bereich verschob, nämlich die Industrie, mit der gerade das MPA als eine besonders in diesem Bereich wirkende Ressortforschungseinrichtung ohnehin eng kooperierte. Einen frühen Hinweis auf diese Zusammenarbeit gibt ein Schreiben, das Pfender bereits als Präsident des Amtes im Herbst 1949 an Kluckow verfasste. Vor dem Hintergrund des Todes des Leiters der Hauptabteilung „Organische Stoffe", Erich Kindscher, wandte er sich an den ehemaligen Amtsmitarbeiter und berichtete ihm von Plänen Kindschers zum Ausbau der Abteilung „Kautschuk" unter Einbeziehung moderner Werkstoffe wie etwa Silikone, die nach Pfender mit den Fragen der „Pflege enger Zusammenarbeit mit der deutschen Kautschukindustrie" und der „Heranziehung jungen Nachwuchses", der Kluckows vormalige Amtsarbeit „weiterzuführen vermag", zusammenhingen.[822] Schließlich bat er ihn, „diese Frage einmal mit den maßgebenden Vertretern der Kautschuk-Industrie zu besprechen" und hierüber Bescheid zu geben. Kluckow, der als freiberuflicher Chemiker tätig war, wirkte also als Ratgeber und Experte weiter in das Amt hinein beziehungsweise stellte ein Bindeglied zwischen Industrie und Amt dar.[823] Mehr als 20 Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem MPA veröffentlichte Kluckow 1970 ein Buch mit dem Titel „Chemie und Technologie der Elastomere", das die Verbindung der

822 Max Pfender an Paul Kluckow, 1.10.1049, BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: A-K bis Dezember 1953, und im Folgenden.

823 Nach Kriegsende nahm Kluckow „seine Arbeiten über Kautschuk, seine Prüfung und Verarbeitung wieder auf", publizierte „zahlreiche Veröffentlichungen über Prüfmethoden, helle Verstärkerfüllstoffe und viele andere Themen in verschiedenen Fachzeitschriften" und war als „Autor von Beiträgen für mehrere Standardwerke" tätig, wie ihn die Deutsche Kautschuk-Gesellschaft, zu deren „ersten Mitgliedern" er gehörte, würdigte, P. Kluckow 90 Jahre, in: Kautschuk + Gummi. Kunststoffe 32 (1979), S. 562; Personalien, in: Chemische Industrie 6 (1954), S. 609.

Akteure noch einmal vor Augen führt.[824] Co-Autor des Werkes war der Diplom-Ingenieur Franz Zeplichal, von 1956 bis zu seiner Pensionierung 1969 Leiter des Kautschuk-Laboratoriums der BAM.[825]

Der dritte hier zu beleuchtende Fall des Karl Heinz Bußmann behandelt eine Person, die exemplarisch für die Aufstiegsmöglichkeiten von einer Ressortforschungseinrichtung – einer nachgeordneten Behörde – in die Sphäre der politischen Verwaltung – einer vorgeordneten Behörde – steht. Das Beispiel Bußmanns, dessen Laufbahn und parteipolitische Belastung bereits beschrieben wurde, zeigt, dass es möglich war, wissenschaftliche Meriten und Expertise in politisches Kapital zu transferieren. Betrachtet man nämlich die Aussagen und Apologetiken, die Bußmann während seines Entnazifizierungsverfahrens zu seiner Entlastung vorbrachte, fällt auf, dass er sich wesentlich ausführlicher äußerte als viele andere: Er konstruierte *in extenso* eine in sich geschlossene und in ihrer Argumentation stringente Erzählung über seine NS-Vergangenheit. Die Geschichte, die er erzählte, lässt sich als eine Konversionsbiografie klassifizieren, also eine Erzählung, die einräumte, dass der Nationalsozialismus zu Beginn mindestens partiell als attraktives Politikangebot wahrgenommen worden war. Im Laufe der Zeit habe sich jedoch herausgestellt, dass die ursprünglichen Hoffnungen sich nicht erfüllten, und es zu einer Konversion oder Abkehr vom NS gekommen sei.[826]

Es lohnt sich, diese Erzählung etwas genauer zu analysieren, da sich hier zentrale Muster der retrospektiven Inszenierung des „Dritten Reiches" aufzeigen lassen. Die biografische Erzählung Bußmanns begann mit einer ersten Konversion: vom unpolitischen Menschen, der

824 Kluckow, Paul/Zeplichal, Franz: Chemie und Technologie der Elastomere, Stuttgart 1970.

825 Franz Zeplichal (1904–1985), 1931 Dipl.-Ing. an der TH Prag, 1939 Rückkehr nach Deutschland, anschließende Tätigkeit auf dem Kautschuk-Gebiet sowie Aufbau einer eigenen Schaumkunststoff- und Schaumgummifabrik zur Fertigung von Formkörpern nach von ihm entwickelten Verfahren, 1956 Eintritt in die BAM als Leiter des Laboratoriums „Kautschuk" in der III. Hauptabteilung für Organische Stoffe, 1969 Ruhestand; Unbetitelte Liste, [20.6.1966], BAM-Archiv, Fach 14-1, Ordner: BAM Allgemeines 1964–1966; Wir gedenken. Im Ruhestand verstarb Herr Dipl.-Ing. Franz Zeplichal, in: BAM-Information 7 (1985), S. 113, BAM-Archiv, Fach 3-2.

826 Rojek, Entnazifizierung und Erzählung, 2023, S. 23–26, S. 225–233.

sich „mit praktischer Politik nie befaßt“[827] habe, hin zum Nationalsozialisten. Dabei suchte Bußmann Anschluss an die Erzählung des kollektiven Elends infolge der Weltwirtschaftskrise. Obwohl er den Nationalsozialisten skeptisch gegenübergestanden habe, ja „rein gefühlsmäßig eine Reihe von Vorwürfen gegen die seinerzeit auch in [s]einem damaligen Wohnort Wiesbaden propagandistisch sehr stark hervortretenden Nationalsozialisten erhoben“[828] und zunächst nicht geglaubt habe, diese könnten eine adäquate Lösung für die ökonomischen Probleme finden, sei er letztlich doch in die Partei eingetreten. Typischerweise machte hierfür aber keinen Akteur verantwortlich, sondern anonyme Kräfte: „man“ machte „mir eines Tages den Vorwurf, ich wolle, wie leider überhaupt die ‚Intelligenz‘ immer nur kritisieren, aber selbst nichts tun“ und dies, obwohl „die Grundideen des Nationalsozialismus [...] christlich und sozial (‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ und ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘)“ seien.[829] Nun sei Engagement gefragt. Bußmann behauptete zwar, weiterhin skeptisch geblieben zu sein, doch die vorgebrachten Argumente überzeugten ihn erstmal: Auch er dürfe jetzt nicht abseitsstehen und müsse versuchen, das Nötige zu tun, um am Aufbau mitzuwirken: „So wurde ich denn schließlich, in der Meinung, von mir aus einen Beitrag zur Besserung der Verhältnisse liefern zu können trotz meiner inneren Vorbehalte, am 1. Mai 1933 Mitglied der Partei.“[830]

Die zweite Konversion oder Abkehr vom Nationalsozialismus verortete Bußmann erstaunlich früh. Denn schon „etwa 14 Tage nach [s]einer Anmeldung“ bei der Partei habe er zwangsweise an einer Versammlung teilnehmen müssen und sei von der dort herrschenden „rohe[n] Gewalt“

827 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33.

828 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Groß-Berlin, Allgemeine Kommission, Protokoll der Hauptverhandlung vom 20. März 1947, 27.3.1947, S. 1–6, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 2920, A 07.

829 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33. Zu den „sprachlichen Formen der passivischen oder anonymisierten Darstellung von Kooperationsverhältnissen“, die auch im wissenschaftlichen Bereich weit verbreitet waren, siehe Schüring, Minervas verstoßene Kinder, 2006, S. 288.

830 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33, und im Folgenden S. 1–3.

so erschüttert gewesen, dass er seinen „sofortigen Wiederaustritt erwog". Hierzu kam es allerdings nicht. Interessanterweise gab Bußmann zu Protokoll, dass er nicht aus Opportunismus in die Partei eingetreten sei und sich von seinem Eintritt keine „berufliche[n] Vorteile" versprochen habe. Vielmehr machte er politische Naivität und den „Mangel an politischer Betätigung" vor seinem Eintritt geltend, denn er habe weder „Mein Kampf" gelesen, noch das Parteiprogramm richtig angesehen oder vor 1933 je einer Versammlung beigewohnt. Hätte er dies getan – so attestierte Bußmann seinem früheren Ich –, wäre er niemals der Partei beigetreten. „Wieder auszutreten wagte ich nach einigen Kostproben nazistischen Terrors" nicht und auch habe er vor dem Hintergrund seiner „geringen Aussichten auf Erhalt einer Arbeit" befürchten müssen, infolge eines Austritts „auf die schwarze Liste" zu kommen. So sei er, „wenn auch mit starkem inneren Widerwillen", da er einen Austritt für „glatten wirtschaftlichen Selbstmord hielt", in der NSDAP geblieben. Dabei habe er sich allerdings fest vorgenommen, was er in seiner Erzählung als einen ‚Beweis' für seine ‚eigentlich' innere Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus darstellte, sich von jeder Parteitätigkeit fernzuhalten. Auch dies sei ihm letzten Endes nicht gelungen: Nach mehrmaliger Aufforderung, wobei unklar blieb, durch wen dieser Außendruck ausgeübt worden sei, habe er sich nicht mehr entziehen können und in der NSV einen Block übernehmen müssen.[831] Seine innere Abkehr vom Nationalsozialismus habe im Laufe der Zeit einen neuen Höhepunkt erreicht: „Mit dem Losbrechen der Judenverfolgung und der Hetze gegen die Religion war ich innerlich in eine immer stärker anwachsende Opposition gegen die Partei gekommen."[832] Damit schuf er in seiner Erzählung nicht nur eine Distanz zu den rassenantisemitisch motivierten NS-Verbrechen, sondern griff zudem das Motiv eines guten Christen auf, der allein aus religiösen Gründen nicht mit der NS-Ideologie habe einverstanden sein können.[833]

831 Vgl. zum Blockleiter oder Blockwart überblicksartig Wegehaupt, Funktionäre und Funktionseliten, 2009, S. 41–43; Schmiechen-Ackermann, „Blockwart", 2000. Weiter auch Wenzel, NSDAP, 2009.

832 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 3, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33.

833 Dieses Motiv findet sich häufig: Vgl. etwa Rojek, Entnazifizierung und Erzählung, 2023, S. 205–210.

Seine „scharfe Ablehnung des Nazismus“ habe ihn im Sommer 1943 sogar in eine kritische Situation gebracht, nachdem er in einem Gasthaus öffentlich den „Führer“ für die „ungünstige Entwicklung in Rußland“ verantwortlich gemacht und sich darüber wie folgt geäußert habe: „‚Ein Genie hätte das vorausgesehen, ein Dilettant kann das natürlich nicht!‘“[834] Bußmann merkte zwar an, dass sich aus dieser angeblich so getätigten Kritik keinerlei Konsequenzen für ihn ergeben hätten, aber deswegen hatte er die Anekdote offenbar auch nicht erzählt. Denn diese sollte vielmehr als ein ‚Beweis‘ dafür dienen, dass seine innere Ablehnung so stark gewesen sei, dass er sie in eine offen verbalisierte Kritik transformiert und dafür sogar beinahe sein Leben riskiert habe, nachdem sich herausgestellt habe, dass die Dame, der er dies angeblich zurief, die Frau eines SA-Führers gewesen sei: „Ein Wort von [ihr] hätte bei soviel Zeugen genügt, um mich ins KZ wandern zu lassen.“ Es handelte sich bei dieser Episode um die Schilderung von Resistenz im Konjunktiv, denn erst die kontrafaktische Überlegung, was alles hätte geschehen können, rückte Bußmanns angebliche Äußerungen in die Nähe einer unter Gefahr für Leib und Leben gewagten Widerstandshandlung.[835]

Resümiert man die konversionsbiografische Erzählung Bußmanns, so kann man diese wie folgt beschreiben: Sein Parteieintritt sei in „völliger Unüberlegtheit“[836] erfolgt und sei „sozusagen ein Akt unpolitischer Reife“[837] gewesen, worauf bereits recht bald die erste Abkehr von den Nationalsozialisten erfolgt sei, die sich als „Radaubrüder und Rowdies“[838] offenbart hätten.

834 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 4, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33, und im Folgenden.

835 Kritik oder Konflikte als „Themen der Entnazifizierungsgeschichten“, bei denen mitunter auch „private Äußerungen als mutig oder hochgefährlich dargestellt“ wurden oder das Vertreten kritischer Positionen in größeren Kreisen betont wurde, identifiziert auch Leßau, Entnazifizierungsgeschichten, 2020, S. 235 f.

836 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 5, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33. Zur politischen Unreife als einem Selbstentlastungsmotiv siehe Kämper, Opfer – Täter – Nichttäter, 2007, S. 220–222.

837 Karl Heinz Bußmann, Eidesstattliche Erklärung des Herrn Karl Heinz Bussmann bei der Vorverhandlung am 29. Januar 1947 auf die Fragen der Kommission, Abschrift, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 9369, A 14.

Seine ursprünglich gute Absicht,[839] von innen heraus zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse beizutragen, habe sich als „eine romantische Vorstellung" herausgestellt und so sei er letztlich „enttäuscht worden", woraufhin er sodann, trotz seiner weiteren Mitgliedschaft und Tätigkeitsübernahme als Blockwalter stets versucht habe, „ganz systematisch" seinen „Bekanntenkreis und im Amt durch Aufklärung die Menschen zum Nachdenken zu bringen".[840] Seine Kritik habe er sogar in einem solchen Maße öffentlich geäußert, dass sein Leben hätte bedroht sein können.[841] Insgesamt bekundete Bußmann, er glaube, durch seine Parteizugehörigkeit keine Vorteile gehabt zu haben, was mit weitem Abstand zu den am häufigsten genannten Entschuldigungskategorien zählte und darauf zurückzuführen ist, dass es nach dem „Befreiungsgesetz" eine besondere Belastung darstellte, wenn sich aufgrund der NSDAP-Mitgliedschaft berufliche Vorteile für die jeweils Betroffenen ergeben hatten.[842] Abschließend verwies Bußmann nicht nur darauf, dass von seiner Dienststelle sowohl von der Leitung als auch dem Betriebsrat jederzeit Auskunft über das von ihm zur Rechtfertigung seiner Parteimitgliedschaft Dargelegte eingeholt werden könne, sondern bat explizit darum, da er nichts zu verbergen habe.[843] Dies verwundert nicht, gehörte der Diplom-Ingenieur doch zu jenen, die bereits ein Jahr zuvor vom Vertrauensausschuss als „nicht belasteter Pg." beurteilt worden waren.[844]

838 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Groß-Berlin, Allgemeine Kommission, Protokoll der Hauptverhandlung vom 20. März 1947, 27.3.1947, S. 1–6, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 2920, A 07.

839 Zur Redeweise und „Legitimationsfigur der ‚Verführung' und des Idealismus" siehe Herbert, Wer waren die Nationalsozialisten?, 2004, S. 21.

840 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Groß-Berlin, Allgemeine Kommission, Protokoll der Hauptverhandlung vom 20. März 1947, 27.3.1947, S. 1–6, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 2920, A 07.

841 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 4, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33, und im Folgenden.

842 Khacahtryan/Falter, „Der Partei trat ich aus Idealismus bei", 2022, S. 320.

843 Karl Heinz Bußmann an die Stadt Berlin, Bezirksamt Zehlendorf, Spruchausschuss, 2.3.1946, S. 1–5, hier: S. 5, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33.

844 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 3, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden.

Er konnte sich der Unterstützung des MPA-Betriebsrats also durchaus gewiss sein, denn amtsintern war sein Entnazifizierungsprozess bereits lange zuvor abgeschlossen gewesen, was sich nun auch positiv auf seine Hauptverhandlung auswirkte.

Blumenthal hatte bereits in dem Memorandum vom September 1945 festgehalten, Bußmann sei politisch nie hervorgetreten und habe auch „aus seiner ablehnenden Haltung keinen Hehl" gemacht – im März 1947 gab er vor dem Spruchausschuss zu Protokoll, der Betroffene habe sich „nicht als Pg betätigt", sondern habe der ganzen Sache ablehnend gegenüber gestanden, weshalb er ihn als einen „Gegner des Systems" betrachtet habe.[845] Die übrigen geladenen Zeugen, vornehmlich ehemalige und gegenwärtige Mitarbeiter des MPA, sprachen sich ebenfalls zugunsten Bußmanns aus. Der Technische Angestellte Paul Mota[846] bezeugte, sein Vorgesetzter habe „immer nur seine Arbeit im Kopf" gehabt und „die Hitlerpolitik als ein Verbrechen bezeichnet".[847]

845 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Groß-Berlin, Allgemeine Kommission, Protokoll der Hauptverhandlung vom 20. März 1947, 27.3.1947, S. 1–6, hier: S. 4, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 2920, A 07.

846 Paul Mota (*1889), 1919 BVG, 1925 Technischer Gehilfe im StMPA, 1938 Mitarbeiter der Fachgruppe „Maschinenbau" der Abteilung „Metallkonstruktionen" in der I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen", 1942 Technischer Angestellter, während des Krieges Mitglied der Werkschutzeinheit, 1945 Übernahme in das MPA als Technischer Angestellter der Abteilung „Technologie", 1951 Ruhestand; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Überführung des techn. Gehilfen Paul Mota in ein Angestelltenverhältnis, 3.7.1942, BArch, R 4901/14108, Bl. 103; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Überführung des techn. Gehilfen Paul Mota in ein Angestelltenverhältnis, 22.7.1942 BArch, R 4901/14108, Bl. 104; StMPA, Namentliche Aufstellung über die Werkschutzeinheit, BAM-Archiv, Ordner: Dienstgebäude, Amtsgrundstücke 192a; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; SBV des MPA, Entwurf Vierteljahresbericht für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1951, 8.2.1951, BAM-Archiv, Fach 13-2, Ordner: SBV Berichte HICOC Vbldg.

847 Paul Mota, [Bescheinigung für Karl Heinz Bussmann], 22.3.1946, Abschrift, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33.

Letzteres bekräftigte Hedwig Vogeler,[848] Leiterin der Bücherei und Mitglied des Betriebsrates.[849] Betriebsrat Kurt Merkmann gründete seine entlastende Aussage wesentlich auf das Verhalten Bußmanns während des Werk-Volkssturmes, durch das „Blutvergießen und Kämpfe verhindert“[850] worden seien; Letzteres hatte sich schon in der Urteilsbegründung des Memorandums gefunden. Im Oktober 1947, wenige Monate nach Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens,[851] stellte das MPA Bußmann offiziell wieder ein.[852]

Seitdem war er in führenden Positionen tätig, zuletzt als Leiter der Fachgruppe „Mechanisch-technologische Prüfung der Metalle und Konstruktionen“ sowie des Labors „Triebelemente“.[853] Im Juli 1962 schied er aus dem Amt aus und wechselte als Ministerialrat in das Bundeswirtschaftsministerium, wo er seit 1963 das Referat zur Förderung der Forschung im Rahmen der Wirtschaftspolitik in Bonn leitete.[854]

848 Hedwig Vogeler (*1898), 1938 Eintritt in die CTR, 1942 Eintritt in das StMPA, 1945 Übernahme in das MPA als Leiterin der Bücherei, spätestens 1946 Mitglied des Betriebsrates, noch 1955 erwähnt als Verwaltungsangestellte in der Bibliothek der BAM; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; Zusammensetzung des Betriebsrates des MPA nach der Wahl vom 2.8.1946, in: Mitteilungsblatt des MPA 6 (August 1946), S. 11, BAM-Archiv, Fach 9-1, Ordner: Eilt; Namensliste zum Organisations- und Stellenplan der BAM, Stand 1.8.1955, BAM-Archiv.

849 Hedwig Vogeler, [Bescheinigung für Karl Heinz Bussmann], 19.3.1946, Abschrift, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 33.

850 Entnazifizierungskommission beim Magistrat v. Groß-Berlin, Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll der Hauptverhandlung vom 20. März 1947 des Karl Heinz Bussmann, 30.3.1947, S. 1–2, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 2920, A 07.

851 Max Pfender/Wilhelm Blumenthal an die Entnazifizierungskommission des Magistrats von Groß-Berlin, Betr. Entnazifizierung des Prof. Dipl.-Ing. K. H. Bußmann, 9.1.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 2920, A 07.

852 Personalblatt, Karl Heinz Bußmann, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Personalkarten Beamte (ab 1.12.1952).

853 Organisationsplan der Bundesanstalt für Materialprüfung Berlin (BAM) für das Rechnungsjahr 1958, BAM-Archiv, Fach 32-1.

854 Karl-Heinz Bussmann zum 60. Geburtstag, in: Materialprüfung 7 (1965), S. 443; Ministerialrat a. D. Prof. Dipl.-Ing. Karl Heinz Bußmann zum 65. Lebensjahr, in: Materialprüfung 13 (1971), S. 27.

Damit zeigt Bußmanns Karriere, dass die NS-Vergangenheit in keiner Weise ein Karrierehindernis war und sogar von der Ressortforschung in die höchste politische Verwaltung führen konnte.

Richtet man den Blick nun auf die zweite Gruppe, also auf Personen, bei deren Entnazifizierung sowohl *Be-* als auch *Ent*lastendes zur Sprache kam, so zeigt sich, dass nicht selbstverständlich allen ehemaligen und weiter- oder wiederbeschäftigten Mitarbeiter des MPA ausschließlich entlastende Zeugenaussagen zugunsten ihrer Rehabilitierung zuteil wurden. Dies gilt unter anderem auch für den Präsidenten des Amtes, Erich Siebel. Sein Fall ist deshalb aufschlussreich, da sich bei seinem Entnazifizierungsverfahren die Aussagen zweier Betriebsräte entgegenstanden: Einmal der Betriebsrat seiner alten Wirkungsstätte, der Materialprüfungsanstalt der TH Stuttgart, deren Vorstand er von 1931 bis 1940 gewesen war, und demgegenüber der Betriebsrat des MPA, der geschlossen hinter seinem Präsidenten stand. Siebel war im Juni 1933 in den paramilitärischen, antidemokratischen und antisemitischen Veteranenverbund „Stahlhelm" eingetreten und mit dessen Eingliederung in die SA knapp ein Jahr später in die SA-Reserve I übernommen worden.[855] Im September 1934 wechselte er innerhalb des NS-Kampfverbandes, fachwissenschaftlich passend, in den sogenannten Technischen Lehrsturm. Wenngleich sein Austritt aus der SA nicht genau datiert werden kann, so gab Siebel noch im August 1935 seine zu diesem Zeitpunkt offenbar noch bestehende Mitgliedschaft im Lehrsturm an; ein Ende gab er nicht an. In seinem Meldebogen vom August 1947, den er auf Grund des „Befreiungsgesetzes" ausfüllen musste, behauptete er hingegen, er sei 1934 „zwangsweise" in die SA überführt worden, aus dieser jedoch bereits „nach wenigen Wochen" wieder ausgetreten, „ohne ein Amt zu bekleiden."[856]

Wenige Monate nachdem er aus dem Amt des Präsidenten des MPA in Berlin-Dahlem ausgeschieden war, um eine ordentliche Professur an der TH Stuttgart sowie die Leitung der dortigen Materialprüfungsanstalt (MPA) zu übernehmen und damit zu seiner alten Position

855 Siehe zum „Stahlhelm" den Klassiker Berghahn, Stahlhelm, 1966, sowie die jüngst erschienene Untersuchung von Werberg, Stahlhelm, 2023; weiter Mahlke, Stahlhelm, 1986; Hoffstadt, Frontgemeinschaft?, 2010; dies., Frage der Ehre, 2013.

856 Meldebogen Erich Siebel, 18.8.1947, StAL EL 902–20/Bü 98195, Bl. 1.

zurückzukehren,[857] drohten seine Bestrebungen zur politischen Selbstentlastung durch den Betriebsrat der TH durchkreuzt zu werden.[858] Dieser erteilte Ende November 1947 die Auskunft, über Siebel sei während seiner Zeit als Vorstand der MPA nichts bekannt, was ihn „als einen Gegner des Nationalsozialismus" erscheinen lasse: „Man hatte eher den Eindruck, dass er dieses System guthieß" und auch jetzt, wo er wieder in Stuttgart sei, habe der Betriebsrat „nicht den Eindruck, dass derselbe wirklich demokratische Ideale" vertrete.[859] Auch nachdem die Spruchkammer Stuttgart Siebel im Januar 1948 als „nicht belastet" beurteilt und das Verfahren gegen ihn eingestellt hatte,[860] machte der Betriebsrat der TH weitere Vorwürfe: Dieser gab an, Siebel habe sich während der Jahre 1931 bis 1940 „im nationalsozialistischen Sinne betätigt (Betriebsappelle)" und machte, wohl nach 1940 als Präsident des StMPA, Reisen in die baltischen Staaten, woraus man schließen könne, „dass er der nationalsozialistischen Idee gut gesinnt" gewesen sei. Zuletzt betonte er noch einmal, dass man nun, da Siebel wieder in Stuttgart sei, „absolut nicht den Eindruck" habe, „dass derselbe demokratische Regeln achtet" und daher „eine Spezialermittlung [Hervorheb. i. O., E.K.]

857 Siebel schied auf eigenen Wunsch aus dem MPA in Berlin-Dahlem aus, da er einen Ruf der Technischen Hochschule Stuttgart erhalten hatte, wieder seinen alten Lehrstuhl und die Leitung der Materialprüfungsanstalt Stuttgart (MPA Stuttgart) zu übernehmen. In einem diesbezüglichen Schreiben Siebels an den Magistrat von Groß-Berlin vom Sommer 1947, in dem er um Genehmigung für sein Ausscheiden als Präsident des MPA in Berlin-Dahlem bat, teilte er mit, er scheide „nur ungern aus diesem Amt", die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und die Ernennung zum ordentlichen Professor hätten jedoch einen großen Vorteil für ihn und „schon im Interesse [s]einer Familie" könne er dies nicht übersehen. Im selben Zuge empfahl er überdies Max Pfender als seinen Nachfolger; Erich Siebel an den Magistrat von Groß-Berlin, Abt. für Volksbildung, z. Hd. v. Herrn Stadtrat Nestripke, vom 6.6.1947, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Prof. Dr. Erich Siebel. Zur Berufung Siebels an die TH Stuttgart nach Ende des Krieges siehe auch den Bestand im Landesarchiv Baden-Württemberg Landesarchiv BW, EA 3/150 Bü 1958.

858 Zum Betriebsrat der TH Stuttgart siehe auch Becker, Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart, 2004.

859 Der Betriebsrat der technischen Hochschule Stuttgart, Zur Auskunftserteilung, 27.11.1947, StAL EL 902–20/Bü 98195, Bl. 6.

860 Einstellungs-Beschluss der Spruchkammer Stuttgart in Sachen gegen Erich Siebel, Kornwestheim, 22.1.1948, StAL EL 902–20/Bü 98195, Bl. 8.

dringend notwendig“[861] sei. Dazu kam es letztlich jedoch nicht, da nach den Ermittlungen der Spruchkammer „kein Anlass vor[liege], das Verfahren wieder aufzunehmen.“[862] Für die Begründung des Kammerbeschlusses schien, neben der Entkräftung der Vorwürfe des Betriebsrates der TH Stuttgart, nach denen eine „individuelle Belastung“ nicht gegeben sei, und den Zeugenaussagen zugunsten einer Entlastung Siebels, besonders die angeblich kurze Dauer seiner SA-Mitgliedschaft eine entscheidende Rolle gespielt zu haben.[863] So sei diese eine „zwangsläufige Folge seiner früheren Zugehörigkeit zum Stahlhelm“ gewesen und – hier nun folgte die Spruchkammer den von Siebel selbst getätigten und mutmaßlich falschen Angaben in seinem Meldebogen – „dauerte nur wenige Wochen, sodass hieraus keine Belastung ersehen werden“ könne. Knapp drei Wochen später wandte sich Siebel an den Vorsitzenden der Spruchkammer und bedankte sich eingangs für die Übermittlung des Beschlusses. Sein eigentliches Anliegen schien jedoch ein anderes zu sein: Er wäre dankbar dafür, wenn in dem Falle, „dass nochmals von irgend einer Seite ohne [s]ein Wissen Anschuldigungen“ gegen ihn erhoben würden, man ihm die Gelegenheit gebe, „persönlich diesen Beschuldigungen entgegenzutreten“.[864] Es mag in diesem Sinne einer Art vorsorglichen Absicherung gleichgekommen zu sein, dass der frühere MPA-Präsident nun zur „Ergänzung der Akten“ mitunter auch die beglaubigte Abschrift „einer politischen Beurteilung [s]einer Person durch den Betriebsrat des Materialprüfungsamtes Berlin Dahlem“ übermittelte. Es scheint, als habe Siebel hier versucht, mit dem Leumundszeugnis des Berliner MPA-Betriebsrates, das von Wilhelm Blumenthal als Erstem und Paul Jonas als Zweitem Vorsitzenden unterzeichnet worden war, der Aussage des Stuttgarter MPA-Betriebsrates sozusagen auf derselben Ebene – einer innerbetrieblichen, ‚von unten‘ respektive von Belegschaftsvertretern formulierten Beurteilung ihres

861 Der Betriebsrat der technischen Hochschule Stuttgart, Aktennotiz zum Spruchkammerverfahren von Herrn Prof. Erich Siebel, [12.2.1948], StAL EL 902–20/Bü 98195, Bl. 9.

862 Kieschke, Öffentlicher Kläger Spruchkammer Stuttgart Zentral-Geschäftsstelle, Spruchkammer 15 Stuttgart, 4.6.1948, StAL EL 902–20/Bü 98195, Bl. 13.

863 Spruchkammer 15 an die Zentralgeschäftsstelle der Spruchkammer Stuttgart, 5.6.1948, StAL EL 902–20/Bü 98195, und im Folgenden.

damaligen Vorgesetzten – etwas entgegenzusetzen. Schließlich fiel die Darstellung des Berliner Betriebsrates durchweg positiv aus und zeichnete ein völlig anderes Bild des Betroffenen.

Die politische Beurteilung Blumenthals und Jonas' begann mit der Erzählung, es habe, als der neue Amtsleiter Siebel in das MPA eintrat, „größte Verwunderung" erregt, dass „eine so exponierte Stelle durch einen Wissenschaftler besetzt wurde, der kein Parteimitglied war."[865] Bemerkenswerterweise hatte Siebel dieses vermeintliche Rätsel um seine Berufung trotz fehlender NSDAP-Mitgliedschaft zwar einmal selbst aufgelöst, als er in dem Entnazifizierungsverfahren eines seiner Mitarbeiter zu Protokoll gab: „Ich brauchte nicht eintreten, da man mich als Fachmann brauchte".[866] In dem Berliner Leumundszeugnis erschien seine Berufung aber geradezu als ein Paradoxon, dem die Vorstellung einer Dichotomie zwischen Wissenschaft und Politik im Allgemeinen sowie der Wissenschaftsfeindlichkeit des NS-Regimes im Speziellen zugrunde lag und das entlastend wirken sollte.[867] Auch später – so die Vertreter des Betriebsrates – habe Siebel „dem Druck der politischen Richtung"[868] standgehalten, wobei typischerweise nicht explizit gemacht wurde, von wem genau dieser ausgeübt worden sei, und sei weder der Partei beigetreten, noch habe er sich sonst propagandistisch oder fördernd betätigt. In deutlichem Widerspruch zu den Aussagen des

---

864 Erich Siebel, Staatliches Materialprüfungsamt an der Technischen Hochschule Stuttgart, Institut für die Materialprüfungen des Maschinenbaus, an den Vorsitzenden der Spruchkammer 15, 24.6.1948, StAL EL 902–20/Bü 98195, und im Folgenden.

865 Wilhelm Blumenthal/Paul Jonas, Betr. Politische Beurteilung des Professor Dr.-Ing. E. Siebel vom 8.12.1947, Beilage zum Schreiben Siebels an den Vorsitzenden der Spruchkammer 15 Stuttgart vom 24.6.1948, StAL EL 902–20/Bü 98195.

866 So die Aussage Siebels im Entnazifizierungsverfahren des ehemaligen Verwaltungsoberinspektors Georg Jesse, Entnazifizierungskommission Charlottenburg, Protokoll über den 131. Verhandlungstag am 11.10.1946, 14.10.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-02, unb. Kt. 34 Jannowsky-Jeziersky.

867 Siehe allgemein zur weit verbreiteten Vorstellung der grundsätzlich ideologiefreien Wissenschaft Walker, Introduction: Science and Ideology, 2003.

868 Wilhelm Blumenthal/Paul Jonas, Betr. Politische Beurteilung des Professor Dr.-Ing. E. Siebel vom 8.12.1947, Beilage zum Schreiben Siebels an den Vorsitzenden der Spruchkammer 15 Stuttgart vom 24.6.1948, Abschrift, StAL EL 902–20/Bü 98195, und im Folgenden.

Betriebsrates der TH Stuttgart bezeugten Blumenthal und Jonas nicht nur, dass seine „Grundtendenz dem herrschenden System gegenüber [...] ablehnend" gewesen und geblieben sei, sondern gaben überdies an, dass Siebels resistente Haltung zu „allergrößten Schwierigkeiten" mit einem ‚richtigen' Nationalsozialisten geführt habe, namentlich dem „zur wirtschaftlichen Überwachung des Amtes eingesetzten Regierungsrat Pg. Mattuck." Die Art und Weise, wie Blumenthal und Jonas die Geschichte um den ehemaligen Präsidenten und Mattuck[869] aufbereiteten, macht eine durchaus gelungene Entlastungserzählung transparent, die *in nuce* von dem unpolitischen und ‚von innen' – also dem Amt und seiner Belegschaft – anerkannten Wissenschaftler Siebel sowie seinem Kampf gegen einen ‚von außen/oben' eingesetzten Vertreter des Regimes und ‚richtigen' „Pg." handelte. Dabei erschien das MPA gewissermaßen als in sich geschlossene, beinahe autonome Institution, die sich sozusagen gegen wissenschaftspolitische Eingriffe in ihrem Geschäftsgang habe wehren müssen, was dank Siebel am Ende auch gelungen sei: „Nur seinem mannhaften Auftreten als Wissenschaftler gelang es, diesem unwürdigen Zustande im Jahre 1942 durch Abberufung des Pg. Mattuck ein Ende zu bereiten."[870] Auch nach dem „Zusammenbruch" trat der Präsident erneut als ‚Retter' auf. So sei es an erster Stelle ihm zu verdanken, „dass das Amt als wissenschaftliches Institut erhalten blieb" und er habe einen entscheidenden Anteil „bei der Wiederingangsetzung der zerstörten Wirtschaft einer Millionenstadt" gehabt. Die Beurteilung des Betriebsrates des MPA schloss mit der unzweifelhaft entlastenden Bescheinigung, dass Siebel „sowohl als Wissenschaftler, Vorgesetzter als auch als Mensch stets vorbildlich" gewesen sei. Der Historiker Jens Klein

869 Emil Mattuck (*1898), 1914 Zivilanwärter (Bürohilfsarbeiter) in verschiedenen Kriegsverwaltungen in Ostpreußen, 1914 Militärdienst, 1917 französische Kriegsgefangenschaft, 1919 Flucht, 1920 Regierungszivilsupernumerar und Regierungsbürodiätar bei der Regierung in Königsberg, 1923 Obersekretär beim Universitätskuratorium in Königsberg, 1926 Wechsel in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1928 Obersekretär, 1931 Rentmeister, 1932 Registraturverwalter (Amtmann), 1934 Amtsrat im REM, 1939 Regierungsrat und Chef der Verwaltung des StMPA, 1942 Abkommandierung zur I. Hauptabteilung des Reichskommissariats für das Ostland in Riga, 1.5.1933 Mitglied der NSDAP, dort Blockleiter, „gottgläubig"; Personalbogen Emil Mattuck, BArch, R 43/4360, Bl. 200–201; Erich Siebel, Rundverfügung, 22.12.1941, BAM-Archiv, Umlauf für Material-Verwaltung.

führt zu den Gründen für die Belastung Siebels durch den Betriebsrat der TH Stuttgart an, diese zeigten „abermals die personellen Spannungen innerhalb der Anstalt", und nicht einmal die Beendigung des Krieges habe eine „Änderung der Stimmungslage" zu bewirken vermocht.[871] Folgt man dieser Einschätzung, so lässt sich dies als Hinweis darauf lesen, dass den als *Be-* oder *Ent*lastungszeugen involvierten Personen andere Kriterien für die Beurteilung einer Belastung des jeweils Betroffenen wichtiger waren, als die von den Alliierten im „Befreiungsgesetz" definierten.

Zu erneuten Anschuldigungen gegen ihn kam es nach Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens nicht mehr. Siebels Vergangenheit stand einer weiteren Karriere nicht im Wege: 1950/51 war er Rektor der TH Stuttgart, gehörte mitunter als Vorstand zahlreichen technisch-wissenschaftlichen Vereinen, Gesellschaften und Fachverbänden an[872] und wurde im Jahre 1957 in das Kuratorium der BAM berufen.[873] Der Fall Erich Siebel ist ein Beispiel dafür, dass in einem

870 Wilhelm Blumenthal/Paul Jonas, Betr. Politische Beurteilung des Professor Dr.-Ing. E. Siebel vom 8.12.1947, Beilage zum Schreiben Siebels an den Vorsitzenden der Spruchkammer 15 Stuttgart vom 24.6.1948, Abschrift, StAL EL 902–20/Bü 98195, und im Folgenden.

871 Klein, Zerreißprobe?, 2019, S. 277.

872 So unter anderem dem Deutschen Dampfkessel- und Druckgefäß-Ausschuss (DDA), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Deutschen Gesellschaft für Metallkunde, dem Deutschen Normenausschuss (DNA) (1940–1952 im Präsidium, 1947–1952 als Präsident), dem Deutschen Verband für Materialprüfung (DVM), der Forschungsgesellschaft Blechverarbeitung (ab 1949 als Mitglied des wissenschaftlichen Beirates, 1954–1955 Geschäftsführer), ab 1956 als Delegiertes Mitglied im wissenschaftlichen Rat der AIF (Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen), der Gesellschaft zur Förderung zerstörungsfreier Prüfverfahren (1941–1952 Vorsitzender), dem Technischen Überwachungsverein Stuttgart (1936–1940 und 1948–1957 im Vorstand), der Vereinigung der Großkesselbesitzer (VGB), dem Verband der Materialprüfungsämter (VMPA) (1948–1955 Vorstand), dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) sowie dem VDI (unter anderem Mitglied des Vorstandes als Kurator, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats, Vorsitzender des Württembergischen Ingenieurvereins); Professor Dr. Ing. Dr. Ing. E. h. Erich Siebel. Zum Gedenken herausgegeben von Professor Dr.-Ing. habil. K. Wellinger, Stuttgart 1962, Landesarchiv BW, EA 3/150 Bü 1958.

873 Siebel war von 1957 bis 1961 Kurator der BAM; Mitglieder des Kuratoriums der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) von der 1. bis zur 25. Sitzung, BAM-Archiv, Fach 35-2.

Entnazifizierungsverfahren sowohl *Be-* als auch *Ent*lastendes zur Sprache kommen konnte – bei ihm waren die jeweiligen Zeugen dafür allerdings Amtsexterne auf der einen und Amtsinterne auf der anderen Seite. Im Folgenden werden exemplarisch solche Fälle betrachtet, bei deren Verfahren *be-* und *ent*lastende oder nicht eindeutig *ent*lastende Aussagen getroffen wurden, und zwar von Personen, die alle als Mitarbeiter des MPA beschäftigt gewesen waren oder nach wie vor dort arbeiteten. Sie verdeutlichen in einem besonderen Maße, dass sich die amtsinternen Beurteilungskriterien politischer *Be-* oder *Ent*lastung nicht nur von denen der gesetzlichen Entnazifizierung unterscheiden konnten. Vielmehr zeigen sie, dass die Beurteilung häufig von den individuellen Beziehungen der im MPA Beschäftigten untereinander abhing, was sich auch in verschieden gearteten Aussagen von Mitarbeitern *für* oder *gegen* einen der ihren niederschlagen konnte.

Einer von ihnen war der Chemiker Dr.-Ing. Oswald Viertel, der 1934 als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in das StMPA eintrat und dort seit 1938 die Abteilung „Textilien" in der IV. Hauptabteilung „Faserstoffe" leitete, bis er nach Kriegsende aus dem Amt entlassen wurde. Am 1. Mai 1933 war er in die NSDAP eingetreten, wo er seit 1936 als Blockleiter tätig war, sowie im Oktober 1933 in die SA, aus der er bis Ende des Jahres 1935 wieder austrat.[874] Betrachtet man die Selbstent-

874 Oswald Viertel (*1906), 1925 Tuchfabrik Pürschel, 1927 Studium der Chemie, 1931 Dipl.-Ing., 1932 Assistent am Deutschen Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden, 1933 Dr.-Ing., 1934 zunächst Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, dann Wissenschaftlicher Angestellter im StMPA, 1936 Stellv. Leiter der Fachabteilung „Textilien" in der Abteilung „Faserstoffe" sowie zudem Leiter der Fachgruppe „Textilchemie" und der Fachgruppe „Wäscherei" der Fachabteilung „Textilien", 1938 Leiter der Abteilung „Textilien" in der IV. Hauptabteilung „Faserstoffe" sowie Leiter von deren Fachgruppen „Textilchemie" und „Wäscherei", 1940 Ständiges Mitglied und Beamter, in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2.444.177), dort seit 1936 politischer Leiter, 1.10.1933 Mitglied der SA, Austritt am 31.12.1935, 1945 Entlassung; StMPA, Personalnachrichten über Oswald Viertel, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 175–176; Vorschlag für die Festsetzung des Besoldungsdienstalters für das Ständige Mitglied beim StMPA Dr. Ing. Oskar Viertel, Entwurf, BAM-Archiv, Personalakte Viertel, Bl. 57; Sommer, Abteilung Faserstoffe, an A 1, Betr. Antrag auf Verleihung einer planmässigen Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe II TOA an den Wissenschaftlichen Angestellten Dr.-Ing. o. Viertel in der Abteilung Textilien der Hauptabteilung Faserstoffe, 19.5.1939, BAM-Archiv, Personalakte

lastungserzählungen, die Viertel in seinem Entnazifizierungsverfahren vorbrachte, so finden sich hierbei zunächst die üblichen Motive, die erst einmal nichts mit seiner spezifischen Position als Wissenschaftler einer Ressortforschungseinrichtung zu tun hatten. Er habe sich durch den Parteieintritt „eine Besserung der Industrie und eine Wiederbelebung der Wirtschaft erhofft“[875] und habe, obwohl er sich dagegen zu sträuben versucht habe, nur auf Druck eines „sehr aktiven Zellenleiter[s]“ als Blockhelfer angefangen. Bei seiner dortigen Tätigkeit sei es für ihn so schrecklich gewesen, bei den Leuten zu klingeln und Karten für Filmvorführungen zu verkaufen, dass er diese mit seinem eigenen Geld bezahlt habe. Sein Engagement in der Partei sei sogar derart spärlich gewesen, dass er eine Rüge erhalten habe und zeitweise seines Postens enthoben worden sei. An diesem Punkt seiner Erzählung verargumentierte Viertel seine Vergangenheit mit seiner spezifischen beruflichen Position als Beamter *und* Wissenschaftler, die sich aus seiner Tätigkeit als Ressortforscher ergab und die er gewissermaßen als in doppelter Hinsicht unpolitisch ausgab. 1941 sei er von der NSDAP wieder zur Mitarbeit herangezogen worden und erst ein Jahr später sei es ihm gelungen, das Amt wieder niederzulegen, „was als Staatsbeamter nicht einfach war.“ Auch die Frage des Vorsitzenden der Spruchkammer, wie er sich erklären könne, dass er „als ein überzeugter Nazi“ gegolten habe, beantwortete Viertel mit einem Verweis auf seine Tätigkeit im MPA. Dort sei „wie bei allen staatlichen Behörden ‚Heil Hitler‘“ der allgemeine Gruß gewesen, und daher habe auch er selbst so gegrüßt, zuletzt jedoch mit „‚Guten Tag‘“, was hier als eine Art Widerstandshandlung gegen die NS-Norm präsentiert wurde. Seine berufliche Tätigkeit als Wissenschaftler zog er bemerkenswerterweise nicht vornehmlich dafür heran, sich als unpolitisch und allein seiner Arbeit dienend darzustellen, sondern schuf vielmehr einen vermeintlichen Konnex zwischen seiner Profession und der

Viertel, Bl. 24–25; Organisation des StMPA, 1. April 1940, BAM-Archiv, Fach 20; REM, Personalbogen für Oswald Viertel, undat. [1940], BArch, R 4901/14111, Bl. 10; Rust, REM, Urschriftlich dem Präsidenten des StMPA zurückgesandt, 4.1.1945, BAM-Archiv, Personalakte Viertel; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, Zeugnisentwurf, 20.6.1945, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse.

875 Entnazifizierungs-Kommission Wilmersdorf, Protokoll, 8.12.1948, S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-18, unb. Kt. 198 Viertel-Viohl, und im Folgenden S. 1–3.

daraus resultierenden Einstellung gegenüber „Juden“: „Als Chemiker [Hervorheb. E.K.] habe ich mich nicht antisemitisch beschäftigt. Ich habe im Gegenteil verurteilt, dass Männer wie Haber, Einstein und Hertz ausser Lande geschickt wurden.“

Zu den Zeugen im Entnazifizierungsverfahren gehörte auch der Betriebsrat des MPA, der allerdings letztlich kurz bescheinigte, dass der Betroffene „nicht politisch aktiv (belastend) hervorgetreten“[876] sei, offenbar also wenig Einsatz für dessen Entlastung zeigte, was angesichts seines sonstigen Engagements als einem der wichtigsten „Persilschein“-Produzenten erahnen lässt, dass Viertel innerhalb des Amtes nicht unumstritten gewesen war. Einer der Zeugen, die vorwiegend zu seinen Gunsten aussagten, war der Chemiker Prof. Dr.-Ing. Rudolf Korn,[877] der als Leiter der Abteilung „Papier und Zellstoff“ in derselben Hauptabteilung gearbeitet hatte und auch nach Kriegsende weiterbeschäftigt worden war. Wenngleich Korn aussagte, er könne sich nicht entsinnen, seinen ehemaligen Kollegen in Uniform gesehen zu haben und dieser auch „niemals im Amt Propaganda betrieben oder jemanden denunziert“[878] habe, beschrieb er dessen Vergangenheit doch nicht so entlastend, wie dies bei anderen Leumundszeugnissen oder Zeugenaussagen

876 Betriebsrat des MPA an die Entnazifizierungs-Kommission Berlin-Wilmersdorf, 15.11.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-18, unb. Kt. 198 Viertel-Viohl.

877 Rudolf Korn (1880–1969), 1904 Studium an der chemischen Abteilung der TH Dresden, 1908 Dipl.-Ing., 1909 Dr.-Ing., 1910 Mitarbeiter der Bunt- und Metallpapier-Fabrik Wilhelm Stern & Co. in Fürth, 1912 Betriebsleiter der Papierfabrik Max Dresch in Dalbke, 1913 Betriebschemiker der Papierfabrik zu Einsiedel zu Chemnitz, 1914 Militärdienst, 1917 Oberleutnant, 1920 Betriebsleiter der Papier- und Pappenfabrik Stallung & Ziem in Barge, 1924 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter beim StMPA, 1927 Ständiges Mitglied und Professor, 1941 Abteilungsleiter, in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1945 Übernahme in das MPA als Leiter der Abteilung „Faserstoffe“, 1949 Ruhestand; StMPA, Personalnachrichten über Rudolf Korn, 21.5.1941, BArch, R 4901/15204, Bl. 91–92; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 35; Persönliches, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 187; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Nachruf, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L.

878 Entnazifizierungs-Kommission Wilmersdorf, Protokoll, 8.12.1948, S. 1–4, hier: S. 3, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-18 unb. Kt. 198 Viertel-Viohl, und im Folgenden S. 4.

von Amtsangehörigen festzustellen ist. Eine innere Abkehr vom Nationalsozialismus bescheinigte er Viertel erst für die Zeit nach Kriegsbeginn, infolgedessen er „jetzt Kritik an Parteimassnahmen" geübt und sich „nicht mehr in der Partei" betätigt habe, ja zum „Zweifler an der Wahrhaftigkeit der politischen Grundsätze der NSDAP geworden" sei. Mit diesen Worten räumte er gleichzeitig ein, dass der Betroffene zumindest vor 1939 durchaus als ‚belastet' angesehen werden könne. Auch die Angaben des Textiltechnikers Fritz Bayer[879] und der Chemikerin Dr. Hildegard Mendrzyk,[880] die beide in Viertels Abteilung gearbeitet hatten und nach Ende des Krieges im MPA weiterbeschäftigt worden waren, gingen – mit leichtem Übergewicht der Belastungsfaktoren – in dieselbe Richtung. Zwar sei Viertel nicht propagandistisch hervorgetreten, habe auch keine Uniform getragen, habe niemanden denunziert oder bedroht, habe sich aber dennoch – so betonte besonders Mendrzyk – durch eine frühe Anhängerschaft und unzweifelhaft positive Einstellung zum Nationalsozialismus ausgezeichnet. Mendrzyk kannte Viertel schon vor ihrem Eintritt in das MPA aufgrund ihrer Tätigkeit in der Leipziger Wollkämmerei. Laut der Chemikerin habe Viertel „üblich gern als bevorzugter Mensch gelten" wollen, der sich „schon früh zur Partei bekannt" und bereits „im Jahre 1931–32 ein Parteiabzeichen getragen" habe.[881] Er habe überdies „nationalsozialistische Ansichten"

879 Fritz Bayer (*1911), Schulabschluss in Rumänien, Militärdienst im rumänischen Heer, 1938 Höhere Fachschule für Textilindustrie in Chemnitz, dort Reifezeugnis, 1940 Technischer Angestellter in der Abteilung „Textilien" der IV. Hauptabteilung „Faserstoffe" des StMPA, 1941 Einbürgerung als „volksdeutscher Rumäne", 1945 sowjetische Kriegsgefangenschaft, 1945 Übernahme in das MPA als Textiltechniker in der III. Hauptabteilung für Organische Stoffe, noch 1955 erwähnt als Technischer Inspektor bei „Mechanische und chemische Textiluntersuchungen"; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung des techn. Angestellten Fritz Bayer, 12.3.1942, BArch, R 4901/14108, Bl. 87; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Erich Siebel, Bescheinigung, 27.8.1945, BAM-Archiv, Ordner: Bescheinigungen aller Art 45-46; Namensliste zum Organisations- und Stellenplan der BAM, Stand 1.8.1955, BAM-Archiv.

880 Vgl. zu Hildegard Mendrzyk ausführlich Kapitel 2.2.

881 Schnellverfahren betr. Dr. Oswald Viertel, Ermittlungsbericht, 23.10.1948, S. 1–2, hier: S. 2, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-18, unb. Kt. 198 Viertel-Viohl.

geäußert und den „italienischen Faschismus“ bewundert.[882] Allerdings bemerkte sie einschränkend, dass sie nicht recht beurteilen könne, ob der Betroffene seine Meinung im Laufe der Jahre geändert habe, da sie „aus persoenlicher Abneigung nur sehr wenig Kontakt mit ihm“ gehabt habe. Dies deutet wiederum auf die Bedeutung der jeweiligen zwischenmenschlichen Beziehungen hin, ob einzelne Akteure während der Entnazifizierung Entlastungsaussagen gewährten oder nicht. Trotzdem bezog sie zu dem „Teil der Einwaende, die gegen Herrn Dr. Viertel gemacht werden“, doch recht deutlich Stellung. Dabei versuchte sie sich an einer Erklärung für dessen Verhalten: Sie nähme an, dass dieses „weniger auf eine fanatische nationalsozialistische Einstellung als auf einige typische Eigenschaften eines Corpsstudenten und schiesslich auf sein besonders ausgepraegtes Geltungsbeduerfnis zurueckgefuehrt werden“ müsse, womit sie die Belastungsvorwürfe keineswegs entkräftete. Eine große Hilfe waren diese Aussagen für Viertel also nicht. Ob eine Wiedereinstellung des Textilchemikers nach Kriegsende und Abschluss seiner Entnazifizierung im Raum stand, ist nicht mehr nachvollziehbar, scheint aber unwahrscheinlich, lassen sich doch im Gegensatz zu anderen als „belastete Pg.“ Ausgeschiedenen keinerlei Dokumente finden, die einen besonderen Einsatz vonseiten des Präsidenten, Betriebsrates oder von übrigen Mitarbeitern des Amtes für ihn bezeugen. Viertel, der im MPA offenbar als ein „überzeugter Nazi“ bekannt gewesen war, sollte nicht mehr zu seiner alten Wirkungsstätte zurückkehren. Trotz dieser Biografie landete Viertel relativ weich: Er arbeitete nach Kriegsende zunächst als Betriebschemiker in der Waschmittelindustrie[883] und war seit 1951 Leiter des Instituts für Wäschereiforschung in Krefeld.[884]

In ähnlicher Weise wie bei Oswald Viertel verschränkten sich im Fall des 1896 geborenen Diplom-Ingenieurs Georg Richter zunächst *be-* und *ent*lastende Aussagen, wobei auch hier am Ende die *Be*lastung überwog: Richter war nach seinem Studium des Bauingenieurwesens bereits 1921 als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in die Abteilung 1 für

882 Hildegard Mendrzyk an die Entnazifizierungskommission Wilmersdorf betr. Entnazifizierung von Herrn Dr. Oswald Viertel, 7.12.1948, S. 1–2, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-18, unb. Kt. 198 Viertel-Viohl, und im Folgenden S. 1 f.

883 Dr.-Ing. O. Viertel 60 Jahre, in: Melliand Textilberichte 47 (1966), S. 945.

884 Dr.-Ing. Oswald Viertel zum 65. Lebensjahr, in: Materialprüfung 13 (1971), S. 365.

Metallprüfung des StMPA eingetreten,[885] wo er 1938 zum Ständigen Mitglied und Professor als Leiter der Fachgruppe „Mechanisch-technologische Untersuchungen" der Abteilung „Metallkunde" ernannt wurde und gleichzeitig die Leitung des Technischen Betriebes übernahm.[886] Im Jahre 1943 wurde Richter, der für die gesamte Zeit des Zweiten Weltkrieges Uk-gestellt war, als Nachfolger von Georg Fiek zum Leiter der Staatlichen Technischen Prüfanstalt in Krakau im besetzten Polen ernannt,[887] in der auch KZ-Häftlinge eingesetzt wurden.[888]

Der Ingenieur hatte damit nicht nur am Okkupationsregime und mutmaßlich beim Einsatz von KZ-Häftlingen in führender Position mitgewirkt, sondern war auch am 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten und gehörte weiter dem NSKK, der NSV, dem RDB, dem Reichsluftschutzbund (RLB) und dem Reichskolonialbund an.[889] Spätestens im Jahre 1939 avancierte er zum „Abwehrbeauftragten" im MPA.[890] Vor allem diese Tätigkeit, die er bis zu seinem Wechsel nach Krakau ausgeübt hatte, sollte ihm in der Nachkriegszeit zur Last gelegt werden. Dennoch wurde Richter, dessen Ruf intern offenbar bekannt gewesen

885 StMPA, Personalnachrichten über Georg Richter, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 121–122.

886 Erich Siebel, Zeugnis, 10.3.1947, BAM-Archiv, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse; Zentralblatt der Bauverwaltung 58 (1938), S. 595; Organisation des StMPA, 1. April 1940, BAM-Archiv, Fach 20.

887 Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Höhergruppierung des wissenschaftlichen Angestellten Nikolaus Ludwig, 2.8.1944, BArch, R 4901/14107, Bl. 199; StMPA, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15205, Bl. 48. Siehe hierzu auch die Darstellung des Zeitzeugen Bolewski, Andrzej: Konspiracyjna działalność Akademii Górniczej w latach 1939–1945, in: Kwartalnik Historii Nauki i Techniki 29 (1984), S. 585–604, hier: S. 592.

888 Maier, Chemiker im „Dritten Reich", 2015, S. 550; Stöcken, Dokumentation der Chemie, 2016, S. 217; Nagel, Wissenschaft für den Krieg, 2012, S. 97. Vgl. hierzu ausführlich Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

889 Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 2.7.1939, BArch, R 9361-I/2859.

890 Richter, Abt. Betrieb, an A 1, Betr. Waffenerwerbsschein, 13.11.1939, BAM-Archiv, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; Erich Siebel, Rundverfügung, 27.10.1941, BAM-Archiv, Umlauf für Material-Verwaltung; Kindscher, i. V. Die Amtsleitung, Blumenthal, Der Betriebsleiter, Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, an Polizeipräsidium, Abt. II, Betr. Vorladung des Pg. Professor Dipl.-Ing. Georg Richter betreffs Abstempelung des Ausweises, 27.7.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8528, A 17, Bl. 5–6.

war, da ihm Pfender in seinem Notizbuch ein Hakenkreuz-Symbol beifügte,[891] zunächst als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in die I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen" des Nachkriegsamtes übernommen. Erst im November 1945 veranlasste der Magistrat von Groß-Berlin die Auflösung seines Arbeitsverhältnisses.[892] Trotzdem arbeitete er, vermutlich in untergeordneter Stellung, noch einige Monate in einer Werkstatt des Amtes in Steglitz weiter und war dort mit der Wiederinstandsetzung von Prüfmaschinen als Maschinenschlosser beschäftigt. Am 28. Februar 1946 schied Richter, der nach der Anordnung Nr. 101a der Alliierten Kommandantur vom 26. Februar als „aktiver Pg." galt, endgültig aus dem MPA aus.[893] In diesem Zusammenhang ist ein Schreiben von besonderem Interesse, das Erich Kindscher in Vertretung des Amtspräsidenten zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden Blumenthal an das Polizeipräsidium betreffend der „Vorladung des Pg. Professor Dipl.-Ing. Georg Richter" richtete. Dessen Inhalt weist einmal mehr darauf hin, dass es zwischen den inneren, vom Amt definierten und den äußeren, von den Alliierten vorgegebenen Kriterien von Belastung als Grundlage für die Entnazifizierung Diskrepanzen gab, die zu anderen Ergebnissen bei der Beurteilung der Betroffenen führen konnten. So habe der Betriebsrat Anfang Dezember 1945 eine Bescheinigung für Richter ausgestellt, „die augenscheinlich in einem Widerspruch zu der in der Liste aufgeführten Bezeichnung als ‚aktiver Pg.'" stehe. Hierzu erklärten Kindscher und Blumenthal, dass die Bescheinigung „zu einem Zeitpunkt ausgestellt worden [sei], als die Richtlinien für das Entnazifizierungsgesetz noch nicht bekannt" gewesen seien. Der Betriebsrat habe „sowohl das sachliche wie persönliche Verhalten des Professor G. Richter im Amt eingehend überprüft" und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser hiernach doch „nicht als aktiver Pg." bezeichnet werden könne. Diese frühe Entlastungsbeurteilung sollte zunächst auch

891 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom [August] 1945: „MPA-Schicksale", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

892 Erich Siebel, Zeugnis, 10.3.1947, BAM-Archiv, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse, und im Folgenden.

893 BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Personalkarten Ausgeschiedene P-Z; Erich Kindscher / Wilhelm Blumenthal an das Polizeipräsidium, Abt. II, Betr. Vorladung des Pg. Professor Dipl.-Ing. Georg Richter beteffs Abstempelung des Ausweises, 27.7.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8528, A 17, Bl. 5–6, und im Folgenden.

bei Richters Entnazifizierungsverfahren zum Tragen kommen, für dessen „beschleunigte[...] Durchführung" sich Präsident Siebel im August 1947 nachdrücklich einsetzte, da man zumindest vonseiten der Amtsleitung zu diesem Zeitpunkt noch beabsichtigte, Richter „zunächst als Schlosser einzustellen und ihn späterhin wieder als Wissenschaftlichen Angestellten zu übernehmen."[894]

Richter selbst versuchte den Eintritt in die NSDAP in seinem Entnazifizierungsverfahren damit zu erklären, dass er von dem damaligen Präsidenten und überzeugten Nationalsozialisten Erich Seidl „bei der Eingabe für die Ernennung zum Professor" dazu aufgefordert worden sei, wolle er seine Beförderung nicht gefährden.[895] Zwar habe er dieses Ansinnen zunächst abgelehnt, „da er seine Beförderung nur seiner wissenschaftlichen Tüchtigkeit [zu] verdanken" habe, ‚musste' letzten Endes aber dennoch den Antrag zur Aufnahme in die Partei stellen. Seine innere, ‚eigentlich' ablehnende Haltung habe ihm nach eigenen Angaben jedoch Probleme bereitet: Angeblich sei dreimal gegen seine Beförderung Einspruch erhoben worden, da mit einer Aufnahme in die NSDAP nicht zu rechnen gewesen sei, nachdem es „ein Partei-Gerichtsverfahren gegen ihn wegen allermöglichen Anschuldigungen" gegeben habe, „die sich insbesondere auf nichtgenügende Betätigung in der Partei und auf antinationalsozialistisches Verhalten" gegründet hätten. Auch Richter erschien hier also als eine Person, die trotz einer ablehnenden Haltung im Innern zu einer äußeren Anpassung an die Verhältnisse während der Diktatur gezwungen worden sei und damit fälschlicherweise als „Pg." gelten würde. Als eine weitere Selbstentlastung und Beleg dafür, dass er „innerlich dem Nationalsozialismus immer fremd gegenüber gestanden habe", führte er ganz auf der Linie etlicher anderer Entnazifizierungserzählungen das Standardargument einer „gläubige[n] Zugehörigkeit zur katholischen Kirche an", die eine nationalsozialistische Gesinnung *per se* ausschließe. Seiner inneren Einstellung entsprechend habe er überdies während seiner Tätigkeit in Krakau nicht nur „die polnischen Gefolgschaftsmitglieder äusserst human behandelt", sondern „sich für sie trotz eigener Gefährdung

894 Erich Siebel, Bescheinigung, 4.8.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 12.

895 Wilhelm Hoese, Vorbericht betr. Georg Richter, 16.9.1947, S. 1–2, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 12, und im Folgenden.

bei den Verfolgungen eingesetzt." Dies bezeugte auch sein ehemaliger Kollege und Mitarbeiter des MPA, der Chemiker Prof. Dr. Herbert Blumenthal, der ebenfalls im besetzten Polen tätig gewesen war.[896]

Betrachtet man die Zeugen, die zugunsten des Ingenieurs aussagten, fallen angesichts der späteren amtsinternen Entwicklungen in der Sache Richter besonders die des Betriebsrates sowie gesondert davon die von Kurt Merkmann ins Auge. So gab der Betriebsrat entsprechend seiner vorherigen Bescheinigung auch in dem Verfahren zu Protokoll, Richter sei als „nicht belasteter Pg. anzusprechen", der als Mitglied des Werkschutztrupps beim Kriegsende nicht in den Kampf eingegriffen und dadurch großen Schaden verhütet habe.[897] Auch Merkmann, der in der Verhandlung als Mitglied des Vertrauensrates aussagte, betonte dessen Verhalten zugunsten des Amtes bei den Kampfhandlungen während des sowjetischen Einmarsches und gab an, dieser habe erst „den Widerstand nationalsozialistischer Angestellter überwinden" müssen.[898] Nachdem die Entnazifizierungskommission den Antrag Richters Ende des Jahres 1947 noch mit der Begründung abgelehnt hatte, der Antragsteller sei „mehr als ein nomineller Nazi" gewesen,[899] genehmigte sie diesen im Juli 1948;[900] damit galt der Diplom-Ingenieur offiziell als rehabilitiert. Bemerkenswerterweise schien seine Tätigkeit als Abwehrbeauftragter während seiner Verhandlung nicht thematisiert worden zu sein. Dies änderte sich allerdings knapp ein Jahr später im Rahmen amtsintern geführter Diskussionen. Anlass hierfür war die Frage nach einer möglichen Wiedereinstellung Richters in seiner alten Arbeitsstätte, die Blumenthal in einer Betriebs-

896 Entnazifizierungs-Kommission, Verwaltungsbezirk Zehlendorf, Berufungsliste, Begründung, 16.9.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 12. Allem Anschein nach waren Prof. Dr. Herbert Blumenthal und der Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Blumenthal nicht verwandt.

897 Wilhelm Hoese, Vorbericht betr. Georg Richter, 16.9.1947, S. 1–2, hier: S. 1, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 12.

898 Entnazifizierungs-Kommission, Verwaltungsbezirk Zehlendorf, Berufungsliste, Begründung, 16.9.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-19, Nr. 12.

899 Office of Military Government, Berlin Sector, Public Safety – Special Branch, Subject: Denazification Appeal of Mr. Richter, Georg, Prof., 25.11.1947, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 778.

900 Office of Military Government, Berlin Sector, Public Safety – Special Branch, Subject: Denazification Appeal of Mr. Richter, Georg, Prof., 16.7.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-05, Nr. 778.

versammlung Anfang April 1949 zur Klärung stellte: „Der Fall Richter. Er ist entnazifiziert, er fühlt sich noch als Beamter und hofft, wieder im Amt beschäftigt zu werden."[901] Leider kann nicht mehr rekonstruiert werden, weshalb der Betriebsrat, der seinen ehemaligen Kollegen bei dessen Entnazifizierungsverfahren noch entlastet hatte, nun offenbar seine Meinung geändert hatte; jedenfalls fiel das Urteil nun eindeutig gegen seine Person aus, wozu Blumenthal ausführte: „Für Prof. Richter haben wir nichts übrig [...]. Ich lehne Richter ab[,] weil wir wissen, in dem Augenblick wo Richter da ist, entsteht ein Unruheherd. Der Betriebsrat beschloß in einer Sitzung Prof. Richter nicht wieder einzustellen." Dass offenbar weder die Amtsleitung noch der Betriebsrat allein über gewisse personalpolitische Entscheidungen abstimmen wollten, scheint dann der Fall gewesen zu sein, wenn es sich bei den zur Disposition Stehenden um ehemalige Mitarbeiter handelte, die durch ihr Verhalten innerhalb des Amtes besonderen Unmut erregt hatten. Demgemäß forderte Blumenthal dazu auf: „Aber die Kollegen sollen hier entscheiden", was zu einer anschließenden „Diskussion über die PG-Frage" und mithin auch über Richter führte. Hier holte ihn nun seine Vergangenheit als Abwehrbeauftragter doch noch ein, denn Franz Schlosser erinnerte die Kollegen nachdrücklich „an die Einführung eines Spitzelsystems durch Richter".

Der Beitrag des anwesenden Wissenschaftlichen Mitarbeiters Dr.-Ing. Hans Heinrich Emschermann[902] zu dieser Diskussion ist in

901 Betriebsversammlung im MPA am Montag, dem 4.4.1949, S. 1–7, hier: S. 4, BAM-Archiv, Fach 13-1, Ordner: Abteilungsleiterbesprechung 1949/1952, und im Folgenden S. 4 f.

902 Hans Heinrich Emschermann (1913–1985), Studium der Fernmeldetechnik, 1938 Dipl.-Ing., 1944 Dr.-Ing., bis 1945 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Hochfrequenztechnik bzw. am Heinrich-Hertz-Institut (Hochfrequenz- und Dezimeterwellenmesstechnik), 1945 Tätigkeit an der Hochschule, gleichzeitig 2 Oberingenieurstellen am Institut für Hochfrequenztechnik und am Institut für Schwingungsforschung, 1948 Eintritt in das MPA als Leiter Fachgruppe „Messwesen für die Materialprüfung", 1963 Ruf an die TU Braunschweig, dort Übernahme der Leitung des Instituts für Grundlagen der Elektrotechnik und elektrischen Messtechnik als Nachfolger von Prof. Franz Möller, 1971 Mitglied des Kuratoriums der BAM; Liste Nachweisung I – Angestellte, die am 8.5.1945 bereits Beamte waren (Unterbringungsteilnehmer nach dem Ges. zu Art. 131 GG), BArch, B 126/13141; Personalblatt für Hans-Heinrich Emschermann vom [1.10.1955], BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Personalkarten Beamte (ab 1.12.1952); Chemisch-Technische Reichsanstalt vereinigt mit dem Materialprüfungsamt Berlin-

zweierlei Hinsicht besonders interessant. Sein Vorschlag zur Frage der Wiedereinstellung: „Wenn Prof. Richter entnazifiziert ist, sollten wir uns nicht mehr über den PG Richter unterhalten, sondern nur, ob wir den Menschen Richter ablehnen oder nicht“[903] weist, wie dies in zahlreichen anderen Fällen zu beobachten ist, zum einen noch einmal deutlich darauf hin, dass die offiziell bescheinigte Entnazifizierung und Rehabilitierung nicht zwangsläufig ausreichte, um auch innerbetrieblich als entnazifiziert und rehabilitiert zu gelten. Zum anderen gibt sie einen Hinweis darauf, dass die Entnazifizierung dazu genutzt werden konnte, unbeliebte oder in Ungnade gefallene Mitarbeiter aus der MPA-Gesellschaft auszuschließen. Die Entnazifizierung konnte also – um es normentheoretisch auszudrücken – dazu dienen, die „soziale Kreditbeziehung“ wieder auszugleichen.[904] Üblicherweise werden nämlich nicht alle Normbrüche sofort scharf sanktioniert, da dies einen großen Aufwand für die Akteure bedeuten würde. Vielmehr führen sie in verfestigten sozialen Beziehungen permanent Verhaltensbilanzen sowohl über ihr eigenes Verhalten als auch das Verhalten anderer. Während des „Dritten Reiches“ waren im Amt einzelne Akteure tätig, die – so beispielsweise Kluckow bei einer Sammlung – als Sanktionssubjekte im Sinne der NS-Weltanschauung aufgetreten waren. Diese hatten damit die amtsinternen Normen der guten Arbeitskameradschaft und Kollegialität überschritten, ohne dass sie hierfür allzu leicht sanktioniert werden konnten. Aufgrund der politischen Bedingungen handelte es sich also um eine Form des erzwungenen Sanktionsverzichts, der den sozialen Kredit immer weiter überzog. Erst die Entnazifizierung und die Wiedereinstellungspolitik boten nun

---

Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederung. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt. Berlin 1953, S. 23, BAM-Archiv; Bethe, Klaus: Nachruf auf Hans-Heinrich Emschermann, in: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 20 (1985), S. 74 f., BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L; o. Professor em. Dr. Ing. Hans-Heinrich Emschermann †, in: BAM-Information 5 (1985), S. 83, BAM-Archiv, Fach 3-2; Mitglieder des Kuratoriums der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) von der 1. bis zur 25. Sitzung, BAM-Archiv, Fach 35-2.

903 Betriebsversammlung im MPA am Montag, dem 4.4.1949, S. 1–7, hier: S. 4 f., BAM-Archiv, Fach 13-1, Ordner: Abteilungsleiterbesprechung 1949/1952, und im Folgenden.

904 Vgl. hierzu sowie zum Folgenden die Arbeit des Popitz-Schülers Spittler, Norm und Sanktion, 1967, S. 106; vgl. auch Popitz, Allgemeine Soziologische Theorie, 2011, S. 190–192.

die Möglichkeit, die soziale Rechnung wieder zu begleichen und diejenigen zu sanktionieren, welche die amtsinternen beziehungsweise konstitutiven Normen der Partikulargesellschaft des MPA gebrochen hatten. Es waren genau diese Art von Normen, gegen die Richter als Abwehrbeauftragter durch die „Einführung eines Spitzelsystems" offenbar verstoßen hatte.

Die Betriebsversammlung präsentierte nun die Rechnung: Mittels einer „Abstimmung durch Handzeichen" billigte die Belegschaft letztlich den Beschluss des Betriebsrates, Richter nicht wiedereinzustellen.[905] Diese Entscheidung drohte über zwei Jahre später noch einmal unterminiert zu werden. Vermutlich im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Artikel 131 des Grundgesetzes[906] stand die Frage nach einer Wiederbeschäftigung Georg Richters im MPA erneut auf der Tagesordnung. Max Pfender, der zu diesem Zeitpunkt bereits das Amt des Präsidenten innehatte, und der Tischler Richard Langner,[907] der den Betriebsrat vertrat, reagierten darauf mit einem Schreiben an den Senator für Inneres.[908] Für die Besetzung einer freien Stelle war

905 Betriebsversammlung im MPA am Montag, dem 4.4.1949, S. 1–7, hier: S. 5, BAM-Archiv, Fach 13-1, Ordner: Abteilungsleiterbesprechung 1949/1952.

906 Laut Greve, Täter oder Gehilfen?, 2003, S. 195, ermöglichte der Artikel 131 GG es insgesamt „mehr als 55.000 ehemaligen NS-Beamten, die im Rahmen der alliierten Säuberungspolitik aus ihren Ämtern entfernt worden waren, eine Rückkehr in den Staatsdienst". Zum Artikel 131 GG siehe Frei, Vergangenheitspolitik, 2012, bes. S. 19 f., S. 69–100; Wengst, Beamtentum, 1988, S. 152–252; Garner, Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren, 1998, S. 769–773; Herbert, NS-Eliten in der Bundesrepublik, 1998, S. 104; Conze, Suche nach Sicherheit, 2009, S. 155 f. Allg. auch Langhorst, Beamtentum, 1994; Garbe, Abkehr, Erinnerungsverweigerung und ‚Vergangenheitsbewältigung', 1998, bes. S. 701, 707.

907 Richard Langner (*1909), 1936 Eintritt in das StMPA als Tischler in der Abteilung „Faserstoffe", 1942 Tischler in der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", 1945 Übernahme in das MPA als Tischler im Technischen Betrieb, noch 1967 als Mitarbeiter der BAM erwähnt; Handakte Hummel, Mitarbeiterliste vom Oktober 1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; [Geschäftsverteilungsplan], Mai 1967, BAM-Archiv, Zweites Kellergeschoss, Parzelle 9, unbetitelter Ordner.

908 Richard Langner/Max Pfender an den Senator für Inneren über den Senator für Volksbildung, Betr. Einstellung des Dipl.-Ing. Walter Feucht, 20.10.1951, BArch, PERS 101/49464.

der Diplom-Ingenieur Walter Feucht[909] vorgesehen, doch auch Richter war hierfür vorgeschlagen worden. Weshalb man vonseiten des Amtes Feucht vorzog, wurde keineswegs nur damit begründet, dass der ehemalige Amtsangehörige aus Gründen seiner spezifischen Fachrichtung nicht für das zu besetzende Arbeitsgebiet in Frage käme – die Begründung zu seiner Ablehnung ging deutlich darüber hinaus und wurde weitaus grundsätzlicher formuliert, um zu vermeiden, dass Richter möglicherweise über die Besetzung einer anderen Stelle jemals wieder in das Amt zurückkehren könnte:

> „Allgemein bemerken wir zu der Person von Dr. Georg Richter noch folgendes: Dr. Richter ist aus der Zeit seiner früheren Tätigkeit im Materialprüfungsamt hier genau bekannt. Seine charakterlichen Eigenschaften sind derartig, dass er für eine Wiederverwendung im Materialprüfungsamt, ganz gleich an welcher Stelle, untragbar ist. Wenn Dr. Richter in unser Amt zurückkäme, würden erhebliche Spannungen in der Belegschaft eintreten und der Amtsfriede zerstört werden."[910]

Pfender und Langner baten daher eindringlich, „auch für die Zukunft bei Freiwerden anderer Stellen auf jeden Fall davon abzusehen, Dr. Richter für eine Wiedereinstellung" beim MPA vorzuschlagen und empfahlen, „ihn an ein anderes Institut zu vermitteln." Georg Richter kehrte offenbar tatsächlich nie wieder an seine alte Arbeitsstätte zurück

909 Walter Feucht (*1903), 1922 Schlosser-Volontär im Dampfmaschinen- und Lokomotiv-Bau bei der Firma R. Hartmann, 1922 Studium des Maschinenbaus, 1924 einen Monat bei der Reichswehr, 1928 Dipl.-Ing., 1928 Eintritt in die DVL als Assistent, später Stellv. Gruppenleiter, 1935 Referent (Reichsangestellter) der Prüfstelle für Luftfahrzeuge, einer Außenstelle des RLM, in Berlin-Adlershof, 1938 erst Referent, dann Referatsleiter im RLM (Generalluftzeugmeister), 1940 Ernennung zum Flieger-Stabsingenieur (Beamter auf Lebenszeit), 1945 bis 1949 sowjetische Kriegsgefangenschaft, 1950 selbständig als Zivil-Ingenieur, 1951 Eintritt in das MPA als Wissenschaftlicher Angestellter, 1954 Übernahme in die BAM, spätestens seitdem Leiter der Fachgruppe „Mechanische Messtechnik" in der Fachabteilung „Messwesen für die Materialprüfung"; Personalbogen Walter Feucht, 8.9.1954, BArch, PERS 101/49464; Max Pfender, an den BMWi, Betr. Höhergruppierung des wiss. Angestellten Dipl.-Ing. Walter Feucht, 21.6.1956, BArch, PERS 101/49464; Walter Feucht, Lebenslauf, 15.7.1951, BArch, PERS 101/49464; Aktenvermerk, 25.6.1977, BStU, MfS HA IX/11, Nr. FW 717, Akte 1.

und arbeitete später bei einer Firma in Berlin-Marienfelde.[911] Damit war die soziale Kreditbeziehung durch die vermutlich schärfstmögliche Sanktion wiederhergestellt worden: Den Abbruch der sozialen Beziehung. Der Hinweis auf den zu sichernden Amtsfrieden zeigt zudem, dass dieses Argument flexibel einsetzbar war, konnte es doch sowohl dazu dienen, Akteure in die Betriebsgemeinschaft zu integrieren, als ebenso dazu, diese zu exkludieren.

Zuletzt wird für die *zweite* Gruppe jener Personen, bei denen sowohl *Be-* als auch *Ent*lastendes durch Angehörige des MPA zur Sprache kam, der Fall eines Mitarbeiters betrachtet, an dessen Beispiel transparent wird, dass weder eine besonders herausragende fachwissenschaftliche Expertise noch eine äußere Rehabilitierung durch ein ‚erfolgreiches' Entnazifizierungsverfahren zwangsläufig dazu führten, innerhalb des Amtes akzeptiert und wiedereingestellt zu werden. Prof. Dr. Bruno Schulze (1899–1968) trat nach seinem Studium der Naturwissenschaften mit dem Hauptfach Botanik, das er als Dr. phil. abschloss, am 1. April 1927 in das StMPA ein, wo er auf dem Gebiet der Papierprüfung tätig war.[912] Parallel dazu führte Schulze in den darauffolgenden Jahren Forschungsarbeiten auf dem „neuartigen Gebiet des Holzschutzes und der Werkstoff-Biologie" durch, die 1937 zur Einrichtung eines neuen, gesonderten Arbeitsbereiches führten, dessen Leiter er wurde: die Werkstoff-Biologie.[913] Im Jahre 1941 wurde das Institut für Werkstoff-Biologie als Abteilung 6 „Werkstoff-Biologie" in das Vierjahresplan-Institut für Werkstofforschung am MPA überführt, das er, neben dem Fachbereich „Holzschutz" in der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", seit diesem Zeitpunkt ebenfalls leitete.[914] Auch politisch war er, wenngleich auf niedriger Ebene, in die Leitung involviert, denn Schulze, der sich selbst als „gottgläubig" bezeichnete, war zum

910 Richard Langner/Max Pfender an den Senator für Inneren über den Senator für Volksbildung, Betr. Einstellung des Dipl.-Ing. Walter Feucht, 20.10.1951, BArch, PERS 101/49464.

911 Max Pfender an den Bundesminister für Wirtschaft, Betr. Verwaltungsstreitsache Dr. phil. Anton Lambertz, 10.6.1959, Entwurf, BAM-Archiv, Order Nr. 3/7K 268/50.

912 Prof. Dr. phil. Bruno Schulze, in: Materialprüfung 10 (1968), S. 102.

913 Erich Siebel, Zeugnisentwurf für Bruno Schulze, 7.7.1945, BAM-Archiv, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse.

914 Vgl. zu den Kriegsarbeiten Schulzes ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten, wo er seit September 1933 als Politischer Leiter tätig war und sich zudem als Kultur-Amtsleiter der NSDAP-Ortsgruppe Wilhelmshorst einbrachte.[915] Im Juni 1945 wurde er als „aktiver Pg." aus dem Amt entlassen.[916] Dies bedeutete zunächst allerdings keinen Abbruch seiner Verbindungen mit dem MPA. So erhielt Schulze, der nach seinem Ausscheiden in der Folgezeit als privater Sachverständiger für Holzschutz und Werkstoff-Biologie tätig war, im Oktober 1945 von Siebel einen bezahlten Arbeitsauftrag,[917] dessen Inhalt jedoch nicht bekannt ist. Weiter muss unklar bleiben, aus welchen Mitteln Schulze bezahlt wurde. Möglicherweise hing der Auftrag mit der Fertigstellung einer Publikation zusammen, die spätestens im Frühjahr 1946 noch einmal zu einem engen Austausch zwischen dem offiziell Ausgeschiedenen und dem Präsidenten führte. Dabei handelte es sich um die Veröffentlichung von Arbeiten, die während des Zweiten Weltkrieges am Vierjahresplan-Institut begonnen wurden und deren Ergebnisse nach einer weiteren Überarbeitung publiziert werden sollten.[918] An den Forschungsarbeiten war nicht nur Schulze selbst beteiligt, sondern auch zahlreiche seiner ehemaligen Mitarbeiter wie die Werkstoffbiologin Dr. Gerda Theden, der Zoologe und Holzforscher Dr. Günther Becker, die Textilchemikerin Dr. Hildegard Mendrzyk und der Chemiker Dr. Georg Gasda,[919] die (bis auf Mendrzyk) vor 1945 alle am Institut für Werkstoffbiologie des StMPA und späteren Vierjahresplaninstitut gearbeitet hatten und nach Kriegsende weiterbeschäftigt wurden. Als sich die Veröffentlichung der vor 1945 begonnenen Arbeiten auf dem Holzschutzgebiet knapp zwei Jahre später konkretisierte, verfasste Schulze im November 1947 einen Brief an den MPA-Präsidenten – zu diesem Zeitpunkt war dies bereits

915 Zudem NSV, RLB, DAF, Reichskolonialbund; StMPA, Personalnachrichten über Bruno Schulze, 18.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 161–162; Erich Seidl an den Reichsminister, REM, Betr. Vorschlag zur Ernennung des Wissenschaftlichen Hilfsarbeiters Dr. Bruno Schulze zum Ständigen Mitglied und Professor, 19.11.1937, BAM-Archiv, Personalakte Schulze, Bl. 67.

916 Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25.

917 Bruno Schulze an Erich Siebel, 26.10.1945, BAM-Archiv, Personalakte Schulze.

918 Erich Siebel an Bruno Schulze, 29.1.1946, BAM-Archiv, Personalakte Schulze.

Pfender – und teilte mit, er könne mit der Bekanntgabe der von ihm „allein oder mit Mitarbeitern durchgeführten Untersuchungen nur einverstanden sein, wenn sie unter der zugesicherten Nennung [s]eines Namens“[920] erfolge. Die Antwort Pfenders ist aus einem bestimmten Grund von besonderem Interesse: Sie ordnete die geplante Veröffentlichung in den Kontext der „Entlastung“ Schulzes ein. Offenbar hatte Pfender nicht nur Rücksprache mit Becker und Theden, sondern vor allem auch mit dem Betriebsrat des MPA gehalten, woraufhin sich dieser zusammen mit der Amtsleitung darauf geeinigt habe, man müsse Wert darauf legen, „daß die Zeit des Entstehens dieser Arbeiten entweder aus dem Text oder aus einer besonderen Anmerkung zu erkennen“ sei. Als Begründung dafür führte er aus: „Wir glauben, daß Sie damit ebenfalls einverstanden sind und auf diese Weise helfen, möglichen Schwierigkeiten wegen Ihrer noch ausstehenden Entlastung zu begegnen.“[921] Schulze begründete seinen Parteieintritt erstaunlich knapp. Offenbar, um nicht als Profiteur des Nationalsozialismus zu gelten, gab er an, „nicht aus Zweckmässigkeitserwägungen“ NSDAP-Mitglied geworden zu sein, sondern weil er „damals ehrlich an die guten Ziele der Partei“ geglaubt und angenommen habe, sich „den allgemeinen Aufgaben über [s]eine berufliche Tätigkeit hinaus nicht entziehen zu dürfen.“[922]

Der übrige Teil seines Schreibens an die Entnazifizierungskommission vom April 1946 bestand aus der Betonung seiner wissenschaftlichen Leistungen, die als Rechtfertigung dafür dienen sollten, sein Verfahren beschleunigt durchzuführen: So habe er in beruflicher Hinsicht über seine dienstliche Tätigkeit hinaus auf seinem Spezialgebiet „Ungewöhnliches geleistet“ und es sei im „Interesse der allgemeinen Wichtigkeit“ seiner Arbeiten, „insbesondere auf dem Gebiet der Schadensverhütung und des Holzschutzes“, dass er möglichst bald wieder auf seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren könne. Während sich bei zahlreichen Entnazifizierungsverfahren anderer Mitarbeiter des MPA oder

919 Bruno Schulze an Erich Siebel, 14.2.1946, BAM-Archiv, Personalakte Schulze; Erich Siebel an Bruno Schulze, 19.2.1946, BAM-Archiv, Personalakte Schulze.

920 Bruno Schulze an Max Pfender, 27.11.1947, BAM-Archiv, Personalakte Schulze.

921 Max Pfender an Bruno Schulze, 10.12.1947, BAM-Archiv, Personalakte Schulze.

922 Bruno Schulze an die Entnazifizierungskommission für die Stadt Berlin, 30.4.1946, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-03-11, Nr. 2748, und im Folgenden.

der CTR ausführlichere Erklärungsversuche oder Selbstentlastungserzählungen finden lassen, stellte Schulze hier vor allem ein Argument in den Vordergrund: seine wissenschaftlichen Leistungen und Tätigkeiten, bei denen er allerdings den autarkie- und rüstungsindustriellen Kontext verschwieg und mit harmloseren, zivilen Begrifflichkeiten umschrieb. Eine Beschleunigung des Verfahrens bewirkte diese Argumentation jedoch nicht. Mehr als zwei Jahre später war Schulze immer noch nicht entnazifiziert, was ihn offenbar dazu veranlasste, ein weiteres Schreiben an die Entnazifizierungskommission zu richten und eine eingehendere Selbstentlastungserzählung zu formulieren. In dieser führte er aus, er sei vor 1933 in keiner Partei gewesen und habe „gänzlich unpolitisch" nur für seine Arbeit gelebt, „ständig" die liberale *Vossische Zeitung* gelesen und „fast täglich über 20 Jahre lang mit einer bekannten jüdischen Familie" verkehrt, die nun in Amerika lebe und mit ihm erneut in Verbindung getreten sei. Sein Eintritt in die Partei sei das Ergebnis einer Täuschung durch die Nationalsozialisten gewesen: „Wie gefährlich und undurchsichtig die Verführung war, geht u.a. daraus hervor, dass 1933 ein Tierschutzgesetz angenommen wurde, nach dem, nach Ansicht der Fachleute ‚keiner Katze ein Haar gekrümmt werden dürfte', derselbe Staat richtete später im Geheimen Gaskammern ein."[923] Für einen Austritt aus der Partei sei er in seinem Beruf zu beschäftigt gewesen und auch sei „keine Zeit und Gelegenheit zu politisch-kritischer Unterrichtung" geblieben, er versicherte jedoch, dass er keine Kenntnis von Verbrechen oder „sonst je von den abscheulichen Handlungen" gehabt habe, „die jetzt offenkundig geworden" seien.[924] Nach einer ausführlichen Darlegung seiner wissenschaftlichen Leistungen sowie

923 Bruno Schulze an die Entnazifizierungskommission Berlin-Charlottenburg, 31.12.1948, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02, Nr. 155. Siehe zum Tierschutzgesetz von 1933 allg. auch Möhring, „Herrentiere" und „Untermenschen", 2011.

924 Bruno Schulze an die Entnazifizierungskommission Berlin-Charlottenburg, 31.12.1948, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02, Nr. 155. Wie wahrscheinlich ein solches Nichtwissen war oder ob die Aussage nicht vielmehr der eigenen Schuldabwehr und Distanzierung von den NS-Verbrechen dienen sollte, sei hier einmal dahingestellt. Siehe hierzu allgemein auch Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!", 2006; Bajohr/Pohl, Holocaust als offenes Geheimnis, 2006. Fulbrook, Reckonings, 2018, S. 523, weist nachdrücklich auf die aktive Involvierung hunderttausender Deutscher „in the practices of processes of exclusion, deportation, maltreatment,

deren Bedeutung für die Wirtschaft bat er abschließend noch einmal um Entnazifizierung und dadurch die Möglichkeit, „alle meine Kräfte wie früher im Rahmen meiner nun einmal ganz speziellen Arbeitsaufgaben einzusetzen" und die „Diskriminierung aufzuheben, da ich nicht aus selbstsüchtigen oder gar ehrlosen Beweggründen gehandelt habe."[925]

Dem Schreiben vom Dezember 1948 waren insgesamt neun Anlagen beigefügt, deren Großteil Nachweise für Schulzes Bedeutung und Tätigkeit als Wissenschaftler darstellten; lediglich zwei waren Leumundszeugnisse. Eines davon erhielt Schulze von dem ehemaligen Leiter der MPA-Fachgruppe „Kautschuk, Holz, Leim, Leder" der Abteilung 4 „Organische Stoffe", Johannes Stamer.[926] Dieser bescheinigte Schulze einen „lauteren Charakter" und bestätigte, dieser sei durch das NS-Regime getäuscht worden. Stamer könne nur annehmen, dass auch dem Betroffenen „die raffiniert getarnten Ziele der Partei nicht

---

and killing" und das Wissen von Millionen „about the violence and at least some aspects of the machinery of destruction" hin, von denen die meisten auf der Seite der Täter ihre Unschuld durch Unwissenheit beteuerten.

925 Bruno Schulze an die Entnazifizierungskommission Berlin-Charlottenburg, 31.12.1948, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02, Nr. 155.

926 Johannes Stamer (*1875), 1897 Studium an den Technischen Hochschulen München und Berlin, 1904 Eintritt in das KMPA in die Abteilung für Metallprüfung, 1919 Übernahme in das StMPA, 1923 Mitarbeiter der Abteilung für Kautschuk in der Hauptabteilung „Organische Stoffe", spätestens 1924 Ständiger Mitarbeiter, spätestens 1928 Ständiges Mitglied und Professor sowie Assistent des Dozenten am Lehrstuhl für Materialprüfungswesen an der TH Berlin, spätestens 1935 Stellv. Leiter der Abteilung „Kautschuk, Leder, Isolier- und Anstrich-Stoffe", 1936 Leiter der Fachgruppe „Kautschuk, Holz, Leim, Leder" der Abteilung „Organische Stoffe", 1937 Ruhestand; Nachweisung über den Bildungsgang der Ständigen Mitarbeiter, 1924, BAM-Archiv, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; Wilhelm Herzberg an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Betr. Einnahmen von Amtsangehörigen aus Nebenämtern, 10.9.1928, GStA, I. HA, Rep. 76, Vb Sekt. 15, Tit. II, Nr. 1, Bd. 1; [Liste der Mitarbeiter, Assistenten und Techniker, 1905], GStA, I. HA, Rep. 76, Vb Sekt. 14, Nr. 4, Bd. 2; StMPA, Gliederung 1. Mai 1935, BArch, R 4901/15202, Bl. 50; Verzeichnis der Abteilungen, Fachabteilunge und Fachgruppen (Stand 1.11.1936), BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; Erich Seidl an den Reichsminister, REM, Betr. Vorschlag zur Ernennung des Wissenschaftlichen Hilfsarbeiters Dr. Bruno Schulze zum Ständigen Mitglied und Professor, 28.12.1937, BAM-Archiv, Personalakte Schulze, Bl. 67.

bekannt waren, die er wohl entschieden abgelehnt hätte."[927] Zu bemerken ist, dass der Zeuge zum einen nicht im unmittelbaren Umfeld mit Schulze gearbeitet hatte und zum anderen bereits vor Kriegsende altersbedingt aus dem Amt ausgeschieden war. Anders sah dies im Falle Georg Gasdas aus, der als Chemiker im Institut für Werkstoffbiologie tätig gewesen war und fast sieben Jahre „täglich Gelegenheit [gehabt habe], Prof. Sch. in seinem Verkehr mit den zahlreichen Angehörigen [s]einer Abteilung zu beobachten", wie er in seiner eidesstattlichen Erklärung angab.[928] Zwar kam darin durchaus auch vermeintlich Entlastendes zur Sprache – so sei Schulze „letzten Endes [...] diktiert von seinem Arbeitseifer" gewesen und habe beispielsweise dadurch für „kameradschaftliches Zusammenhalten innerhalb der Abteilung" gesorgt, dass er „des Geburtstages jeden Einzelnen" gedacht habe, „im Frieden sogar mit Kaffe[e] und Kuchen" – den Vorwurf eines NS-konformen Auftretens des Betroffenen jedoch entkräftete Gasda nicht *per se*, sondern versuchte sich lediglich an einem Erklärungsversuch. So habe Prof. Schulze wohl geglaubt, „zu dem s.Z. vorgeschriebenen Gruss ‚Heil Hitler' [...] pflichtgemäss alle Abteilungsangehörigen anhalten zu müssen, wie er sich wohl auch pflichtgemäss in Uniform zeigte und bei den üblichen Sammlungen beteiligte", und auch von seinem Mitarbeiter Gasda habe er den Gruß verlangt. Interessant an der Erklärung ist nicht nur, dass darin sowohl *Ent-* als auch *Be*lastendes vorgetragen wurde, sondern dass zwischen den Zeilen – und neben dem eigentlich für ein Leumundszeugnis Relevanten – das offenbar nicht ganz unbelastete zwischenmenschliche Verhältnis zwischen dem Betroffenen und seinen Mitarbeitern sowie mithin die Stimmung innerhalb der Abteilung herauszulesen war. So berichtete der Chemiker davon, dass es „hin und wieder bezüglich der vorgeschriebenen Dienstzeit und der Arbeitsauffassung im Kreise von etwa 20 Abteilungsangehörigen zu Differenzen kam", was kaum verwunderlich sei, „wenn man weiss, dass Prof. Schulze vielfach der Erste und der Letzte in seiner Abteilung" gewesen sei. Auch hätten „sich manchmal erregte Auseinandersetzungen

927 Johannes Stamer, Eidesstattliche Erklärung, 13.4.1947, Anlage 2 zu: Bruno Schulze an die Entnazifizierungskommission Berlin-Charlottenburg, 31.12.1948, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02, Nr. 155.

928 Georg Gasda, Eidesstattliche Erklärung, 26.2.1948, Anlage 3 zu: Bruno Schulze an die Entnazifizierungskommission Berlin-Charlottenburg, 31.12.1948, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02, Nr. 155, und im Folgenden.

ergeben", die Gasda mit der „ausserordentlichen Beanspruchung von Prof. Schulze" zu erklären versuchte, „die seine Nerven bei Beeinträchtigung durch ein organisches Körperleiden andauernd in Spannung halten musste". Allem Anschein nach hatte der Werkstoffbiologe seine Mitarbeiter also zur Verwendung des Deutschen Grußes angehalten, lange Arbeitszeiten verlangt und schien leicht reizbar gewesen zu sein, was zu „Differenzen" und „erregte[n] Auseinandersetzungen" geführt hatte.

Was sich hier bereits andeutete, fand wenige Monate später seinen Niederschlag in dem Bericht eines Prüfers der Entnazifizierungskommission von Anfang Mai 1949. Dieser hatte offenbar das Ergebnis einer vorherigen Betriebsversammlung des MPA dokumentiert, die nachhaltige Konsequenzen für Schulze gehabt hatte. In wenigen Stichworten bildete der „Prüferbericht" die unterschiedlich wertenden Aussagen über den Betroffenen ab, vor allem aber das, was ausschlaggebend dafür war, dass dieser nicht mehr zu seiner alten Arbeitsstätte zurückkehrte: Zwar notierte der Bericht: „Frl. Dr. Theden, engste Mitarbeiterin, Frl. Lehmann + Frl. Starfinger, die alle unter ihm gearbeitet, hat er nie gedrängt zum Parteieintritt, war gar nicht politisch, Idealist."[929]

929 Hervorheb. i. O., E. K. Prüfbericht Schulze, Bruno Dr. phil. Biologe, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02, Nr. 155. „Frl. Lehmann" mit hoher Wahrscheinlichkeit diese: Anna Lehmann (*1889), 1940 Eintritt in das StMPA als Technische Angestellte in der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen", 1945 Übernahme in das MPA als Technische Angestellte für werkstoffbiologische Versuche, noch 1953 als Angestellte erwähnt; Liste der Angestellten (Handakten Hummel), Oktober 1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Verzeichnis der beim Materialprüfungsamt beschäftigten Angestellten und Arbeiter, die eine 10-jährige Wartezeit gem. Vereinbarung über die Versetzung in den Ruhestand (RTV) am 1.4.53 erfüllt haben und nicht als Beamte vorgesehen sind, BArch, B 102/36887. Käthe Starfinger (1913–1989), 1935 Eintritt in das StMPA als Technische Angestellte in der Abteilung „Werkstoff-Biologie", 1938 Technische Angestellte des Instituts für Werkstoff-Biologie des StMPA, 1941 Technische Angestellte in der Abteilung 6 „Werkstoff-Biologie" des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung beim StMPA, 1945 Übernahme in das MPA als Technische Angestellte für chemisch-technische Holzuntersuchungen, 1973 Ruhestand; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, Zeugnisentwurf, 11.7.1945, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse; Bruno Schulze, [Liste der] z. Zt. im Fachbereich bzw. der gleichnamigen Abteilung Werkstoff-Biologie arbeitende Personen,

Noch davor stand allerdings: „Auf d[er] Arbeitsstelle sagen Herr Lehmann, Vizepräsident Kindscher + Betriebsrat Blumenthal, dass d[ie] gesamte Belegschaft ihn ablehnt, wollen mit ihm nicht mehr arbeiten, er forderte nur d[en] deutschen Gruss, war aber mehr Idealist, nicht aggressiv, hatte nicht viel Freunde."[930] Der Fall Bruno Schulzes stellt ein weiteres Beispiel dafür dar, dass bei der Entnazifizierung ehemaliger und wieder- oder weiterbeschäftigter Mitarbeiter des MPA sowohl Be- als auch Entlastendes zur Sprache kommen konnte, eine eindeutige Beurteilung des Betroffenen also keineswegs immer einfach herzustellen war. Die Beurteilung hing vielmehr häufig von den persönlichen Beziehungen der Akteure untereinander ab. Darüber hinaus zeigt der Fall aber vor allem, dass weder wissenschaftliche Expertise und Qualifikationen, die bei Schulze als einer unbestreitbaren Koryphäe auf seinem Fachgebiet zweifellos gegeben waren, noch die offizielle Entnazifizierung zwingend dazu ausreichten, um von der Belegschaft akzeptiert und wiedereingestellt zu werden. Kurzum: Die ‚äußere' Rehabilitierung war keineswegs automatisch gleichbedeutend mit einer ‚amtsinternen' Rehabilitierung, sofern der Betroffene sich durch Verstöße gegen die im Amt auch vor 1945 geltenden Normen und Verhaltenskodizes belastet hatte. Die amtsinternen Normen schlugen die Normen aus dem Feld, die das Entnazifizierungsgesetz vorgab.

Diese These bestätigt sich auch beim Blick auf die *dritte* hier zu beleuchtende Gruppe der Personen, denen die Kollegen Unterstützung nicht nur versagten, sondern sie in ihren Aussagen sogar belasteten. Auch aus dieser Perspektive wird transparent, dass amtsinterne Verhaltensregeln anderen Imperativen gehorchten, als jene, welche die Entnazifizierung eigentlich forderte. Henriette Camphausen und Walter Ermlich, deren Fälle bereits behandelt worden sind, erhielten ein belastendes Urteil durch ihre ehemaligen Kollegen.[931] Gleiches geschah

15.12.1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Persönliche Angaben von Käthe Starfinger, Anlage zu: Aufstellung des Forschungs- und technischen Personals 5.3.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates; Käthe Starfinger †, in: BAM-Information 4 (1989), S. 47, BAM-Archiv, Fach 32-2.

930 Hervorheb. i. O., E. K. Prüfbericht Schulze, Bruno Dr. phil. Biologe, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-01-02, Nr. 155.

931 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 3.1.

Otto Hoffmann[932] und Martin Scheile. Ersterer war durch Fragebogenfälschung aufgefallen und machte es dem Ausschuss deshalb leicht, das Urteil, er sei „ein überzeugter und unangenehmer Nazi" gewesen, einstimmig zu beschließen.[933] Besonders aufschlussreich daran ist die Semantik: Denn die Unterscheidung zeigt an, dass die Akteure das entscheidende Kriterium nicht darin sahen, ob jemand Parteimitglied gewesen war, sondern ob jemand sich als ‚angenehmer' oder ‚unangenehmer' Nazi erwiesen hatte. Dasselbe Verdikt traf auch Martin Scheile, denn dieser lief nicht nur mit „S[A]-Kappe" im Amt umher und war keinesfalls allein „einfaches Pg-Mitglied" gewesen, sondern von „übelster Sorte", da er ein Verhalten gezeigt habe, das als „aktiv zu bezeichnen" sei.[934] Dass Scheile zu allem Überfluss auch noch selbst einräumte, er habe „einen Mann verhaften lassen, um ihn in ein KZ zu bringen", gereichte ihm nicht zum Vorteil.

Bei der Betrachtung der Entnazifizierungsverfahren ehemaliger und weiter- oder wiederbeschäftigter Mitarbeiter des MPA und der CTR wird das Amt einmal mehr als eine Partikulargesellschaft mit eigenen Normen sichtbar, unter denen die Norm der innerbetrieblichen Solidarität und Kollegialität von herausragender Bedeutung war. Dementsprechend war auch die Gewährung oder Verweigerung von Unterstützung in dem von den Alliierten angeordneten politischen Säuberungsprozess wesentlich davon abhängig, wer sich vor dem

932 Otto Hoffmann (*1877), 1942 Technischer Angestellter in der II. Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen" des StMPA, 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2.587.262), [Mitglied der SA], 1945 Ausscheiden „wegen Betriebseinschränkung"; Handakte Hummel, Mitarbeiterliste vom Oktober 1942, BAM-Archiv, Ordner: Personal der II. Hauptabteilung; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, Zeugnisentwurf, 20.6.1945, BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Ausgeschiedene, Zeugnisse; Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25; Berufungsregistrierungsformular, 6.1.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-13, Nr. 14; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/16430543; NSDAP-Zentralkartei, BArch, R 9361-VIII/11920172.

933 Berufungsregistrierungsformular, Otto Hoffmann, Begründung, 6.1.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-13, Nr. 14.

934 Wilhelm Blumenthal, Abt. Betrieb, an Polizeipräsidium, 8.8.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8528, A 17, Bl. 3, und im Folgenden.

‚8. Mai' an diese Normen gehalten oder wer gegen sie verstoßen hatte, was sich in *ent-* oder *be*lastenden Leumundszeugnissen und Aussagen vor den Spruchkammern niederschlagen konnte.[935] Die Kriterien zur Beurteilung von „nicht belasteten" und „belasteten Pg." waren – wie gezeigt – bereits lange vor der Verabschiedung des sogenannten „Befreiungsgesetzes" durch den MPA-internen Vertrauensausschuss festgelegt worden; dessen personelle Besetzung entsprach der des Betriebsrates.[936] So nimmt es nicht Wunder, dass der Betriebsrat selbst, namentlich vor allem Blumenthal als dessen Vorsitzender, eine besondere Rolle in den Verfahren der Betroffenen einnahm und dabei zugleich versuchte, die eigens definierten Kriterien auf die gesetzliche Entnazifizierung zu übertragen und durchzusetzen. Dass die jeweils Betroffenen *vice versa* auf ihre Proto-Entnazifizierung innerhalb des Amtes verwiesen, zeigt beispielhaft der Fall des Diplom-Ingenieurs Erich Jung, der bei seinem Antrag auf Durchführung des Entnazifizierungsverfahrens darauf verwies: „Nach Wiederaufnahme der Tätigkeit des Materialprüfungsamtes [...] hat der Vertrauensausschuss keine Bedenken gehabt, mich trotz meiner Parteizugehörigkeit wieder mit einzustellen."[937]

935 Auf einen auch während der NS-Zeit wirksamen Verhaltenskodex, der besonders im Falle von Denunziationen gebrochen wurde, verweist auch Rammer, „Sauberkeit im Kreise der Kollegen", 2007, S. 400. Dass die Entnazifizierung weiter auch die Möglichkeit bot, NS-Denunziationen auf Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" nun juristisch zu verfolgen, öffnete, so Abke, Sichtbare Zeichen unsichtbarer Kräfte, 2003, S. 13, allgemeiner „auch erneuten Wellen von Anschuldigungen und Denunziationen Tür und Tor".

936 Diese Kriterien galten ebenfalls für die ehemaligen Angehörigen der CTR, über die der Betriebsrat nach der Eingliederung der Reichsanstalt in das MPA Nachforschungen zu einer potenziellen Belastung bei deren Kollegen angestellt hatte, wie der Fall von Hugo Kemper zeigt. Paul Jonas äußerte sich dazu wie folgt: „Wir mussten uns mit den Pg's beschäftigen und haben in weitestem Maasse die Kollegen über die Einstellung des Dr. K. befragt"; Entnazifizierungskommission beim Magistrat der Stadt Berlin, Allgemeine Kommission, Protokoll der Hauptverhandlung vom 21. Juni 1946, 25.6.1946, S. 1–6, hier: S. 6, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3553, A 02.

937 Erich Jung, Antrag auf Durchführung des Entnazifizierungsverfahrens, 6.4.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-13, Nr. 3484, A 20.

Blickt man auf die Selbstentlastungserzählungen und -apologetiken, die von den Betroffenen bei ihren Entnazifizierungsverfahren vorgebracht wurden, so fällt auf, dass obwohl alle von ihnen in einer staatlichen Behörde – darunter viele überdies als Beamte – *und* im wissenschaftlich-technischen Bereich gearbeitet hatten, Entlastungsmotive wie das des ‚bloßen' Staatsdienstes oder der ‚reinen' wissenschaftlichen Zuneigung zwar durchaus bemüht wurden, keineswegs jedoch ausschließlich und in dem Maße, wie dies prinzipiell für jeden Mitarbeiter durch die Tätigkeit als Ressortforscher möglich gewesen wäre. In den meisten Fällen kamen Erzählmuster und Argumentationsfiguren zur Sprache, welche die einschlägige Forschung auch bei anderen Institutionen oder Personengruppen identifiziert hat – insofern erweist sich die Geschichte der Entnazifizierung des MPA in weiten Teilen als Teil der Geschichte der Entnazifizierung überhaupt. Dass auch eine offiziell bescheinigte Rehabilitierung durch die Spruchkammern keineswegs gleichbedeutend mit einer amtsinternen Rehabilitierung war, zeigen in besonderem Maße die untersuchten Fälle des Diplom-Ingenieurs Prof. Georg Richter und des Werkstoffbiologen Prof. Dr. Bruno Schulze, die bereits zeitgenössisch als „Prinzip-Fall"[938] für den amtsinternen Umgang mit der ‚äußeren' Entnazifizierung und deren Ergebnisse behandelt wurden. Als die Frage nach der Wiedereinstellung der beiden Ehemaligen und zu diesem Zeitpunkt offiziell Rehabilitierten aufkam, fand im April 1949 in einer Betriebsversammlung eine Abstimmung per Handzeichen über deren Rückkehr in das Amt statt. Die während der Diskussion formulierten Einwände spiegelten im Kern die Grundsätze für den Umgang mit dem Thema wider. *Erstens*, so betonte der Chemiker Dr. Walter Toeldte, sei „mit der Entnazifizierung noch kein Recht auf Wiedereinstellung verbunden".[939] *Zweitens*, wie eine der Anwesenden anmerkte, sollten „PGs, die sich unbeliebt gemacht hätten, [...] nicht wieder eingestellt werden", was sich *drittens*, wie Blumenthal sozusagen als obersten Leitsatz formulierte, darauf gründete, dass der „Burgfriede im Amt [...] gewahrt werden [muß]."

938 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 4.3.1949: „Wiedereintritt Prof. Richter", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

939 Betriebsversammlung im MPA am Montag, dem 4.4.1949, S. 1–7, hier: S. 5, BAM-Archiv, Fach 13-1, Ordner: Abteilungsleiterbesprechung 1949/1952, und im Folgenden.

Am Ende sollte keiner von beiden wiedereingestellt werden. Nachdem sowohl die amtsinterne als auch die von außen durch die politischen Säuberungsbestrebungen der Alliierten angeordnete Entnazifizierung weitestgehend abgeschlossen worden war, fand die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit mit Blick auf personelle Konsequenzen Ende der 1940er Jahre ihr Ende.[940] Auch hatte man sich während dieser Zeit intern zunächst auf einen Umgang mit der Vergangenheit geeinigt, indem diese durch die Formulierung neuer Normen und Sollforderungen zum Zwecke der Herausbildung einer MPA-Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft prospektiv abgewickelt worden war. Mit dem sukzessiven Wegfallen akuter Bedrohungen für das Amt und seine Belegschaft begann der Aufbau einer institutionellen Erinnerungskultur, bei der es über Jahrzehnte hinweg galt, eine spezifische Erzählung sowie ein verbindliches Bild der Vergangenheit zu formen und dieses in das institutionelle Gedächtnis zu überführen.

940 Dies deckte sich zeitlich auch mit der allgemeinen Entwicklung der Entnazifizierung in Westdeutschland, die seit 1949 sukzessive beendet wurde, vgl. Eichmüller, Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen, 2011, S. 56. Siehe zur Rolle der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der neu gegründeten Bundesrepublik weiter ders., Keine Generalamnestie, 2012. In vergleichender Perspektive auch Weinke, Verfolgung von NS-Tätern, 2002. Eine solche Periodisierung im Umgang mit der NS-Vergangenheit nimmt auch Frei, Deutsche Lernprozesse, 2003, S. 89, vor: Nach der „Phase der politischen Säuberung" zwischen 1945 und 1949 habe mit der Gründung der Bundesrepublik sodann die Vergangenheitspolitik eingesetzt. Eine Übersicht der nach 1949 rapide abnehmenden „Zahl der jährlich von westdeutschen Staatsanwaltschaften neu eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen NS-Verbrechen" im Zeitraum von 1945–1997 findet sich bei Raim, Justiz zwischen Diktatur und Demokratie, 2013, S. 657. Zur öffentlichen Meinung zur Entnazifizierung, die überwiegend negativ und ablehnend ausfiel, siehe Institut für Demoskopie Allensbach, Die öffentliche Resonanz der Entnazifizierung, 1954.

5 Zur institutionellen Selbst-Narration von normativer Qualität

5.1 Einleitendes

Mit den ausgehenden 1940er Jahren fand die akute Phase der Auseinandersetzung des MPA mit der NS-Vergangenheit sowohl mit Blick auf personelle Konsequenzen als auch auf den internen Umgang mit den zwölf Jahren der Diktatur und den aus ihr als kompromittiert hervorgegangen Amtsangehörigen im Wesentlichen ihren Abschluss. Am Ende dieser Transformationsphase des MPA und seiner Belegschaft zu einer Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft, bei der die Formulierung neuer Normen und Sollforderungen sowie die prospektive Vergangenheitsabwicklung konstitutiv waren, stand ein hinsichtlich der zahlreichen Belastungsproben, die sich seit dem ‚8. Mai 1945' ergeben hatten, weitestgehend konsolidiertes Amt. Damit begann sukzessive der Aufbau einer institutionellen Erinnerungskultur[941] und

941 Grundsätzlich wird hier nach Benz, Umgang mit Gedenktagen und Gedenkstätten, 1995, S. 302, von der Prämisse ausgegangen, dass Erinnerung „Aneignung von Vergangenheit im öffentlichen Raum" ist. Der Historiker Cornelißen, Erinnerungskulturen, 2012, definiert „Erinnerungskultur" angesichts der Forschungsentwicklung seit den 1990er Jahren, als der Begriff Einzug in die Wissenschaftssprache fand, „als einen formalen Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse […], seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur" und „umschließt mithin neben Normen des ahistorischen oder sogar antihistorischen kollektiven Gedächtnisses alle Repräsentationsmodi von Geschichte". Zur Erinnerungskultur siehe grundlegend Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit, 2021; dies., Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur, 2020. Eng damit verbunden ist das Konzept des kollektiven Gedächtnisses, das „als Gesamtheit all jener Vorgänge […], denen Bedeutung bei der wechselseitigen Beeinflussung von Vergangenem und Gegenwärtigem in soziokulturellen Kontexten zukommt, […] seine jeweilige Ausprägung in Erinnerungskulturen" findet, Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen, 2017, S. 98. Zur materialen, sozialen und mentalen Dimension der Erinnerungskultur siehe ebd., S. 98–100. Drei Ebenen von lebenden Erinnerungen unterscheidet Jarausch, Zeitgeschichte und Erinnerung, 2002, S. 13–15, Zitat: S. 14, nach dem aus der „Interaktion von individuellen Erzählungen und kollektiven

Geschichtspolitik,[942] die über einen Zeitraum mehrerer Jahre und Jahrzehnte geformt wurde, um eine spezifische Erzählung sowie ein verbindliches Bild der Vergangenheit zu erzeugen und dieses schließlich in das institutionelle Gedächtnis zu überführen. Ziel dieses Kapitels ist es, zu rekonstruieren, wie die Akteure des Amtes nach der Gründung der Bundesrepublik und insbesondere nach der Erhebung des MPA zur

---

Stilisierungen […] durch Einbettung in längerfristige Überlieferungen die öffentliche Erinnerungskultur einer Gesellschaft [entsteht], die darüber entscheidet, welche Ereignisse behalten und welche vergessen werden." Zu Zeitzeugen und Erinnerungen sowie Erinnerungskultur siehe Plato, Zeitzeugen, 2019, bes. auch S. 263 f. Zur Funktion des Erinnerns für die Gegenwart und Identitäts- oder Orientierungsbildung vgl. Keller, Konstruktion, 2001, S. 318. Zum kollektiven Gedächtnis vgl. grundlegend das Werk des französischen Soziologen Halbwachs, Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, 2019, das erstmals im Jahre 1925 erschien. Zu Halbwachs' vgl. weiterführend Echterhoff/Saar, Einleitung, 2002; Assmann, Das kollektive Gedächtnis, 2005; Wetzel, Halbwachs, 2023.

942 Während sich für die „politische Dimension der Aufarbeitung diktatorischer Vergangenheit" der Begriff „Vergangenheitspolitik" etabliert hat, der vornehmlich „justizielle, legislative und exekutive Entscheidungen" umfasst, also „praktisch-politische Maßnahmen bezeichnet" und „öffentlich-symbolisches Handeln nachrangig behandelt", wird „Geschichtspolitik" gerade durch das umgekehrte Verhältnis gekennzeichnet, Bock/Wolfrum, Einleitung, 1999, S. 8 f. So richtet sich das Erkenntnisinteresse von geschichtspolitischen Forschungen „auf die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitätsbildern" und fragt, „wie über die Deutung historischer Ereignisse Identität zu stiften versucht wird" sowie weiter, „welche Auswirkungen sich daraus für das Geschichtsbewußtsein der Menschen ergeben", ebd, S. 9. Damit ist Geschichtspolitik ein „Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene politische Akteure die Vergangenheit mit bestimmten Interessen befrachten und in der Öffentlichkeit um Zustimmung ringen, Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen, 1999, S. 58. Dabei steht nach Wolfrum, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, 2010, S. 22, fürderhin die Frage im Vordergrund: „Was wird von wem erinnert, was wird – als Kehrseite der Erinnerung – ausgeblendet, was gar wird verdrängt?". Siehe hierzu ausführlich Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg, 1999, zur Definition bes. S. 32. Analytisch beschreibt der Begriff „Geschichtspolitik" nach Reichel/Schmid/Steinbach, Die „zweite Geschichte" der Hitler-Diktatur, 2009, S. 16 f., die „politische Indienstnahme von Geschichte" und „beschäftigt sich mit der deutenden und bewertenden Auseinandersetzung um die Vergangenheit".

Bundesanstalt (BAM) im Jahre 1954 als ein für die Institution zäsursetzendes Ereignis die eigene (NS-)Vergangenheit thematisierten.

Dabei können für die Beschreibung dieser Erzählung Begriffe fruchtbar gemacht werden, die der Sozialpsychologe Wolfgang Kraus ursprünglich für die Darstellung der persönlichen Identität eines Subjektes entwickelt hatte, die sich aber auch auf eine Gemeinschaft – mithin auch auf die MPA-/BAM-Gemeinschaft oder -Gesellschaft – übertragen lassen.[943] Kraus zufolge sprechen „Identitätsprojekte [...] nicht nur über die Zukunft, sondern auch über die Vergangenheit und Gegenwart",[944] und all das, was an Identitätsprojekten formuliert wird, „findet in Narrationen statt", die Formgesetzen unterliegen und „Gegenstand sozialer Einbettung" sind. Ausgehend von dem „Konzept einer formbaren, sozial vermittelten, *narrativen* Identität", bezeichnete der Sozialpsychologe die „Art und Weise, in der das Individuum selbst-relevante Ereignisse auf der Zeitachse aufeinander bezieht [...] als Selbst-Narration". In eine ähnliche Richtung argumentiert der Soziologe Karl-Siegbert Rehberg, der den Begriff der „Eigengeschichte" verwendet und konstatiert, dass jede Institution „ein Bild der eigenen Gründung und ihres geschichtlichen Verlaufs" produziere, „sozusagen eine institutionelle

943 Kraus, Das erzählte Selbst, 2000, S. 169. Die Bedeutung des Erzählens für die Identitätsbildung betonen verschiedene Kultur- und Sozialwissenschaften. So liest man bei Neumann, Vorwort, 2000, S. 7, dass „Philosophen wie Historiker, Soziologen wie Psychologen und Psychoanalytiker [...] oft genug unabhängig voneinander darauf gestoßen [sind], daß die Konstitution, Stabilisierung und Transformation individueller wie kollektiver Identitäten auf Erzählen angewiesen sind". Die Erzählungen – auch institutioneller Art – sind dabei „nicht als Wiedergabe von Faktischem, sondern dramatisch organisiert" und präsentieren daher „nicht Sachverhalte auf der Ebene der Information, sondern persönliches Erleben auf der Ebene der Selbst- und Fremdsuggestion", Boothe/Wyl/Wepfer, Erzähldynamik und Psychodynamik, 2000, S. 59. Zur narrativen Strukturierung als „eine Interpretation des Lebens, durch die vergangene Ereignisse und Vorfälle aus der gegenwärtigen Perspektive [...] als bedeutungsvoll verstanden werden" siehe Polkinghorne, Narrative Psychologie, 1998, S. 26. Hinsichtlich der zeitlichen Bezogenheit der Vergangenheit auf die Gegenwart ähneln „Eigengeschichten" oder „Selbst-Narrationen" Autobiografien, die als eine „retrospektive Gattung Sinn" bildet, indem sie einen aktuellen Zustand auf frühere Lebenszustände bezieht", wobei „nicht nur erinnert, sondern eine finalisierende Perspektivbildung vorgenommen" wird, Maurer, Autobiographie und Sozialisation, 2017, S. 169.

944 Kraus, Das erzählte Selbst, 2000, S. 166, und im Folgenden S. 168 f., 171.

‚Biographie'."[945] In der Herausarbeitung solcher „‚Eigengeschichten', die eine spezifische Zurichtung der geschichtlichen Gegebenheiten im Hinblick auf die Kontinuität der eigenen Existenzform darstellen", entsteht, so der Politikwissenschaftler Hans Vorländer und der Historiker Gert Melville, „eine entscheidende institutionelle Stabilisierungsleistung."[946]

Im Falle der hier betrachteten Behörde geht es sowohl darum, die institutionell konstruierte(n) Selbst-Narration(en) sichtbar zu machen, als auch ihre Funktion(en) für das Amt zu bestimmen, unter denen die Schaffung eines „identitätsrelevante[n] Bezugskollektiv[s]"[947] zentral war.[948] Zu diesem Zweck stützt sich die Untersuchung auf eine breite Vielfalt von Quellen, die über Jubiläumsfeiern, Mitarbeiterzeitschriften, Personalnachrichten bis hin zu Denkmälern reicht. Da der Umgang mit der Vergangenheit im Laufe der Zeit im Wesentlichen gleichgeblieben ist, eruiert das vorliegende Kapitel sein Thema in einem systematischen

945 Rehberg, Konstruktion kollektiver ‚Lebensläufe', 2004, S. 3 f.

946 Vorländer/Melville, Geltungsgeschichten und Institutionengeltung, 2002, S. X.

947 Straub, Geschichte erzählen, Geschichte bilden, 1998, S. 129.

948 Unter Identität wird hier nach Depkat, Autobiographie und soziale Konstruktion, 2003, S. 466, vornehmlich „jenes zur Vorstellung von Ich, Gesellschaft und Welt sich zusammensetzende Bündel von Wahrnehmungs- und Deutungsschemata, Selbstdefinitionen und Zugehörigkeitsgefühlen, Wertideen und Normen, Orientierungen und Loyalitäten" verstanden, „das Selbst- und Fremddefinition in ein Verhältnis zueinander setzt, das den einzelnen in größere Gruppen integriert und so sinnvolles Handeln in der Gesellschaft erst möglich macht". Dass Identität „eine Sache des Bewußtseins" ist und „erst durch Reflexion über das eigene Selbst" entsteht, gilt ebenfalls für die kollektive Identität (ebd.), die sich auch in Institutionen herausbilden kann, siehe hierzu besonders Achermann, Institutionelle Identität, 2016. Zur individuellen und kollektiven Identität als „Reflexionsbegriff" vgl. Kämper, Von zeitbedingten und ewigen Deutschen, 2003, S. 348. Dass Vereine, Firmen, Institutionen oder auch Völker und Staaten nur „durch Identitätsfindung und -bindung […] umrissene Gebilde […], abgrenzbar von anderen Gruppen" werden und diese Identitätsfindung „notwendig auf Geschichte angewiesen [ist], weil alles, was Gemeinsamkeit ausmacht, geworden ist", betont Jeismann, Verlust der Geschichte?, 1985, S. 13. Zur Selbstverortung politischer und kultureller Gemeinschaften „zwischen vergangener und kommender Geschichte, zwischen Erfahrung und Erwartung" und der Beglaubigung ihrer kollektiven Identität vgl. Jeismann, Geschichtsbilder, 2002. Zur Bedeutung historischer Narrative und der kollektiven Identität von sozialen Gruppen vgl. auch Oppelland, Historische Narrative, 2012.

Zugriff. Dabei wird die Genese der institutionellen Selbst-Narration nach Kommunikationsräumen und Kommunikationsmedien[949] untersucht und mit dem normentheoretischen Ansatz gekoppelt. Es wird zu zeigen sein, dass die Narration nicht einfach quasi objektiv aus der Quellenlage und Erinnerung der Akteure hervorging, sondern bewusst gestaltet worden ist. Diese Narration gehorchte bestimmten Normen, die dahin gingen, dass die Geschichte des Amtes auf eine bestimmte Art und Weise erzählt werden *sollte*. Der Eigengeschichte kam eine normative Qualität zu, da – so ist zu zeigen – der Versuch, gegen die Normen, welche diese Selbst-Narration oder -erzählung steuerten, zu verstoßen, sanktioniert wurde, unter anderem durch Zensur.[950]

Warum ist die Rekonstruktion dieser institutionellen Erzählung überhaupt relevant? Gemeinsam mit mehreren Kollegen legte Heinrich Popitz Ende der 1950er Jahre einen Klassiker der Industriesoziologie vor. In dieser Studie fragte Popitz nach der „sozialen Topik" und verstand darunter die wiederkehrenden Elemente bezüglich Geschichte und Gesellschaft in den Aussagen der befragten Arbeiter eines Hüttenwerkes im Ruhrgebiet.[951] Den Soziologen ging es darum, so auch der Titel der Studie, etwas über das „Gesellschaftsbild des Arbeiters" zu erfahren, also dessen Vorstellung über die Gesellschaft, in der er arbeitete und lebte sowie dessen Selbstverortung innerhalb dieser sozialen Formation.[952] Allgemeiner formuliert hat „[j]ede Topik, d.h. der Gesamtbestand verfügbarer Topoi [...] ihren sozialen Ort, an dem sie sich [...] als sinnvoll erweist".[953] Die Erkenntnisinteressen und methodischen

949 Dabei wird nach Erll, Medien des kollektiven Gedächtnisses, 2004, S. 4 f., davon ausgegangen, dass die „Konstitution und Zirkulation von Wissen und Versionen einer gemeinsamen Vergangenheit in sozialen und kulturellen Kontexten [...] erst durch Medien ermöglicht" werden und diese wiederum „keine neutralen Träger von vorgängigen, gedächtnisrelevanten Informationen" sind, sondern „bestehende Wirklichkeits- und Vergangenheitsversionen, Werte und Normen, Identitätskonzepte" vielmals erst konstituieren.

950 Zensur wird hier begriffen als ein „Verfahren, das die Weitergabe von kulturellen Produkten" – in diesem Falle die konstruierte Selbst-Narration des MPA/der BAM – „regulieren soll", Christians/Wegmann, Zensur, 2001, S. 667.

951 Popitz/Bahrdt/Jüres/Kesting, Gesellschaftsbild des Arbeiters, 2018, zur sozialen Topik S. 90–97.

952 Zur Frage nach dem Gesellschaftsbild ebd., S. 1–9.

953 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 92.

Werkzeuge der Studie lassen sich auch für die Zwecke dieser Arbeit abwandeln. Denn eine „soziale Topik" kann keineswegs nur bei den Protagonisten der Popitz'schen Befragung konstatiert werden: „Es lassen sich für jede soziale Gruppe ganze Kataloge von Topoi aufstellen, die für diese Gruppe spezifisch sind." Es geht also darum, diejenige Narration und ihre Elemente zu rekonstruieren, mittels derer die Akteure des MPA sich selbst und ihr Handeln nach der Umbruchsphase nach 1945 begriffen, wie sie auf Vergangenheit und Zukunft blickten und welche Art der gesellschaftlichen Selbstverortung sie vornahmen. Dieser Ansatz ist deshalb relevant, weil er überhaupt erst transparent macht, welche Bedeutung das MPA für seine Akteure und ihre Umwelt aufwies.

Um diese Bedeutung zu rekonstruieren, werden die erinnerungskulturellen und geschichtspolitischen Topoi, Begriffe und Argumentationsfiguren sichtbar gemacht, welche die der sozialen Selbstverortung dienende Erzählung überhaupt erst konstituierten. Unter einem Topos wird dabei „eine sprachlich festliegende Formel, die stereotyp wiederholt wird, eine Sprachhülse, ein sprachliches Klischee"[954] verstanden. Topoi sind allerdings nicht allein oder nicht primär als bloße Klischees oder „gewichtlose Füllsel" aufzufassen, sondern ein Topos „kann auch die Eigenschaften einer Münze haben, auf deren Feingehalt man sich verlassen kann und deren Wert nicht sinkt, wenn sie oft den Besitzer wechselt." Topoi sind vielmehr „selbst Argument, nicht Illustration einer These" und dienen als verkürzte Argumente oder Schlussfolgerungen in der Alltagssprache dazu, sich einen Teil der Welt (selbst)verständlich zu machen.[955] Im Zusammenhang mit der Selbst-Narration des Amtes über seine Geschichte kamen Topoi und Stereotypen ebenfalls eine besondere Bedeutung zu, hat deren „generationenübergreifende Verwendung [...] neben der Vereinfachung der Deutung komplexer Zusammenhänge nicht zuletzt die Funktion der Vereindeutigung": Sie haben eine „Orientierungs- und Ordnungsfunktion" und „legen, jenseits der konkreten Erzählung oder gar der zugrunde liegenden historischen Zusammenhänge, vorab fest, wer die Guten und die Bösen sind, was das richtige und was das falsche Handeln ist."[956] Die Funktionsbestimmung der hier zu rekonstruierenden institutionellen Selbst-Narration des MPA nach 1945 dient also dazu, aufzuschlüsseln, wie diese

954 Ebd., S. 92 f., Anm. 44, und im Folgenden S. 184.

955 Zu diesen Zusammenhängen Wengeler, Topoi, 2019.

Akteure ihre Institution, ihre Arbeit und ihr Handeln beurteilten, in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – man könnte auch sagen: der „großen" Geschichte – verorteten und inwiefern diese Erzählung der Binnenintegration der Institution auf der einen und der Legitimation nach außen auf der anderen Seite diente.[957]

Der normative Charakter dieser Erzählung ist oben bereits angesprochen worden und wird hier noch einmal knapp erläutert: Die MPA-Partikulargesellschaft grenzte sich durch bestimmte, für sie und in ihr geltende Normen nach außen ab – auch im institutionellen Umgang mit ihrer Geschichte. Diese Normgrenze lässt sich daran ablesen, dass die in verschiedenen Kommunikationsmedien und -räumen greifbare Narration abgeschirmt wurde und Abweichler, die eine alternative oder gar nur ergänzende Geschichte erzählen wollten, Sanktionen zu gewärtigen hatten. Die Geschichte des MPA wird hier also vornehmlich mittels der Rekonstruktion des amtseigenen Gesellschaftsbildes nachvollzogen, um die dieser Arbeit durchgängig zugrunde gelegte Frage nach Normen mit einer Kulturgeschichte dieses Amtes zu verbinden und damit auch eine andere Perspektive auf die Geschichtspolitik und Erinnerungskultur von Institutionen und Gesellschaften zu gewinnen.

Kurzum lässt sich das Gesagte thesenartig wie folgt zusammenfassen: Die Selbst-Narration des MPA unterlag amtsinternen Normen,

956 Welzer/Moller/Tschuggnall, „Opa war kein Nazi", 2002, S. 208. Siehe zu Topoi und Topik weiter Pethes, Topos, 2001; Ziem, Begriffe, Topoi, Wissensrahmen, 2005. Allgemeiner formuliert hält Wolfrum, Geschichte als Waffe, 2001, S. 5 f., fest, dass „Geschichte – oder die Konstruktion von Vergangenheit – [...] eine geeignete Mobilisierungsressource im politischen Kampf um Einfluß und Macht" ist, gleichermaßen als Bindemittel dienen kann, „um nationale, soziale oder andere Gruppen zu integrieren" sowie *vice versa* ausgrenzen und Gegner diffamieren kann und gleichzeitig das eigene Handeln legitimiert.

957 Zur Bedeutung von Gründungserzählungen und Geschichtsbildern für die „soziale Binnenintegration" vgl. auch Hammerstein, Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung?, 2017, S. 46, die weiter betont, dass dabei „nicht Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft im Zentrum [stehen], sondern auf den historischen Erfahrungen gründende Werte und Normen, häufig unter Überhöhung bzw. Ausblendung bestimmter Ereignisse und Personen".

die von ihren Erzählern[958] produziert und im Zweifelsfall durch Sanktionsmaßnahmen wie Zensur abgeschirmt wurden, um eine nach innen und außen verbindliche – eine *gesollte* – Erzählung über die Geschichte der Institution zu erzeugen und diese mit dem Anspruch auf Dauerhaftigkeit in das institutionelle Gedächtnis zu überführen. Nachdem der innere und äußere Thematisierungsdruck bezüglich der NS-Vergangenheit nach Abschluss der Transformationsphase des MPA zu einer Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft abgenommen hatte und circa seit Ende der 1940er Jahre in dieser Hinsicht gering blieb, geht es hier vor allem darum, die Selbstthematisierung in den darauffolgenden Jahrzehnten zu betrachten. Zu welchem Zweck und welchen Gelegenheiten avancierte die eigene Geschichte überhaupt zu einem thematisierungsfähigen Gegenstand?

5.2 Bewahren und Beschweigen – Zum Aufbau eines institutionellen Gedächtnisses

Mitte der 1950er Jahre scheint es im MPA erstmals nach Kriegsende Bestrebungen zum (Wieder-)Aufbau eines Archivs gegeben zu haben. Die historische Forschung hat gezeigt, dass Archive sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu den Orten entwickelten, welche vermeintlich die ‚Wahrheit' über die Vergangenheit zu enthalten schienen. Der epistemische Status dieser Einrichtungen und der hier aufbewahrten Dokumente erfuhr also eine entscheidende Wahrnehmungsveränderung. Denn nachdem Archive in der Frühen Neuzeit noch als Arkanbereiche des Staates gegolten hatten, deren Dokumente vor allem juristischen Legitimationszwecken gedient hatten, öffneten sich diese Einrichtungen seit dem Anbruch der Moderne vorsichtig gegenüber der sich entwickelnden

958 Der Frage nach den Akteuren der Konstruktion der Selbstnarration, die gleichzeitig auch Normbrüche sanktionierten, liegt die Annahme Oppellands, Historische Narrative, 2012, S. 55, zugrunde, „wer die (Deutungs-) Macht hat zu entscheiden, woran man sich erinnert, kann entscheidenden Einfluss auf das Selbstbild und -verständnis der jeweiligen Gruppe ausüben". Ihr Anliegen sei es, „die Deutungshoheit über die eigene Herkunft und Geschichte zu behaupten, um damit diesen zentralen Aspekt der eigenen kollektiven Identität, die positive Identifizierung mit einer Tradition und einem historisch gewachsenen Selbstbild kontrollieren zu können", ebd., S. 56.

Geschichtswissenschaft. Erst dadurch erhielten die archivalischen Quellen den Status, der ihnen seitdem lange Zeit zukam. Quelleneditionen ruhten gewissermaßen auf diesen Vorstellungen auf. Sie sollten die ‚Wahrheit' über die Vergangenheit in Originaldokumenten verbürgen.[959] Wer sich also auf Originalquellen berufen konnte, hatte vermeintlich die Wahrheit auf seiner Seite.

Eben dies fand seinen Niederschlag in einer Zusammenstellung historischen Materials unter dem Titel „Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM)", die im August 1957 verfertigt wurde.[960] Warum kam es gerade zu *diesem* Zeitpunkt zu dieser Art von Geschichts- und „Nachlassbewusstsein"[961] im Sinne einer Selbsthistorisierung und -beglaubigung durch das Anlegen einer Quellensammlung?[962] Es liegt nahe, dass die drei Jahre zuvor vollzogene Erhebung des MPA zur Bundesanstalt 1954 sowohl für die Geschichte des Amtes als auch für die Binnenerzählung der Akteure eine bedeutende Zäsur bildete, die als erzählerischer Fluchtpunkt den jahrzehntelangen Erwartungs- und Zielhorizont organisierte, nämlich die Hoffnung, dereinst zum Reichsamt beziehungsweise nach Kriegsende zur Bundesanstalt überhaupt aufsteigen zu können. Thesenartig soll hier formuliert werden, dass das Amt als eine Partikulargesellschaft mit einem eigenen Zeitregime erscheint, also einen *eigenen* historisch gewachsenen Festkalender mit *eigener* Zeitordnung entwickelte, die sich nicht oder nicht ausschließlich an dem gesellschaftlichen Festkalender oder den für die Geschichte der Bundesrepublik prägenden Entwicklungen orientierte, sondern von den für die Institution relevanten

959 Vgl. zu diesem hier angedeuteten Wandlungsprozess ausführlich Tollebeek, „Turn'd to Dust and Tears", 2004, S. 242–245; Müller, Geschichte machen, 2004, bes. S. 427–431; ders., Die neue Geschichte aus dem alten Archiv, 2014; Eskildsen, Leopold Ranke's Archival Turn, 2008; zur langsamen Öffnung der Archive im Verlauf des 19. Jahrhunderts siehe Heigel, Geschichtsforschung und Archivwesen, 1897.

960 Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, BAM-Archiv, Fach 1-2.

961 Vgl. zu dieser Kategorie die Überlegungen bei Sina/Spoerhase, Nachlassbewusstsein, 2013; dies., ›Gemachtwordenheit‹, 2017.

962 Zum Begriff der Selbsthistorisierung und „historischen Selbsthistorisierungskonzepten" siehe Sina, Die vergangene Zukunft der Literatur, 2017, bes. S. 52–58.

Ereignissen und Entwicklungen bestimmt war. Institutionen wie das MPA grenzen sich also auch von ihrer Umwelt ab, indem sie eine institutionelle Eigenzeit etablieren, die durch Binnenzäsuren wie Jubiläen, Neugestaltungen oder Neubauten bestimmt sind. Aus diesem Grund stellte auch die Gründung der Bundesrepublik für das Amt zunächst keine herausragende Zäsur dar, bedeutete sie doch keineswegs gleichermaßen eine weitere Konsolidierung des Amtes: Eine solche – oder wie die MPA-Angehörigen dies formulierten: die Rettung – erfolgte erst mit der Erhebung zur Bundesanstalt und planmäßigen Ressortierung beim Bundeswirtschaftsministerium. In dem Moment, als sich dieses Ziel endlich realisierte, ließ sich die gesamte Geschichte des MPA auf einmal als Vorgeschichte begreifen, die über alle Brüche und Binnenzäsuren hinweg auf dieses Endergebnis zugelaufen sei. Was der dänische Philosoph Sören Kierkegaard in den Worten ausdrückte, „daß das Leben rücklings verstanden", aber „vorlings gelebt werden" müsse,[963] bringt auf den Punkt, warum erst *nach* diesem Einschnitt die Konstruktion einer Erfolgsgeschichte möglich wurde. Denn erst jetzt ließ sich die bisherige Geschichte als eine bewahrens- und beschützenswerte wahrnehmen, da erst jetzt derjenige Punkt überschritten war, der es ermöglichte, nach relativ einfachen Kriterien eine innerinstitutionelle Selbst-Narration zu erzeugen, welche Bindekraft zu entfalten vermochte. Dabei konnten alle vorherigen Zäsuren – zwei Weltkriege, eine Diktatur, „Zusammenbruch" und Befreiung, die Besatzungszeit – und die sie begleitenden negativen oder regressiven Geschichtsverläufe als Teil einer Gesamterzählung eingeordnet werden, die letzten Endes zu einem glücklichen Ende führte: Die Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt im Jahre 1954. Nachdem dieser Teil der MPA-Geschichte nun als abgeschlossen erschien, konnte sich der „Erwartungshorizont"[964] auf neue Ziele verschieben, nämlich besonders den weiteren Geltungsgewinn der Anstalt sowie deren Stabilisierung und Ausbau. Die im wörtlichen Sinne zu verstehende *Ad-acta*-Legung der nun als Erfolgsgeschichte zu verzeichnenden Vergangenheit war dabei einem Prozess der Auswahl, In- und Exklusion von Material unterworfen, der mit Archiven als Orten „der Herrschaftspraxis, der Wissenskonstruktion und der (Re-)Präsentation

963 Kierkegaard, Tagebuch, 1961, S. 318.

964 Vgl. hierzu klassisch Koselleck, ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont', 1989.

und Wandlung" überhaupt verbunden ist.[965] Dies kann auch für den Fall des Materialprüfungsamtes festgestellt werden: Die Archivalien dienten dazu, so wird zu zeigen sein, den Akten selektiver Selbstinterpretation und -narration dokumentarische Evidenz zu verleihen. Dabei gab es offenbar eine konkrete Vorstellung davon, auf welche Art und Weise die Geschichte zu erzählen sei. Es lässt sich also *ex negativo* ein Sollanspruch rekonstruieren, der dadurch transparent wird, dass die Akteure eine Sammlung wichtiger Dokumente ihres Amtes zusammenstellten. Die Sollforderung führte also die Schere, die unliebsame Ereignisse oder Personen schlicht aus der dokumentierten Geschichte herausschnitt. Ein Vergleich der entsprechenden Textstellen hilft folglich, offenzulegen, welche Motive für die Verantwortlichen handlungsleitend waren und macht damit auch diejenige Geschichte sichtbar, welche die Akteure sich selbst und anderen über die Herkunft ihres Amtes zu erzählen suchten.

Im Vorwort der „Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM)" tat der hierfür verantwortliche Mitarbeiter, Dr.-Ing. Alois Leitner, seit 1952 Wissenschaftlicher Angestellter und Leiter der von ihm auf- und ausgebauten Dienststelle „Schrift-, Bild- und Vortragswesen" des MPA,[966] die Motive für die Zusammenstellung

965 Horstmann/Kopp, Archiv – Macht – Wissen, 2010, S. 11–13, Zitat: S. 13. Zur „geschichtsdidaktischen Dimension der Archivarbeit", die „in dem institutionellen Eingebundensein der Archive in den Prozeß der Überlieferungs- und Traditionsbildung begründet [ist], den jede Gesellschaft zur Standortbestimmung in der Gegenwart und zur Planung der Zukunft benötigt", siehe Jakobi, Archive und Geschichtsbewusstsein, 1990, S. 694.

966 Alois Leitner (1893–1985), 1913 Praktikanten-Jahr im Lokomotivbau der Sächs. Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann in Chemnitz, 1914 Studium des Maschinenbaus, 1915 Militärdienst bei der Eisenbahnertruppe, 1917 militärische Lokführerprüfung und technische Leitung einer Lokomotivstation, 1919 Studium des Maschinenbaus, 1920 staatliche Lokfahrerprüfung, 1921 Dipl.-Ing., 1921 Assistent beim Lehrstuhl für Kolbenmaschinen an der TH Dresden, 1928 Dr.-Ing., 1928 Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim VDI, dort Wissenschaftliche Leitung des VDI Buchverlages, Schriftleitung der Zeitschrift „Forschung auf dem Gebiete des Ingenieurwesens", Herausgeber des VDI-Jahrbuches (Die jährliche Chronik der Technik), 1945 wegen bevorstehender Auflösung des VDI durch die Besatzungsmächte ausgeschieden, 1945 persönl. Techn. Referent des Chefpräsidenten Dr. Fitzner bei der Hauptverwaltung Verkehr, 1948 Hauptreferent bei der Generaldirektion Reichsbahn in der Stoff-Abteilung, Bearbeitung der Materialplanung für die Eisenbahn in der sowj. Besatzungszone, „[a]us politischen Gründen entlassen (Weigerung, der SED beizutreten

kund und gab Auskunft über die Provenienz der Schriftstücke. Bereits zu Beginn betonte Leitner die Notwendigkeit der Kenntnis der und des Bewusstseins für die eigene Geschichte sowie der institutionellen Selbstverortung zwischen Vergangenheit und Zukunft, wobei er der Geschichte als Lehrmeisterin des Lebens beziehungsweise der Gegenwart[967] eine besondere Bedeutung beimaß:

> „Jede Organisation wird die aus der allgemeinen Entwicklungstendenz auf sie zukommenden Probleme umso besser meistern können, je besser sie ihre Entschlüsse auf das Wissen um ihre Geschichte, um ihren Werdegang, gründen kann."[968]

Auch die „beinahe 90jährige Geschichte der amtlichen Materialprüfung in Berlin" habe gezeigt, „wie die verantwortlichen Leiter der Vorgänger-Anstalten der heutigen Bundesanstalt [...] vor großen Entscheidungen die geschichtliche Entwicklung in ihre Überlegungen einbezogen", was ihn zu der Herkunft der in der Sammlung zusammengestellten Dokumente führte. Diese waren ursprünglich von Prof. Dr.-Ing. Erich Seidl, der von 1935 bis 1939 das Amt des Präsidenten des MPA bekleidet hatte, „gelegentlich seiner Bemühungen um ein ‚Reichsamt für Werkstoffe'" zusammengetragen und im Jahre 1944 posthum veröffentlicht worden. Die Tatsache, dass das Vorwort Seidls Begeisterung für den

---

und in den Sowjet-Sektor zu ziehen)", 1950 freiberufl. Redaktionstätigkeit für den Springer-Verlag (Dubbels Taschenbuch für den Maschinenbau), 1950 Notstandsangestellter und freier Mitarbeiter beim MPA, dort beauftragt mit Leitung des „Schrift-, Bild- und Vortragswesens" sowie Betreuung des Ausbildungswesens, 1952 Wissenschaftlicher Angestellter und Leiter der Dienststelle SBV beim MPA/bei der BAM, 1959 Schriftleiter der Zeitschrift „Materialprüfung"; Lebenslauf Alois Leitner vom 3.8.1963, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L; Chemisch-Technische Reichsanstalt vereinigt mit dem Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederung. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt. Berlin 1953, S. 24 f., BAM-Archiv; Personalakte Dr. Leitner, Alois, BAM-Archiv, Fach 35-2; Dr.-Ing. Alois Leitner 90 Jahre, in: BAM-Information 7 (1983), S. 88 f., BAM-Archiv, Fach 3-2; Alois Leitner †, in: BAM-Information 1 (1986), S. 16, BAM-Archiv, Fach 3-2.

967 Vgl. zu diesem Topos und den hiermit verbundenen Problemen klassisch Koselleck, Historia Magistra Vitae, 1989.

968 Leitner, Alois, Vorwort, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, BAM-Archiv, Fach 1-2, und im Folgenden.

Nationalsozialismus ebenso wie seinen Suizid im Jahre 1939 unerwähnt ließ, sei hier zunächst nur angemerkt, sie deutet aber bereits auf den Umgang mit der Rolle der Person Seidls in der gesamten Dokumentensammlung hin. Ihm jedenfalls sei „es zu verdanken, dass vieles, wofür die Originalunterlagen in den Wirren des Zusammenbruchs 1945 verlorengingen, wenigstens auszugsweise festgehalten" worden sei. Leitner äußerte sich auch zu Motiv und Anlass der Dokumentensammlung. So habe der „Versuch, ein Archiv der Bundesanstalt für Materialprüfung wiederaufzubauen [...] es zweckmäßig erscheinen lassen, zunächst einmal die wichtigsten Unterlagen zusammenzustellen", wobei Einiges noch habe hinzugefügt werden können und anderes „noch hoffentlich erfolgreichen Nachforschungen vorbehalten" bleibe. Die „Dokumente zur Geschichte" sollten jedoch nicht nur die Grundlage für das wieder zu errichtende Archiv bilden, sondern perspektivisch noch eine weitere Funktion erfüllen, die zeigt, dass die öffentliche Repräsentation der institutionellen Selbst-Narration mittels archivalischer Evidenz bereits während der Zusammenstellung von Dokumenten mitgedacht wurde: „So möge diese Dokumenten-Sammlung als ein Beitrag zu weiteren Arbeiten an einer späteren Chronik der BAM gewertet werden." Wie sah dieser Beitrag im Einzelnen aus? Die Dokumentensammlung von 1957, die mit Anhang knapp über hundert Seiten umfasste, bot neben Inhaltsverzeichnis und Vorwort einzelne Schriftstücke im Original (oder auszugsweise im gekürzten Original), die mit kontextualisierenden Überschriften und Bemerkungen versehen waren.[969] Es handelt sich also im Prinzip um eine Art kommentierte Quellensammlung. Im Folgenden wird der Blick darauf geworfen, was Leitner wider besseres Wissen gerade *nicht* aus der Seidl'schen Zusammenstellung in seine Ausgabe der „Dokumente zur Geschichte" übernommen hatte, *welche* Kürzungen und Streichungen er an Einzeldokumenten vornahm und mittels *welcher* in der Sammlung zusammengefassten und kuratierten Schriftstücke sowie den dazu angegebenen kontextualisierenden Ergänzungen *welches* Bild der institutionellen Vergangenheit gezeichnet wurde, das sodann archiviert werden und perspektivisch als Grundlage für eine Chronik dienen sollte.

969 Anmerkung: Die Zitation der Dokumente richtet sich nach den Bezeichnungen, die für das Inhaltsverzeichnis der Sammlung von 1957 als Titel gewählt wurden.

Nimmt man eine Unterteilung der Einzeldokumente vor, so lassen sich verschiedene zeitliche Phasen der Geschichte der BAM ausmachen, die durch die Schriftstücke mehr oder weniger ausführlich dargestellt werden sollten, während für andere – namentlich beide Weltkriege – überhaupt keine archivalische Evidenz aufgenommen wurde, als hätte das Amt in diesen Zeiträumen gar nicht existiert. Mit 19 von insgesamt 35 abgedruckten Schriftstücken (ohne Anhang) entfiel ein Großteil der Dokumente auf die Gründungsphase des MPA und erzählte von den Anfängen der Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt 1871, dem institutionellen Ursprung der BAM, bis kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs. Betrachtet man die für diesen Zeitraum zusammengestellten Dokumente, fällt auf, dass inhaltlich im Besonderen auch solche Themen qua archivalischer Evidenz abgedeckt wurden, die auch für die Bundesanstalt nach wie vor Gültigkeit oder Bedeutung besaßen: Ein Überblick über den Aufbau der Abteilungen in den 1880er Jahren,[970] eine Anlage zum Jahresbericht 1911 über die „Aufgaben, Gliederung des Betriebes und Grundsätze für die Geschäftsführung des Amtes“,[971] Dokumente zu den seit jeher bestehenden engen Verbindungen zum Verein Deutscher Ingenieure (VDI),[972] die Frage nach

970 Der Anfang der Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt 1871, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 1 f., BAM-Archiv, Fach 1-2.

971 A. Martens: Aufgaben, Gliederung des Betriebes und Grundsätze für die Geschäftsführung des Amtes (1911), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 30–41, BAM-Archiv, Fach 1-2. Dokument findet sich ebenfalls bei Seidl.

972 Beschluß der Vorstandssitzung des Vereins deutscher Ingenieure. Vom 15./16. März 1898 in Berlin, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 18, BAM-Archiv, Fach 1-2; Beschluß der Vorstandssitzung des Vereins deutscher Ingenieure. Vom 4., 5. und 7. Juni 1898 in Chemnitz, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 21 f., BAM-Archiv, Fach 1-2; Beschluß der 39. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure (vom 6. bis 8. Juni 1898 in Chemnitz) und dessen Eingabe an den Reichskanzler, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 23–26, BAM-Archiv, Fach 1-2.

dem „Verhältnis zwischen der Industrie und den Materialprüfungsämtern“[973] oder auch ein Ausschnitt aus den Etatverhandlungen des Jahres 1914, der offenbar bewusst so gewählt worden war, dass eine bestimmte Äußerung über das Königliche Materialprüfungsamt – der Vorgängerin der BAM – gleich in den ersten Sätzen zu lesen war: Das KMPA würde „in den Praktikerkreisen, in den industriellen Verbänden gern das Reichsgericht in technischen Sachen“ genannt,[974] was auf die *Primus-inter-pares*-Stellung des Amtes gegenüber den anderen Materialprüfungsämtern anspielte und zugleich eine der Kernfunktionen und -ansprüche der Ressortforschungseinrichtung als objektive, regulierende und nicht zuletzt normierende Schiedsbehörde hervorhob.

Die Auswahl dieser Dokumente ermöglichte eine Kontinuitätsnarration, die im Kern aussagen sollte, dass das, was die Bundesanstalt auch in den 1950er Jahren im Wesentlichen als Institution ausmachte, auf eine lange Tradition bis ins 19. Jahrhundert zurückgehe. Oder, sofern man diese Darstellung als Stabilitätsnarration auffasst, erzeugten die ausgewählten Dokumente den Eindruck, dass die bereits 1871 ins Leben gerufene Ressortforschungseinrichtung sich über beinahe 90 Jahre hinweg stets bewiesen habe und in der prinzipiell selben Form nach wie vor bestehe. Bemerkenswerterweise nahm der Herausgeber zu den Dokumenten zur Gründungsphase ebenfalls eine Denkschrift mit dem Titel „Die Mechanisch-Technische Versuchsanstalt in Charlottenburg, ihre Bedeutung und Zukunft“ aus dem Jahre 1898 auf, die den Antrag eines Abgeordneten auf „Herstellung geeigneter Einrichtungen für das Materialprüfwesen durch das Reich“ begründete. Diese Stelle überschrieb Leitner mit der Ergänzung: „d.h. etwa im Sinn der Errichtung eines Reichsamtes für das Materialprüfwesen“.[975] Dies belegt einmal mehr die Konstruktion einer Erfolgsgeschichte, die mit der

973 A. Martens: Das Verhältnis zwischen der Industrie und den Materialprüfungsämtern, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 44–51, BAM-Archiv, Fach 1-2.

974 Das „Reichsgericht in technischen Sachen“ in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 52, BAM-Archiv, Fach 1-2.

975 Denkschrift des Abgeordneten R. Schmidt, Elberfeld, betr. Reichsamt für das Materialprüfungswesen. Vom 19. Jan. 1898, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 7–12, BAM-Archiv, Fach 1-2.

Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt möglich geworden war, wurde doch hier archivalische Evidenz vorgelegt, die zeigen sollte, dass dieses Ziel schon im vorangegangenen Jahrhundert bestanden habe. Eine Personalisierung dieses Abschnittes der Geschichte der BAM erfolgte mit der starken Akzentuierung Adolf Martens', dem Initiator und ersten Direktor des Königlichen Materialprüfungsamtes, der auch späterhin zur wichtigsten Gründungsfigur in der Erinnerungskultur der Anstalt avancierte.[976] So nimmt es nicht Wunder, dass der Abschnitt mit Dokumenten zu den institutionellen Ursprüngen und Anfängen, der bereits mit einem Beitrag von Martens über die Mechanisch-Technische Versuchsanstalt begann, mit einem Nachruf auf ihn anlässlich seines Todes am 24. Juli 1914 endete.[977]

Da der Erste Weltkrieg in der Dokumentensammlung von 1957 schlicht übergangen wurde, folgte die zweite Phase der in der Sammlung konstruierten und selektiv dargestellten Geschichte, die mit auffallend wenigen Schriftstücken belegt wurde. Diese Art der Epocheneinteilung zeigt, neben dem Umstand, dass Kriegsbezogenes an sich ausgeschlossen wurde, auch, dass die Geschichte des Amtes hier eigenen Rhythmen folgte und sich nicht den gängigen Zäsuren der Politik- und Gesellschaftsgeschichte fügte. Das erste ausgewählte Dokument bot die Gliederung eines Berichts des Direktors Max Rudeloff[978] aus dem Jahre 1919 über „Das Preussische staatliche Materialprüfungsamt, seine Entstehung und Entwicklung",[979] wobei das Schriftstück selbst nachrangig zu sein schien.

976 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 5.4.

977 Adolf Martens † (24. Juli 1914), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 53, BAM-Archiv, Fach 1-2.

978 Max Rudeloff (1857–1929), 1878 Studium des Maschinenbaus, 1883 Assistent an der Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt (MTV), 1890 Stellv. Direktor der MTV und Vorsteher der Abteilung für Metallprüfung, 1894 Professor, 1904 Stellv. Direktor und Vorsteher der Abteilung für Metallprüfung des KMPA, 1905 zudem Lehrer an der Militärtechnischen Akademie, 1915 Direktor des KMPA, 1908 Geheimer Regierungsrat, 1912 Honorarprof. an der TH Berlin, 1914 Vorsitzender des DVM, 1918 Dr.-Ing. e.h. der TH Karlsruhe; Personalakte des KMPA, Acta der KMTV, Al 2, Vol. 1; Max Rudeloff †, in: Zwanglose Mitteilungen des DVM (1929), S. 183–184.

979 Das Preußische staatliche Materialprüfungsamt, seine Entstehung und Entwicklung. Von M. Rudeloff (1919), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 55, BAM-Archiv, Fach 1-2, und im Folgenden.

Von besonderer Bedeutung ist, dass Leitner diesem Dokument ein Zitat aus der Fußnote zu dem Bericht voranstellte, das den Anlass zu dessen Erstellung skizzierte. Rudeloff habe dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Bericht erstattet, „um darzulegen, inwieweit das Amt sich bisher bereits durch Forschungsarbeiten betätigt" habe und welche Maßnahmen erforderlich seien, „um den Wirkungskreis des Amtes nach dieser Richtung hin weiter auszubauen." Damit rückte Leitner den Aspekt der Forschung in den Vordergrund, was einen weiteren essentiellen Bestandteil der Aufgabenfelder von Ressort*forschungs*einrichtungen insgesamt ausmacht und möglicherweise besonders im Falle des MPA/der BAM betont werden sollte, nachdem sich die Akteure gerade dieser Einrichtung – so die These – des Images einer ‚bloßen' Prüfbehörde ohne eigenständige Forschungsleistungen zu entledigen suchten. Das zweite Dokument aus dieser Phase der Amtsgeschichte bildete ein Tätigkeitsbericht von 1927, der die Neugliederung in der Organisation des StMPA umfasste, nachdem im Jahre 1923 „das durch den Tod E. Heyns verwaiste Kaiser Wilhelm-Institut für Metallforschung mit dem Amte räumlich und durch Personalunion der Leitung verbunden"[980] worden war. Betrachtet man beide Dokumente in ihren grundlegenden Aussagen, wie sie sich durch die Art und Weise der Edition darstellen, ergibt sich ihre Funktion für die Gesamterzählung: Sie ‚belegten' eine thematische – durch eine weitere Fokussierung der Forschung – und eine institutionelle – durch die Eingliederung des KWI – Konsolidierung und Erweiterung des Amtes in den 1920er Jahren. Das zuletzt für die Phase von 1919 bis 1932 aufgenommene Dokument war ein Vortrag Robert Otzens, von 1931 bis 1934 Präsident des Amtes,[981] über „Die Zukunft des

980 Die aus dem Anschluß des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Metallforschung (1923) sich ergebende organisatorische Gliederung des Amtes. Tätigkeitsbericht von W. von Moellendorff (1927), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 56 f., BAM-Archiv, Fach 1-2.

981 Robert Otzen (1872–1934), Studium an der TH Berlin, anschließend Eisenbahn-Baubeamter, 1907 Habilitation an der TH Hannover, 1908 o. Prof. für Eisenbau, Massivbau und Statik, 1913 Rektor der TH Hannover, 1914 Rittmeister, anschließend wieder an der TH sowie neben seiner Lehrtätigkeit Übernahme des Bauingenieur-Laboratoriums, 1927 Übernahme der neu eingerichteten Straßenbauforschungsstelle, Mitbegründer der „Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau (Stufa)" und des „Vereins zur Vorbereitung der Autostraße Hansestädte-Frankfurt-Basel (Hafraba)",

Deutschen Materialprüfungswesens“ vom Mai 1932.[982] Auch Otzen – so Leitner in seiner kurzen Kontextualisierung – habe die Einrichtung einer Reichsanstalt für zweckmäßig gehalten, was damals allerdings als „Unmöglichkeit“ erschienen sei. Der Vortrag des Präsidenten endete mit der Bekundung der Freude darüber, „mit dem Bericht über Vergangenheit und Gegenwart auch von der Zukunft, die mir am Herzen liegt, sprechen zu können.“ Abermals hatte Leitner Dokumente ausgewählt, die dem Ziel der Erhebung des Amtes zu einer Reichsbehörde Platz einräumten – dies änderte sich auch für die anschließende Darstellung der sozusagen nächsten Entwicklungsphase keineswegs.

Dem Vortrag Otzens folgte eine Schrift des nachfolgenden Präsidenten des Amtes, Erich Seidl, zur „Neuordnung der Werkstoff-Prüfung und -forschung über ein ‚Reichsamt für Werkstoffe‘“ vom März 1936.[983] Hierbei fällt auf, dass, im Gegensatz zu den allermeisten der abgedruckten Dokumente, eine kurze Kontextualisierung oder erläuternde Bemerkung fehlte und daher auch die Person Seidls nicht erläutert wurde. Bei dem zweiten und für die Periode von 1933 bis 1945 letzten Dokument handelte es sich um eine Darstellung des Aufbaus und der Tätigkeit des StMPA in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938,[984]

1931 Präsident des StMPA; Memmler, Karl: Robert Otzen †, in: Mitteilungen deutscher Materialprüfungsanstalten 18 (1934), S. 273. Vgl. zur Verantwort-ung des Präsidenten Otzen für die „Arisierung“ und „Gleichschaltung“ des StMPA nach der NS-Machtübernahme ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

982 Die Zukunft des deutschen Materialprüfungswesens. Von R. Otzen (1932), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 58–64, BAM-Archiv, Fach 1-2, und im Folgenden S. 58, 64.

983 Neuordnung der Werkstoff-Prüfung und -Forschung über ein „Reichsamt für Werkstoffe“. Von E. Seidl (1936), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 65–67, BAM-Archiv, Fach 1-2.

984 Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938. Von E. Seidl, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 68–74, BAM-Archiv, Fach 1-2. Diese hatte Seidl ursprünglich in die Abschnitte „Einleitung. Das öffentliche Interesse an einer objektiven und ‚interessenlosen‘ Materialprüfung“, „Kapitel A. Die technisch-Wissenschaftlichen Leistungen des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin Dahlem 1935–1938“, „Kapitel B. Die Einsetzung des Amts für allgemeine Belange des öffentlichen Interesses

wobei Leitner für die Dokumentensammlung von 1957 nur einen Teil davon aufnahm, namentlich die Einleitung sowie die Kapitel A, B und C, die wiederum drastisch gekürzt wurden. Betrachtet man die Ausschnitte, die aus dem Dokument Seidls in der Sammlung übernommen wurden, wird ein Auswahlprozess erkennbar, dessen Ergebnis *zum einen* die Akzentuierung solcher Informationen war, die im Sinne der Konstruktion einer Kontinuitätsnarration für die Gegenwart von Bedeutung waren, und *zum anderen* die Tilgung solcher Informationen, welche die institutionelle Erzählung zu verunzieren drohten. Während der einleitende Teil Seidls über das „öffentliche Interesse an einer objektiven und ‚interessenlosen' Materialprüfung"[985] noch zum Abdruck kam, kürzte Leitner die Darstellung der einzelnen Hauptabteilungen, Abteilungen und Gruppen massiv ein. Im Ergebnis blieb eine kurze Skizzierung der vier Hauptabteilungen des MPA, die vornehmlich deren Aufbau und Genese sowie die in ihnen bearbeiteten Stoffe umfasste, kurzum: eine technisch-wissenschaftliche und institutionsorganisatorische Beschreibung, an die sich im Sinne einer Kontinuitätserzählung anknüpfen ließ, nachdem sich beide Bereiche im Grunde genommen auch nach Kriegsende kaum geändert hatten und im Wesentlichen auch noch in der Bundesanstalt zu finden waren. Was im Zuge des Auswahl- und Kürzungsprozesses durch den Verantwortlichen für die Dokumentensammlung weggefallen war, betraf die einst noch von dem ehemaligen Präsidenten verfasste detaillierte Beschreibung vor allem der einzelnen Abteilungen und Gruppen, die den Hauptabteilungen untergliedert waren, sowie insbesondere deren Tätigkeiten und Aufträge, die hier nur exemplarisch aus dem Bericht Seidls angeführt werden:[986]

1935–1938", „Kapitel C. Selbständige Institute" und „Kapitel D. Ausbau des Staatlichen Materialprüfungsamts Berlin-Dahlem 1935–1938" gegliedert; Seidl, Erich: Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 459–524, BAM-Archiv.

985 Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938. Von E. Seidl, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 68–74, hier: S. 68 f., BAM-Archiv, Fach 1-2.

986 Alle Zitate im Folgenden: Seidl, Erich: Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 459–524, BAM-Archiv, S. 465, 470, 471, 476, 482, 493, alle Kursivierungen im Original.

Gruppe „Anorganische Chemie, Metallphysik und Physikalische Chemie“[987]	„Insbesondere haben sich in den letzten Jahren die Anträge von Behörden und Privaten auf chemische Untersuchung von hochlegierten Stählen und Leichtmetall-Legierungen ständig vermehrt, wobei besonders die umfangreichen Untersuchungen für *Heer, Marine* und *Verteidigungsindustrien* erwähnt werden müssen.“
Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen“	„Die wiedererlangte Wehrfreiheit und der Ausbau des Luftschutzes stellte ihre besonderen Aufgaben.“
Gruppe „Bindemittel, Beton“[988]	„Während 1936 die Anträge von Firmen vorherrschten, waren seitdem Antragsteller hauptsächlich *Reichsbehörden, Reichsarbeitsdienst*, Dienststellen des *Heeres*, der *Kriegsmarine* und der *Luftwaffe* [...].“ „Auf dem Gebiet des Wehrbetons ist wichtige Entwicklungsarbeit geleistet worden.“
Gruppe „Keramik und Glas“ [989]	„Anläßlich der Durchführung des Vierjahresplans nahmen die Prüfungen von Glas zu, das als Austauschstoff wachsende Bedeutung erlangt.“ „[...] laufenden Beratung von Dienststellen, wie *Reichs-Luftfahrministerium, Reichsstelle für Wirtschaftsaufbau* [...].“
Hauptabteilung „Faserstoffe“	„Eine enge Zusammenarbeit verbindet die Hauptabteilung Faserstoffe mit den zuständigen Stellen des *Oberkommandos des Heeres*, der *Luftwaffe*, des *Reichsarbeitsdienstes*, des *Reichs-Wirtschaftsministeriums*, der *Reichsstelle für Wirtschaftsausbau*, der *Wirtschaftsgruppen* und ihrer *Fachgruppen*.“
Gruppe „Kautschuk“[990]	„Die große Bedeutung, die dem Kautschuk und seinen neuzeitlichen Austauschstoffen im Rahmen des Vierjahresplans zukommt, spiegelt sich in der ständig steigenden Inanspruchnahme des Amtes auf diesem Gebiete durch die gewerbliche Wirtschaft und durch Behörden wieder.“
„Werkstoff-Biologie“[991]	„Das *Oberkommando der Kriegsmarine* läßt Arbeiten über die Bohrmuschel, den schlimmsten Zerstörer des im Meerwasser verbauten Holzes, ausführen.“

Tab. 1: Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938.

987 Zugehörig zu Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen“, Abteilung „Metallkunde“.

988 Zugehörig zu Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen“, Abteilung „Baustoffe“.

989 Zugehörig zu Hauptabteilung „Nichtmetallische Baustoffe und Baukonstruktionen“, Abteilung „Baustoffe“.

990 Zugehörig zu Hauptabteilung „Organische Stoffe“, Abteilung „Kautschuk und Organische Hilfsstoffe“.

991 Zugehörig zu „Allgemein-wissenschaftliches Institut“ des StMPA.

Bis auf wenige Ausnahmen[992] war von den autarkie- und rüstungsbezogenen Arbeiten des StMPA in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg in der Dokumentensammlung also nichts mehr zu lesen. Dieser Teil der eigenen Geschichte sollte in den Augen Leitners offenbar einer *damnatio memoriae* verfallen und erschien nicht mehr opportun.

Eine noch radikalere Kürzung erfuhr das Kapitel B des Seidl'schen Berichts über „Die Einsetzung des Amtes für allgemeine Belange des öffentlichen Interesses 1935–1938", in dem eine Reihe von Behörden genannt wurden, für die das Amt beratend tätig gewesen war.[993] Unter diesen Behörden fanden sich neben dem Reichsministerium des Innern, Reichs-Wirtschaftsministerium oder Reichs-Arbeitsministerium etwa das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, das Oberkommando des Heeres, das Oberkommando der Kriegsmarine oder das Reichs-Luftfahrtministerium mit einer langen Auflistung der Bereiche, zu denen das StMPA arbeitete, darunter beispielsweise zu „Werkstoffe[n] für Munition und Waffen". In der Dokumentensammlung von 1957 fanden sich dagegen keine Inhalte dieses „Kapitels B" mehr.[994] Es blieb bei der bloßen Nennung der Überschrift, die letzten Endes nur noch aussagte, dass das Amt während dieser Zeit für „allgemeine Belange des öffentlichen Interesses" eingesetzt worden war. Durch die Kürzungen und Streichungen wurde die autarkie- und rüstungsbezogene Vergangenheit des Amtes während der NS-Zeit, für die im Vergleich zu den anderen historischen Phasen

992 Eine der wenigen Ausnahmen bildete die Abteilung Faserstoffe, bei deren Beschreibung der Satz „eine verstärkte Beratung von Behörden in Fragen des Vierjahresplans" bestehen blieb (Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938. Von E. Seidl, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 68–74, hier: S. 70, BAM-Archiv, Fach 1-2), und die Abteilung Messwesen, für die auch Arbeiten für das OKH, HWA, OKM oder das RLM beschrieben wurden (ebd., S. 72).

993 Seidl, Erich: Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 459–524, BAM-Archiv, hier und im Folgenden S. 503 f.

994 Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938. Von E. Seidl, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 68–74, hier: S. 73, BAM-Archiv, Fach 1-2.

die wenigsten Dokumente abgedruckt wurden und der in der Sammlung kaum archivalische Evidenz zukam, beinahe vollständig getilgt. Diese Art kompromittierender Vergangenheit war jedoch nicht die Einzige, die in diesem Zusammenhang übergangen wurde. Denn in der Ausgabe der „Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten" von 1941, in der das Schrifttum, das Seidl im Kontext seiner Bemühungen um die Erhebung des StMPA zum Reichsamt zusammengestellt hatte, befanden sich ein Vorwort und eine Ansprache, die der Dokumentensammlung vorangestellt waren und Auskunft über den Verstorbenen gaben. Da die in der Sammlung von 1957 nachgedruckten Dokumentenausschnitte aus den „Mitteilungen" von 1941 zitiert werden, kannte Leitner zweifellos diese Ausgabe des Heftes, mithin auch die Einführung. Offensichtlich erschien es ihm aber nicht angemessen, dies in die „Dokumente zur Geschichte" der BAM mit aufzunehmen oder überhaupt zu erwähnen. Warum wird klar, sieht man sich das Heft der „Mitteilungen" genauer an.

Die Ausgabe begann nämlich mit einem Vorwort des zu diesem Zeitpunkt amtierenden Präsidenten und Nachfolger Seidls, Erich Siebel: Seidl habe sich „mit leidenschaftlicher Energie [...] der Aufgabe gewidmet, das ihm anvertraute Amt auf einen hohen Leistungsstand zu bringen und eine Neugestaltung des amtlichen Materialprüfwesens in die Wege zu leiten".[995] Dabei sei es ihm gelungen, „den Arbeitseinsatz des Amtes in der kurzen Zeit, die ihm an dieser Stelle zu wirken vergönnt war, in starkem Maße zu heben und seine Einrichtungen trotz der beschränkten Mittel in vielen Teilen großzügig auszubauen." Sodann erkannte Siebel die Leistungen und Verdienste Seidls an und betonte deren Bedeutung für die Kriegsanstrengungen. So sei es ohne Zweifel „in erster Linie der Schaffenskraft und Einsatzbereitschaft des Verstorbenen zu verdanken, wenn das Staatliche Materialprüfungsamt auch in Kriegszeiten sich allen Aufgaben, die an es herantreten, gewachsen gezeigt" habe. Das Vorwort schloss mit dem Bekunden, „[s]ein Andenken wird im Amt weiterleben." Im selben Heft fand sich noch ein Nachruf auf Seidl, der dessen Bedeutung für das Amt würdigte und diesem anlässlich einer Gedächtnisfeier am 11. November 1939 gewidmet worden war. Der dreiseitige „Nachruf" beziehungsweise die Ansprache bei der

995 Siebel, Erich: Vorwort, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 453, und im Folgenden.

Gedächtnisfeier stammte von Erich Kindscher, der zu diesem Zeitpunkt nicht nur offiziell das Amt des Stellvertretenden Präsidenten innehatte, sondern damit nach dem Tod Seidl der Interimspräsident war[996] und auch nach Kriegsende zu einer der wichtigsten Personen avancieren sollte. Kindscher begann mit der Feststellung, ein „tragisches Geschick" habe es gewollt, „daß es den letzten beiden Präsidenten des Staatlichen Materialprüfungsamtes nur wenige Jahre vergönnt war, ihr wichtiges Amt zu verwalten."[997] Als Seidl im Jahre 1935 die Präsidentschaft übernommen habe, „harrte seiner eine verantwortungsvolle Aufgabe", nämlich „dem Amt wieder die Stellung im deutschen Wirtschaftsleben zu verschaffen", welcher sich dieser aber gestellt habe. Er „kannte die Erfordernisse der Zeit und ging tatenfreudig und mit dem Elan des alten Nationalsozialisten an die Lösung der ihm gestellten Aufgabe heran." So sei Seidl auch seiner „Gefolgschaft [...] ein leuchtendes Vorbild aufopferungsvoller und mutiger Einsatzbereitschaft" gewesen. Kindschers Lob über den Verstorbenen kulminierte in der Feststellung, dass das „große Verdienst" des Präsidenten gewesen sei, „die Aufgaben der staatlichen Materialprüfung im nationalsozialistischen Staatswesen vorausschauend erkannt und verantwortungsfreudig planvolle Maßnahmen zur Sicherung der ständigen Einsatzbereitschaft seines Amtes für diese Aufgaben rechtzeitig getroffen zu haben." Gegen Ende der Ansprache fand eine – so Kindscher – „würdige Ausstattung" des Versammlungssaales des StMPA seine Anerkennung, mit der sich Seidl „selbst ein bleibendes Erinnerungsmal errichtet" hatte und das zusammen mit der Ansprache abgedruckt wurde. Es handelte sich um ein Gemälde des „Führers", das nach seinem Entwurf angefertigt worden war und das er anlässlich seiner Amtsübernahme im Mai 1935 für die Stirnwand des Festsaals des Amtes gestiftet hatte:

996 In seiner Funktion als Stellv. Präsident wurde Kindscher von Reichsminister Bernhard Rust persönlich eingesetzt. Das diesbezügliche Schreiben liegt nicht vor, wird aber erwähnt bei Rust, Der Reichsminister, REM, an Erich Kindscher, 12.7.1940, BArch, R 4901/14106, Bl. 78.

997 Erich Kindscher, Ansprache des Stellvertr. Präsidenten Professor Kindscher anläßlich der Gedächtnisfeier für den verstorbenen Präsidenten Dr.-Ing., Dr.-Ing. E. h. Erich Seidl am 11. November 1939, in: Mitteilungen der deutschen Materialprüfungsanstalten 28 (1941), S. 454–456, hier: S. 454 BAM-Archiv, und im Folgenden S. 454, 456.

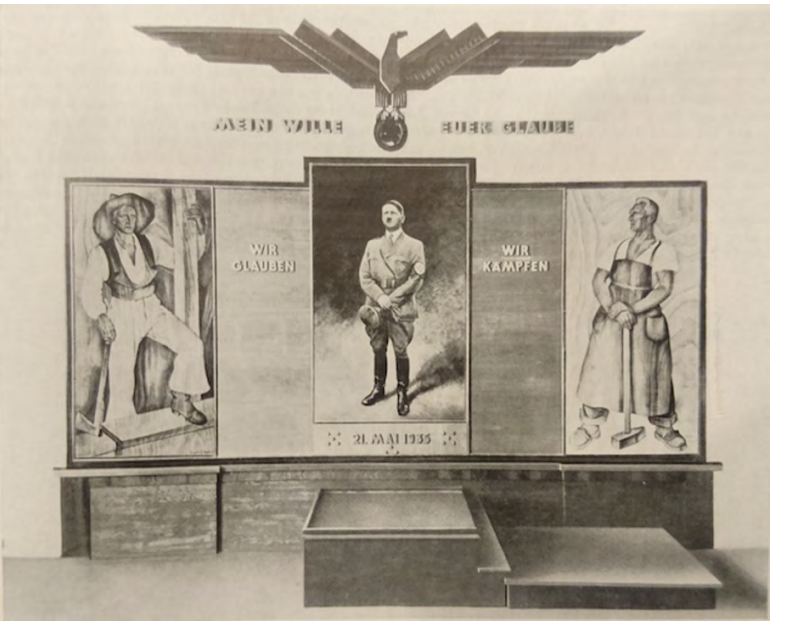


Abb. 4 *mit folgender Betitelung in der Zeitschrift:* „Stirnwand des Festsaals des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem gestiftet anläßlich der Amtsübernahme des von der nationalsozialistischen Regierung eingesetzten Präsidenten Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Erich Seidl †“.[998]

Offenbar hatte Seidl überdies „selbst die Bildnisse der ihm im Tode vorangegangenen Amtsleiter zum ewigen Gedenken anbringen lassen“ – nach seinem Ableben fügte man nun auch sein Bild „als bleibende Erinnerung“ zu der Ahnengalerie hinzu.[999] Dass Kindschers Ansprache anlässlich des Todes des Präsidenten bereits selbst gewissen erinnerungskulturellen Aspekten unterliegt und der Leitsatz „de mortuis nil nisi bene“ gerade bei Nachrufen zu berücksichtigen ist, sei an dieser Stelle nur angemerkt.[1000] Festzuhalten bleibt, dass ein Präsident, der als

998 Darunter die weitere Erläuterung: „Gemälde des Führers von A. Stöcke-Hannover, Arbeitsmänner in Lasur auf gemasertem Holz von Prof. Harald Bengen-Berlin, Holzrahmen gefertigt und Adler in Holz geschnitzt vom Tischlermeister des Amts R[ichard] Sommer. Entwurf von E. Seidl“, ebd., S. 455.

999 Ebd., S. 456.

1000 König, Nachrufe als Quellen für eine Sozialgeschichte der Technik, 1998, S. 93.

überzeugter Nationalsozialist in Erscheinung getreten war und dessen Verdienste – auch mit einer entsprechenden Charakterisierung – Anfang der 1940er Jahre noch gelobt worden waren, zumal von zwei bedeutenden Akteuren der Geschichte des Amtes vor *und* nach 1945, nämlich dem nachfolgenden Präsidenten Erich Siebel und dessen Stellvertreter Erich Kindscher, die institutionelle Selbst-Narration offenbar politisch derart zu verunzieren drohte, dass keine der beiden Schriften in die Dokumentensammlung von 1957 aufgenommen oder überhaupt erwähnt wurde. Damit waren die Jahre von 1933 bis 1945 im Vergleich zu den anderen zeitlichen Phasen der Amtsentwicklung, die durch die Sammlung erzählt werden sollte, mit nur zwei Dokumenten – zumal desselben Zusammenhangs und vor Beginn des Zweiten Weltkrieges – auffallend geringfügig ‚belegt' worden. Darüber hinaus war hier die archivalische Evidenz der rüstungs- und autarkie- sowie der in politischer Hinsicht nationalsozialistischen Vergangenheit des MPA/der BAM durch einen drastischen Streichungs- und Kürzungsprozess schlicht zensiert oder getilgt worden.

Die nächste Epoche „Der Zusammenbruch 1945 und der Wiederaufbau" leitete der Ausschnitt einer Denkschrift aus dem Jahre 1950 ein, der die Situation nach Kriegsende schilderte. Hierzu gehörte die Demontage der Einrichtung „als Beute der Sowjet-Armee", und insbesondere der erstmalige Auftritt eines neuen Akteurs: die Chemisch-Technische Reichsanstalt.[1001] Die Wahrnehmung der CTR als ein genuiner Teil der institutionellen Selbstnarration nach 1945 wird durch die Aufnahme mehrerer diesbezüglicher Dokumente in die Sammlung bezeugt, die sich ab diesem Zeitpunkt aus naheliegenden Gründen nicht mehr auf die Vorlage von Seidl stützen konnte. Hier wirkte also allein Leitner als Herausgeber. Nachdem die nach der Zusammenführung sich neu konstituierte „Gliederung des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem" abgebildet worden war,[1002] folgten zwei Ausschnitte aus dem

1001 Der Zusammenbruch 1945 und der Wiederaufbau, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 75, BAM-Archiv, Fach 1-2.

1002 Gliederung des mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt vereinigten Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (April 1950), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 76 f., BAM-Archiv, Fach 1-2.

Jahresbericht der Reichsanstalt von 1920/1921,[1003] also jener Zeit, in der die CTR als Nachfolgerin des Militärversuchsamtes wiedergegründet und dem Reichsministerium des Innern unterstellt war. Zwar skizzierte die Einleitung des Berichts kurz den Werdegang der Anstalt, was die Entwicklung des MVA vor und während des Ersten Weltkrieges umfasste und dabei die zahlreichen rüstungs- und kriegsrelevanten Arbeiten miteinbezog, endete jedoch mit der Überführung der CTR und ihrer Tätigkeitsbereiche in den zivilen Sektor nach Kriegsende. Infolgedessen sei „der Personalbestand allmählich stark abgebaut" worden, „da die Arbeiten des Instituts für die Heeresverwaltung fast gänzlich fortfielen und im wesentlichen nur Demobilmachungsarbeiten in Frage" gekommen seien. Da „der Fortbestand des Amtes als militärtechnisches Institut nicht möglich" gewesen sei, sei der Vorschlag gemacht worden, „es dem Reichsministerium des Innern zu unterstellen und ihm unter Berücksichtigung seiner Eigenart ein neues Arbeitsgebiet zuzuweisen", das darauffolgend durch den Abdruck des Arbeitsplans für die CTR nachvollzogen werden konnte und aufgrund der Versailler Vertragsbestimmungen auf den zivilen Bereich beschränkt bleiben musste. Damit endete die in der Sammlung dargestellte eigenständige institutionelle Narration für die Reichsanstalt. Sie erschien hier als eine Institution, die allein im zivilen Kontext gewirkt habe und auf dem Gebiet der Unfallverhütung und des Arbeiterschutzes oder an „Untersuchungen und Versuchen über volkswirtschaftlich wichtige Rohstoffe und Erzeugnisse der chemischen Industrie" gearbeitet habe. Sämtliche, während der 1920er, 1930er und 1940er Jahre militär- und rüstungsrelevanten Tätigkeiten fanden keine Erwähnung.

Die Vereinigung der beiden Schwesteranstalten sei – so die Darstellung – aus „Gründen der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit" erfolgt, nachdem fast alle Gebäude der Reichsanstalt zerstört und der Rest demontiert worden sei,[1004] wobei unerwähnt blieb, dass die CTR von den

1003 Der Werdegang der Chemisch-Technischen Reichsanstalt, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 78–83, BAM-Archiv, Fach 1-2, und im Folgenden S. 81–83.

1004 Der Zusammenbruch 1945 und der Wiederaufbau, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 75, BAM-Archiv, Fach 1-2.

alliierten Besatzungsmächten als Einrichtung der Rüstungsforschung verboten worden und ihr Weiterbestehen als eine eigenständige Institution daher nicht mehr infrage gekommen war. Dass gerade der Jahresbericht von 1920/21, also dem Zeitpunkt nach der ersten Konversion der Ressortforschungseinrichtung von einer militärischen zu einer zumindest offiziell zivilen, als einziges Dokument zur Eigengeschichte der Reichsanstalt in die Sammlung aufgenommen wurde, erlaubte bei einem gleichzeitigen vollständigen Auslassen der dazwischenliegenden über 20 Jahre die Konstruktion einer institutionellen Kontinuität, da sich die Arbeitsgebiete und Aufgabenfelder nach der zweiten Konversion der CTR von einer Rüstungsbehörde zu einer qua Anordnung ausschließlich auf dem zivilen Gebiet tätigen nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Grunde genommen mit denjenigen nach Ende des Ersten Weltkrieges deckten. Zivile Friedensforschung statt Forschung und Arbeit für Militär und „Führer" blieb nun als der Eindruck, den diese Dokumente bei einem uneingeweihten Leser erwecken mussten.

War die in der Sammlung konstruierte Selbst-Narration der Geschichte des Amtes und ihrer Schwesterinstitution vor dem ‚8. Mai' damit abgeschlossen, nahm Leitner mit der anschließenden Erzählung nun eine „finalisierende Perspektivbildung"[1005] in Richtung der Erhebung des MPA zur Bundesanstalt vor. Die beiden hierfür ausgewählten Ausschnitte waren zwei Denkschriften der Jahre 1950 und 1953 entnommen, die aus dem Kontext der dahingehenden Bemühungen des Amtes sowie der „Frage der Neuordnung des Materialprüfwesens in Deutschland"[1006] stammten. Betrachtet man sowohl die ausgewählten Ausschnitte als auch die kurzen kontextualisierenden Einführungen, die Leitner vorangestellt hatte, ergibt sich ein Netz von zentralen Begriffen und Ausdrücken, narrativen Bausteinen und bestimmten Akzentuierungen von Sachverhalten und Ereignissen, welche die Erzählung der Geschichte des Weges zur Bundesanstalt mit einer spezifischen Bedeutung versahen. So betonte Leitner unter anderem die „Leistungskapazität", die der „fachliche und wissenschaftliche Erfahrungsschatz der

1005 Maurer, Autobiographie und Sozialisation, 2017, S. 169.

1006 Zur Frage der Neuordnung des Materialprüfwesens in Deutschland. Von W. Rimarski und M. Pfender (1950), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 84 f., BAM-Archiv, Fach 1-2, und im Folgenden.

Mitarbeiter der vereinigten Anstalten" sowie die „in emsiger Wiederaufbauarbeit geschaffene [...] apparative Ausstattung" darstellten und die sich nicht in dem „beschränkten Raum der Insel Westberlin" allein hätten entfalten können. Sinn und Zweck der Bemühungen der folgenden Jahre sei es daher gewesen, diese Leistungskapazität auch über die Aufgaben des MPA für das Land Berlin „der Allgemeinheit nutzbar zu machen". Dies sollte bereits die Frage nach der Notwendigkeit und mithin Daseinsberechtigung einer *Bundesanstalt* für Materialprüfung beantworten. Gleichzeitig sei mit dem Ende des Krieges[1007] die Frage nach der Neuordnung des Materialprüfwesens aufgekommen, die nach einer Antwort verlangte, und damit verbunden das Problem „einer zentralen Stelle für das deutsche Materialprüfwesen" erkannt worden, so die Hinführung von Leitner. Die Antwort auf diese Fragen gaben die in der Sammlung abgedruckten Ausschnitte der Denkschrift Max Pfenders und Walter Rimarskis aus dem Jahre 1950, in der sie vor allem die Bedeutung des Materialprüfwesens für die Technik, die wiederum für die Wirtschaft „– zumal in Europa und Deutschland – geradezu die Voraussetzung für die Lebensfähigkeit weiter Bezirke geworden" sei. Mittels dieser Aussagen plädierten sie um der Zukunft Deutschlands Willen für die Errichtung einer zentralen Stelle, die „als technologische Bundesanstalt den gesamten Aufgabenbereich des Materialprüfwesens zu betreuen" habe. So wären „in sinnvoller Sparsamkeit bei geringstmöglichem Aufwand die Wahrnahme aller persönlichen, sachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Möglichkeiten mit der Ausnutzung" einer solchen Anstalt „bei bestem Wirkungsgrad im Interesse des Bundes und der Stadt Berlin zu vereinen."

Das Vorwort der zweiten Denkschrift von 1953 führte Leitner unter Hinweis auf die „mehrjährigen Verhandlungen über das Zustandekommen einer Bundesanstalt"[1008] ein. Damit hob er einmal mehr

1007 Dies liege darin begründet, dass „sowohl der Internationale als auch der Deutsche Verband für die Materialprüfungen der Technik (IVM bzw. DVM) [...] mit Kriegsende aufgehört [hatten,] zu existieren", ebd., und im Folgenden.

1008 Der wissenschaftliche Mitarbeiterstab sowie die Prüf- und Forschungstätigkeit der vereinigten Anstalten. Denkschrift 1953, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 86, BAM-Archiv, Fach 1-2, und im Folgenden.

die Zielkontinuität hervor und suggerierte, dass die Erhebung zu einer Reichs- beziehungsweise Bundesanstalt durchgängig verfolgt worden sei. In der Denkschrift hatte Pfender fast gleichlautend geschrieben: „Mögen diese Unterlagen [i.e. die Denkschrift, E.K.] mit dazu beitragen, dem Deutschen Volke eine Einrichtung zu erhalten, die, unter schwierigen Bedingungen wiedererstanden, neue zahlreiche Beweise ihrer Bedeutung für die Wissenschaft, Technik und Wirtschaft erbracht hat und neues Ansehen im In- und Ausland erwerben konnte." Dass dem zu diesem Zeitpunkt amtierenden Präsidenten Pfender eine herausragende Rolle im Prozess der Bundesanstalts-Werdung zukam, bildete sich durch die Aufnahme zweier von ihm verfasster Schriften auch in der Dokumentensammlung ab und markierte ihn damit als einen zentralen Akteur für die diesbezügliche institutionelle Selbst-Erzählung. Die in der Sammlung vorgenommene Phaseneinteilung für die Zeit nach dem „Zusammenbruch 1945" endete mit der archivalischen Evidenz für das erreichte Ziel: Dem „Abkommen über die Übernahme des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem durch die Bundesrepublik Deutschland" vom 5./10. Juni 1954,[1009] dem Verweis auf die „feierliche Übernahme durch den Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Dr. Erhard" kurze Zeit später und dem „Erlaß über die Errichtung einer Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung" vom 20. August 1954.[1010] Die Übernahme stellte nicht nur den Endpunkt der Nachkriegsentwicklung und des Wiederaufbaus dar, sondern letztlich den Endpunkt eines zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahrzehnten angestrebten Zieles, das nun endlich erreicht worden war. Aus diesem Grund lässt sich die hier konstruierte Erzählung als eine Erfolgsgeschichte klassifizieren.

Die letzten Dokumente bekräftigten die Bedeutung des MPA schließlich noch einmal und können als ‚Belege' für die Rechtmäßigkeit der vorangegangen Ressortierung auf Bundesebene sowie für die fortschreitende Konsolidierung des Amtes als Bundesanstalt verstanden

1009 Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin. Vom 5./10. Juni 1954, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 87, BAM-Archiv, Fach 1-2, und im Folgenden.

1010 Erlaß über die Errichtung einer Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung. Vom 20. August 1954, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 88, BAM-Archiv, Fach 1-2.

werden. So stellte ein Beitrag Pfenders in der Zeitschrift des VDI „Die Bedeutung der Materialprüfung in Technik und Wirtschaft" heraus und skizzierte die „Aufgaben, Organisation und Arbeitsbeispiele der Materialprüfung",[1011] während ein weiterer Beitrag des Präsidenten die Anstalt mittels einer „Übersicht über die Art der Arbeiten" genauer kennzeichnete. Dabei nahm er eine Selbstverortung der BAM in der Gegenwart zugleich dadurch vor, dass er sich auf die Vergangenheit, also die „Geschichte der Bundesanstalt" berief.[1012] Dieser Text stellte im Prinzip die Dokumentensammlung in Kurzform dar, die vor dem Anhang das im Jahre 1957 aktuell Geltende präsentierte, namentlich den „Erlaß über die Änderung der Bezeichnung der Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung (BAM)"[1013] von Februar 1956 sowie die organisatorische Gliederung der Bundesanstalt nach dem Stand von Juli 1957.[1014] Die Zeittafel zur Entwicklung des MPA und der CTR umfassten Daten mit den, zumindest so abgebildeten, ‚wichtigsten' Ereignissen beider Ressortforschungseinrichtungen, wobei beide Weltkriege oder auch politische Zäsuren wie die Machtübernahme 1933 nicht benannt wurden, sodass sich die Jahreszahlen auf die Entstehung von Neubauten, institutionelle Vereinigungen und Erweiterungen, Neuressortierungen und Verwaltungsakte oder Umbenennungen beschränkten.[1015] Die Zeittafel selbst ist also ein Beleg dafür, dass die Selbst-Narration mit einer institutionellen Eigenzeit verkoppelt war, welche das Amt aus dem Strom der allgemeinen Geschichte heraushob.

1011 M. Pfender: Die Bedeutung der Materialprüfung in Technik und Wirtschaft, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 89–92, BAM-Archiv, Fach 1-2.

1012 M. Pfender: Aus dem Werden und Schaffen der Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 93–96, hier: S. 93, BAM-Archiv, Fach 1-2.

1013 Erlaß betr. Umbenennung in „Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM)". Vom 10. Februar 1956, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 97, BAM-Archiv, Fach 1-2.

1014 Organisatorische Gliederung der Bundesanstalt (August 1957), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 98, BAM-Archiv, Fach 1-2. Siehe hierzu Anhang 4.

Mit der anschließenden Nennung der „bisherigen Leiter der Vorgänger-Anstalten" der Bundesanstalt, MPA und CTR, wurden die einzelnen Entwicklungsphasen mit der Nennung der Präsidenten, deren Titel und Amtszeiten in einer Übersicht personalisiert.[1016] Hier nun bildeten also einzelne Präsidenten und deren jeweilige Amtszeit verschiedene Epochen, die dazu dienten, Binnenzäsuren festzulegen. Zuletzt enthielt die Sammlung eine „Überschrift über das Schrifttum seit 1883", also die zeitschriftenartigen „Mitteilungen" des Amtes.[1017]

Betrachtet man Entstehungskontext und Inhalt der Sammlung der „Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM)" vom August 1957 insgesamt, lässt sich zunächst festhalten, dass die Bestrebungen zu einem Wiederaufbau des Archivs offenbar zu einem Zeitpunkt aufkamen, als die Belastungsproben der unmittelbaren Nachkriegszeit bewältigt worden waren, vor allem jedoch eine seit bereits Jahrzehnten, insbesondere in der Zeit von circa Ende der 1940er Jahre bis 1954, vehement forcierte Entwicklung erfolgreich abgeschlossen wurde: die Erhebung des MPA zur Bundesanstalt. Erst *nach* diesem institutionellen und institutionengeschichtlichen Einschnitt war es möglich, eine Erfolgsgeschichte zu konstruieren. Erst jetzt ließ sich auch die vorangegangene Geschichte als eine für die Nachwelt bewahrens- und beschützenswerte erzählen und als eine *Vor*-Geschichte dieses Erfolges *ad acta* legen. Gleichzeitig wird hier das partikulare Zeitregime der MPA-/BAM-Gesellschaft sichtbar, der historische Entwicklungen und Zäsuren als bedeutsam galten, die nicht zwangsläufig deckungsgleich mit der (bundes)deutschen Geschichte waren. Dass es offenbar eine sehr konkrete Vorstellung davon gab, auf welche Art und Weise die institutionelle Selbst-Narration zu gestalten sei, die sodann durch die Dokumentensammlung als Grundlage für den Wiederaufbau eines Archivs in das institutionelle Gedächtnis überführt werden sollte,

1015 Anhang I Zeittafel, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, BAM-Archiv, Fach 1-2.

1016 Anhang II Die bisherigen Leiter der Vorgänger-Anstalten, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, BAM-Archiv, Fach 1-2.

1017 Anhang III Veröffentlichungen seit 1883 (Nachweis der zusammenfassenden Aufstellungen), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, BAM-Archiv, Fach 1-2.

zeigen die hierfür ausgewählten Schriftstücke ebenso wie die im Prozess der Zusammenstellung vorgenommenen zensierenden Kürzungen und Tilgungen, aus denen sich *ex negativo* ein Sollanspruch rekonstruieren lässt. In besonderem Maße sollten sowohl die autarkie-, rüstungs- und kriegspolitischen als auch die durch den Nationalsozialismus kompromittierten Vergangenheiten beider Vorgängerinstitutionen der BAM im Grunde genommen vollständig aus ihrer Geschichte herausgeschnitten werden. Was mittels einer Akzentuierung auf die verwaltungsrechtliche und organisatorische Entwicklung, auf die Tätigkeits- und Arbeitsbereiche oder auf einzelne Akteure, die für die jeweils abgrenzbaren zeitlichen Phasen in der Geschichte der BAM erzählt werden sollte, bedeutsam war, war die Genese einer Institution, deren Ursprung bis ins 19. Jahrhundert zurückreichte. Trotz zahlreicher Hürden und Rückschläge wie beispielsweise dem „Zusammenbruch" nach Ende des Zweiten Weltkrieges bestand sie nicht nur weiter, sondern konnte letzten Endes sogar einen lange ersehnten Erfolg verzeichnen. Hier nun verbanden sich *Traditions- und Kontinuitätsnarration, Stabilitätsnarration* und *Erfolgsnarration*. Dass dieses Ziel die Geschichte des Amtes strukturiert habe, sollte durch die Aufnahme einzelner Schriftstücke belegt werden, welche die Erhebung zum Reichsamt thematisierten, und zwar für *jede* der historischen Phasen, welche die Sammlung vorgab. Dies verstärkte noch den Eindruck einer langen und kontinuierlichen Erfolgsgeschichte. Mit Blick auf die institutionelle Erinnerungskultur bleibt anzumerken, dass die Dokumentensammlung von 1957 perspektivisch „als ein Beitrag zu weiteren Arbeiten an einer späteren Chronik"[1018] gewertet werden sollte, auch wenn diese erst knapp zehn Jahre später anlässlich des hundertjährigen Jubiläums erschien. Inwieweit die verschiedenen Arten der Narrationen sich in dieser Chronik wiederfinden lassen, ist an anderer Stelle genauer zu eruieren. Zur Gründung eines Archivs kam es jedenfalls zunächst nicht.

Es ist unklar, aus welchen Gründen diese Pläne zum Wiederaufbau eines Archivs Ende der 1950er Jahre nicht realisiert worden sind. Die entsprechenden Bestrebungen blieben jedoch weiterhin bestehen. In der internen Mitarbeiterzeitschrift „*BAM*-Information" des Jahres

1018 Leitner, Alois: Vorwort, in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, BAM-Archiv, Fach 1-2.

1970 erschien ein Artikel zum „Aufbau eines Archivs in der Bundesanstalt für Materialprüfung“,[1019] der dieses Anliegen zu erkennen gibt und außerdem ausführlich Auskunft über die Motive, den Zweck und die angedachten Archivalien gewährt. Nicht zuletzt klärte der Artikel auch die Frage danach, was überhaupt als „archivwürdig“ anzusehen sei, woraus sich wiederum Rückschlüsse auf die BAM-eigene Selbsterzählung ableiten lassen, die in das institutionelle Gedächtnis überführt werden sollte.

Die Vorrede des Artikels stammte von Präsident Pfender. Sie offenbarte, dass der „seit langem verfolgte und auch dem Kuratorium der BAM vorgestellte Plan, ein Archiv der Geschichte“ der Institution und wenn möglich, „der Materialprüfung überhaupt einzurichten und in seiner dann vielfältigen Form den Mitarbeitern und anderen zur Verfügung zu halten“, nun „nach und nach verwirklicht werden“ sollte, nachdem „eine Reihe von Voraussetzungen dafür auch im Rahmen der Vorbereitung der Hundertjahrfeier der BAM geschaffen worden“ seien. Mit der Entwicklung und Betreuung dieses Archivs sei Dr. Walter Ruske beauftragt worden, seit April 1965 Leiter der Dienststelle „Information und Dokumentation“,[1020] dem Pfender sodann das Wort überließ, um im Folgenden „dieses Problem aus seiner Sicht zur Diskussion und Mitarbeit“ darzustellen.[1021] Neben der Tatsache, dass die interne Mitarbeiterzeitschrift einen solchen Artikel überhaupt publizierte, ist von Interesse, dass hier die normative Vorgabe formuliert wurde, dass die Angehörigen der BAM an dem Vorhaben mitwirken sollten. Ruske definierte in seinem Artikel auch die Kriterien hierfür. Er begann mit der Feststellung, dass es Voraussetzung für „[j]ede Öffentlichkeitsarbeit“ sei, dass die damit betrauten Mitarbeiter „über ein sachverständig ausgewähltes und repräsentatives Material über den Werdegang ihrer Institution, über deren aktuelle Tätigkeit sowie über statistische Angaben“ verfügten. Zudem stehe eine „Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit“ gerade bei einer „staatlichen Behörde“ – und hier

1019 Pfender, Max/Ruske, Walter: Der Aufbau eines Archivs in der Bundesanstalt für Materialprüfung, in: BAM-Information 7 (1970), S. 1–3, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 1.

1020 Walter Ruske, Lebenslauf, 28.4.1967, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.3 Biographien Mitarbeiter M-Z.

1021 Pfender, Max/Ruske, Walter: Der Aufbau eines Archivs in der Bundesanstalt für Materialprüfung, in: BAM-Information 7 (1970), S. 1–3, hier: S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 1–3.

vor allem bei einer „wissenschaftlich orientierten Einrichtung“ wie der BAM – im Vordergrund derartiger Bemühungen. Denn das Amt habe die Aufgabe, nachzuweisen, „wie die nicht unbeträchtlichen [...] Mittel aus dem Steueraufkommen der Bevölkerung zum Nutzen eben des Volkes verwendet“ würden. Damit bestimmte Ruske den Zweck einer nach ‚außen‘ gerichteten Öffentlichkeitsarbeit, die der Legitimation der Anstalt selbst dienen sollte. Diesem Vorhaben standen allerdings gewisse Probleme entgegen. Denn im Gegensatz zu anderen staatlichen oder privatwirtschaftlichen Einrichtungen hätten sowohl das Staatliche Materialprüfungsamt als auch die Chemisch-Technische Reichsanstalt „in den Monaten nach dem Kriegsende so gut wie alle Akten verloren, die heute unmittelbar Auskunft über die damals in ihm tätigen Personen und die von ihnen durchgeführten Arbeiten geben könnten.“ So stamme das, was an historischem Material aus der Zeit vor 1945 über die beiden Vorgängerinstitutionen in der BAM vorhanden sei, „aus Resten, welche die sowjetische Besatzung überdauerten, oder aus dem Besitz ehemaliger Angehöriger“, die in Ruskes Dienststelle gesammelt worden seien. Dabei führte er als unter den „so erhaltenen Originalia [...] als wohl wertvollste[n] Besitz“ ein Zeichenheft des ersten Direktors des Dahlemer MPA, Adolf Martens, an, der auch bereits Jahre zuvor schon als *die* zentrale Gründungsfigur ausgewiesen worden war und hier noch einmal als solche gekennzeichnet wurde. Dass das „Fehlen von Archivmaterial [...] sich als besonders störend vor allem für das Vorhaben erwiesen“ habe, die Geschichte der BAM anlässlich des hundertjährigen Jubiläums „in Form einer Jubiläumsschrift zusammenzustellen“, verweise „daher erneut und dringlich auf die Errichtung eines Archivs“. Wie sahen nun die Aufgaben dieses geplanten Archivs aus?

Zum einen sollte das Archiv geschichtswissenschaftliche mit geschichtspolitischen Absichten zu legitimatorischen Zwecken verbinden und so „das Wirken einer Institution mittels authentischen, aufbewahrten Aktenmaterials nachträglich“ darstellen. Denn gleichzeitig sollte die Öffentlichkeit unterrichtet werden. Ruske fragte rhetorisch: „Was ist archivwürdig?“ Die Tatsache, dass er die Angehörigen der Anstalt „zur Diskussion und Mitarbeit“ bei dem Archivaufbau aufforderte, lässt sich auch als eine Art Sollforderung begreifen. Die Forderung besagte im Kern, dass die Mitarbeiter der BAM sich an der Errichtung eines institutionellen Gedächtnisses beteiligen beziehungsweise hierzu beitragen *sollten*. Es handelte sich also um eine Art *partizipatorischer*

Geschichtsschreibung und Dokumentensicherung, an der alle teilnehmen sollten. Dabei definierte der Artikel die Kriterien dieser Beteiligung, nämlich in der Archivwürdigkeit von Dokumenten. Dies implizierte einen Auswahlprozess, den die Amtsangehörigen zu verinnerlichen hätten: Was nun war also nach Ruske „archivwürdig" respektive welche Art von Überlieferung *sollte* in das institutionelle Gedächtnis überführt werden?

Ruske benannte fünf „Sammelgebiete" oder Gruppen, die offenlegen, welche Dokumente der designierte Archivleiter überhaupt berücksichtige, um die Erzählungen produzieren zu können, welche das Amt nach innen und außen vermitteln wollte. Die erste sollte „Verordnungen und Erlasse der Ministerien" umfassen, „welche die Einrichtung, Organisation und Tätigkeit der BAM und ihrer Vorgängeranstalten sowie der mit ihnen in Verbindung stehenden Gremien" betrafen, wozu auch „diejenigen Berichte und Stellungnahmen der Anstalten" gehörten, „die von genereller Bedeutung für ihre Entwicklung" gewesen seien. Im Grunde genommen sollten hierbei jene Aspekte der Anstaltsgeschichte archivalisch gesichert werden, die bereits in der Dokumentensammlung aus dem Jahre 1957 abgedeckt worden waren und auf die Ruske in diesem Zusammenhang verwies. Die zweite Gruppe umfasse „das offizielle Schrifttum der Anstalten", darunter Jahresberichte und „die Mitteilungen", also Zeitschriften, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Lichtbilder, Dias, Filme oder Niederschriften über die Kuratoriumssitzungen und die zugehörigen Unterlagen. Drittens sei das „interne Schrifttum der Anstalten zusammenzufassen", also auf organisatorischem Gebiet „Geschäftsordnungen und Organisationspläne", auf baulichem Gebiet Pläne oder Grundrisszeichnungen zur räumlichen Entwicklung ebenso wie die Akten über den Grunderwerb und „auf personellem Gebiet Stellenpläne, Namenslisten der Mitarbeiter und Personalakten." Hierunter fasste Ruske auch die „in den Zeitschriften publizierten biographischen Beiträge anläßlich von Ehrungen, Geburtstagen oder Todesfällen", also sämtliche Personalia, sowie Besoldungsordnungen und alte Lohn- und Angestelltentarife. Bevor er zuletzt Schriftstücke und Materialien „von oder über diejenigen technisch-wissenschaftlichen Vereine und Gesellschaften [...], mit denen die BAM in Verbindung steht", benannte, führte er eine weitere Gruppe historischen Materials an, die als „archivwürdig" anzusehen sei, und auf die sich der Appell zur Beteiligung unmittelbar beziehen musste. Es handelte sich um „persönliche Erinnerungen der Mitarbeiter, Handakten ausgeschiedener

Abteilungsleiter und das zu besonderen Anlässen aufgenommene Bildmaterial". Zum Abschluss bekräftigte Ruske noch einmal die Sollforderung: „Mitarbeit ist notwendig!" Denn um ein Archiv der BAM aufzubauen, sei „die verständnisvolle, zum Mitdenken bereite Hilfe *aller* [Hervorheb. i. O., E.K.] Mitarbeiter notwendig". Wenngleich Pfender und Ruske die einzelnen Angehörigen der MPA-/CTR- beziehungsweise BAM-Partikulargesellschaft und deren Erinnerungen damit als bewahrens- und beschützenswerten Teil der Selbst-Narration erachteten, ja diese explizit dazu aufforderten, zum Aufbau eines institutionellen Gedächtnisses beizutragen, sollten die diesbezüglichen Schriftstücke doch einer gewissen Bewertung unterworfen werden. Denn sie sollten nicht vorrangig nach ihrem historischen, sondern nach ihrem Wert für die Produktion einer institutionellen Eigenerzählung gesammelt werden. Diese Erzählung ordnete sich allerdings bestimmten amtsinternen Normen unter, wie das Beispiel des ehemaligen Mitarbeiters Kirschfeld zeigt, der mit seiner Erzählung einen Normbruch begangen hatte.

Mutmaßlich im Nachgang des Todes eines ehemaligen CTR- und BAM-Mitarbeiters im März 1974, Dr. Leonhard Kirschfeld,[1022] sandte dessen Witwe „Ausschnitte aus den Lebenserinnerungen" ihres Mannes

1022 Leonhard Kirschfeld (1898–1974), 1920–1927 Studium der Physikalischen Chemie, 1927 Dr. phil. nat., 1927 Assistent am Chemischen Laboratorium der Universität Jena, dort 1932 Assistent an der Hygienischen Anstalt, 1935 Wissenschaftlicher Angestellter beziehungsweise Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der CTR, 1939 Regierungsrat an der CTR in der Abteilung M (Metallkunde), spätestens 1940 Vertreter von Dr.-Ing. Adolf Fry (1882–1974) als Leiter der Fachsparte „Eisen und Stahl" im Reichsforschungsrat (RFR), in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1920 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, 1.1.1931 Mitglied der NSDAP (Nr. 450730), dort 1931 bis 1935 Politischer Leiter sowie 1938 bis 1941 Ortsgruppenleiter, 1931 bis 1932 Mitglied der SA, 1934 Mitglied der Reichsschaft Hochschullehrer im NS-Lehrerbund, 1933–1935 Mitglied des NS-Dozentenbundes, 1945 Volkssturm, anschließende sowjetische Internierung, 1955 Rückkehr aus Sibirien, 1956 Eintritt in die BAM, 1961 Ruhestand; CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 68; BArch, R 9361-II/518700; CTR, Personalnachrichten über Leonhard Kirschfeld, 25.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 71–72; Ausschnitte aus den Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld abgeschrieben von Elisabeth Kirschfeld zur freundlichen Durchsicht und eventuellen Verarbeitung für Archivzwecke der BAM überlassen, BAM-Archiv, Fach 6-2; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/20240107; Leonhard Kirschfeld †, in: BAM-Information 3 (1974), S. 38, BAM-Archiv, Fach 3-1.

an die Bundesanstalt, die sie, „zur freundlichen Durchsicht und eventuellen Verarbeitung für Archivzwecke der BAM überlassen", und dafür abgeschrieben hatte.[1023] Die Abschrift umfasste 47 Seiten, die sich mit dem Berufs- und Arbeitsleben Kirschfelds befassten. Diese Arbeitsbiografie ist in zweierlei Hinsicht von Interesse: *Erstens* erlaubt sie einen Einblick in die soziale Topik, also in die Art und Weise, wie Kirschfeld sein Arbeitsleben und dessen Sinn in der allgemeinen Entwicklung von Politik und Gesellschaft verortete. *Zweitens* lässt sich hier ein spezifisches Nachlassbewusstsein beobachten, denn der Text macht transparent, was und wie der ehemalige Mitarbeiter seine Tätigkeiten erinnert wissen wollte. Mindestens seine Witwe hielt die Erinnerungen ihres verstorbenen Mannes für nachlasswürdig und ließ dem ehemaligen Arbeitgeber dessen kleine Biografie zukommen. Hier zeigt sich also etwas, das der Philosoph Hermann Lübbe als Präzeption bezeichnet hat, also „die gegenwärtige Vorausschätzung der Interessen Späterer an derjenigen Vergangenheit, die unsere Gegenwart zukünftig geworden sein wird."[1024] Die „Lebenserinnerungen" begannen mit der Ankunft Kirschfelds in seiner neuen Dienststelle, bei der ihm zunächst durch Hans Gotta[1025]

1023 Ausschnitte aus den Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld abgeschrieben von Elisabeth Kirschfeld zur freundlichen Durchsicht und eventuellen Verarbeitung für Archivzwecke der BAM überlassen, BAM-Archiv, Fach 6-2. Kirschfeld war nicht der einzige Ehemalige, der seine „Erinnerungen" der BAM zukommen ließ. Im Oktober 1974 wandte sich Dr. Werner Husse, vor 1945 zuletzt Stellv. Leiter der Abteilung „Kunst- und Anstrichstoffe" in der Hauptabteilung III „Organische Stoffe", an Dr. Dietrich Wapler, zu diesem Zeitpunkt [Leiter] der Fachgruppe „Anstrich-, Belag- und Klebstoffe". In Ergänzung zu dem Jubiläumsband, in dem seine ehemalige Abteilung seiner Meinung nach „zu kurz weggekommen" sei, übersandte er ein sechsseitiges Manuskript über seine „Erinnerung über die Arbeit der Gruppe Anstrichstoffe im MPA". Dem Schreiben war ein Hinweis für die entsprechende Dienststelle beigefügt: „Vielleicht können Sie eine Abschrift ins Archiv nehmen", Werner Husse an Dietrich Wapler, 10.10.1974, BAM-Archiv; Werner Husse, Erinnerungen, BAM-Archiv.

1024 Lübbe, Hermann: Modernisierung und Folgelasten. Trends kultureller und politischer Evolution, Heidelberg 1997, S. 28, zit. nach Sina / Spoerhase, ›Gemachtwordenheit‹, 2017, S. 14, Anm. 16.

1025 Andreas (Hans) Gotta (*1903), 1912 Studium der Chemie, 1926 Dr. phil. nat., 1927 Assistent an den Universitäten Frankfurt und Jena, 1931 Assistent in der Abteilung für Metallschutz der Physikalischen Versuchsanstalt der Friedrich Krupp A. G., 1934 Eintritt in die CTR als Wissenschaftlicher Angestellter in die Abteilung M (Metallkunde), 1937 Regierungsrat, 1.3.1933

ausführlich die Geschichte der Anstalt erklärt worden sei, besonders auch die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf die CTR, die sich nun nicht mehr mit militärischen Fragen beschäftigen dürfe, weshalb man sich besonders um Aufträge aus der Industrie bemühe.[1026] Diese für die Anstalt „schwierige[n] Periode", die einen deutlichen Rückgang der Arbeit sowie eine Stagnation der Mitarbeiterzahlen bedeutete, sei erst durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten beendet worden. Kirschfeld fand hierfür durchaus positive Worte, denn nach seinem Amtsantritt habe Hitler begonnen, „seine immer wieder erklärte Absicht auszuführen" – nämlich den „Versailler Friedensvertrag, vor allem, in seinen Deutschland einseitig diskriminierenden Punkten, [zu] korrigieren" – wozu „vordringlichst die Rüstungsgleichheit mit allen Völkern" gehört habe. Der Autor erkannte hier eine Diskriminierungskontinuität, denn sowohl das Kaiserreich als auch das „Dritte Reich" seien von den übrigen Großmächten immer beschuldigt worden, „der Störenfried der Welt zu sein". Mit einem Unterton trotzigen Stolzes erklärte Kirschfeld, Hitler habe sich diesem Bestreben endlich entgegengestellt und nichts anderes gesagt als, „wenn sich die anderen nicht an die Abmachungen halten, dann wollen wir wenigstens soweit aufrüsten, wie es unsere Sicherheit erfordert". Hierin erkannte Kirschfeld auch die Ursache für die Wahlerfolge Hitlers. Nachdem der „Führer" an die Macht gekommen sei, „begann er, seine dem Volk gegebenen Versprechungen, wahrzumachen", was zunächst „noch ganz geheimnisvoll" zugegangen, für die CTR aber unmittelbar spürbar geworden sei:

> „Mit der Rüstungsindustrie hatte Hitler Absprachen getroffen, und die fing nun an, auf immer höherwerdenden Touren zu laufen. Unsere CTR pro[f]itierte von dem starken Aufstieg in der Rüstungsindustrie. Die CTR wurde wieder eine rein militärische Forschungsanstalt und übernahm wieder ihre alten Aufgaben."

Mitglied der NSDAP, „gottgläubig"; CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 47; BArch, R 9361-II/309049; REM, Personalakte Andreas Gotta, BArch R 4901/17654.

1026 Ausschnitte aus den Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld abgeschrieben von Elisabeth Kirschfeld zur freundlichen Durchsicht und eventuellen Verarbeitung für Archivzwecke der BAM überlassen, S. 2, BAM-Archiv, Fach 6-2, und im Folgenden.

Von der dadurch bedingten personellen und sachlichen Ausweitung der Anstalt sei er, Kirschfeld, selbst einer der ersten gewesen, „der durch diese Ausweitung direkt betroffen war", sodass letztlich auch seine Karriere wesentlich von der NS-Aufrüstung bestimmt und er „dadurch immer an der Spitze der neuen CTR-Leute"[1027] gewesen sei. Der darauffolgende Abschnitt bestand aus persönlichen Beschreibungen von Mitarbeitern der Anstalt, denen er begegnet war und die sich im Laufe seiner beruflichen Tätigkeit zu seinem kollegialen Umfeld entwickelt hatten. Der Fokus des Gros der Beschreibungen lag dabei auf seinem persönlichen Verhältnis zu den jeweiligen Angehörigen der CTR und auf einer Würdigung von deren Leistungen als Wissenschaftler. So schrieb er über den Leiter der CTR, Direktor Walter Rimarski, dieser sei „ein bekannter Wissenschaftler" gewesen, der ebenfalls einige Zeit in Königsberg studiert habe und „dort auch einem Corps" angehört habe. Rimarski, dessen „unverfälschtes Ostpreußisch" ihn „sehr heimatlich berührte", habe wohl mehrfach über seine „wichtige Entdeckung" während des Ersten Weltkrieges gesprochen. Eine ähnliche Bewunderung äußerte er gegenüber dem Ballistiker Erwin Bollé,[1028] der „wohl der damals beste Fachmann in ganz Deutschland" mit einem Lehrauftrag für Ballistik an der TH Charlottenburg gewesen sei, bei dessen Beerdigung gegen Kriegsende er „sogar" gewesen

1027 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 3.

1028 Erwin Bollé (1877–1938), 1895 Studium der Physik, Chemie und Mathematik, 1900 Dr. phil., 1900 Physiker in der Patentabteilung der Union Elektrizitäts-Gesellschaft (Vorgängerin der AEG), 1903 Assistent im Kabelwerk der AEG, 1903 Eintritt in das Militärversuchsamt (MVA) als Hilfsphysiker sowie im selben Jahr Reichsbeamter, 1905 Betriebsassistent, 1911 Wissenschaftliches Mitglied, 1920 Übernahme in die CTR als Regierungsrat, 1932 Oberregierungsrat in der Abteilung P (Physik), gleichzeitig ab 1936 Lehrbeauftragter für Innere Ballistik am Institut für technische Physik an der Wehrtechnischen Fakultät (WTF) der TH Berlin, Antrag auf Aufnahme in die NSDAP abgelehnt, da er keine Beiträge zahlt und auch der Zahlungsaufforderung nicht nachkommt; Personal-Nachweisung Erwin Karl Wolfgang Bollé, BArch, R 4901/17524; BArch, R 9361-II/98125; BArch, R 9361-I/7065; Rimarski, Walter: Zum Rode von Dr. E. Bollé, in: Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen 34 (1939), S. 226 f.; Dr. Oberregierungsrat Erwin Bollé, in: Catalogus Professorum der TU Berlin, URL: https://cp.tu-berlin.de/person/1468 [zuletzt eingesehen am 12.8.2024]; Personalakte von Erwin Bollé, BArch, R 4901/16676.

sei.[1029] Über die Abteilung „P“ (Physik), in der Bollé tätig gewesen war, berichtete Kirschfeld, dass dort „über die Drucke in den Geschützrohren beim Abschuß, den Drall und die Abnutzung von Feuerwaffen“ gearbeitet worden sei. Auch die Abteilung „S“ (Sprengstoffe), „die älteste Abteilung der Anstalt und deren ganzer Stolz“, um den „uns“ auch das Ausland beneidet haben soll, habe der Verfasser kennengelernt. Zu den dort Beschäftigten gehörten unter anderem der Leiter der Abteilung, August Haid, und dessen nächster Mitarbeiter, Hermann Selle, die in den persönlichen Erinnerungen Kirschfelds einen besonderen Stellenwert einnahmen. Nicht nur sei Haid „ein sympat[h]ischer Mann und hervorragender Fachmann auf seinem Gebiet“ gewesen und auch für Selle, der als „alter Völkischer“ nicht gerade ein Freund der NSDAP gewesen sei, fand er anerkennende Worte als großer Fachmann und „Prachtmensch“.[1030] Vielmehr noch aber habe der Verfasser es wohl nach seiner Rückkehr aus Sibirien im Jahre 1955 vor allem diesen beiden zu verdanken, „daß sie mich wieder in der BAM haben nehmen wollen“ und dies auch gegen den Widerstand vieler Kollegen durchgesetzt hätten, wobei unklar blieb, worauf sich diese Einsprüche gründeten. Eine Erklärung könnte seine politische Einstellung während der NS-Zeit gewesen sein, nachdem Kirschfeld betonte, dass „alle ehemaligen Kollegen der CTR“ versucht hätten, ihm zu helfen und sich „in rührender Weise“ für ihn eingesetzt und auch drei seiner ehemaligen Kollegen, „die nicht der NSDAP angehört hatten“, für ihn ausgesagt hätten. Die Auszüge gingen ähnlich weiter: Kirschfeld berichtete von seinen besonderen Freundschaften an der CTR mit Hermann Selle, Paul Dittmar[1031] oder Johannes Dannenberg[1032] und den vielen Wiedersehen

1029 Alle Zitate im Folgenden Ausschnitte aus den Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld abgeschrieben von Elisabeth Kirschfeld zur freundlichen Durchsicht und eventuellen Verarbeitung für Archivzwecke der BAM überlassen, S. 4, BAM-Archiv, Fach 6-2.

1030 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 5.

1031 Vgl. zu Paul Dittmar ausführlich Kapitel 5.4

1032 Johannes Dannenberg (1899–1973), 1920 Studium des Maschinenbaus, 1925 Dipl.-Ing., 1927 Eintritt in die CTR als Wissenschaftlicher Angestellter in der Abteilung W (Werkstoffprüfung), 1935 Regierungsrat, 1942 Oberregierungsrat, in der Kriegszeit Uk-gestellt, NSDAP seit 1.5.1937, Mitgliedsnummer 5.359.710, 1937–1942 kommissarischer Blockleiter, weiter NSFK, 1945–1948 sowjetische Internierung, 1949–1951 Leiter der Werkstoffprüfung beim Berliner Glühlampenwerk VEB, 1951 Wissenschaftlicher

mit Ehemaligen der CTR in der BAM, also letztlich den personellen Kontinuitäten. Besonders viel Raum nahm die detaillierte Beschreibung der rüstungsrelevanten Forschungen und Arbeiten ein. So habe „jedes Labor in der CTR [...] im Prinzip 3 verschiedene Arten von Aufgaben zu lösen" gehabt, womit er gleichzeitig auch einen „kleinen Überblick" über sein neues Arbeitsfeld gab.[1033]

„Das waren:

1) Abnahme. Von allen den vielen Waffen, Pulver und Sprengstoffen, Ausrüstungsgegenständen und Bekleidungsstücken, die dem Heere von der Industrie zu[g]leitet werden sollten, wurden genaue Gütekontrollen verlangt. Die genau bekannten Normen wurden in der CTR geprüft [...]. In jedem Rüstungsindustriewerk saß ein sogenannter Abnahmebeamter, der das Recht und die Pflicht hatte, Proben aus der laufenden Produktion zu entnehmen. Diese Proben gingen dann zur CTR. Dort wurden sie einer gründlichen Prüfung unterzogen [...].
2) Gutachtertätigkeit. Irgendwo geht immer etwas entzwei, auch bei der Truppe. Nehmen wir an, an einem Panzer ist eine Kette gerissen oder ein Rad gebrochen [...]. Bei neu einzuführenden Waffen mußten

---

Mitarbeiter im MPA, spätestens ab 1953 dort Leiter des Laboratoriums „Technologische Prüfungen der Metalle", 1964 Ruhestand; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-I/5791438; CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 24; BArch, R 9361-II/150393; CTR, Personalnachrichten über Johannes Dannenberg, 25.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 17–18; Dannenberg, Johannes, Dipl.-Ing., Belastungen, 16.12.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-02-01, unb. Kt. 016 Daase-Dannenberg; Military Government of Germany, Fragebogen Johannes Dannenberg, 25.9.1948, Landesarchiv Berlin, C Rep. 031-01-06, Nr. 441; Chemisch-Technische Reichsanstalt vereinigt mit dem Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederung. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt. Berlin 1953, S. 11, BAM-Archiv; Organisationsplan der Bundesanstalt für Materialprüfung Berlin (BAM) für das Rechnungsjahr 1958, BAM-Archiv, Fach 32-1; Johannes Dannenberg †, in: BAM-Information 6 (1973), S. 113, BAM-Archiv, Fach 3-1; Disposition der Neujahrs-Ansprache 1965 von Prof. Dr. M. Pfender am 4.1.1965, BAM-Archiv, Fach 14-1, Ordner: BAM Allgemeines 1964–1966.

1033 Ausschnitte aus den Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld abgeschrieben von Elisabeth Kirschfeld zur freundlichen Durchsicht und eventuellen Verarbeitung für Archivzwecke der BAM überlassen, S. 7, BAM-Archiv, Fach 6-2.

die dazu geeigneten Werkstoffe gesucht und gefunden werden. Vom Heereswaffenamt wurden un[s] nun die Teile zugeschickt, z.B. das gebrochene Rad oder die gerissene Kette, und [wir] mußten ein Gutachten über die vermutliche Schadensursache aufstellen.

3) Forschung. Diese Aufgabe ergab sich häufig aus den vorhergenannten Aufgaben. Es handelte sich nicht um eigentliche Grundlagenforschung, sondern um zweckdienliche Forschung, die aber selbstverständlich mit den neusten wissenschaftlichen Methoden durchgeführt wurde".[1034]

Während seine Kollegen in der Reichsanstalt in vorangegangen Jahren noch „um jeden Auftrag kämpfen mussten", habe es nun also so viele Aufträge gegeben, „daß die einzelnen Labors kaum nachkamen" und „immer einige Hundert Aufträge herumlagen, die auf Erledigung warteten."[1035] Angesichts der offenherzigen Freude, die Kirschfeld über den Anstieg der Aufträge im Zusammenhang mit dem Anstieg der Rüstungsanstrengungen ausdrückte, mag es nicht verwundern, dass er auch über ein Angebot ausführlich berichtete, das ihm Adolf Fry gemacht habe, nachdem „Adolf Hitler [...] den sogenannten Forschungsrat gegründet" hatte, dessen erster Präsident der Chef des Heereswaffenamtes und General der Artillerie, Dr. Karl Becker, gewesen war.[1036] Unter der Bedingung, dass Kirschfeld Angestellter bei der CTR bleiben könne, sagte er Fry zu, der wiederum Leiter der „Fachgliederung Eisen und Stahl" im Reichsforschungsrat wurde. Auch innerhalb der CTR sei ihm von Fry nun noch eine „eigene Aufgabe" zugeteilt worden, nämlich die Bearbeitung „alle[r] einschlägigen Fragen der Geschützrohrstähle und Gewehrslaufstähle" und „dergleichen mehr" – zahlreiche Arbeiten, „die unter ‚geheim' liefen."[1037] Die Verbindungen, die der Verfasser mit dem Heereswaffenamt (HWA) und ferner der Luftwaffe gepflegt habe, machten Besprechungen und Sitzungen im HWA notwendig, die so häufig gewesen seien, dass er „sehr bald einen ‚Hausausweis'" erhalten habe, der ihn berechtigt habe, sich „frei im ganzen Amt zu bewegen" und über alle Untersuchungen „persönlich Bericht" erstatten zu können.[1038] Neben dem Besuch von Vorträgen, die im „großen Hörsaal" des

1034 Ebd., S. 7 f.
1035 Ebd., S. 8.
1036 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 12.
1037 Ebd., S. 16, 18.

HWA stattgefunden hätten und „auch immer von einer großen Zahl von Offizieren und Ingenieuren besucht" worden seien, habe er zudem einen dienstlichen Auftrag des HWA gehabt, „zu den meisten in Deutschland befindlichen Schießplätzen" zu fahren, wo er einmal von der Infanterieabteilung der Gruppe für Entwicklung und Prüfung des HWA, „Wa-Prüf II", eingeladen worden sei, um sich die Schießversuche mit dem „neuen MG anzusehen", das sich „glänzend bewährt" habe.[1039] Ein besonderes Anliegen war ihm eine Geschichte, die er nach eigenen Angaben deshalb erzählen wolle, weil er meine, „diese Erinnerungen sollten nicht verloren gehen."[1040] Es würde sich zwar um seine „vielleicht nicht bedeuten[d]ste wissenschaftliche Leistung, aber auf jeden Fall um eine für das deutsche Volk oder besser für das deutsche Heer bedeutsame und schwerwiegende Arbeit" handeln, die der Frage von Rohrkrepierern galt. Trotz seiner erfolgreichen Arbeit auf diesem Gebiet, durch welche letzten Endes „die riesige Menge Munition, ich glaube, es handelte sich damals um 2 Millionen Geschosse", die „ohne Schaden für Geschütze und Mannschaften [hätten] verschossen" werden können, habe er, da er noch nicht das Verdienstkreuz 2. Klasse besessen habe, sein „versprochenes Kriegsverdienstkreuz bis heute nicht bekommen", obwohl Fry damals deshalb selbst beim HWA vorgesprochen habe und „die Herren durchaus einverstanden" gewesen seien.[1041] Insgesamt erinnerte Kirschfeld das ausgezeichnete Betriebsklima in der CTR und „das enge Verbundensein der Mitarbeiter, sowohl untereinander, als auch mit dem Amt selbst", das er später auch in der BAM kennengelernt habe: „[...] wir waren auch dort eine große Familie."[1042]

Das der BAM zugekommene Material ihres ehemaligen Mitarbeiters blieb nicht unkommentiert und genau an dieser Stelle zeigte sich, dass Kirschfeld mit seinen offenherzigen Ausführungen einen Normbruch begangen hatte. Wohl als Grundlage für ein Antwortschreiben auf die Übersendung der „Ausschnitte" durch dessen Ehefrau verfasste Ruske eine Stellungnahme „Betr.: Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld", in der er bereits eingangs anmerkte, dass diese zeigten, „wie wenig man sich auf das persönliche Erinnerungsvermögen des Menschen

1038 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 21.
1039 Ebd., S. 21.
1040 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 25.
1041 Ebd., S. 31.
1042 Ebd., S. 9.

verlassen“ könne und, wolle man sie „beispielsweise zur Grundlage für eine Vorgeschichte der CTR nehmen“, ein „historisch falsches Bild“ entstünde.[1043] Dies begründete er mit den sachlich ungenauen Angaben Kirschfelds beispielsweise über die Vorgänger-Institution der Reichsanstalt oder das Alter einer ihrer Abteilungen. Schwerwiegender schienen jedoch andere Aspekte der „Lebenserinnerungen“ gewesen zu sein, die nach der Einschätzung Ruskes „wohl für seine Angehörigen geschrieben worden“ seien und „eine recht persönlich gefärbte Schilderung“ darstellten, weshalb sie als „historisches Quellenmaterial nur bedingt brauchbar“ seien.[1044] So berichte der Autor „über einige größere Arbeiten, die in der CTR ausgeführt worden“ seien, wobei er über andere aus Gründen der Geheimhaltung nichts sagen wolle. Das dahingehende Urteil fiel in der Stellungnahme missbilligend aus: Aufgrund der Tatsache, dass das Manuskript im Jahre 1970 geschrieben worden sei – also dem Jahr, in welchem auch zur Übersendung persönlicher Erinnerungen aufgerufen worden war – könne man „über diese Einstellung zu mehr als 25 Jahre zurückliegenden Themen geteilter Meinung sein.“ Doch nicht nur die Einstellung Kirschfelds bezüglich der Rüstungsforschung beziehungsweise offenbar besonders deren Darstellung in seinen „Lebenserinnerungen“ erwies sich als problematisch. Geteilter Meinung könne man „übrigens auch zu der politischen Einstellung des Autors [sein], für den Hitler als so etwas wie ein für eine gerechte Sache kämpfender aufrechter Deutscher in der Erinnerung geblieben sein muß.“ Auch was Kirschfeld über seine einstigen Mitarbeiter und besonders deren rüstungsrelevante Tätigkeiten erzählte, wobei er nicht nur von ehemaligen Angehörigen der CTR wie Adolf Fry berichtete,[1045] sondern ebenfalls von solchen, die nach Kriegsende im

1043 Walter Ruske, Betr. Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld (29.5.1898–24.3.1974), CTR, Abteilung M, S. 1–3, hier: S. 1, BAM-Archiv, und im Folgenden.

1044 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 2.

1045 Adolf Fry (1882–1974), 1910 Studium der Eisenhüttenkunde an den Technischen Hochschulen in Aachen und Breslau, 1914 bis 1918 „Pionier- und Minenwerferoffizier“, 1918 Dipl.-Ing., 1919 Dr.-Ing., anschließende Tätigkeit in der Stahlindustrie, 1929–1934 Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich Krupp AG in Essen, 1933 Mitglied der SA, Denunziation seines jüdischen Vorgesetzten, daraufhin seines Postens bei Krupp enthoben, 1935 Leiter der Abteilung „Metallkunde“ der CTR, daneben o. Prof. für wehrtechnische Werkstoffkunde an der TH Berlin (Wehrtechnische Fakultät, WTF), 1937 Mitglied der NSDAP, 1937 bis 1943 Fachspartenleiter für Eisen

MPA und später der BAM weiterbeschäftigt wurden und bis hin zum Vizepräsidenten der Anstalt aufgestiegen waren, sei „mehr oder weniger nur für ihn bzw. für seine Angehörigen von Interesse“ gewesen.[1046] Die Erinnerungen Kirschfelds waren also auf Ablehnung gestoßen. Offenbar erschien es jenseits der sachlichen Fehler schlicht nicht opportun, Lebenserinnerungen zu akzeptieren, die nicht nur unverblümt die Rüstungsforschungen benannten, sondern auch den „Führer“ für seine Politik rühmten. Schon die Dokumentensammlung von 1957 hatte festgelegt, was in die offizielle Selbsterzählung des Amtes eingehen sollte und was nicht: Rüstungsforschung oder gar Begeisterung für den Nationalsozialismus gehörten nicht dazu. Das in der Stellungnahme Ruskes formulierte Urteil, die lange zurückliegenden Erinnerungen Kirschfelds stellten eine „recht persönlich gefärbte Schilderung“ dar und seien daher insgesamt nur bedingt als historisches Quellenmaterial brauchbar, lässt sich zunächst zwar als angemessene Quellenkritik bewerten, stellte jedoch bei anderen persönlichen Erinnerungsberichten ehemaliger Mitarbeiter keinen Hinderungsgrund dafür dar, diese in der internen Mitarbeiterzeitschrift zu veröffentlichen und damit doch auf eine gewisse Art und Weise historisch zu ‚verwerten‘, wie noch zu zeigen ist. Da man all die Kritik an Kirschfelds Nachlass seiner Frau nicht offen mitteilen könne, schlug Ruske vor, „ihr herzlich für ihre Mühe [...] zu danken und ihr mitzuteilen, daß wir diese ‚Lebenserinnerungen‘ den wenigen erhaltenen Unterlagen über das Mv und die CTR“, die in dem Archiv vorhanden seien, beifügen. Am 11. September 1974 erging ein entsprechendes Schreiben des Präsidenten der BAM, Prof. Dr. Gerhard Wilhelm Becker.[1047]

---

und Stahl im Reichsforschungsrat, 1940 bis 1942 Dekan der WTF, 1944 Leiter der Fachgruppe „Eisenhüttenkunde“ im Forschungsstab der Zentrale für Ostforschung; CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 39; Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat, 2008, Anhang 1, S. 8: Adolf Fry; Zilt, Edouard Houdremont, 1999, S. 492 f.; Maier, Forschung als Waffe, 2007, S. 438. Vgl. zu Fry ausführlicher Große-Wilde, Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich“, 2026; Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

1046 Walter Ruske, Betr. Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld (29.5.1898–24.3.1974), CTR, Abteilung M, S. 1–3, hier: S. 2, BAM-Archiv, und im Folgenden S. 2 f.

1047 Gerhard Wilhelm Becker an Elisabeth Kirschfeld, 11.9.1974, BAM-Archiv, Fach 6-2.

Die hier beobachteten Bemühungen um die Schaffung eines Archivs und der Akquise von Quellen machen Mehreres deutlich. *Erstens* entwickelten die Akteure ein Zäsurbewusstsein, das sich in einem Interesse an der eigenen Geschichte äußerte, die nun als Erfolgsgeschichte erzählbar war. Dies machte die überarbeitete Dokumentensammlung von 1957 deutlich, die gerade in ihren Auslassungen *ex negativo* vor Augen führte, welchen Normen oder Sollforderungen die Erzählung unterliegen sollte. *Zweitens* übersetzte sich das nicht zuletzt legitimatorische Interesse an der eigenen Geschichte in ein Nachlassbewusstsein, das nun die Erinnerungen ehemaliger Mitarbeiter mit einer Relevanz versah. Diese sollten ihre Erinnerungen und sonstige Quellen dem Archiv zur Verfügung stellen. Das Beispiel der Erinnerungen Kirschfelds zeigt allerdings, dass dieses Interesse immer dann auf Grenzen stieß, wenn gegen die Normen der amtsinternen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur verstoßen wurde und Rüstungsarbeit sowie die Involvierung in das NS-Politikprogramm allzu deutlich benannt wurde. Knapp könnte man dies zusammenfassen: Erinnerung ja, aber nur die ‚richtige'. Diese ‚richtige' Erinnerung versucht das Amt zu sichern, indem es alle Mitarbeiter dazu aufforderte, sich an der Erinnerungsarbeit zu beteiligen.

5.3 Binnenintegration durch normierte narrative Partizipation in den 1970er Jahren

Die institutionelle Selbsterzählung entstand nicht allein im BAM-Archiv oder anlässlich von Jubiläen oder anderen Gedenktagen, sondern die Genese dieser Erzählung lässt sich auch als partizipatives Geschehen rekonstruieren. Im Folgenden gilt es zu analysieren, welche Akteure in welchen Medien aus welchen Gründen damit beschäftigt waren, eine Institutionengeschichte zu erzählen, in der sich die Amts-/Anstaltsangehörigen wiederfinden konnten. Aus diesem Grund stehen vor allem die Mitarbeiterzeitschrift und die hier publizierten Erinnerungsberichte im Fokus der Untersuchung, da sich diese Zeitschrift als ein Medium erweist, an dem im Prinzip jeder und jede mitarbeiten sollte. Der Blick in diese Berichte und ihre Publikationsgeschichte macht deutlich, dass auch hier die zentralen Normen verbindlich waren, welche die Selbst-Narration des MPA beziehungsweise der BAM überhaupt steuerten. Wer gegen diese Normen verstieß, musste damit rechnen, sanktioniert zu werden.

Doch es waren nicht nur diese Kommunikationsmedien,[1048] in denen die eigene institutionelle Geschichte konstruiert wurde, sondern diese standen in enger Verbindung mit Feierlichkeiten, bei denen verdiente ältere Mitarbeiter auf ihre jüngeren Kollegen trafen und sich so in einem institutionell geschaffenen Kommunikationsraum begegnen sollten. Insbesondere die Weihnachtsfeiern und deren Dokumentation, die wiederum in der BAM-internen Hauszeitschrift stattfand, machen transparent, dass die Anstalt sich eine Geschichte entwarf, aus der im Grunde genommen niemand, der als Teil der BAM-Familie betrachtet wurde,[1049] trotz des Endes seiner eigentlichen Dienstzeit aussteigen sollte, denn auch Rentner und Pensionäre erschienen noch immer als genuiner Teil dieser Partikulargesellschaft und ihrer Geschichte. Damit diente die institutionelle Selbst-Narration insgesamt der Binnenintegration,[1050] welche die Anstalt in einer um (politische) Konflikte bereinigten Erfolgsgeschichte vornahm, die Alt und Jung, Ehemalige und Aktive umgreifen sollte, unabhängig davon, ob diese ‚belastet' oder ‚unbelastet' durch die politischen Umbrüche hindurchgekommen waren oder nicht. Zugleich lebte hier eine Art von Gemeinschaft fort, denn die Erinnerungsberichte zeigen, dass nicht allein die wissenschaftlichen Mitarbeiter diese Geschichte erzählten, sondern auch nicht-wissenschaftliche Angestellte bis hin zu Pförtnern an deren Konstruktion teilnahmen. Kurzum, es handelte sich auch hier um eine „Inszenierung von Gemeinschaft".[1051] Diese Inszenierung lässt sich wiederum als „impliziter

1048 Allgemein zur Bedeutung von Medien für die „Konstitution und Zirkulation von Wissen und Versionen einer gemeinsamen Vergangenheit in sozialen und kulturellen Kontexten" Erll, Medien des kollektiven Gedächtnisses, 2004, S. 4.

1049 Zur institutionellen Identität und der „Verwendung von Formulierungen wie ‚wir' oder ‚uns', wenn die Person von der Institution spricht, der sie sich zugehörig fühlt", siehe Achermann, Institutionelle Identität, 2016, S. 19. Vgl. zur „institutionalisierten Gemeinschaft als Familie", die Tjarks als Ursprung der „Metapher der Nation als Familie" begreift, sich jedoch auch auf die hier betrachtete Institution übertragen lässt Tjarks, Familienbilder, 2011, S. 83. Vgl. zur zentralen „Funktion des Erinnerns für die Gegenwart wie für Identitäts- oder Orientierungsbildung" Keller, Konstruktion, 2001, S. 318.

1050 Zur Binnenintegration Reichel, Politik mit der Erinnerung, 1995, S. 21.

1051 Reinicke/Stern/Zamzow, Auf der Suche nach dem ›besonderen Band‹, 2014, S. 211.

Selbstentwurf" deuten,[1052] der Aufschluss darüber gibt, wie das Amt sich selbst und seine Geschichte wahrgenommen wissen wollte.

Die historische, kulturwissenschaftliche, soziologische und sozialpsychologische Forschung hat darauf aufmerksam gemacht, dass das gemeinsame Erzählen dazu dient, Menschen aneinander zu binden. Die Soziologen Lars Gertenbach, Henning Laux, Hartmut Rosa und David Strecker konstatieren, dass Gemeinschaften im Gegensatz zu anderen Kollektivphänomenen – etwa einer bloßen Ansammlung von Personen – „durch ein besonderes Band gekennzeichnet [sind], das sich in vielen Fällen auf ein gemeinsames Erleben oder auch eine gemeinsame Vergangenheit" bezieht. Daher liegt es nahe, dass auch *gemeinsames* Erzählen über oder Erinnern an eine *gemeinsame* Vergangenheit in besonderem Maße zur Festigung dieses Bandes beiträgt.[1053] Des Weiteren ist festzuhalten, dass „Gemeinschaft" als „Sehnsuchtsbegriff"[1054] und „Mittel zur sozialräumlichen Selbstverortung"[1055] nicht einfach da ist, sondern erzeugt werden muss,[1056] was entsprechend auch auf eine ihrer spezifischen Ausformungen übertragen werden kann, die „Erinnerungsgemeinschaft".[1057] Der Historiker Peter Burke wies in diesem Zusammenhang auf die Relevanz

1052 Gertenbach/Laux/Rosa/Strecker, Theorien der Gemeinschaft, 2010, S. 84, und im Folgenden.

1053 Zur Bedeutung des „Erzählens beim Auffassen und der unwillkürlichen Strukturierung unserer Realität [...]: unserer Umwelt, unserer Wahrnehmung von Menschen und Gruppen, unserer Selbstwahrnehmung" vgl. Neumann, Vorwort, 2000, S. 7. Erzählungen sind dabei laut Boothe/Wyl/Wepfer, Erzähldynamik und Psychodynamik, 2000, S. 59, „nicht als Wiedergabe von Faktischem" zu verstehen, sondern sind „dramatisch organisiert" und „präsentieren [...] persönliches Erleben auf der Ebene der Selbst- und Fremdsuggestion".

1054 So diente der Begriff nach Reinicke/Stern/Zamzow, Auf der Suche nach dem ›besonderen Band‹, 2014, S. 201, „im 20. Jahrhundert zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren dazu, ihre Vorstellungen von der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv verwirklichen zu wollen und dessen Ausgestaltung mit einer spezifischen Praxis zu verbinden", und im Folgenden S. 208.

1055 Der Germanist und Sprachwissenschaftler Habscheid, Einheit als Fassade, 2008, S. 264, betont, dass die „Konstruktion einer gemeinsamen Geschichte, die Verortung des einzelnen Adressaten in einem ‚historischen' Handlungsraum" zudem ein Themenfeld sei, das für die „Darstellung einer vorgeblich gemeinsamen Identität" zur Verfügung stehe.

1056 Gertenbach/Laux/Rosa/Strecker, Theorien der Gemeinschaft, 2010, S. 66.

der Fragen hin: „Wer verlangt von wem und warum, was zu erinnern? Wessen Vergangenheitsversion wird aufgezeichnet und konserviert?“[1058] In der normentheoretischen Terminologie ausgedrückt, waren das nun diejenigen Akteure, die maßgeblich an der Konstruktion der institutionellen Selbst-Narration beteiligt gewesen waren, hierfür implizite oder explizite Sollforderungen und Normen formulierten und bei einem Bruch derselben als Sanktionssubjekte auftraten. Denn „Institutionen und Körperschaften [...] wie eine Firma *haben* kein Gedächtnis, sie *machen* sich eines und bedienen sich dafür memorialer Zeichen und Symbole, Texte, Bilder, Riten, Praktiken, Orte [...] und Denkmäler.“[1059] Dies kann auch für die hier betrachtete Institution bestätigt werden.

1057 Welzer, Verfertigen von Vergangenheit im Gespräch, 2001, S. 178, weist darauf hin, dass das Gedächtnis solcher Erinnerungsgemeinschaften „nicht nur auf ein begrenztes und fixiertes Inventar von Erinnerungslücken“ aufbaue, sondern dieses Inventar „im Prozeß einer permanenten Überschreibung im Rahmen von *conversational remembering*“ kombiniere und ergänze. In der BAM wurde ein solcher Raum für *conversational remembering* beispielsweise durch die Weihnachtstreffen der Ehemaligen geschaffen. Zu den Interaktionen im Rahmen des sozialen Gedächtnisses, darunter „diejenigen kommunikativen Praktiken, die entweder per se Modi der Vergegenwärtigung von Vergangenem betreffen oder Vergangenheit en passant thematisieren“, siehe auch ders., Einleitung, 2001, S. 16. Vgl. zum Erinnern in einem kommunikativen Umfeld wie etwa Unterhaltungen auch Echterhoff/Hirst, Remembering in a Social Context, 2002, S. 75. Vgl. zum kommunikativen Gedächtnis auch Echterhoff, Das kommunikative Gedächtnis, 2010, bes. S. 102. Dass das soziale Gedächtnis von Erinnerungsgemeinschaften als eine „fiktive Einheit zu verstehen ist, auf die sich die einzelnen Mitglieder mit ihren individuellen Versionen einer Geschichte beziehen, die sie für die gemeinsame des Kollektivs halten“, verweisen Welzer/Moller/Tschuggnall, »Opa war kein Nazi«, 2002, S. 196. Vgl. zum Gedächtnis in „Erinnerungsgemeinschaften“ auch Echterhoff/Saar, Einleitung: Das Paradigma des kollektiven Gedächtnisses, 2002, S. 17. Vgl. zum kollektiven Gedächtnis aus psychologischer Sicht Kölbl/Straub, Psychologie des Erinnerns, 2010, bes. S. 31. Vgl. überblicksartig zum kollektiven Gedächtnis auch Moller, Das kollektive Gedächtnis, 2010.

1058 Burke, Geschichte als soziales Gedächtnis, 1993, S. 298. In eine ähnliche Richtung verweist der Politikwissenschaftler Oppelland, Historische Narrative, 2012, S. 58, der betont, es liege Parteien daran, „die Deutungshoheit über die eigene Herkunft und Geschichte zu behaupten, um damit diesen zentralen Aspekt der eigenen kollektiven Identität, die positive Identifizierung mit einer Tradition und einem historisch gewachsenen Selbstbild kontrollieren zu können“.

1059 Assmann, Kollektives Gedächtnis, 2001, S. 309.

Allerdings ist nicht jede Erzählung dafür geeignet, eine Erinnerungsgemeinschaft zu erzeugen. Denn diese muss bestimmten Regeln gehorchen und vor allem für die (Mehrheit der) Mitglieder dieser Gemeinschaft zustimmungsfähig sein.[1060] Die angebotene Erzählung musste also so eingerichtet werden, dass sie in der Lage war, das biografische und das historische Geschehen – also Person und Institution – so miteinander zu verknüpfen, dass „Menschen [als] geschichtenerzählende Wesen" Resonanz erfahren konnten.[1061] Es geht dementsprechend „um identitätsrelevante Bezugskollektive, denen sich das erzählende Subjekt zugehörig fühlt".[1062] Dieses Zugehörigkeitsgefühl hängt wiederum mit der Art der Erzählung zusammen, wobei die Produzenten dieser Geschichte hierfür „auf einen romantisierten Vergangenheitszustand"[1063] rekurrierten. Die hierüber erzeugte Erinnerungsgemeinschaft verbindet sich dann durch die „Sehnsucht nach besseren Zeiten" ebenso wie in dem Versuch, diese Zeiten wieder zu erreichen.[1064] Der Topos einer ‚guten alten Zeit' fügte sich so den Normen einer Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte, die all die Widrigkeiten der Vergangenheit überformte. Wie sah das im Einzelnen aus?

1060 „Zustimmungsfähige Vergangenheiten" sind nach dem Philosophen Lübbe, Deutschland nach dem Nationalsozialismus 1945–1990, 1997, S. 182, „dabei insbesondere jene, an die sich gegenwärtig anknüpfen läßt, in deren Prägungen und Fortwirkungen wir uns also als zukunftsfähig erfahren".

1061 Laut dem Soziologen Rosa, Resonanz, 2016, S. 507, seien „solche Resonanzen [...] immer schon dadurch angelegt, dass die individuellen Erzählungen und Erinnerungen, über die Subjekte mit Blick auf ihr eigenes Leben verfügen, eingebettet sind in *große* Erzählungen der Gemeinschaften, auf die sie dabei Bezug nehmen".

1062 Straub, Geschichte erzählen, Geschichte bilden, 1998, S. 129.

1063 Reinicke/Stern/Zamzow, Auf der Suche nach dem ›besonderen Band‹, 2014, S. 218. Die Psychologin Fivush, Entwicklung des autobiographischen Gedächtnisses, 2010, S. 47, weist weiter darauf hin, dass Erzählungen „durch die Konstruktion eines schlüssigen, erklärenden und gefühlsbetonten Handlungsstrangs die selbständige Bewältigung belastender Ereignisse" ermöglichen. Der Psychologe Polkinghorne, Narrative Psychologie, 1998, S. 26, betont zudem die „narrative Strukturierung" von Erzählungen, also „eine Interpretation des Lebens, durch die vergangene Ereignisse und Vorfälle aus der gegenwärtigen Perspektive, das heißt: wegen ihres Beitrages zum Ausgang einer Geschichte, als bedeutungsvoll verstanden werden". Zur Identität als „subjektiver Konstruktionsprozeß [...], in dem Individuen eine Passung von innerer und äußerer Welt suchen", vgl. Keupp/Ahbe/Gmür/Höfer/Mitzscherlich/Kraus/Straus, Identitätskonstruktionen, 1999, S. 7.

Als im Jahre 1970 die erste Ausgabe der „früher herausgegebenen Hausmitteilungen in neuer Form" erschien, nämlich unter dem Namen „*BAM*-Information", gab der amtierende Präsident Max Pfender Auskunft über Ziel und Zweck dieses internen Kommunikationsmediums. Dieses sei den Mitarbeitern nämlich „über deren Abteilungen und Fachgruppen bzw. Dienststellen" auszuhändigen, was gewährleisten sollte, dass „alle in der BAM Beschäftigten in gleicher Weise und jeweils zur gleichen Zeit mit umfassenden Nachrichten über die Bundesanstalt [...] versorgt werden."[1065] Es ging dabei allerdings nicht nur um einen beruflichen oder fachlichen Austausch, sondern die Zeitschrift sollte explizit der Vergemeinschaftung dienen: „Darum wollen wir auch Persönliches in diese Informationen einbeziehen [...]. Die Schilderung besonderer Ereignisse und Anekdoten aus der Geschichte der BAM und aus deren innerem Berufsleben würde uns auch immer wieder das menschlich Gemeinsame vorstellen." Teil dieses Gemeinsamen waren auch die Ehemaligen und damit „alle Mitarbeiter und auch die neu hinzukommenden." Diese sollten die „Mitteilungen behalten und gegebenenfalls mit in den Ruhestand nehmen", weshalb „die Auflage entsprechend hoch gewählt" worden sei. Die Ausgaben sollten nicht nur gelesen, sondern sogar privat gesammelt werden, damit sich „jeder Mitarbeiter der BAM [...] einen mit der Zeit wachsenden Schatz an Wissen und Erinnerung sichern" könne. In diesem Medium sollte sich also gewissermaßen die Geschichte des Hauses materialisieren und in den Privathaushalten der Mitarbeiter reproduzieren.

Im Folgenden sind vor allem die Erinnerungsberichte einzelner Mitarbeiter von Interesse, welche die Zeitschrift belieferten. Diese Berichte zeigen insgesamt, dass diejenige Geschichte, welche das Amt ‚von oben' nach innen und außen kommunizierte, nun ‚von unten' bestätigt wurde. Es handelte sich also *in summa* um eine Form narrativer Partizipation, an der potenziell alle beteiligt waren. Dieses Vorgehen war besonders geeignet, die institutionelle Selbst-Narration mit vergemeinschaftender Qualität zu versehen. Insbesondere Max Pfender erwies sich dabei als das zentrale Sanktionssubjekt, das auf die Einhaltung der erinnerungspolitischen Normen achtete und Abweichler

1064 Reinicke/Stern/Zamzow, Auf der Suche nach dem ›besonderen Band‹, 2014, S. 218.

1065 Pfender, Max: Einführung, in: BAM-Information 1 (1970), S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

gegebenenfalls sanktionierte, indem er in die Texte eingriff oder gar deren Veröffentlichung verhinderte. Interessant ist, dass keineswegs nur Wissenschaftler oder andere höhere Angestellte ihre Erinnerungen niederschrieben, sondern auch nicht-wissenschaftliche Beschäftigte in eher niedriger Position. Diese Auswahl führte vor Augen, dass die BAM tatsächlich eine große Familie war, in der jeder seine Aufgaben pflichtgemäß zu erfüllen habe. Ein Bericht stammte sogar von der Ehefrau eines ehemaligen Mitarbeiters, was darauf hinweist, dass sich der Kreis der BAM hier also auch auf die Familien und das Privatleben der Angestellten erweiterte.

Die Funktion der Texte, als eine Art Familienerinnerung zu dienen, illustriert bereits die erste Veröffentlichung aus der Feder der Chemotechnikerin Elisabeth Schultz[1066] aus dem Jahre 1974.[1067] Ihr Bericht mit dem Titel „Ein Rückblick in die Vergangenheit" war ebenso wie alle anderen dieser Reihe mit Fotografien bebildert, die vor allem ehemalige Mitarbeiter oder Abteilungen zeigten und damit den Eindruck eines Familienalbums erweckten. Der Beitrag wirkte insofern stilbildend, als die nachfolgenden Texte dieser Art im Prinzip derselben Gestaltung folgten. Dem ersten Text war eine kurze redaktionelle Einleitung vorangestellt, die analog zu Pfenders Begründung des gesamten Zeitschriftenprojekts auf das Folgende hinwies: Diese Berichte „über persönliche Einzelerlebnisse oder, wie in diesem Falle, weiträumige Begebenheiten"

1066 Elisabeth Schultz (1898–1984), 1916 Eintritt in das KMPA als erste Chemisch-Technische Angestellte in der Abteilung für Ölprüfung, 1919 Kündigung, später Mitarbeiterin im Handelslaboratorium von Prof. Dr. Fritz Frank in Berlin, 1933 Berufstätigkeit in der Edeleanu-Ölgesellschaft, 1935 Wechsel zum Heereswaffenamt, 1940 Wiedereintritt in das StMPA als Technische Angestellte in der Abteilung „Kautschuk und organische Hilfsstoffe" der III. Hauptabteilung „Organische Stoffe", 1941 Technische Angestellte in der Abteilung III „Kautschuk-, Kohle- und Erdölerzeugnisse", 1945 Übernahme in das MPA für den Bereich „Chemische und physikalische Prüfungen von Kohle-, Erdöl- und Kautschuk-Erzeugnissen", 1959 Ruhestand; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv; Elisabeth Schultz †, in: BAM-Information 3 (1984), S. 42, BAM-Archiv, Fach 3-2.

1067 Schultz, Elisabeth: Ein Rückblick in die Vergangenheit, in: BAM-Information 9 (1974), S. 97–99, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

die mit der Anstalt oder einer ihrer Vorgängerinstitutionen zusammenhingen, „sollen dazu dienen, Erinnerungen an Personen und Erlebnisse lebendig zu erhalten." Weitere Beiträge „von aktiven und ehemaligen Mitarbeitern" seien „sehr willkommen". Damit präsentierte sich die Zeitschrift als das zentrale Medium gemeinschaftlichen Erinnerns und forderte zur Partizipation auf.

Der Bericht von Schultz bestätigte im Wesentlichen die Erfolgsgeschichte der Dokumentensammlung von 1957, welche die Amtsgeschichte offenbar folgenreich strukturiert hatte. In dem Erinnerungsbericht allerdings wurden die Weltkriege und die NS-Diktatur nicht völlig ausgeblendet, blieben jedoch hinsichtlich von Verantwortlichkeiten und Involvierungen des Amtes denkbar vage und dienten mehr als Hintergrundgeschehen für kleine Anekdoten und Widrigkeiten, die letztlich überwunden worden seien. Die Nationalsozialisten erschienen als fremde Macht, die von außen in das Amt eindrang und Schultz' ehemaligen Vorgesetzten Prof. Dr. Marcusson so sehr unter Druck setzten, dass dieser 1934 „an Leib und Seele zerbrochen durch nazistische Anfeindung und auch Verfolgung" gestorben sei, wobei unerwähnt blieb, dass dieser „Jude" war.[1068] Auch sie selbst sei „ein Opfer der Politik" geworden, da die „nichtarische Firma", für die sie tätig gewesen war, durch „Boykott der Nationalsozialisten" zugrunde gegangen sei.[1069] Den Text durchzogen mehrere distanzierende Aussagen über den NS-Staat, etwa, dass ihre anschließende Tätigkeit im Heereswaffenamt vor allem

1068 Julius Marcusson (1871–1934), Studium an der TH Hannover und der Universität Heidelberg, 1893 Dr. phil., anschließend Laboratoriumsassistent und später Betriebsleiter der Chemischen Fabrik vorm. Hofmann & Schoetensack in Gernsheim, 1898 Erster Assistent am pharmalogischen Institut der Universität Kiel, 1899 Eintritt in die Mechanisch-Technische Versuchsanstalt (MTV), 1905 Ständiger Mitarbeiter (Beamter), 1911 Professor, 1923 Leiter der Unterabteilung für die Untersuchung von fetten Ölen und verwandten Stoffen in der Hauptabteilung für organische Stoffe, etwa 1927 Leiter der Abteilung für Öle; Nachweisung über den Bildungsgang der Ständigen Mitglieder, 1924, BAM-Archiv, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; Moellendorff, Geschäftsverteilung auf die Dienststellen, 30.4.1923, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; Robert Otzen, Bekanntmachung, 11.1.1934, BAM-Archiv, Ordner: U[mlauf]; Marcusson, Julius, in: Archiv Bibliographia Judaica, URL: https://www.degruyter.com/database/ABJ/entry/abj.10375/html [zuletzt eingesehen am 9.9.2024].

1069 Schultz, Elisabeth: Ein Rückblick in die Vergangenheit, in: BAM-Information 9 (1974), S. 97–99, hier: S. 98 f., BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

deshalb ihr Missfallen erregt habe, da „dort täglich 8 1/2 Stunden lang das Radio laut spielte, um keine ‚Sondermeldung' zu verpassen". Dieser propagandistischen Dauerbeschallung sei sie erst entgangen, als es ihr 1940 gelang, in das MPA zurückzukehren, wo sie während des Ersten Weltkriegs schon einmal gearbeitet hatte, allerdings nach Kriegsende entlassen worden war, um ihren Arbeitsplatz für die Kriegsheimkehrer frei zu machen. Das MPA erschien hier also als propagandafreie Zone der Stille. Der Zweite Weltkrieg trat als äußeres Naturereignis („Leider tobte wieder ein grausamer Krieg") auf, das mit schweren Belastungen und Herausforderungen für die Mitarbeiter verbunden war. Hier spielte Schultz auf eine generationelle Erfahrungsdimension an: „Diejenigen, die damals dabei waren, wissen noch, wie grauenvoll und schwer diese Kriegsjahre [...] für jeden Einzelnen und auch für uns alle im Amt waren." Diese Worte markierten eine Teil-Erinnerungsgemeinschaft innerhalb der MPA-/BAM-Erinnerungsgemeinschaft, hob sich doch die Erlebnisgeneration gesondert hervor. Diese zeichnete sich also durch besondere Erfahrungen aus, die allerdings mit keinen weiteren Ansprüchen verbunden waren und lediglich konstatiert wurden. Die Thematisierung der NS-Zeit und des Zweiten Weltkrieges ging nahtlos in die Schilderung der Nachkriegszeit über, wobei der für die Selbst-Narration der Institution übliche Topos des Aufbaus aus Trümmern und der Überwindung von Widrigkeiten bedient wurde. Die Sorge um die eigene Zukunft und das „Weiterbestehen des Amtes [...] standen wie ein Gespenst vor uns".

Die Zeitgenossen hätten allerdings die notwendigen Eigenschaften besessen, um die schwere Situation zu meistern, nämlich „Mut und Fleiß [...], um auf den übriggebliebenen Trümmern wieder aufzubauen." Die Verantwortung für diese Trümmerlandschaft lag aus der Perspektive der Autorin allerdings eher bei den Sowjets als bei den Deutschen: „Noch im Mai 1945 räumte eine kleine Gruppe von uns freiwillig – als ‚vermeintliche Nazis' – in der namenlosen Unordnung auf, die die Russen gemacht hatten." Schultz spielte offenbar auf die Demontage an, welche das Amt, seine Arbeitsfähigkeit und mithin seine Existenz bedroht hatte. Glücklicherweise erschien die sowjetische Besatzungsmacht hier als einigermaßen inkompetent, ließ sie doch wertvolle Gerätschaften zurück, welche Elisabeth Schultz aus den Trümmern rettete. Sie hatte also auch persönlich dazu beigetragen, dass das Amt wieder aufsteigen konnte, ihre individuelle Geschichte ging also hier direkt in

die institutionelle Erfolgsgeschichte ein. Die Schilderung dieser zentralen Zäsur leitete unmittelbar zu ihrem Abschied aus dem Amt im Jahre 1959 und einem insgesamt positiven Rückblick auf ihre Berufstätigkeit über. Sie behielt „die 23 Jahre in der Dahlemer Bundesanstalt in guter, lieber Erinnerung." Die hier präsentierte Geschichte zeigt exemplarisch, inwiefern individuelle Amtsbiografien mit der kollektiven Erzählung verbunden wurden. Die Erzählstationen aus Herausforderungen, die letztlich alle überwunden worden seien, boten das Potential, mit individuellen Anekdoten der jeweiligen Erzähler illustriert zu werden, so wie es Elisabeth Schultz etwa mit ihrer Rettungsgeschichte wichtiger Geräte tat. Hinweise auf die Kriegstätigkeit des Amtes blieben dagegen regelmäßig eher vage.

Der Beitrag von Elisabeth Schultz war nicht der einzige, der sich vornehmlich als eine Erzählung über die Vergangenheit einordnen lässt, die im Wesentlichen die Topoi der Überwindung zahlreicher Erschwernisse nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der darauf basierenden Erfolgsgeschichte bediente. Denn im Jahre 1975 – über 20 Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt – trat einer der wohl bedeutendsten Akteure für die gesamte innerbetriebliche Geschichte des MPA nun als Autor eines solchen Erinnerungsberichtes in Erscheinung: Wilhelm Blumenthal. Während Schultz' „Rückblick in die Vergangenheit" das Kriegsende, die sowjetische Besatzung und Demontage sowie den gelungenen Wiederaufbau nur als eines von vielen Themen besprach, fokussierte der Beitrag des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden, „Das Amt nach dem Zusammenbruch", ausschließlich die unmittelbare Nachkriegszeit und fiel mit einer Textlänge von fünf Seiten insgesamt deutlich ausführlicher aus.[1070] Dass sowohl gerade dieser Phase der Amtsgeschichte als auch dem hierzu berichtenden Autor besonders viel Raum in der internen Mitarbeiterzeitschrift eingeräumt wurde, mag aus zweierlei Gründen nicht verwundern. *Zum einen* bildeten der ‚8. Mai' und die Folgezeit sowie deren mit ihr einhergegangenen mannigfaltigen Belastungsproben einen zentralen narrativen Fixpunkt in der offiziellen Selbst-Erzählung ‚von oben', da insbesondere mit dieser Zäsur – also namentlich einem vollständigen Zusammenbruch, einer „Stunde Null" – die Erfolgsgeschichte der BAM ihre besondere Ausprägung finden und

1070 Blumenthal, Wilhelm: Das Amt nach dem Zusammenbruch, in: BAM-Information 10 (1975), S. 133–137, BAM-Archiv, Fach 3-1.

konstruiert werden konnte. *Zum anderen* bedeuteten ebendiese Jahre in erfahrungsgeschichtlicher Hinsicht tatsächlich einen gravierenden Einschnitt für die Belegschaft des Amtes. Der Soziologe Lars Gerten und seine Kollegen haben darauf verwiesen, dass das „Konzept der Gemeinschaft seine Hochkonjunktur in kollektiven Krisenzeiten“[1071] habe, was auch im Falle der hier betrachteten Institution bereits festgestellt wurde, sollte doch die Partikulargesellschaft des MPA gerade in dieser Phase einen besonderen Zusammenhang in der Wahrnehmung als Zusammenbruchs-, Schicksals- und Wiederaufbaugemeinschaft entwickeln. Hierauf gibt auch die vermehrte Verwendung der gesollt identitäts- und gemeinschaftsstiftenden Vokabel „Wir“ in dieser Zeit einen Hinweis. Konstrukteur und Leitfigur dieses „Wir“ ‚von unten‘ respektive *aus* der Belegschaft *für* die Belegschaft war dabei zweifellos der „Innenminister“ des Amtes, Wilhelm Blumenthal, gewesen. Dieser hatte ein hohes Ansehen genossen und zusammen mit den damaligen Präsidenten (zunächst Erich Siebel und später Max Pfender) die wichtigsten personalpolitischen Entscheidungen getroffen sowie als Vorsitzender des Betriebsrates federführend die Richtung der sowohl Internes als auch Externes betreffenden Geschicke gelenkt.

Blumenthals Beitrag war ein kurzer einführender Kommentar vorangestellt, der zweierlei beinhaltete: Der Autor schildere mit seinem „Rückblick auf die Ereignisse im MPA nach dem 2. Weltkrieg“ zum einen seinen „persönlichen Einsatz zur Erhaltung des Amtes“,[1072] was darauf verweist, dass es bei den Erinnerungsberichten nicht zuletzt darum ging, sich selbst als Individuum in die kollektive Institutsgeschichte einzuschreiben, sich also als ein Teil des historischen Ganzen zu begreifen. Zum anderen bringe der Bericht „viele Details, die in ihrer packenden Schilderung manches erklären“ würden, „was aus heutiger Sicht nicht so leicht verständlich sei“, und erfüllte damit zudem einen eigengeschichtsvermittelnden Zweck. Das Individuelle und das Kollektive sollten also auch hier miteinander verzahnt werden. Was bot der Bericht nun seinen Lesern an?

1071 Gertenbach/Laux/Rosa/Strecker, Theorien der Gemeinschaft, 2010, S. 54.

1072 Blumenthal, Wilhelm: Das Amt nach dem Zusammenbruch, in: BAM-Information 10 (1975), S. 133–137, hier: S. 133, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 133–135.

Zunächst fällt auf, dass der Text primär aus kleinen Anekdoten bestand, die das historische Geschehen auf eine verdichtete Art und Weise darstellten und so leichter zugänglich machten. Blumenthal schilderte die Zerstörungen mit eindringlichen Bildern, was noch einmal implizit die Erfolgsgeschichte bestätigte, denn schließlich waren die Zerstörungen Mitte der 1970er Jahre längst beseitigt und das Amt ‚auferstanden aus Ruinen'. Die anekdotisch und relativ dekontextualisiert geschilderten Begegnungen mit den sowjetischen Truppen dienten dazu, eine Rettungsgeschichte zu formulieren. Blumenthal erschien hier als ein Mann, der den Sowjets erklärte, dass das Amt keineswegs eine „Kriegsfabrik" gewesen sei. Ihm sei von diesem Moment an klar gewesen, „daß ich mit allen Mitteln um den Weiterbestand des Amtes kämpfen mußte. Aber wie?" Das nachfolgend Dargestellte bestand vornehmlich aus der Schilderung der zahlreichen Hindernisse und Probleme auf dem Weg zur Existenzrettung des Amtes, wobei Blumenthal seinen Text mit teils drastischen Beschreibungen der Kriegsfolgen spickte, was den Ernst der Lage und die Dramatik des Geschehens anschaulich machte: „Überall zerstörte Häuser, ausgebrannte Ruinen, Schutt und Trümmer auf den Straßen [...]; dazwischen ausgemergelte halbverhungerte Soldaten". Dasselbe „Bild trostloser Zerstörung" habe sich ihm auch im MPA geboten, das von der sowjetischen Besatzungsmacht belagert und beinahe vollständig demontiert worden sei. In besonderem Maße betonte Blumenthal seine eigene Rolle bei der Rettung des Amtes und beim Umgang mit der Besatzungsmacht, der er in einer Notsituation, als der Präsident nicht habe zugegen sein können, entschlossen entgegengetreten sei. Hierbei habe er auch der Belegschaft gegenüber klargemacht, dass er in diesem Moment die Amtsgeschäfte führe, denn er „bestimme [...] als ehemaliger Betriebsrat", was jetzt zu geschehen habe. Im Folgenden habe er dafür Sorge getragen, dass die Belegschaft sich darauf einstellte, die Arbeit sobald möglich wieder aufnehmen zu können. Diese Belegschaft bestand nämlich nur noch aus „eingefallene[n], schmächtige[n] Gestalten, denen man die Schreckenstage und die kargen Lebensmittelrationen ansah." Mit diesen Worten benannte Blumenthal die kollektive Erfahrung der Hungerjahre, die das Amt in die Zeitläufte der allgemeinen Geschichte einordnete. Zugleich unterstrich auch diese Schilderung den Kontrast zwischen dem damaligen Tiefpunkt der Amtsgeschichte und den zum Zeitpunkt der Veröffentlichung erreichten Höhen. Die auffallend betonte Emotionalität in dem

Bericht Blumenthals, die in seiner Gesamterzählung besonders dann hervortrat, wenn es um die einzelnen Schritte und Errungenschaften auf dem Weg zur Existenzrettung des MPA ging, zeigt beispielsweise die pathetische Schilderung einer Begegnung mit dem damaligen Präsidenten Siebel, nachdem ein Etappensieg beim Magistrat von Groß-Berlin erreicht worden war, der die Arbeits- und Einsatzfähigkeit des Amtes tangierte. So habe der Betriebsratsvorsitzende nach dem erfolgreichen Treffen beim Magistrat zusammen mit Siebel auf einer Bank gesessen, „[m]üde, abgespannt, und zutiefst ergriffen von der Entscheidung, die soeben gefallen“[1073] sei:

> „Seine [i.e. Siebels, E.K.] abgemagerte, verhärmte Gestalt saß vornübergebeugt, ein paar Tränen rannen über seine Wangen. Mir ging es nicht anders. Sekundenlang saßen wir so Hand in Hand und ein Gefühl stiller Freude und innerer Genugtuung stieg in uns auf: Wir hatten unseren Glauben an unser Berlin, an unser Amt wiedergefunden.“

Doch sei auch diesem Moment der Zuversicht zunächst ein weiterer Rückschlag gefolgt. Zwar sei der Weg in das MPA nun wieder frei gewesen, doch dort habe sich aufgrund der umfassenden Demontagen „ein Bild des Grauens“ geboten, das beide „fassungslos“ gemacht habe. Nun habe es gegolten, das Amt von Neuem aufzubauen, wobei Blumenthal „den versammelten Mitarbeitern“ erklärt habe, dass er zusammen mit dem Präsidenten „all die Wege auslaufen werde, die zur Anerkennung des Amtes und zu seiner Weiterführung notwendig seien.“ Bemerkenswerterweise ging Blumenthal auch auf die politische Situation innerhalb des MPA nach Kriegsende respektive auf die durch den Betriebsrat und Vertrauensausschuss amtsintern vorgenommene Entnazifizierung ein. Offenbar wollte er also durch seinen Bericht die Erinnerung daran sicherstellen, dass eine erfolgreiche, betriebliche Selbstreinigung stattgefunden habe: „Unsere Beschäftigtenziffer war inzwischen auf sechzig gestiegen, wobei wir ehemalige aktive Nazis ausschlossen.“ Dass zahlreiche Mitglieder der NSDAP oder deren Gliederungen weiterbeschäftigt wurden oder zu einem späteren Zeitpunkt in das MPA beziehungsweise die BAM zurückkehrten, widerspricht dem hier Formulierten dabei nicht zwangsläufig. Vielmehr deutet der Hinweis Blumenthals auf den

1073 Ebd., S. 136, und im Folgenden S. 136 f.

Ausschluss ehemaliger „aktive[r] Nazis" darauf hin, dass die damals in dem „Memorandum des Vertrauensausschusses" festgelegten Kriterien dafür, wer als ‚aktives' und damit als ‚belastetes' Parteimitglied gelten sollte, für den Betriebsratsvorsitzenden auch nach über zwanzig Jahren noch in derselben Art und Weise Gültigkeit besaßen. Betrachtet man den Beitrag Blumenthals insgesamt, so stellte sich dieser als eine Erzählung dar, die zwischen *progressiven* und *regressiven* Narrationselementen wechselte, also im Kern zwischen der Darstellung von Fortschritten und Rückschlägen, und die letztlich doch in eine Erfolgsgeschichte mündeten: „Gottseidank wir haben es geschafft! Wir sind wieder dabei!" Kurzum, der Autor bestätigte durch seine narrative Partizipation ‚von unten' die offizielle Selbst-Narration der Institution ‚von oben'.

Waren mit Elisabeth Schultz und Wilhelm Blumenthal zwei Autoren von Erinnerungsberichten zu Wort gekommen, die beide jahrzehntelang und über politische Umbrüche hinweg Teil der MPA- beziehungsweise BAM-Gesellschaft gewesen waren und überdies höhere Positionen in der Amtshierarchie eingenommen hatten, so zeigen zahlreiche weitere Berichte, dass auch solchen Ehemaligen die Möglichkeit zur narrativen Partizipation gegeben wurde, die derlei Kriterien nicht oder nicht in diesem Maße erfüllten. Eine Binnenintegration in die „BAM-Familie" sollte also auch dadurch erreicht werden, dass sich grundsätzlich *alle* ehemaligen Mitarbeiter in die Geschichte einschreiben konnten, unabhängig von deren Dienstrang, Dienstalter und nicht zuletzt Geschlecht. So berichtete beispielsweise der ehemalige Wächter Erich Miegel, der erst im Jahre 1948 in das Amt eingetreten war, über seine „Erlebnisse aus dem Wachdienst."[1074] Die einleitenden redaktionellen Worte geben *erstens* Auskunft darüber, dass es sich bei dem Bericht offenbar um eine verschriftlichte Form von „mündlich vorgetragenen Erinnerungen" handelte. Festzuhalten bleibt jedoch vor allem, dass die narrative Partizipation Miegels nicht nur bei einer einmaligen und volatilen kommunikativen Veranstaltung stattfinden, sondern durch die Publikation in der Mitarbeiterzeitschrift in das institutionelle Gedächtnis überführt und damit mit Dauerhaftigkeit versehen werden sollte. *Zweitens* betonten die dem Bericht vorangestellten Worte die Relevanz auch eines solchen, vermeintlich weniger bedeutsamen Beitrages, der

1074 Miegel, Erich: Erlebnisse aus dem Wachdienst, in: BAM-Information 7 (1975), S. 105–107, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 105.

nämlich „Einblick in eine Tätigkeit [gebe], die meist einfach nur zur Kenntnis genommen“ werde. Damit erfuhren auch jene offiziell eine gleichwertige Anerkennung und Repräsentation ihrer Erinnerungen, die im Vergleich zu anderen ehemaligen Belegschaftsmitgliedern keinen hohen Dienstrang und kein hohes Dienstalter aufwiesen. Jeder Teil der BAM-Familie war also wichtig. Dies wird durch den Bericht von Werner Schwabe bestätigt, der von 1959 bis zu seinem Renteneintritt im Jahre 1975 als Pförtner in der BAM tätig gewesen war und darüber in seinem Erinnerungsbericht mit dem launigen Titel „Pförtner müsste man sein“ schrieb.[1075] Dabei fällt auf, dass der Autor nicht allein nur seine eigene Person in das Zentrum seines Beitrages rückte, sondern durch eine entsprechende Bebilderung über die „Weihnachtsfeier 1959 der BAM-Pförtner“ sechs weitere Kollegen seines Berufsstandes inkludierte, also abermals in Form eines Familienalbums gewissermaßen eine Sub-Erinnerungsgemeinschaft innerhalb der BAM-Erinnerungsgemeinschaft konstruierte, der sich die übrigen Abgelichteten qua dadurch geschaffenem weiterem Bezugskollektiv einmal mehr zugehörig fühlen konnten. Dasselbe galt auch für die verschiedenen einfacheren Tätigkeiten, welche Paul Tietz[1076] in seinem Beitrag fokussierte.[1077] Auch seinen Bericht führte die Redaktion mit anerkennenden Worten über die Tätigkeit des Autors im Wachdienst ein, einem Beruf, dessen Vertreter „für die Mitarbeiter mit unauffälligen Dienstleistungen

1075 Schwabe, Werner: Pförtner müsste man sein, in: BAM-Information 1 (1976), S. 8 f., BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 9.

1076 Paul Tietz (1905–1981), 1887 Tätigkeit in der Industrie, 1898 Studium des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, 1900 Ing., 1900 selbständige Tätigkeit als Maschinenkonstrukteur (Hebemaschinen) und Vorbereitung für den Eichmeisterdienst bei der Königl. Eichungsinspektion Berlin, 1912 Eintritt in das KMPA, [1919] Übernahme in das StMPA, spätestens 1924 Techniker, bis 1938 Tätigkeit als Technischer Gehilfe in der Abteilung „Metallographie, Maschinen- und Eisenbau“ sowie in der Werkstatt, der Registratur und der Lichtbildnerei, 1.1.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7.619.415), 1951 Wiedereintritt in das MPA in die Technische Dienststelle, dort betraut mit Aufgaben in der Gruppe „Energieversorgung“ sowie beim Haus- und Ordnungsdienst, 1970 Ruhestand; Nachweisung über den Bildungsgang der Ständigen Mitarbeiter, 1924, BAM-Archiv, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/44770861; Paul Tietz †, in: BAM-Information 4 (1981), S. 54, BAM-Archiv, Fach 3-2.

1077 Tietz, Paul: Meine MPA- und BAM-Zeit, in: BAM-Information 9 (1975), S. 126–130, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 126, 128.

wirken" würden, und dem nun Sichtbarkeit verliehen werde. Diese Anerkennung wurde noch dadurch verstärkt, dass das Personal aus dem Wachdienst den „Besuchern den ersten Eindruck eines Amtes vermitteln" würde, diese also ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Repräsentation seien. Der Erinnerungsbericht Tietzes, der bereits von 19[19] bis 1938 und erneut von 1951 bis 1970 in verschiedenen Tätigkeiten in der BAM und ihrer Vorgängerinstitution beschäftigt war, ist jedoch noch aus einem weiteren Grund von Interesse. Sein Beitrag ist, soweit ersichtlich, der einzige, in dem die beiden ehemaligen Präsidenten des StMPA, die wesentlich in das NS-Regime eingebunden waren, thematisiert wurden: Robert Otzen, der im Zuge der NS-Machtübernahme für die „Arisierung" und „Gleichschaltung" verantwortlich war und diese umsetzte, und Erich Seidl, der als glühender Nationalsozialist bekannt war. Wie nun sah die dahingehende Erzählung von Tietz aus?

Der Grund, weshalb der Autor beide Präsidenten anführte, war auf dessen damalige Tätigkeit als einer der Amtsfotografen zurückzuführen. Im Zuge dessen hatte er Portraitfotografien von Otzen und Seidl angefertigt, die beide in dem Erinnerungsbericht abgedruckt waren. Über Otzen äußerte sich Tietz durchaus wohlwollend: Dieser sei im Jahre 1934 leider „allzu früh" und „beliebt im Amt" verstorben, sei zudem bekannt geworden „durch seine Pläne eines ‚Nur-Autostraßen-Netzes' und bis zuletzt bemüht um die Errichtung einer *Reichsanstalt für das Materialprüfwesen*." Damit blieb die kurze Beschreibung des Betrauerten auf eine persönliche Beurteilung nach den Kriterien der Beliebtheit, auf eine Anerkennung von dessen außeramtlichen Leistungen sowie auf dessen Engagement zur Erreichung jenes Zieles beschränkt, das zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichtes seit Langem erreicht worden war. Da sich bei Tietz keine politisch kompromittierenden Informationen zu dem ehemaligen Präsidenten fanden, entsprach seine Erzählung ‚von unten' durchaus der offiziellen Selbst-Narration, wie sie beispielsweise durch den Band zum hundertjährigen Jubiläum von Walter Ruske wenige Jahre zuvor konstruiert worden war.[1078] Ähnliches ist für die Beschreibung Seidls festzustellen. Während seine Person in der Dokumentensammlung von 1957 noch möglichst unerwähnt und dem NS-Kontext entrückt geblieben war, war dieser im Laufe der sich sukzessive herausbildenden Erinnerungskultur und offiziellen Selbst-Narration

1078 Vgl. hierzu ausführlich Kapitel 4.5.

zu *dem* Abgrenzungs-Nazi schlechthin avanciert. Der Erinnerungsbericht bestätigte dieses negative Bild des kompromittierten Präsidenten, belastete ihn qua anekdotischer Evidenz jedoch auf einer persönlichen, zwischenmenschlichen Ebene. So hätten Seidls ambitionierte Pläne zur Schaffung eines Reichsamtes für Werkstoffe und zur Neuorganisation des MPA viele Bilder und Diapositive für seine Vorträge und Berichte erfordert, aufgrund der damaligen Verhältnisse sei es allerdings „nicht immer leicht [gewesen], seine Wünsche kurzfristig zu erfüllen", sodass Tietz oft bis spät abends habe arbeiten müssen, um am nächsten Morgen damit fertig zu sein.[1079] Um den Ansprüchen seines Vorgesetzten gerecht zu werden, habe er sogar an Sonntagen seinen zehnjährigen Sohn zur Hilfe bei seiner Arbeit herangezogen, „denn es war nicht selten, daß ich am Montagmorgen 500 Abzüge vorlegen mußte." Als der Fotograf dem Präsidenten seine Nöte vorgetragen habe, habe dieser sich großtuerisch aufgespielt und erwidert: „‚Sie können soviele Mitarbeiter bekommen wie Sie wollen, denn *ich* bin ja der Präsident dieses Ladens!'" Letzten Endes hätten „[h]äufigere Querelen solcher Art" ihn dazu veranlasst, das Amt im Jahre 1938 zu verlassen und eine Tätigkeit in der Industrie anzutreten. Mit seinem Erinnerungsbericht und den entsprechenden Schilderungen seiner persönlichen Erfahrungen trug Tietz so zur Festigung des Seidl-Bildes bei, dem diskreditierten Präsidenten in der Geschichte des Amtes, der bereits Jahre zuvor offiziell aus der BAM-Familie verstoßen worden war. Dieser Ausstoß ermöglichte nun offenbar nicht nur die Erwähnung des unliebsam Gewordenen mitsamt Bebilderung, sondern ist als eine durchaus willkommene Bestätigung der offiziellen Erzählung zu bewerten.

Der Bericht der Technischen Angestellten aus der Bauabteilung, Dora Adam, fügte der BAM-Familie eine gewisse weibliche Perspektive bei.[1080] Denn Adam berichtete vor allem über die Frauen im Amt, welche sich in der „guten alten Zeit" stets „prächtig" verstanden und alle „2 bis 3 Monate [...] einen Ausflug oder Kaffeeklatsch" unternommen hätten. Eine Fotografie zeigte sie bei der Laborarbeit am „Martens-Spiegel" und visualisierte damit, dass Frauen gleichrangig mit ihren männlichen Kollegen zur Haupttätigkeit des Amtes beigetragen hatten.

1079 Tietz, Paul: Meine MPA- und BAM-Zeit, in: BAM-Information 9 (1975), S. 126–130, hier: S. 129, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1080 Adam, Dora: Rückblick auf die „gute alte Zeit", in: BAM-Information 8 (1976), S. 99 f., BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 100.

Der Bericht verband in anekdotischer Form die Schilderung eines angenehmen Soziallebens mit dem Hinweis auf produktive Arbeit, sodass das Amt hier als ein idealer Arbeitsplatz erschien. Die letzten beiden Beispiele aus der Gruppe jener Erinnerungsberichte, die zeigen, dass die Binnenintegration der BAM-Familie durch die Inklusion sämtlicher Mitarbeiter unabhängig von deren Dienstalter, Dienstrang und nicht zuletzt Geschlecht erreicht werden sollte, weisen überdies darauf hin, dass die Institution nicht zwangsläufig bei ihren ehemaligen Angehörigen selbst enden musste.



Abb. 5 *mit folgender Betitelung in der Zeitschrift*: „Frau Adam am ‚Martens-Spiegel' bei der Prüfung des Wärmeausdehnungskoeffizienten".[1081]

1081 Ebd., S. 99.

Denn noch bevor die Erinnerungsberichte des pensionierten Feinmechanikers Ewald Wanderburg,[1082] der 1952 in das MPA eingetreten war, veröffentlicht wurden,[1083] fand sich in der Mitarbeiterzeitschrift ein Beitrag mit dem Titel „Exposition eines Rentnerdaseins“,[1084] den seine Ehefrau Charlotte Wanderburg verfasst hatte. Auch sie gehörte also offenbar zur erweiterten BAM-Familie dazu.

Angesichts der Tatsache, dass seit der offiziellen Eingliederung der CTR in das MPA als dessen neue Hauptabteilung IV am 1. August 1945 besonderer Wert darauf gelegt worden war, dass die Reichsanstalt

1082 Ewald Wanderburg (*1904), 1918 Lehre am Geodätischen Institut der Staatlichen Observatorien auf dem Brauhausberg in Potsdam, 1922 Abschluss als Feinmechaniker, 1923 freiberuflicher Musiker, 1925 Labormechaniker beim Städt. Elektr. Werk Potsdam, 1927 Feinmechaniker beim Telegraphenzeugamt Wildpark bei der Deutschen Reichspost, 1929 zeitweise ohne Beschäftigung, 1929 Feinmechaniker bei Konski & Krüger, Berlin, 1929 Versuchsmechaniker bei Dr. Ing. R. Hell, Neubabelsberg, 1930 freiberuflich als Musiker, 1931 Feinmechaniker bei der Ufa Neubabelsberg, 1931 Univers. Sternwarte Bln. Babelsberg, 1.5.1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 5.637.866), 1937 Werkmeister bei Coll[n]ow & Sohn, 1937 zeitweise ohne Beschäftigung, 1937 Mechaniker, Vorarbeiter und Werkmeister bei Original Bruhn, Eisfeld/Thür., 1939 Technischer Angestellter (Konstrukteur) beim Marineobservatorium Greifswald und Wilhelmshaven, 1941 Laborleiter bei der Erprobungsstelle Rechlin/Müritz, 1944 Heeresdienst, 1944 erneut Erprobungsstelle Rechlin/Müritz, 1945 OKL-BAL, 1945 amerikanische/englische Kriegsgefangenschaft, 1946 selbständige Tätigkeit, 1951 Notstandsarbeiter bei der Fa. Schröder-Malerei, Bln.-Wilmersdorf, 1951 Mechaniker bei der Fa. Fuess, Bln.-Steglitz, 1951 Notstandsarbeiter bei der Fa. [F]onier. Straßenbau, Bln.-Steglitz, 1951 Feinmechaniker bei den Askania-Werken, Bln.-Friedenau, 1951 selbständige Tätigkeit, 1951 Feinmechaniker bei Erich Hoffmann, Berlin, 1952 Eintritt in das MPA als Technischer Sachbearbeiter in der Messabteilung; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/46900722; Beurteilung für Herrn Ewald Wanderburg, 14.4.1954, BAM-Archiv, Zweites Kellergeschoss, Ordner: Personal bis März 1963; Zeugnisabschriften, Abschrift Beschäftigungsnachweis, Abschrift Dienstzeitberechnung; BAM-Archiv, Zweites Kellergeschoss, Ordner: Personal bis März 1963.

1083 Wanderburg, Ewald: Von den Goldenen Zwanzigern bis in den Ruhestand, in: BAM-Information 3 (1976), S. 28–30, BAM-Archiv, Fach 3-1; Wanderburg, Ewald: So war es vor etwa 60 Jahren. Wochenablauf eines Präzisions-Mechaniker-Lehrlings im Jahre 1918, in: BAM-Information 7 (1976), S. 82 f., BAM-Archiv, Fach 3-1.

1084 Wanderburg, Charlotte: Exposition eines Rentnerdaseins, in: BAM-Information 1 (1975), S. 15 f., BAM-Archiv, Fach 3-1.

als größte Vorgängerinstitution und zweite Wurzel der vereinigten Behörde weiterhin durch öffentliche Repräsentation und Sichtbarkeit Anerkennung erfuhr, so beispielsweise durch die Regelung, dass das Amt des Vizepräsidenten von einem Ehemaligen der CTR bekleidet werden sollte, nimmt es nicht Wunder, dass der „alte Geist der CTR" durch die Veröffentlichung eines Erinnerungsberichtes auch in der internen Mitarbeiterzeitschrift sichtbar wurde. Die dem Beitrag vorangestellten Zeilen offenbaren, dass der Veröffentlichung in der „*BAM*-Information" ein kommunikativer Erinnerungsrahmen vorangegangen war, anlässlich dessen der Autor „nach seinem 91. Geburtstag 4 Stunden lang ohne jede Ermüdungserscheinung aus seinem Leben erzählt" habe.[1085] Nun sollten derartige Erzählungen eines ehemaligen CTR-Angehörigen offenbar festgehalten und mit dem Anspruch auf Dauerhaftigkeit in das institutionelle Gedächtnis überführt werden. Es handelte sich um den Verwaltungsamtmann Erich Hein,[1086] der 1924 in die Reichsanstalt eingetreten war, im Zuge der Vereinigung der Schwesterbehörden 1945 als einer der wenigen Mitarbeiter aus dem Verwaltungsbereich überhaupt übernommen worden war und bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden 1950 im MPA arbeitete. Nachdem Hein einleitend mit anerkennenden Worten als ein Mensch bezeichnet worden war, „der es verstanden hat, sein Schicksal zu meistern, seine Vergangenheit zu bewahren und seine Gegenwart zu fixieren", folgte sein Beitrag mit dem Titel „Von der Justiz zur Wissenschaft".[1087] Der Bericht begann mit der Schilderung seiner frühen Kindheit und Jugend, darunter den Tag seiner Einschulung („damals schon gab es am ersten Schultag Tüten") oder die Versetzung des Vaters in eine andere Stadt. Wenngleich solche Inhalte für die hier untersuchten Fragestellungen nachrangig sind, sei an dieser Stelle dennoch auf den Umstand verwiesen, dass diese Art von Erinnerungen *überhaupt* veröffentlicht wurden. Während hier nun also der Raum für die Berichte eines über 90-jährigen Mannes geschaffen worden war, der sehr persönlich über Dinge sprach, die weit über 80 Jahre zurücklagen, war genau dies bei den „Lebenserinnerungen" des ehemaligen CTR-Mitarbeiters Leonhard Kirschfeld seitens Walter Ruskes als Kritik vorgebracht worden.

1085 Hein, Erich: Von der Justiz zur Wissenschaft, in: BAM-Information 8 (1975), S. 118–120, hier: S. 118, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1086 Vgl. zu Erich Hein ausführlich Kapitel 2.3.

1087 Hein, Erich: Von der Justiz zur Wissenschaft, in: BAM-Information 8 (1975), S. 118–120, hier: S. 118, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

Waren die eingegangenen Erinnerungen des Chemikers als zu lange zurückliegende und „recht persönlich gefärbte Schilderung" beurteilt worden,[1088] weshalb sie als historisches Quellenmaterial nur bedingt brauchbar seien, deutet die interne Verwertung von Heins Bericht, der Kirschfeld in beiden Punkten noch übertraf, einmal mehr darauf hin, dass Letzterer offenbar nicht die ‚richtige' Erinnerungserzählung geliefert hatte. Heins Erinnerungsbericht hingegen schien die Sollforderungen bezüglich der narrativen Partizipation erfüllt zu haben, und zwar sowohl hinsichtlich seiner Erzählung zur CTR als auch hinsichtlich der vereinigten Anstalten nach 1945. Das für den gesamten Beitrag tonangebende Urteil über die Reichsanstalt fällte der Verwaltungsfachmann gleich bei der ersten Erwähnung der CTR vor dem Hintergrund seines Eintritts im Jahre 1924: „Diese Behörde war meiner Meinung nach einmalig in der ganzen Welt",[1089] wobei sich diese Einzigartigkeit vor allem auf die dort vertretenen Werte und Normen gründeten, die das gesamte Betriebsklima bestimmten. So betonte Hein unter anderem als ein „schönes Beispiel für Harmonie" das Verhalten des damaligen Präsidenten der CTR, Fritz Lenze, der sich besonders wertschätzend und anerkennend gegenüber dem Neuling und dessen Arbeitsleistung gezeigt habe. Insgesamt erschien die neue Arbeitsstätte als ein Ort der Menschlichkeit, der seinen Vorstellungen geradezu humanistischer Werte genau entsprochen habe. Er habe dort „Kollegialität im besten Sinne" kennengelernt und in seinem Arbeitsbereich, der Leitung der Verwaltung, nach seinen Grundsätzen leben können, „nämlich nach Wahrheit, Menschenliebe, Selbstkritik und Duldsamkeit zu streben." Auch während des „Dritten Reiches" habe sich an diesen Grundsätzen nichts geändert, vielmehr sei sogar Präsident Rimarski – „eine bewunderungswürdige Persönlichkeit" – in einem kritischen Moment für ihn eingetreten und habe sich damit gegen die Politik der Nationalsozialisten gestellt. Heins „Rettung", als Freimaurer „nicht in die Maschinerie der sogenannten Säuberungsaktionen des Nationalsozialismus geraten" zu sein, habe er „ausschließlich" Rimarski zu verdanken, „weil er mich für 6 Wochen der entscheidenden Zeit in Urlaub" geschickt habe. Die CTR erschien hier also nicht nur als ein politik- und ideologiefreier Raum, in dem andere Normen und Werte

1088 Ruske, Walter, Betr. Lebenserinnerungen von Dr. Leonhard Kirschfeld (29.5.1898–24.3.1974), CTR, Abteilung M, S. 1–3, hier: S. 2, BAM-Archiv.

1089 Hein, Erich: Von der Justiz zur Wissenschaft, in: BAM-Information 8 (1975), S. 118–120, hier: S. 119, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

galten, nämlich Menschlichkeit, Wahrheit oder Kollegialität, sondern sei vielmehr noch als eine feste Einheit im Zweifelsfall auch gegen äußere Eingriffe verteidigt worden. Die Beschreibungen über seine Tätigkeiten und den Arbeitsalltag bestanden vornehmlich aus Begegnungen mit Kollegen und kreisten um das Thema von Verwaltungstätigkeit und Wissenschaft. Dies ist insofern von besonderer Bedeutung, als die CTR hier als eine Behörde beschrieben wurde, deren Mitarbeiter vor 1945 ausschließlich mit Wissenschaft und Forschung beschäftigt gewesen seien. Im Vergleich zu dem Kirschfeld'schen Erinnerungsbericht, in dem die Reichsanstalt als eine Rüstungsbehörde *par excellence* erschienen war, trat sie bei Hein nun als eine Wissenschaftsbehörde auf. Diese Darstellung verstärkte sich noch dadurch, dass der Zweite Weltkrieg hier schlicht keine Erwähnung fand. Dies wiederum korrespondierte durchaus mit dem Titel des Beitrages: „Von der Justiz zur Wissenschaft". Mit seiner Erzählung über die Zeit nach Kriegsende und der Vereinigung mit dem MPA bestätigte der Autor die offizielle Selbst-Narration hinsichtlich der seit jeher intendierten Gleichrangigkeit beider Institutionen und personalisierte Letzteres durch die beiden Präsidenten, den ehemaligen der Reichsanstalt, Walter Rimarski, und den neuen, Max Pfender: Nach dem Amtsantritt Pfenders als Präsident des MPA, über den Hein sehr glücklich gewesen sei, habe er nämlich bald entdeckt, dass er „nun zwei gleichartige Vorgesetzte" habe.[1090] Gegen Ende seines Erinnerungsberichtes resümierte er: „Wenn ich heute gefragt werde, welche Tätigkeit ich mir zum ‚zweiten Male' wünschte, ich würde sagen: Die gleiche".

Franz Schlossers „Erinnerungen an meine Arbeit in der Ölabteilung" gingen in eine ähnliche Richtung.[1091] Hier allerdings lässt sich am stärksten die Funktion der Erinnerungen als Familienalbum aufzeigen, denn Schlossers Bericht bestand größtenteils aus Fotografien, welche seinem Text Struktur gaben, in dem er die Situation der Aufnahmen und die dargestellten Kollegen erläuterte. Dabei ging es nicht nur um die Arbeit selbst, sondern auch um Festivitäten, die innerhalb des MPA stattfanden, denn ein Bild zeigte eine Abteilungs-Weihnachtsfeier im Jahre 1947, anlässlich derer sich Schlosser als Weihnachtsmann verkleidet hatte.

1090 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 120.

1091 Schlosser, Franz: Erinnerungen an meine Arbeit in der Ölabteilung, BAM-Information 4 (1976), S. 36–42, BAM-Archiv, Fach 3-1.



Abb. 6 *mit folgender Betitelung in der Zeitschrift*: „1947 Labor 710: Dr. Schloßer als Weihnachtsmann, Elisabeth Schultz, Fritz Krause, Helmuth Hochschild, Richard Gehlhaar, Elfriede Granitza, Richard Blumenthal".[1092]

Schlosser beschrieb ebenfalls die schwierige Situation nach Kriegsende und ging auf den Hunger als kollektive Erfahrung ein. Ein Bild, auf dem die Mitarbeiterinnen „Gerda Altfeld und Elisabeth Schul[t]z beim Essenholen im Winter 1947" zu sehen waren, visualisierte die BAM-Familie dabei als eine Schicksalsgemeinschaft, die sich gemeinsam um die Lebensmittelversorgung zu kümmern hatte. Diese Elemente deckten sich also mit den üblichen Topoi einer schweren Zeit, überwundener Widrigkeiten, dem Zusammenhalt in der Not und letztlich der Rettung des MPA nach Kriegsende, nicht zuletzt durch das Engagement der damaligen Mitarbeiter. Zu diesen gehörte auch Schlosser selbst, der stolz vermerkte, „zu den etwa 80 verbliebenen Mitarbeitern" gehört zu haben, „die nach der Wiedererrichtung des Amtes eigentlich sehr schnell wieder wissenschaftlich und technisch arbeiten konnten." Schon 1946 habe es „bereits wieder Besucher und Lehrgänge" gegeben.

1092 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 39.

Der Autor wies zudem auf seinen eigenen Beitrag zur Bewältigung der Nachkriegsjahre hin, in dem er auf den von ihm verfassten Artikel aus dem Mitteilungsblatt vom März 1946 mit dem Titel „Das Wort ist eine geistige Macht" hinwies.[1093] Schlosser war dieser Text offenbar so wichtig, dass er ihn hier noch einmal zum Abdruck brachte und damit ebenfalls eine mediale Kontinuität zwischen der ersten internen Mitarbeiterzeitschrift und ihren darin kodifizierten Sollforderungen sowie dem gegenwärtigen Hausblatt schuf. Interessanterweise war der wiederabgedruckte Aufsatz gekürzt, und zwar genau um diejenigen Passagen, welche sich offensichtlich auf die damalige jüngste Vergangenheit, also auf die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg, bezogen hatten. Es bleibt unklar, ob Schlosser selbst diese Kürzungen vorgenommen hatte, oder ob, wie an anderer Stelle zu zeigen sein wird, auch hier ‚von oben' eingegriffen worden war. Dementsprechend ist nicht eindeutig festzustellen, ob es darum ging, keine alten Wunden aufzureißen oder aber, ob den hier vertretenen Sollforderungen und Werten eine Allgemeingültigkeit verliehen werden sollte, indem die direkten Bezüge auf die Situation, in welcher der Text entstanden war, getilgt wurden. Schlosser selbst gab zu den zitierten Ausschnitten seines Beitrages von 1946 an: „Das damals von mir Gesagte hat auch heute noch Gültigkeit und darum wiederhole ich hieraus".[1094] Der Chemiker erhob sich damit zu einer Art Lehrmeister der Geschichte mit einem Deutungs- und Vermittlungsanspruch gegenüber den Rezipienten seines Erinnerungsberichtes[1095] und konstatierte zugleich eine immerwährende, enthistorisierte Kontinuität und Beständigkeit des institutionellen Werte- und Normenkanons: Das, was für die Mitglieder der damaligen MPA-Partikulargesellschaft gegolten habe, solle auch gegenwärtig und zukünftig für die Mitglieder der BAM-Partikulargesellschaft gelten.

1093 Vgl. Kapitel 3.3.

1094 Schlosser, Franz: Erinnerungen an meine Arbeit in der Ölabteilung, BAM-Information 4 (1976), S. 36–42, hier: S. 39, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1095 Dies knüpft letztlich auch an Welzers Feststellung über die Funktion der Erinnerung an. Der Soziologe konstatiert, dass „Erinnerung [...] funktional nichts mit Vergangenheit zu tun" habe, sondern „der Orientierung in einer Gegenwart zu Zwecken zukünftigen Handelns" diene, Welzer, Erinnerung und Gedächtnis, 2010, S. 8.

Bereits im Dezember 1960, kurz nach seinem Eintritt in den Ruhestand, sandte der gelernte Maschinenbauer Viktor Pyka[1096] auf die Bitte von Max Pfender hin ein Schriftstück mit dem Titel „Erinnerungen aus meiner Tätigkeit in der Abteilung Metallographie und Korrosion des Materialprüfungsamtes" an die BAM, das zunächst „zu den Unterlagen für die Chronik unserer Anstalt" gegeben werden sollte.[1097] Über eine Dekade später erschien sein Beitrag als einer der Erinnerungsberichte in einer Ausgabe der „*BAM*-Information" aus dem Jahr 1975. Die vorangestellte redaktionelle Einführung bestätigt noch einmal, dass es bei den Erinnerungsberichten wesentlich darum ging, dass sich der Einzelne zum Zweck der Binnenintegration in die Gesamterzählung einschreiben – sich als Individuum also zu dem Kollektiv der BAM-Familie zugehörig fühlen – und nicht zuletzt die institutionelle Selbst-Narration ‚von unten' bestätigen sollte. Demgemäß wurde in dem einführenden Text betont, dass die Arbeiten des Autors in der Metallographie „ebenso unvergessen" seien, „wie der wesentliche Anteil", den er 1947 am Gelingen der ersten Ausstellung „Werte unter Trümmern" gehabt und die damals das Problem in den Vordergrund gestellt habe, „Maschinen und Bauteile, die noch unter Trümmern lagen, zu bergen, zu entrosten und wieder funktionsfähig zu machen."[1098] Damit wurde die Person Pykas mit dem Wiederaufbau-Topos verbunden. Bemerkenswert ist

1096 Viktor Pyka (1894–1982), 1911 Lehre zum Maschinenbauer und zugleich Besuch der Gewerbeschule für Maschinenbautechnik, 1914 Prüfung als Maschinenbauer, 1914 Militärdienst, dort 1916 als Schwerkriegsbeschädigter mit Anstellungsschein entlassen, 1916 Gehilfe in der Abteilung für Metallographie des KMPA, 1919 Übernahme in das StMPA als Laboratoriumshilfsdiener, 1920 Laboratoriumsgehilfe, 1925 Laborant, 1942 Beamter, 1945 Übernahme in das MPA als Maschinenbauer in der Abteilung für Metallkunde, 1959 Ruhestand; StMPA, Personalnachrichten über Viktor Pyka, 16.5.1940, BArch, R 4901/15204, Bl. 119–120; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, BAM-Archiv, Fach 20; Persönliche Angaben von Viktor Pyka, Anlage zu: Aufstellung des Forschungs- und technischen Personals vom 10.1.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates; Viktor Pyka †, in: BAM-Information 2 (1982), S. 30, BAM-Archiv, Fach 3-2.

1097 Max Pfender an Viktor Pyka, 23.12.1960, BAM-Archiv, Fach 37-2, Ordner: SBV BAM-Chronik.

1098 Pyka, Viktor: Erinnerungen an meine Tätigkeit in der damaligen Abteilung für Metallographie, in: BAM-Information 2 (1975), S. 26–28, hier: S. 26, BAM-Archiv, Fach 3-1.

jedoch besonders ein redaktioneller Eingriff, den mutmaßlich Präsident Pfender für die Veröffentlichung in der internen Mitarbeiterzeitschrift vorgenommen hatte. In seinem Manuskript von 1960 hatte sich Pyka mit nicht geringer Anerkennung über den ehemaligen Leiter der Korrosionsabteilung, Prof. Dr. Gerhard Schikorr, geäußert, der diese „entsprechend der damaligen Verhältnisse groß" aufgebaut habe.[1099] Das Urteil über seinen ehemaligen Vorgesetzten fiel gleichermaßen positiv aus: Es tue ihm „persönlich heute noch wehe", dass der Abteilungsleiter „nach Beendigung des Krieges nicht wieder übernommen" worden sei, „denn Professor Dr. Schikorr war in jeder Lebenslage ein sehr gerechter Mann" gewesen. Hier nun trat (vermutlich) Pfender als Sanktionssubjekt auf, denn offenbar hatte Pyka mit seiner Erzählung einen Normbruch begangen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war, wie in Kapitel 3.1 ausführlich gezeigt wurde, ein MPA-interner Vertrauensausschuss zusammengetreten, der über die noch im Amt verbliebenen, ehemaligen Mitglieder der NSDAP abstimmte und diese in „nicht belastete" und „belastete Pg." unterteilte – Schikorr gehörte dem Urteil des Ausschusses nach zu Letzteren. Dieses Urteil sollte sich nun augenscheinlich auch in dem veröffentlichten Erinnerungsbericht niederschlagen. Während Pyka in seinem Manuskript ursprünglich geschrieben hatte, Schikorr sei nach dem Krieg nicht übernommen worden, explizierte der Artikel von 1975 den Grund hierfür durch eine Ergänzung: Der einstige kommissarische Leiter der Abteilung „Metallographie und Anorganische Chemie" sei nach Kriegsende „wegen Zugehörigkeit zur NSDAP aus dem Amt" ausgeschieden.[1100] Die vormals von Pyka vorgenommene Attribuierung des Entlassenen als „ein sehr gerechter Mann" und seine Wehmut über dessen Ausscheiden hingegen wurden gestrichen.

Noch drastischere Eingriffe dieser Art, bei denen ohne Zweifel Präsident Pfender als Sanktionssubjekt zu identifizieren ist, wurden bei gleich zwei Beiträgen des ehemaligen Mitarbeiters und Ingenieurs Erich Jung vorgenommen. Der wohl erste von Jung verfasste

1099 Viktor Pyka, Erinnerungen aus meiner Tätigkeit in der Abteilung Metallographie und Korrosion des Materialprüfungsamtes, Dezember 1960, S. 1–4, hier: S. 3, BAM-Archiv, Fach 37-2, Ordner: SBV BAM-Chronik, und im Folgenden.

1100 Pyka, Viktor: Erinnerungen an meine Tätigkeit in der damaligen Abteilung für Metallographie, in: BAM-Information 2 (1975), S. 26–28, hier: S. 28, BAM-Archiv, Fach 3-1.

Erinnerungsbericht mit dem Titel „Erinnerungen an alte Zeiten des MPA“ thematisierte, wie der Autor zu seiner Stelle im Amt gekommen sei und wie die Entwicklung des Messwesens in der Bauabteilung, in der er beschäftigt war, vor und nach 1945 ausgesehen habe.[1101] Im Wesentlichen jedoch bestand der Beitrag aus einer Aneinanderreihung technisch-wissenschaftlicher Detailbeschreibungen über Messmethoden, für die tägliche Arbeit in der Abteilung verwendete Messgeräte oder durchgeführte Messarbeiten. Betrachtet man die zahlreichen Anmerkungen, Ergänzungen und Verbesserungen, die Pfender an dem Manuskript vornahm, ergibt sich der Eindruck, dass der Korrektor sich insbesondere an den inhaltlich falschen Darstellungen und Ungenauigkeiten gestört hatte. So merkte er beispielsweise an: „den in 2) genannten Drahtspannungsmesser gab es damals noch nicht“ oder erklärte ergänzend: „höchste Wiederholgenauigkeit ist so sicherer; alles andere ist Unsinn!“ Das Bedauern des Autors darüber, dass leider „alle Versuchsergebnisse beim Russeneinmarsch verloren gegangen [seien], so daß aus der gepla[n]ten Doktorarbeit nichts wurde“, kommentierte Pfender überdies abfällig mit: „zum Glück (Pf) nichts wurde“. Allem Anschein nach entsprachen Jungs „Erinnerungen an alte Zeiten des MPA“ insgesamt nicht den Sollforderungen und Kriterien, die bezüglich der Erinnerungsberichte galten. Angesichts der Tatsache, dass kein anderer Bericht dieser Art und Weise in den „*BAM*-Informationen“ veröffentlicht wurde, liegt die Vermutung nahe, dass der Beitrag des Ingenieurs mit Blick auf die gesollte Hauptfunktion der Berichte – Binnenintegration durch narrative Partizipation – als hierfür unzureichend eingestuft wurde. Denn dieser beschränkte sich vornehmlich auf wissenschaftlich-technische Inhalte, die zudem vielfach inkorrekt dargestellt worden seien, und bot dabei kaum Anekdotisches oder Persönliches zur Einschreibung des Autors und seiner Erzählung in die institutionelle Selbst-Narration an. Etwas vereinfacht könnte man dies wie folgt formulieren: Beschreibungen von „Dehnungsmeßstreifen“, „4500° C heißen Dampf-Sammelleitungen“ oder „Formänderung[en] bei behinderter Verformung“ boten weniger Identitätsstiftungspotential als individuelle Geschichten, die mit denjenigen Kollektiverfahrungen und Topoi korrespondierten, die in der MPA-/BAM-Partikulargesellschaft

1101 Erich Jung, Erinnerungen an alte Zeiten des MPA, [1975], S. 1–4, BAM-Archiv, Fach 27-1, Pfender Ordner Gr., Ordner 14, Abschnitt: E. Jung: Erinnerungen an alte Zeiten des MPA, und im Folgenden S. 1–3.

vorherrschten beziehungsweise vorherrschen sollten. Max Pfender jedenfalls versah das Manuskript, bevor er es *ad acta* legte, mit dem Hinweis: „wollte E. Jung ~ 1975 in der BAM-Information abdrucken lassen, was aber von M. Pfender verhindert wurde".

Anders sah dies bei einem zweiten Erinnerungsbericht Erich Jungs aus, den er im März 1975 an Walter Ruske sandte und der den Titel trug: „Die letzten Wochen des 2. Weltkrieges und der Einmarsch der sowjetischen Soldaten in das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Aus Sicht des Angehörigen der ‚Ständigen Luftschutzwache'".[1102] Aus dem begleitenden Schreiben geht hervor, dass Jung sein Manuskript zuerst an den Präsidenten der BAM gesandt hatte, der also offenbar *die* regulierende und entscheidende Instanz bezüglich der Erinnerungsberichte in der Mitarbeiterzeitschrift war und bei einem Normbruch als Sanktionssubjekt auftrat. Wenngleich diese Funktion offenbar von dem seit 1972 amtierenden Präsidenten Gerhard Wilhelm Becker ausgeübt wurde, ist nicht auszuschließen, dass der ehemalige Präsident Max Pfender auch nach seiner offiziellen Amtszeit noch einen dahingehenden Einfluss ausübte oder ihm ein solcher zumindest zugesprochen wurde, möglicherweise deshalb, weil er wohl *der* Hauptinitiator der Möglichkeit zur narrativen Partizipation gewesen zu sein schien, also sozusagen der Schirmherr dieses Projektes, der überdies ein Teil der „Erinnerungsgemeinschaft" zumindest der Zeit nach 1945 war. Diese Einflussnahme wird nicht zuletzt allein dadurch evident, dass die Veröffentlichung von Jungs Bericht „Erinnerungen an alte Zeiten des MPA" augenscheinlich von Pfender „verhindert" worden war. Dieses Mal jedenfalls wurde die Zustimmung zur Veröffentlichung gegeben, allerdings unter der Prämisse, dass die zuvor vorgenommene Zensur eingehalten werden würde. So merkte Jung in seinem begleitenden Schreiben zur Übersendung eines „Kapitel[s] aus der Vergangenheit der BAM" an, diese „Episode soll[e] in gekürzter Form [in den] BAM-Informationen abgedruckt werden, d.h. auf Wunsch des Herrn Präsidenten sollen die in Klammern gesetzten roten Sätze und Abschnitte gestrichen werden."[1103]

1102 Erich Jung, Die letzten Wochen des 2. Weltkrieges und der Einmarsch der sowjetischen Soldaten in das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Aus Sicht des Angehörigen der „Ständigen Luftschutzwache", S. 1–5, BAM-Archiv, Fach 10-2.

1103 Erich Jung an Walter Ruske, 23.3.1975, BAM-Archiv, Fach 10-2, und im Folgenden.

Dass das ursprüngliche Manuskript überhaupt zu den Akten gegeben wurde und bis heute erhalten blieb, ist dem damals amtierenden Präsidenten Becker zu verdanken, der vorgeschlagen hatte, „den ungekürzten Text zur evtl. Auswertung für das Archiv der BAM zur Verfügung zu stellen." Was nun erzählte Jung in seinem Bericht und vor allem: Was erzählte er aus Sicht des Präsidenten offenbar ‚zu viel'? Die Erzählung fokussierte die letzten Kriegswochen im StMPA, die Verteidigung des Amtes während des Einmarsches der sowjetischen Truppen, das Verhalten der betrieblichen Luftschutzwache sowie den ersten Besatzungstag und konstruierte damit alles in allem eine Rettungsgeschichte, die im Kern die Topoi von Widrigkeiten und Bedrohungen für das Amt und seine Belegschaft sowie deren erfolgreiche Überwindung durch den persönlichen Einsatz von Angehörigen der BAM-Familie bemühte. In dem Abschnitt des Erinnerungsberichtes „Streit um die Verteidigung des Amtes" schilderte Jung diese Bedrohungslage besonders eindrücklich. So habe man von dem Turm über dem Haupteingang beobachten können, „wie die Front sich langsam über Klein-Machnow Lichterfelde näherte" und schließlich „schossen Kugeln an unseren Köpfen vorbei, wenn wir sie hinausstreckten", sodass man stets habe prüfen müssen, „ob die Luft rein" sei, bevor man Ausschau gehalten habe.[1104] Auch habe man sich angesichts der „anmarschierende[n] sowjetische[n] Soldaten" mit Gewehren ausstatten müssen, wobei nur etwa die Hälfte der Anwesenden überhaupt mit einem solchen habe umgehen können. Die Frage der Verteidigung des Amtes in eigener Regie und dem hierzu entwickelten Verteidigungsplan, in Richtung der Truppen abzufeuern, habe schließlich zu einer Spaltung der aus 20 Mann bestehenden ständigen Luftschutzwache geführt: „Es bildeten sich 2 Gruppen. Die eine, die diesen Verteidigungsplan unterstützte, die andere, die ihn für Wahnsinn hielt."

An dieser Stelle sei angemerkt, dass das hier Beschriebene seit jeher eine entscheidende Rolle auch in der Beurteilung der Mitarbeiter des Amtes gespielt hatte, also, dass diese durch ihre ablehnende Haltung gegenüber diesem „Wahnsinn" zur Rettung ihrer Arbeitsstätte beigetragen hätten, was sich unter anderem in zahlreichen Leumundszeugnissen

1104 Erich Jung, Die letzten Wochen des 2. Weltkrieges und der Einmarsch der sowjetischen Soldaten in das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Aus Sicht des Angehörigen der „Ständigen Luftschutzwache", S. 1–5, hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 10-2, und im Folgenden.

und entlastenden Zeugenaussagen sowohl während der amtsinternen als auch offiziellen Entnazifizierung niedergeschlagen hatte. Der Erinnerungsbericht Jungs bestätigte damit also die bereits damals formulierten Normen für die Beurteilung kollegialen Verhaltens. Betrachtet man die Streichungen, die bei dieser Passage an dem Manuskript vorgenommen wurden, wird deutlich, dass die grundsätzliche Darstellung von Unstimmigkeiten in dieser Frage zwar unproblematisch gewesen zu sein scheint, allerdings nur bis zu einem gewissen Grad. So hatte Jung ursprünglich darüber berichtet, dass der Leiter der Luftschutzwache über die ablehnende Haltung von zahlreichen ihrer Mitglieder über den irrsinnigen Verteidigungsplan „darüber schließlich so in Wut [geraten sei], daß er jeden eigenhändig mit einer Pistole zu erschießen drohte, der sich zu schießen weigerte." In der späteren Veröffentlichung des Berichtes war hiervon nichts mehr zu lesen, der Beitrag wurde also um die Dramatik eskalierender interner Konflikte bereinigt. Dies hätte den Eindruck einer weitestgehend konsensuellen und zusammenhaltenden Amtsgemeinschaft geschmälert. Bemerkenswerterweise war eine Streichung der „Ukrainer-Baracken", in denen „Ukrainer als Fremdarbeiter untergebracht" gewesen seien, nicht als notwendig erachtet worden, wohingegen die Beschreibung von Soldaten, die „an Laternenpfählen aufgehängt [gewesen seien], weil sie nicht mehr kämpfen wollten",[1105] entfernt werden sollte. Die wohl drastischste beschönigende Glättung durch die Zensur ganzer Passagen erfolgte in dem Abschnitt des Erinnerungsberichtes bei der Passage: „Ca 9 Stunden mit den Russen im Amt – Der erste Besetzungstag". So sollten den Lesern der internen Mitarbeiterzeitschrift Erich Jungs detaillierte Ausführungen über eine Situation mit der sowjetischen Besatzungsmacht vorenthalten bleiben, die sich ergeben hatte, nachdem man „auf dem Amtsgelände einen Russen erschossen aufgefunden" habe. Zehn Männer der Luftschutzwache seien sodann „im Betonkeller an die Wand gestellt" worden und sollten laut der Erzählung „durch Genickschuß erledigt" werden. Auch das Eingreifen eines Ukrainers, der „wie wild auf die Russen" eingeredet und versucht habe, „ihnen klar zu machen, daß alle gute Menschen seien, die das niemals täten", habe sie nicht erweichen lassen.

1105 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 3 f.

Es sei jedoch „durch das Eingreifen der Ukrainer ein Aufschub erreicht" worden, „der den Amtskollegen das Leben rettete", da „auf dem Amtsgelände inzwischen ein junger SS-Mann gefunden und geschnappt worden [sei], der wild um sich her schoß und der auch vermutlich den Russen erschossen hatte". Ebenfalls gestrichen wurde eine „traurige Episode", die Jung seiner Erzählung „nebenbei" hinzugefügt hatte und den Suizid einer Angehörigen des Amtes und ihrer Mutter thematisierte:

> „In unserem Keller hielt sich noch Frl. Mendel (?) [Fragezeichen i. O., E.K.] mit Mutter auf. Die Mutter überredete die Tochter, mit ihr zusammen Gift zu nehmen. Wir wollten Frl. Mendel – in einen Luftschutzanzug gesteckt – mitnehmen, aber sie wollte nicht. Wie wir dann später hörten, wurde sie von der Mutter gezwungen, das Gift zu nehmen."[1106]

Was nach der Kürzung der beiden Episoden dieses Abschnittes über den „ersten Besetzungstag" übrigblieb und in der „*BAM*-Information" veröffentlicht wurde, beschränkte sich nunmehr auf wenige Zeilen, die keinerlei Auskunft über die eigentliche Dramatik und Tragik der damaligen Geschehnisse gaben.[1107] Die zu Beginn des Abschnittes aufgeworfene Frage: „Was wird nun mit uns geschehen?" wurde damit beantwortet, dass ein Anruf zu Hause „merkwürdigerweise noch reibungslos" gegangen und „auch nicht verhindert" worden sei.[1108] Zwar seien zunächst „alle in einen großen Kellerraum eingesperrt" worden, nachdem jedoch keine Waffen mehr gefunden worden seien, „durften wir uns im Amt frei bewegen" und man habe später am Abend „gut verpflegt" nach Hause gehen dürfen. Nach einer kurzen Beschreibung einiger Unwägbarkeiten auf dem Heimweg schloss Erich Jung seinen Bericht mit dem Satz: „Nach einigen Tagen kam ich dann wieder mit meiner Familie zusammen." Der Abdruck von Erinnerungsberichten in der internen

1106 Ebd. Das Schicksal der Betroffenen (Suizid, vermutlich durch die Einnahme von Kaliumcyanid) wird durch einen Eintrag Max Pfenders in seinem Notizbuch bestätigt: „1. Umgekommen sind Frau Mendel und Tochter (KCy)", Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom [August] 1945: „MPA-Schicksale", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

1107 Jung, Erich: Die letzten Kriegswochen im Staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem aus Sicht der Angehörigen der „Ständigen Luftschutzwache", in: BAM-Information 5 (1975), S. 64–66, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1108 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 66.

Mitarbeiterzeitschrift war nicht der einzige etablierte Kommunikationsraum, welcher der Binnenintegration der BAM-Familie durch narrative Partizipation und Ausformung einer MPA-/BAM-spezifischen „Erinnerungsgemeinschaft" dienen sollte. Auch die Weihnachtstreffen der Ehemaligen, zu denen auch „alle aktiven Mitarbeiter der BAM eingeladen" waren,[1109] schufen einen kommunikativen Erinnerungsrahmen und wurden mit einer entsprechenden Bebilderung der Veranstaltungen und einem kurzen Artikel ebenfalls in der Mitarbeiterzeitschrift veröffentlicht. Wenngleich die Dokumentation dieser weihnachtlichen Zusammenkünfte zwar zunächst recht deskriptiv die Inhalte wiedergab, beispielsweise der vorgetragenen Gedichte, so eines von Wilhelm Blumenthal zum Nikolaustag,[1110] oder gehaltene Vorträge über Themen wie etwa „Streifzüge durch Großbritannien" von Hildegard Mendrzyk,[1111] „Die Landschaft um Berlin-Wannsee in den vier Jahreszeiten" von Paul Dittmar[1112] oder „Alte und neue Geschichten" von Otto Vaupel,[1113] wurde nicht unwesentlich auch der Wert und die Bedeutung der Veranstaltung selbst thematisiert, nicht zuletzt durch zahlreiche, dahingehende Aussagen von Ehemaligen. So habe sich Bernhard Lehmann[1114] bei dem

1109 Max Pfender, Einladung Anläßlich der diesjährigen weihnachtlichen Zusammenkunft der ehemaligen BAM-Mitarbeiter, 8.12.1969, BAM-Archiv, Fach 12-2.

1110 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 15. Dezember 1976, in: BAM-Information 1 (1977), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1111 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 17. Dezember 1975, in: BAM-Information 1 (1976), S. 1 f., hier: S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1112 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 15. Dezember 1976, in: BAM-Information 1 (1977), S. 1 f., hier: S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1113 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 20.12.1972, in: BAM-Information 2 (1973), S. 33, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1114 Bernhard Lehmann (1895–1980), 1911 Eintritt in das KMPA als Laborant, 1923 Verwaltungsangestellter, 1945 Übernahme in das MPA als Kassenprüfer, später Leitung des Rechnungsbüros, bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand in der BAM tätig, zuletzt als Regierungsinspektor mit dem Aufgabengebiet eines Hauptsachbearbeiters, im Jahre 1975 Veröffentlichung eines Erinnerungsberichtes in der internen Mitarbeiterzeitschrift mit dem Titel: „Wie die Auswirkungen des 1. Weltkrieges mein Berufsleben veränderten"; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Bernhard Lehmann†, in: BAM-Information 6 (1980), S. 114, BAM-Archiv, Fach 3-1; Lehmann, Bernhard: Wie die Auswirkungen des 1. Weltkrieges mein Berufsleben veränderten, in: BAM-Information 4 (1975), S. 58–60, BAM-Archiv, Fach 3-1.

Adventstreffen im Jahre 1973 im Namen „aller ehemaligen Angehörigen der BAM“ für die „gelungene Feier und die damit gebotene Möglichkeit [bedankt], in so großem Rahmen ehemaligen und aktiven Mitarbeitern zu begegnen“.[1115] Ähnliche Worte habe auch der ehemalige Vizepräsident der BAM, Paul Dittmar, im Jahre 1975 gefunden, der sich ebenfalls „im Namen aller Teilnehmer für die durch diese Weihnachtsfeier wiederum gebotene schöne Möglichkeit des Zusammentreffens“ bedankt habe.[1116] Die Beschreibung des restlichen Verlaufs der Veranstaltung fasste im Grunde genommen das zusammen, worum es bei den Treffen der Ehemaligen gehen sollte: „Wiedersehensgespräche und der Austausch von Erinnerungen sowie die freudige Aufnahme neu Hinzugekommener“. Insgesamt bestätige auch der „harmonische Verlauf dieser Weihnachtsfeier“ des Jahres 1976 „wieder einmal, welche Bedeutung dieser schon traditionellen Veranstaltung beizumessen“ sei.[1117] Was hier als schöne Tradition gerühmt wurde, lässt sich in gewisser Weise als eine Ritualisierung verstehen, ein wiederkehrendes Ereignis also, bei dem jeder wusste, was von einem erwartet wurde. In Bezug auf die Erinnerungsberichte erwiesen sich Weihnachtstreffen überdies als eine weitere Distributionsmöglichkeit, denn im Rahmen dieser Veranstaltung verwies der zu diesem Zeitpunkt amtierende Präsident der BAM, Gerhard Wilhelm Becker, „in seiner Ansprache auf den in der BAM-Information 9/1974 erstmals von einer ehemaligen Mitarbeiterin, Frau Elisabeth Schultz, mit dem Thema ‚Ein Rückblick in die Vergangenheit‘ erschienenen Beitrag“, ließ ein Exemplar dieser Veröffentlichung an alle Teilnehmer der Veranstaltung verteilen „und anschließend auch noch an die Nichterschienenen versenden.“[1118] Außerdem habe er die Anregung ausgesprochen, „mit solchen persönlichen Einzelerlebnissen, die mit der BAM, aber auch mit ihren Vorgängeranstalten zusammenhängen, Erinnerungen an Personen und

1115 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 19. Dezember 1973, in: BAM-Information 1 (1974), S. 1 f., hier: S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1116 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 17. Dezember 1975, in: BAM-Information 1 (1976), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1117 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 15. Dezember 1976, in: BAM-Information 1 (1977), S. 1 f., hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1118 Weihnachtsfeier der ehemaligen Mitarbeiter der BAM am 18. Dezember 1974, in: BAM-Information 1 (1975), S. 1–3, hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

Ereignisse lebendig zu erhalten." Damit führte Becker letztlich die Sollforderung seines Amtsvorgängers Pfender fort, gleichwohl ohne dabei die ebenfalls fortgeführten Sanktionsmaßnahmen bei einem Normbruch zu benennen.

Der hier vorgenommene Blick auf die Erinnerungsberichte sowie die hiermit verbundenen Ehemaligentreffen- und Weihnachtsfeiern offenbart insgesamt, dass es sich um Instrumente der Binnenintegration handelte, die durch narrative Partizipationsangebote dafür sorgen sollten, dass alle Mitglieder der Kategorien Geschlecht, Dienstalter und -rang transzendierenden BAM-Familie Teil der offiziellen institutionellen Selbst-Narration wurden. Diejenigen allerdings, die sich nicht an die hierbei geltenden Normen hielten, wurden von den führenden Sanktionssubjekten – namentlich vor allem Max Pfender, aber auch sein Nachfolger im Amt, Gerhard Wilhelm Becker, – durch Zensur auf Linie gebracht. Beide mussten aber offenbar gar nicht allzu häufig eingreifen, bestätigten doch die meisten Erzähler die institutionelle Geschichte ‚von oben' im Sinne der Sollforderungen mit Anekdoten und den üblichen Topoi ‚von unten', was nicht zuletzt auf die zahlreichen, kollektiv gemachten Erfahrungen der Mitglieder der MPA-/BAM-Gemeinschaft hinweist. Doch die BAM integrierte sich nicht nur über diese Erzählung, sondern bemühte sich auch, diese zu personalisieren.

5.4 Von Chauffeuren, Gründervätern und Pionieren – Zur Personalisierung der institutionellen Selbst-Narration

Die institutionelle Selbst-Narration diente – wie gezeigt wurde – unter anderem der Binnenintegration. Diese Integrationsleistung vollzogen die Akteure auch auf anderen Ebenen, denn bei der Betrachtung der einschlägigen Medien fällt vor allem ein Element ins Auge: eine Personalisierung. Im Folgenden geht es darum, diese mit einem systematischen Zugriff zu untersuchen, um vor allem die Funktionen der unterschiedlichen Ebenen, auf denen die Personalisierung stattfand, bestimmen zu können. Im Fokus stehen hier die drei Haupttypen personalisierender Verfahren:

Erstens stellten die Hauszeitschriften des MPA/der BAM einzelne Personen vor, etwa, wenn diese ein gewisses Dienstalter erreicht oder besondere wissenschaftliche Leistungen vorzuweisen hatten, ihre Verdienste durch Preise, Auszeichnungen oder Verleihungen etwa des Bundesverdienstkreuzes geehrt oder Belegschaftsmitglieder pensioniert wurden. Nach dem Tod eines ehemaligen oder aktiven Mitarbeiters wiesen Nachrufe, die in der internen Mitarbeiterzeitschrift zumeist mit einem Foto des jeweils Verstorbenen veröffentlicht wurden, auf dessen Bedeutung hin. Hierbei stand wiederum nicht nur das wissenschaftliche Personal im Fokus, sondern die gesamte BAM-Familie: von der Kantinenfrau bis zum Präsidenten. Hier griff derselbe vergemeinschaftende Mechanismus wie bei der narrativen Partizipation, also eine *Inklusion durch Repräsentation*. Jeder und jede sollte sich – unabhängig von Geschlecht, Dienstalter oder -rang – als Teil der Institution fühlen können. Darüber hinaus mögen die Informationen über die Mitarbeiter dazu gedient haben, diese zu motivieren, um mit ihren Leistungen in der Zeitschrift gewürdigt zu werden. Dass alles und jeder mit einem Nachruf bedacht wurde, zeigt, dass zunächst alles und jeder, der als Teil der MPA-/BAM-Partikulargesellschaft wahrgenommen wurde, auch als „erinnerungswürdig" galt.[1119] Insbesondere die Nachrufe erfüllten jedoch noch eine weitere Funktion, denn diese erschienen nicht nur hausintern, sondern bei gewissen Persönlichkeiten auch in einschlägigen Fachorganen. Auf diese Weise sollten die eigenen Wissenschaftler vor der Fachcommunity noch einmal besonders gewürdigt werden, was für die BAM den Vorteil hatte, demonstrieren zu können, dass hier bedeutende Forschung betrieben und relevante Leistungen erbracht worden seien. Kurzum: „Nachrufe erzeugen nicht nur ‚große Männer', sondern vor allem deren Gefolgschaften."[1120] Es handelte sich also bei den Nachrufen auch immer um eine „Praxis der Selbstthematisierung nach innen und außen",[1121] die dazu diente, die Gemeinschaft zu formen.

1119 So dürfe laut Brunn, Abschieds-Journalismus, 1999, S. 187, „nicht nur Lob und Tadel im Nachruf, sondern schon allein die Tatsache, wer überhaupt wieviel Nachruf erhält, [...] als maßgebliche Andenkenentscheidung interpretiert werden".

1120 Echterhölter, Akademisches Totenlob, 2008, S. 22. Dies betont am Beispiel von Parteien auch Oppelland, Historische Narrative, 2012, S. 55: „Dort, wo die Erinnerung an frühere Parteiführer [...] identitätsstiftend" wirke, gehe „der Faktor ‚Führer und Gefolgschaft' schon in geschichtspolitisches Handeln über".

Zweitens standen einzelne Persönlichkeiten im Fokus, die als besonders bedeutend für die Erfolgsgeschichte der BAM und ihrer Vorgängerinstitutionen galten. Diese dienten als Vorbilder, welche maßgeblich zum Aufstieg der Institution beigetragen hatten und deshalb eine besondere Ehrung erfuhren, ja geradezu zu Ikonen der Anstalt avancierten. Hierzu gehörte vor allem Adolf Martens, dem der Rang der Gründungsfigur zugesprochen wurde, sowie Max Pfender, der nicht nur aufgrund seiner langen Amtszeit als Präsident des MPA beziehungsweise der BAM einen Großteil der institutionellen Geschichte im 20. Jahrhundert nachgerade verkörperte, sondern darüber hinaus aufgrund seiner Verdienste um die Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt gewissermaßen als zweite Gründungsfigur galt und dementsprechend gewürdigt wurde. Thesenartig zusammengefasst lässt sich sagen: Als Gründervater des MPA bot sich Adolf Martens als eine Figur an, mittels derer die lange Tradition der Institution, die deren Erfolg allein schon durch die lange Dauer ihrer Existenz über sämtliche politische und gesellschaftliche Systeme, Zäsuren und Umbrüche zu bestätigen schien, personalisiert werden konnte.[1122] Gleichzeitig ermöglichte die Berufung auf eine Jahrzehnte zurückliegende Tradition, unliebsame historische Phasen zu überblenden, die zwischen den institutionellen Anfängen und der Gegenwart lagen. Max Pfender wiederum galt bereits zu Lebzeiten als Gründervater der Bundesanstalt, durch den das seit jeher angestrebte Ziel einer Erhebung des Amtes auf Reichs- beziehungsweise Bundesebene erreicht werden konnte. Damit verkörperte er

1121 Reinicke/Stern/Zamzow, Auf der Suche nach dem ›besonderen Band‹, 2014, S. 207.

1122 Der „sozialkonstruktivistische Begriff" von Tradition geht dabei „davon aus, dass nur solche Handlungsformen, Wertvorstellungen oder Artefakte als Tradition gelten können, die für das soziale Leben in der Gegenwart bedeutungsvoll gemacht werden", Welz, Tradition, 2001, S. 589. Zu „(normativen) Traditionen" vgl. auch Assmann, Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis, 1995, S. 169. Dass die „großen Namen" dabei „gewissermaßen immer wieder den Anlass (also das Alibi)" böten und die „Folie darstellen, auf der Neuorientierungen und Ansprüche der Gegenwart von Gruppen und Institutionen verhandelt" würden, betonen Kaasch/Kaasch, Humboldt und Co., 2022, S. 322. Vgl. grundlegend auch Hobsbawm, Introduction: Inventing Traditions, 1983, S. 1, der betont, dass „erfundene Traditionen", wie diese auch bei der BAM festzustellen sind, „normally attempt to establish continuity with a suitable historic past".

geradezu die für die institutionelle Selbst-Narration wohl bedeutendste Entwicklungslinie, war diese doch durch eine „finalisierende Perspektivbildung“[1123] auf dieses Ereignis hin konstruiert worden. Verschiedene Medien und Veranstaltungen hoben diese Mitarbeiter aus dem allgemeinen Personalisierungsgeschehen mit Wirkmacht hervor und gaben ihnen damit einen herausgehobenen Status, der sie in besonderer Weise mit der institutionellen Selbsterzählung verknüpfte. Zweifellos dürfte es für die meisten größeren Institutionen üblich sein, dass Mitarbeitergeburtstage und Jubiläen gefeiert sowie die Pensionierungen und Todesfälle vermerkt werden. Deshalb geht es hier weniger um die Tatsache, dass diese Art einer Personalisierungspolitik betrieben wurde, als vielmehr darum, zu welchem Zweck diese betrieben wurde und wie sie mit der institutionellen Selbst-Narration zusammenhing. So erscheint es wenig verwunderlich, dass beispielsweise Geburtstage oder die Verabschiedung des Präsidenten Max Pfender hausintern groß gefeiert wurden, weshalb es erkenntnisträchtiger ist, danach zu fragen, wie denn angesichts dieser Anlässe dessen Biografie und die institutionenbezogenen Leistungen erzählt wurden, welche Sollforderungen hiermit verbunden waren und welches Verhalten als vorbildlich galt. Offenbar kamen nur bestimmte Leistungen für eine derartige Ikonisierung in Frage, die daher nur wenige Menschen erfüllten. So hatte etwa der Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Blumenthal viel geleistet, um das Amt nach 1945 wieder aufzubauen, aber sein Fall zeigt kontrastierend, dass diese Leistungen nicht ausreichten, ihm einen Ehrenplatz im Pantheon der BAM-Heroen zu sichern. Hier fanden nämlich nur diejenigen Raum, die relativ leicht mit einer Gründungs- und Erfolgsgeschichte in Verbindung gebracht werden konnten, welche sich für die Gegenwart ausbeuten ließ. Hierunter fielen institutionelle Leistungen, wie die Erhebung zum Bundesamt, oder aber wissenschaftliche Erfolge.

Drittens findet sich die Personalisierung insofern, dass einzelne Fachvertreter besonders hervorgehoben wurden, indem man Portraitmedaillons prägen ließ und das Amtsgelände in einen personalisierten Erinnerungsraum verwandelte. Die Gebäude erhielten nämlich Mitte der 1970er Jahre Namen verdienter Wissenschaftler der hauseigenen Geschichte und des jeweiligen Fachgebietes. Auf diese Weise verankerte die BAM historische Persönlichkeiten im Arbeitsalltag, hielt sie präsent

1123 Maurer, Autobiographie und Sozialisation, 2017, S. 169.

und überblendete Geschichte und Gegenwart mit dem Ziel, den Eindruck einer großen Tradition zu erwecken, die es fortzuführen gelte. Diese „Denkmalsetzungen" sind dabei als „Akte selektiver Erinnerung" zu verstehen, bei denen es sich um eine „Vermittlungsform" handelt, „die Eindeutigkeit verlangt".[1124]

Sieht man sich zunächst die simpelste Form der Personalisierung an, so fällt der Blick auf Würdigungen anlässlich von (runden) Geburtstagen, Eintritt ins Rentenalter, Ehrungen durch Dritte oder eben Nachrufe beziehungsweise Nekrologe.[1125] Hier stehen vor allem Letztere im Fokus, denn die übrigen Personalisierungen beschränkten sich in der Regel auf wenige Zeilen, die den genreüblichen Mustern folgten. Nachrufe dagegen „steuern [...] den Eindruck, der von der verstorbenen Person bewahrt werden soll".[1126] Sie gelten als „öffentlicher und institutionalisierter Versuch, den Tod und den Verlust zu kommunizieren." Genau deshalb sind sie an dieser Stelle von Interesse, ging es doch darum, die verstorbene Person mit der Amtsgeschichte in Verbindung zu setzen. Hierbei galt allerdings die „Prämisse mildernder Umstände",[1127] die auf den seit der Antike überlieferten Grundsatz zurückgeht, man solle über die Toten nicht schlecht sprechen.[1128] Dieser Forderung genügten die hier beobachteten Akteure vor allem dadurch, dass sie die Kriegstätigkeiten, Wehr- und Rüstungsforschung sowie politische Involvierung während der Zeit des Nationalsozialismus weitgehend ausblendeten.[1129] Dies hatte den Vorteil, dass nicht nur die Verstorbenen als tadellose Persönlichkeiten erschienen, sondern auch die Einbindung des Amtes in NS-Diktatur und Krieg fast völlig

1124 Wolfrum, Suche nach dem „Ende der Nachkriegszeit", 2003, S. 191.

1125 Beide Begriffe werden im Folgenden im Anschluss an die einschlägige Forschung synonym gebraucht, Brunn, Abschieds-Journalismus, 1999, S. 49.

1126 Hausstein, Nachruf, 2001, S. 393, und im Folgenden.

1127 Brunn, Abschieds-Journalismus, 1999, S. 187.

1128 Zur „klassische[n] Pietätsmaxime ‚de mortuis nil nisi bene'" bei Nachrufen vgl. Stein, Verbergen und Verschlüsseln, 2008, S. 223; Hanus, Nachruf, 2016, S. 128. Eine Diskussion über den Nachruf als literarische Gattung findet sich bei Bogner, Nachruf als literarische Gattung, 2002; vgl. allgemeiner zu Nachrufen beziehungsweise Nekrologen auch Kresta, „Nachrufe", 1996; Stein, Nachrufe, 2012; Wulf-Mathies, Typologische Untersuchungen, 1969.

1129 Zur „simple[n] Tabuisierung der disziplinären Vergangenheit während der NS-Jahre" als „einfachste und deshalb zugleich wohl am häufigsten bemühte Ausblendungs- und Vergessensstrategie" vgl. auch Kaiser/Krell, Ausblenden, Versachlichen, Überschreiben, 2002, S. 193.

ausgeblendet werden konnte. Es handelt sich bei Nekrologen also um eine bestimmte Gattung, die spezifischen Konventionen gehorcht, aber gerade deshalb Aufschluss darüber gibt, wie die jeweiligen Verfasser bestimmte Personen erinnert sehen wollten. Der Technikhistoriker Wolfgang König hat deshalb dem Nachruf unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen einen Quellenwert gerade für die Beantwortung kollektivbiografischer Fragen zugesprochen.[1130]

Im Untersuchungszeitraum produzierten die Akteure der BAM hunderte von Nachrufen, die im Folgenden exemplarisch untersucht werden, um die eingangs genannten Thesen überprüfen zu können. Zunächst fällt ins Auge, dass zahlreiche Mitarbeiter der BAM, unabhängig von Dienstrang oder Geschlecht, in den internen Mitarbeiterzeitschriften, die über die Nachkriegsjahrzehnte hinweg etabliert wurden, einen Nachruf erhielten. Damit trug auch diese Art der Personalisierung dazu bei, den Eindruck der BAM-Familie zu erwecken, die aller ihrer Angehörigen gedachte. Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, dass die Nachrufe in den verschiedenen Ausgaben und Formen der Hauszeitschrift zahlreiche der erinnerten Personen in professionellen Portraitaufnahmen präsentierten, was diese analog zu den hier publizierten Erinnerungsberichten zu einer Art von ‚Familienalbum' oder Ahnengalerie machten. Allerdings unterschieden sich die jeweiligen Nekrologe doch in einer Hinsicht, denn die ehemaligen Präsidenten – also gewissermaßen die Familienoberhäupter – sowie höherrangige Mitarbeiter erhielten deutlich ausführlichere Nachrufe, was sicher auch damit zusammenhängt, dass sich über ihre Berufstätigkeit mehr sagen ließ als bei Chauffeuren oder Buchhalterinnen. Im erstgenannten Fall des Cheffahrers Walter Anders[1131] vermerkte der Nachruf etwa lediglich die Dienstzeit und wies auf dessen „absolute Zuverlässigkeit" und

1130 König, Nachrufe als Quellen für eine Sozialgeschichte der Technik, 1998, bes. S. 94.

1131 Walter Anders (1902–1971), 1938 Eintritt in das StMPA als Technischer Gehilfe im Fachbereich „Mechanische Technologie" der I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen", Mitglied der Werkschutzeinheit, 1945 Volkssturm, 1945 Übernahme in das MPA als Kraftwagenfahrer, 1967 Ruhestand; Personalliste Fachbereich I B 1 [Mechanische Technologie], Stand vom 1. April 1942, BAM-Archiv, Ordner: Angest.-Bezüge u. Angest.-Vers.-Beiträge; StMPA, Namentliche Aufstellung über die Werkschutzeinheit, BAM-Archiv, Ordner: Dienstgebäude, Amtsgrundstücke 192a; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem

Popularität im Amt hin.[1132] Im letztgenannten Fall, dem Nachruf für die Buchhalterin und Mitarbeiterin der Zahlstelle, Charlotte Harder, sah es ähnlich aus.[1133] Kurzum, die Nachrufpolitik diente der Binnenintegration durch die Repräsentation aller mit der BAM und ihrer Vorgängeranstalten verknüpften Lebensläufe, sofern diese als integraler Bestandteil der institutionellen Familie anerkannt und damit gleichsam als „erinnerungswürdig" betrachtet wurden.

Doch nicht in jedem Fall musste ein vergleichsweise niederer Dienstrang zu einem lediglich knappen, hausinternen Nachruf führen. Dies illustriert insbesondere Wilhelm Blumenthal, denn dieser war lediglich als „Laboratoriumsbursche" in das Amt eingetreten, hatte sich später zum Technischen Angestellten hochgearbeitet und wirkte nach dem Zweiten Weltkrieg in der Verwaltung. Es gab also eine gewisse Aufstiegsgeschichte, doch wichtiger noch als diese war seine langjährige Funktion als Vorsitzender des Betriebsrates und sein Engagement während des Wiederaufbaus nach 1945. Blumenthal wurde amtsintern in besonderem Maße erinnert, da sein Berufsleben wohl den hierfür geltenden Ansprüchen genügte. In der Außendarstellung spielte die Erinnerung an Blumenthal dagegen keine Rolle, denn hierfür galten offenbar andere Kriterien, nämlich wissenschaftliche Meriten oder auf den institutionellen Erfolg bezogene Leistungen. Warum erhielt Blumenthal intern trotzdem eine ausführlichere Repräsentation als andere? Hierfür scheint die Tatsache verantwortlich zu sein, dass er als Betriebsratsvorsitzender die Belegschaft als „Innenminister" und Kümmerer ‚von unten' vertreten hatte. Damit brachte er eine andere Art von institutionellem Kapital mit als die umfassend gewürdigten und erinnerten Wissenschaftler, höheren Techniker, Abteilungs- und Hauptabteilungsleiter oder Präsidenten. Es war genau dieses an seine Person und seine Rolle innerhalb der Institution gebundene Kapital, das ihm einen längeren Nachruf sicherte, der eigentlich ranghöheren Mitarbeitern vorbehalten war. Dies wird auch in der abschließenden Würdigung des Nekrologs sichtbar. Denn hier hieß es: „Blumenthal blieb auch der späteren Bundesanstalt stets eng verbunden. Er hat ihren

1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Walter Anders †, in: BAM-Information 5 (1971), S. 16, BAM-Archiv, Fach 3-1; Max Pfender an Walter Anders, 28.4.1967, BAM-Archiv, Fach 29-2.

1132 Walter Anders †, in: BAM-Information 5 (1971), S. 16, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1133 Charlotte Harder†, in: BAM-Information 2 (1978), S. 82, BAM-Archiv, Fach 3-1.

Aufbau und ihre Entwicklung mit großem Interesse und vielfach auch mit Rat und Tat begleitet."[1134] Diese Worte setzten Blumenthal in direkte Verbindung mit der Erhebung zur Bundesanstalt, machten ihn also zu einem Teil der Erfolgsgeschichte, die vor allem jedoch für die Erinnerungsgemeinschaft der Nachkriegsjahre im Innern von Bedeutung war. Ungewöhnlich im Vergleich mit anderen Nachrufen für Personen ähnlicher Stellung war deshalb auch der Schlusssatz, der vermerkte, man werde „seinen vielfältigen Einsatz und seine persönliche Anteilnahme nicht vergessen und ihm stets ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren."

Welche Funktion erfüllten die Nachrufe nun in der Außenkommunikation? Ein aufschlussreiches Beispiel bildet der Fall des Röntgenphysikers Dr.-Ing. Rudolf Berthold. Den Nekrolog verfasste sein ehemals wichtigster Mitarbeiter, Zögling und Nachfolger Otto Vaupel in der einschlägigen Fachzeitschrift „Materialprüfung".[1135] Berthold erschien hier als vorbildlicher Mensch, Vorgesetzter und Wissenschaftler, wobei der Text vor allem seine fachlichen Leistungen hervorhob. Die Erzählung folgte dem Muster einer Genieerzählung, die damit begann, dass Berthold „[e]in genialer Gedanke" gekommen sei. Er habe 1933 die „Gesellschaft zur Förderung Zerstörungsfreier Prüfverfahren e. V." gegründet, die durch ein eigenes Institut mit dem Staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem verbunden war und schließlich „dank ihrer hervorragenden Arbeit" im Jahre 1936 „zur Reichs-Röntgenstelle erhoben wurde". Vaupel präsentierte seinen einstigen Chef also als Ausnahmewissenschaftler und Genie, dessen Leistungen eine Kette institutioneller Aufstiege ermöglicht hätten. Vaupel beschrieb seinen ehemaligen Vorgesetzten dabei gewissermaßen als Vater und Mutter in einer Person, habe dieser doch die zerstörungsfreie Prüfung zur Welt gebracht: „Rudolf Berthold hob das Kind aus der Taufe, lehrte es gehen und betreute es, bis es erwachsen war. Nun geht es als Mann seinen eigenen Weg." Wie ein Gott habe Berthold „all diesen Entwicklungen seinen Geist eingegeben", der auch noch weiterwirke, denn „die zerstörungsfreie Prüfung in Deutschland ist auch heute noch von seinem

1134 Wilhelm Blumental †, in: BAM-Information 5 (1980), S. 96, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1135 Vaupel, Otto: Zum Tode von Rudolf Berthold, dem Nestor der zerstörungsfreien Prüfung in Deutschland, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 37, und im Folgenden.

Geist durchdrungen." Mit diesen Worten behauptete Vaupel eine fortwirkende Kontinuität, die letztlich auf *einen* genialischen Mann zurückgeführt werden könne, der seine wichtigsten Leistungen am StMPA erbracht habe. Diese Art der Darstellung vereinte verschiedene Topoi, die für Biografien von Wissenschaftlern lange Zeit typisch waren: der Geniegedanke sowie der männliche Schöpfer von Innovationen.[1136] Bemerkenswerterweise erwähnte der Nachruf lediglich Bertholds Wirken beim und seine institutionelle Anknüpfung an das StMPA, ließ jedoch dessen Weggang vom Amt nach 1945 außen vor. Den Rezipienten des Artikels sollte offenbar vornehmlich die Verknüpfung des Verstorbenen mit der Dahlemer Institution in Erinnerung bleiben, was dessen Leistungen als Wissenschaftler gleichzeitig mit der späteren Nachfolgeinstitution, der BAM, in Verbindung brachte, in der seine Arbeit, von seinem „Geist" durchdrungen, nach wie vor weiterwirke.

Die Verbindung mit der Institution war auch in einem anderen Fall von besonderer Bedeutung: Paul Melchior,[1137] der nach dem Zweiten Weltkrieg in das Amt eingetreten war, war während des „Dritten Reiches"

1136 Vgl. zu den lange Zeit vorherrschenden Topoi in Wissenschaftlerbiografien den kritischen Überblick bei Szöllösi-Janze, Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte, 2000.

1137 Paul Melchior (1886–1960), 1912 TH Berlin, 1914 Militärdienst, 1919 selbständiger Konstrukteur und Gruppenführer bei der Maschinenfabrik J.C. Freund & Co., 1921 Referent für Werkstoffe, Werkstoffprüfung und Werkstoffnormung bei der AEG in Berlin, 1922 als Technischer Oberbeamter der AEG zudem Vertreter dieses Unternehmens im DVM, 1924 Mitglied des DVM, 1938 „Abbrucharbeiter", 1943 Baustab Pfeil „dienstverpflichtet als Abbruch-Hilfsarbeiter", 1946 Eintritt in das MPA als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Metalle-Technologie", 1946 Beteiligung an der Planung zur Gründung des Fachnormenausschusses Materialprüfung (FNM) beim Deutschen Normenausschuss (DNA), 1947 Leiter der I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen", 1947 ehrenamtlicher Leiter der Geschäftsstelle des FNM, 1948 nach Überführung der Geschäftsstelle des FNM vom MPA Berlin-Dahlem in die MPA Stuttgart Leiter der Zweigstelle Berlin und zudem Beiratsmitglied des FNM, 1949 Anerkennung als Opfer des Faschismus (OdF) durch den Magistrat von Berlin (Ausweis-Nr. 18350), 1950 Stellv. Vorsitzender des FNM, 1955 Ruhestand; Liste der Arbeitsausschüsse, in: Zwanglose Mitteilungen des DVM (1924), S. 1; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Umlauf, Zur Aufstellung der Urlaubsliste für das Jahr 1946/47 wird um Angabe der früheren Dienstzeit bei Behörden oder Kommunalverwaltungen vor dem 1.4.1945 gebeten, Rückgabe

als Jude verfolgt worden. Damit standen die beiden Verfasser des Nachrufs, BAM-Präsident Pfender und der Direktor und geschäftsführendes Mitglied des Deutschen Normenausschusses (DNA) Arthur Zinzen,[1138] vor einer gewissen Herausforderung, war es doch schwer möglich, dessen individuelles Schicksal und die historische Entwicklung nicht zu thematisieren. Wie verarbeitete der Text diesen Thematisierungsdruck? Zunächst fällt auf, dass Melchior in einer nach außen wirkenden Zeitschrift – also vor der Fachöffentlichkeit – gedacht wurde.[1139] Offenbar hatte Zinzen einen ersten Entwurf des Nachrufs verfasst, in dem er besonders betrauerte, dass der DNA „in Paul Melchior einen seiner hervorragendsten Mitarbeiter" verloren habe.[1140] Interessant dabei ist, dass Zinzen über das Schicksal Melchiors während des „Dritten Reichs" lediglich berichtete, dass dieser „in der Zeit der Herrschaft der Nationalsozialisten [...] seine

bis 8.4.46 erforderlich, BAM-Archiv, unbeschrifteter Ordner; Chemisch-Technische Reichsanstalt vereinigt mit dem Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederung. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt. Berlin 1953, S. 9 f., BAM-Archiv; Ludwig, Nikolaus: Der Fachnormenausschuß Materialprüfung, in: Materialprüfung 1 (1959), S. 25–26; Persönliche Angaben von Paul Melchior, Anlage zu: Aufstellung des Forschungs- und technischen Personals vom 7.1.1947, BAM-Archiv, Fach 35-2, Ordner: Gesetz Nr. 25 des Kontrollrates; Pfender, Max/Zinzen, Arthur: Paul Melchior †, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 453; [A.] Melchior an Max Pfender, 27.9.1961, BAM-Archiv, Fach 27-1, Pfender Ordner Gr., Ordner 13, Abschnitt: BAM-Mitarbeiter Manfred Richter, Alfred Kretschmer, Paul Melchior, Thomas A. Jaeger, Fritz Tödt.

1138 Arthur Zinzen (1893–1965), 1921 Abschluss des Studiums des Maschinenbaus, 1921 Tätigkeit im Dampfturbinenbau bei der Wumag in Görlitz, 1923 AEG Turbinenfabrik Berlin, 1927 Dr.-Ing., anschließend Wissenschaftlicher Assistent des Generaldirektors beim Klöckner-Humboldt-Deutz-Motorenbau in Köln-Kalk, 1934 bis 1948 Rheinmetall-Borsig AG, zuletzt als Abteilungsleiter im Dampfkesselbau, 1943 Habil., 1945 Beteiligung am Wiederaufbau der Borsig-Werke in Tegel, 1945 Lehrauftrag für „Dampfkessel und Feuerungen" an der TU Berlin, 1948 auf Bitten des damaligen Präsidenten des DNA, Erich Siebel, Übernahme der Geschäftsleitung des DNA, 1953 Berufung zum apl. Prof. an der TU Berlin; Persönliches, in: Materialprüfung 5 (1963), S. 394; Todesfälle, in: Materialprüfung 7 (1965), S. 32; Prof. Dr.-Ing. Arthur Zinzen, in: Catalogus Professorum der TU Berlin, URL: https://cp.tu-berlin.de/person/880 [zuletzt eingesehen am 4.9.2024].

1139 Pfender, Max/Zinzen, Arthur: Paul Melchior †, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 453.

1140 Arthur Zinzen, Dipl.-Ing. Paul Melchior, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.3 Biographien Mitarbeiter M-Z.

Stellung aufgeben und 7 Jahre schwerster Demütigungen" habe erdulden müssen. In dem später in der Fachzeitschrift veröffentlichten Nekrolog fanden sich über diese „7 Jahre" allerdings deutlich ausführlichere und die Umstände Melchiors wesentlich klarer benennende Informationen. Es scheint nahezuliegen, dass der Verantwortliche hierfür Pfender war, den ein weitaus persönlicheres Verhältnis zu seinem Nachfolger im Amt als Leiter der Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen"[1141] verbunden zu haben schien und der sich Mitte der 1950er Jahre dafür einsetzte, dass bei der Frage der Neubesetzung für diesen Posten Melchior „als Verfolgter geschützt und erst versorgt werden [müsse], ehe sein Nachfolger verpflichtet werden" könne.[1142] Dabei kommunizierte Pfender auch gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium deutlich, dass „Melchior als Jude 10 Jahre aus dem Beruf verbannt und persönlich verfolgt war", und traf bezüglich dessen Altersversorgung eine Sonderregelung mit Berlin.[1143] Der Nachruf vermerkte schließlich also neben

1141 Diese Position wurde ihm im August 1947 übertragen; Verleihung des DIN-Ehrenrings an Dipl.-Ing. Paul Melchior, in: Sonderdruck aus DIN-Mittelungen 36 (1957), S. 516–518, BAM-Archiv, Ordner: 1.3 Biographien Mitarbeiter M-Z.

1142 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag undat.: „BAM-Vermerk. Anruf des Reg. Dir. Schmidt-Klewitz BWM am 10.12.1955. 2. Entgegnung Pfender", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77.

1143 Der Vereinbarung nach sollte Melchior, der offenbar aufgrund seines Alters nicht mehr verbeamtet werden konnte, „so lange im Dienst des damaligen CTR/MPA bleiben [...], bis die Anstalt auf den Bund übernommen" werden würde. Im Anschluss daran sollte Melchior, so geschah es dann auch, „noch weiter als Mitarbeiter zur Bundesanstalt abgeordnet und vom Land Berlin besoldet werden, bis er nach Berliner Recht ruhegehaltsfähig würde", Max Pfender an den Bundesminister für Wirtschaft, Betr. Herren Dr. Werner, Dr. Schmidt, Dipl.-Ing. Caemmerer, Dr. Teske und Dr. Vater, 28.12.1955, BArch, B 102/36893. Es lassen sich zudem Hinweise darauf finden, dass Pfender, der sich bereits für die Weiterbeschäftigung des anerkannten „Opfers des Faschismus" Melchior über das 65. Lebensjahr hinaus eingesetzt hatte, auch nach dessen Tod in Kontakt mit der Witwe Melchiors stand und dieser wohl eine „Zuwendung" seinerseits habe überweisen wollen, wobei die näheren Umstände und Art dieser Zuwendung unklar bleiben, Max Pfender/[Richard Langner], Dienstleistungsbericht Dipl. Ing. P. Melchior, 29.9.1950, BAM-Archiv, Fach 27-1, Pfender Ordner Gr., Ordner 13, Abschnitt: BAM-Mitarbeiter Manfred Richter, Alfred Kretschmer, Paul Melchior, Thomas A. Jaeger, Fritz Tödt; Beglaubigte Abschrift, Opfer des Faschismus, Ausweis Nr. 18350, Paul Melchior, 8.4.1949, BAM-Archiv, Fach 27-1, Pfender Ordner Gr., Ordner 13,

den Ausbildungs- und Berufsstationen Melchiors auch den politischen Kontext, in dem jener sich habe bewegen müssen, und zwar nun in deutlicheren Worten, als dies in dem ersten Entwurf von Zinzen der Fall gewesen war:

> „Von immer heftigerer nationalsozialistischer Verfolgung bedrängt, musste er 1938 diese Stellung [als Technischer Oberbeamter der AEG im Deutschen Verband für Materialprüfung, so die Angabe im Nachruf, E. K.] aufgeben, wurde verhaftet, trotz vorausgegangener schwerer Erkrankung im zweiten Weltkrieg als Abbrucharbeiter zu gefahrvoller Tätigkeit gezwungen, von seinen drei geflohenen Brüdern und seiner später ermordeten Schwester getrennt und selbst bis 1945 vielfach gedemütigt."[1144]

In der weiteren Erzählung des Nekrologs über die Zeit nach 1945 verbanden sich sodann die Biografie des Verstorbenen und die Geschichte des Amtes. Hier habe Melchior großartige Arbeit geleistet und sich als guter Kollege erwiesen. Diese Passagen brachen nicht aus dem aus, was in diesen Nachrufen üblich war. Was allerdings ungewöhnlich war, waren die Erläuterung seines Schicksals sowie das seiner Familie während der NS-Herrschaft sowie der Hinweis auf dessen Umgang damit: „Seine menschliche Größe wird nicht zuletzt dadurch offenbar, dass er diese Tugenden und Leistungen seinem Volk ohne Vorbehalt zur Verfügung gestellt und so auf Irrtum und Bosheit in der vornehmsten und versöhnlichsten Art geantwortet hat." Die beiden Verfasser dankten zuletzt „einem treuen Freunde". Hier überschnitten sich also persönliche Verbundenheit und die politische Geschichte der vorangegangenen Jahrzehnte. Das Amt erschien hier als eine Institution, die einen ehemaligen NS-Verfolgten aufnahm und ihm die Möglichkeit gab, an der Erfolgsgeschichte dieser Institution mitwirken zu können. Interessanterweise inkludierte der Text Melchior nicht nur in die institutionelle Selbsterzählung, sondern auch in die Nationalgeschichte, wenn es hieß, der Verstorbene habe für

---

Abschnitt: BAM-Mitarbeiter Manfred Richter, Alfred Kretschmer, Paul Melchior, Thomas A. Jaeger, Fritz Tödt; A. Melchior an Max Pfender, 27.9.1961, BAM-Archiv, Fach 27-1, Pfender Ordner Gr., Ordner 13, Abschnitt: BAM-Mitarbeiter Manfred Richter, Alfred Kretschmer, Paul Melchior, Thomas A. Jaeger, Fritz Tödt.

1144 Pfender, Max / Zinzen, Arthur: Paul Melchior †, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 453, und im Folgenden.

„[sein] Volk“ gearbeitet. Möglicherweise sollten diese Zeilen eine Art von Wiedergutmachung ausdrücken, waren doch die als jüdisch klassifizierten Menschen während des „Dritten Reiches“ aus der „Volksgemeinschaft“ und der deutschen Nationalgeschichte ausgeschlossen und schließlich auch ermordet worden. Im Umkehrschluss musste dies als töricht erscheinen, da die NS-Politik einen verdienten Wissenschaftler aus irrationalen Motiven heraus daran gehindert hatte, zum Wohle Deutschlands wirken zu können. Nation, Religion und Institution wurden also hier ineinandergeschoben und bekräftigten die Erfolgsgeschichte noch einmal auf einer anderen Ebene, indem das Amt als Ort der Inklusion für ehemalige NS-Verfolgte dargestellt wurde. Die Involvierung dieses Amtes in den NS-Staat und mithin die auch im StMPA durchgeführte „Selbstreinigung“ von „Juden“ fand hierbei allerdings keine Erwähnung.

Ein weiteres Beispiel für das Zusammenkommen von persönlicher Verbundenheit und politischer Geschichte bei der Entstehung von letzten Worten – wenngleich, was die erinnerte Person betraf, völlig anderer Art – ist der Fall Ernst Lehrs, den man als eine Art Nachruf auf Anfrage bezeichnen kann. Dr.-Ing. Ernst Lehr war seit 1935 Leiter der Abteilungen „Maschinenbau“ und „Mechanische Technologie“ am StMPA gewesen, bevor er 1938 zur MAN Augsburg wechselte.[1145]

1145 Ernst Lehr (1896–1944), 1914 Volontär bei der Darmstädter Maschinenfabrik C. Schenck, 1914 Kriegsfreiwilliger, 19[18/19] Mitglied eines Freikorps, 1919 Studium an der TH Darmstadt, 1922 Dipl.-Ing., 1922 Konstrukteur in der Abteilung für Auswuchtmaschinen bei C. Schenck, 1925 Dr.-Ing., 1925 Oberingenieur der Forschungs- und Entwicklungsabteilung in der neu gegründeten Schwingungstechnischen Abteilung bei C. Schenck, 1926 bis 1934 Mitglied Grosse Landesloge „deutsch-christlicher Orden“, 1935 Leiter der Abteilungen „Maschinenbau“ und „Mechanische Technologie“ am StMPA, 1936 Habil., 1938 Wechsel zur M.A.N., 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 2.644.823); [Ernst Lehr,] Kurze Darstellung meines Lebens- und Bildungsganges, undat. [1935], BAM-Archiv, Fach 10-2; Erich Seidl, Nachweis über die Zugehörigkeit von Beamten zur Freimaurerlogen, anderen Logen oder logenähnlichen Organisationen und deren Ersatzorganisationen, Vertraulich!, an den Reichsminister, REM, 20.9.1935, BArch, R 4901/15204, Bl. 199–200; Nachruf des Direktors des VDI, Dr. Ude, bei der Einäscherung von Dr. Ing. habil. Ernst Lehr im Krematorium Wilmersdorf am 9. April 1945, BAM-Archiv, Fach 10-2; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9316-IX/2529146. Vgl. zu Ernst Lehr am StMPA ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“, 2026.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er am 24. März 1945 auf dem Weg ins Heereswaffenamt von einer Fliegerbombe getötet.[1146] Fast vierzig Jahre später wurde die BAM noch einmal unvorhergesehen mit ihrem ehemaligen Mitarbeiter konfrontiert: Im Juli 1982 wandte sich der Schwiegersohn Lehrs an die BAM, da seine Frau, also die Tochter des Verstorbenen, und er zurzeit versuchten, „das wissenschaftliche Werk [...] zusammen zu tragen[,] um es gegebenenfalls im Rahmen eines Nachrufs in einer Fachzeitschrift zu würdigen und es für die Familie zu erhalten".[1147] Drei Wochen später folgte die ernüchternde Antwort Walter Ruskes, der mitteilen musste, dass das Archiv der BAM für die vorangegangene Anfrage nur wenig hilfreich sei, man „nicht einmal eine Photographie" besäße und man aufgrund der Nachkriegsereignisse, insbesondere der Demontage durch die sowjetische Besatzungsmacht, „keinerlei Materialien mehr [habe], von persönlichen Aufzeichnungen ganz zu schweigen, die Auskunft über die Tätigkeit" des Schwiegervaters geben könnten.[1148] Über zwei Jahre später hatte der Schwiegersohn Ernst Lehrs mit Hilfe Walter Ruskes schließlich doch einige Unterlagen zusammentragen können – sodann stand die Frage im Raum, wer dazu befähigt sein könnte, zum 40. Todestag des Verstorbenen einen Nachruf zu verfassen, nachdem sich Ruske selbst als organischer Chemiker, der Lehr „noch dazu nie kennengelernt habe", nicht für kompetent hielt, eine derartige „Würdigung" zu verfassen.[1149] Hier nun tat sich ein alter Bekannter hervor, der ebenfalls bereits bei zahlreichen anderen Nachrufen als Autor in Erscheinung getreten war: Max Pfender.

Im November 1984 teilte Ruske Lehrs Schwiegersohn mit, er habe inzwischen die Gelegenheit gehabt, sich mit „unserem Altpräsidenten" über dessen Anliegen zu unterhalten, da dieser den Verstorbenen „von vielen persönlichen Begegnungen her" gekannt habe. Wenige Monate später folgte das entsprechende Schreiben Pfenders mit zwei Kopien der Druckvorlagen für den Nachruf an die Familie, in dem er darüber informierte, dass er diesen „selbst verfasst und dabei die Person und den Menschen Ernst Lehr in den Umständen seiner

1146 Max Pfender an Franz Frank, 15.12.1997, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband, Abschnitt: Glückwünsche.
1147 A.G. an die BAM, Personalabteilung, 20.7.1982, BAM-Archiv, Fach 21-2.
1148 Walter Ruske an [A.G.], Betr. Dr.-Ing. habil. Ernst Lehr, 16.8.1982, BAM-Archiv, Fach 21-2.
1149 Walter Ruske an [A.G.], 26.11.1984, BAM-Archiv, Fach 21-2, und im Folgenden.

und meiner Zeit dazustellen versucht" habe und hoffe, damit den Vorstellungen entsprochen zu haben.[1150] Damit eignete sich der ehemalige Präsident als Zeitgenosse und Bekannter des Gewürdigten die persönliche Deutungshoheit darüber an, *wie* dieser erinnert werden sollte, und zwar nicht nur als Gefallen für dessen Familie, sondern aufgrund der späteren Veröffentlichung des Nekrologs in der einschlägigen Fachzeitschrift „Materialprüfung" auch als dauerhafte Erinnerungsleitlinie für eine breitere Öffentlichkeit. Von wesentlicher Bedeutung im Fall des Nachrufs von Ernst Lehr ist dabei die Tatsache, dass Max Pfender diesen aller Wahrscheinlichkeit nach wider besseres Wissen um dessen Involvierung in die NS-Rüstung und -Kriegsführung mithilfe der Techniken des Beschweigens, Beschönigens und Umdeutens der Vita des Verstorbenen verfasst hatte. Zweierlei legt diesen Verdacht nahe: Zum einen nahm er an der Totenfeier für Lehr Anfang April 1945 teil, was allein bereits darauf hinweist, dass beide sich in einem besonderen Maße gekannt haben mussten, sodass der damalige AEG-Mitarbeiter Pfender überhaupt zur Bestattung eingeladen war.[1151] Zum anderen hörte er bei diesem Anlass den Nachruf auf den Toten, den der damalige Direktor des VDI, Dr. Hans Ude,[1152] bei der Einäscherung Lehrs im Krematorium Wilmersdorf gehalten hatte und der sich darüber hinaus auch im BAM-Archiv fand.

1150 Max Pfender an [Herrn und Frau G.], 22.3.1985, in: BAM-Archiv, Fach 27-1, Pfender Ordner Gr., Abschnitt: Ehrungen.

1151 Max Pfender an Franz Frank, 15.12.1997, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband, Abschnitt: Glückwünsche, und im Folgenden.

1152 Hans Ude (*1903), Studium des Maschinenbaus, 1928 Assistent von August Thum an der Materialprüfungsanstalt der TH Darmstadt, 1929 Dr.-Ing., 10. Mai 1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 3.077.978), weiter Angestellter beim VDI im NSBDT, NS-Altherrenbund der Deutschen Studenten, Bekleidung und eigene Ausrüstung als Politischer Leiter, 1941 Direktor des VDI, 1943 Mitglied des Kuratoriums des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung beim StMPA, 1954 Technischer Geschäftsführer der Spinnau GmbH in Bremen, 1962 Vorsitzender der Fachgruppe Textiltechnik des VDI; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 1.7.1939, BArch, R 9361-I/3706; Einladung zur Kuratoriumssitzung des Vierjahresplaninstituts für Werkstofforschung am 21. Mai 1943, BAM-Archiv, Ordner: Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung; Persönliches, in: Materialprüfung 5 (1963), S. 291; Persönliches, in: Materialprüfung 10 (1968), S. 213.

Zu einem Zeitpunkt, als Deutschland noch nicht kapituliert hatte, noch nicht von den alliierten Mächten besetzt war und noch nicht das Normensystem und die Ordnung Nachkriegsdeutschlands galten, hatte Ude den Verstorbenen in besonderem Maße unverblümt für dessen ‚Leistungen' gewürdigt. So habe Lehr unter anderem „in hohem Maße das Vertrauen der Wehrtechnik (Heer, Marine, Luftfahrt)" genossen und auch während seines dreijährigen Wirkens am StMPA habe er sein „reiches Wissen und Können [...] bewiesen und weiterentwickelt, die er im Auftrage der Wehrmacht, der Industrie und im Sinne der Bestrebungen des Vierjahresplanes zu höchster Anerkennung seiner Auftraggeber" bearbeitet habe.[1153] Auch während seiner Tätigkeit bei der MAN habe er „in Augsburg vornehmlich an den Aufgaben des OK[M] und in Nürnberg im Auftrage des OKH" gewirkt. Insgesamt sei er „ja immer stark eingespannt [gewesen] in die Zweckforschung, im Kriege selbstverständlich in besonders hohem Maße" und habe es sogar immer wieder bedauert, kaum Forschung an den Grundlagen zu betreiben. Wie ging Pfender vierzig Jahre später mit dieser Vergangenheit des ehemaligen StMPA-Mitarbeiters um, die sich nun nicht mehr im Bereich des Sag- oder gar Erinnerbaren zu bewegen schien, und wie verband er die Erzählung über den Toten in dem Nachruf schließlich mit der institutionellen Selbst-Narration? Bereits die Überschrift des Nekrologs kennzeichnete Lehr anerkennend als einen „Pionier der Materialprüfung", dessen Werdegang, Leistungen und „Schaffenskraft" im Folgenden genretypisch hervorgehoben wurden.[1154] Während der NS-Zeit habe er „zunehmend mehr unter der wachsenden und von der Leitung zu eilfertig hingenommenen NS-Manipulation des VDI" gelitten. Später sei er auf Veranlassung des Entwicklungsingenieurs im Oberkommando der Kriegsmarine, Heinz Waas,[1155] zur MAN gekommen, was

1153 Nachruf des Direktors des VDI, Dr. Ude, bei der Einäscherung von Dr. Ing. habil. Ernst Lehr im Krematorium Wilmersdorf am 9. April 1945, BAM-Archiv, Fach 10-2, und im Folgenden.

1154 Pfender, Max: Ernst Lehr – ein Pionier der Materialprüfung – In memoriam, in: Materialprüfung 27 (1985), S. 88–90, hier und im Folgenden S. 88 f.

1155 Heinrich Waas (1906–1991), Studium des Maschinenbaus mit Abschluss als Dipl.-Ing., 1929 Lufthansa, 1930 Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung, insbesondere Tätigkeit als Gutachter für Schadensfälle und Schwingungsprobleme im Bereich Luftfahrt, Eisenbahn und Schifffahrt, 1934 Konstruktionsamt der Marineleitung in Berlin, dort Referent für Dieselmotoren und Sonderantriebe, 1946 Tätigkeit für Wiederaufbau der

auf die in seiner Person „mit den Fähigkeiten organisatorischen Planens und wirtschaftlichen Handelns vereinigte Wissenschaftlichkeit und Ingenieurkunst“ sowie seinen „Pioniergeist“ zurückzuführen sei.[1156] Lehrs rüstungsrelevante Tätigkeit bei der MAN stellte sich in dem Nachruf als ein äußerer Zwang dar, denn dort habe er „immer mehr Zweckforschung für das Oberkommando der Kriegsmarine und [...] für das Oberkommando des Heeres zu betreiben“ gehabt. Bemerkenswerterweise fügte Pfender dabei an, dass jener trotz dieser zweckorientierten Forschung „doch an den wissenschaftlichen Grundlagen seiner Festigkeitslehre“ weitergearbeitet habe. Diese Aussage widersprach dem Inhalt des Nachrufs von Ude aus dem Jahr 1945 und fügte dem Nekrolog den distanzierenden und apologetischen Topos der Grundlagenforschung – der ‚reinen‘ Wissenschaft – bei. Als gleichermaßen passives Subjekt erschien Lehr bei der Schilderung der Umstände, wie sein Leben schließlich bei einem Bombenangriff ein tragisches Ende gefunden habe: „Zu einer Besprechung in das Heereswaffenamt gerufen“. Möglicherweise vorausahnend, dass die Nennung des HWA die Gefahr barg, den Verstorbenen in ein schlechtes Licht zu rücken, charakterisierte Pfender ihn als einen Mann, „der mit den Kriegstreibern nichts gemein hatte[,] aber loyal seinem Lande diente.“ Dies korrespondierte nicht zuletzt mit der bereits zu Beginn des Nachrufes vorgenommenen Verknüpfung Lehrs mit der deutschen Nationalgeschichte an sich. Vor dem Hintergrund, dass in diesen Wochen „recht unterschiedliche Vorstellungen über jene Zeit verbreitet“ würden, werde „es gerade jetzt für Wissende zur Pflicht, über Dr.-Ing. habil. ERNST LEHR zu berichten und sein Leben in unserem Jahrhundert als deutsches Schicksal zu begreifen.“ Neben der Würdigung der Leistungen „dieses trefflichen Ingenieurs und Wissenschaftlers“, auch für das Gemeinwohl und Vaterland, und der Entkopplung des Verstorbenen von dem Kontext des Nationalsozialismus und Krieges ist die Einreihung Lehrs in die institutionelle Selbst-Narration der BAM und ihrer Vorgängeranstalt von besonderer

Wasserstraßenverwaltung, 1951 Leiter des Referates Maschinenwesen im Bundesverkehrsministerium in Bonn, 1962 als Ministerialdirigent im Bundesverteidigungsministerium Leiter der Unterabteilung Wehrtechnik See, 1970 Ruhestand; Heinz Waas, in: Jahrbuch der Schiffbautechnischen Gesellschaft 85 (1991), S. 557.

1156 Pfender, Max: Ernst Lehr – ein Pionier der Materialprüfung – In memoriam, in: Materialprüfung 27 (1985), S. 88–90, und im Folgenden.

Bedeutung. So möge es ihm eine persönliche Genugtuung gewesen sein, dass ihm von dem damaligen Präsidenten und Nationalsozialisten Erich Seidl „trotz parteipolitischer Schwierigkeiten" die Leitung einer Fachabteilung übertragen worden sei. Damit erschien Lehr als ein dem NS-System oppositionell gegenüberstehender Wissenschaftler, der diese Position allein aufgrund seiner herausragenden Leistungen habe erreichen können. Dass in dem Nachruf ein NS-kompromittierter Präsident des StMPA Erwähnung fand, ist dabei keineswegs verwunderlich, reihte sich dies doch vielmehr in die offizielle Selbst-Erzählung der Institution ein, die Seidl schon lange zuvor als ihren Abgrenzungs-Nazi ausgewiesen hatte. Mit einer letzten Beschreibung von Lehrs Wirken im Amt wies Pfender ihm einen Platz in der Ahnengalerie ‚großer Männer' der Materialprüfung und im Besonderen der Festigkeitslehre und des Stahlbaus zu, in der sich auch Größen der hauseigenen Geschichte befanden: Durch seine Position und Tätigkeit am StMPA sei Lehr „ein Nachfahre" unter anderem des Gründers Adolf Martens geworden und „zugleich ein Zeitgenosse gleichen Ranges" des späteren Präsidenten Erich Siebel gewesen. Trotz der Tatsache, dass Lehr letztlich insgesamt ‚nur' drei Jahre im Amt gewirkt hatte, schaffte es Pfender durch den Nekrolog, die Rüstungsvergangenheit des Verstorbenen wider besseren Wissens zu tilgen und diesen in die Tradition und Geschichte der BAM sowie ihrer großen Persönlichkeiten einzureihen.[1157] Der ehemalige Präsident und alte Bekannte des Verstorbenen trat dabei abermals als Hüter der Normen auf, die für die offizielle Selbst-Narration gelten sollten, und schien gleichzeitig die Gelegenheit zu nutzen, um den Verstorbenen als einen bedeutenden Mann der Materialprüfung in die eigenen institutionellen Reihen aufzunehmen und die Erinnerung der Öffentlichkeit an Lehr im Sinne der eigenen Erzählung zu steuern.

Um eine andere Art von ‚richtiger' Erzählung ging es auch bei der Personalisierungsstrategie der historischen Selbsterzählung, die zwei Personen fokussierte, deren Lebens- und Arbeitsbiografien mit dem Amt beziehungsweise der Anstalt verknüpft waren. Diese ragten demgemäß durch ihre besondere Stellung sowohl quantitativ als auch qualitativ aus der Masse personalisierter Erinnerungen heraus.

1157 Dazu auch Weisbrod, Akademische Schuld und biographische Illusion, 2021, S. 39.

Es handelte sich um den als Gründervater verehrten Adolf Martens[1158] sowie den Dauerpräsidenten und geschichtspolitisch und erinnerungskulturell allgegenwärtigen Max Pfender. Der erste Direktor des MPA, Adolf Martens, nahm dabei eine Sonderrolle ein, nachdem er bereits vor der Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt in der innerinstitutionellen Erinnerung eine Rolle spielte. Diese blieb so lange gewissermaßen solitär, bis Max Pfender mit der Zäsur der Erhebung zur Bundesanstalt den Status einer zweiten Gründerfigur erreichte. Einen ersten Anlass, sich mit Martens zu beschäftigen, bot die Logik der Jahrestage, denn im März 1950 stand der hundertste Geburtstag des Gründervaters an. Wie nutzten die Akteure diese Gelegenheit und welche Geschichte erzählten sie (sich)?

Der Geburtstag gliederte sich in zwei Veranstaltungen. Der Vormittag des 6. März 1950 begann mit „eine[r] vom Materialprüfungsamt veranstaltete[n] Feierstunde an seinem [i.e. Martens, E.K.] Grabe mit der Niederlegung eines Gedenkkranzes" durch die Mitarbeiter des MPA.[1159] Dass dieses Ereignis von dem damaligen Leiter der Abteilung „Kautschuk, Kohle und Erdölerzeugnisse", Dr. Franz Schlosser, mittels einiger, „leider sehr unscharfe[r] und heute fast ausgeblichene[r] Farbaufnahmen" dokumentiert wurde,[1160] die ferner ihren Weg in das Archiv fanden, zeigt, dass den Akteuren das Festhalten dieser Zusammenkunft und die Überführung in das institutionelle Langzeitgedächtnis mithilfe

1158 Adolf Martens (1850–1914), 1868 Studium an der Gewerbeakademie in Berlin, 1871 Eisenbahningenieur und Mitarbeiter der Königlich-Preußischen Eisenbahn in Bromberg, 1875 Brückenkonstrukteur und Abnahme-Ingenieur in der Kommission für den Bahnbau Berlin-Wetzlar, 1879 Assistent der Königl. Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt und des Lehrstuhls für Maschinenelemente an der TH Berlin, 1884 Leiter der Königl. Mechanisch-Technischen Versuchsanstalt, 1889 Prof., 1904 Direktor des KMPA, 1904 Mitglied der Akademie der Wissenschaften, 1905 Dr.-Ing. e.h. der TH Dresden; Martens, Adolf: Ziele für die Zukunft, in: Das Königliche Materialprüfungsamt. Denkschrift zur Eröffnung des Neubaus in Dahlem, Berlin 1904; Max Pfender, Lebenslauf Adolf Martens, BAM-Archiv, Fach 27-1, Pfender Ordner Gr., Abschnitt: Ehrungen; Zum 70. Todestag von Adolf Martens im Jahre 1984, in: BAM-Information 8 (1984), S. 106 f., BAM-Archiv, Fach 3-2.

1159 Walter Ruske an Gerhard Wilhelm Becker, Betr. Adolf Martens (6.3.1850–24.7.1914), 22.11.1984, BAM-Archiv, Fach 37-1.

1160 Walter Ruske an Gerhard Wilhelm Becker, Betr. Adolf Martens (6.3.1850–24.7.1914), 31.1.1985, BAM-Archiv, Fach 37-1.

verschiedener medialer Formen augenscheinlich wichtig gewesen sein musste. Dadurch sollte die Volatilität des Ereignisses transzendiert werden. Die Festgemeinde trat anschließend um 14:00 Uhr zu einer „Gedenkveranstaltung" zusammen, die „im Sitzungssaal des MPA" stattfand und bei der neben den Mitarbeitern des Amtes auch Vertreter des Berliner Magistrats und der Steglitzer Bezirksbürgermeister Mattes zugegen waren.[1161] Dieser Teilnehmerkreis macht transparent, dass es sich nicht allein um eine interne Veranstaltung handelte, sondern um eine, an der auch Vertreter der vorgeordneten Behörde partizipierten.

Die Figur Martens diente also dazu, die Geschichte des Amtes und seine Tradition sowohl nach innen als auch nach außen zu kommunizieren und dabei diejenigen Akteure zu vereinen, die sich mit dem einstigen Direktor und seinem Wirken in Verbindung setzen ließen. Bevor die Feiergemeinschaft den Gedenktag in gemeinsamer Runde im Amt mit Kaffee und Kuchen ausklingen ließ, hielten zwei Mitarbeiter des MPA, die mit dem Arbeitsgebiet des Geehrten in Verbindung standen, Vorträge: Dipl.-Ing. Paul Melchior, Leiter der Hauptabteilung I „Metalle und Metallkonstruktionen", und Dipl.-Ing. Walter Deutsch, zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich Wissenschaftlicher Leiter der Unterabteilung Ib „Mechanisch-technologische Prüfung der Metalle und Konstruktionen".[1162] Interessanterweise war Deutsch ein ehemaliger Mitarbeiter der CTR, der erst im August 1945 in das MPA übernommen worden war. Martens war demnach im engeren Sinne gar nicht ‚sein' Gründervater; beide Redner arbeiteten aber über Metalle und verwandte Gegenstände. Das Fachgebiet Adolf Martens' stiftete also einen integrativen Zusammenhang, der dazu dienen konnte, durch eine Identifikation mit dem „Pionier der Materialprüfung" auch die CTR in das gemeinsame Gedächtnis einzubeziehen und zugleich einen engen Zusammenhang beider ehemaliger Vorgängeranstalten des MPA zu demonstrieren. Dieser Synergieeffekt konnte nach außen dazu dienen, zu zeigen, warum diese

1161 Walter Ruske an Gerhard Wilhelm Becker, Betr. Adolf Martens (6.3.1850–24.7.1914), 22.11.1984, BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden.

1162 Als solcher wird Deutsch in einer Broschüre des MPA aus dem Jahre 1953 geführt. Im selben Jahr trat er in den Ruhestand; Chemisch-Technische Reichsanstalt vereinigt mit dem Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederung. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt. Berlin 1953, S. 11, BAM-Archiv; Walter Deutsch †, in: BAM-Information 3 (1973), S. 70, BAM-Archiv, Fach 3-1.

beiden Institutionen nun vereint waren, was durch den Bezug auf einen gemeinsamen Gründervater noch verstärkt wurde. Wenngleich die von Melchior und Deutsch gehaltenen Reden nicht überliefert sind, findet sich ein Manuskript vom 6. März 1950, also dem Tag der Gedenkfeier, wobei unklar bleibt, wer diesen Text verfasst hatte und von wem er vorgetragen wurde.[1163] Gleichwohl offenbart der Inhalt des Dokumentes, inwiefern Martens sich zu seinem 100. Geburtstag dafür anbot, in besonderer Weise angeeignet zu werden. Es war also nicht nur der hundertste Geburtstag, sondern auch die Gegenwartskonstellation, welche das Gedenkereignis formten. Die zu diesem Anlass gehaltene Rede nannte noch einmal die biografischen Stationen und verknüpfte sie mit der Entwicklung des Amtes. Martens' Leben – so erschien es hier – sei „von der großen Aufgabe erfüllt [gewesen]: das Materialprüfungswesen in Deutschland aufzubauen und ihm eine Pflegestätte zu schaffen." Diese Aussage verband die Person des Geehrten selbst vollständig mit dem Amt und seiner Tätigkeit. Identifikationspotential bot jedoch nicht nur dieses vorbildliche Aufgehen in der eigenen Berufstätigkeit, sondern auch die Widrigkeiten, welche Martens in Vollzug seiner Aufgabe habe überwinden müssen: „Mit unerhörtem Fleiß, zielsicher und allen Anfeindungen zum Trotz" habe er „seinen Plan verwirklicht und bei seinem Tode im Jahre 1914 in seinem Materialprüfungsamt das hinterlassen, was ihm 30 Jahre vorher als Idee vorschwebte." Die Geschichte, die hier erzählt wurde, suggerierte, Martens habe eine geniale Idee gehabt sowie auch den Willen und die Durchsetzungsfähigkeit besessen, diese in die Realität zu übersetzen. Überdies brachte der Vortrag den persönlichen Lebensweg der Gründerfigur mit der Nationalgeschichte Deutschlands zusammen: „Auf seinem Lebenswege, in seinem Fachgebiet seit 1871, fand er außerordentlich günstige Bedingungen vor, weil das erstarkte Deutschland sich auf allen Gebieten und besonders industriell stürmisch entwickelte." Die Ressortforschung und das Wesen der Materialprüfung wurden hier mit der Reichsgründung, der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und dem Wandel von einer Agrar- zu einer der führenden Industrienationen verknüpft, was nahelegen sollte, dass die Amtstätigkeit sowohl ein Produkt dieser Entwicklung als auch *vice versa* mindestens mitverantwortlich dafür gewesen sei. Diese Verbindung erzeugte dabei gleichsam ein Kontinuitätsnarrativ, das bis

1163 Adolf Martens, 6.3.1950, BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden.

in die Gegenwart führen sollte, denn man begegne den „Ergebnissen seiner Arbeit [...] noch heute auf Schritt und Tritt, und das Materialprüfungsamt ist der offensichtliche Beweis für seine Verdienste." Dass diese Erzählung nicht allein im MPA verblieb, zeigt der Umstand, dass die Akteure sich offenbar darum bemüht hatten, diese in zwei unterschiedlichen Öffentlichkeiten zu platzieren. *Erstens* die Fachöffentlichkeit, der beispielsweise mittels der VDI-Nachrichten Adolf Martens als „Schöpfer der Werkstoffprüfung" präsentiert wurde.[1164] *Zweitens* die lokale Öffentlichkeit, denn die örtliche Presse publizierte ebenfalls zahlreiche Artikel, deren Titel „‚Sein Denkmal hat er sich selbst gesetzt'. Gedenkstunde für Adolf Martens im Materialprüfungsamt",[1165] „Ein Berliner Forscher"[1166] oder „Adolf Martens zum Gedächtnis"[1167] lauteten. Dabei sei betont, dass diese Zeitschriften- und Zeitungsartikel in Ordnern gesammelt wurden, die zu diesem Zeitpunkt oder später ihren Weg ins Archiv des MPA oder der BAM fanden, es also offenbar ein Bedürfnis danach gab, diesen Anlass zu dokumentieren und in das institutionelle Langzeitgedächtnis zu überführen.

Mehr als ein Jahrzehnt später stand der 50-jährige Todestag von Adolf Martens an, wobei dessen Person allerdings in der Zwischenzeit nicht in der Weise in der amtlichen Erinnerung präsent gewesen zu sein schien, wie es sich der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Blumenthal offenbar wünschte. Im Vorfeld des nahenden Todestages begannen deshalb Verhandlungen darüber, was anlässlich dessen getan werden solle. Diese geschichtspolitischen Vorgänge geben Aufschluss darüber, welche Bindekräfte die institutionelle Selbst-Narration und mithin Identifikation zumindest bei einigen Mitgliedern

1164 [Melchior, Paul]: Adolf Martens. Dem Schöpfer der Werkstoffprüfung zum 100. Geburtstag, in: VDI-Nachrichten vom 7.3.1950, BAM-Archiv, Fach 37-1.

1165 „Sein Denkmal hat er sich selbst gesetzt". Gedenkstunde für Adolf Martens im Materialprüfungsamt, in: Berliner Sozialdemokrat vom 7.3.1950, BAM-Archiv, Fach 37-1. Ähnlich dazu der ankündigende Artikel: Feierstunde im Material-Prüfungsamt. Hundertster Geburtstag des Gründer Adolf Martens am 6. März, in: Steglitzer Nachrichten vom 5.3.1950, BAM-Archiv, Fach 37-1.

1166 Ein Berliner Forscher, in: Der Tag vom 5.3.1950, BAM-Archiv, Fach 37-1. Ähnlich dazu der Artikel: Ein großer Forscher, in: Der Kurier vom 8.3.1950, BAM-Archiv, Fach 37-1.

1167 Adolf Martens zum Gedächtnis. 100. Geburtstag des Gründer des Materialprüfungsamtes, in: Der Steglitzer vom 7.3.1950, BAM-Archiv, Fach 37-1.

der MPA-/BAM-Partikulargesellschaft und Erinnerungsgemeinschaft nachhaltig zu entfalten vermochte, denn Blumenthal war zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr Teil des Amtes, sondern wirkte stattdessen für die SPD als Bezirksverordneter in der Kommunalpolitik. Augenscheinlich war ihm aber seine alte Arbeitsstätte und deren Erinnerungsprogramm nach wie vor so wichtig, dass er sich hierfür einsetzte. Denn knapp zwei Wochen vor dem Gedenktag wandte sich Blumenthal an die Amtsleitung, erinnerte daran, dass sich am 24. Juli 1964 der 50. Todestag von Martens jähre, und unterbreitete einige geschichtspolitische und erinnerungskulturelle Vorschläge. Er wies zunächst auf die Bedeutung des Amtes und seiner Geschichte hin, „[e]ine Zeitgeschichte voller Erfolge und Anerkennung, aber auch voll Tragik und Schwere", die „über dieses wissenschaftlich exakte und in der ganzen Welt anerkannte Amt dahingegangen" sei.[1168] Diese globale Bedeutung habe es einer „Generation von Männern" zu verdanken, „die dem Amt seinerzeit Prägung und Ansehen gaben", darunter auch Martens, einer „dieser hervorragendsten Männer und Gestalter eines neuen Forschungszeitalters", der den „Grundstein für die exakte und methodische Materialprüfung" gelegt habe. Blumenthal verknüpfte hier also analog zur Gedenkveranstaltung anlässlich des 100. Geburtstages die Person Martens mit dem wissenschaftlichen Aufschwung der Gründerzeit. Damit wies er mindestens implizit auch auf die Bedeutung der Ressortforschung selbst in der „Scharnierphase"[1169] der hochtechnisierten Industrie- und Wissensgesellschaft hin, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts herausbildete. An diese schließe das Amt nach wie vor an, denn: „Das Nachfolgeinstitut, die Bundesanstalt [...] hat unter der hervorragenden Leitung seines Präsidenten, des Herrn Dr. Max Pfender, diese wissenschaftliche Tradition fortgesetzt."[1170]

Blumenthal aktualisierte also Martens, um eine Gegenwartsrelevanz durch den Hinweis auf den Durchbruch der modernen Industriegesellschaft mit all ihren Anforderungen zu konstruieren. Diese Tradition

1168 Wilhelm Blumenthal, [Bezirksverordneter der SPD für die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Steglitz], an die Leitung der BAM, 11.7.1964, BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden.

1169 Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft in Deutschland, 2004, S. 286.

1170 Wilhelm Blumenthal, [Bezirksverordneter der SPD für die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Steglitz], an die Leitung der BAM, 11.7.1964, BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden.

und deren ‚großen' Stellvertreter wollte Blumenthal nun „[a]us einer inneren Verpflichtung heraus" adäquat gewürdigt sehen und verknüpfte diese Geschichte wiederum mit seiner eigenen Person: „Sie werden verstehen, daß mich diese so fortgesetzte und bestens bewahrte Tradition als ehemaliger langjähriger Amtsangehöriger besonders mit Freude erfüllt." Gerade aus all diesen Gründen sah Blumenthal Anlass zur Kritik: Er sei „[n]icht ganz so glücklich" darüber, dass „ein Mann wie der damalige erste Direktor Adolf Martens, so ganz und gar aus der Geschichte des MPA – BAM gestrichen zu sein scheint" und dessen „Grabstelle auf dem Dahlemer Friedhof sich dem Beschauer ungepflegt und fast unerkenntlich darbietet." Hier ging es also auch um die Außenwirkung einer – der Kritik folgend – vernachlässigten Geschichts- und Ikonenpflege, weshalb dringend Abhilfe geschaffen werden müsse. Der fünfzigjährige Todestag sei die Gelegenheit, Martens wieder stärker in Erinnerung zu rufen und dessen Sichtbarkeit in der Außenkommunikation zu erhöhen. Das Amt müsse also einem gewissen Sollanspruch genügen, der dadurch eingelöst werden könne, wenn bis „zum 24.7. die Grabstelle in würdiger Weise geschmückt wird." Blumenthals Anliegen löste tatsächlich Aktivität innerhalb der BAM aus, wie aus einem Aktenvermerk des zu diesem Zeitpunkt amtierenden Vizepräsidenten Paul Dittmar[1171]

1171 Paul Dittmar (1902–1983), 1920 Studium der Naturwissenschaften, 1920 Studium der Chemie, 1927 Assistent am Anorganisch-Chemischen Laboratorium Berlin, 1928 Dipl.-Ing., 1930 Dr.-Ing., bis 1931 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der TH Berlin, 1931 Eintritt in die CTR als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, 1937 Regierungsrat und Leiter der Gruppe „Zündstoffe und Pyrotechnik", in der Kriegszeit Uk-gestellt, 1.3.1940 Mitglied der NSDAP (Nr. 7.557.429), 1945 Erlernung des Tischlerhandwerks, nach Ablegung der Gesellenprüfung Tätigkeit als Tischler, 1948 Chemiker bei der Fa. Chemische Fabrik Falkensee KG, 1950 Eintritt in das MPA als Leiter des Laboratoriums „Chemisch-technische und analytische Untersuchungen von Gasen", 1963 Ernennung zum Leitenden Direktor und Professor in der BAM, 1964 Vizepräsident, 1966 Ruhestand; CTR, Personalaufnahme 1944 (Nach dem Stand vom 1.9.1944), BArch, R 4901/15184, Bl. 26; BArch, R 9361-II/166434; CTR, Personalnachrichten über Paul Dittmar, 25.5.1940, BArch, R 4901/15183, Bl. 23–24; NSDAP-Gaukartei, BArch R 9361-IX/6451167; Meldebogen von Paul Dittmar, 29.11.1950, Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-03-07, Nr. 4727–4741; Durchsage von [Max Pfender] an Prof. Wengler, Frankfurt/M-Hoechst, zur Verleihung der Ehrenplakette an Prof. Dittmar durch die Deutsche Gesellschaft für Arbeitsschutz, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.2 Biographien Mitarbeiter A-L; Chemisch-Technische Reichsanstalt vereinigt mit dem

hervorgeht.[1172] Die Verantwortlichen berieten die Vorwürfe oder Anregungen des ehemaligen Mitarbeiters in einer Abteilungsleiterbesprechung und ergriffen entsprechende Maßnahmen. Zunächst prüften sie den Zustand der Grabstelle mit dem Ergebnis, dass diese „nicht völlig verwahrlost, aber ohne jeden Schmuck vorgefunden" worden sei, und beschlossen in der Sitzung, das Grab in einen besseren Zustand zu versetzen und „eine große Blumenschale aufzustellen." Adolf Martens war im Amt durch eine Büste in der Eingangshalle präsent, die nun jedoch noch einmal stärker hervorgehoben werden sollte, weshalb man diese zu seinem Todestag mit „Pflanzenschmuck" versehen „und durch ein Schild auf das Datum" hinweisen wolle. Wenngleich die Abteilungsleiter „einmütig die Ansicht" vertraten, „daß von der Bundesanstalt eine Feier in der Öffentlichkeit nicht zu veranstalten sei und auch von einer besonderen Feier im Haus abgesehen werden solle", zeigen die Maßnahmen in Reaktion auf Blumenthals Initiative, dass man dessen Anliegen durchaus ernst nahm. Zwar endeten die Personalisierungsbestrebungen an einem bestimmten Punkt, denn eine zusätzliche Feier wäre wahrscheinlich zu viel Aufwand gewesen, allerdings war diese von Blumenthal auch nicht gewünscht worden. Möglicherweise vermischten sich hier erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Maßnahmen im Sinne einer nach außen und innen kommunizierten Ehrung des hauseigenen Gründervaters und der Respekt für den verdienten, ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Blumenthal. Dieser Respekt geht auch aus dem offiziellen Brief hervor, den Präsident Pfender an seinen alten Kollegen sandte und aus dem hervorgehen sollte, dass alle Forderungen erfüllt würden.[1173] Er bedankte sich darüber hinaus mit anerkennenden Worten für das „Interesse an unserer Anstalt" und die „Bemühungen, Adolf Martens nicht in Vergessenheit geraten zu lassen". Dass es von Amtsseite her um die Erinnerung an die Gründerfigur jedoch gar nicht so schlecht bestellt

Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem. Art, Aufgaben, Gliederung. Beispiele aus der Tätigkeit der Anstalt. Berlin 1953, S. 20 f., BAM-Archiv; Personalblatt für Paul Dittmar vom [1.7.1954], BAM-Archiv, Fach 52-2, Ordner: Personalkarten Beamte (ab 1.12.1952); Personalbogen Paul Johannes Dittmar, BArch, B 102/118388; Vizepräsident a. D. Prof. Dr.-Ing. Paul Dittmar †, in: BAM-Information 1 (1984), S. 12, BAM-Archiv Fach 3-2.

1172 Paul Dittmar, Aktenvermerk, Betr. 50. Todestag von Adolf Martens, 16.7.1964, BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden.

1173 Max Pfender an Wilhelm Blumenthal, 21.7.1964, BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden.

war, wie das Schreiben Blumenthals suggerieren mag, zeigt die Tatsache, dass bereits vor dessen Eingang ein von dem Leiter der Fachgruppe „Metallkunde und Metalltechnologie", Dr. Otto Werner,[1174] verfasster Artikel mit dem Titel „Adolf Martens – Zur 50. Wiederkehr seines Todestages" als Sonderdruck in der Zeitschrift „Materialprüfung" erschienen war, dem damit vor der Fachöffentlichkeit Ehre zuteil wurde.[1175] Dieser Sonderdruck erreichte im Oktober 1964 schließlich auch Blumenthal.[1176]

Anlässlich des 70. Todestages Martens' im Jahre 1984 erschien noch einmal ein Artikel in der internen Mitarbeiterzeitschrift der BAM, der dessen Leistung entlang der etablierten Erzählung deutete.[1177] Die Figur Martens diente auch hier der Binnenintegration der BAM-Familie, indem sie die Gründungserzählung personalisierte und mithin jedes Mitglied dieser Partikulargesellschaft nach wie vor in den Fußstapfen des Gründers wandelte. Ein solcher Aktualitätsbezug wurde dadurch herzustellen gesucht, den ersten Direktor des Amtes als „einen unermüdlichen Vertreter des Gedankens einer unabhängigen, zwischen den Interessen der Erzeuger, Verbraucher und der staatlichen Behörden vermittelnden Materialprüfung" zu kennzeichnen, also die institutionelle Verfasstheit der Bundesanstalt als eine technisch-wissenschaftlich und wirtschaftlich orientierte Ressortforschungseinrichtung auf ihn zurückzuführen. Bevor Martens im Jahre 1914 verstarb, sei es ihm nämlich noch beschieden gewesen, „das Materialprüfungsamt zu der wohl bedeutendsten Einrichtung ihrer Art in Deutschland" auszubauen. Welche Bedeutung der Ehrung Martens' auch in der nach außen gerichteten Repräsentation zugesprochen wurde, zeigen die Bemühungen der BAM, „diesem Pionier der Materialprüfung eine angemessene Ehrung zuteil werden zu lassen", indem sie „die Anerkennung der Grabstelle als Ehrengrab" anstrebte. Die Tatsache, dass dies nun wiederum alles in der Mitarbeiterzeitschrift mitsamt einem Bild des Grabsteins von Adolf Martens veröffentlicht wurde, macht nicht zuletzt eine Art Erinnerungsnorm sichtbar, welche Persönlichkeiten von den Angehörigen der BAM gekannt und erinnert werden sollten.

1174 Vgl. zu Otto Werner ausführlich Kapitel 2.1.

1175 Werner, Otto: Adolf Martens – Zur 50. Wiederkehr seines Todestages, Sonderdruck aus Materialprüfung 6 (1964), S. 249 f.

1176 Max Pfender an Wilhelm Blumenthal, 19.10.1964, BAM-Archiv, Fach 37-1.

1177 Zum 70. Todestag von Adolf Martens im Jahre 1984, in: BAM-Information 8 (1984), S. 106 f., BAM-Archiv, Fach 3-2, und im Folgenden.

Ein weiterer Aspekt der Verwendung Martens' als in der Innenkommunikation identifikationsstiftende und in der Außenkommunikation repräsentative Gründerfigur findet sich auf einer anderen Ebene: Seit den frühen 1950er Jahren – und damit bereits vor der Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt – lassen sich Bestrebungen identifizieren, die an das MPA-Gelände angrenzende Fontanestraße in Adolf-Martens-Straße umzubenennen,[1178] wobei der Hauptinitiator abermals Max Pfender gewesen zu sein scheint. Warum war diese Straßenbenennung überhaupt von Relevanz? Folgt man der einschlägigen Forschung, so wirken Straßennamen „[h]ochgradig gruppenkonstitutiv und -repräsentativ".[1179] Hieran wollten offenbar auch die hier beobachteten Akteure partizipieren und mobilisierten deshalb im Laufe der Zeit verschiedene Argumente, um dieses Vorhaben zu realisieren. Im Jahre 1960 wandte sich Max Pfender an den Bezirksbürgermeister von Berlin-Steglitz und bat erneut um die Umbenennung der Straße.[1180] Neben dem Hinweis, dass es in Berlin bereits mehrere Fontanestraßen gebe, betonte er, dass es sich bei dem Gegenstand der Verhandlung zwar um eine „verhältnismässig kurze, aber für unsere Anstalt so bedeutungsvolle Straße" handele. In seiner Begründung berief sich Pfender zudem auf bestimmte Normen dessen, was erinnerungswürdig sei: So beruhe seine Bitte „auf der Vorstellung, dass man in der Öffentlichkeit auch solche hervorragenden Menschen ehren sollte, die dem Bereich der Naturwissenschaft und Technik angehörten", und führte als weiteres Argument den Gegenwartsbezug und damit die Relevanz dieser Art von Geehrten an, „deren Lebenswerk in einer Zeit offensichtlich weiterwirkt, die sich mehr als je zuvor durch die durch Naturwissenschaft und Technik gesteigerten Lebensmöglichkeiten auszeichnet." Die zahlreichen Bemühungen und Verhandlungen um die Straßenumbenennung, welche sich insgesamt über beinahe 20 Jahre hinweg vollzogen, schienen auch Ende der 1960er Jahre noch keine endgültige Aussicht auf Erfolg zu haben. Es scheint erst eine besondere personelle Konstellation gewesen zu sein, welche dem Anliegen nun eine besondere Schubkraft verlieh. Im September 1968 stellte nämlich Wilhelm Blumenthal,

1178 Straßenumbenennung, in: BAM-Information 1 (1972), S. 14–20, hier: S. 16.

1179 Glasner, Theorien vom kollektiven Bewusstsein, 2003, S. 88.

1180 Max Pfender an den Bezirksbürgermeister von Berlin-Steglitz, P. Bloch, Betr. Bitte um Umbenennung der Fontanestraße in Lichterfelde in Adolf-Martens-Straße, 16.8.1960, BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden.

der das Vorhaben von Beginn an unterstützt hatte, in seiner Funktion als Bezirksverordneter einen Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Steglitz auf „Umbenennung der Fontanestraße".[1181] Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende nutzte also auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt seine kommunalpolitische Stellung, um die geschichtspolitischen Initiativen seiner einstigen Arbeitsstätte voranzutreiben. In seinem Antrag stellte Blumenthal Martens und dessen Bedeutung zunächst vor und wiederholte die bekannten Argumente, weshalb die Straße nach dem „Wissenschaftler, der sich um die Materialprüfung besondere Verdienste erworben" habe, benannt werden solle; er fügte jedoch noch weitere Begründungen hinzu: Eine „Adolf-Martens-Straße" füge sich gut in das „sogenannte ‚wissenschaftliche Viertel'" ein und sei „somit also auch sinnvoll",[1182] was die BAM offenbar als eine wohlgemerkt vorrangig *wissenschaftliche* und nicht politische Institution gleich den unter anderem nahe gelegenen Max-Planck-Instituten aufwerten sollte. Ferner versuchte Blumenthal, den Lokalpatriotismus der Angehörigen der Bezirksverordnetenversammlung zu mobilisieren, indem er Martens nicht nur als „einen ausgezeichneten Wissenschaftler", sondern ebenfalls als „einen hervorragenden Steglitzer Bürger" bezeichnete. Beinahe in einem rügenden Tonfall betonte er, „daß diese Ehrung schon lange fällig gewesen wäre." Das letzte Argument, das er dazu anführte, brachte eine gewisse temporale Ebene ein, indem er darauf verwies, „daß in absehbarer Zeit [...] die heutige BAM [...] 100 Jahre alt" werde. Tatsächlich führten die jahrelangen Bemühungen insbesondere des Präsidenten Max Pfender und seines ehemaligen Mitarbeiters Wilhelm Blumenthal zum Erfolg: Im Rahmen der Hundertjahrfeier der BAM im Jahre 1971 wurde die neue „Adolf-Martens-Straße" in einer feierlichen Zeremonie eingeweiht. Damit hatte sich die Anstalt auch in die erweiterte Erinnerungslandschaft der Umgebung eingeschrieben. Welche Bedeutung dieses Ereignis auch in der internen Kommunikation hatte, zeigt dessen ausführliche Dokumentation durch einen mehrseitigen und mit entsprechender Bebilderung angereicherten Artikel in der „BAM-Information", der die gesamte BAM-Familie über das erfolgreich

1181 Auszug aus dem Wortprotokoll der 16. Bezirksverordnetenversammlung Steglitz von Berlin vom 25. September 1968, Punkt 16) der Tagesordnung – Antrag der Fraktion der SPD – Umbenennung der Fontanestraße, BV Blumenthal (SPD), S. 1 f., BAM-Archiv, Fach 37-1, und im Folgenden S. 1.

1182 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 2.

abgeschlossene Erinnerungsprojekt zu „Ehren des Altmeisters der Materialprüfung" informierte.[1183] Neben der zu erwartenden Dokumentation des Ablaufes der Straßenschild-Einweihung, der Rede des Steglitzer Bürgermeisters, des Dankes an diejenigen Akteure, die zum Gelingen des Projektes beigetragen hatten – darunter explizit auch Blumenthal – oder der anschließenden Feier, thematisierte der Artikel auch Aspekte, die eher spezifisch für die Institution und ihre Selbst-Narration waren. So wurde die Enthüllung des Straßenschildes durch den Bezirksbürgermeister und Pfender mit dem Satz kommentiert, hierzu habe sich eine „große Zuschauermenge [...] eingefunden, um zu sehen, wie Politik und Wissenschaft an einem Strange ziehen würden", was abermals auf die bewusste Selbstverortung der BAM als *wissenschaftliche* Einrichtung verweisen sollte. Letzteres wurde noch dadurch verstärkt, dass der Beitrag auch die Rede des Bezirksbürgermeisters wiedergab, der selbst betonte, man habe „in diesem Bereich schon ein Wissenschaftlerviertel, wenn ich nur noch den Namen Max von Laues nennen darf". Darüber hinaus thematisierte der Artikel den langen und mühevollen Weg zur Straßenumbenennung, dessen Widrigkeiten schließlich mit dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen, die seit den frühen 1950er geführt wurden, allesamt überwunden werden konnten. Hier nun wurde also eine weitere Erfolgsgeschichte konstruiert, die erzählerisch dem langen Weg zur Bundesanstalt in gewisser Weise ähnelte, wenn auch – dem Ereignis entsprechend – in deutlich geringerem Ausmaß.

Das Straßenschild erfüllte allerdings nicht nur eine memoriale oder erinnerungskulturelle Funktion, sondern knüpfte unmittelbar an die Gegenwart an. Wie kam diese Verknüpfung zustande? Bei dem Straßenschild handelte es sich um ein sogenanntes retroreflektierendes Schild, also in der Wahrnehmung der Akteure die Speerspitze moderner Straßenschildtechnologie. Die BAM hatte offenbar schon seit Längerem mit zwei Firmen, der Firma Sporleder und der 3 M-Company, im Bereich der Straßenschildproduktion kooperiert und in diesem Zusammenhang auch auf der Deutschen Industrieausstellung 1971 „mit großem Erfolg die Herstellung von Verkehrszeichen und Straßennamenschildern im Siebdruck" demonstriert.[1184] Dem sei zugutegekommen, wie

1183 Straßenumbenennung, in: BAM-Information 1 (1972), S. 14–20, hier: S. 20, und im Folgenden S. 14 f.

1184 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 17.

Dr. Heinz Terstiege von der BAM-Fachgruppe „Farbmetrik“ in dem Artikel zur Straßenumbenennung ausführte, dass der Senat von Berlin „gerade einen Teil bekannter Straßennamenschilder auf moderne retroreflektierende Ausführung umrüsten“ wolle, etwa den „Kurfürstendamm“. Hier bestand also auch Potential, Kunden für diese Technologie zu gewinnen. Als die „Fontanestraße“ schließlich in „Adolf-Martens-Straße“ umbenannt wurde, erhielt die BAM von der 3 M-Company vier Schilder mit dem entsprechenden Aufdruck. Die Angelegenheit der Straßenumbenennung diente also nicht nur dazu, einen Erinnerungsraum auszugestalten und die Geschichte der BAM und der Materialprüfung im Stadtbild zu verankern, sondern auch dazu, die technische Leistungsfähigkeit und produktive Kooperation mit der Industrie in der Gegenwart durch das moderne Schild zu (re)präsentieren. Dies erklärt, weshalb die Geschichte um die Herstellung des Straßenschildes und dessen technische und materialbezogene Eigenschaften und Besonderheiten verhältnismäßig viel Raum in dem Artikel einnahmen, der seine Leser, die Angehörigen der BAM, zunächst über das feierliche Ereignis an sich informieren wollte. Im Ergebnis überblendete Martens nun wortwörtlich seinen Straßenschildvorgänger, wie der Artikel mit einiger Freude über die moderne Technologie, an der die BAM beteiligt war, verlauten ließ: „Wer jetzt in der Dunkelheit [...] an der BAM vorbeifährt, sieht [...] das Straßenschild ‚Adolf-Martens-Straße‘ hell aufleuchten, während das noch darunter befestigte alte Schild der ‚Fontanestraße‘ kaum wahrnehmbar ist.“ Der Aktualitätsbezug Martens ist bis in die Gegenwart gegeben, denn das heutige Hauptgebäude trägt seinen Namen und im Eingangsbereich steht seine Büste, hinter der die Wand mit Autographen von seiner Hand verziert ist. Jeder, der heute die BAM besucht, trifft sofort auf den „Gründervater“. Diese Personalisierungsstrategie hat also über Jahrzehnte hinweg kaum an Attraktivität eingebüßt. Wie stand es um die zweite Gründerfigur für die Zeit nach 1945?

Überblickt man die Feiern und Festveranstaltungen in der BAM, so fällt ins Auge, dass nicht allein Personen aus der Vergangenheit im Zentrum der institutionellen Selbstverständigung standen, sondern auch solche der Gegenwart, wobei vor allem eine Person im Vordergrund stand, nämlich der seit 1947 amtierende Präsident, Max Pfender, der selbst bereits als eifriger Geschichtspolitiker in Erscheinung getreten war. Im Folgenden gilt es nun, zu analysieren, welche Rolle und Bedeutung er in der institutionellen Selbst-Narration der Bundesanstalt

einnahm. Da sich diese Erzählung allerdings ab einem gewissen Punkt inhaltlich nicht mehr wesentlich veränderte, werden allein die systematisch relevanten Aspekte beleuchtet. Wenngleich Pfender bereits vor 1954 eine wichtige Figur für die institutionellen Entwicklungen, binnenintegrativen Elemente oder auch normen- und sollanspruchsbezogenen Anforderungen war, so lässt sich die Feier anlässlich der Erhebung zur Bundesanstalt nicht nur als Zäsur einer „finalisierende[n] Perspektivbildung“[1185] hinsichtlich des MPA verstehen, sondern auch hinsichtlich der Amtsbiografie Max Pfenders, der diese Geschichte geradezu verkörperte. Es ist bereits deutlich geworden, dass die Erhebung zur Bundesanstalt die Möglichkeit eröffnete, eine Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte zu erzählen, nachdem mit diesem Ereignis das seit jeher angestrebte Ziel erreicht worden war. Die Reden anlässlich der Feier dieses Einschnittes machen deutlich, inwiefern diese Erfolgsgeschichte mit der Person Pfenders verknüpft wurde. Die Selbst-Narration des Amtes beziehungsweise der Anstalt wiesen dabei stets zwei Seiten auf, eine, die zu binnenintegrativen Zwecken nach innen gerichtet war, und eine, die sich nach außen wandte. In der Festveranstaltung zur Gründung der neuen Bundesanstalt im Juni 1954 vereinten sich beide Seiten, denn anlässlich dieses Ereignisses waren hohe Gäste nach Berlin gereist: Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, nach dem bis heute der Vortragssaal der BAM benannt ist, nahm eigens an der Veranstaltung teil und hielt eine Rede, in welcher er besonders die Verdienste des amtierenden Präsidenten rühmte. Der Minister, in dessen Ressort sich die Anstalt nun befand, dankte

> „Professor Pfender [...] sehr herzlich dafür [...], daß Sie in der schwersten und bedrängtesten Zeit nach dem Zusammenbruch, der ja hier für diese Anstalt ein vollkommener war, aus Schutt und Trümmern unentwegt wieder an den Aufbau herangegangen sind und immerhin heute schon wieder auf ein Werk zurückblicken können, dessen wir uns alle im Interesse der Sache erfreuen dürfen.“[1186]

1185 Maurer, Autobiographie und Sozialisation, 2017, S. 169.

1186 Ansprachen anlässlich der Übernahme des Materialprüfungsamtes und der Chemisch-Technischen Reichsanstalt zum Bund, Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard, S. 3–7, hier: S. 3, BAM-Archiv, Fach 9-1, und im Folgenden S. 4–7.

Erhard griff in seiner Rede also die zentralen Elemente auf, welche auch die Selbst-Erzählung der Institution auszeichneten, nämlich der Aufstieg aus Trümmern, deren Ursache wiederum im Dunkeln blieb, sowie einer unermüdlichen Grundlagenarbeit auch für die deutsche Wirtschaft – diese Elemente brachte Erhard nun unmittelbar mit Pfender in Verbindung. Darüber hinaus bestätigte er als die der BAM vorgeordnete Instanz auch deren auf den ökonomischen Nutzen abstellende Argumentation. So sei er sich „der hohen Bedeutung der hier geleisteten Arbeit von der Forschung bis zu ihrer Anwendung und ihrer Fruchtbarmachung für die gesamte deutsche Wirtschaft bewußt". Die NS-Vergangenheit thematisierte Erhard vor allem in abgrenzenden Formulierungen und machte damit zugleich deutlich, welche Aufgaben diese Institution nun zu erfüllen habe: „Es ist ja heute nicht mehr so, dass wir – von einem Autarki[e]wahn besessen – nun etwa unseren ganzen Geist darauf verwenden wollten, in Ersatzstoffen zu denken und Anwendungsmöglichkeiten für Ersatzstoffe zu finden". Diese Abwertung der NS-Autarkiepolitik, in welche die Vorgängerinstitution der BAM, das Staatliche Materialprüfungsamt, ebenfalls umfassend eingebunden gewesen war, führte Erhard dazu, die Forschung stehe „nicht mehr getragen von einer nationalistischen Absicht" und auch die „deutsche Forschung gerade auf dem Materialgebiet" diene „nicht mehr in diesem Sinne allein spez[ifischen] deutschen Aufgaben [...], nein, sie dient der ganzen Welt." Die Erfüllung dieses Aufgabengebietes sollte Pfender nun in seiner Funktion verantworten, weshalb sich Erhard schließlich noch einmal direkt an ihn wandte: „Ich bitte Sie, ich beauftrage Sie, – als Wirtschaftsminister gesprochen – die Geschäfte des Präsidenten der Bundesanstalt wahrzunehmen. Ich wünsche Ihnen persönlich, Ihrer Arbeit, und der Bundesanstalt von Herzen glückliche Arbeit." Erhard war nicht der Einzige, der Pfender bei der Veranstaltung zur Übernahme des Amtes auf den Bund in besonderem Maße hervorhob und mit der Wiederaufstiegsgeschichte und den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungen der BAM verknüpfte. Prof. Dr. Otto Dahl, zu diesem Zeitpunkt Rektor der TU Berlin und ehemaliger Vorgesetzte Pfenders bei der AEG, wo sie nach Aussage des Redners vor 1945 „in einem durch Freundschaft verbundenen kleinen Kreis" zusammengearbeitet hatten,[1187] bediente dieselben Topoi. Im Namen zahlreicher Berliner wissenschaftlich-technischer Organisationen dankte er „den Mitgliedern dieses Amtes vom Arbeiter, Angestellten, Beamten bis zum Präsidenten für das, was sie in

den Jahren nach 1945 geleistet haben." Nur, wer „diese öden Hallen hier gesehen hat und diese Trümmerstätten", wisse, „was in diesen Jahren von den Damen und Herren in uneigennützigerweise geleistet worden ist." Betreffend den Präsidenten, den er schon früher kannte und mit dem ihn ein freundschaftliches Verhältnis verband, glaube er, dieser habe nach Kriegsende im Amt „endlich seine richtige Lebensaufgabe gefunden", was wiederum die Erhebung des MPA zur Bundesanstalt mithin als sein Lebenswerk erscheinen ließ.

Pfender selbst hielt ebenfalls eine lange Ansprache, in der er die Gelegenheit nutzte, die bisher angebotenen Erzählelemente aufzunehmen und zur Binnenintegration zu nutzen. Dabei blieb er durchaus bescheiden, wenn er etwa gleich zu Beginn formulierte, dass er „das Glück" habe, einer Anstalt vorzustehen und mit Mitarbeitern zusammenzuarbeiten, „die eine Tradition früherer Jahrzehnte tragen, und die nicht immer sicher waren, ob es gelingt, diese Verantwortung auch in eine Zukunft hinüberzuretten",[1188] doch schließlich hätten „alle zusammen das Schicksal [...] meistern können".[1189] Pfender blickte auf die jüngere Vergangenheit zurück und erzählte noch einmal die Geschichte der Vereinigung der beiden Schwester- und Vorgängeranstalten der Bundesanstalten, der CTR und des MPA, deren „Zusammenwachsen [...] doch so glücklich verlaufen" sei, sodass man heute sagen könne: „sie sind eins geworden." Die CTR sei zwar aus „mehr militärisch orientierten Versuchsinstituten" hervorgegangen, habe diesen Charakter aber schließlich im Grunde genommen vollständig abgelegt. Von der Rüstungsforschung während der NS-Zeit ließ er nichts verlauten, sondern betonte „das zivile Erfahrungsgut", das in dieser Anstalt vorhanden gewesen sei. Analog zu der Konversion der CTR und ihrer Erzählung nach 1945 beschrieb Pfender die ehemalige Reichsanstalt nun als eine Institution, deren „überwiegende solide Grundlage" das Zivile auch dann gewesen sei, „wenn sie vorübergehend für diese anderen Zwecke beansprucht war". Tatsächlich sollten knapp zwei Jahre nach

1187 Ansprachen anlässlich der Übernahme des Materialprüfungsamtes und der Chemisch-Technischen Reichsanstalt zum Bund, Professor Dahl, S. 14–17, hier: S. 17, BAM-Archiv, Fach 9-1, und im Folgenden S. 17 f.

1188 Ansprachen anlässlich der Übernahme des Materialprüfungsamtes und der Chemisch-Technischen Reichsanstalt zum Bund, Professor Pfender, S. 7–14, hier: S. 7, BAM-Archiv, Fach 9-1.

1189 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 8.

der hier gehaltenen Rede Planungen und Verhandlungen für den Aufbau einer militärischen Ressortforschungseinrichtung beginnen, die als eine Art neue Chemisch-Technische Reichsanstalt dieselben Aufgabengebiete von hauptsächlich denselben Akteuren bearbeiten sollte wie vor 1945.[1190] Pfender selbst verdichtete die Geschichte der CTR in seiner Rede in der Biografie ihrer zentralen Figur, dem hochbetagten Walter Rimarski, dem er seine Reverenz erwies, indem er dessen Leistungen besonders hervorhob.[1191] Doch nicht nur die Lebenden, sondern auch die Toten kamen in der Ansprache zu Ehren: Der Präsident rief noch einmal die Anfänge der Institution, die „Anlagen, von Martens entworfen" und die „der Hort und die Obhut für uns" geworden seien, in Erinnerung und erzählte eine Aufstiegsgeschichte, die allerdings nach dem Zweiten Weltkrieg abbrach, nachdem „alles vernichtet und ausgeräumt war." An die von Martens begründete Tradition und seine Ziele konnte erst wieder von Pfenders Generation angeknüpft werden, die das Amt dann schließlich gegen alle Widerstände und Widrigkeiten auf die aktuelle Höhe führte. Die Erzählung einer (Wieder-)Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte nach 1945 entfaltete ihre besondere Wirkung durch Pfenders ausführliche Beschreibungen der verzweifelten Lage nach dem Krieg, der Trümmerlandschaft und der damals allgegenwärtigen Probleme. Diese seien allein – damit leitete er zur Binnenintegration über – überwunden worden, indem „das Wissen und der Wille des Einzelnen in der Arbeitsgemeinschaft" die Voraussetzung dafür schufen, „aufs neue zu beginnen." Aus der Perspektive dieser schweren Tage musste der Festakt umso außergewöhnlicher wirken: „Ich glaubte[,] dies sagen zu müssen[,] um anzudeuten, mit welcher Freude wir die heutige Stunde erleben; weil sie nämlich alle Mitarbeiter, die dies weniger für sich als für ihre Aufgabe und das Volk getan haben, sozusagen von der Vergangenheit her entlastet." Damit begann also im Prinzip eine neue Zeitrechnung, die Belastungsproben der Vergangenheit mit all ihren Sorgen und Nöten waren nun, mit der Erhebung zur Bundesanstalt, endgültig vorbei, womit Pfender Zäsurbewusstsein offenbarte und sich bestrebt zeigte, das Amt in die neue Epoche der Institutionengeschichte mitzunehmen. Die Reden während der Festveranstaltung im Jahre 1954 zeigen insgesamt,

1190 Vgl. hierzu Kapitel 2.3.

1191 Ansprachen anlässlich der Übernahme des Materialprüfungsamtes und der Chemisch-Technischen Reichsanstalt zum Bund, Professor Pfender, S. 7–14, hier: S. 9 f., BAM-Archiv, Fach 9-1, und im Folgenden.

dass schon früh – genauer gesagt bereits unmittelbar seit dem Zeitpunkt der Erhebung des MPA zur BAM – die Tendenz bestand, die Person Pfenders als eine Art zweiten Gründervater mit der Institutionengeschichte zu verbinden. Dessen Lebensweg unterlag in den vonseiten der BAM produzierten Erzählungen zunehmend dem Gebot der Folgerichtigkeit, bis sich der biografische und institutionelle Aufstieg so miteinander verschränkten, dass dieser sich schon in Pfenders früher Kindheit abzuzeichnen schien – diese Tendenz setzte sich auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten fort.

Dies lässt sich auch anlässlich von Pfenders 65. Geburtstag im Jahre 1972 wenige Monate vor seinem Eintritt in den Ruhestand zeigen, angesichts dessen eine Kommunikationsoffensive nach innen begann. Die „*BAM*-Information" publizierte nicht nur einen biografischen Artikel, sondern dokumentierte auch die im Hause stattfindende Festveranstaltung. Die biografischen Darstellungen in dem Artikel „Zum 65. Geburtstag des Präsidenten der BAM, Prof. Dr.-Ing. Max Pfender, am 21. August 1972"[1192] sowie die gehaltenen Reden folgten einem Schema der biografischen Sinnbildung, indem sie den dargestellten Episoden und Prozessen „Struktur und Richtung" gaben.[1193] Die Forschung zum lebensgeschichtlichen Erzählen hat darauf aufmerksam gemacht, dass diese Sinnbildung dadurch stattfindet, dass „all diese gerichteten Prozesse als ‚aufsteigende' angesehen werden können. ‚Verbesserung' ist eine Sinnstruktur biografischer Verläufe *par excellence*, die noch so verwickelten, rückschlagreichen Lebensgeschichten zugrunde gelegt werden" könne. Diese Erkenntnisse bestätigen sich auch beim Blick auf die biografischen Darstellungen Pfenders respektive der BAM. So hieß es in dem Geburtstagsartikel, seine „Jugend auf dem heimatlichen Bauernhof"[1194] habe ihm schon früh diejenigen Tugenden und Eigenschaften vermittelt, die ihn sein gesamtes Leben und mithin seinen Berufsweg begleiten sollten: „Verantwortung gegenüber Menschen und Dingen

1192 Zum 65. Geburtstag des Präsidenten der BAM, Prof. Dr.-Ing. Max Pfender, am 21. August 1972, in: BAM-Information 8 (1972), S. 148 f., BAM-Archiv, Fach 3-1.

1193 Sloterdijk, Literatur und Organisation von Lebenserfahrung, 1978, S. 268, und im Folgenden.

1194 Zum 65. Geburtstag des Präsidenten der BAM, Prof. Dr.-Ing. Max Pfender, am 21. Augsut 1972, in: BAM-Information 8 (1972), S. 148 f., hier: S. 148, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

und der Achtung vor dem Einzelschicksal sowie die Ehrfurcht vor der Person." Zu dieser Zeit hätten „Solidarität mehr als schneller Erfolg [gegolten], Redlichkeit und Zuverlässigkeit mehr als Eleganz, Bescheidenheit mehr als Auftreten, Güte und Dienen mehr als Herrschen", was alles Eigenschaften seien, „die Pfender bewahrt und weiterentwickelt" habe. Dieser Tugendkatalog erhob ihn sozusagen zu einem Idealmenschen und -präsidenten, der über wünschenswerte Eigenschaften verfügte, die ihn besonders für seine Funktion im Amt befähigten und als vorbildlich gelten konnten. Pfender erschien in dem Artikel als ein Mann großer Weitsicht, der sich auch zu ethischen und moralischen Themen immer wieder äußerte und die Aufgaben der Technik in der und für die Gesellschaft reflektierte. So habe „seine Sorge, daß die Menschheit völlig im Materialismus versinken" könne, „je mehr die Begriffe des dienenden Handelns und des Daseins für andere schwänden", alle seine Handlungen beeinflusst und habe „ihn unermüdlich deren Folgerungen darstellen und den Menschen mit seiner persönlichen Verantwortung vorstellen" lassen. Einzelne Episoden des Geburtstagsartikels dienten darüber hinaus dazu, seine besondere Rolle als Präsident zu bestätigen. Demnach sei Pfender im August 1947 die Leitung des gesamten Amtes „auf Wunsch der meisten Mitarbeiter und im [B]esonderen des Präsidenten der CTR, Prof. Rimarski," übertragen worden. Pfender erschien hier also nicht als ‚von oben' eingesetzt, sondern als ‚von unten' – sozusagen aus dem Willen der MPA-Partikulargesellschaft heraus – legitimiert. Von dieser Position aus habe er sodann einen Plan entwickelt, um das Amt wieder aufzubauen und schließlich die „Übernahme der Anstalt auf den Bund" unentwegt verfolgt, mit einem Ergebnis, das in der Darstellung allein auf seine Person zurückzuführen war: „Pfenders Beharrlichkeit und nicht erlahmender Einsatz führten 1954 zum Erfolg." Wie dies gegen alle Hindernisse und Widrigkeiten auf dem Weg dahin möglich gewesen sei, führte der Artikel mit einer ausschließlichen Fokussierung auf die Leistungen und Persönlichkeit des Präsidenten selbst aus. Pfender habe „sich mit der Aufgabe der Bundesanstalt für Materialprüfung so vollkommen identifiziert, danach gehandelt und auf nachweisbar mögliche persönliche Vorteile verzichtet", was der Beitrag zum 65. Geburtstag dadurch zu belegen suchte, dass er die diversen, sowohl vor als auch nach der Erhebung zur Bundesanstalt gemachten offiziellen Stellenangebote einer Professur oder einer Leitungsstelle in einem Ministerium

auflistete.[1195] Kurzum, Pfender verkörperte geradezu die Aufstiegsgeschichte des Amtes und seine eigene Lebensgeschichte, die schließlich kaum noch von der Institution zu trennen war, beglaubigte diese.

Dies lässt sich auch anhand der Reden anlässlich der Festveranstaltung belegen. Dabei sei noch einmal daran erinnert, dass auch dieses Ereignis, mitsamt eines Bildes des Gefeierten auf der mit Blumen geschmückten Bühne am Pult und den Reden, in der internen Mitarbeiterzeitschrift dokumentiert und damit dessen Volatilität mit der Überführung in das institutionelle Gedächtnis begegnet wurde. Pfenders designierter Nachfolger und Vizepräsident, Gerhard Wilhelm Becker, leitete die „glückliche Veranstaltung" mit der Freude darüber ein, dass diese „zu Ehren unseres Präsidenten [...] von uns, als der großen BAM-Familie, gefeiert" werde.[1196] Die Reden brachten insgesamt die üblichen Topoi der inzwischen etablierten Aufstiegs- und Erfolgsgeschichte,

1195 Folgende offizielle Angebote wurden in dem Artikel genannt: „Professur für Werkstoffprüfung und Maschinenelemente an der Technischen Hochschule Dresden (1947) als Nachfolger von Prof. Dr.-Ing. Heidebrock"; „Professur für Werkstofftechnik an der Technischen Universität Berlin (1950) als Nachfolger von Prof. Dr.-Ing. Riebensahm" (ebd., S. 148); „Professur für Werkstoffkunde und Materialprüfung sowie Leitung der Staatlichen Materialprüfungsanstalt an der Technischen Hochschule Darmstadt (1952) als Nachfolger von Prof. Dr.-Ing. A. Thum"; „Amt des Generaldirektors der Elektrizitätsversorgung Schwaben (EVS), offengehalten in den Jahren 1951 bis 1956"; „Professur für Materialprüfung und Festigkeitsforschung an der Technischen Hochschule München (1956) als Teilnachfolger von Prof. Dr.-Ing. L. Föppl"; „Professur für Werkstoffkunde und Materialprüfung sowie Leiter der Staatlichen Materialprüfungsanstalt an der Technischen Hochschule Stuttgart (1957) als Nachfolger von Prof. Dr.-Ing. E. Siebel"; „Leitung der Abteilung III des heutigen Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Bonn (1962/63) als Nachfolger von MinDir [Kaißling] sowie als in Aussicht genommener Nachfolger des Staatssekretärs Dr. Cartellieri" (ebd., S. 149). Zur Vita Wolfgang Cartellieris (1901–1969), der als Staatssekretär im Atom- beziehungsweise Forschungsministerium zu „der zentralen Figur des Ministeriums wurde" und besonders zum Thema „Großforschung" einschlägige Publikationen veröffentlichte, vgl. Raithel/Weise, „Für die Zukunft des deutschen Volkes", 2022, S. 333–350, Zitat: S. 347 f.; zur Prägung des Begriffs „Großforschung" durch Cartellieri vgl. auch Szöllösi-Janze/Trischler, Einleitung, 1990, S. 17.

1196 Der Vizepräsident der BAM, Herr Prof. Dr. rer. nat. *G. W. Becker*, eröffnet die Festveranstaltung, in: BAM-Information 9 (1972), S. 162 f., hier: S. 162, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

wobei der ‚Vater' der Familie im Resümee seiner Amtszeit als Präsident dabei nicht nur als derjenige Faktor erschien, ohne den der Aufstieg überhaupt nicht möglich gewesen sei, sondern auch, wie existenziell Person und Institution miteinander verschmolzen seien: „Heute, nach 25 Jahren, kann man wohl feststellen, daß diese Anstalt, in dieser Form, durch Professor Pfender geprägt ist, daß sie in dieser Form nur durch ihn existiert, wenn sie überhaupt ohne ihn existieren würde." Diese Verschmelzung umfasste jedoch nicht nur Person und Institution, sondern in einem weiteren Beitrag, wenngleich sicher auch aufgrund der sich anbietenden Initialenüberschneidung, sogar Person und Fachdisziplin, wenn einer der Kuratoren der BAM, Hans Diergarten,[1197] verlauten ließ: „[W]enn das Wort Materialprüfung fällt, MP! MP = Materialprüfung, Max Pfender = MP."[1198] Diese und weitere Aussagen belegen, dass Pfender im Laufe der Zeit eine Rolle einnahm, die höchstens dem Gründervater Adolf Martens zugestanden wurde. Auch die BAM-Familie binnenintegrierte sich im Zeichen ihres ‚Übervaters' Pfender, wenn etwa auch einige Vertreter der „uralten Amtsangehörigen", die bereits vor dem Ersten Weltkrieg in das Königliche Materialprüfungsamt eingetreten waren, ebenfalls ein Geschenk überreichten.[1199] Schließlich bekam auch der Geehrte die Gelegenheit dazu, sich zu äußern. Dies nutzte Pfender

1197 Hans Diergarten (1911–1991), 1922 Studium des Eisenhüttenwesens, 1927 Dipl.-Ing., 1929 Dr.-Ing., anschließend Mitarbeiter bei den Vereinigen Kugellagerfabriken (VKF) im Metallographischen Laboratorium, 1931 dessen Vorstand, 1939 Handlungsvollmacht und 1941 Gesamtprokura bei VFK, 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Nr. 3.436.215), weiter NSKK-Truppführer, 1949 Direktor der Schwedischen Kugellagerfabriken (SKF) in Schweinfurt, Vorstandsverantwortungsbereich Werkstoffe und Materialprüfung, 1963 bis 1978 Mitglied des Kuratoriums der BAM; Der Kreisleiter an das Gauamt für Technik, Politische Beurteilung Hans Diergarten, 27.1.1942, BArch, R 9361-II/165086; Pfender, Max: Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Hans Diergarten 85 Jahre, in: Materialprüfung 28 (1986), S. 353; Mitglieder des Kuratoriums der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) von der 1. bis zur 25. Sitzung, BAM-Archiv, Fach 35-2.

1198 Für das Kuratorium spricht Herr Professor Dr.-Ing. habil. Dr.-Ing. E.h. *Hans Diergarten*, in: BAM-Information 9 (1972), S. 173 f., hier: S. 173, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1199 Herr Prof. Dr. *G. W. Becker* kündigt nun als letzten Redner Herrn *Bernhard Lehmann*, langjähriger Mitarbeiter der BAM, an, der für die „Altpensionäre", wie er sich ausdrückte, noch einige Worte sprechen möchte, in: BAM-Information 9 (1972), S. 175, BAM-Archiv, Fach 3-1.

dafür, um selbst noch einmal die Geschichte der Institution – gewissermaßen also seine ‚Familiengeschichte' – zu erzählen, wobei er nicht vergaß, insbesondere auch die zweite Vorgängerin der Anstalt zu würdigen und etwa dem extra vom Niederrhein für die Feier angereisten Heinrich Koenen zu begrüßen, der, „wie immer, die Chemisch-Technische Reichsanstalt mit ganzer Kraft" vertrete.[1200]

Nur knapp zwei Monate später bestand erneut Gelegenheit, die institutionelle Eigengeschichte und die Biografie Pfenders zu thematisieren: Nach 25 Jahren verabschiedete sich der Präsident in den Ruhestand. Die anlässlich dessen produzierten Reden und Texte weisen bezüglich der hier relevanten Topoi eine hohe Überschneidung mit den Geburtstagsfeierlichkeiten auf. Bereits im Vorfeld dieses Anlasses war eine Karikatur erstellt worden, die Pfender beim Verlassen des BAM-Dampfers zeigte, während sein Vize-Präsident ihm hinterherblickte. Die Zeichnung übertrug offensichtlich die bekannte Karikatur John Tenniels aus der britischen Zeitschrift „Punch" anlässlich der Entlassung Reichskanzler Otto von Bismarcks im Jahre 1890 auf die Verhältnisse in der BAM.[1201] Pfender erschien hier gewissermaßen als der „Eiserne Kanzler", der das von ihm geschmiedete Amt verließ. Aller Wahrscheinlichkeit nach ging es dem Zeichner nicht darum, mehr mit dem Bild zu sagen, als dass Pfender eine für die Institution herausragend relevante Gestalt bismarckartiger Größe gewesen sei, denn weder ging Pfender unfreiwillig (wie Bismarck) – im Gegenteil: ihm wurde das Angebot gemacht, noch zwei Jahre länger zu amtieren –, noch überließ er einem jungen und unerfahrenen Mann das Ruder, wie Bismarck dem jungen Kaiser Wilhelm II., der ihm auf der Originalkarikatur beim Verlassen des Staatsschiffes nachschaut. Treffenderweise war auch die nachgeahmte BAM-Karikatur neben der Hauptfigur des Bildes, Max Pfender, mit dem Titel versehen worden: „Der Lotse geht von Bord".

Angesichts der Verabschiedung Pfenders äußerte sich auch eine der wichtigsten Figuren der innerbetrieblichen Entwicklung nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Allgemeinen und ebenfalls der geschichtspolitischen Initiativen im Speziellen, welche das Amt beziehungsweise

1200 Der Präsident der BAM, Prof. Dr.-Ing. M. *Pfender*, dankt, in: BAM-Information 9 (1972), S. 175–178, hier: S. 175, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1201 Vgl. zu der bekannten Karikatur Leibfried, Bismarcks Fall, 2011; vgl. allgemein zum Kult um Bismarck nach dessen Entlassung Gerwarth, Bismarck-Mythos, 2007.

die Anstalt nach innen und außen entfaltet hatte, nämlich der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Blumenthal. Blumenthal und Pfender hatten dahingehend bereits zusammengearbeitet, als es darum ging, Adolf Martens durch die Umbenennung der angrenzenden Straße zu einer auch außerhalb des Geländes sichtbaren Gründungsfigur zu erheben. Da Blumenthal zur Zeit der Verabschiedung im Urlaub weilte, sandte er ein längeres Glückwunschschreiben, das Pfender zu einer ebensolchen relevanten Figur machte. Interessanterweise entschied sich die „*BAM*-Information" dazu, „[a]us den zahlreichen [...] Glückwunschschreiben [...] nur eines" wiederzugeben, nämlich dasjenige Blumenthals.[1202]

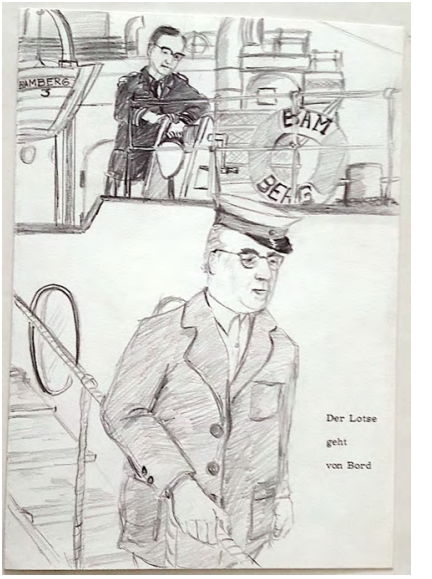


Abb. 7: „Der Lotse geht von Bord".[1203]

1202 Aus den zahlreichen dem scheidenden und dem eingeführten Präsidenten zugegangenen Glückwunschschreiben soll nur eines wiedergegeben werden, das Herr Wilhelm *Blumenthal* als früherer Betriebsratsvorsitzender der BAM aus seinem Urlaub sandte, in: BAM-Information 10 (1972), S. 203 f., hier: S. 203, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1203 Der Lotse geht von Bord, 8.2.1967, BAM-Archiv.

Dieser berief sich in seinem Schreiben in besonderem Maße auf die BAM-Familie, in der damals alle gleich gewesen seien, denn in der unmittelbaren Nachkriegszeit habe jeder Beschäftigte „die gleiche Summe" bekommen, „ob Wissenschaftler, Handwerker oder Reinemachefrau." In auffälliger Ausführlichkeit schilderte der Verfasser vor allem aber, wie Pfender nach 1945 in das Amt gekommen und dort von der ‚alten' Belegschaft eingehend geprüft worden sei, schließlich habe man von dessen „Menschenkenntnis und Lebenserfahrung" nicht sehr viel gewusst, also habe man ein „Experiment" begonnen:[1204] „Wir wählten Sie zu der Zeit, da Sie noch wissenschaftlicher Mitarbeiter waren, in den Betriebsrat. Nun konnten Sie nicht nur kritisieren und glossieren, nun mußten Sie mitverantworten und mit Vorschlägen kommen." Nach einer gewissen (Material-)Prüfung habe man mit Blick auf den bevorstehenden Wechsel in der Führung des Amtes, dem man „mit gemischten Gefühlen entgegen" gesehen habe, doch zugeben müssen, „daß für den Wiederaufbau des Amtes eigentlich keine bessere Wahl getroffen werden konnte." Der Präsident erschien hier also als quasi-demokratisch und ‚von unten' legitimiert und ausgewählt und das von einem der damals wichtigsten Akteure des Amtes, der nach seinem Ausscheiden zu einem der wichtigsten Akteure der Erinnerungsgemeinschaft avanciert war. Pfenders Amtsantritt bildete auch in der Darstellung Blumenthals eine tiefe Zäsur, denn erst mit dem neuen Präsidenten sei schließlich „die BAM geschaffen [worden]. Eine Tradition war beendet, eine neue begann."

Innerhalb der institutionellen Selbst-Narration stand Adolf Martens also für die Gründungsphase, während Pfender *die* zentrale Binnenzäsur verkörperte, welche den Wiederaufstieg nach Kriegsende und mehr noch die Erreichung des seit jeher angestrebten Ziels verkörperte, das in der Gesamterzählung den zentralen Fluchtpunkt bei der „finalisierende[n] Perspektivbildung"[1205] bildete. Blumenthal ordnete seinen ehemaligen Vorgesetzten genau in diese institutionelle Tradition ein, die „nicht konservatives Beharren im Gewesenen" bedeute, „sondern die Verpflichtung der steten Bewährung des übernommenen Guten. Dieses Gute im Fortschritt der Neugestaltung mitzunehmen und weiterzugeben ist Ihnen gelungen", wobei der Aufbau der neu geschaffenen

1204 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 204.
1205 Maurer, Autobiographie und Sozialisation, 2017, S. 169.

Anstalt dabei für sich selbst spreche.[1206] Pfender habe also die Tradition des Alten bewahrt, sei jedoch gleichzeitig zu Neuem aufgebrochen und habe eine eigene Tradition in einem eigenen, spezifischen Geist begründet, den er seiner Institution eingegeben habe und der dieser Erzählung entsprechend auch über dessen Verabschiedung oder auch Tod hinaus bestehen bleibe. So würde nicht etwa die Zahl der Beschäftigten den Maßstab der Pfender'schen Erfolge bilden, „sondern der Geist und die Leistung, die dieser Anstalt innewohnen."

Der ehemalige Präsident blieb auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand eine wichtige Figur innerhalb der Bundesanstalt. Anlässlich seines 70. Geburtstages im Jahre 1977 veranstaltete und dokumentierte die BAM ein Festkolloquium zu seinen Ehren, bei dem der Alt-Präsident zudem das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik überreicht bekam.[1207] Diese Ehrung bestätigte sowohl vor der internen als auch externen Öffentlichkeit die Bedeutung dieses Mannes noch einmal. So mag es nicht verwundern, dass die „*BAM*-Information" fünf Jahre später – zum 75. Geburtstag im Jahre 1982 – vermerkte: „Es wird kaum einen Mitarbeiter der BAM geben, dem der Name Max Pfender nicht geläufig ist."[1208] Dies lag wohl nicht zuletzt daran, dass Pfender auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand über zwanzig Jahre „noch ein kleines Zimmer im Erdgeschoss des Hauptgebäudes"[1209] gehabt habe und „regelmäßig mehrmals in der Woche [...] seinen Arbeiten" nachgegangen sei.[1210] Der Artikel zum 75. Geburtstag brachte zwar noch einmal in anerkennenden Worten die übliche

1206 Aus den zahlreichen dem scheidenden und dem eingeführten Präsidenten zugegangenen Glückwunschschreiben soll nur eines wiedergegeben werden, das Herr Wilhelm *Blumenthal* als früherer Betriebsratsvorsitzender der BAM aus seinem Urlaub sandte, in: BAM-Information 10 (1972), S. 203 f., hier: S. 204, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1207 Festkolloquium der BAM am 25. August 1977, in: BAM-Information 9 (1977), S. 111–132, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1208 Professor Dr.-Ing. Max Pfender zum 75. Geburtstag, in: BAM-Information 6 (1982), S. 69 f., BAM-Archiv, Fach 3-2.

1209 Habig, Karl-Heinz: Vom Materialprüfungsamt zur Bundesanstalt für Materialprüfung. 100. Wiederkehr des Geburtstages von Prof. Dr.-Ing. Max Pfender am 21. August 2007, in: BAMinfo extra (2007), S. 2–7, hier: S. 7, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband.

1210 Professor Dr.-Ing. Max Pfender zum 75. Geburtstag, in: BAM-Information 6 (1982), S. 69 f., hier: S. 69, BAM-Archiv, Fach 3-2.

Geschichte zu Papier, zugleich drückte sich hier bereits eine verhaltene Kritik an dem hauseigenen Übervater aus, dessen häufige Präsenz in der Anstalt einigen negativ ins Auge gefallen zu sein schien.

Mit seinem Tod im Jahre 2001 änderten sich gewissermaßen die äußeren Bedingungen der sich um ihn entfaltenden Memorialkultur, nachdem Kritik an Pfender nun sagbar wurde, während zugleich an einem ehrenden Andenken festgehalten werden sollte. Dies galt umso mehr für die Außenkommunikation, die den 100. Geburtstag des ehemaligen Präsidenten im Jahre 2007 nutzte, um ihn und die Bundesanstalt in der Entwicklung der Materialprüfung und des Ingenieurwesens zu positionieren. Hierbei standen vor allem Pfenders Leistungen im wissenschaftlich-technischen Bereich im Zentrum und weniger der Wiederaufbau des MPA, da die Zäsuren der Amtsgeschichte eher der Binnenintegration der Institution dienten und daher von geringerer Bedeutung – zumal zu diesem Zeitpunkt – für die Außendarstellung waren. So ging der Artikel von Dietmar Findeisen[1211] mit dem Titel „Max Pfender 100 Jahre. Sein wissenschaftliches Wirken", der in der einschlägigen Fachzeitschrift „MP materials testing" (vormals „Materialprüfung") veröffentlicht wurde,[1212] neben der üblicherweise zu erwartenden Darstellung seiner Arbeitsbiografie in besonderem Maße auf seine außerinstitutionellen Leistungen ein. So habe er als Beiratsmitglied des *Deutschen Verbandes für Materialforschung* (DVM) von Amts wegen in dem Zeitraum von 1954 bis 1972 „die Materialprüfung durch ein umfassendes Aufgabenprofil und die Grundsätze ‚Objektivität und Neutralität'" gekennzeichnet und damit „letztlich die entscheidende Grundlage" geschaffen, „die das Wesen des Materialprüfers ausmachen." Daneben rühmte der Artikel den Verstorbenen als moralische Instanz, die sich

1211 Dietmar Findeisen (1935–2024), Studium des Allgemeinen Maschinenbaus, 1974 Dr.-Ing., 1984 Habilitation im Fachgebiet Schwingungsmaschinen, 1989 apl.-Prof. an der TU Berlin, bis 2000 Leiter der Fachgruppe „Wissenschaftlicher Gerätebau" in der BAM; Mechatronisches System Werkstoffprüfmaschine, in: DeGruyter, URL: https://www.degruyter.com/document/doi/10.3139/120.110073/html [zuletzt eingesehen am 13.8.2024]; Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 2009, 22. Ausgabe, Band I A–G, München 2009, S. 964 f.

1212 Findeisen, Dietmar/Aurich, Dietmar: Max Pfender 100 Jahre. Sein wissenschaftliches Wirken, in: MP materials testing 49 (2007) Nr. 10, S. 507 f., BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband, und im Folgenden S. 507 f.

dem „übergeordneten Problemfeld ‚Ingenieur, Technik, Gesellschaft'" gewidmet habe, und nannte in diesem Zusammenhang einige von ihm gehaltene Vorträge, unter anderem den Festvortrag anlässlich des 100-jährigen Bestehens des VDI im Jahre 1956 mit dem Thema „Der Mensch und seine Technik". „Getragen vom Geist eines christlich-humanistischen Weltbildes" habe Pfender sich für eine „humane Zukunft" eingesetzt, die sich erst eröffne – so wurde er in dem Beitrag paraphrasiert – „wenn sich sachbezogenes Denken mit verantwortungsbewusster und auf das allgemeine Wohl bedachter Urteilsfähigkeit verbänden". Damit habe er „ethische Grundsätze des Ingenieurberufs" formuliert, „die sinngemäß im Codex für Ingenieure durch den VDI ihren späteren Niederschlag fanden (2000)." Insgesamt betonte der Artikel also die Leistungen, die auch nach seinem Tode weiterwirken würden, wie zum Beispiel die Kodifizierung ethischer Grundsätze, mit denen Pfender Normen für den gesamten Berufsstand formuliert habe. Bemerkenswerterweise eröffnete der Artikel mit einer Attribuierung des Geehrten, die da lautete: „Begründer der Bundesanstalt für Materialprüfung". Dies belegt wiederum die nun endgültig manifestierte Wahrnehmung und Charakterisierung seiner Person als Gründungsfigur – der zweiten nach Martens –, als die er auch im öffentlichen Langzeitgedächtnis wahrgenommen werden sollte.

In der amtsinternen Kommunikation gab es zum 100. Geburtstag am 20. August 2007 eine Festveranstaltung in der BAM, um „ihrem ersten Präsidenten (als Bundesanstalt)"[1213] zu gedenken und damit abermals auf die Binnenzäsur dieses Ereignisses hinzuweisen, das durch Pfender personalisiert wurde. Die Veranstaltung war aber nicht der einzige Erinnerungsakt: Begleitend wurde ein Sonderheft der „BAM-*info*" angefertigt, das gewisse Ansprüche zu erkennen gab, wie der ehemalige Präsident erinnert werden sollte, denn mit diesem „wollen wir die Erinnerung an das Wirken von Max Pfender auch auf geschriebene Weise festhalten", was abermals den Anspruch auf Dauerhaftigkeit offenbarte. Darüber hinaus sollte Pfender durch diese Art der Medialisierung auch denjenigen Mitarbeitern ein „Bild, [...] das seiner Persönlichkeit gerecht wird" vermittelt werden, „die ihn nicht mehr kennen gelernt haben". Die einleitenden Worte eines Artikels des Sonderheftes sagten im Grunde

1213 [Hannecke], Manfred: Professor Max Pfender, in: BAMinfo extra 2007, S.1, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband, und im Folgenden.

schon aus, nach welchen Relevanzkriterien die Erzählung hier ausgestaltet wurde, es sollten nämlich „die großen Leistungen von Max Pfender im Hinblick auf die Errichtung der Bundesanstalt für Materialprüfung aus politisch-historischer Sicht" dargestellt werden. Dass es zwischen dem Alt-Präsidenten und ‚seiner' BAM-Familie nicht immer harmonisch zugegangen zu sein schien, zeigen diejenigen Aussagen über die nicht immer ganz einfache Persönlichkeit des Verstorbenen. Inzwischen war es offenbar möglich, auch derartige Punkte anzusprechen, wie etwa, dass „Viele in der BAM [...] den Begriff Patriarch" benutzen würden, „wenn sie Pfender beschreiben wollten", wenngleich der Autor des Artikels, Bernd Wust,[1214] dies dadurch abmilderte, dass er „meine, die Bezeichnung Patron ist angemessener, genauer." Weiter hieß es über Pfender: „Die BAM betrachtete er als sein Kind, an deren weiterer Entwicklung er weiterhin sehr interessiert, zuweilen auch – ohne Grund – besorgt" gewesen sei.[1215] Auch habe er noch Jahre nach seinem Amtsabtritt erwartet, „dass ihn die Amtsleitung und Mitarbeiter über wichtige Dinge informierten und um Rat fragten", und „als dies nicht in dem gewünschten Maße geschah", sei „er ohne Wissen seiner Nachfolger initiativ [geworden], ohne die aktuellen Entwicklungen zu kennen". Wie ließ sich ein solches Verhalten, „[s]eine Aktivitäten", die „durchweg auf Ablehnung, teilweise auch auf berechtigte Verärgerung" gestoßen seien, in der internen Kommunikation zugunsten des Verstorbenen nun in einem versöhnlichen Ton entschuldigen? Der Artikel reihte Pfender „in die Schar vieler starker Persönlichkeiten ein – man denke nur an Adenauer – die ihren Nachfolgern und sich selbst das Leben schwer machten." Das Ergebnis dieser Art Generalkritik war gleichwohl eine erinnerungspolitische Sollforderung für die BAM-Partikulargesellschaft, welche all

1214 Bernhard Wust, Monteur / Handwerker, dessen Firma für die Installation der elektrischen Anlage in dem Anbau für die Kantine der BAM und später für weitere Elektroinstallationen beauftragt worden war, 1964 Anstellung in der Fachgruppe „Messwesen" der BAM; Wust, Bernd: Meine Erinnerungen an Professor Pfender, BAM-Info extra 2007, S. 7–9, hier: S. 7, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband, und im Folgenden S. 8.

1215 Habig, Karl-Heinz: Vom Materialprüfungsamt zur Bundesanstalt für Materialprüfung. 100. Wiederkehr des Geburtstages von Prof. Dr.-Ing. Max Pfender am 21. August 2007, in: BAMinfo extra (2007), S. 2–7, hier: S. 7, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband, und im Folgenden.

die genannten Probleme zugunsten der Erfolgsgeschichte in die zweite Reihe rückte: „Dies soll aber die großen Verdienste von *Max Pfender* nicht schmälern", denn „[o]hne ihn würde es heute keine Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) geben."

Das Sonderheft informierte überdies darüber, dass eine weitere Leistung des Verstorbenen in der Begründung zweier Traditionen liege, nämlich die Neujahrsansprache und die „*BAM*-Information", die Zeitschrift also, die dazu dienen sollte, neben der Informationsvermittlung jeder und jedem Angehörigen der BAM Regeln, Normen und Verordnungen vor Augen zu führen. Zwar sei mit „den Jahren [...] vergessen [worden], dass Professor Pfender bestimmt hatte, dass jedermann diese BAM-Informationen zu sammeln habe. So sollte man stets die verordneten, verfügten oder sonst wie zu beachtenden Bestimmungen zur Hand haben",[1216] dennoch wussten einige selbst 2007 noch darum, dass Max Pfender ein eifriger Produzent von Sollforderungen gewesen war, die für die Mitglieder der BAM Geltung beanspruchten. Nach seinem Tode avancierte die Erinnerung an ihn selbst zu einer intern geltenden Sollforderung, denn:

> „Wie immer man zu ihm stand, eines sollte auf keinen Fall vergessen werden. Ohne sein striktes Eintreten für den Erhalt und Verbleib des Materialprüfungsamtes in Berlin [...], ohne seine beharrlichen Bemühungen, dieses Amt in eine Bundesanstalt zu überführen [...] würde es die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung heute in Berlin nicht geben."

Die *dritte* Form der Personalisierungsstrategie der institutionellen Eigengeschichte fand sich Mitte der 1970er insofern, dass einzelnen „Pionieren" oder bedeutenden Persönlichkeiten der Fachdisziplinen und hauseigenen Geschichte mehr Sichtbarkeit auf dem Gelände der BAM verliehen wurde und dieses mithin in einen Erinnerungsraum verwandelte. Diese „Akte selektiver Erinnerung"[1217] führten dazu, dass bis heute jeder Mitarbeiter ebenso wie jeder Besucher, der sich auf dem Gelände bewegt und die einzelnen Häuser betritt, „Portraitmedaillons" begegnet, die schon auf den ersten Blick an eine rühmliche

1216 Wust, Bernd: Meine Erinnerungen an Professor Pfender, in: BAMinfo extra (2007), S. 7–9, hier: S. 9, in: BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband, und im Folgenden.

1217 Wolfrum, Suche nach dem „Ende der Nachkriegszeit", 2003, S. 191.

Vergangenheit und Tradition erinnern, die wiederum durch einzelne historische Akteure personalisiert wird. Im Juni 1976 fand dazu im Rahmen eines zeremoniellen Aktes die „Enthüllung von Portraitmedaillons an vier Gebäuden der BAM“ statt.[1218] Die einleitenden Worte des hierzu erschienenen Artikels in der internen Mitarbeiterzeitschrift offenbaren bereits, nach welchen Kriterien die hierfür vorgesehenen Persönlichkeiten ausgewählt worden waren, denn schon „seit zum Teil vielen Jahren sind intern einige Gebäude der BAM nach Pionieren der Werkstoff-Forschung benannt worden“, namentlich Adolf Martens, August Wöhler,[1219] Wilhelm Herzberg,[1220] Walter Rimarski und Rudolf Berthold.

„Um diese Bezeichnungen auch nach außen sichtbar zu machen“, wurden in den darauffolgenden Jahren die Namen der Geehrten „in Metall-Lettern an den Haupteingängen der Häuser angebracht“ und ferner „nach photographischen Aufnahmen Portraitmedaillons dieser Namenspaten“ angefertigt, deren Enthüllung nun in einer Feierstunde vorgenommen wurde.[1221] Zu bemerken ist dabei, dass auch hier die erweiterte BAM-Familie in das Geschehen miteinbezogen wurde, denn

1218 Ruske, Walter: Enthüllung von Portraitmedaillons an vier Gebäuden der BAM am 22. Juni 1976 von Prof. Dr. Walter Ruske, in: BAM-Information 7 (1976), S. 77–80, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 77 f.

1219 August Wöhler (1819–1914), 1843 Königlich Hannoversche Eisenbahndirektion, 1847 Obermaschinenmeister der Niederschlesisch-Märkischen Bahn in Frankfurt/Oder, Tätigkeit in der Industrie, 1870 Direktor der Norddeutschen Aktiengesellschaft für Eisenbahnbedarf, 1874 bis 1889 Mitglied der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Straßburg, zählt zu den Begründern der modernen Werkstoffprüfung; Wöhler, August, in: Killy, Walther†/Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Band 10: Thibaut – Zyacha, München 1999, S. 555; zu Wöhler und seinem Wirken vgl. weiter Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971.

1220 Friedrich Wilhelm Herzberg (1861–1936), 1880 Studium der Chemie und Botanik an den Universitäten Berlin und Tübingen sowie der Gewerbeakademie Berlin, 1884 apl. Assistent an der MTV, 1885 Einjährig-Freiwilliger, 1886 Ständiger Assistent, 1890 Vorsteher der Abteilung für Papierprüfung, 1902 Professor, 1914 Freistellung von Militärdienst, 1916 Geheimer Regierungsrat, 1919 Stellv. Direktor, 1923 Leiter der Hauptabteilung für organische Stoffe, ab 1926 Aufschiebung des Ruhestandes durch das Preußische Staatsministerium, 1928 bis 1931 Komm. Präsident des StMPA; StMPA, Personalakte, BAM-Archiv, Acta der KMTV, Al 5, Vol. 1.

1221 Alle Zitate im Folgenden: Ruske, Walter: Enthüllung von Portraitmedaillons an vier Gebäuden der BAM am 22. Juni 1976 von Prof. Dr. Walter Ruske, in: BAM-Information 7 (1976), S. 77–80, hier: S. 77 f., BAM-Archiv, Fach 3-1.

unter den Gästen befand sich auch die Witwe Rudolf Bertholds. Hierzu wurde, geleitet von Präsident Becker, ein Rundgang veranstaltet, der in der Vorhalle des Adolf-Martens-Hauses begann, „in der ja bereits seit langem Martens[‘] Marmorbüste in die Wand eingelassen ist“, und über die mit einem Portraitmedaillon neu versehenen Gebäuden führte, bei denen eine Laudatio auf den „Pionier“ des jeweiligen Hauses respektive Fachgebietes gehalten wurde. Der Artikel zu dem Enthüllungsereignis skizzierte noch einmal die Leistungen der ‚großen Männer‘ und deren Bedeutung für die eigene Geschichte, wobei vor dem Hintergrund dieser Art von Ikonisierung problematische Aspekte wie eine politisch kompromittierende und rüstungsbezogene Vergangenheit naheliegenderweise keine Erwähnung fanden. Zwei dieser „Portraitmedaillons“ geben beispielhaft Auskunft darüber, wer sich überhaupt dafür eignete, in dieser Form geehrt zu werden, und wie die Ehrung gestaltet wurde. Sicher nicht zuletzt aufgrund des begrenzten Raumes einer solchen Tafel beschränkte man sich in deren Gestaltung auf knappe Informationen, die für den Rezipienten dieser selektiven Geschichtserzählung in materialisierter und baulich repräsentativer Form in Erinnerung bleiben sollten: das Geburts- und Sterbejahr des Geehrten, dessen Name, eine kurze Bezeichnung von dessen Bedeutung für die Bundesanstalt und dessen Portrait:



Abb. 8 und 9: Portraitmedaillons von Rudolf Berthold und Walther Rimarski.[1222]

1222 Ebd., S. 79 f.

Bemerkenswerterweise nahm der begleitende Artikel in der Mitarbeiterzeitschrift selbst die (rhetorische) Frage vorweg: „Sind derartige Büsten oder Portraits lediglich Ausdruck eines ‚Personenkultes'?" Die darauffolgende Antwort selbst könnte man als einen spezifischen identitätspolitischen Akt deuten, der die einzelnen Mitglieder der BAM-Gesellschaft über die zentralen Begrifflichkeiten „Tradition" und „Generation" binnenintegrieren und an die Institution und ihre Geschichte binden sollte.[1223] Denn nach Ansicht des Autors des Artikels seien derartige Büsten und Medaillons „eine Herausforderung an den jüngeren Mitarbeiter, sich mit Leben und Werk der Dargestellten auseinanderzusetzen, zu fragen, wo denn die spezifische Leistung eines einzelnen lag."[1224] Damit war die erinnerungspolitische Sollforderung an die Quasi-Nachfolgegeneration der Kriegsgeneration formuliert worden. „Dem älteren Mitarbeiter, der schon lange in der BAM – vielleicht sogar schon im MPA oder der CTR – tätig" sei, „werden sie vielleicht das Gefühl vermitteln, in einer Institution zu arbeiten, die auf eine Tradition zurückblicken kann, die vom Menschen und seiner individuellen Leistung geprägt" werde. Das Traditionselement diente hierbei als ein *generationenübergreifendes Binnenintegrationsinstrument*, wenn es abschließend hieß: „Auch die gegenwärtige Generation führt mit ihrer Arbeit das fort, was für die nächste bereits Teil jener Tradition sein wird." Im Zuge der Hausbenennungen Mitte der 1970er Jahre war im Übrigen auch auf Anregung eines Abteilungsleiters erwogen worden, den Altpräsidenten Max Pfender durch eine derartige Benennung zu ehren. Eine mutmaßliche Fotomontage oder Ablichtung eines provisorisch angebrachten Schildes auf dem zur BAM gehörigen Teilgelände an der Fabeckstraße, die möglicherweise als Reverenz oder Geburtstagsglückwunsch gedacht war, zeigt, dass man den am längsten amtierenden Präsidenten in der bisherigen Geschichte der Bundesanstalt zumindest dafür in Erinnerung gerufen hatte.

1223 Nach der Historikerin Jureit, Generationenforschung, 2006, S. 17, ist „Generation" eine „erfahrungsgeschichtliche Kategorie", sodass man bei Generationen von „*gefühlten* Gemeinschaften" sprechen kann. Generationenbildung, wie sie auch in diesem Fall der BAM vorgenommen wurde, wird hier verstanden als ein „überwiegend im öffentlichen Raum lokalisierter Vergemeinschaftungsprozess und somit Gegenstand und Ergebnis kollektiver Verständigungen". Vgl. hierzu auch dies., Generation, 2017.

1224 Ruske, Walter: Enthüllung von Portraitmedaillons an vier Gebäuden der BAM am 22. Juni 1976 von Prof. Dr. Walter Ruske, in: BAM-Information 7 (1976), S. 77–80, hier: S. 80, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

Schließlich wurde der Vorschlag aus nicht weiter bekannten Gründen verworfen.[1225] Damit blieb dem wohl wichtigsten geschichts- und erinnerungspolitischen Akteur des Hauses ein auf seine Person bezogener Erinnerungsakt zumindest in der Form eines „Max-Pfender-Instituts" verwehrt.



Abb. 10: Mutmaßliche Fotomontage eines „Max Pfender Institut[es]".[1226]

5.5 Jubel, Trubel, Geschichtlichkeit – Der institutionelle Festkalender der BAM

Die federführenden Akteure des Materialprüfungsamtes beziehungsweise der Bundesanstalt fanden immer wieder Gelegenheit, verschiedene Feiern abzuhalten. Eine der wichtigsten Gelegenheiten waren Jubiläen, also das nach innen und außen kommunizierte Zelebrieren von Ereignissen, die für die eigene Geschichte als besonders relevant erachtet wurden. Dabei ist das „historische Jubiläum", so hat die einschlägige Forschung herausgestellt, „sicherlich eine der am häufigsten vorgenommenen Intervallsetzungen, mittels derer die regelmäßige Inszenierung der Eigengeschichte für die institutionelle Selbstvergewisserung und

1225 So die Auskunft auf Befragen des ehemaligen Präsidenten der BAM, Prof. Dr.-Ing. Horst Czichos, dazu.

1226 BAM-Archiv.

für die Formulierung zukunftsorientierter Geltungsansprüche eingesetzt wird."[1227] Kurzum: „Das Jubiläum indiziert Institutionalität." Warum ist das so? Die gefeierten Daten zeigen, dass das Amt/die Anstalt als eine Partikulargesellschaft mit einem ebenso partikularen Zeitregime erscheint, sie also einen eigenen Festkalender mit einer eigenen Zeitordnung entwickelte, die von den für die Institution und ihre Geschichte relevanten Ereignissen und Entwicklungen bestimmt war und für die Angehörigen dieser Gesellschaft verbindlich wirken sollte. Diese Art von institutionseigenem Zeitregime zeigt sich besonders bei Jubiläen. Gleichzeitig erwiesen sich die Erzählungen, die anlässlich der Jubiläen produziert wurden und durch die Platzierung in verschiedenen Kommunikationsräumen und Medien auf Dauerhaftigkeit abzielten, als eine Möglichkeit, neue „identitätsrelevante Bezugskollektive"[1228] zu etablieren oder bereits bestehende wieder in Erinnerung zu rufen. Für die Untersuchung von Institutionen sind Jubiläen, mit denen sie sich gleichzeitig nach außen hin von anderen Gemeinschaften oder Einrichtungen abgrenzen, von besonderem Interesse, da sie „mehr über die Jubelnden und ihre Zeit als über das Bejubelte und seine Geschichte"[1229] aussagen, so auch in dem hier betrachteten Fall. Es geht also darum, einmal mehr zu analysieren, wie das MPA und seine spätere Nachfolgeinstitution seine eigene Geschichte bei diesen selbst festgelegten, festlichen Anlässen nach innen und außen darstellte. Sowohl die Feierlichkeit selbst als auch die dort zum Ausdruck kommende historische Erzählung diente dabei stets den „Interessen der Gegenwart".[1230] Denn je länger eine Institution existiert, desto stärker ist die Tendenz, diese lange Dauer selbst zum Thema von „Geltungsgeschichte[n]" zu machen, die „präskriptiv" sind, „weil sie der institutionellen Ordnung Sinn und Normativität einschreiben."[1231] Die Jahrzehnte oder Jahrhunderte des

1227 Müller, Das historische Jubiläum, 2004, S. 7, und im Folgenden.

1228 Straub, Geschichte erzählen, Geschichte bilden, 1998, S. 129; Mitterauer, Millennien, 1998, S. 52, betont ebenfalls die diesbezügliche Funktion von Jubiläen: „Aus seinen religiösen Wurzeln hat das Feiern von Geschichte bei Jubiläen und Gedenktagen seine wichtigste Funktion übernommen: die Integration gesellschaftlicher Gruppen durch Identitätsbildung aus der Geschichte."

1229 Schmidt-Lauber, Die (sich) feiernde Universität, 2018, S. 99.

1230 Mitterauer, Millennien und andere Jubeljahre, 1998, S. 24.

1231 Vorländer/Melville, Geltungsgeschichten und Institutionengeltung, 2002, S. XI.

Bestehens erscheinen als ein Zeitraum der Bewährung und des Erfolges des jeweils Jubilierten, wobei die Berufung auf eine „50-, 100- oder gar 1000-jährige Tradition" als „legitimierender Altersnachweis und Ausdruck von Geschichtsbewusstsein" gilt.[1232] Zugleich wird der Blick in die Zukunft geworfen, denn „die bei Jubiläen zur Darstellung gebrachten Geschichten verlängern auch die Jubiläumskette – in normativierender Absicht – in die Zukunft hinein."[1233] Hierfür bieten sich insbesondere Gründungserzählungen oder -mythen an, denn diese repräsentieren das „konstitutive Ensemble von grundlegenden Vorstellungen, Normen, Werten und Symbolen."[1234] Der Umgang mit Vergangenheit wirkt im Sinne der „sozialen Binnenintegration, der kulturellen Identitätsbildung und der politisch-symbolischen Herrschaftslegitimierung".[1235] Eine solche, ‚von oben' angestrebte Binnenintegration kann allerdings nur dann gelingen, wenn eine institutionelle Selbst-Narration erzeugt wird, die von dem Gros der zu integrierenden Subjekte – also der Angehörigen der Partikulargesellschaft – akzeptiert wird und diese sich in der Erzählung wiederfinden respektive sich mit ihr identifizieren können.

Im Folgenden wird zu zeigen sein, welche Anlässe das Amt beziehungsweise die Anstalt für Jubiläumsfeiern nutzten, wie sie diese wiederum für ihre Selbst-Narration verwendeten und nicht zuletzt, welche Konflikte diese nach innen und außen zielenden Ereignisse kommunikativer Verdichtung hervorrufen konnten. Dabei wird deutlich, dass es dem Amt gelang, eine – auch durch einen institutionenspezifischen Festkalender – eigene Institutionalität auszubilden, die eigenen Erzählnormen gehorchte, die gegebenenfalls durch Sanktionen abgesichert wurden. Dies schien notwendig gewesen zu sein, weil diese Erzählung nie vollständig unumstritten war und sich außerdem im Laufe der Jahrzehnte zumindest leicht wandelte, was sich vor allem an der Behandlung des „Dritten Reiches" zeigen lässt. Im Ergebnis wird sichtbar, dass es den Akteuren gelang, über einen langen Zeitraum hinweg ein Deutungsmonopol über die Selbst-Narration aufrechtzuerhalten, das erst in jüngerer Zeit im Kontext einer neuen Thematisierungswelle der ‚braunen

1232 Müller, Das historische Jubiläum, 2004, S. 2.
1233 Vorländer/Melville, Geltungsgeschichten und Institutionengeltung, 2002, S. XII.
1234 Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg, 1999, S. 52.
1235 Reichel, Politik mit der Erinnerung, 1995, S. 21.

Wurzeln' bundesdeutscher Institutionen verloren ging. Nun schien eine neue, ‚von außen' formulierte Norm auf das Amt einzuwirken, also von der bundesdeutschen Gesellschaft oder politischen Akteuren auf die Partikulargesellschaft der BAM, die im Kern aussagte: Du sollst deine Geschichte von Historikern untersuchen lassen. Aus der Perspektive der über Jahrzehnte entstandenen Selbsterzählung des MPA beziehungsweise der BAM nach 1945 lässt sich diese Studie damit selbst als ein Bruch dieser alten, institutionellen narrativen Eigennormen verstehen.

Es waren im Grunde drei Ereignisse, welche von den Akteuren des Amtes als jubiläumswürdig erachtet wurden: Die Gründung des MPA beziehungsweise seiner Vorgängereinrichtung, der Versuchsstation zur Prüfung der Festigkeit von Eisen und Stahl im Jahre 1871, die Gründung des Königlichen Materialprüfungsamtes und der damit verbundene Einzug in die Gebäude am neuen Standort in Berlin-Dahlem im Jahre 1904, wo die Ressortforschungseinrichtung bis heute ihren Sitz hat, und schließlich die Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt im Jahre 1954. Es handelt sich dabei also um Einschnitte, die sich jeweils aus der institutionellen Eigengeschichte heraus rechtfertigten und nicht aus Ereignissen der allgemeinen oder politischen Geschichte. Die Jahre 1871 und 1954 waren mit der bereits mehrfach sichtbar gewordenen Erfolgsgeschichte verknüpft, die das Amt auf verschiedenen Ebenen sowohl in der internen als auch externen Kommunikation verbreitete – dies lässt sich auch bei den verschiedenen Jubiläumsfeiern beobachten. Es geht daher im Folgenden weniger darum, die auch bei diesen Anlässen genutzte Möglichkeit zur Konstruktion und Inszenierung einer Aufstiegsgeschichte noch einmal ausführlich und für jedes einzelne Jubiläum zu belegen, als vielmehr darum, auf welche Weise die Verantwortlichen die Feierlichkeiten darüber hinaus nutzten. Da die Jubiläen in gewisser Weise aufeinander aufbauten, bietet sich eine Analyse an, die der Chronologie der Ereignisse folgt, zugleich jedoch systematische Schwerpunkte setzt.

Das erste Jubiläum nach Ende des Zweiten Weltkrieges fand im Jahre 1954 statt, als es darum ging, „Die Eröffnung des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem am 1. April 1904" und den Einzug in die Gebäude auf dem Dahlemer Gelände zu feiern.[1236] Die Überlegungen zur

1236 Das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, seine Geschichte, seine Aufgaben und sein Wirken. Herausgegeben anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Amtes am 1. April 1904 [sic!], [April 1954], handschriftlich, BAM-Archiv, Fach 35-1.

Vorbereitung dieses Ereignisses belegen, dass bereits vor der Erhebung zur Bundesanstalt ein Bewusstsein für die eigene Geschichte mitsamt einem entsprechenden eigeninstitutionellen Festkalender existent war, die anlässlich dieser runden Zahl nach innen und außen vermittelt werden konnte. Schon auf einer Betriebsversammlung im April 1949 kam das Thema des zukünftigen Jubiläums zur Sprache, das in diesem Falle als eine Art Ansporn und Vorgabe zugleich fungierte, wenn es hieß, das Ziel sei es, „bis zum 50jährigen Jubiläum das Amt wieder voll leistungsfähig einzurichten".[1237] An dieser Aussage lässt sich ebenfalls ablesen, dass es mindestens auch um die Außenwirkung ging, sollte das Amt doch im Laufe der nächsten Jahre wieder zu einer ‚vorzeigbaren Einrichtung' gemacht werden. Das aus der Geschichte gewonnene Datum setzte den Akteuren ein Ziel, das zugleich eine normative Erwartung formulierte, nämlich bis zum Jahre 1954 wieder die alte Leistungsfähigkeit zu erreichen. Im Grunde gelang das auch, denn als sich der ins Auge gefasste Zeitpunkt knapp fünf Jahre später näherte, stand bereits die Erhebung zur Bundesanstalt auf der Agenda. Diese Binnenzäsur der Amtsentwicklung war den Verantwortlichen offenbar deutlich wichtiger, sodass die ursprünglich anvisierte Feier nun in die zweite Reihe rücken sollte. So wies Präsident Pfender im März 1954 darauf hin, dass es am 1. April 50 Jahre seien, „daß diese Gebäude teilweise bezogen worden" seien, sodass man „[o]ffiziell gesehen [...] 50jähriges Bestehen feiern" könne.[1238] Anlässlich dessen sollte auf Vorschlag des Leiters der Abteilung „Erdöl- und Kohle-Erzeugnisse", Dr. Franz Schlosser, „eine private Gruppe diesen Tag feierlich begehen und am Grabe von Martens einen Kranz oder ein Zeichen des Gedenkens" niederlegen. Diese bescheidenen und nicht auf eine besondere Kommunikation in die Öffentlichkeit hinein ausgerichteten Pläne ergaben sich daraus, dass man „zu einer Zeit zu feiern" gedachte, „die politisch günstiger ist und auch der Wertbeständigkeit des Amtes gerecht wird und nicht zu einem Zeitpunkt, in dem man uns vorwerfen könnte, gerade Bundesanstalt geworden zu sein", wobei es darüber hinaus unwahrscheinlich sei, „in 2 Tagen ein 50jähriges Jubiläum vorzubereiten."[1239]

1237 Betriebsversammlung im MPA am Montag, dem 4.4.1949, S. 1–7, BAM-Archiv, Fach 13-1, Ordner: Abteilungsleiterbesprechung 1949/1952.

1238 Niederschrift über die außerordentliche Besprechung mit den wissenschaftlichen Angehörigen des Materialprüfungsamtes am 29. März 1954, S. 1–15, hier: S. 14, BAM-Archiv, Fach 13-2, und im Folgenden.

Die Erhebung zur Bundesanstalt erschien also als die relevantere Zäsur, gerade auch für die Außenkommunikation, und sollte sich offenbar nicht mit dem binneninstitutionellen Festkalender schneiden, weshalb man schließlich übereinkam, diesen „Zeitpunkt nicht als 50Jahr-Bestehen anzusehen" und „am 1.4. keine offizielle Feier" zu begehen.[1240] Im Archiv der BAM befindet sich zudem ein handschriftliches Manuskript mit dem Titel: „Das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, seine Geschichte, seine Aufgaben und sein Wirken", das „anlässlich des 50jährigen Bestehens des Amtes am 1. April 1954" herausgegeben werden sollte.[1241] Ob es schließlich in dieser Form im Druck erschien, liegt nahe, lässt sich allerdings nicht mit Sicherheit sagen. Die Existenz dieses mehrseitigen Dokumentes zeigt jedoch, dass die erste Möglichkeit, ein Jubiläum zu feiern, durchaus einige Bemühungen in Gang setzte, es hier also ein Bewusstsein für den eigenen Festkalender und dessen Bedeutung gab. Der Zufall der Doppelereignisse im Jahre 1954 ließ es jedoch schlichtweg nicht günstig erscheinen, in diesem Jahr offiziell eine größere Jubiläumsveranstaltung zu begehen – hier nun schlug das für die Außenkommunikation offenbar vorrangig priorisierte und höher hierarchisierte Ereignis der Erhebung des Amtes zur Bundesanstalt die erinnerungspolitischen Bestrebungen anlässlich der Möglichkeit, das 50-jährige Bestehen in einem größeren Rahmen zu jubilieren. Gleichwohl sollten sich die Angehörigen der MPA-Gemeinschaft das Jubiläumsdatum vergegenwärtigen, denn es wurde darüber hinaus beschlossen, die Betriebsversammlung an ebendiesem Tag „abzuhalten und in einer kurzen Ansprache auf diese Tatsache hinzuweisen."[1242] Die

1239 Weshalb die Zeit zwischen 1949 und 1954 nicht dazu genutzt worden war, eine Jubiläumsfeier vorzubereiten, scheint sich schlicht aus dem Umstand heraus ergeben zu haben, dass während dieser Jahre Anderes Priorität gehabt hatte, nämlich wahrscheinlich insbesondere die Anstrengungen zur Übernahme des Amtes auf den Bund.

1240 Niederschrift über die außerordentliche Besprechung mit den wissenschaftlichen Angehörigen des Materialprüfungsamtes am 29. März 1954, S. 1–15, hier: S. 14, BAM-Archiv, Fach 13-2.

1241 Das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, seine Geschichte, seine Aufgaben und sein Wirken. Herausgegeben anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Amtes am 1. April 1904, [handschriftliches Manuskript], BAM-Archiv, Fach 35-1.

1242 Niederschrift über die außerordentliche Besprechung mit den wissenschaftlichen Angehörigen des Materialprüfungsamtes am 29. März 1954, S. 1–15, hier: S. 14, BAM-Archiv, Fach 13-2.

Problematik der sich überschneidenden Ereignisse in der Außenwahrnehmung des Amtes und seiner Feierlichkeiten bedeutete also keineswegs, das Jubiläum nicht wenigstens für interne Zwecke zu nutzen, nämlich zur Binnenintegration des Amtes und seiner Belegschaft durch die Erinnerung an die gemeinsame, lange Geschichte und Tradition der Institution.

Eine wesentlich bedeutendere Rolle nahm die Hundertjahrfeier der BAM im November 1971 ein. Die verantwortlichen Akteure der Bundesanstalt, insbesondere der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Präsident Max Pfender und der ehemalige Leiter der Dienststelle „Schrift-, Bild- und Vortragswesen", Walter Ruske,[1243] legten großen Wert darauf, die anlässlich des runden Geburtstages veranstaltete

1243 Walter Ruske (1921–1987), 1928 bis 1932 Volkshochschule Berlin, Februar 1940 Reifeprüfung, März bis August 1940 Reichsarbeitsdienst, anschließend Immatrikulation an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, dort Vorlesungen und Übungen für Chemie, September 1940 bis Januar 1941 Werkstudent am StMPA, überwiegende Tätigkeit im Fachbereich „Kunststoffe" von Nitsche, Februar 1941 bis April 1945 Wehrmacht, währenddessen reger Briefwechsel mit Nitsche, April 1945 bis Juni 1946 englische Kriegsgefangenschaft, anschließende Tätigkeit bei der Schering AG im Werk Berlin-Charlottenburg auf dem bakteriologischen Gebiet, Mai 1947 Wiederzulassung zum Studium an der HU Berlin, Juni 1952 Dipl.-Chem., anschließende Anstellung als Wissenschaftlicher Assistent am Chemischen Institut, Juni 1958 Habilitation an der HU Berlin, Januar 1963 Mitarbeiter der BAM als Leiter der Fachgruppe „Kautschuk, Kunst- und Anstrichstoffe", 1967 venia legendi für das Lehrgebiet „Geschichte der Chemie" durch die TU Berlin, April 1965 Leiter der Dienststelle „Information und Dokumentation", Mai 1954 Ernennung zum Oberregierungsrat, 1968 wohl Leitung der Dienststelle aufgrund seiner Alkoholsucht entzogen, anschließend mit Abfassung der Festschrift beauftragt, Vorruhestand, 1972 Ruhestand, langjähriges Mitglied der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh); Ruske, Walter: Versuche zur Darstellung von Aminosäure-tert.-butylestern und über die Darstellung einer Verbindung mit aktivem Fluoratom zur kolorimetrischen und papierchromatographischen Bestimmung von Aminosäuren, Diss. Univ. Berlin 1955; Nitsche, Zeugnis-Entwurf, 1.2.1941, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]; Briefwechsel zwischen Nitsche und Ruske in BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]; Walter Ruske, Lebenslauf, 28.4.1967, BAM-Archiv, Fach 40-2, Ordner: 1.3 Biographien Mitarbeiter M-Z; Gestorben, in: Nachrichten aus Chemie, Technik und Laboratorium 35 (1987), S. 1184; Max Pfender: Vertraulicher Vermerk zum 70. Geburtstag von Margarete Mennigen, Berlin, 24.9.1987, BAM-Archiv, Fach 32-1, Ordner 0.2.

Feier rechtzeitig nach innen und außen anzukündigen, diese in all ihren Facetten zu dokumentieren und einen großen Jubiläumsband mit geschichtswissenschaftlichem Deutungsanspruch zu produzieren. Gleichzeitig gelang es, das 100-jährige Bestehen auch auf einer symbolischen Ebene in der Öffentlichkeit sichtbar werden zu lassen: So gab etwa die Landespostdirektion Berlin ein „Sonderpostwertzeichen ‚100 Jahre Materialprüfung in Berlin 1871 – 1971'" heraus und auch die Umbenennung einer anliegenden Straße in „Adolf-Martens-Straße" gelang und wurde im Rahmen des Festaktes enthüllt.[1244] Es war also alles dafür vorbereitet, sowohl einer breiten Öffentlichkeit die eigene Geschichte vor Augen zu führen als auch diesen Anlass intern für binnenintegrative und identitätsstiftende Zwecke zu nutzen. Dabei stand das Jahr 1971 nicht nur im Zeichen der Gründungsfeier der Bundesanstalt, sondern stand wiederum im Kontext weiterer Jubiläen, von denen das „zweite Geburtstagskind" der *Deutsche Verband für Materialprüfung (DVM)* war, der 75 Jahre alt wurde, und das „dritte Geburtstagskind" der *Fachnormenausschuss Materialprüfung (FNM)* im *Deutschen Normenausschuss (DNA)*, der 25-Jähriges feierte.[1245] Entsprechend wurde in der internen Mitarbeiterzeitschrift bereits einige Monate vor der Veranstaltung eine Mitteilung an „alle Mitarbeiter der BAM betr. Hundertjahrfeier der BAM" lanciert, in der auf „die diesjährigen Jubiläen des Materialprüfwesens aufmerksam gemacht und herzlich dazu eingeladen" wurde.[1246]

Am 10. November fand der Festakt in der Berliner Philharmonie statt, über den die „*BAM*-Information" ausführlich berichtete und sämtliche Reden abdruckte, sodass alle, die keine Gelegenheit gehabt hatten, an diesem teilzunehmen, nun medial an dem Ereignis partizipieren konnten.[1247] Da Pfender mit der Zeitschrift überdies den Anspruch

1244 An alle Mitarbeiter der BAM Betr. Hundertjahrfeier der BAM, in: BAM-Information 8 (1971), S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1245 Die zweite Ansprache hielt Dipl.-Ing. Nikolaus *Ludwig*, Direktor des Deutschen Normenausschusses, in: BAM-Information 1 (1972), S. 4 f., BAM-Archiv, Fach 3-1.

1246 An alle Mitarbeiter der BAM Betr. Hundertjahrfeier der BAM, in: BAM-Information 8 (1971), S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1247 Festakt in der Philharmonie am 10. November 1971 anläßlich der 100-Jahrfeier der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM), 75-Jahrfeier des Deutschen Verbandes für Materialprüfung (DVM) und 25-Jahrfeier des Fachnormenausschusses Materialprüfung im DNA, in: BAM-Information 1 (1972), S. 1–14, BAM-Archiv, Fach 3-1.

verfolgte, diese solle zum einen das Geschehen innerhalb der Anstalt im Schriftlichen fixieren und auf Dauer stellen und zum anderen für alle Mitarbeiter eine Art Privatarchiv bilden, ging auch diese Feier in das institutionelle Gedächtnis beziehungsweise das Familiengedächtnis der BAM-Familie über. Anlässlich der Feier war erneut hohes politisches Personal zusammengekommen. Zwar erschien dieses Mal nicht der Bundeswirtschaftsminister selbst, aber dafür hielt der zuständige Staatssekretär der vorgeordneten Behörde und spätere Chef der Treuhand, der im Jahre 1991 von der RAF erschossen wurde, Detlev Rohwedder,[1248] eine Festrede, in der er besonders das Wesen und die Funktion der BAM als Ressortforschungseinrichtung sowie deren Bedeutung für Staat, Wissenschaft und Wirtschaft herausstellte. Hierbei zog er eine lange Kontinuitätslinie bis ins Kaiserreich, denn schon 1914 habe man das Königliche Materialprüfungsamt in einer Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses „als ein ‚Reichsgericht in technischen Sachen' apostrophiert."[1249] Der Redner betonte vor allem das hier produzierte Expertenwissen, da die „Bundesanstalt mit der Autorität ihres Sachverstandes oft letzte Instanz" sei. Experten gelten gemeinhin als diejenigen Akteure, die sich auf einen bestimmten säkularisierten Wissensbestand berufen können, über den nur sie oder wenige verfügen. Damit beruht die Stellung als Experte primär auf Anerkennung.[1250] Diese Anerkennung ließ Rohwedder deutlich werden, indem er davon sprach, dass der Anstalt „damals wie heute Würde zuerkannt" werde,[1251] wobei er gleichzeitig den Topos von Wissenschaft als einer objektiven, interessenungebundenen Suche nach der ‚Wahrheit' bemühte, was umso bemerkenswerter ist, als das in Ressortforschungseinrichtungen produzierte Wissen zwar disziplinär rückgebunden, doch zugleich auch das Produkt politischer Auftragsforschung ist. Es liegt daher nahe, dass die folgende Formulierung vornehmlich legitimatorischen Zwecken für

1248 Vgl. hierzu Terhoeven, Rote Armee Fraktion, 2017, S. 105 f.

1249 Dr. Detlev *Rohwedder*, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, hielt die erste Ansprache, in: BAM-Information 1 (1972), S. 2–4, hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1250 Engstrom/Hess/Thoms, Figurationen des Experten, 2005, S. 8–12; Schützeichel, Laien, Experten, Professionen, 2007, bes. S. 549–550; Leendertz, Experten, 2012, bes. S. 338, S. 343–347.

1251 Dr. Detlev *Rohwedder*, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, hielt die erste Ansprache, in: BAM-Information 1 (1972), S. 2–4, hier: S. 2, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

politische Entscheidungen dienen sollte, die auf dem in der Bundesanstalt produzierten Wissen fußten: „Es ist die Würde, die aus der Achtung entspringt, die der Wissenschaft entgegengebracht wird, weil sie der Wahrheit dient. Und nur wer diesen Anspruch erfüllt, erwirbt die Autorität [...], eine Autorität [...] hohen Ranges." Der Staatssekretär führte im Folgenden das Wesen der Ressortforschung vor Augen, die letztlich den institutionellen Rahmen schuf, in dem die zuvor genannte Autorität der Wissenschaft überhaupt erst erworben werden könne. So gedeihe die „Autorität der Wissenschaftler [...] am ehesten jenseits der Arena der Interessenkämpfe" und wachse „in unabhängigen Institutionen, die dem Allgemeinen, dem Dauernden, dem Unverkäuflichen dienen, wie diese BAM, und die das gesunde Staatswesen" brauche, „zu dessen Merkmalen es gehört, daß es neben ihm möglichst viel Eigenleben gibt [...] – hier wissenschaftliches –, staatsfreie Sphären, Selbstverwaltung, Autonomien." Die Aufgaben der Ressortforschungseinrichtung fasste er kurz zusammen: „Diese doppelte Aufgabe, das Wirken im Dienste der Wissenschaft und im öffentlichen Interesse, gehört auch heute noch zu den vornehmsten Aufgaben dieser Anstalt."[1252] Rohwedder bestätigte nicht zuletzt auch die Selbsterzählung der Anstalt mit ihren zwei Gründungszäsuren, nämlich 1871 und 1954, indem er ausführte, dass das Amt als Bundesanstalt zwar „eine noch sehr junge Institution" sei, dennoch feiere man „dieses Jubiläum zu Recht, weil die Tradition genutzt und die wissenschaftliche Arbeit dem technologischen Wandel entsprechend fortgeführt worden" sei. Die Aufstiegsgeschichte einer der „großen deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen mit international anerkanntem Ruf" verknüpfte Rohwedder in personalisierendem Sinne direkt mit dem Präsidenten Pfender, dem „unser Dank für das wissenschaftliche Engagement ebenso wie für den persönlichen Einsatz in all den Jahren" gelte. Mehr noch trug er zu dessen Ikonisierung bei: „Den Aufschwung, den die Anstalt unter Ihrer Präsidentschaft genommen hat, werden Zeitgenossen und Nachfolger stets als Ihre großartige persönliche Leistung würdigen." Es mag nicht verwundern, dass der Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums insbesondere die wirtschaftlichen Aspekte in den Vordergrund seiner Rede stellte und die Jubilarin ebenfalls in diesen Zusammenhang einordnete: So sei „[w]issenschaftlicher und technischer Fortschritt [...] in unserer

1252 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 3 f.

modernen Industriegesellschaft der Motor für wachsenden Wohlstand in unserer Bevölkerung".[1253] Die eigene „Stellung in der Welt" könne nur mit Wirtschaftswachstum behauptet werden, denn dieses sei notwendig, um „unseren gesellschaftlichen Aufgaben gerecht" zu werden.[1254] Gehe man hiervon aus, so ergebe „sich daraus eine Arbeitsteilung für Politik und Wissenschaft", womit er gleichzeitig die Bedeutung der Ressortforschung überhaupt herausstellte:

> „Die Politik muß die Erkenntnis [...] durchsetzen, nämlich daß das Streben der Unternehmen nach Gewinn [...] notwendig ist, wenn wir unser Land voranbringen wollen. Um es im Klartext zu sagen: Gewinn ist erwünscht, förderungswürdig und schutzbedürftig [...]. Ohne Gewinne gibt es keine Investitionen, ohne Investitionen keine Realisierung von Innovation und ohne sie nur Stagnation. Man scheut sich, solche Binsenweisheit wieder einmal auszubreiten. Und doch ist es notwendig, angesichts der landauf-landab gängig gewordenen Verteufelung des Gewinns als eines widerwärtigen kapitalistischen Erzübels."

Daran anknüpfend explizierte Rohwedder nun den Teil der Wissenschaft respektive der Bundesanstalt: „Die technologischen Bedingungen für die Erreichung dieses Ziels zu setzen ist Sache der Wissenschaftler und Techniker, also Ihre Aufgabe, meine Damen und Herren von der BAM." Hierfür werde die Bundesregierung die Voraussetzung schaffen, soweit es ihr möglich sei, entscheidend für den Erfolg blieben jedoch „wissenschaftliche Leistung und persönlicher Einsatzwille aller Mitarbeiter."

Ein weiterer Festredner bei der Hundertjahrfeier in der Berliner Philharmonie war der damalige Direktor des *Deutschen Normenausschusses (DNA)*, Dipl.-Ing. Nikolaus Ludwig, den selbst eine lange Geschichte mit der Bundesanstalt respektive ihren Vorgängeranstalten verband: Ludwig war bereits im Jahre 1938 in das StMPA eingetreten

1253 Nebenbei bildet dieses Zitat einen Beleg für die Persistenz des Fortschrittsdenkens in den 1970er Jahren vgl. hierzu allg. Graf, Totgesagt und nicht gestorben, 2016, bes. S. 96–98.

1254 Dr. Detlev *Rohwedder*, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, hielt die erste Ansprache, in: BAM-Information 1 (1972), S. 2–4, hier: S. 4, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

und hatte auch nach Kriegsende noch im MPA gearbeitet.[1255] Damit sprach er also nicht zuletzt auch vor einigen seiner ehemaligen Kollegen, mit denen ihn eine eigene Geschichte verband, die besonders von der unmittelbaren Nachkriegszeit geprägt gewesen sein musste und die ihn zu einem Teil der MPA-„Schicksalsgemeinschaft" nach dem „Zusammenbruch" des Jahres 1945 gemacht hatte. In seiner Funktion als Direktor des DNA erzählte er nun noch einmal die Aufstiegsgeschichte der BAM und verknüpfte sie mit dem technisch-wissenschaftlichen Fortschritt. Die Erzählung wies dabei eine Eigenschaft auf, die typisch für diejenige Art war, wie die BAM-Geschichte vielfach generell erzählt wurde, denn einerseits erschien diese als Institution mit einer langen und ehrwürdigen Tradition von hundert Jahren, andererseits konzentrierte sich die Darstellung weitgehend auf die Zeit nach 1945.[1256] Hier zeigt sich, dass die politischen Zäsuren mindestens implizit

1255 Nikolaus Ludwig (1911–1980), Dipl.-Ing., 1938 Eintritt in das StMPA als Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, 1941 Stellv. Leiter des Fachbereichs „Mechanische Technologie" der Abteilung „Metallkonstruktionen" in der I. Hauptabteilung „Metalle und Metallkonstruktionen", in der Kriegszeit Ukgestellt, 1943 Leiter der Abteilung „Mechanische Technologie der Metalle", 1945 Übernahme in das MPA als Wissenschaftlicher Mitarbeiter, 1947 Mitbegründer des Fachnormenausschusses Materialprüfung (FNM) beim Deutschen Normenausschuss (DNA), 1948 Leiter der Geschäftsstelle des FNM in der Materialprüfungsanstalt Stuttgart, 1959 geschäftsführendes Vorstandsmitglied im Vorstand des DVM, 1962 Direktor des DNA in Berlin, 1966 Mitglied des Kuratoriums der BAM; Organisation des StMPA, 1. April 1940, BAM-Archiv, Fach 20; Personalliste Fachbereich I B 1 [Mechanische Technologie], Stand vom 1. April 1942, BAM-Archiv, Ordner: Angest.-Bezüge u. Angest.-Vers.-Beiträge; Erich Siebel an den Reichsminister, REM, Betr. Verlängerung der Uk-Stellung des Wissenschaftlichen Angestellten Dipl.-Ing. Nikolaus Ludwig, 10.3.1942, BArch, R 4901/14107, Bl. 37; Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20; Ludwig, Nikolaus: Der Fachnormenausschuß Materialprüfung. Gründung – Organisation – Aufbau, in: Materialprüfung 1 (1959), S. 25 f.; Pfender, Max: Nikolaus Ludwig zum 50. Geburtstag, in: Materialprüfung 3 (1961), S. 430; DVM Vorstands- und Beirats-Sitzung und außerordentliche Mitgliederversammlung am 18. Juni 1959 in Frankfurt/M, in: Materialprüfung 1 (1959), S. 402 f.; Dipl.-Ing. Nikolaus Ludwig zum 60. Lebensjahr, in: Materialprüfung 13 (1971), S. 398.

1256 Die zweite Ansprache hielt Dipl.-Ing. Nikolaus *Ludwig*, Direktor des Deutschen Normenausschusses", in: BAM-Information 1 (1972), S. 4 f., BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 5.

relevant wurden, wenn die institutionellen Einschnitte gefeiert wurden, da das Zäsurjahr 1945 darüber bestimmte, was in welchem Konkretionsgrad erzählt werden konnte. Einerseits wollten die Akteure nicht auf die Legitimierung durch eine lange Tradition verzichten, andererseits durfte diese nicht zu konkret werden, um mögliche unliebsame Fragen zu verhindern, die letztlich wieder delegitimierend hätten wirken können. Es handelte sich also um die *Konstruktion von Tradition mit selektiver Vergangenheitserzählung*.

Bemerkenswerterweise ging Ludwig als ehemaliger Angehöriger der MPA-Partikulargesellschaft auch auf die Binnenintegration der Institution ein, indem er selbst einmal mehr die klassen-, alters-, geschlechter- und statusübergreifende BAM-Familie bemühte, welcher der Erfolg der Anstalt zu verdanken sei: „Werkstoffprüfer und Werkstoffprüferinnen, vom Präsidenten Max Pfender bis hin zur jüngsten Laborantin." Die Mitarbeiter hätten zwar „auf eine Karriere, die zu Macht und Reichtum führt, verzichtet", hätten als Ausgleich aber „das Juwel der Objektivität und der Neutralität für sich gewonnen." Der im Vergleich zur Industrie verhältnismäßig geringe materielle Verdienst, den die Bundesanstalt bot, wurde hier bewusst ideellen Werten reiner Wissenschaftlichkeit gegenübergestellt, die dem Allgemeinwohl dienten.

Auch Max Pfender trat bei der Hundertjahrfeier auf das Podium und setzte einige spezifische Schwerpunkte: *Erstens* erzählte er einmal mehr die Gründungsgeschichte als Leistung des Gründervaters Adolf Martens und personalisierte damit die eigene Geschichte. *Zweitens* bezog er die CTR als zweite große institutionelle Wurzel mit in die Erzählung ein. Auch hier findet sich wieder das Muster einer langen Tradition mit selektiver Vergangenheitserzählung, wobei der wichtigste Ausgangspunkt dieser Tradition die Gründung der Reichsanstalt nach Ende des Ersten Weltkrieges war. Der Präsident präsentierte die Geschichte der CTR, die „schon von ihrer militärischen Wurzel her eine mit der Politik eng verknüpfte Geschichte mit entsprechend unruhiger Entwicklung" habe,[1257] mit dem besonderen Fokus auf die erste Konversion der Institution hin zu einer – zumindest offiziell – zivilen Ressortforschungseinrichtung: „Erst nach dem ersten Weltkrieg wurde sie mit ihren grundsätzlich konzipierten Aufgaben der

1257 Der Präsident der BAM dankte mit folgenden Aussagen, in: BAM-Information 1 (1972), S. 6–9, hier: S. 6, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden S. 6 f.

Sicherheitstechnik verläßlich fundiert und über lange Jahrzehnte dann von deren Präsident, Professor Rimarski, [...] geleitet und zu großer Bedeutung geführt." Zumindest in der Rede anlässlich des feierlichen Ereignisses fand die beinahe allumfassende Involvierung der Anstalt in rüstungsbezogene Arbeiten und Forschungen während der NS-Zeit und insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, die 1945 zu ihrer Auflösung geführt hatte, keine Erwähnung. Dagegen personalisierte Pfender die Geschichte der CTR, die er als eine seit Ende des Ersten Weltkrieges auf dem Gebiet der „Sicherheitstechnik" arbeitende Behörde auswies, durch den erinnerungspolitisch wichtigsten Akteur, Walter Rimarski, dessen Tochter „als Ehrengast" zugegen war und die der BAM-Präsident explizit begrüßte. Obwohl Rimarskis Tochter eigentlich keinen Bezug zu CTR oder BAM aufwies, schien ihre familiäre Verbindung auszureichen, um sie als eine Art Erbin zu behandeln. Die Familiengenealogie wurde hier also mit der institutionellen Geschichte so verknüpft, dass auch sie als Teil der erweiterten BAM-Familie galt und deshalb auch die CTR repräsentieren konnte. In seiner Festrede bemühte sich Pfender darum, die eigenen Leistungen in besonderem Maße herauszustellen. Diese Passagen sollten sich offenbar vor allem an die eigene Belegschaft wenden, ging es doch darum, deren Arbeit aufzuwerten und sie mit der institutionellen Erfolgsgeschichte nach 1945 in Verbindung zu bringen. So sei nach Kriegsende etwas gelungen, was ihnen „ganz ungewöhnlich" erschienen sei: Die „Fachgenossen [...] im Ausland [...] distanzierten sich von der Kollektivschuldthese und boten uns ohne Vorbehalt die Hand." In diesen Worten erschien die eigene Institution als unschuldig, was hier durch den Hinweis auf ausländische Wissenschaftler bestätigt wurde, die eben gerade nicht an eine Kollektivschuld aller Deutschen geglaubt hätten,[1258] was implizierte, sie hätten vielmehr die Materialprüfer individuell beurteilt und dabei erkannt, dass diese schlicht Wissenschaftler gewesen seien. Sodann ging auch Pfender auf die „Symbiose aller vier Bereiche, also der Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft und der Politik" ein – wie sie also in der jubilierenden Ressortforschungseinrichtung stattfand – und bezeichnete diese in modernen Staaten nicht

1258 Pfender rief damit eine der Standardfunktionen der Kollektivschuldrhetorik ab. Vgl. zu den Funktionen der Kollektivschuldthese sowie deren Kontexte: Frei, 1945 und wir, 2005, S. 145–155; ders., Kollektivschuldthese und Vergangenheitspolitik, 2014; Friedmann/Später, Britische und deutsche Kollektivschuld-Debatte, 2002.

nur als „eine wünschenswerte Zweckmäßigkeit", sondern als „eine notwendige Voraussetzung dafür, daß man die Zukunft gewinnen" könne.[1259] Nicht nur nutzte der Redner die Gelegenheit also dazu, die eigene Bedeutung für Gegenwart und Zukunft nach außen zu kommunizieren, also eine „Geltungsgeschichte"[1260] der BAM zu erzeugen, die deren Daseinsberechtigung begründete und künftige Existenz sowie gleichermaßen mögliche Ansprüche legitimierte. Vielmehr sollten auch die Mitarbeiter der BAM sich der Bedeutung ihrer Arbeitsstätte gewahr werden, denn diese könnten „durchaus glücklich sein[,] [...] mit einer so vielfältigen Aufgabe, die ihnen aufträgt, nach der Wahrheit zu suchen."[1261] Dementsprechend befriedige es, „sich dieser Aufgabe, wenn auch manchmal bei begrenzten Einkommensmöglichkeiten, ganz zu widmen." Pfender nutzte das Jubiläum also dazu, ebenfalls zu versuchen, mangelnde materielle Perspektiven durch eine Berufung auf die ideellen Werte und die Bedeutung der Institution für den modernen Staat und seine Zukunftsfähigkeit auszugleichen. Dies erklärt auch das übersteigerte Pathos seiner Rede, in der er davon sprach, dass es „[f]ür jeden Aufrechten, Mutigen, Wissenden und, sagen wir es auch, für jeden, der auf seine persönliche Geltung mitbedacht ist, [...] Freude und Genugtuung sein" könne, in der BAM tätig zu sein.

Die hohe Bedeutung der eigenen Arbeit für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft spielte auch in der Dokumentation der Feier in der „*BAM*-Information" eine große Rolle. Die Redaktion ergänzte den Artikel zu der Festveranstaltung in der Philharmonie durch den Hinweis, dass, „[n]eben wundervollen Blumenspenden" und persönlichen Glückwünschen, „20 Telegramme und rd. 200 Brief- und Kartenglückwünsche" zum 100. Jubiläum eingegangen seien, von denen die Zeitschrift auf drei ganzen Seiten eine Auswahl mit Auszügen von Glückwunschschreiben aus dem In- und Ausland präsentierte.[1262]

1259 Der Präsident der BAM dankte mit folgenden Aussagen, in: BAM-Information 1 (1972), S. 6–9, hier: S. 8, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1260 Laut dem Politikwissenschaftler Hans Vorländer und dem Historiker Gert Melville seien es vor allem „Geltungsgeschichten, die institutionelle Stabilisierungsleistungen erbringen" und den „Institutionen Dauer, Legitimität und Identität" verleihen würde. Siehe hierzu ausführlich Vorländer/Melville, Geltungsgeschichten und Institutionengeltung, 2002, S. I.

1261 Der Präsident der BAM dankte mit folgenden Aussagen, in: BAM-Information 1 (1972), S. 6–9, hier: S. 9, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.



Abb. 11: Präsident Max Pfender beim Festakt zum hundertjährigen Jubiläum der BAM in der Berliner Philharmonie am 10. November 1971.[1263]

Diese führten ihren Lesern die nationale und internationale Relevanz der BAM sowie ihre gute Vernetzung in sämtliche gesellschaftliche Teilbereiche vor Augen. Die aufgeführten Gratulanten lassen sich in vier größere Gruppen einteilen: *Erstens*: Akteure aus der Wirtschaft, darunter *AEG-Telefunken* (Berlin), *Farbwerke Hoechst* (Frankfurt am Main), *Dynamit Nobel AG* (Troisdorf) oder *WASAG Chemie* (Essen). *Zweitens*: Angehörige des wissenschaftlichen Betriebes, etwa Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Beitz (TU Berlin Institut I für Maschinenelemente), Obering. Dipl.-Ing. Farnbacher (TU, Berlin, Institut für Schweißtechnik) oder o. Prof. Dr. Karl Löhberg (TU Berlin, Institut für Metallkunde). *Drittens*: Angehörige aus dem politischen, öffentlichen oder behördlichen Bereich wie die Schwesteranstalten der BAM, die *Biologische Bundesanstalt*

1262 Abendempfang des Präsidenten im Großen Saal der BAM, in: BAM-Information 1 (1972), S. 21–24, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1263 Festakt in der Philharmonie am 10. November 1971 anläßlich der 100-Jahrfeier der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM), 75-Jahrfeier des Deutschen Verbandes für Materialprüfung (DVM) und 25-Jahrfeier des Fachnormenausschusses Materialprüfung im DNA, in: BAM-Information 1 (1972), S. 1–14, hier: S. 1, BAM-Archiv, Fach 3-1.

für Land- und Forstwirtschaft und die *Physikalisch-Technische Bundesanstalt*, die Berliner Feuerwehr, das *Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Bundesgesundheitsamtes Berlin* oder der Bundesminister für Verkehr. *Viertens*: Vertreter von technisch-wissenschaftlichen Verbänden, unter anderem vom *Verband Deutscher Elektrotechniker*, von der *American Society for Nondestructive Testing* oder dem *Deutschen Verband für Schweißtechnik*. Unter den abgedruckten Glückwünschen, durch welche das weitreichende Netz der BAM demonstriert werden konnte, befand sich bemerkenswerterweise auch einer der Tochter von Walter Rimarski, also einer Angehörigen der erweiterten BAM-Familie: „Ihre Feier war in tadellosem Rahmen sehr würdig, hervorragend organisiert und geführt und damit auf besonders hohem Niveau. Es war in der Tat ein Genuß, sie erleben zu dürfen."

Es blieb nicht bei dieser selbstversichernden Kommunikation nach innen, denn insbesondere eine Person machte sich daran, die Geschichte der Bundesanstalt mit einem umfassenden Werk anlässlich des hundertjährigen Jubiläums auch in die (Fach)Öffentlichkeit zu transferieren. Walter Ruske publizierte zwar auch einen längeren Beitrag zum Thema „100 Jahre Materialprüfung in Berlin" in der Fachzeitschrift „Chemie Ingenieur Technik",[1264] dieser präsentierte jedoch lediglich eine Art Kurzfassung des Jubiläumsbandes mit demselben Titel, weshalb letzterer hier im Folgenden im Vordergrund steht. Zunächst ist zu bemerken, dass diese 460 Seiten umfassende Monografie im Eigenverlag der BAM erschienen war.[1265] Das Werk legte seinen Lesern gegenüber nicht offen, dass Ruske selbst während des Zweiten Weltkrieges im StMPA gearbeitet hatte und wies lediglich darauf hin, dass er gegenwärtig Teil dieser Institution sei, wodurch unklar blieb, dass der Autor letztlich mitunter über einige seiner (ehemaligen) Kollegen schrieb. Von außen wirkte der Jubiläumsband wie eine wissenschaftliche Darstellung, denn er verfügte über einen Anhang, Fußnoten, Belege für die verwendeten Quellen und Literatur und vertrat auch im Vorwort den Anspruch, mehr zu sein als eine bloße Festschrift. Denn im Gegensatz zu anderen Publikationen „wie sie von einigen Firmen in dem Glauben herausgegeben wurden, mit dem Aneinanderreihen von Namen und

1264 Ruske, Walter: 100 Jahre Materialprüfung in Berlin, in: Chemie Ingenieur Technik 44 (1972), S. 544–547, BAM-Archiv, Fach 4-1.

1265 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971.

Daten eine Kette leuchtender Perlen geschaffen zu haben“,[1266] wollte Ruske nicht nur eine derartig gestaltete Institutionengeschichte erzählen, sondern auch die „Überlegungen und Tendenzen [...] der allgemeinen historischen Situation [...] reflektieren.“ Wenngleich sich der Autor auch Archivalien und weiterer Quellen bediente, so bewegte er sich doch mindestens in einem gewissen Maße im Rahmen der Leitlinien, die durch die Dokumentensammlung seines Vorgängers Alois Leitner aus dem Jahre 1957 gesetzt worden waren und die wiederum auf einer Zusammenstellung von Schrifttum des ehemaligen NS-Amtspräsidenten Erich Seidl aus den 1930er Jahren gefußt hatte. Ein Teil der Quellengrundlage weist also in gewisser Hinsicht eine mediale Kontinuität vom „Dritten Reich“ in die 1970er Jahre auf, wobei das Vorwort nur die Dokumentensammlung von 1957 nannte.

Abgesehen davon unterschied sich das Werk allerdings doch deutlich von den bisherigen Ansätzen des Amtes beziehungsweise der Anstalt zur Selbsthistorisierung und -erzählung, denn hier spielte die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges eine relativ große Rolle. Insofern handelte es sich allem Anschein nach um die erste Darstellung, die das „Dritte Reich“ umfassender thematisierte. Es gab also offenbar Ende der 1960er beziehungsweise Anfang der 1970er Jahre einen Wandel hinsichtlich der Thematisierungsfähigkeit oder -notwendigkeit dieser Jahre. In dem Buch wurde die NS-Zeit nicht mehr einfach nur be- oder verschwiegen oder durch wenige Sätze schnellstmöglich abgehandelt, sondern umfasste hier für beide der institutionellen Wurzeln der BAM – das StMPA und die CTR – zahlreiche Seiten. Gerade deshalb ist es interessant zu untersuchen, wie diese Jahre hier dargestellt und mit der institutionellen Selbst-Narration verknüpft wurden. Die Art der Darstellung und die Hauptlinien der Erzählung lassen sich an aufschlussreichen Passagen nachvollziehen und werden daher hier exemplarisch dargestellt. Diese Passagen zeigen zwar eine Zunahme der Thematisierungsdichte, was aber nicht bedeutete, dass dadurch alle bis dahin geltenden Erzählnormen überwunden worden wären. Denn die institutionelle Selbst-Narration gehorchte nach wie vor institutionellen, legitimatorischen und binnenintegrativen Eigeninteressen, die dafür sorgten, dass die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zwar ausgeweitet wurde, aber letztlich doch begrenzt blieb.

1266 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 1, und im Folgenden S. 4, 6.

Der Jubiläumsband lässt sich damit in gewisser Weise auch als repräsentativ für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der deutschen Gesellschaft überhaupt verstehen.[1267]

Für den Überblick zur Gliederung der Monografie ist es zunächst von Relevanz, darauf zu achten, mit und nach welchen Zäsuren der Autor sein Material überhaupt organisierte. Ruske wählte dafür drei Hauptkapitel: Das erste behandelte die Vorgängerinstitutionen des Materialprüfungsamtes von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.[1268] Das zweite Hauptkapitel blickte auf die CTR und ihre Vorgängeranstalten im selben Zeitraum, bevor das dritte sich der Zeit nach 1945 widmete. Interessanterweise lautete die Überschrift hierzu „Bundesanstalt für Materialprüfung", obwohl diese ja erst im Jahre 1954 ins Leben trat. Dies zeigt, dass diese Zäsur nach wie vor *den* zentralen Fluchtpunkt der innerinstitutionellen Erfolgsgeschichte bildete, die für die Nachkriegszeit erzählt wurde und nach wie vor erzählt werden sollte. Wenngleich das Vorwort den Anspruch formulierte, den breiteren historischen Kontext zu berücksichtigen, trieben primär amtsgeschichtliche Entwicklungen die Erzählung des gesamten Bandes voran. Äußere politische oder ökonomische Entwicklungen spielten nur insofern eine Rolle, als sie sich unmittelbar auf die Institutionen auswirkten und nicht zuletzt vor allem dann, wenn sie in die angestrebte Erzählung ‚passten'. So wird gerade die Geschichte der Entnazifizierung und ihrer Auswirkung auf das Amt und seine Angehörigen nicht erzählt.

Der Nationalsozialismus erschien in dem Buch als äußerer Faktor, mit dem das StMPA umgehen musste. Dies lässt sich anhand der Beurteilungen über die drei Präsidenten, die während des „Dritten Reiches" amtierten, nachweisen. Über Robert Otzen, also denjenigen Präsidenten, der 1933 im Zuge der Machtübernahme der Nationalsozialisten für die „Arisierung" und „Gleichschaltung" im StMPA verantwortlich gewesen war und diese Maßnahmen auch umgesetzt hatte,[1269] hieß es lediglich, er

1267 Vgl. zu den Konjunkturen und dem Wandel der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in den 1960er Jahren lediglich Kielmansegg, Lange Schatten, 1989, bes. S. 45–51; Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlussstrich, 2003; Rusinek, Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht, 2003; Miquel, Aufklärung, 2001; Ulrich, Geschichte Deutschlands, 2014, S. 769–777; Möller, Deutsche Geschichte, 2022, S. 441–445; Wirsching, Abschied vom Provisorium, 2006, S. 470–491; Bösch, Nationalsozialismus im Dokumentarfilm, 2009; ders., Moving History, 2011.

1268 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. V, und im Folgenden S. V f.

sei ein „Gegner der nationalsozialistischen Ideen" gewesen und habe auch in dieser Hinsicht vorbildlich auf den „geistigen Habitus" im Amt gewirkt.[1270] Schon vor 1933 habe er „die politischen Auseinandersetzungen der Straße vom Amt fernzuhalten" gewusst: „Als dann die braune Herrschaft etabliert war, gelang es ihm, die Angehörigen des Amtes weitgehend vor deren Ansprüchen zu bewahren." Bemerkenswerterweise blieb diese Passage nicht nur erstaunlich unkonkret, sondern verzichtete auf jeglichen Quellenbeleg für die eindeutige politische Zuordnung Otzens als NS-Gegner, der das Amt und seine Mitarbeiter geschützt habe. Ganz anders als Otzen, der „eine zutiefst den Prinzipien der Weimarer Verfassung verpflichtete Persönlichkeit" gewesen sei – was, nebenbei bemerkt, ebenfalls nicht belegt wurde, – erschien sein Nachfolger Erich Seidl als jemand, mit dem das Amt „einen aktiven Nationalsozialisten als Leiter" erhalten habe. Seidl erfüllte hier die Funktion eines Abgrenzungs-Nazis, indem in einer starken Personalisierung dessen Einstellung zum Nationalsozialismus entscheidend für die Wirkmacht dieser Diktatur und ihrer Ansprüche im Amt gewesen sei: So habe Seidl institutionelle Neuerungen im Sinne der Nationalsozialisten durchgesetzt, unter anderem „führte SEIDL [...] eine [...] von den Prinzipien nationalsozialistischer Betriebsführung bestimmte Neuerung ein: Den *Betriebsleiter*". Diese Neuerung habe die „bisherigen Hauptabteilungsleiter[n] und Abteilungsleiter[n] praktisch ihrer Funktion enthoben" und die Macht an die Betriebsleiter übergeben: „Bei diesen handelte es sich naturgemäß ebenfalls um Parteimitglieder, die zum Teil ‚Alte Kämpfer' waren." Diese Art der Darstellung verstärkt einmal mehr die Feststellung, dass Seidl als *der* ‚böse' Nationalsozialist schlechthin fungierte, denn *erstens* fiel die Einführung des „Betriebsführer"-Systems auf Grundlage des „Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben" vom 23. März 1934 gar nicht in die Amtszeit Seidls, sondern seines Vorgängers Otzen, und *zweitens* waren die Posten der Betriebsleiter nicht mit „alten Kämpfern" und kaum mit NSDAP-Mitgliedern besetzt gewesen.[1271] Kurzum: Hier wurde Seidl schlicht etwas in die Schuhe geschoben, was er nicht verantwortet hatte.

1269 Vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

1270 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 141, und im Folgenden S. 146, 149 f.

1271 Vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

In der im Jubiläumsband produzierten Erzählung über Seidls Amtszeit spitzte sich ein Konflikt, bei dem es sich um die Pläne des Präsidenten zur Erhebung des Amtes als Reichsamt handelte, immer weiter zu, bei dem ihm letztlich nicht einmal seine Kontakte zu anderen Nationalsozialisten in höherer Stellung hätten helfen können, was Ruske mit der Frage kommentierte: „Hatte er auf Einlenken seiner Parteifreunde im Ministerium gehofft?“[1272] Die Geschichte endete mit dem Entschluss des Präsidenten, Konsequenzen aus der für ihn unbefriedigenden Situation zu ziehen: „Am 29. Juni 1939 erschoß sich SEIDL.“ Ruske resümierte: Seidl habe „die für jede Volkswirtschaft wichtige Rolle der Werkstoff-Forschung und -Prüfung erkannt und deren Propagierung in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit am Materialprüfungsamt gestellt“. Dies erlaubte es, die Bedeutung des Amtes herauszustellen und noch einmal auf die seit jeher verfolgten – und bis 1954 stets gescheiterten – Pläne zur Erhebung auf Reichs-/Bundesebene zu betonen, was die spätere Erfolgsgeschichte um die Erhebung zur Bundesanstalt einmal mehr bekräftigte. Gleichzeitig musste Seidl als überzeugter Nationalsozialist abgelehnt und aufgrund seiner politischen Einstellung eine Abgrenzung des Amtes und seiner Mitarbeiter zu ihm geschaffen werden, wobei auch diese Passage nicht mit einem Quellenbeleg versehen war: „Er mußte aber an der Kontroverse zwischen seinem ‚nationalsozialistischen Elan‘, der ihm überdies Feinde im eigenen Hause geschaffen hatte, mit der preußisch-gründlichen Haushaltsführung scheitern.“ Auch in dieser Perspektive kam der Nationalsozialismus also von außen und wurde durch einzelne Akteure reguliert, vor allem den Präsidenten, die eine Art *Torwächterfunktion* erfüllten, und die ‚braune Diktatur‘ je nach eigener politischer Gesinnung in das Amt hineinzutragen oder diese auszuschließen suchten. Seidls Nachfolger Erich Siebel erschien in dem Jubiläumsband dann als ‚reiner‘ Wissenschaftler, der im Jahre 1940 eingesetzt wurde, „obwohl er kein Parteimitglied war“.[1273] In dieser Hinsicht erschien die Amtszeit des Abgrenzungs-Nazis Seidl einmal mehr besonders nazifiziert und zugleich als Ausnahmeerscheinung, denn sowohl sein Vorgänger Otzen als auch sein Nachfolger Siebel hätten das Amt geschickter durch die Forderungen seitens der Politik gelenkt. Etwas überspitzt formuliert könnte man sagen, hinsichtlich der politischen Dimensionen blieb das „Dritte Reich“

1272 Alle Zitate im Folgenden Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 156.
1273 Ebd., S. 157.

für das StMPA auf die Amtszeit Seidls von 1935 bis 1939 beschränkt, der die dort beschäftigte Belegschaft, die dabei gleichsam als unpolitisch erschien, in nationalsozialistischem Sinne habe umformen wollen, was mit dem Antritt Siebels als Präsident geendet habe. Dies zeigt auch eine Episode, in der es um die Reichs-Röntgenstelle (RRSt) ging und in der drei Akteure eine zentrale Rolle spielten. Der erste war Dr.-Ing. Rudolf Berthold, Leiter der Röntgenstelle und „Pionier" der Zerstörungsfreien Prüfung, nach dem in den 1970er Jahren ein Haus auf dem Gelände der BAM benannt und der mit einem „Portraitmedaillon" geehrt wurde. Berthold hätte – so die Darstellung – „eine Sicherung seiner Mitarbeiter durch eine engere Angliederung [der RRSt, E.K.] an das Materialprüfungsamt nur begrüßt", was aufgrund der NS-Führung Seidls allerdings bedeutet hätte, sich „den Herrschaftsansprüchen des ‚Betriebsführers'" zu unterwerfen.[1274] Zugleich hätte er „den nach nationalsozialistischer Auffassung nicht tragbaren Mitarbeitern in der Reichs-Röntgenstelle eine halbwegs unbehelligte Stellung nicht weiter erhalten können." Nach Seidls Tod änderte sich die Lage, denn mit Erich Siebel habe „das Materialprüfungsamt einen neuen, sachlich denkenden und nicht parteigebundenen Präsidenten erhalten" und erst jetzt, nach diesem Wechsel, der gleichzeitig bedeutet habe, er müsse seine Mitarbeiter nicht mehr vor dem Präsidenten schützen, sei Berthold auch dazu bereit gewesen, „eine engere Bindung an das Materialprüfungsamt einzugehen". Belege für all dies bot Ruske nicht, weshalb unklar bleibt, worauf sich diese Informationen und Urteile stützten. Es wird jedenfalls deutlich, welche Geschichte hier erzählt werden sollte: Seidl war der ‚böse' Nationalsozialist, dem sich ‚gute' Mitarbeiter – namentlich Berthold, der sodann von Siebel unterstützt wurde, – entgegenstellen mussten. Seidls Rolle als Abgrenzungs-Nazi wurde noch dadurch verstärkt, dass Ruske auch ehemalige Mitarbeiter thematisierte, die aufgrund ihrer Mitgliedschaften in der NSDAP oder weiteren, dieser angegliederten Organisationen oder aufgrund der amtseigenen Kriterien von ‚Belastung' als politisch kompromittiert galten, bei denen er derartig belastende Information vielfach jedoch nicht erwähnte.[1275] So musste vielmehr der Eindruck

1274 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 145.

1275 Ein anschauliches Beispiel hierfür ist Prof. Dr.-Ing. Manfred Richter (1905–1990), der 1938 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter in das StMPA eingetreten war und dort mit dem Aufbau und der Leitung des Farbforschungslaboratoriums betraut wurde. Im Jahre 1941 wechselte er in das

entstehen, dass dem glühenden Nationalsozialisten Seidl und seiner kleinen ‚Clique' an Parteifreunden mehr oder minder die gesamte Belegschaft gegenüberstand, die in dem Jubiläumsband vornehmlich als eher unpolitisch oder sogar oppositionell erschien. Insgesamt standen die Präsidenten des StMPA, Robert Otzen, Erich Siebel und – sozusagen die nationalsozialistische Ausnahme – Erich Seidl, in der Erzählung für die politische Ebene. Und allein deren (Nicht-)Zugehörigkeit zur Partei erklärte wesentliche Entwicklungen der Amtsgeschichte.

Daneben thematisierte Ruske allerdings so klar wie keiner seiner Vorgänger die Zuarbeit des StMPA zur NS-Rüstungsforschung und -wirtschaft. Auch hier kamen die dahingehenden Aufgaben von außen beziehungsweise wurden in Passivkonstruktionen formuliert. So hieß es beispielsweise: „Die Aufrüstung in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre hat auch auf chemischem Gebiet zu umfangreichen, von Heer, Marine und der Rüstungsindustrie gestellten Prüfungsaufgaben an hochlegierten Stählen und Leichtmetall-Legierungen geführt."[1276] Obwohl der Partizipation an der NS-Kriegs-, -Rüstungs- und -Autarkiewirtschaft zumindest mehr Platz als in vorherigen Darstellungen der eigenen Geschichte eingeräumt wurde, blieb deren Darstellung doch letztlich vorwiegend abstrakt und entpersonalisiert, die genauen Verantwortungen und Akteure blieben im Dunkeln. Ruske schilderte auf über zehn Seiten die „Arbeiten im Materialprüfungsamt" während der NS Zeit, wobei er alle vier Hauptabteilungen sowie deren wichtigste Mitarbeiter nannte, von denen offenbar vor allem diejenigen mit

Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung. Richter wurde bereits am 1. September 1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 1.319.471), war 1933 bis 1935 Mitglied der SA und seit 1940 Blockhelfer der NSV. Nach Kriegsende schied er aufgrund der Entnazifizierungsbestimmungen zunächst aus dem MPA aus, arbeitete jedoch weiterhin als Sachverständiger für das Amt, bevor er 1949 offiziell wiedereintrat und als Abteilungsleiter des Farbforschungslaboratoriums wirkte; Manfred Richter, Lebenslauf, 30.9.1952, BArch, PERS 101/49491; Personalfragebogen von Manfred Richter, 30.3.1949, Landesarchiv Berlin, B Rep 014, Nr. 2300; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/34721309; Parteistatistische Erhebung, Fragebogen für Parteimitglieder, 29.6.1939, BArch, R 9631-I/2859. In dem Jubiläumsband wurde nicht Richters kompromittierende Vergangenheit erwähnt, sondern allein dessen Leistungen auf dem Fachgebiet der Farbforschung sowie die innerinstitutionellen Anbindungen organisatorischer Art, Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 171, 354, 401, 440.

1276 Ebd., S. 165.

einem Portraitfoto abgebildet wurden, die nach 1945 noch im Amt beziehungsweise später in der Bundesanstalt arbeiteten. Dies erweckte den Eindruck von Vollständigkeit, wenngleich der Großteil der Kriegsarbeiten doch unerwähnt blieb, ganz abgesehen von den Aktivitäten in den besetzten Gebieten.[1277] Ruske stellte dabei vor allem jene Aufgaben heraus, die zwar mit dem Krieg in Verbindung standen, aber dem zivilen Leben dienten. Hierzu gehörten die Bearbeitung von „Problemen des Luftschutzes von Bauwerken",[1278] „die des Gasschutzes" oder der „Ausbau der waschtechnischen Untersuchungen [...] einschließlich der Prüfung der Waschmittel oder die Entwicklung von Kriterien und Prüfverfahren zur Bestimmung des Gebrauchswertes der Textilien".[1279] Ein anschauliches Beispiel dafür, wie die Tätigkeit für das Militär bei gleichzeitigem Herausstellen des Zivilen, wenngleich in recht abstrakt-unkonkreten Formulierungen, Erwähnung fand, ist das Folgende: „Naturgemäß traten ab Mitte der dreißiger Jahre auch hier die Prüfungen für Heer, Marine und Luftwaffe stark in den Vordergrund, und seit Beginn des Krieges kamen dann weiter die Zulassungen für Verdunkelungsmittel und -einrichtungen für den zivilen Luftschutz hinzu."[1280] Neben der Formulierung „[n]aturgemäß", die abermals den Fokus auf eine äußere Entwicklung implizierte, die zunächst nichts mit dem Amt selbst zu tun gehabt habe, zeigt die kurze Passage, dass es auch hier gelang, vor allem den Zivilschutz herauszustellen. Festzuhalten bleibt darüber hinaus, dass für die allermeisten der besprochenen Hauptabteilungen, Abteilungen und Fachgruppen überhaupt kein Kriegszutun benannt wurde, egal in welcher Art und Weise.

Das Hauptkapitel zum StMPA bis 1945 endete mit einem Abschnitt mit dem Titel „Materialprüfung als Aufgabe des Reiches".[1281] Das vergleichsweise kurze Unterkapitel resümierte noch einmal, dass es „bis 1945 nicht mehr zur Bildung eines Reichsamtes für Materialprüfung" gekommen sei,[1282] wobei der Fokus zwar insbesondere auf Otzen und Seidl lag, also auf den unmittelbar vorangegangenen Jahren der

1277 Vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.
1278 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 167, und im Folgenden.
1279 Ebd., S. 170.
1280 Ebd., S. 171.
1281 Ebd., S. 174–177.
1282 Ebd., S. 174.

Erzählung. Gleichwohl wurde ein weiteres Mal auch auf das Kaiserreich und die Weimarer Republik verwiesen sowie auf die Präsidenten dieser Zeiten, die ohne Erfolg versucht hatten, eine Erhebung zum Reichsamt zu erreichen. Ein derartiger Schluss des Kapitels zur ersten Wurzel der BAM schien sich anzubieten, um daran im dritten Hauptteil des Jubiläumsbandes zur Nachkriegszeit anzuknüpfen, das schließlich auf das als *die* zentrale Binnenzäsur wahrgenommene Ereignis der Erhebung zur Bundesanstalt hin erzählt wurde. So endete die Vorgeschichte des MPA mit einem Satz, der die Gesamterzählung an einer spannungsreichen Stelle unterbrach und gleichzeitig als letzten Punkt ein regressives Narrationselement platzierte, nämlich einen Rückschlag oder ein (zumindest vorläufiges) Scheitern, das die spätere Erfolgsgeschichte umso erstaunlicher wirken ließ: „Der Krieg hat dann alle Pläne verhindert; das Materialprüfungsamt ist bis 1945 eine Einrichtung des preußischen Staates geblieben."[1283]

Der Hauptteil, der sich mit der CTR als zweite große Wurzel der Bundesanstalt auseinandersetze, zeichnete ein bezüglich der Rüstungsarbeiten und -forschungen gänzlich anderes Bild als im Falle des StMPA. Bereits einleitend wies Ruske darauf hin, diese sei seit Anfang der 1930er Jahre „immer stärker für die Bearbeitung von Aufträgen des Reichskriegsministeriums – und hier vor allem des Heereswaffenamtes – herangezogen [worden]. 1938 machten diese Arbeiten mehr als 95 Prozent ihrer gesamten Tätigkeit aus."[1284] Diese Aktivitäten verortete Ruske allerdings ebenfalls nicht im Wesen der Institution selbst, wenn er etwa davon schrieb, die Reichsanstalt sei im Zuge der Aufrüstung „langsam wieder in die Rolle eines Prüfungsinstituts für das Heer hineingedrängt" worden.[1285] Wenngleich die CTR also eher als ein passives Opfer der Umstände als eine aktiv handelnde Institution erschien, scheute Ruske nicht davor zurück, die umfassende Involvierung der Reichsanstalt in die Rüstung während des „Dritten Reiches" zu betonen, bis hin zu der Formulierung, sie sei „damit zu einem fast ausschließlich für das Heer tätigen [...] Institut geworden".[1286] Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass Ruske den General der Artillerie und Chef des Heereswaffenamtes, Emil Leeb, mit einem langen (und durch eine

1283 Ebd., S. 177.
1284 Ebd., S. 181.
1285 Ebd., S. 305.
1286 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 317.

Quellenangabe belegten) Zitat anerkennender Worte über die Bedeutung der CTR anführte, in dem es unter anderem hieß, mit dieser sei „rechtzeitig vor dem Kriege ein Instrument geschaffen worden, das den höchsten Anforderungen während des Krieges in jeder Beziehung gerecht geworden" sei. Am Ende der Erzählung zur CTR stand „ihre Besetzung durch die Rote Armee" und die „totale Demontage".[1287] Zweifellos war es sachlich nicht falsch, auf die Rüstungstätigkeit und die breiten militärischen Aufgabenbereiche der Reichsanstalt hinzuweisen, im Rahmen des gesamten Bandes musste allerdings der Eindruck eines scharfen Kontrastes zwischen den beiden einstigen Schwesteranstalten entstehen, denn während die Rüstungs- und Kriegsarbeiten des StMPA eher grob angedeutet und in einen eher zivilen Kontext gerückt wurden, galt dies keineswegs für das Kapitel zur CTR. Wie noch zu zeigen sein wird, missfiel dieser Kontrast mindestens einem, gleichwohl nicht unwichtigen Leser, der offenbar den Eindruck gewann, die Reichsanstalt solle in dem Jubiläumsband für alle ‚böse' Tätigkeit in Haftung genommen werden. Zwar räumte Ruske ein, dass auch das StMPA „in den Kriegsjahren [...] umfangreiche Untersuchungen für Heer, Marine und Luftwaffe durchgeführt hatte".[1288] Im Gegensatz zur CTR hatte diese Tätigkeit aber nicht zur Auflösung geführt. Ruske gab also eine Involvierung des StMPA in den militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplex des NS-Autarkie- und Rüstungsstaates zu, legte aber zugleich nahe, dass diese wohl nicht das Ausmaß der Reichsanstalt erreicht habe. Es war ja schließlich auch nicht aufgelöst worden. Diesen Eindruck erweckte das Buch auch schon allein dadurch, dass die rüstungsrelevanten Aktivitäten der CTR quantitativ wesentlich mehr Raum einnahmen, während der analoge Fall des StMPA in wenigen Sätzen abgehandelt wurde.

Es mag zunächst nicht verwundern, dass die NS-Verbrechensgeschichte und die Shoah in der Darstellung anlässlich des Hundertjährigen Jubiläums im Jahre 1971 im Grunde genommen nicht vorkamen, was sicher auch daran liegt, dass sowohl die Öffentlichkeit als auch die Geschichtswissenschaft eine solche Thematisierung erst ab Ende der 1970er Jahre verstärkt in den Fokus nahmen.[1289] Zwei Passagen in dem

1287 Ebd., S. 326.

1288 Ebd., S. 331.

1289 Zur Entwicklung der Holocaustforschung und -debatte Herbert, Vernichtungspolitik, 1998; ders., Holocaust-Forschung in Deutschland, 2015; Berg, Lesarten des Judenmords, 2002.

Jubiläumsband sind besonders aufschlussreich für den an eine breitere Öffentlichkeit gerichteten Umgang der Anstalt damit, wovon die eine Paul Melchior vorstellte, der nach der NS-Rassenideologie als „Jude" kategorisiert worden war und der nach Kriegsende in das MPA eintrat, um dort die Nachfolge von Max Pfender als Leiter der Hauptabteilung I „Metalle" zu übernehmen.[1290] Im Zuge der kurzen Skizzierung von Melchiors Lebenslauf und seiner Tätigkeit im Amt zitierte Ruske den Nachruf, welchen Max Pfender und Arthur Zinzen im Jahre 1960 in der Fachzeitschrift „Materialprüfung" veröffentlicht hatten, bemerkenswerterweise kürzte Ruske jedoch genau den Teil des Satzes, der das Schicksal der Familie Melchiors explizit benannt hatte, nämlich: „[...] von seinen drei geflohenen Brüdern und seiner später ermordeten Schwester getrennt und selbst bis 1945 vielfach gedemütigt".[1291] So war in der Monografie ‚nur' noch davon zu lesen, dass Melchior nach 1933 „von immer heftigerer nationalsozialistischer Verfolgung bedrängt" worden sei, seine Stellung 1938 habe aufgeben müssen, verhaftet „und trotz vorausgegangener schwerer Erkrankung im zweiten Weltkrieg als Abbrucharbeiter zu gefahrvoller Tätigkeit gezwungen" worden sei.[1292] Im Ergebnis war durch die Kürzung des Zitats das Schicksal des „Juden" Melchiors verleugnet worden, da unklar blieb, aus welchen Gründen er verhaftet worden war und als Zwangsarbeiter hatte arbeiten müssen, ganz abgesehen von der schlichten Tilgung der Schicksale seiner Geschwister. Symptomatisch für den Umgang Ruskes mit den Opfern der Shoah scheint die Tatsache zu sein, dass auch andere, in der NS-Rassenideologie als „jüdisch" klassifizierte StMPA-Mitarbeiter in dem Jubiläumsband keine Erwähnung fanden. Diese waren der Chemiker Prof. Dr.-Ing. Martin Picard,[1293] der

1290 Wilhelm Blumenthal/Erich Siebel, Mitarbeiter des MPA vor dem 1.10.1946, undat. [1946], BAM-Archiv, Fach 20.

1291 Pfender, Max/Zinzen, Arthur: Paul Melchior †, in: Materialprüfung 2 (1960), S. 453.

1292 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 350.

1293 Martin Picard (1880–1945), Studium der Chemie, 1908 Dipl.-Ing., 1911 Dr.-Ing. und Volontär an der Königl. Biologischen Versuchsanstalt, 1912 Volontär am Städtischen Untersuchungsamt, 1913 Eintritt in das KMPA, 1914 Kriegsdienst, 1919 Übernahme in das StMPA als Assistent der Abteilung für Ölprüfung des StMPA, dort später Ständiges Mitglied, 1931 Professor, 1935 Entlassung, 1938 im KZ Dachau inhaftiert (Häftlings-Nr. 23.087), 1942 Emigration in die Schweiz; Nachweisung über den Bildungsgang der Ständigen Mitarbeiter, 1924, BAM-Archiv, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2;

Mitarbeiter der Reichs-Röntgenstelle Dipl.-Ing. Fritz H. Gottfeld[1294] und der Chemiker Prof. Dr. Julius Marcusson.[1295]

Die zweite Passage, die exemplarisch Aufschluss über den Umgang des Jubiläumsbandes mit der politischen Belastung einzelner Akteure der BAM und ihrer Vorgängerinstitutionen gibt, betraf den CTR-Präsidenten Rimarski, der nach Kriegsende und der Vereinigung der beiden Ressortforschungseinrichtungen Leiter der IV. Hauptabteilung im MPA wurde.[1296] Der Abschnitt handelte von einem Konflikt der vereinigten Anstalten mit dem ehemaligen CTR-Mitarbeiter Adolf Fry,[1297] der Anfang 1949 mit dem Anspruch aufgetreten sei, in das MPA übernommen zu werden: „Als dies abgelehnt wurde, erhob er massive Vorwürfe gegen seinen ehemaligen Chef [...] und meldete selbst Ansprüche auf die Nachfolge RIMARSKIs an", wobei er auf eine Publikation des ehemaligen Präsidenten in der Fachzeitschrift „Autogene Metallbearbeitung" aus dem Jahre 1938 verwies, deren Schriftleiter er

---

Otzen, Der Präsident des StMPA, Bekanntmachung, 5.10.1931, BAM-Archiv, Akten des StMPA, B 16, Bd. 3, Bl. 43; Der Rektor der TH Berlin an die PBFD, Betr. Nachweisung zur Anweisung für das Ständige Mitglied und Professor Dr.-Ing. Martin Picard beim StMPA, 28.12.1935, Landesarchiv Berlin, A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 14418, Bl. 1–2; Häftlings-Karte, in: Arolson Archives, URL: https://collections.arolsen-archives.org/de/document/10725510 [zuletzt eingesehen am 9.9.2024]; vgl. zu Picard und dessen Emigrationsgeschichte ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

1294 Fritz Herrmann Gottfeld (1899–1975), Studium an der TH Aachen, 1936 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Röntgenstelle am StMPA, 1936 Austritt aus der RRSt, 1939 Emigration und Eintritt in die Britische Armee, 1946 Korrespondenz mit Rudolf Berthold, wobei er in einem Schreiben den Nationalsozialismus scharf verurteilte; 1948 Gründer der „Industrial Inspection Ltd", später Beteiligung an der SOLUS SCHALL Ltd. in London, 1957 Rückkehr nach Deutschland und Gründer der Materialprüfstelle Fritz H. Gottfeld, die er nach einer Umbenennung 1969 an die Société Générale de Surveillance verkaufte; Richter, Chronik der zerstörungsfreien Materialprüfung, 1999, S. 425; Fritz Hermann Gottfeld an Rudolf Berthold, 23.6.1946, Archiv der DGZfP, MAG-U-61, siehe hierzu Anhang 5.

1295 Vgl. hierzu ausführlich Stöcken, Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat", 2026.

1296 Erich Siebel, Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt), BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45, Abschnitt: Personalien.

1297 Vgl. zu Adolf Fry ausführlicher Kapitel 5.2.

gewesen war.[1298] In dem Artikel „Das Deutsche Volk stimmt ab" rief Rimarski nach dem „Anschluss" Österreichs zu den Wahlen am 10. April 1938 auf.[1299] Der Artikel hatte Ende der 1940er Jahre auch innerhalb des MPA zu Konflikten geführt. So vermerkte Pfender im Juni 1949 in seinem Notizbuch: „Mitt[eilung] Blumenth[al]: Bel[egschaft] Amt geg.[en] Rim[arski]".[1300] Offenbar hatte sich die Belegschaft gegen ihn gewandt und wohl seinen weiteren Verbleib im MPA diskutiert oder abgelehnt, was von Blumenthal als Betriebsratsvorsitzendem verhindert worden war: „Gesamtbetriebsratsbeschluss am 16.6. noch von Blu[menthal] verhindert. Anklagegrund ist Aufsatz von Rim[arski] ‚Wie wählen wir?' in [...] Autog. Metallbearbeitung H. [2]. 1. April 1938". Es ist unklar, ob Ruske diese innerbetrieblichen Auseinandersetzungen um den offenbar auch von den damaligen Kollegen als problematisch wahrgenommenen Artikel kannte. Die Tatsache allerdings, dass er den Beitrag von Rimarski überhaupt derart dezidiert adressierte, legt jedoch nahe, dass dieser bekannt gewesen war oder das Risiko bestand, er könne einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden. Hier wurde nun also ein offensiver Umgang damit gewählt, indem ein möglicherweise bestehender oder im Entstehen begriffener Vorwurf von politischer Belastung gegen den ehemaligen CTR-Präsidenten selbsttätig aufgegriffen und durch die Darstellung abgewehrt wurde, der zufolge Rimarskis Publikation von 1938 eine „geforderte Pflichtübung" gewesen sei,[1301] bei der er als „Nicht-Parteigenosse" überdies „Zivilcourage" bewiesen habe, da er sich in dem Artikel bei der Formulierung der „Trinität ‚Ein Volk, ein Reich, ein Führer' auf ihre ersten beiden Bestandteile" beschränkt habe.[1302] Diese Einordnung entschärfte also den Vorwurf einer eigeninitiativen Unterstützung der NS-Expansionspolitik.

Bereits die Vorrede zum dritten Hauptteil des Jubiläumsbandes, der den Titel „Bundesanstalt für Materialprüfung" trug,[1303] setzte den gesamten Ton für dessen inhaltliche Gestaltung und Zielausrichtung

1298 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 354.
1299 Rimarski, Walter: Das Deutsche Volk stimmt ab, in: Autogene Metallbearbeitung 31 (1938), S. 107–109.
1300 Max Pfender, Notizbuch, Eintrag vom 20.6.1949: „Problem: CTR – Rimarski", BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner 77, und im Folgenden.
1301 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 354.
1302 Ebd., S. 354 f.
1303 Ebd., S. VI.

und gleichermaßen für die Art von Geschichte, die hier erzählt wurde. Hierbei handelte es sich um eine Erfolgsgeschichte nach Kriegsende, die auf den Höhepunkt der Erhebung zur Bundesanstalt im Jahre 1954 zusteuerte. Ebenfalls deutete sich bereits in der Vorrede an, wie diese Selbst-Narration konstruiert wurde. Diese lässt sich – um an die Begrifflichkeiten des Sozialpsychologen Wolfgang Kraus anzuknüpfen – als ein „rascher Wechsel von Progression und Regression" charakterisieren, der „zur romantischen Saga des Lebens [hier der Geschichte der Institution, E.K.] als Kampf, als beständigem Auf und Ab" führte.[1304] Schließlich jedoch mündeten diese *regressiven* – etwa Rückschläge, Widrigkeiten, Konflikte, Hindernisse – und *progressiven* Narrationselemente – etwa Momente der Hoffnung, das Überwinden von Hindernissen, Fortschritte, Erfolge – in eine „Stabilitäts-Narration"[1305] mit einem „sinnstiftende[n] Endpunkt"[1306], die nicht zuletzt eine zentrale Funktion für die Institution und deren gegenwärtige Interessen erfüllte, denn: „Wer sich als verläßlich darstellt (Stabilitätsnarration) legt nahe, daß er das auch in Zukunft sein wird."[1307]

Die Erzählung über die Zeit nach 1945 begann mit der Feststellung, diese habe eine „weitaus schärfere Zäsur"[1308] als andere Einschnitte der Institutionengeschichte gebildet, was nicht zuletzt auch die Vorstellung einer „Stunde Null" nahelegte. Dieses Zäsurbewusstsein bot die Grundlage, nun einen neuen Erzählstrang zu eröffnen, nämlich den einer Erfolgsgeschichte, deren längere Traditionslinie durch eben diese scharfe Zäsur von 1945 ein Stück weit in die weitere Geschichte verwiesen wurde, da die hier gelegten Grundlagen nur noch mittelbar auf die Gegenwart durchschlugen. Die ‚eigentliche' Geschichte des Amtes auf dem Weg zur Gegenwart, von der die Vergangenheit bis 1945 trotz der zahlreichen personellen und institutionellen Kontinuitäten gewissermaßen abgetrennt wurde, begann aber erst hier. Die Erfolgsgeschichte war dabei anhand der Metapher des Weges organisiert, welchen die vereinigten Schwesteranstalten StMPA und (ehemals) CTR zusammen gegangen waren und der in der Darstellung als keineswegs „glatter Weg" erschien, „der von der durch die sowjetische Demontage hinterlassenen

1304 Kraus, Das erzählte Selbst, 2000, S. 175.
1305 Ebd., S. 174.
1306 Ebd., S. 172.
1307 Ebd., S. 180.
1308 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 329.

Leere bis zu den heute ihrer Vollendung entgegenstehenden Neubauten führte."[1309] Der Text gewann seine Dramaturgie dadurch, dass auf diesem „beschwerliche[n] Weg"[1310] immer wieder „Enttäuschungen, Rückschläge und die Tätigkeit der Anstalt gefährdende Anfeindungen und Intrigen"[1311] auftauchten, ja man habe nicht nur einmal „um die Existenz der Anstalt [...] kämpfen"[1312] müssen. Das Ausmaß der jahrelangen, beinahe permanenten Gefährdung des Amtes führte die Erzählung dem Leser durch eine Metaphorik des Überlebens- und Existenzkampfes sowohl für das Kollektiv der Institution als auch für den einzelnen Angehörigen vor Augen. So lautete die Überschrift eines Abschnittes „Überleben in Berlin"[1313] oder der Autor sprach von der „Sicherung der Zukunft der vereinigten Anstalten und damit auch die materielle Sicherheit der Mitarbeiter", für welche „die Annahme und Durchführung von Prüfung [...] [eine] Lebensnotwendigkeit" gewesen sei.[1314] An anderer Stelle ging es um die „Überlebenschancen des Amtes", die „in Frage" gestellt worden seien, ja mitunter sei es den Alliierten darum gegangen, „das Materialprüfungsamt endgültig beseitigen zu können", was für Pfender „und einige in die Vorgänge eingeweihte Mitarbeiter" bedeutet habe, den „ganzen Herbst hindurch [...] um die Existenz der Anstalt zu kämpfen".[1315] Diese und andere Kämpfe seien letztlich dadurch gewonnen und alle Hindernisse dadurch überwunden worden, dass „der Glaube aller Mitarbeiter an eine Zukunft in Berlin"[1316] sowie der „Aufbauwille[...] aller Amtsangehörigen"[1317] unerschütterlich gewesen seien. Die Erzählung hob auch einzelne Akteure hervor, denen ein besonders großer Anteil bei der Problemlösung und Zukunftssicherung zugesprochen wurde, darunter auch dem ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Wilhelm Blumenthal, dessen Mitwirken zwei bedeutende Errungenschaften nach 1945 verdanken seien. Diese waren, zusammen mit dem damaligen Präsidenten Erich Siebel, die „Bemühungen, dem

1309 Ebd.
1310 Ebd., S. 375.
1311 Ebd., S. 329.
1312 Ebd., S. 343.
1313 Ebd., S. 338.
1314 Ebd., S. 339.
1315 Ebd., S. 343.
1316 Ebd., S. 329.
1317 Ebd., S. 336 f.

Amt die Arbeitsgrundlagen wieder zu verschaffen“ sowie sein Beitrag dazu, dass das Amt und die aufgelöste CTR unmittelbar nach Kriegsende „in den Haushalt des Magistrats der Stadt Berlin übernommen wurden.“[1318] Die Darstellung der prekären Nachkriegsjahre mit all ihren Krisen, Problemen und Unsicherheiten – regressive Narration – verwob Ruske dabei immer wieder mit positiven Erzählelementen – progressive Narration –, an deren Ende nun die Überwindung des Negativen stand:

> „Das Jahr der Blockade hatte für alle höchste psychische und physische Belastungen bei unsicherem und geringem Einkommen gebracht. Gerade aber diese Belastungen und der Wille, als Person wie als Amt über diese Zeit hinwegzukommen, haben die Bereitschaft zum Wagnis wie zu gegenseitiger Verträglichkeit gefordert und den inneren Aufbau einer Arbeitsgemeinschaft ermöglicht, wie sie enger vielleicht zu keiner Zeit davor und danach bestanden hat.“[1319]

Die Passage ließe sich zugleich als eine Aufforderung verstehen, interne Konflikte zurückzustellen, um ganz den vermeintlich übergeordneten Interessen zu dienen, wie dies auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit immer wieder von Pfender und Blumenthal als Appell oder Sollforderungen gegenüber den Amtsangehörigen formuliert worden war.[1320] Zugleich wurde der Aufbaugeneration eine vorbildliche Rolle zugesprochen, die so als Orientierungsmarke dienen konnte, um mögliche gegenwärtige oder zukünftig aufkommende Schwierigkeiten zu überwinden. Auf diese Weise diente die gesamte Erfolgsgeschichte nicht zuletzt auch der Selbstversicherung. Die in dem Jubiläumsband präsentierte Selbst-Narration unterstützte zudem eine visuelle Begleitung, die dazu dienen konnte, dem Leser die regressiven Erzählelemente unmittelbar vor Augen zu führen, so beispielsweise durch Abbildungen mit den Titeln „Beispiele für den Zustand der Räume im Materialprüfungsamt nach der Demontage“[1321] oder „Zerstörte Gebäude auf dem Gelände des Materialprüfungsamtes 1945“.[1322] Das Folgekapitel zur Bundesanstalt, also der Zeit nach der Erhebung 1954, zeigte hingegen

1318 Ebd., S. 338.
1319 Ebd., S. 345.
1320 Vgl. hierzu bes. Kapitel 3.2.
1321 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 336, Abb. 183 u. 184.
1322 Ebd., S. 345, Abb. 189.

vor allem gefüllte Bibliotheken, moderne, aufgeräumte Bauten oder Apparate in einer Maschinenhalle – schon die Bilder allein erzählten also eine eigene Art der Erfolgsgeschichte.[1323] Neben den Fotografien waren die Seiten des Jubiläumsbandes überdies mit Diagrammen und Tabellen gefüllt, welche die personelle und finanzielle Entwicklung in eindrücklich ansteigenden Balken visualisierten und zugleich mit Zahlen die Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit belegten.[1324]

Nach der Überwindung der „dringlichsten Probleme nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges", die „in der Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Amtes und der Erhaltung der Arbeitsplätze für die Mitarbeiter bestanden",[1325] trat in der Erzählung ein neues Ziel in den Vordergrund. Da „Westberlin allein auf die Dauer eine Anstalt dieser Größenordnung nicht erhalten und in ihrem Bestand sichern" könne, hieß es nun Ende der 1940er Jahre: „Alle Bestrebungen mußten daher darauf gerichtet sein, den alten Status von Reichs- bzw. staatlichen Anstalten wieder zu erreichen", also „die vereinigten Anstalten der Obhut der Bundesrepublik zu unterstellen." Die Probleme und Widrigkeiten auf diesem Weg verliehen indes auch dem zweiten Teil der zeithistorischen Darstellung abermals dramatische Struktur. Zu den zahlreichen Problemen gehörte unter anderem der „Widerstand gegen die Übernahme" vonseiten der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, „deren ablehnende Haltung am letzten erwartet" worden sei.[1326] Die PTR erschwerte den Weg zum Ziel mehrfach, so etwa, als die Überlegung im Raum stand, die neue Bundesanstalt „Technologische Bundesanstalt" zu nennen, wogegen aber „vor allem der Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, RICHARD VIEWEG, opponierte", da er diese Bezeichnung für „irreführend und nicht zutreffend" gehalten habe.[1327] Auch als das

1323 Ebd., S. 416, Abb. 230 „Bibliothek der Bundesanstalt für Materialprüfung im Hauptgebäude", S. 417, Abb. 231 „Halle der Fachgruppe Meßwesen und Regeltechnik mit Präzisions-Belastungsmaschinen zur Entwicklung und Untersuchung von Kraftmeßgeräten" oder S. 423, Abb. 240 „Das Gebäude der Abteilung Organische Stoffe (Haus 30). Rechts das Gebäude der Abteilung Chemische Sicherheitstechnik (Haus 40).

1324 Ebd., S. 404, Abb. 221 „Entwicklung der Gesamtzahl der Mitarbeiter der Bundesanstalt für Materialprüfung 1945 bis 1957" oder S. 407, Abb. 222 „Entwicklung der Einnahmen aus Prüfungsgebühren 1945 bis 1956".

1325 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 361.

1326 Ebd., S. 362.

1327 Ebd., S. 369.

große Ziel der Erhebung des MPA zur Bundesanstalt trotz zahlreicher Hindernisse, Widrigkeiten oder Interventionen von außen endlich erreicht war, hörten die Probleme nicht auf. Obwohl Ruskes Band für die Zeit nach dem Binnenzäsurjahr 1954 nur vergleichsweise wenige Seiten umfasste, begann auch dieser Abschnitt, der nun eigentlich nur noch von Erfolgen hätte berichten können, mit Widerständen. Möglicherweise diente dies eher der dramaturgischen Gestaltung, da diese Problemlagen sich hinsichtlich ihrer Schwere auf einem anderen Niveau bewegten, als die zuvor geschilderten Existenzkämpfe und Widrigkeiten. Denn hier ging es mehr um den weiteren Ausbau der bereits gesicherten und konsolidierten Institution: „Mit der Übernahme der vereinigten Anstalten auf den Bund bestand die Hoffnung, daß nun ein Ausbau der Bundesanstalt in personeller, räumlicher und sachlicher Hinsicht möglich wurde."[1328] Auch dies galt hier „noch [als] ein beschwerlicher Weg", um der neu gegründeten Bundesanstalt ihre „Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern."[1329] Allerdings wandelte sich die Sprache dieser Erzählung von existentiellen Kategorien des Überlebenskampfes hin zu „vielfältigen Schwierigkeiten"[1330] oder Hinweisen darauf, dass bestimmte Bauvorhaben aus finanziellen Gründen „zunächst [...] abgelehnt worden" seien.[1331] All dies bewegte sich jedoch mehr oder weniger auf dem Normalniveau institutioneller Verteilungskämpfe um Ressourcen und erreichte daher auch auf der Ebene der sprachlichen Gestaltung keineswegs mehr jene Dramatik, welche die (Wieder-)Aufstiegsgeschichte von 1945 bis 1954 ausgezeichnet hatte.

Das Fazit des Jubiläumsbandes baute auf dieser Erfolgsgeschichte auf und lässt sich als Endpunkt der „Stabilitäts-Narration" und Werbemaßnahme zugleich verstehen, führte Ruske hier seinen Lesern doch vor allem den breiten Tätigkeitsbereich und die vielfältigen Aufgaben zum aktuellen Stand der Bundesanstalt vor Augen. Die Überschrift „Geschichte und Gegenwart – Tradition und Verpflichtung" deutete darauf hin, dass die Vergangenheit hier nicht nur als bloße Tradition weiterwirken sollte, sondern mit normativen, ja verpflichtenden Ansprüchen an die Gegenwart herantrat.[1332] Im Vordergrund stand hier

1328 Ebd., S. 389.
1329 Ebd., S. 375.
1330 Ebd., S. 413.
1331 Ebd., S. 414.
1332 Ebd., S. 436.

aber vor allem eine Selbstlegitimierung und Relevanzbetonung der Materialprüfung als solche, wenn es hieß, dass in „allen Industriestaaten [...] die Bedeutung der Materialprüfung zur Beurteilung des technisch Vertretbaren und wirtschaftlich Möglichen immer deutlicher erkannt" werde.[1333] Diese stelle hohe Ansprüche auch an ihre Vertreter, dem „in der Materialprüfung tätigen Wissenschaftler oder Ingenieur", von denen „so häufig ein eindeutiges und verbindliches Urteil gefordert" werde, „das als Grundlage mitunter weitreichender Entscheidungen auf wirtschaftlichem Gebiet dienen soll." Das Schlussfazit resümierte, es sei „ein langer Weg" gewesen, „der von dem kleinen Prüfungslabor im Keller der Gewerbeakademie und der ebenso bescheidenen Spandauer Zentralversuchsstelle bis zur heutigen Bundesanstalt für Materialprüfung geführt hat."[1334] Hier wurde einmal mehr die Geschichte eines Erfolges deutlich, der vor allem durch die Diskrepanz zwischen den ‚kleinen' Anfängen und der ‚großen' Gegenwart beglaubigt wurde. Eine solche Darstellung zeigte gewissermaßen, dass die Erfahrung die Erwartung überholt hatte, denn wer hätte bei solch bescheidenen Anfängen ein derartiges Ergebnis vorausahnen können? Diese Geschichte galt es aus der Gegenwart heraus in die Zukunft fortzusetzen, also die Tradition als verpflichtend wahrzunehmen und gleichzeitig die Funktion einer Stabilitäts-Narration zu bemühen, also sich als verlässlich darzustellen, um dadurch nahezulegen, dass man dies auch in Zukunft sein werde.[1335] So formulierte der Autor, wobei die ersten beiden Wörter die Verbindung zwischen Vergangenem, Gegenwärtigem und Zukünftigem schufen: „Auch zukünftig wird die Arbeit der Bundesanstalt für Materialprüfung in ihrem Bereich unter der Verpflichtung stehen, die für die Technik allgemein gilt: Zum Wohle des Menschen zu Wirken".[1336] Diese Aussage gipfelte in einem pathetischen technikethischen Zitat des zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Präsidenten Pfender, der damit einmal mehr als moralische Instanz der Materialprüfung erschien: Es gelte, zum

> „Wohle des Menschen zu wirken, da ‚die mit der Technik gegebenen Möglichkeiten um der Existenz der Menschheit willen auf lange Sicht in Vernunft und in Freiheit zum Guten genutzt werden

1333 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 437.
1334 Ebd., S. 444.
1335 Vgl. Kraus, Das erzählte Selbst, 2000, S. 180.
1336 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971.

müssen. In einer zunehmend alle Völker umfassenden Arbeits-, Leistungs- und Lebensgemeinschaft brauchen wir eine verläßliche Vorstellung vom menschlichen Lebensziel. Die Frage bleibt heute wie in allen Zeiten im besonderen der Theologie und der Philosophie, aber in ihrer Weise auch der Geschichtsforschung, der Philologie und der Soziologie, der Medizin und der Biologie, den anderen Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Technik und der Wirtschaft und nicht zuletzt der Politik in gleicher Verpflichtung nach Wert und nach jeweiliger Dringlichkeit vorgestellt'".[1337]

Wie lässt sich das Werk und seine Erzählung kategorisieren? Obwohl der Autor bereits mit dem Untertitel den Anspruch aufgestellt hatte, einen technikhistoriografischen Beitrag leisten zu wollen, so stand letztlich doch das institutionelle Eigeninteresse im Vordergrund. Das führte dazu, dass vor allem eine auf die Institution fixierte Geschichte erzählt wurde, welche deren legitimatorischen Interessen weitgehend genügen sollte und politische Ereignisse und Kontexte nur dann thematisierte, wenn es unumgänglich schien oder diese unmittelbar auf das Amt und deren Vorgänger- und Nachfolgeeinrichtungen wirkte, allerdings nur, wenn sie die Gesamterzählung unterstützten. So ließ sich beispielsweise das „Dritte Reich" nicht mehr insgesamt ver-, aber doch in gewisser Weise beschweigen oder als dem Amt äußeres Phänomen darstellen, während etwa die Entnazifizierung wiederum nicht thematisiert wurde. Dies folgte einer gewissen Logik, denn der Darstellung nach war das Amt ohnehin kaum nazifiziert oder in den Führerstaat involviert gewesen. Ansonsten blieb die Jubiläumsschrift vielfach auf eine handbuchartige Auflistung diverser institutioneller Veränderungen, Haupt- und Abteilungsgliederungen oder die dort bearbeiteten Fachgebiete reduziert. Daneben füllten das ganze Buch Portraitaufnahmen historischer Größen und Vorbilder sowie ehemaliger Mitarbeiter, was dem Werk intern wiederum den Charakter einer Ahnengalerie oder eines Familienalbums verlieh. Hier wurde allerdings nicht – wie etwa in den Ausgaben der internen Mitarbeiterzeitschriften – die große BAM-Familie abgebildet, sondern vor allem höhere Mitarbeiter wie Hauptabteilungs-, Abteilungs-, Fachgruppen- oder Laborleiter sowie andere Wissenschaftler und Ingenieure. Es stand also eher die Außenwirkung

1337 Ebd., S. 444 f., aus: Pfender, Max: Vom Wesen des Materialprüfers. Tätigkeitsbericht 1968 der BAM, S. 7.

im Vordergrund als die Binnenintegration MPA-/BAM-Partikulargesellschaft. In dieser Art offiziöser Darstellung ging es also weniger darum, dass jeder Mitarbeiter sich hierin vollständig wiedererkannte, sondern vor allem die soziale Umwelt und Fachcommunity die genannten Wissenschaftler und Techniker mit dieser Anstalt identifizierten. Wie wirkte das mit dem autoritativen Gestus der wissenschaftlichen Erkenntnis auftretende Werk auf die Leser des Bandes? Hier lassen sich drei Stränge der Rezeption identifizieren: *Erstens* sorgte das Werk schon im Zuge seiner Entstehung für Kritik. *Zweitens* nahmen zwei Angehörige der PTB, einer der Schwesteranstalten der BAM, Anstoß an der Art der Darstellung. *Drittens* veröffentlichte die interne Mitarbeiterzeitschrift der BAM selbst ausgewählte Reaktionen auf die Monografie.

Vor der Veröffentlichung sandte Präsident Pfender dem ehemaligen Vizepräsidenten der BAM und Mitarbeiter der CTR, Paul Dittmar, ein Manuskript Ruskes zu und bat ihn darum, seine „Meinung hierzu zu sagen bezw. Ergänzungs- oder entsprechende Änderungsvorschläge zu machen."[1338] Knapp über zwei Monate später folgte die Antwort Dittmars, der fünf Seiten Anmerkungen verfasst hatte.[1339] Ein Teil der Kritik richtete sich auf die Verbindungen zwischen der Reichsanstalt und ihrer Vorgängerinstitution, dem Militärversuchsamt. Dittmar monierte, die Darstellung „kann den Eindruck erwecken, die CTR sei eine Art getarnten Weiterbestehens des Militärversuchsamts gewesen und es gebe eine ununterbrochene Linie von der [...] Rüstungsindustrie bis zum Jahre 1918 unmittelbar zur CTR. Diese Auffassung ist nicht zutreffend."[1340] Als Beleg hierfür nannte er, dass die „Siegermächte des 1. Weltkrieges, unter deren Aufsicht die Gründung der CTR stattfand", nicht so naiv gewesen seien, sich derart „hinter das Licht führen [zu] lassen". Die Darstellung der Verbindungen der CTR zum Militär bildeten insgesamt den Großteil auch der übrigen Kritik Dittmars, dem es darum gegangen zu sein schien, diese kleiner zu reden, als sie in dem Manuskript erschienen:

1338 Max Pfender an Paul Dittmar, 9.6.1970, BAM-Archiv, Fach 21-2. Unklar bleibt, welche Fassung des Manuskriptes Dittmar erhalten hatte.

1339 Paul Dittmar, Anmerkungen zur Denkschrift „100 Jahre Materialprüfung in Berlin", 25.8.1970, BAM-Archiv, Fach 21-2.

1340 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 1.

> „Die CTR war niemals dem Kriegsministerium zugeordnet und hatte keine militärischen Funktionen; auch die ‚Abnahmeuntersuchungen' von Lieferungen aller Art für die Wehrmacht hatten nur beratenden Charakter, die Abnahme oder Ablehnung einer Lieferung geschah stets durch ein militärisches Kommando."[1341]

Dabei trat er als Zeitzeuge auf, wenn er betonte, dass bei „Rimarski, Haid und den wissenschaftl. Mitarbeitern der Abt. S., wohl auch der übrigen Abteilungen der CTR [...] eine persönliche Abneigung gegen die Übernahme militärischer Funktionen" zu verzeichnen gewesen sei. Es habe sich überhaupt nur um eine beratende Funktion gehandelt, zu der die CTR seitens des „Heereswaffenamtes und anderer militärischer Stellen herangezogen wurde". Dieser Aussage folgend könne man auch keinerlei Eigeninitiative oder eine weitergehende Involvierung der Reichsanstalt in das NS-Rüstungssystem feststellen. Darüber hinaus hätte sich die CTR, die „im Hinblick auf ihre Arbeitsgebiete in steigendem Maße zur Beratung" herangezogen worden sei, „nicht grundsätzlich von anderen Einrichtungen" unterschieden. So wisse Dittmar „kaum ein bedeutenderes Institut [...], das in jener Zeit nicht schließlich auch im Dienste der Kriegführung gestanden hätte",[1342] was die Tätigkeit der CTR weiter normalisierte und damit behauptete, diese sei keinesfalls anders zu bewerten oder darzustellen als andere Ämter. Auch dabei trat er einmal mehr als Zeitzeuge auf, wenn er schrieb, er könne

> „aus eigenem Wissen anführen, daß neben den unmittelbar für die Wehrmacht geleisteten Arbeiten die Bemühungen um die Verkehrssicherheit und den Arbeitsschutz und damit im Zusammenhang um die Aufklärung von Unfällen entsprechend den ursprünglichen Aufgaben der CTR ihre Bedeutung bis zum Kriegsende behielten."[1343]

Damit unterstrich er den zivilen Charakter der Ressortforschungseinrichtung, der ihm offenbar in der Darstellung nicht genügend betont geblieben war. Zugleich verwahrte er sich dagegen, „alle ehemaligen wissenschaftlichen Angehörigen dieses Instituts [der CTR, E.K.] namentlich anzuführen", denn für diejenigen, welche nun „in der DDR arbeiteten (z.B. Dr. (Pinnold?), Dr. (Sohlke)) oder die die

1341 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 2.
1342 Ebd., S. 2 f.
1343 Ebd., S. 3 f.

Interzonenstraßen benutzen, können sich daraus Schwierigkeiten ergeben."[1344] Es gab folglich ein Bewusstsein dafür, dass die NS- und Rüstungsvergangenheit der CTR in der Gegenwart als Belastung der ehemaligen Angehörigen wirken konnte. Deren Schicksal wurde also mitgedacht, entweder, weil Dittmar diese immer noch als Kollegen wahrnahm, was auf eine noch über zwanzig Jahre nach Kriegsende bestehende Arbeitsgemeinschaft der Reichsanstalt hindeuten würde, die ideeller Natur war und nach wie vor Wirksamkeit entfaltete, oder aber deshalb, weil nach wie vor Kontakte zu ihnen bestanden. Der ehemalige Vizepräsident nannte in seinen Anmerkungen zu Ruske zwei Namen entsprechend gefährdeter Fachkollegen, die beide in der publizierten Monografie nicht mehr auftauchten. Zumindest diese Kritik wurde augenscheinlich also berücksichtigt. Leider lässt sich nicht prüfen, welche Fassung Dittmar vorlag. Möglicherweise ist der Hauptteil des Jubiläumsbandes, der die Geschichte der CTR und ihrer Vorgängeranstalten bis 1945 fokussierte, noch einmal entschärft worden, was die kritisierte Darstellung der Rüstungsvergangenheit angeht. Dass aber eine solche Entschärfung, wenn sie denn vorgenommen worden sein sollte, ausreichte, wird man nicht behaupten können: *In summa* erschien die CTR nach wie vor als eine umfassend in die Rüstung involvierte Behörde, im Vergleich zu der das StMPA einmal mehr als vornehmlich auf dem zivilen Gebiet arbeitende Ressortforschungseinrichtung auftreten konnte.

Allerdings sorgte nicht nur ein ehemaliger CTR-Angehöriger für Ärger, sondern auch Angehörige einer gegenwärtigen Schwesteranstalt, namentlich der PTB in Braunschweig. Anlässlich einer Haushaltsbesprechung mit der PTB waren ihr Präsident, Prof. Dr. Ulrich Stille,[1345] und ihr Vizepräsident, Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Schrader,[1346] an den Physiker Dr.-Ing. Joachim Hennenhöfer, ehemaliger Angehöriger der PTB und zu diesem Zeitpunkt als Ministerialrat Leiter des für die BAM und

1344 Ebd., S. 4 f.

1345 Grützmacher, Martin: F.E.E. Ulrich Stille. Nachruf der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, vorgetragen in der Plenarsitzung am 12. November 1976, in: Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft 28 (1977), S. 191 f.

1346 Schrader bekleidete seit dem Jahre 1970 das Amt des Vizepräsidenten der PTB; Ernennungsurkunde für Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Schrader zum Vizepräsidenten und Professor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, 15.6.1970, BArch, PERS 101/79920. Ich danke Jens Thiel und Vivian Yurdakul.

die PTB zuständigen Fachreferats im BMWi,[1347] herangetreten, hätten ihn „auf einige Passagen in dem [...] Bericht aufmerksam gemacht und diese Passage als unzutreffend bezeichnet."[1348] Die beiden Herren beschwerten sich also darüber, wie ihre Institution in dem Jubiläumsband dargestellt werde. So werde hier etwa „ein angeblicher Konkurrenzkampf zwischen der BAM und der ‚ambitiösen' PTB in Braunschweig" behauptet, was nicht zuträfe. Zudem habe Ruske, so führte Hennenhöfer in diesem Zusammenhang als Zeitzeuge aus, „die Intentionen der damals beteiligten Personen der PTB in wenig schöner Weise interpretiert" und „über angebliche Absichten der PTB in unzutreffender Weise oder in Halbwahrheiten berichtet."[1349] Hennenhöfer und die Vertreter der PTB einigten sich letzten Endes darauf, die Kritik an der Darstellung Ruskes „aktenkundig zu machen",[1350] wobei dem diesbezüglichen Vermerk mehrere Seiten aus dem Buch mit Anstreichungen angehängt waren und in welchem überdies notiert wurde, dass, „falls von der BAM oder von dritter Seite dieses Kapitel der Geschichte [noch einmal, E.K.] angesprochen wird", Konsequenzen drohten.[1351] Offenbar gefiel es den Vertretern der PTB nicht, dass Ruske es gewagt hatte, auch deren Geschichte in einer für sie ungünstigen und unvorteilhaften Art und Weise mit abzuhandeln. Vorerst sah man jedoch „von einer Gegendarstellung" ab, da – so vermerkte Hennenhöfer bezüglich der Vereinbarung mit Stille und Schrader – „vermutlich nur wenige maßgebliche Persönlichkeiten die Broschüre [...] überhaupt lesen werden", zudem sollte das künftige Verhältnis zwischen den Schwesteranstalten nicht „ungebührlich belastet" werden.[1352] Die implizierte Abwertung des offenbar ohne Hoffnung auf Breitenwirkung publizierten Buches und dessen Beschreibung als Broschüre machen mehr als deutlich, dass man seitens der PTB verärgert war und diese Verärgerung von einem ihrer Ehemaligen geteilt wurde.

1347 Ruske, 100 Jahre Materialprüfung, 1971, S. 469; Träger der Otto von Guericke-Medaille, in: Aif Forschungsnetzwerk Mittelstand, URL: https://www.aif.de/ueber-uns/auszeichnungen/traeger-der-otto-von-guericke-medaille.html [zuletzt eingesehen am: 18.9.2024].

1348 Joachim Hennenhöfer, Vermerk, Betr. Jubiläumsband der BAM „100 Jahre Materialprüfung in Berlin", Februar 1972/März 1974, S. 1, BArch, B 102/118314, und im Folgenden.

1349 Ebd., S. 3.

1350 Ebd., S. 2.

1351 Ebd., S. 3.

1352 Ebd., S. 1.

Was war der Grund dieses Ärgers? Zu überlegen wäre, dass es wahrscheinlich nicht nur darum ging, dass einzelne Stränge der Geschichtsdarstellung sachlich strittig oder wenig wohlwollend interpretiert worden waren, sondern auch darum, dass die BAM es überhaupt gewagt hatte, mit ihrer Darstellung das historische Deutungsmonopol der PTB über ihre eigene Geschichte anzutasten. Für diese schien, schon allein aus Gründen der Binnenintegration und Legitimierung nach außen, zu gelten: Die Eigengeschichte der Institution ist unantastbar.

Wesentlich weniger Probleme hatte die BAM bei den übrigen Reaktionen, die auszugsweise in der internen Mitarbeiterzeitschrift veröffentlicht wurden.[1353] Wenngleich nicht bekannt ist, welche Kriterien hier für die Auswahl maßgebend waren, so lässt sich insgesamt feststellen, dass scharfe Kritik an dem Jubiläumsband zumindest nicht zum Abdruck kam. Hier bot sich die Möglichkeit, die eigene Rezeptionsgeschichte zumindest nach innen in einem gewissen Maße zu steuern. So wurden unter der Rubrik „Aus der Presse" Stimmen aus der Fachwelt abgedruckt, die das Buch als eines der wichtigsten Werke auswiesen, „die in jüngerer Zeit im Bereich der Technikgeschichte veröffentlicht worden" seien, und den „ungeheure[n] Fleiß" beim Zusammentragen des Materials lobten.[1354] Für die vermeintlich hohe wissenschaftliche Qualität der Publikation verbürgten besonders zwei Leserbriefe: *Erstens* lobte Gerhard Arnold von der Zeitschrift *Technikgeschichte*, dass die „fast unlösbaren Aufgaben, die von Prof. Max Pfender und seinen Mitarbeitern gemeistert wurden, [...] in der nüchternen Schilderung des Verfassers, der jede Glorifizierung vermeidet, besonders deutlich" würden.[1355] *Zweitens* druckte die Zeitschrift ein Schreiben des Bundesarchivs Koblenz ab, das darüber hinaus die in dem Jubiläumsband präsentierte Erfolgsgeschichte bestätigte, die angesichts der vielen zu überwindenden Hindernisse und Probleme noch erstaunlicher erscheinen musste: „Beim Blättern dieser umfangreichen und gediegenen Festschrift erregte mein besonderes Interesse der verschlungene, dornenvolle Pfad", auf dem sich das mit der CTR vereinigte MPA bis zur Umstrukturierung zu einer Bundesoberbehörde bewegt habe.[1356]

1353 100 Jahre Materialprüfung in Berlin – Ein Beitrag zur Technikgeschichte verfaßt von W. Ruske, in: BAM-Information 1 (1975), S. 4–8, BAM-Archiv, Fach 3-1.

1354 So die abgedruckten Rezensionen der *DRAHT-Fachzeitschrift* und der Zeitschrift *Materialprüfung*, in: ebd., S. 4 f.

1355 Ebd., S. 5.

Vor allem jedoch erschienen in der Ausgabe der „*BAM*-Information" aus dem Jahre 1975 Leserbriefe, in denen vornehmlich ehemalige Mitarbeiter ihr Urteil abgaben. Dies konnte den Lesern der Zeitschrift zeigen, dass Zeitzeugen die autoritative Darstellung der institutionellen Selbst-Narration auch ‚von unten' bestätigten. Wenig überraschend belegten die zumindest hier abgedruckten Reaktionen größtenteils, dass das Werk durchaus auch erfolgreich der Binnenintegration dienen konnte in dem Sinne, dass die Akteure sich in dieser Geschichte wiedererkannten. Dieses Wiedererkennen wurde dadurch ermöglicht, das mindestens einigen Ehemaligen der Band als Geschenk zugesandt worden war, selbst wenn diese jahre- oder jahrzehntelang nicht mehr in der Anstalt tätig gewesen waren. Damit erfüllte das Werk also offenbar jene Kriterien, welche die Forschung für autobiografische Erzählungen herausgearbeitet hat, wonach diese Erzählungen „am Leitfaden des eigenen Lebens sich selbst und ihren Zeitgenossen die eigene Zeit" mit normativem Anspruch ausdeuten.[1357] Wie schilderten die Ehemaligen ihre Lektüreerlebnisse? Der Ingenieur Karl Beyer[1358] schrieb, dass ihn „das Werk so gefesselt" habe, dass er „es erst nach Stunden aus der Hand legen konnte."[1359] Er habe „[v]iele, viele Erinnerungen an Menschen und seinerzeitige

1356 Ebd., S. 6.

1357 Depkat, Autobiographie und soziale Konstruktion, 2003, S. 453.

1358 Es handelt sich hierbei mit hoher Wahrscheinlichkeit um Karl Beyer (1897–1978), Studium der Physik und Chemie, Regierungsdirektor bzw. später Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium und als Referatsleiter verantwortlich für die BAM und die PTB, Vertreter für den Vorsitzer der 1. Sitzung (1957) des Kuratoriums der BAM, seit 1957 Mitglied des Kuratoriums der BAM, 1960 Ruhestand, offenbar sehr gutes Verhältnis zu Max Pfender, wie aus einem Brief hervorgeht: „[...] dürfen wir uns freuen, dass Sie der Betreuer und Freund unserer Anstalt wurden"; Max Pfender an Karl Beyer, 19.12.1960, BAM-Archiv, Fach 37-2, Ordner: SBV BAM-Chronik; Niederschrift über die 1. Sitzung des Kuratoriums der BAM am 28. und 29. August 1957, Berlin-Dahlem, Oktober 1957, BAM-Archiv, Fach 1-1; Dipl.-Ing. Karl Beyer †, in: BAM-Information 5 (1978), S. 89, BAM-Archiv, Fach 3-1; Vorsitzer des Kuratoriums der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM) von der 1. bis zur 25. Sitzung, BAM-Archiv, Fach 35-2; Briefwechsel und Gespräche Pfender-Geisendörfer, BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner: M. Pf. Pers. Prof. Pfender Ehrungen Sammelband.

1359 100 Jahre Materialprüfung in Berlin – Ein Beitrag zur Technikgeschichte verfaßt von W. Ruske, in: BAM-Information 1 (1975), S. 4–8, hier: S. 6, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

Probleme“ gehabt und dieses Schwelgen in der Vergangenheit sei noch „intensiviert [worden] durch die zahlreichen und wohlgelungenen Fotos.“ Der ehemalige Angehörige der CTR und später des MPA/der BAM, Johannes Dannenberg,[1360] sah in dem Werk „ein bleibendes Verdienst“ und dankte dafür, den Werdegang der vereinigten Anstalten „in allen Einzelheiten festgehalten und die unsäglichen Mühen und Schwierigkeiten dargelegt zu haben, die auf dem weiten Weg bis zur Erlangung des Status einer Bundesoberbehörde von der BAM zu überwinden waren.“[1361] Damit erhielt die Erfolgsgeschichte durch einen Zeitzeugen hier also ihre Bestätigung ‚von unten‘. Walter Deutsch, ehemals in der CTR und nach dem Krieg in MPA/BAM, erkannte die Funktion des Bandes unter anderem als eine Art Familienalbum und freute sich über den Inhalt der 450 Seiten, der gerade deshalb für ihn „besonders fesselnd“ gewesen sei, da er „ein halbes Jahrhundert des Geschehens auf dem Gebiet miterlebt habe und einige hundert Männer des Faches dieses Zeitraumes persönlich kenne.“ Kurzum, das Werk wies für zumindest einige Ehemalige auch eine emotionale Qualität auf, es wirkte identitätsstiftend und verband sie weiterhin mit ihrer alten Arbeitsstätte, zumal hier die persönliche Erfahrung mit der offiziellen Institutionengeschichte verbunden werden konnte.

Allerdings gelang dies nicht bei allen Lesern, denn die Binnenintegration schien manchen zu kurz gekommen zu sein, wie der Leserbrief des emeritierten Prof. Dr.-Ing. Theodor Kristen, der von 1932 bis 1937 Leiter der Abteilung „Baugewerbe“ im StMPA war, belegt.[1362]

1360 Vgl. zu Johannes Dannenberg Kapitel 5.2.

1361 100 Jahre Materialprüfung in Berlin – Ein Beitrag zur Technikgeschichte verfaßt von W. Ruske, in: BAM-Information 1 (1975), S. 4–8, hier: S. 6, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

1362 Theodor Kristen (1888–1976), 1908 Studium an der Abteilung für Bauingenieurwesen der TH Hannover, 1914 Dipl.-Ing., Militärdienst, 1919 Regierungsbauführer bei der Eisenbahndirektion in Kassel, 1920 Mitarbeiter einer Stahlbetonfirma in Paderborn, 1921 Wissenschaftlicher Assistent von Robert Otzen am Lehrstuhl für Massivbau und Institut für Bauingenieurwesen an der TH Hannover, 1921/22 gleichzeitig Assistent am Lehrstuhl für Erd-, Straßen- und Tunnelbau, 1924 Dr.-Ing., 1931 Habil., 1932 Betriebsleiter und Prof. am StMPA, 1933 Mitglied der SA, 1936 Leiter der Abteilung „Baugewerbe“, 1937 Mitglied der NSDAP, 1937 o. Prof. für Baustoffkunde und Stahlbetonbau sowie Direktor des Instituts für Baustoffkunde und Materialprüfung der TH Braunschweig, 1938 zudem Leiter des vom RLM eingerichteten Instituts für baulichen Luftschutz,

Wenngleich Kristen eingangs vorausschickte, das Buch sei „eine einmalige gewaltige und sehr anerkennenswerte, geschickte Leistung“,[1363] äußerte er sich im Vergleich zu den übrigen in der Zeitschrift zur Sprache kommenden Rezipienten doch leicht kritisch und bezog sich dabei auf sein eigenes Wissen als Zeitzeuge. Kristen hatte offenbar die Hauptfunktion des Buches als eine quasi-geschichtswissenschaftliche Abhandlung verkannt, die der Darstellung einer spezifischen institutionellen Selbst-Narration nach außen dienen sollte und daher nach den genuinen Eigeninteressen der BAM ausgerichtet war, und eher ein Familienalbum oder eine Erinnerungsschrift erwartet. Er beklagte, dass „nur Namen ohne jeden Titel“ genannt wurden, während „viele bekannte, verdiente Leute [...] gar nicht erwähnt oder nur ganz kurz ohne ihre Leistungen genannt worden“ seien. Er bedauere sehr, dass dadurch „[n]ur wenige große Namen“ blieben, womit er implizit die erinnerungskulturelle Perspektive und das gesellschaftliche Langzeitgedächtnis ansprach und die Auswahl der thematisierten Personen bemängelte.

1945 von der Militärregierung vom Dienst suspendiert, Begründer und Leiter eines Ingenieurbüros, 1947 Rückkehr an die TH Braunschweig als o. Prof. und Direktor des Instituts für Baustoffkunde und Materialprüfung, 1949 Stellv. Direktor des Niedersächsischen Materialprüfamtes, dort 1954 Direktor, 1957 wieder Stellv. Direktor, 1964 Ratsherr der Stadt Braunschweig, noch Dekaden nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wurde Kristen als Ehemaliger sowohl zu der Hundertjahrfeier der BAM als auch zu den internen Weihnachtsfeiern eingeladen, wozu er allerdings aus nicht bekannten Gründen nicht erscheinen konnte, 1971 übersandte er seine „Persönliche[n] Erinnerungen an Herrn Geheimrat Professor Dr.-Ing. E.h. R. Otzen“ an die BAM; Piepenburg, Werner: Theodor Kristen – 80 Jahre, Braunschweig 1968; Theodor Maximilian August Kristen, in: Braunschweiger Professor*innenkatalog, URL: https://profkat.tu-braunschweig.de/resolve/id/cpb_person_00000280 [zuletzt eingesehen am 29.8.2024]; Ertingshausen, Helmut/Matting, Alexander: Das Niedersächsische Materialprüfamt, in: Materialprüfung 1 (1959), S. 171–174; Maaß, Rainer: Kristen, Theodor Maximilian August, in: Jarck, Horst-Rüdiger/Scheel, Günter (Hrsg.): Braunschweigisches Biographisches Lexikon – 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1996, S. 349; Max Pfender an Theodor Kristen, 10.12.1971, BAM-Archiv, Fach 8-2.

1363 100 Jahre Materialprüfung in Berlin – Ein Beitrag zur Technikgeschichte verfaßt von W. Ruske, in: BAM-Information 1 (1975), S. 4–8, hier: S. 7, BAM-Archiv, Fach 3-1, und im Folgenden.

Darüber hinaus missfiel ihm nicht nur die visuelle Darstellung der Jubiläumsschrift, denn er „vermisse [...] z.B. Bilder von Deiß, Ermlich, Bierett, Sommer, Hummel, Schob, Krüger usw“,[1364] sondern auch die Tatsache,

1364 Bei den hier erwähnten Personen, die noch nicht an anderer Stelle besprochen wurden, handelt es sich um Eugen Deiß (1875–1949), Studium der Chemie, 1897 Dipl.-Ing., 1904 Eintritt in das KMPA in die Abteilung für Allgemeine Chemie, 1919 StMPA, 1923 Leiter der Abteilung für Anorganische Chemie, 1937 Kustos der Sammlung des StMPA; Nachweisung über den Bildungsgang der Ständigen Mitglieder, 1924, BAM-Archiv, Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; Erich Seidl an alle Abteilungen, Betr. Sammlung des StMPA, 1.6.1937; BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; Georg Bierett (1898–1986), 1922 StMPA, 1930 Dr.-Ing., 1.3.1932 Mitglied der NSDAP (Nr. 4.011.234), 1933 verbeamtetes Ständiges Mitglied und Professor als Gruppenleiter, zudem spätestens 1933 Honorarassistent beim Dozenten für Materialprüfungswesen an der TH Berlin, 1935 Leiter der Abteilung „Stahl- und Metallbau“ und „Eisenbeton- und Massivbau“ des StMPA, 1935 bis 1940 Schriftleiter der Zeitschrift „Elektroschweißung“, 1936 Leiter der Abteilung „Metalle“, 1938 Beurlaubung und vorläufige Dienstenthebung, 1940 Austritt aus dem StMPA, 1940 Prokurist und Direktor bei der Hauptverwaltung der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ und gleichzeitig Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der den Reichswerken angehörenden Stahlbaubetriebe, 1948 Vorstandsmitglied und Technischer Leiter der AG für Bergbau und Hüttenbedarf in Salzgitter, 1958 Direktor der Stahlbau B. Seibert GmbH in Saarbrücken; NSDAP-Zentralkartei, BArch R 9361-VIII/2470103; Robert Otzen, Bekanntmachung, 20.11.1933, BAM-Archiv, Ordner: U[mlauf]; StMPA, Gliederung 1. Mai 1935, BArch, R 4901/15202, Bl. 50; [Erich Seidl], Besprechung Dr. Seidl und Prof. Dr. Ros, Direktor der EMPA, am 31. Juli 1935 in Zürich, BAM-Archiv, Ordner: Vortrags-Berichte; Verzeichnis der Abteilungen, Fachabteilungen und Fachgruppen (Stand 1.1.1937), BAM-Archiv, Ordner: Präsidialakten; Erich Kindscher, i. V. Der Präsident des StMPA, an den Reichsminister, REM, Betr. Die Besetzung einer freien Angestelltenstelle, 11.5.1939, BAM-Archiv, Personalakte Albers, Bl. 47–48; Albers, Kurt: Professor Dr.-Ing. Georg Bierett 60 Jahre, in: Der Stahlbau 27 (1958), S. 168; Alfred Schob (1884–1945), Volontär in Maschinenfabriken, ein Semester Studium der Chemie und sieben Semester des Maschinenbaus, anschließend Konstrukteur in der Abteilung „Allgemeiner Maschinenbau“ bei A. Borsig, 1907 KMPA als apl. Assistent von Max Rudeloff, 1923 Leiter der Betriebsabteilung, 1932 Prof. und Direktor. der Hauptabteilung IIc für Organische Stoffe und weiterhin Leiter der der Abteilung IIIg für Kautschuk, Leder, Isolier- und Anstrichstoffe, spätestens 1937 Wechsel zu den Siemens-Schuckert-Werken; Schob, Lebenslauf, 7.3.1935, BAM-Archiv, Ordner: Ehemaliges Personal [der Abt. IIIA]; Moellendorff, Geschäftsverteilung auf die Dienststellen, 30.4.1923, BAM-Archiv,

dass es einige Arbeiten, an denen er selbst beteiligt gewesen war, nicht in die Darstellung geschafft hatten. Woraus ergab sich eine solche Problemlage? Das Werk hatte von Beginn an mit zwei unterschiedlichen Publikationserwartungen rechnen müssen: Auf der einen Seite sollte es der verpflichtenden Binnenintegration der MPA-/CTR-/BAM-Familie dienen, auf der anderen sollte es nach außen wirken. Beide Erwartungen zugleich zu erfüllen, war im Grunde unmöglich, denn eine Art Familienalbum, in dem alles und jeder vorkam, der jemals in der BAM oder ihren Vorgängerinstitutionen gearbeitet hatte, musste massiv an Relevanz für die Öffentlichkeit einbüßen und trug überdies nicht *per se* zur Konstruktion einer Erfolgsgeschichte bei, während umgekehrt eine Geschichte, die sich allein nach geschichtswissenschaftlichen Kriterien orientierte, auf Rezeptionsschwierigkeiten im Innern stoßen musste und zudem die Konstruktion einer Erfolgsgeschichte der Anstalt mit einer einigermaßen ‚sauberen' Vergangenheit zu gefährden drohte. Überblickt man den Jubiläumsband, so wird deutlich, dass Ruske dieses Problem unterschiedlicher Erwartungen im Konfliktfall zugunsten der Wirkung des Werkes in der Öffentlichkeit entschied. Der Fokus lag also darauf, die institutionelle Selbst-Narration in diesem Sinne anzupassen, wobei innerinstitutionelles oder gar persönliches Interesse genauso wie die Darstellung einer ‚belasteten' Vergangenheit in die zweite Reihe treten mussten. Die Reaktionen belegen, dass der Zielkonflikt zwar insofern ganz gut gelöst werden konnte, als die Erzählung durchaus angenommen und bestätigt wurde, allerdings galt dies offensichtlich nicht für alle Leser aus dem unmittelbaren Umfeld der BAM.

Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2; Otzen, Der Präsident des StMPA, Bekanntmachung, 23.1.1932, BAM-Archiv, Akten des StMPA, AZ 9; Lothar Krüger (1885–1945), 1906 Studium des Bauingenieurwesens, 1911 Dipl.-Ing., 1912 Mitarbeiter der Abteilung für Baumaterialprüfung des KMPA, 1914 Kriegsdienst, 1919 StMPA, 1925 Ständiges Mitglied, 1929 Prof. 1932 Leiter der Abteilung für Baugewerbe und Förderndes Mitglied der SS (Nr. 131.663), 1.5.1937 Mitglied der NSDAP (Nr. 5.382.480), 1938 Blockwartshelfer der NSV, 1941 Ruhestand; StMPA, Personalblatt von Lothar Krüger, BArch, R 4901/15204, Bl. 197–198; Krüger, Fragebogen über die Zugehörigkeit und Tätigkeit der Gefolgschaft in der NSDAP, ihren Gliederungen, angeschlossenen Verbänden usw., 16.5.1939, Akten des StMPA, Al 99, Vol. 2, Bl. 86; NSDAP-Gaukartei, BArch, R 9361-IX/23580444.

Wenige Jahre nach der Veröffentlichung „100 Jahre Materialprüfung in Berlin“ bot sich der BAM das erste Mal die Möglichkeit, anlässlich eines runden Geburtstages *die* zentrale Binnenzäsur zu feiern. 1979 verfasste Ruske deshalb für das 25-jährige Jubiläum der Erhebung zur Bundesanstalt einen Text mit dem Titel „Das Selbstportrait“.[1365] Dieser Text verortete die geleistete Arbeit der letzten zweieinhalb Jahrzehnte in „Arbeiten zur Förderung der deutschen Wirtschaft“, was angesichts der Ressortierung der Anstalt beim Bundeswirtschaftsministerium nahelag. Der Beitrag selbst erzählte allerdings im Wesentlichen die übliche Erfolgsgeschichte und belegt damit vor allem das Zäsurbewusstsein für dieses Datum innerhalb der BAM, auch, da dieses Jubiläum wohl nicht genutzt wurde, um eine besondere Breitenwirkung zu erzielen. Möglicherweise feierten die Verantwortlichen dieses Jubiläum auch deshalb nicht so groß, weil die Erhebung zur Bundesanstalt insbesondere für die innerinstitutionelle Entwicklung ein entscheidendes Ereignis war und 25 Jahre im Vergleich zur Gesamtgeschichte des Amtes überdies nur einen kurzen Zeitraum bildeten. Dieser konnte also kaum besonders förderlich sein, um eine lange Tradition zu repräsentieren. In diesem Sinne wirkte eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition deutlich beeindruckender und belegte zudem den langandauernden Erfolg der Institution über sämtliche politische Systeme und Krisenzeiten hinweg, was sich auch daran zeigt, dass das nächste große Jubiläum erst im Jahre 1996 stattfand. Diese 125-Jahrfeier wurde dementsprechend auch mit einem höheren Maß an Feierlichkeit begangen, wobei der Ablauf des Jubiläums inzwischen den etablierten Rhythmen folgte, das heißt es gab eine Festveranstaltung, auf der Würdenträger eine Rede hielten und die umfassend und mit dem Anspruch auf Dauerhaftigkeit in der internen Mitarbeiterzeitschrift dokumentiert wurde. Darüber hinaus erschien ein entsprechender Artikel mit dem Titel „125 Jahre im Dienst der deutschen Wirtschaft“, der die Leser des Hausblattes auf das Ereignis und dessen Bedeutung aufmerksam machen sollte und der abermals von der Erfolgsgeschichte der Anstalt nach Kriegsende berichtete sowie diese durch den Altpräsidenten Pfender personalisierte.[1366]

1365 Ruske, Walter: Das Selbstportrait. 25 Jahre Arbeiten zur Förderung der deutschen Wirtschaft, 15.11.1979, BAM-Archiv, Fach 21-2, und im Folgenden.

1366 125 Jahre im Dienste der deutschen Wirtschaft. Die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung feiert Jubiläum, in: BAM-Information 1-2 (1996), S. 2 f., BAM-Archiv, Fach 3-1.

Dass die Binnenintegration der BAM-Familie – und zwar der Gegenwart *und* der Vergangenheit – nach wie vor eine Rolle bei dieser Art von Feierlichkeiten spielte, zeigt der Umstand, dass nicht nur der Altpräsident Pfender zu der 125-Jahrfeier eingeladen war, sondern auch die „Ehemaligen", deren Erscheinen bei der Feier die Mitarbeiterzeitschrift ebenfalls mit einer Fotografie dokumentierte.[1367]

Anlässlich des 125-jährigen Jubiläums nutzte die Bundesanstalt die Gelegenheit, eine neue respektive erweiterte Jubiläumsschrift zu veröffentlichen, die den Titel trug: „BAM – Die Chronik, 1871–1996. 125 Forschung und Entwicklung, Prüfung, Analyse, Zulassung, Beratung und Information in Chemie- und Materialtechnik".[1368] Bei dieser „Chronik" handelte es sich um eine erweiterte Fassung des Jubiläumsbandes aus der Feder Walter Ruskes von 1971, der wortwörtlich und ohne jedwede inhaltliche Änderung, Ergänzung oder Kritik erneut gedruckt und sodann durch die geschichtliche Entwicklung der Anstalt seit den frühen 1970er Jahren unter den Präsidentschaften von Gerhard Wilhelm Becker und Horst Czichos ergänzt wurde. Im Vorwort des Buches wies der zu diesem Zeitpunkt amtierende Präsident Czichos darauf hin, dass auch diese Schrift, wie bereits Ruskes Werk, „als ‚Beitrag zur Technikgeschichte' verstanden werden" könne.[1369] Angesichts einer solchen würdigenden Einschätzung mag es nicht verwundern, dass der Jubiläumsband von 1971 auch 25 Jahre später noch unverändert und unkritisch in derselben Form wiederveröffentlicht wurde. Offenbar empfanden die Akteure der BAM die dort produzierte institutionelle Selbst-Narration also nach wie vor als adäquat, was bedeutete, dass diese spezifische und auf die institutionellen Eigeninteressen ausgerichtete Erzählung, die mithin weite Teile der offenbar als unliebsam beurteilten Vergangenheit(en) beschwieg oder beschönigte, auch in den 1990er Jahren noch einmal gleichlautend reproduzierbar war. Augenscheinlich erkannten die Akteure sich hierin wieder oder angemessen repräsentiert.

Insgesamt schien die Thematisierung der eigenen Vergangenheit nicht nur in quantitativer Hinsicht seit den späten 1970ern stetig abzunehmen, sondern auch in qualitativer. Gab es bei dem Jubiläumsband Ruskes also noch eine – wenngleich nach wie vor den institutionellen

1367 Ebd., S. 6.
1368 Ruske/Becker/Czichos, BAM - Die Chronik, 1996.
1369 Ebd., Vorwort.

Eigeninteressen und Erzählnormen gehorchende – neue Art der Thematisierung des „Dritten Reiches", so schien die Geschichte der BAM und ihrer Vorgängeranstalten sowohl vor als auch nach 1945 danach auserzählt worden zu sein, mit anderen Worten: Ruskes Werk bildete die neue Grundlage der Erzählung, an der sich in den folgenden Jahrzehnten nichts mehr veränderte, sondern die in ihren Kernaussagen schlicht reproduziert wurde, was der Nachdruck anlässlich des 125-jährigen Jubiläums im Jahre 1996 in besonderem Maße belegt. Betrachtet man die zwei weiteren Jubiläen, die sich für die BAM seit Ende der 1990er Jahre zur Selbstthematisierung anboten, wird darüber hinaus offenbar, dass, je weiter die Vergangenheit in die Vergangenheit rückte, die Thematisierung der institutionellen Eigengeschichte durch die BAM zugunsten aktueller Entwicklungen in den Hintergrund trat. Die eigene Geschichte schien nun vor allem der Selbstvergewisserung und Selbstverortung in der Gegenwart zu dienen. Gleichzeitig schien ein mehr oder minder ausführlicher Hinweis auf die ein Jahrhundert oder länger bestehende reine Existenz der Anstalt als Beleg für ihren Erfolg zu genügen, weshalb die Erfolgsgeschichte selbst nicht mehr *in extenso* erzählt werden musste, zumal man nun auf Ruskes Werk von 1971 oder die „Chronik" von 1996 verweisen konnte. Das Jubiläum der BAM im Jahre 2004 „100 Jahre Standort Lichterfelde", anlässlich dessen eigens eine Broschüre veröffentlicht wurde,[1370] dokumentiert diese Tendenz deutlich und legt zudem nahe, dass sich die Sprache und Darstellungsform der institutionellen Selbst-Narration nun verstärkt in den Bereich von schlagwortartigen Begrifflichkeiten und einfachen begleitenden Visualisierungen verschob. Das Vorwort der Publikation verband abermals die verschiedenen Zeitebenen, wodurch die Bedeutung der Beschäftigung mit und das Bewusstsein um die eigene Geschichte hervorgehoben wurde, denn: „‚Zukunft braucht Herkunft'".[1371] Diese Herkunft lasse die BAM, so der damalige Präsident Manfred Hennecke, in diesem Jahre sogar ein „doppeltes Jubiläum feiern". Er rekurrierte dabei auf die Erhebung zur Bundesanstalt, wenngleich das Standortjubiläum zum Bezug des Geländes in Berlin-Dahlem im Jahre 1904 im Vordergrund stand. Die Veröffentlichung gliederte ihre Inhalte nach Jahrzehnten,

1370 100 Jahre Standort Lichterfelde, herausgegeben von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Berlin 2004.

1371 Ebd., Vorwort, und im Folgenden.

die mit zahlreichen Bildern sowohl von allgemeinen Sinnbildern oder Errungenschaften dieser Dekaden (etwa von einem Luftschiff, von Inflationsgeldscheinen, von einem Radio, Fernsehgerät oder einem VW-„Käfer") als auch von institutionenspezifischen Entwicklungen und Portraitfotos bedeutender Akteure der Vorgängerinstitutionen visualisiert wurden.[1372] „Das vierte Jahrzehnt" umfasste die Jahre 1933 bis 1945 und wurde unter dem Schlagwort „Die Katastrophe" subsumiert.[1373] In den kurzen Textpassagen wurde jene Erzählung über die CTR und das StMPA und deren jeweiliges Verhältnis zur Rüstung reproduziert, die Ruske in seinem Jubiläumsband von 1971 niedergeschrieben hatte. So hieß es in der Broschüre von 2004, die überdies ebenfalls jedwede Art von Selbstmobilisierungsanstrengungen seitens der Ressortforschungseinrichtungen beschwieg:

> „Bald nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten führt die Aufrüstung von Heer und Luftwaffe zu Anforderungen an die **Chemisch-Technische Reichsanstalt**, die denen an das ehemalige **Militärversuchsamt** gleichen [...]. Das **Staatliche Materialprüfungsamt** in Lichterfelde hat derweil weit weniger militärischen Charakter. Die Wehrmacht hat eigene Prüfeinrichtungen".[1374]

Zu bemerken ist, dass der einstige Abgrenzungs-Nazi des StMPA, Erich Seidl, gemeinsam mit seinem Nachfolger im Amt, Erich Siebel, und dem CTR-Präsidenten Rimarski diesen Zeitabschnitt personalisierten, indem Portraitfotos von ihnen abgedruckt wurden.[1375] Dies mag insofern nicht überraschen, als alles, was den Nationalsozialismus betraf, hier überhaupt nicht mit dem MPA in Verbindung gebracht wurde, sondern ganz im Äußerlichen verblieb. Dies ist auch an der Gestaltung erkennbar, da allgemeine historische Entwicklungen in einem farblich zum Rest der Seiten abgesetzten Bereich mit hellblauem Hintergrund dargestellt wurden. Hier nun – also optisch und inhaltlich abgegrenzt zur innerinstitutionellen Entwicklung – fand sich der Hinweis: „Es ist eine Zeit, die von politischem Wahnsinn auf der einen Seite und rasanter technologischer Entwicklung auf der anderen Seite geprägt ist", woraufhin die Entwicklung von Raketen und Düsenflugzeugen

1372 Ebd., S. 5, 6, 11.
1373 Ebd., S. 8.
1374 Hervorheb. i. O. Ebd.
1375 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 9.

oder die Indienstnahme von Radar- und Kerntechnik zum Zwecke der „Vernichtung" genannt wurde.

Das „fünfte Jahrzehnt" umfasste die Zeit von Kriegsende bis Ende der 1940er Jahre und wurde mit dem Untertitel „Der Neubeginn" ausgestattet.[1376] Im Grunde fanden sich hier die üblichen Schlagwörter, Topoi und Erzählungen wie der „Zusammenbruch" 1945, die Demontage durch die Besatzungsmächte, der Mangel, der, wie „überall in der Bevölkerung", auch hier regiert habe oder die umfassenden Kriegsschäden, die „im gesamten Stadtgebiet" vorzufinden gewesen seien. Abermals begleiteten diese Geschichte die Fotografien von Bombenschäden im StMPA und der CTR, leeren Laborräumen des Amtes nach der Demontage und von Kriegsschäden an Gebäuden in Berlin.[1377] Gleichzeitig erhielt die unmittelbare Nachkriegszeit mit einem weiteren Portraitfoto nun das sie prägende Gesicht des Präsidenten Pfender,[1378] der auch in der Erzählung der Broschüre in das nächste Jahrzehnt führte: „Das Wirtschaftswunder".[1379] Bereits für die Beschreibung des Jahresumschwungs 1950 hielt die Veröffentlichung fest: „Der wirtschaftliche Aufstieg hilft das Trauma der jüngsten Vergangenheit etwas zu verdrängen."[1380] Diese Aussage erinnert ein Stück weit an die bekannte These des Philosophen Hermann Lübbe, der „vom integrativen Sinn des Beschweigens"[1381] gesprochen und die „Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten"[1382] in den 1950er Jahren ein Stück weit aufgewertet hat. Es ist unklar, ob die Autoren auf diese These hinauswollten oder lediglich in naiver Weise ihre Freude über das Ende der ‚traumatischen Zeit' und den Beginn der Wohlstandsperiode zum Ausdruck bringen wollten.

Insgesamt belegen die Jubiläen, dass sie der Konstruktion einer institutionellen Eigenzeit dienten. Dies gelang mittels eines partikulargesellschaftlichen Zeitregimes, das einem innerinstitutionellen Festkalender folgte, der nicht zwingend äquivalent zu dem bundesrepublikanischen Festkalender war. Die Jubiläen verwiesen dabei auf

1376 Alle Zitate im Folgenden ebd., S. 10.
1377 Ebd., S. 8, 11.
1378 Ebd., S. 11.
1379 Ebd., S. 12.
1380 Ebd., S. 10.
1381 Lübbe, Vom Parteigenossen zum Bundesbürger, 2007, S. 9.
1382 Ebd., S. 22.

drei Gründungsdaten, deren wichtigstes das Jahr 1871 darstellte, weil damit eine lange Tradition konstatiert werden konnte, welche sich als Erfolgs- und Bewährungsgeschichte deuten ließ, die Zuversicht und Zusammenhalt nach innen und Vertrauen nach außen kommunizieren konnte. Diese Anlässe wurden genutzt, um die institutionelle Selbst-Narration in der Öffentlichkeit zu platzieren. Dabei zeigen mehrere Fälle, dass die Akteure die Außendarstellung höher priorisierten als die Binnenintegration. Denn letztere fand primär andernorts statt, etwa im Kontext der partizipativen Geschichtsschreibung in der Hauszeitschrift, in Form von Nachrufen oder kleineren Festanlässen. Die größte Herausforderung stellte die Darstellung des Nationalsozialismus dar. Dessen Erzählung verschob sich im Laufe der Dekaden leicht. Vor allem das Jahr 1971 bildete hier den zentralen Einschnitt, denn die historische Darstellung Walter Ruskes setzte einen neuen Ton im Umgang mit der NS-Vergangenheit, der allerdings vornehmlich innerinstitutionellen Interessen und Normen gehorchte, zumal der Anschluss an die geschichtswissenschaftliche NS-Forschung auch noch in den 1990er Jahren gar nicht gesucht wurde, wie der unveränderte Nachdruck des Jubiläumsbandes belegt. Diese Art der Auseinandersetzung änderte sich also bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr.

Dies belegt die überaus kurze Behandlung der NS-Zeit in der Jubiläumsbroschüre. Diese offenbart eine bemerkenswerte Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen: Denn im Jahre 2004 hatten die historische Forschung und die Öffentlichkeit bereits seit Jahrzehnten die NS-Vergangenheit thematisiert und in mehreren großen Debatten ebenso behandelt wie die Folgewirkungen des „Dritten Reiches" skandalisiert. Innerhalb der institutionellen Selbst-Narration der BAM war diese Entwicklung nicht mitvollzogen worden. Tatsächlich war die Darstellung der NS-Zeit bei Ruske 1971 deutlich ausführlicher, als das 2004 Präsentierte. Offenbar hatte der Thematisierungsdruck auf Institutionen inzwischen nachgelassen und die meisten Zeitzeugen waren inzwischen verstorben. Ein neuer Thematisierungsdruck von außen war aber noch nicht festzustellen. Dies änderte sich allerdings kurz darauf, denn im Jahre 2005 setzte Bundesaußenminister Joschka Fischer eine historische Kommission ein, welche die Geschichte des Auswärtigen Amtes während des „Dritten Reiches" wissenschaftlich untersuchen sollte.[1383]

1383 Hierzu auch Weinke, „Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht"?, 2020.

Diese Maßnahme setzte in der Folge einen regelrechten „Boom" entsprechender Auftragsforschungen in Gang, der sich zunächst von den wichtigsten Bundesministerien über Länderministerien und schließlich die nachgeordneten Behörden erstreckte und bis heute nicht abgeschlossen ist.[1384] Anlässlich ihres 150-jährigen Jubiläums im Jahre 2020/2021 publizierte die BAM einen Report: „150 Jahre Wissenschaft mit Wirkung", in dem eingeräumt wurde, dass „[d]as Amt [...] zwischen 1933 und 1945 zahlreiche Aufträge für Heer, Marine und Luftwaffe" übernommen habe, damit habe diese Institution „die Aufrüstung und Kriegsführung des Regimes" unterstützt.[1385] Die Aufarbeitung dieser Geschichte hatte aber auch die BAM inzwischen abgegeben: „Ein Geschichtsprojekt erforscht seit 2020 die Verstrickung in die Diktatur."

Offenbar konnte sich auch diese Behörde nicht dem neuen Aufarbeitungssog entziehen. Tatsächlich aber stellt dieses historische Forschungsprojekt – von dem die vorliegende Studie einen Teil bildet – einen Normbruch dar, denn erstmals gab diese Institution die nicht zuletzt in den hier untersuchten Jubiläen verbreitete institutionelle Selbst-Narration ein Stück weit auf. Damit konnten auch diejenigen Normen, welche diese Erzählung jahrzehntelang gesteuert hatten, nicht mehr greifen. Stattdessen galten nun andere Normen, nämlich diejenigen, welchen die Geschichtswissenschaft bei ihrem Erkenntnisbemühen gehorcht. Dazu gehört auch, mit neuen, nicht innerinstitutionell erzeugten Fragen an diese Geschichte und ihre narrative Verarbeitung innerhalb der BAM heranzutreten. Erst das historische Forschungsprojekt und die hiermit verbundene Studie können die Selbsterzählungsnormen sanktionslos brechen und dem Amt damit eine zwar in Teilen schmerzhafte, aber dafür wohl sachadäquatere Geschichte verleihen.

1384 Als Überblick Mentel/Weise, Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus, 2016; Weise, „Mehr als Nazizählerei", 2021, S. 387; Sabrow, Zeitenwenden, 2023, S. 56, zur „Aufarbeitung als Paradigma" bes. S. 54–89.

1385 Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung: 150 Jahre Wissenschaft mit Wirkung. BAM Report 2020/21, Berlin [2021] S. 14, und im Folgenden.

6 Fazit

Die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur hinterließen – so ist häufig zu lesen – eine Gesellschaft, die buchstäblich und moralisch zerstört war, ja, eine Gesellschaft nach dem „Zivilisationsbruch".[1386] Die Frage, wie aus diesem Zustand die bundesdeutsche Demokratie hervorgehen konnte, bewegt die zeithistorische Forschung seit Jahrzehnten. In den letzten Jahren sind dabei vor allem Bundes- und Landesbehörden in den Blick genommen worden, um Kontinuitäten und Diskontinuitäten auf personeller, struktureller und institutioneller Ebene aufdecken zu können. Die vorliegende Studie setzte an diesen beiden Befunden an, indem sie *erstens* versuchte, die Frage nach dieser gesellschaftlichen Transformation zu konkretisieren, indem sie mithilfe eines soziologischen Vokabulars nach dem Normwandel fragte, der mit dem Kriegsende 1945 begann, und *zweitens* eine nachgeordnete Behörde, namentlich das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem (MPA), in den Blick nahm. Die Studie erweitert die bisherige Forschung damit auf unterschiedlichen Ebenen: Sie betritt empirisch Neuland, indem sie

1386 Vgl. lediglich mit im Detail leicht unterschiedlichen Gewichtungen Diner (Hrsg.), Zivilisationsbruch, 1988; Kleßmann, Untergänge – Übergänge, 1989; Naumann, Einleitung, 2001; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 2003, S. 953, schreibt davon, dass ein „rasanter Werte- und Normenzerfall" um sich gegriffen habe; Ueberschär/Müller, 1945, 2005, S. 154, konstatieren einen „schwerwiegende[n] moralischen Zusammenbruch nach dem Bekanntwerden der einzigartigen Verbrechen, die von Deutschen verübt worden waren". Conze, Suche nach Sicherheit, 2009, S. 24, meint, die Deutschen „verzweifelten an der moralischen und materiellen Zerstörung, die sie umgab"; Winkler, Geschichte des Westens, 2011, S. 1139; Geyer, Die eingebildete Heimkehr, 2010, S. 96, schreibt von einer „Rekalibrierung sozialer Beziehungen, der politischen Infrastruktur und in gewissen Grenzen auch der moralischen Ordnung" in der Nachkriegszeit; Herbert, Geschichte Deutschlands, 2014, bes. S. 549–550; ders., Das Dritte Reich, 2016, S. 125: „Am Ende dieses von den Deutschen begonnenen Krieges stand eine militärische, politische und moralische Niederlage, wie es sie zuvor in der Geschichte der Neuzeit nicht gegeben hatte"; Weber, Getrennt und doch vereint, 2020, bes. S. 85–126; Möller, Deutsche Geschichte, 2022, S. 352–360.

einen bislang kaum beachteten Typus von Institution untersuchte, nämlich eine Ressortforschungseinrichtung. Zugleich diente diese Einrichtung als eine Sonde, um die Bedeutung und Funktion sozialer Normen genauer bestimmen zu können und zu zeigen, inwiefern die Akteure des Amtes neue Normen verordneten und durchzusetzen suchten, um an die Demokratie anzuschließen. Die konsequente Anwendung der Normentheorie des Soziologen Heinrich Popitz half dabei, neben den empirischen Ergebnissen im engeren Sinne auch begriffliche Fortschritte zu erzielen. Denn die Krise der bisherigen sozialen Ordnung 1945 lässt sich so als eine Phase intensivierter Normverhandlungen rekonstruieren, die in die Demokratie mündeten. Versteht man die Belegschaft des MPA als eine Partikulargesellschaft innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft, so ist die Frage, mittels welcher sanktionsbewährter Normen sich diese Teilgesellschaft nach innen regulierte, stabilisierte und transformierte und gleichzeitig nach außen abgrenzte.

Der Untergang des „Dritten Reiches" bedeutete nicht nur das Ende von Krieg und Gewaltherrschaft, sondern markierte zugleich den Zusammenbruch des NS-Normensystems, das in jüngerer Zeit in der historischen Forschung als „NS-Moral" bezeichnet wurde.[1387] Das Ende dieser Ordnung, die mit dem Völkermord, der Kriegsniederlage und dem Ende der Diktatur entwertet worden war und für Nachkriegsdeutschland nicht mehr gelten durfte oder sollte, lässt sich als ein Vakuum verstehen, das nun gefüllt werden musste. Aus diesem Grund spielte die Frage, welche Normen nun gelten sollten, auch innerhalb des MPA eine zentrale Rolle. Die NS-Vergangenheit blieb in diesen Kommunikationsprozessen und Thematisierungen stets präsent und stellte die Angehörigen des Amtes vor die Herausforderung, einen Umgang mit dieser Belastungsprobe zu finden. Die Suche nach und schließlich das Finden und Festlegen eines Umgangs mit der NS-Vergangenheit war eng verbunden mit der Transformation der StMPA-Kriegs- und Zusammenbruchs- zur Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft. Um

1387 Vgl. etwa Gross, Anständig geblieben, 2010; Bialas, Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, 2014; Bialas/Fritze (Hrsg.), Nationalsozialistische Ideologie und Ethik, 2020. Der insbesondere in der Diskussion um das Buch von Gross, Anständig geblieben, 2010, beklagten mangelnden begrifflichen Klarheit ließe sich möglicherweise dadurch begegnen, dass mithilfe der Popitz'schen Terminologie stärker die sozialen Normen innerhalb des Nationalsozialismus untersucht werden.

diesen Wandel zu gestalten, mussten neue Normen formuliert werden, die fortan für *alle* Mitglieder dieser Gesellschaft gelten sollten.

Weitere Belastungsproben prägten die Zeit nach dem Ende der Kampfhandlungen. Nachdem das StMPA die alliierte Demontage mit zahlreichen Einbußen an Gerät, Einrichtung und Material überstanden hatte und die institutionelle Kontinuität dadurch gesichert werden konnte, dass das Amt im Juni 1945 vom Magistrat von Groß-Berlin übernommen wurde, mussten die Akteure mit einem „verordneten Umbruch" umgehen, der durch eine angeordnete, drastische Personalreduzierung aufgrund der Neuressortierung gekennzeichnet war. Für die Verantwortlichen, namentlich den Präsidenten Siebel und den Betriebsratsvorsitzenden Blumenthal, stand nun das Ziel im Vordergrund, einsatzfähig zu bleiben. Dem „verordneten Umbruch" stand hierbei eine „konstruierte Kontinuität" gegenüber,[1388] die dadurch hergestellt wurde, dass sich Siebel und Blumenthal darum bemühten, insbesondere solche Amtsangehörige für die Weiterbeschäftigung auszuwählen, welche langjährige Erfahrungen besaßen und zudem gute Verbindungen zu jenen Sektoren und gesellschaftlichen Teilbereichen aufwiesen, die für die Ressortforschungseinrichtung in arbeitstechnischer Hinsicht von besonderer Bedeutung waren. Indem letztlich alle relevanten Fachgebiete sowie diejenigen Abteilungen, die für den Erhalt der Eigenständigkeit und Funktionalität des Betriebs notwendig waren, personell abgedeckt wurden, konnte das Amt trotz der drastisch verringerten Personaldecke seine Existenz sichern und sich durch diese Strategie gleichzeitig das Potential für einen erneuten Wiederaufstieg bewahren. Zu diesem Zeitpunkt, als es noch um das „Überleben in Berlin" ging, spielten individuelle NS-Belastungen nur eine untergeordnete Rolle für die Auswahl des Personalkörpers des Nachkriegsamtes. Gleichzeitig war eine Sicherung der Existenz des Amtes als eine eigenständige Institution überhaupt nur deshalb möglich, da sowohl der Magistrat von Groß-Berlin, in dessen Obhut das MPA übernommen wurde, als auch die alliierten Besatzungsmächte, die das StMPA im Gegensatz etwa zur CTR nicht auflösten, ein genuines Eigeninteresse an dessen Weiterbestehen hatten und dieses für vielzählige Arbeiten unter anderem für Demontagearbeiten, die Beseitigung von Kriegsschäden oder den Wiederaufbau vorsahen.

1388 Ash, Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten, 1995.

Auch auf institutioneller Ebene kam es zu einer Veränderung, nachdem eine der Schwesteranstalten des MPA, die Chemisch-Technische Reichsanstalt (CTR), auf alliierte Anordnung aufgelöst werden musste, da sie während des Krieges fast ausschließlich mit Rüstungsarbeiten befasst gewesen war. Nun begannen Verhandlungen über das weitere Schicksal dieser Reichsanstalt, die mit dem Beschluss endeten, die CTR im August 1945 als IV. Hauptabteilung in das MPA zu integrieren. Um die Integration der als reine Rüstungsbehörde geltenden Anstalt zu ermöglichen, erfolgte eine Konversion, die auf zwei Ebenen stattfand: *Erstens* kam es zu einer Transformation oder Re-Interpretation der Arbeitsgebiete vom militärischen hin zum zivilen Sektor, was aufgrund des Dual-Use-Charakters der hier bearbeiteten Fachgebiete, die sich insbesondere auf die Unfallverhütung und den Arbeitsschutz verlagerten, mühelos möglich war. *Zweitens* forcierten die Akteure der ehemaligen Reichsanstalt einen „semantischen Umbau", welcher die bisherige Arbeit in ziviles Vokabular kleidete und die Zukunftsaufgaben mit den „Leitvokabeln" der Nachkriegszeit und später der frühen Bundesrepublik verband. Auf diese Weise gelang es, Anschluss an die Sprache des Wiederaufbaus und des ökonomischen Aufschwungs zu finden. Für das MPA bedeutete die Integration der ehemaligen CTR letztlich einen Vorteil, da diese institutionelle Erweiterung zur eigenen Konsolidierung beitrug, indem die Arbeitsgebiete ausgeweitet werden konnten und so ein breiter gefächertes Angebot für Industrie, Wissenschaft und Politik geschaffen wurde. Insgesamt zeigt sich, dass sich für beide nun vereinten Institutionen im Wesentlichen analoge Kriterien der Personalauswahl ergaben. Diese waren Erfahrungswissen durch eine langjährige Amts- oder Anstaltstätigkeit, die Abdeckung sämtlicher zukunftsfähiger Fachgebiete durch mindestens einen Mitarbeiter sowie jener Abteilungen, die unumgänglich für die Funktionsfähigkeit der Behörde überhaupt waren. All diese Qualitäten waren in der Lage, eine unter Umständen vorliegende politische Belastung in der Scharnierphase des Sommers 1945 schlicht aus dem Feld zu schlagen.

Nach dieser ersten Konsolidierung änderte sich dies allerdings, denn schon im Spätsommer des Jahres 1945 trat das Thema der politischen Belastung zusehends in den Vordergrund und sorgte innerhalb der MPA-Belegschaft für Diskussionen. Nun avancierte der Umgang mit den noch im Amt verbliebenen ehemaligen „Parteigenossen" („Pgs") zu einem wesentlichen Bestandteil der Transformationsphase der

Übergangsgesellschaft nach Kriegsende. Den Akteuren ging es allerdings nicht einfach darum, wer Mitglied der NSDAP gewesen war und wer nicht, sondern sie bemühten sich um eine Qualifizierung von NS-Belastung. Um eine solche Qualifizierung vorzunehmen und die Kriterien dafür festzulegen, trat im August 1945 ein amtsinterner Vertrauensausschuss zusammen, dessen personelle Besetzung im Wesentlichen mit jener des Betriebsrates identisch war, und der sich folgende Maxime gab: „Es ist zu unterscheiden zwischen nicht belasteten und belasteten ehemaligen Parteimitgliedern."[1389] Mit Blick auf die Frage, wie viele und welche Art von Personen für die Betriebsgemeinschaft überhaupt als zumutbar eingeschätzt wurden, ging es diesbezüglich vor allem um eine Grenzwertbestimmung „nazistische[n] Einfluss[es]". Aus diesem Grunde bemühte sich der Ausschuss darum, in einem ersten Schritt Kriterien oder Grade von Belastung oder Nicht-Belastung festzulegen und in einem zweiten Schritt, über Einzelfälle von „Pgs", die noch im Amt beschäftigt waren, abzustimmen. Tatsächlich legten die Verantwortlichen vor allem Wert darauf, dass die Betroffenen während des Nationalsozialismus nicht gegen amtsinterne Normen eines kollegialen Verhaltenskodex verstoßen hatten, indem sie etwa versuchten, politische NS-Normen durchzusetzen. Im Ergebnis lässt sich dieser amtsinterne Umgang mit NS-Belastung als ein präjudizierender Selbstreinigungsversuch und eine Art Proto-Entnazifizierung deuten, denn die hier festgelegten Kriterien versuchten die Akteure auch dann aufrecht zu erhalten, als sich das Amt mit den gesetzlichen Entnazifizierungsbestimmungen vom März 1946 konfrontiert sah. Obwohl nun neue, offiziell festgelegte Belastungskriterien galten, konnten diese sich in der Personalpolitik nicht durchsetzen, denn hier zeigte sich, dass durch die Vergabe von „Persilscheinen" beziehungsweise die Verweigerung von Unterstützung bei einem Entnazifizierungsverfahren die intern festgelegten Ergebnisse nur noch bestätigt wurden. Letztlich behielt das Amt also die Oberhoheit darüber, wen es als ‚belastet' oder ‚nicht belastet' einstufte. Mit anderen Worten: Die Akteure vertrauen ihren selbst definierten Entnazifizierungskriterien deutlich stärker als jenen, die von außen kamen. Damit zeigt sich auch, dass diese Institution selbst

1389 Wilhelm Blumenthal, Memorandum des Vertrauensausschusses des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem zur Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, 3.9.1945, S. 2, Nachlass W. Blumenthal (Privatbesitz Carola Viehmann, Kopie im Besitz d. Verf.), und im Folgenden S. 1.

die Deutungshoheit zu behalten suchte und sich nicht in die eigene Betriebspolitik hineinreden lassen wollte, denn selbst Personen, welche das offizielle Entnazifizierungsverfahren mit positivem Ergebnis durchlaufen hatten, wurden nicht automatisch wieder eingestellt. Kurzum: Die amtsintern geltenden Normen schlugen diejenigen Normen, welche durch das Entnazifizierungsgesetz vorgegeben waren.

Interessanterweise zeigt der Blick auf die während der Verfahren vorgebrachten Argumentationslinien und Apologien, dass diese nicht ressortforschungsspezifisch waren, denn sie unterschieden sich kaum von den üblichen Erzählungen bundesdeutscher Bürger, die während dieser Phase der Entnazifizierung von den Betroffenen produziert wurden. Obwohl es für die hier beobachteten Akteure nahegelegen hätte, sich entweder als ‚unpolitischer Wissenschaftler' oder ‚Techniker' oder als ‚unpolitischer Beamter', der nur seine Pflicht getan habe, darzustellen, griff kaum jemand auf dieses Erzählmuster zurück. Ein Erklärungsansatz hierfür wäre, dass sich die Akteure darüber im Klaren waren, dass das, was sie machten, aufgrund ihrer Tätigkeit als *Ressortforscher* sehr wohl *politische* respektive *nach den Bedürfnissen der Politik ausgerichtete Wissenschaft* war, weshalb es schwerer war, sich auf diese Art von Apologie zurückzuziehen.

Um die Jahreswende 1945/1946 lässt sich beobachten, dass zentrale Akteure parallel zur Konsolidierung ihres Amtes einen intensiven kommunikativen Prozess eröffneten, denn sie begannen damit, in Neujahrsansprachen sowie in der neu etablierten internen Mitarbeiterzeitschrift Sollforderungen und Normen zu formulieren respektive zu kodifizieren, welche sich vor allem dadurch auszeichneten, dass sie Anschluss an die Demokratie suchten. Diese war also die Überschrift über den sich entfaltenden Normverhandlungen darüber, was nun gelten sollte, nachdem die NS-Normen diskreditiert waren. Was genau sich die Akteure darunter im Einzelnen vorstellten, ist nicht immer leicht zu bestimmen. Deutlich wird jedoch, dass der Bezug auf die Demokratie eine eindeutige Abkehr von der NS-Diktatur bedeuten sollte. Die Demokratie bildete hierbei den äußeren Rahmen, welche die neuen Normen innerhalb der Partikulargesellschaft legitimieren sollte, indem diese der ‚neuen Zeit' angemessen zu sein hatten. Die permanenten Hinweise auf die Demokratie machen transparent, wie rasch

dieses politische System als normative Ordnung akzeptiert wurde und wie schnell sich alle Akteure hierauf einstellten. Weit wichtiger für die amtsinterne Entwicklung war jedoch, dass die Zukunft des Amtes selbst zur normativen Richtschnur allen Handelns avancieren sollte. Aus diesem Grund entschieden sich die federführenden Akteure für einen Umgang mit den zwölf Jahren der NS-Diktatur, der sich mit dem Begriff einer *prospektiven Vergangenheitsabwicklung* fassen lässt: Die noch allzu präsente NS-Vergangenheit sollte insofern überwunden werden, als Konflikte hierüber zum Wohle des Amtes hintangestellt werden sollten. Der immer wieder beschworene Amtsfrieden war folglich wichtiger als die ‚Aufarbeitung' politischen Fehlverhaltens. Festzuhalten bleibt, dass die NS-Vergangenheit keineswegs verschwiegen, sondern offensiv aufgegriffen, funktionalisiert, in Sollforderungen und Normen übersetzt und durch diesen Prozess schließlich mit dem geforderten Blick in Richtung einer ‚besseren' Zukunft abgewickelt wurde. Die jüngste Vergangenheit in dieser Art und Weise abzuwickeln, sollte vor allem dazu dienen, den „Burgfrieden" im Amt zu bewahren, der als Voraussetzung für die Herausbildung einer zukunftsfähigen Nachkriegs- und Wiederaufbaugesellschaft galt. Dieser Amtsfrieden prägte auch die allgegenwärtigen Ausdrücke, welche Einblick in die Vergemeinschaftungsvorgänge dieser Partikulargesellschaft gewähren: In der Regel gebrauchten die Akteure hierbei die erste Person Plural oder sprachen von der „Betriebsgemeinschaft" und der „Arbeitsfamilie". All dies sollte der Binnenintegration dienen und zugleich diejenigen exkludieren, welche politisch oder zwischenmenschlich-kollegial gegen die amtsinternen Normen verstoßen hatten. In dieser Phase ersetzten die Probleme der Zukunft sukzessive die Probleme, die aus der Vergangenheit erwachsen waren. Die neuen institutionellen Normen wurde dabei ‚von oben' – insbesondere von solchen Personen, die wie Max Pfender oder Wilhelm Blumenthal ein hohes moralisches oder biografisches Kapital besaßen – formuliert und auf Veranstaltungen oder in dem wichtigsten internen Kommunikationsmedium, der Hauszeitschrift, mitgeteilt. Die hier kodifizierten Verhaltensnormen wickelten die NS-Vergangenheit ab, indem sie den Nationalsozialismus und seine moralische und normative Ordnung entwerteten, auf eine demokratische Zukunft zielten und dazu aufforderten, nun nach vorne zu blicken.

Am Ende der 1940er Jahre erwiesen sich die ergriffenen Maßnahmen insofern als erfolgreich, als ein zunehmend konsolidiertes Amt, das die aus der NS-Vergangenheit resultierenden betriebsinternen Konflikte dank der prospektiven Vergangenheitsabwicklung und der gleichzeitigen Herausbildung eines neuen Normensystems im Grunde gelöst hatte, nun bereitstand, um in die Bundesrepublik aufzubrechen. In diesem Moment begann der schrittweise Aufbau einer institutionellen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die über die folgenden Jahre und Jahrzehnte geformt wurde. Den zentralen Dreh- und Angelpunkt der institutionellen Selbst-Narration, die im Zuge dessen entwickelt wurde, bildete die Erhebung des MPA zur Bundesanstalt für Materialprüfung im Jahre 1954, also die Ressortierung beim Bundeswirtschaftsministerium, dem sie bis heute als Ressortforschungseinrichtung nachgeordnet ist. Erst *nachdem* dieses seit jeher verfolgte Ziel erreicht war, ließ sich die Geschichte des MPA im Sinne einer „finalisierenden Perspektivbildung" als eine Erfolgsgeschichte erzählen. Denn erst diese Binnenzäsur ermöglichte es, eine institutionelle Selbsterzählung zu konstruieren, die es mittels regressiver und progressiver Narrationselemente erlaubte, nach innen Bindekraft aufzubauen und nach außen Stabilität zu kommunizieren und Geltung zu erzeugen. In dieser Geschichte musste nun auch das „Dritte Reich" seinen Platz finden. Dass die entwickelte Erzählung dabei von normativer Qualität war, zeigt die Tatsache, dass es bestimmte Regeln gab, wie und was erzählt werden sollte und der Bruch dieser Regeln – der Erzählnormen – sanktioniert wurde, wobei vor allem Präsident Pfender als *das* Sanktionssubjekt auftrat und ‚falsche' Erzählungen beispielsweise durch Zensur zu verhindern suchte. Die institutionelle Selbst-Narration entfaltete sich in verschiedenen medialen Formen und Räumen, hierzu gehörten Artikel und Nachrufe sowohl in der internen Hauszeitschrift als auch in externen Fachzeitschriften, Quellendokumentationen, offiziöse historische Darstellungen mit wissenschaftlichem Anspruch, Festschriften, Weihnachtstreffen, Gedenkfeiern und Jubiläen ebenso wie Portraitmedaillons oder Straßen- und Gebäudenamen, welche einen Erinnerungsraum schaffen sollten. All diesen Formen kamen dabei verschiedene Funktionen zu, deren wichtigste die folgenden waren:

Erstens sollte durch den Aufbau eines Archivs der BAM ein auf Dauerhaftigkeit zielendes institutionelles Gedächtnis geschaffen werden, wobei die hierfür ausgesuchten Archivalien dazu dienten, den Akten selektiver Selbstinterpretation und -narration dokumentarische Evidenz zu verleihen. Dabei zeigt sich, dass die Sollforderung, *wie* die Eigengeschichte also erzählt und archiviert werden sollte, letztlich die Schere führte, die unliebsame oder kompromittierende Personen oder Ereignisse schlicht aus der dabei dokumentierten Geschichte herausschnitt.

Zweitens sollte die Möglichkeit der narrativen Partizipation in Form von „Erinnerungsberichten" ehemaliger Angehöriger des Amtes, die in der internen Mitarbeiterzeitschrift veröffentlicht wurden, zur Binnenintegration der „BAM-Familie" dienen. Zwar durfte und sollte grundsätzlich jeder daran teilnehmen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Dienstrang, allerdings unter der Bedingung, dass die ‚von oben' verlangten Erzählnormen gewahrt wurden. Zensurmaßnahmen bei den eingereichten Berichten, die entweder nicht in ihrer ursprünglichen Form oder überhaupt nicht zum Abdruck kamen, zeigen, dass diese narrative Partizipation normiert war, da ein Bruch der inzwischen etablierten Erzählnormen sanktioniert wurde. Auch hier zeigte sich der Grundsatz: Erinnerung ja, aber nur die ‚richtige'.

Drittens sollte die institutionelle Selbst-Narration mittels dreier Strategien personalisiert werden: Durch eine in besonderem Maße gepflegte Nachrufkultur innerhalb der Hauszeitschrift sollte wiederum die Gemeinschaft binnenintegriert werden, indem jedem, der als Teil derselben galt, ebenfalls ein Nachruf zukam. Weiter wurden zwei Personen zu Gründervätern erhoben, anhand deren Biografie und Wirken die beiden wichtigsten historischen Entwicklungen, welche die Konstruktion einer Erfolgsgeschichte erlaubten, personalisiert werden sollten: Der als Gründervater hoch verehrte Adolf Martens stand für die Anfänge der Institution im Jahre 1871 überhaupt, durch welchen insbesondere der legitimierende Traditionsaspekt der Behörde hervorgehoben werden konnte, und Max Pfender, mit dessen Person der Aufstieg nach Ende des Zweiten Weltkrieges und vor allen Dingen die Erhebung zur Bundesanstalt verknüpft werden konnte. Die letzte Personalisierungsstrategie hob einzelne Wissenschaftler der Vorgängerinstitutionen der Bundesanstalt hervor. Sie wurden so zu „Ikonen" der eigenen Geschichte

stilisiert, die nicht zuletzt auf eine institutionelle wissenschaftliche Tradition hinweisen und damit vorbildlich für die nachfolgenden Generationen wirken sollten. So diente das Traditionselement hier letztlich als ein generationenübergreifendes Binnenintegrationselement.

Viertens entwickelte das MPA/die BAM über die Jahrzehnte hinweg einen eigenen, historisch gewachsenen institutionellen Festkalender: Die Institution erscheint so also als eine Partikulargesellschaft mit einem ebenso partikularen Zeitregime. Die Jubiläen offenbaren dabei nicht nur, dass hier diejenigen Ereignisse gefeiert wurden, welche sich mit der Erfolgsgeschichte in Verbindung bringen ließen, vor allem das Gründungsjahr 1871 sowie die Erhebung zur Bundesanstalt im Jahre 1954. Darüber hinaus belegt die anlässlich dieser Festlichkeiten produzierte Erzählung, wie sich *Traditions- und Kontinuitätsnarration, Stabilitätsnarration* und *Erfolgsnarration* verbanden. Dabei handelte es sich um die Konstruktion von Tradition mit selektiver Vergangenheitserzählung, wobei die Darstellung des „Dritten Reichs" abermals den institutionellen Erzählnormen gehorchte.

Auf diese Weise gelang es der hier untersuchten Institution schließlich, sich nach außen abzugrenzen und dem „tausendjährigen Reich" einen Ort in der Eigengeschichte zu geben, der dieses auf Distanz hielt. Diese Distanz war wiederum die Voraussetzung dafür, den Blick in die Zukunft zu richten und den Amtsfrieden zu wahren. Der Nationalsozialismus erschien dabei als ein äußeres Phänomen, das vor allem die jeweiligen Präsidenten, die in dieser Darstellung eine Art Torwächterfunktion erfüllten, je nach eigener politischer Gesinnung entweder versucht hätten, in das Amt hineinzutragen oder von der Belegschaft fernzuhalten. Diese Erzählung war vor allem deshalb lange Zeit möglich gewesen, da staatliche Ministerien und zumal nachgeordnete Behörden erst relativ spät in den Fokus der Selbstverständigungsdebatten über die eigene (NS-)Vergangenheit in der Bundesrepublik gerieten. Erst Anfang der 2000er Jahre begann ein bis heute nicht beendeter „Boom der Behördenforschung",[1390] in dessen Sog schließlich auch die BAM geriet. Erst jetzt konnte ein historisches Forschungsprojekt mit neuen Fragen, die nicht den innerinstitutionellen Normen gehorchten, ‚von außen' die Geschichte der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung untersuchen. Auf diese Weise ist erst die vorliegende Untersuchung in

1390 Mentel/Weise, NS-Vergangenheit deutscher Behörden, 2017, S. 16.

der Lage gewesen, die Erzählnormen dieser Institution sanktionslos zu brechen. Das Gesamtprojekt im Allgemeinen sowie diese Studie im Besonderen sind damit in der Lage, der Ressortforschungseinrichtung eine zwar schmerzhafte, dafür aber sachadäquatere Geschichte zu verleihen. Diese vermag nicht nur, zur Selbstverständigung dieser Behörde über ihre Geschichte beizutragen, sondern auch zur historiografischen und öffentlichen Debatte über Kontinuitäten, Brüche und Transformationsprozesse von Diktatur zu Demokratie.

Die Ergebnisse führen zu weiteren Fragen, welchen die zukünftige Forschung folgen kann. Hierzu gehört zunächst die stärkere Einbindung der Analyse sozialer Normen in die historische Erforschung von Institutionen. Denn wie die vorliegende Untersuchung unterstreicht, lassen sich Institutionen als Partikulargesellschaften verstehen, die sich erst durch eine eigene normative Ordnung von ihrer Umwelt abgrenzen. Die Betrachtung der Verbindungen zwischen Partikular- und Gesamtgesellschaft kann durch einen konsequenten Blick auf Normen und deren Wandel dazu beitragen, die Transformation zwischen Demokratie und Diktatur präziser zu beschreiben, als in der bisherigen (Behörden-) Forschung geschehen. Insofern liegt ein zentrales Ergebnis der Untersuchung in der Erkenntnis, dass ‚die Deutschen' in der Demokratie nicht zuletzt durch die Institutionen ankamen, in die sie eingebunden waren. Zumindest das MPA erwies sich als eine Einrichtung, deren NS-Vergangenheit dazu motivierte, ein innerinstitutionelles Normensystem zu etablieren, das sowohl mit der Demokratie als auch mit den persönlichen Biografien der meisten Amtsangehörigen vereinbar war. Versteht man Behörden als Partikulargesellschaften, die eigene Normen und Sollforderungen formulieren und durchsetzen, so wird deutlich, dass der Übergang von der Diktatur zur Demokratie maßgeblich mit den jeweils geltenden Normen zusammenhängt und Erklärungen für den institutionellen Erfolg der bundesdeutschen Demokratie trotz vielfältiger personeller NS-Belastungen nicht losgelöst von Fragen nach institutionalisierten sozialen Normen behandelt werden können. Weitere Forschungen im Bereich der Institutionengeschichte können deshalb maßgeblich von der hier vorgeführten Perspektive profitieren: Soziale Normen sollten zukünftig einen Fragekomplex in derartigen Studien bilden.

Daneben eignen sich Zäsuren als Forschungsfeld für Prozesse des Normwandels. Heinrich Popitz konstatierte: „Der Inhalt, das *Was* sozialer Normen ist hochgradig variabel; zwingend ist, *daß* Menschen ihr Verhalten normieren."[1391] Auch jenseits der Behördenforschung im engeren Sinne wäre es deshalb sinnvoll, diesen Normierungsprozessen verstärkt historiografische Aufmerksamkeit zukommen zu lassen – und das nicht nur in der Zeitgeschichte. Aus dieser Perspektive ließe sich im Grunde die gesamte Geschichte der „[d]eutsche[n] Wandlungen"[1392] nach 1945 rekonstruieren und erklären, warum es gelang, die deutsche Gesellschaft in erstaunlicher Geschwindigkeit von der diktatorischen und (völker)mörderischen Ordnung der NS-Diktatur auf die demokratische Ordnung der Bundesrepublik und – wenn man so will – auch der SED-Diktatur umzustellen. In diesem Sinne lässt sich das vorliegende Buch auch als Anstoß verstehen, Normen im historischen und sozialen Prozess mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Von besonderem Interesse wäre es dabei auch, die Zäsur des Jahres 1933 einmal unter derartigen Gesichtspunkten zu analysieren. Der selbst in der Forschung häufig verwendete NS-Begriff der ‚Gleichschaltung' ließe sich dann als eine Variante des Normwandels aufschlüsseln. Für die Behördenforschung im engeren Sinne ergibt sich hieraus die Möglichkeit, zu zeigen, warum und wie es gelang, auch ‚belastete' Personen zu integrieren, ohne dabei die Demokratie zu gefährden. Denn die ehemaligen NS-Anhänger fanden sich nun in einer neuen normativen Ordnung wieder, die ihnen zwar ein Stück weit entgegenkam, aber doch deutlich machte, dass Sanktionen drohten, wenn an dieser Ordnung gerüttelt wurde. Ostentative Hitler-Verehrung oder eine allzu positive Darstellung der Tätigkeiten während des „Dritten Reiches" waren nun nicht mehr möglich. Was galt, war die Umstellung auf die Demokratie und deren Normensystem. Dieses neue Normensystem, so macht die Studie insgesamt deutlich, wurde nicht allein ‚von oben' – etwa durch die Alliierten – verordnet und durchgesetzt, sondern auch ‚von unten' aufgegriffen, wie die fortwährenden Normverhandlungen in der Nachkriegszeit zeigen. Allerdings – soviel ist klar – bedurfte dieser Prozess des Anstoßes durch die Kriegsniederlage und den Sieg der Alliierten.

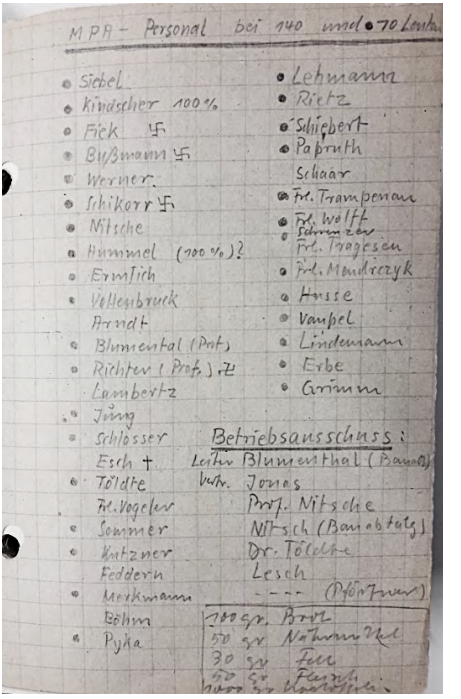
1391 Popitz, Normative Konstruktion von Gesellschaft, 1980, S. 18.
1392 Jarausch, Umkehr, 2004.

7 Anhang

7.1 Einzelne Anhänge

7.1.1 Anhang 1

Eintrag aus dem Notizbuch Max Pfenders vom Juli 1945 über das im MPA beschäftigte Personal[1393]


MPA – Personal bei 140 und 70 Leuten

Sichel
Kindscher 100%
Fick
Bußmann
Werner
Schikorr
Nitsche
Hummel (100%)?
Ermlich
Vollesbruck
Arndt
Blumenthal (Prof.)
Richter (Prof.)
Lambertz
Jung
Schlosser
Esch +
Töldte
Fr. Vogeler
Sommer
Kutzner
Feddern
Merkmann
Böhm
Pyka

Lehmann
Rietz
Schiebert
Paprath
Schaar
Fr. Trampenau
Fr. Wolff
Schmerzer
Fr. Tragesen
Fr. Mendriczyk
Hasse
Vaupel
Lindemann
Erbe
Grimm

Betriebsausschuss:
Leiter Blumenthal (Bau)
Vertr. Jonas
Prof. Nitsche
Nitsch (Bauabteilg.)
Dr. Töldte
Lesch
---- (Pförtner)

100 gr. Brot
50 gr Nährmittel
30 gr Fett
50 gr Fleisch

1393 Pfender, Notizbuch, Eintrag vom [23.7.1945]: „MPA-Personal bei 140 und [10/70] Leuten“; BAM-Archiv, Fach 31-2, Ordner „77“.

7.1.2 Anhang 2

Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt) nach der Planung von Präsident Erich Siebel, Juli 1945[1394]

Anmerkung:

1. Die vorliegende Aufstellung von Erich Siebel wurde durch die Autorin um folgende Angaben ergänzt: Vornamen, Lebensdaten, Eintrittsdaten in das StMPA oder die CTR, Mitgliedschaften.
2. Nicht alle der von Erich Siebel ursprünglich angedachten Personen, die sich in der Aufstellung finden, konnten tatsächlich eingestellt werden.

Leitungsebene

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/ CTR[1395]	Mitglied-schaften[1396]
Prof. Dr.-Ing. Erich Siebel (1891–1961)	Präsident	1940	SA
Prof. Dr.-Ing. Erich Kindscher (1884–1949)	Stellv. Präsident und Leiter der HA III „Organische Stoffe“	1909	Nein

1394 Erich Siebel, Die Belegschaft des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem (Vereinigt mit der Chemisch-Technischen Reichsanstalt), BAM-Archiv, Zweites Untergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45, Abschnitt: Personalien.

1395 Beziehungsweise in seine/ihre Vorgängerinstitutionen.

1396 Aufgenommen in die vorliegende Aufstellung werden ausschließlich Mitgliedschaften in der NSDAP, SA oder SS sowie Personen, die in der NS-Rassenideologie als „Juden“ galten.

Hauptverwaltung

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/CTR	Mitgliedschaften
Max Rietz (*1884)	Büro	1904	Nicht bekannt
Hanna Trampenau	Stenotypistin	1939	Nicht bekannt
Ernst Kersten (1892–1973)	Registratur	1924 CTR	Nein, NSDAP (abgelehnt)
Bernhard Lehmann (1895–1980)	Lohnbüro	1911	Nicht bekannt
Anneliese Wolff (*1911)	Amtskasse	1935	Nicht bekannt
Viktor Pyka (1894–1982)	Kassenbote	1916	Nein
Hedwig Vogeler (*1898)	Bücherei	1938 CTR, 1942 StMPA	Nicht bekannt
Wilhelm Blumenthal (1897–1980)	Haus- und Materialverwaltung	1911	Nein
Kurt Merkmann (*1900)	Kastellan	1935	Nein
Oskar Paproth (*1892)	Pförtner, Telefondienst	1907	Nicht bekannt
Hedwig Grabow (1897–1874)	Reinemachfrau/ Labordienerin	1936	Nicht bekannt
Martha Kunze (1907–1984)	Reinemachfrau/ Labordienerin	[1930 CTR], 1936 StMPA	Nicht bekannt
Martha Schreiber (1899–1965)	Reinemachfrau/ Labordienerin	1936	Nicht bekannt
Elisabeth Siebecke (*1904)	Reinemachfrau/ Labordienerin	1925	Nicht bekannt
Emma Torge (1886–1955)	Reinemachfrau/ Labordienerin	1926	Nicht bekannt
Lina Wenzel (*1902)	Reinemachfrau/ Labordienerin	1926	Nicht bekannt

Technischer Betrieb

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/CTR	Mitgliedschaften
Karl Beuche (1901–1965)	Maschinenmeister	1928	1940 NSDAP
Louis Mehmecke (*1878)	Rohrleger	[1935]	Nicht bekannt
Walter Anker (*1887)	Schmied	1908	Nicht bekannt
Nicht bekannt	Schlosser	Nicht bekannt	Nicht bekannt
Kutzner	Schlosser	Nicht bekannt	Nicht bekannt
[Wilhelm] Lehmann	Schweißer (Meister)	Nicht bekannt	Nicht bekannt
Erwin Wildenhayn (*1912)	Schweißer (Meister)	1937 CTR	Nein
Erich Lorke (1898–1972)	Werkzeugmacher	1932	Nicht bekannt
Erich Seiler (*1911)	Elektriker (Meister)	1937 CTR	Nicht bekannt
Alfred Kohlase (1891–1974)	Elektriker (Meister)	1935	Nicht bekannt
Herbert Kensowski (*1905)	Elektriker (Meister)	1935	Nicht bekannt
August Schrenzer (1903–1981)	Zeichner	1937	Nicht bekannt
Albert Däumler (1905–1969)	Feinmechaniker (Meister)	1930 CTR	NSDAP
Wilhelm Abend (*1888)	Feinmechaniker (Meister)	1919	Nicht bekannt
Karl Angelberger (*1886)	Feinmechaniker (Meister)	1905 CTR	NSDAP
Reinhold Grüneberg (1882–1946)	Feinmechaniker (Meister)	1906–1933[1397] CTR und seit 1941 CTR	Nein

1397 Aufgrund seiner Mitgliedschaft in der SPD im August 1933 fristlos gekündigt. Wiedereinstellung 1941.

Krause	Feinmechaniker (Meister)	Nicht bekannt	Nicht bekannt
Siegfried Lübner (*1891)	Feinmechaniker (Meister)	1912	Nicht bekannt
Hans Richter (1911–1973)	Feinmechaniker (Meister)	1936 CTR	Nicht bekannt
Adolf Sayfferth (1889–1961)	Feinmechaniker (Meister)	1913 CTR	NSDAP
Rudolf Springer (*1885)	Feinmechaniker (Meister)	1905 CTR	Nicht bekannt
Richard Sommer (*1893)	Tischler (Meister)	1930	Nicht bekannt
Nicht bekannt	Tischler (Meister)	Nicht bekannt	Nicht bekannt
Richard Langner (*1909)	Tischler (Meister)	1936	Nein
Franz Grabert (*1888)	Maurer	1925	Nicht bekannt
Schulze	Maurer	Nicht bekannt	Nicht bekannt
Gottfried Sziedat (*1900)	Heizer	1938	Nicht bekannt

I. Hauptabteilung: Metalle – Leitungsebene

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/CTR	Mitgliedschaften
Dr.-Ing. Max Pfender (1907–2001)	Hauptabteilungsleiter	1945	Nein
Ursula Hagendorf	Stenotypistin	1939	Nicht bekannt

I. Hauptabteilung: Metalle – Abteilung: Mechanische Technologie

Dipl.-Ing. Georg Fiek (1882–1949)	Abteilungsleiter	1905	NSDAP SA
Dipl.-Ing. Karl Heinz Bußmann (*1905)	Wiss. Angestellter	1935	NSDAP
Paul Jonas (1890–1953)	Techniker	1910	Nein
Willi (Wilhelm) Putbres (*1908)	Werkstoffprüfer	1935	Nein
Walter Anders (1902–1971)	Technischer Gehilfe und Kraftfahrzeugfahrer	1938	Nicht bekannt
Paul Mota (*1889)	Prüfhelfer	1925	Nein
August Paproth (1883–1970)	Technischer Gehilfe und Wächter	1908	Nicht bekannt
Otto Schiebert (1894–1959)	Wächter	1924 oder 1933[1398]	Nicht bekannt

I. Hauptabteilung: Metalle – Abteilung: Metallographie

Prof. Dr.-Ing. Otto Vollenbruck (1886–1956)	Abteilungsleiter	1913	Nein
Gisela Bebenroth (*1922)	Metallographin	1943	NSDAP
Erich Neumann (*1899)	Metallograph	1913	NSDAP

I. Hauptabteilung: Metalle – Abteilung: Korrosion

Prof. Dr. Gerhard Schikorr (1901–1991)	Abteilungsleiter	1926	NSDAP
Johann Sonntag (*1903)	Chemotechniker	1928 CTR	Nicht bekannt

1398 Zwei verschiedene Angaben in den Quellen.

I. Hauptabteilung: Metalle – Abteilung: Metallschutz

Dr. Wilhelm Wiederholt (1898–1985)	Abteilungsleiter	1923 (CTR)	NSDAP unklar SA
Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nicht bekannt

I. Hauptabteilung: Metalle – Abteilung: Metallphysik

Dr. Otto Werner (1900–1987)	Abteilungsleiter	1935	Nein

I. Hauptabteilung: Metalle – Abteilung: Metallchemie

Prof. Dr. Herbert Blumenthal (1885–1952)	Abteilungsleiter	1908	Nein
Wilhelm Umnus (1887–1974)	Chemotechniker	1909	Nein

Lehrlinge

Bonatz
Jahn
[Klinger]
I. Lohmann
Kriebel

II. Hauptabteilung: Nichtmetallische Baustoffe – Leitungsebene

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/CTR	Mitgliedschaften
Prof. Dr.-Ing. Alfred Hummel (1891–1973)	Hauptabteilungsleiter	1936	Nein
Elisabeth Opalka (*1922)	Stenotypistin	1939	NSDAP

II. Hauptabteilung: Nichtmetallische Baustoffe – Abteilung: Mechanische Technologie

Dipl.-Ing. Erich Jung (*1908)	Abteilungsleiter	1938	NSDAP
Justinus Bertuch (*1886)	Bautechniker	1908	Nein
Otto Boritzka (*1888)	Technischer Gehilfe	1910	Nicht bekannt
Hans Burchardt (*1889)	Maurer	1940	Nein
Anton Flieger (1891–1976)	Technischer Gehilfe	1910	Nein
Emil Kerstan (*1906)	Technischer Gehilfe	1942	Nicht bekannt
Wilhelm Lehmann (*1884)	Technischer Gehilfe	1939	Nein
Gustav Nagel (*1891)	Technischer Gehilfe	1937	Nicht bekannt
Franz Nitsch (*1888)	Angestellter	1928	Nicht bekannt

II. Hauptabteilung: Nichtmetallische Baustoffe – Abteilung: Bauchemie

Dr. Kurt Charisius (1902–1970)	Abteilungsleiter	1926	Nein
Dora Adam (1905–1989)	Keramikerin, Chemotechnikerin	1926	Nein

II. Hauptabteilung: Nichtmetallische Baustoffe – Abteilung: Feuchtigkeits- und Feuerschutz

Dr.-Ing. Horst Seekamp (*1904)	Abteilungsleiter	1937 CTR	Nein
Dr. Gerda Theden (1907–1994)	Wiss. Angestellte	1937	Nein
Franz Lesch (1896–1985)	Technischer Gehilfe	1942	Nein

III. Hauptabteilung: Organische Stoffe – Leitungsebene

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/CTR	Mitgliedschaften
Prof. Dr. Erich Kindscher (1884–1949)	Hauptabteilungsleiter und Stellv. Präsident	1909	Nein
Helga Franz (1917–1952)	Stenotypistin	1936	Nicht bekannt

III. Hauptabteilung: Organische Stoffe – Abteilung: Kunststoffe

Prof. Dr. Rudolf Nitsche (1899–1958)	Abteilungsleiter	1922	Nein
Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nicht bekannt
Dr. Erwin Motzkus (1902–1961)	Wiss. Angestellter	1934	Nein
Ernst Salewski (*1899)	Werkstoffprüfer	1928	Nein

III. Hauptabteilung: Organische Stoffe – Abteilung: Faserstoffe (Papier)

Prof. Dr.-Ing. Rudolph Korn (1880–1969)	Abteilungsleiter	1925	Nein
Josef Grün (*1907)	Papiermacher, Papierprüfer	1938	Nicht bekannt
(Textilien) Dr. Hildegard Mendrzyk (1905–1997)	Wiss. Mitarbeiter	1935	Nein

III. Hauptabteilung: Organische Stoffe – Abteilung: Anstrichstoffe

Prof. Dr. Erik Liebreich (1884–1946)	Abteilungsleiter	1922 bis 1933 CTR[1399]	„Jude“
Dr. Walter Toeldte (1899–1957)	Wiss. Mitarbeiter	1929 und erneut 1937	Nein

III. Hauptabteilung: Organische Stoffe – Abteilung: Fette und Öle

Dr. Franz Schlosser (1896–1979)	Abteilungsleiter	1935	Nein
Lehmann, [H.]	Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nicht bekannt
Erich Renn (*1898)	Chemotechniker	1940 CTR	Nicht bekannt
Hermann Loof (1881–1953)	Chemo-Laborant	1904 CTR	Nein

1399 Entlassung („25% nicht arisch“).

IV. Hauptabteilung: Technische Gase und Explosivstoffe – Leitungsebene

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/CTR	Mitgliedschaften
Prof. Dr. Walther Rimarski	Hauptabteilungsleiter	1905 CTR	Nein (abgelehnt)
Erich Hein	Büro	1924 CTR	Nein (abgelehnt)
Emma Demuth	Stenotypistin	1940 CTR	Nicht bekannt

IV. Hauptabteilung: Technische Gase und Explosivstoffe – Abteilung: Technische Gase

Martin Konschak (1901–1966)	Abteilungsleiter	1927 CTR	NSDAP
Hermann Freude (*1907)	Nicht angegeben	1937 CTR	NSDAP
Paul Brunner (*1905)	Nicht angegeben	1937 CTR	SA
Friedrich vom Berg (1897–1967)	Nicht angegeben	1926 CTR	NSDAP Nein (abgelehnt)
Karl Fricke (*1899)	Nicht angegeben	1925 CTR	NSDAP Nein (abgelehnt)
Wilhelm Gliwitzky (1902–1979)	Nicht angegeben	1929 CTR	NSDAP Nein (abgelehnt)
Joachim Hansen (1908–1985)	Nicht angegeben	1938 CTR	Nein
Rudolf Kurtz	Nicht angegeben	1933 CTR	Nein
Heinz Harazim (*1909)	Nicht angegeben	1935 CTR	Nein
Koplik	Nicht bekannt	Nicht bekannt	Nicht bekannt

IV. Hauptabteilung: Technische Gase und Explosivstoffe – Abteilung: Explosivstoffe

August Haid (1886–1963)	Abteilungsleiter	1920 CTR	NSDAP Nein (abgelehnt)
Hermann Selle (1896–1960)	Nicht angegeben	1923 CTR	Nein

Heinrich Koenen (1898–1978)	Nicht angegeben	1926 CTR	NSDAP SA
Friedrich Becker (*1896)	Nicht angegeben	1928 CTR	Nein
Heinz Kühn (*1908)	Nicht angegeben	1928 CTR	Nein
Oswald Kretzschmar (1888–1974)	Nicht angegeben	1913 CTR	NSDAP SA

Dipl.-Ing. mit besoldetem Sonderauftrag

Walter Deutsch (1888–1973)	Abteilungsleiter	1930 CTR	NSDAP SA

V. Hauptabteilung: Zerstörungsfreie Werkstoffprüfung

Mitarbeiter	Beruf/Stellung im MPA (nach Kriegsende)	Eintritt in StMPA/CTR	Mitgliedschaften
Otto Vaupel (1902–1993)	Abteilungsleiter	1933	Nein
Rudolf Lindemann (*1907)	Nicht angegeben	1939	Nein
Otto Erbe (*1894)	Nicht angegeben	1933	NSDAP

Personenzahlen der Belegschaft:

Präsident:	1
Verwaltung	16
Betrieb:	27
I. HA:	20+5 Lehrlinge
II. HA:	16
III. HA:	15
IV. HA:	23
V. HA:	3
Insgesamt:	121+5 Lehrlinge

7.1.3 Anhang 3

Transkript der „Liste über die im StMPA seit dem 30.4.45 entlassenen Personen und die bisher noch weiterbeschäftigten Parteigenossen, Anlage zu: Kindscher, [i. V. Der Präsident des StMPA], an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25“

Kindscher, [i. V. Der Präsident des StMPA], an Polizei-Präsidium Berlin, 15.3.1946, Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-08, Nr. 8560, A 25.

„Auf Grund der Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin vom 26. v. Mts. übersende ich anliegend je 1 Liste über die in meinem Amt seit dem 30.4.45 entlassenen Personen (Anlage 1) und über die bisher noch weiterbeschäftigten ehemaligen Parteigenossen (Anlage 2).“

Anlage 1[1400]
Anschrift des Arbeitgebers: Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 87

	Name	Geburtstag	Art der Beschäftigung	Gründe der Entlassung
1	Achterberg, Hermann	12.6.00	Schlossermeister	Pg. und Betriebseinschränkung
2	Autenrieth, Irene	28.4.21	Kanzleiangestellte	“
3	Alex, Kurt	26.9.08	Techn. Angestellter	SA. und Betriebseinschränkung
4	Bock, Bruno	13.8.11	Schlosser	Pg. und Betriebseinschränkung
5	Böhm, Walter	30.10.87	Wiss. Beamter (Chemiker)	Pg. seit 1941 u. Betriebseinschränkung
6	Boxhammer, Karl	27.3.01	Werkstattleiter	Pg. seit 1940 und SA? und Betriebseinschränkung

1400 Die Eingaben in der Tabelle sind im Wortlaut aus dem Original übernommen. Grundsätzlich nicht mit abgebildet sind die Angaben aus der Liste: „Anschrift“ sowie „Art u. Ort irgendwelchen Besitztums“.

7	Burgstaller, Friedrich Dr.-Ing.	1.10.02	Wiss. Angestellter	Aktiver Pg. und Betriebseinschränkung
8	Camphausen, Henriette	22.12.96	Kanzleiangestellte	Aktiver Pg. seit 1940 und Betriebseinschränkung
9	Ermlich, Walter Prof. Dipl.-Ing.	13.1.87	Abteilungsvorsteher	Aktiver Pg. vor 1933 und Betriebseinschränkung
10	Eswein, Sigrid	13.11.20	Kanzleiangestellte	Pg. seit 1939 und Betriebseinschränkung
11	Gabata, Otto	21.10.96	Büroangestellter	Aktiver Pg. und SA und Betriebseinschränkung
12	Geßner, Fritz	8.3.94	Techn. Oberinspektor	Pg. u. polit. Leiter, Beamtenfachschaftsleiter und Betriebseinschränkung
13	Hahn, Günter	3.3.04	Betriebsleiter	Aktiver Pg. u. SA, Abwehrbeauftrager u. Betriebseinschränkung
14	Hauschild, Richard	27.12.91	Techn. Angestellter	Pg. (aktiv) u. NSKK, Betriebsobmann und Betriebseinschränkung
15	Heckendorf, Otto	10.10.87	Ober-Rentmeister	Aktiver Pg. und SA. und Betriebseinschränkung
16	Heindorf, Bruno	18.6.84	Techn. Mitarbeiter	Pg. seit 1938 u. Betriebseinschränkung
17	Heyne, Walter Dr. phil.	16.9.93	Wiss. Angestellter	Aktiver Pg. u. SA. und Betriebseinschränkung
18	Hoffmann, Otto	9.10.77	Techn. Angestellter	“
19	Jolitz, Bruno	12.11.05	“	Pg. seit 1941 und Betriebseinschränkung
20	Jesse, Georg	6.3.89	Verw. Oberinspektor Leiter des Zentralbüros	Pg. seit 1941 und Betriebseinschränkung
21	Kersebohm, Helmut	7.7.06	Wiss. Angestellter	Aktiver Pg. und Betriebseinschränkung
22	Kutzner, Willi	3.7.09	Techn. Angestellter	Pg. seit 1939 und Betriebseinschränkung

23	Kluckow, Paul Dr.-Ing.	6.9.89	Wiss. Angestellter	Aktiver Pg. u. SA. und Betriebseinschränkung
24	Lange, Eva	19.3.09	Techn. Angestellter	Frauenschaft seit 1939 u. Pg. seit 1942 u. Betriebseinschränkung
25	Lederer, Philipp	31.10.94	Techn. Oberinspektor	Aktiver Pg. seit 1937 und Betriebseinschränkung
26	Liebisch, Günther	1.10.06	Wiss. Angestellter	Aktiver Pg. u. SA und Betriebseinschränkung
27	Linthe, Ernst	26.1.11	Techn. Angestellter	Aktiver Pg. und SA und Betriebseinschränkung
28	Mielke, Thekla	9.7.98	Techn. Angestellte	Pg. und Betriebseinschränkung
29	Müller, Walter	13.5.08	Elektromeister	NSKK und Betriebseinschränkung
30	Olbrich, Anton Dipl.-Ing.	28.2.06	Wiss. Angestellter	Pg. seit 1941 u. Betriebseinschränkung
31	Pasche, Lore	19.8.24	Kanzleiangestellte	Pg. und Betriebseinschränkung
32	Paschwitz, Josef	5.6.00	Gärtner	Aktiver Pg. u. SS und Betriebseinschränkung
33	Brenner, Otto Dr.-Ing.	10.2.00	Wiss. Angestellter	Pg. und Betriebseinschränkung
34	Richter, Georg Prof. Dipl.-Ing.	3.12.96	Abteilungsleiter	Aktiver Pg. Abwehr-beauftragter und Betriebseinschränkung
35	Richter, Manfred Dr.-Ing. habil	7.8.05	Wiss. Angestellter	Pg. seit 1932 u. Betriebseinschränkung
36	Ruch, Bernhard	15.11.06	Techn. Angestellter	Pg. und Betriebseinschränkung
37	Rube, Karl	26.6.01	Wiss. Angestellter	SA. und Betriebseinschränkung
38	Rücker, Alice	8.9.87	Büroangestellte	Pg. und Betriebseinschränkung

39	Scheile, Martin	9.8.14	Fotograf	Pg. seit 1942, SA. und Betriebseinschränkung
40	Schikorr, Gerhard Prof. Dr.-Ing.	16.11.01	Abteilungsleiter	Aktiver Pg. u. Betriebseinschränkung
41	Schlenker, Hans Dipl.-Ing.	27.4.00	Wiss. Angestellter	Pg. seit 1936 u. Betriebseinschränkung
42	Schmidt, Joachim	26.7.06	Techn. Angestellter	Aktiver Pg. u. SA. und Betriebseinschränkung
43	Schomburg, Otto	28.3.90	Techn. Mitarbeiter	Aktiver Pg. seit 1937 u. Betriebseinschränkung
44	Schreiber, Karl	[10.1.82][1401]	Techn. Angstellter	Aktiver Pg. und Betriebseinschränkung
45	Schulze, Bruno Prof. Dr. phil.	8.1.99	Abteilungsleiter	“
46	Schütze, Hermann	23.6.86	Techn. Oberinspektor	Aktiver Pg. u. NSKK und Betriebseinschränkung
47	Schwarz, Annemarie	20.7.02	Fotografin	Aktiver Pg. u. Betriebseinschränkung
48	Sittel, Josef Dipl.-Ing.	18.12.01	Wiss. Angest.	Pg. seit 1943 und Betriebseinschränkung
49	Sommer, Herbert, Prof. Dr.-Ing.	2.3.94	Direktor u. Hauptabteilungsleiter	Aktiver Pg. u. SA, Betriebseinschränkung
50	Ulrich, Karl	8.10.03	Techn. Angestellter	“
51	Viertel, Oswald, Dr.-Ing.	10.8.06	Wiss. Beamter	Pg. seit 1937 u. Betriebseinschränkung
52	Wachowski, Hans	25.4.03	Maurer	Aktiver Pg. u. SA. und Betriebseinschränkung
53	Wittke, Fritz	17.2.08	Reg. Inspektor	Pg. und Betriebseinschränkung
54	Wolgast, Gerhard	9.1.19	Techn. Angestellter	Pg. und Betriebseinschränkung

1401 Im Original nicht angegeben, nachträglich ergänzt.

Anlage 2[1402]

Anschrift des Arbeitgebers: Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 87

	Name	Geburtstag	Art der Beschäftigung	Gründe der Entlassung
1	Becker, Günther Dr. phil.	25.11.12	Wiss. Angestellter	Verfügung d. Magistrats d. Stadt Berlin v. 11.3.46
2	Bußmann, Karl Heinz Prof. Dipl.-Ing.	17.10.05	“	“
3	Deutsch, Walter Dipl.-Ing.	10.8.88	“	“
4	Fiek, Georg Prof. Dipl.-Ing.	31.7.82	“	“
5	Kemper, Hugo Dr.-Ing.	17.10.02	“	“
6	Koenen, Heinrich, Dr. phil.	4.4.98	“	“
7	Konschak, Martin Dr.-Ing.	8.5.01	“	“
8	Jung, Erich Dipl.-Ing.	29.4.08	“	“
9	Schulz, Karl Baumeister	21.10.94	Techn. Angestellter	“

1402 Die Eingaben in der Tabelle sind im Wortlaut aus dem Original übernommen. Grundsätzlich nicht mit abgebildet sind die Angaben aus der Liste: „Anschrift“ sowie „Art u. Ort irgendwelchen Besitztums“.

7.1.4 Anhang 4

Organisatorische Gliederung der Bundesanstalt (nach dem Stand von August 1957) Leiter der Anstalt (seit 1947): Präsident Prof. Dr.-Ing. M. Pfender Vertreter: Reg.-Dir. Dr. phil. Selle[1403]

Abt.	1	Metalle und Metallkonstruktionen	
	1.1	Metallkunde und Metalltechnologie	O. Reg. Rat. Dr. phil. O. Werner
	1.2	Mech.-technolog. Prüfung d. Metalle u. Konstruktionen	O. Reg. Rat. Prof. Dipl.-Ing. Bußmann
	1.3	Anorganisch-chemische Untersuchungen	O. Reg. Rat. Dr.-Ing. v. Vogel
	1.4	Korrosion und Korrosionsschutz	O. Reg. Rat. Dr. phil. Wiederholt
Abt.	2	Baustoffe und Baukonstruktionen	Reg.-Dir. Dr.-Ing. Rühl
	2.1	Prüfung von mineralischen Baustoffen	O. Reg. Rat. Dr. phil. Charisius
	2.2	Untersuchung von Baukonstruktionen	Reg. Rat Dipl.-Ing. Jung
	2.3	Bautenschutz	O. Reg. Rat Dr.-Ing. Seekamp
	2.4	Biologische Materialprüfung, Holzschutz und Holztechnologie	O. Reg. Rat Dr. phil. habil. Becker
Abt.	3	Organische Stoffe	Reg.-Dir. Prof. Dr.-Ing. Nitsche
	3.1	Kautschuk, Kunst- und Anstrichstoffe	O. Reg. Rat Dr. phil. Motzkus
	3.2	Textilien und Leder	O. Reg. Rat Dr. phil. Mendrzyk
	3.3	Zellstoff und Papier	O. Reg. Rat Dr.-Ing. Faulhaber
	3.4	Erdöl- und Kohleerzeugnisse	Reg. Rat Dr. phil. Schlosser
Abt.	4	Technische Gase, feuergefährliche und explosive Stoffe	Reg.-Dir. Dr. phil. Selle
	4.1	Chemie u. Technologie des Azetylens, Unfallschutz	O. Reg. Rat Dr.-Ing. Konschak
	4.2	Chemie und Technologie der Gase	O. Reg. Rat Dr.-Ing. Dittmar
	4.3	Explosive, leicht- und selbstentzündliche Stoffe	O. Reg. Rat Dr. phil. Koenen
	4.4	Thermochemie der brennbaren u. der explosiven Stoffe	Reg.-Dir. Dr. phil. Selle
	4.5	Schweißtechnik	Reg. Rat Dr.-Ing. K. Teske
Abt.	5	Dem Präsidenten unmittelbar unterstellte Fachgruppen	Prof. Dr.-Ing. Pfender
	5.1	Zerstörungsfreie Prüfverfahren und Strahlentechnik	O. Reg. Rat Dr. phil. Vaupel
	5.2	in der Materialprüfung	O. Reg. Rat Dr.-Ing. Emschermann
	5.3	Meßwesen für die Materialprüfung	Reg. Rat Dr.-Ing. Umstätter
	5.4	Rheologie (Fließkunde)	O. Reg. Rat Prof. Dr.-Ing. Tödt
	5.5	Sonderverfahren der Elektrochemie Angewandte Farbforschung	O. Reg. Rat Prof. Dr.-Ing. habil. Richter
Abt.	0	Dienststellen	
	0.1	Schrift-, Bild- und Vortragswesen	Dr.-Ing. Leitner
	0.2	Technischer Betrieb	Ob.-Ing. Müller
	0.3	Verwaltung	O. Reg. Rat Dipl. Komm. Schröter

1403 Organisatorische Gliederung der Bundesanstalt (August 1957), in: Dokumente zur Geschichte der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM). Berlin-Dahlem August 1957. Unveränderter Nachdruck Mai 1962, S. 98, BAM-Archiv, Fach 1-2.

7.1.5 Anhang 5

Fritz Gottfeld an Rudolf Berthold, 23.6.1946.[1404]

„Sehr geehrter Herr Professor Berthold,

Als ich gestern von einer Reise nach Hause kam, fand ich Ihren Brief vom 3.5.46., der mich nach einigen Irrfahrten doch erreicht hat. Ich habe mich wirklich sehr gefreut, wieder von Ihnen direkt Nachricht zu haben, nachdem ich indirekt so viel ueber Sie gehoert habe und ich danke Ihnen vielmals.

Es freut mich, dass Sie diese schrecklichen Jahre ueberlebt haben und ich hoffe, dass Sie und die Ihren trotz der schweren Zeiten wohlauf sind. Ich weiss, wie schwer die Verhaeltnisse dort bei Ihnen im Moment sind und ich kann mir auch sehr gut vorstellen, wie sehr es Sie getroffen haben muss, die Arbeit so vieler Jahre zusammenbrechen zu sehen. Aber da ich Sie kenne, so weiss ich auch, dass es nicht lange dauern wird, bis Sie wieder ein Arbeitsfeld geschaffen haben werden, das Ihnen Befriedigung geben wird.

Ich bin ueber Ihre Arbeiten waehrend des Krieges immer ganz gut auf dem Laufenden gewesen, da ich Ihre Publikationen hier sehr oft gelesen und uebersetzt habe und viel mehr habe ich natuerlich erfahren, als mein Chef, Mr. Greatbatch, von dort zurueck kam und mir Ihre und Vaupels Gruesse ueberbrachte, ueber die ich mich sehr gefreut habe [...].

Sie werden sich erinnern, dass ich urspruenglich von hier nach Australien auswandern wollte. Der Krieg, der 8 Tage vor meiner Abreise ausbrach, machte das alles zunichte und da ich auf jeden Fall bei dem ‚kill' dabei sein wollte, trat ich kurze Zeit darauf in die Armee ein. Ich bin fast 3 Jahre dabei geblieben, aber da ich dann doch allmaehlich zu alt wurde, so wurde ich in meine jetzige Stellung versetzt, genau vor 4 Jahren. Ich fuehle mich hier ausserordentlich wohl und hoffe, dass ich hier bleiben kann bis zu meinem seeligen Ende. Da wir ein Staatsbetrieb sind, so ist diese Frage nicht so einfach zu loesen, da nur solche Personen Beamte sein duerfen, die British born sind. Es gibt natuerlich auch Ausnahmen und so

1404 Archiv der DGZfP, MAG-U-61.

will ich die Hoffnung nicht aufgeben, besonders da mein Department sich sehr fuer mein Bleiben einsetzt. Da jegliche Naturalisation waehrend des Krieges gesperrt war, so bin ich immer noch nicht eingebuergert, aber das ist nun auch wieder moeglich und so werde ich in laengstens 2-3 Monaten meine Staatspapiere haben [...].

Rheumatismus ist ja die klassische englische Krankheit. Aber sonst fuehlen wir uns sehr, sehr wohl hier. Als ich am 8.5.39. hier ankam, da hatte ich das Gefuehl aus einem Irrenhaus, in dem man mich mit Gewalt festgehalten hatte, wieder unter normale Menschen zurueck gekommen zu sein Menschen mit gesundem Menschenverstand und dem Willen, zu helfen. Ich darf sagen, dass ich nur Gutes in diesem Lande erfahren habe, dass hier jeder, ob Englaender oder Fremder, Jude oder Christ, Weisser oder Schwarzer, vor dem Gesetz gleich ist. Ich bin dankbar, dass ich unter diesen Menschen habe leben duerfen, es hat mich sehr viel gelehrt und mein erschuettertes Vertrauen in die Menschheit wieder hergestellt. Ueber kein Volk hat die Nazi Propaganda so viele Luegen verbreitet wie ueber das Englische und ich glaube, in keinem Volk haben sie sich mehr getäeuscht, als in dem ‚degenerierten' Englaender, der nur ‚Haendler' und sonst nichts ist. Ich habe oft waehrend des Krieges meiner Frau von Ihnen und Ihrer Arbeit erzaehlt und ich habe nie versaeumt zu sagen, wie jammerschade es war, dass Sie nicht alle Bruecken hinter sich abgebrochen haben und sind ins Ausland gegangen [...].

Ich bin sicher, dass wir uns eines Tages wiedersehen werden. Wenn die Zeiten besser sein werden, das Reisen leichter und alles ein wenig klarer, will ich meine alte Tante in Berlin besuchen kommen, die soviel ich bisher sehen kann, die einzige meiner Familie ist, die die Nazihoelle ueberlebt ha. Sie hat vor einigen Wochen Vaupel aufgesucht und sie schrieb mir, dass sie ihm eine Hose meines vor einigen Wochen gestorbenen Onkels geben wird, da seine einzige Hose so sehr schaebig geworden ist. Ich muss allerdings sagen, ganz kann ich mir nicht vorstellen, wie er da hineinpassen wird, da mein Onkel 1.94 m gross war. Ich werde ihm in einigen Tagen schreiben, da ich gerne mit ihm wieder in Kontakt kommen moechte [...]. Ich muss Ihnen noch erzaehlen, dass eines Abends, ich glaube im Herbst oder Winter 1944, als ich das Radio anstellte (nach einer Reparatur) ploetzlich eine deutsche Station ansagte: Und nun fuehren wir sie durch die Reichsroentgenstelle im Staatlichen Material-Prüfungsamt etc.... Ich hoffe sehr, Sie sprechen zu hoeren und war sehr enttaeuscht, dass

[Erbe] am Mikrophon war. Sein Geschwafele war so idiotisch, dass er mir jetzt keine Schwierigkeiten mehr machen wuerde, vielleicht waere er sogar ganz froh, sich jetzt hinter einem Juden verstecken zu duerfen, zusammen mit seinem Glaubensgenossen Trost. Was diese Lumpen damit Deutschland geschadet haben, dass sie aus ihrer Wissenschaft eine rassenreine deutsche Hure mit arischen Grosseltern gemacht haben, das werden diese Spatzenhirne wohl nie begreifen. Doch genug davon. Ich bin gluecklich, dass ich nicht mehr die Luft zu atmen brauche, die sie verseucht haben.

Wenn Sie wieder schreiben, bitte benutzen Sie meine Privatadresse, da es sonst sehr lange dauert, bis der Brief mich erreicht. Bitte lassen Sie mich wissen, wie es Ihnen geht und schreiben Sie bald wieder. Ich verbleibe mit den besten Gruessen und Wuenschen fuer die Zukunft

Ihr Fritz Gottfeld“

7.2 Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1: Gliederung des Staatlichen Materialprüfungsamtes im Jahre 1942.

Abb. 2: Nach dem Krieg in das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem übernommene ehemalige Hauptabteilungen und Unterabteilungen des StMPA, Mitte Juli/August 1945.

Abb. 3: Beispiel der Einzelfallbeurteilung des Dipl.-Ing. Erich Jung, wie sie im Memorandum des Vertrauensausschusses vom 29. August 1945 dokumentiert wurde.

Abb. 4: „Stirnwand des Festsaals des Staatlichen Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem gestiftet anläßlich der Amtsübernahme des von der nationalsozialistischen Regierung eingesetzten Präsidenten Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Erich Seidl †".

Abb. 5: „Frau Adam am ‚Martens-Spiegel' bei der Prüfung des Wärmeausdehnungskoeffizienten".

Abb. 6: „1947 Labor 710: Dr. Schloßer als Weihnachtsmann, Elisabeth Schultz, Fritz Krause, Helmuth Hochschild, Richard Gehlhaar, Elfriede Granitza, Richard Blumenthal".

Abb. 7: „Der Lotse geht von Bord".

Abb. 8: Portraitmedaillon von Rudolf Berthold.

Abb. 9: Portraitmedaillon von Walther Rimarski.

Abb. 10: Mutmaßliche Fotomontage eines „Max Pfender Institut[es]".

Abb. 11: Präsident Max Pfender beim Festakt zum hundertjährigen Jubiläum der BAM in der Berliner Philharmonie am 10. November 1971.

7.3 Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1: Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem in den Rechnungsjahren 1935 bis 1938.

7.4 Verzeichnis der Abkürzungen

AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
BAM	1954 Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung, 1956 Bundesanstalt für Materialprüfung, 1987 Bundesanstalt für Materialforschung- und prüfung
BArch	Bundesarchiv
BDC	Berlin Document Center
BIOS	British Intelligence Objectives Subcommittee
BDM	Bund Deutscher Mädel
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMVtg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BMWE	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BTU	Bautechnisches Untersuchungsamt
Butab	Bund der technischen Angestellten und Beamten
BVG	Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CIOS	Combined Intelligence Objectives Subcommittee
CTI	Institut für chemisch-technische Untersuchungen
CTR	Chemisch-Technische Reichsanstalt
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAMG	Deutsches Amt für Maß und Gewicht
DDA	Deutscher Dampfkessel- und Druckgefäß-Ausschuss
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGZfP	Deutsche Gesellschaft für Zerstörungsfreie Prüfverfahren
DNA	Deutscher Normenausschuss
DVL	Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt
DVM	Deutscher Verband für Materialprüfungen der Technik
FAO	Food and Agriculture Organization
FIAT	Field Information Agency, Technical
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FNM	Fachnormenausschuss Materialprüfung

GDCh	Gesellschaft Deutscher Chemiker
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStA	Geheimes Staatsarchiv
HA	Hauptabteilung
HICOG	High Commissioner of Germany
HJ	Hitlerjugend
HU	Humboldt-Universität
HWA	Heereswaffenamt
INRA	Institut national de la recherche agronomique
JIOA	Joint Intelligence Objectives Agency
KMPA	Königliches Materialprüfungsamt
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KWI	Kaiser-Wilhelm-Institut
KZ	Konzentrationslager
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Maschinengewehr
MTV	Mechanisch-Technische Versuchsanstalt (auch KMTV: Königlich Mechanisch-Technische Versuchsanstalt)
MPA	Materialprüfungsamt
MPA Stuttgart	Materialprüfungsanstalt Stuttgart
MVA	Militärversuchsamt
NIST	National Institute of Standards and Technology
NS	Nationalsozialismus/nationalsozialistisch
NSBDT	NS-Bund Deutscher Technik
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistisches Volkswohlfahrt
OdF	Opfer des Faschismus
OKH	Oberkommando des Heeres
OKM	Oberkommando der Marine
Pg.	Parteigenosse
PGLA	Preußische Geologische Landesanstalt
PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
PTR	Physikalisch-Technische Reichsanstalt

RAD	Reichsarbeitsdienst
RDB	Reichsbund der deutschen Beamten
REM	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RfB	Reichsamt für Bodenforschung
RFR	Reichsforschungsrat
RLB	Reichsluftschutzbund
RLM	Reichsluftfahrtministerium
RMfBuM	Reichsministerium für Bewaffnung und Munition
RRSt	Reichs-Röntgenstelle beim Staatlichen Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem
RstB	Reichsstelle für Bodenforschung
RWA	Reichsamt für Wirtschaftsausbau
SA	Sturmabteilung
SBV	Schrift-, Bild- und Vortragswesen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKF	Schwedische Kugellagerfabriken
StMPA	Staatliches Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem
TB	Technischer Betrieb
TH	Technische Hochschule
TU	Technische Universität
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDE	Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationtechnik e. V.
VDEh	Verein Deutscher Eisenhüttenleute
VDI	Verein Deutscher Ingenieure e. V.
VEB	Volkseigener Betrieb
VMPA	Verband der Materialprüfungsämter
VKF	Vereinigte Kugellagerfabriken
VW	Volkswagen
WTF	Wehrtechnische Fakultät

7.5 Archive

1.) Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM-Archiv)

Akten des StMPA, AZ 9
Akten des StMPA, N. 4, Vol. 2
Akten des StMPA, Nr. 4, Bd. 3
Akten des StMPA, B 16, Bd. 3
Akten des StMPA, Al 99, Vol. 2
Akten des KMPA, Al 12, Vol. 2
Acta der KMTV, Al 5, Vol. 1
Acta der KMTV, Al 2, Vol. 1

CTR-Archiv

Fach 1-1	Fach 14-1	Fach 32-1
Fach 1-2	Fach 15-1	Fach 32-2
Fach 3-1	Fach 16-3	Fach 35-1
Fach 3-2	Fach 20	Fach 35-2
Fach 4-1	Fach 21-2	Fach 37-1
Fach 6-2	Fach 26-1	Fach 37-2
Fach 8-2	Fach 26-2	Fach 40-2
Fach 9-1	Fach 27-1	Fach 47-2
Fach 10-2	Fach 27-2	Fach 52-2
Fach 12-2	Fach 28-2	
Fach 13-1	Fach 29-2	
Fach 13-2	Fach 31-2	

Einzelne Ordner

Ausgeschiedene/Zeugnisse; Bescheinigungen aller Art; DFB Bd. IV; Ehemaliges Personal; N.N.: Das Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 86/87, Januar 1948; Tagungen Kongresse III; Personal, Gehälter, Betrieb der IV/Rö; Personalakte Hummel; Personalakte Albrecht; Personalakte Schulze; Personalakte M. Herrmann; Personalakte Viertel; Personal der II. Hauptabteilung; Ordner Nr. 3/7K 268/50; Präsidialakten; Reisekosten; Schriftwechsel Blumenthal; Vierjahresplaninstitut für Werkstofforschung; Vortragsberichte; Angest.-Bezüge u. Angest.-Vers.-Beiträge; DFG Bd. IV.; Vortrags-Berichte; Dienstgebäude, Amtsgrundstücke 192a; U[mlauf]; Präsidialakten; Personalakte Albers.

Erstes Kellergeschoss, Ordner: A–K Januar 1954 Dezember 1955

Zweites Kellergeschoss, Ordner: Abt.-Leiter-S, Monatsberichte I. H.A. vom Juni

Zweites Kellergeschoss, Ordner: Personal bis März 1963

Zweites Kellergeschoss, Ordner: MPA Berlin-Dahlem, I Hauptabteilung ab 1.7.45

Zweites Kellergeschoss, Ordner: A–K bis Dezember 1953

Zweites Kellergeschoss, Ordner: L–Z Dez. 1953

2.) Bundesarchiv (BArch)

2.1) Koblenz

B 102	Bundesministerium für Wirtschaft
B 126	Bundesministerium der Finanzen
PERS 101	Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

2.2) Berlin-Lichterfelde

R 2	Reichsfinanzministerium
R 3	Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
R 26-III	Beauftragter für den Vierjahresplan – Reichsforschungsrat
R 43	Reichskanzlei
R 1501	Reichsministerium des Innern
R 1519	Physikalisch-Technische Reichsanstalt
R 4601	Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen
R 4901	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
R 9361-I	Parteistatistische Erhebung der NSDAP 1939
R 9361-II	Personenbezogene Unterlagen der NSDAP/Parteikorrespondenz (ehem. BDC)
R 9361-VIII	NSDAP-Zentralkartei
R 9361-IX	NSDAP-Gaukartei

2.3) Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

MfS	Ministerium für Staatssicherheit Zentralarchiv

3.) Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA)

I. HA Rep. 76	Kultusministerium
I. HA Rep. 151	Finanzministerium

4.) Landesarchiv Berlin

A Pr. Br. Rep. 042	Preußische Bau- und Finanzdirektion
B Rep 014	Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung
B Rep. 031-01-02	Entnazifizierungsstellen Berlin (West) – Revisionskommission
B Rep. 031-02-01	Entnazifizierungsstellen Berlin (West) – Spruchkammer I
B Rep. 031-03-07	Entnazifizierungsstellen Berlin (West) – Spruchausschuß Steglitz
B Rep. 031-03-11	Entnazifizierungsstellen Berlin (West) – Spruchausschuß Wilmersdorf
C Rep. 031-01-05	Entnazifizierungsstellen Groß-Berlin – Entnazifizierungskommission für den amerikanischen Sektor
C Rep. 031-01-06	Entnazifizierungsstellen Groß-Berlin – Entnazifizierungskommission für den britischen Sektor
C Rep. 031-02-01	Entnazifizierungsstellen Groß-Berlin – Entnazifizierungskommission Charlottenburg
C Rep. 031-02-02	Entnazifizierungsstellen Berlin (West) – Spruchkammer II
C Rep. 031-02-13	Entnazifizierungsstellen Groß-Berlin – Entnazifizierungskommission Tempelhof
C Rep. 031-02-18	Entnazifizierungsstellen Groß-Berlin – Entnazifizierungskommission Wilmersdorf
C Rep. 031-02-19	Entnazifizierungsstellen Groß-Berlin – Entnazifizierungskommission Zehlendorf
C Rep. 375-01-08	Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Abteilung IX/11, NS-Sondersammlung – Teil Berlin: NSDAP, SA, SS
C Rep. 375-01-13	Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Abteilung IX/11, NS-Sondersammlung – Teil Berlin: Juristen, Forscher, NSDAP

5.) Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart

EA3	Kultusministerium

6.) Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg

EL 902 20	Spruchkammer 37

7.) Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Sigmaringen

Wü 65/5 T4	Landratsamt Biberach
Wü 13 T2	Staatskommissariat für die politische Säuberung

8.) Landesarchiv Schleswig-Holstein

Abt. 460.18	Entnazifizierungsverfahren

9.) Privatbesitz C. Viehmann

Nachlass von Wilhelm Blumenthal

10.) Archiv der Deutschen Gesellschaft für Zerstörungsfreie Prüfung (DGZfP), Berlin

MAG-U-61	Reichs-Röntgenstelle

11.) Library of Congress

PB	Publication Board Project

7.6 Periodika

Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft
Angewandte Botanik
Angewandte Chemie
Autogene Metallbearbeitung
BAM-Info
BAM-Information
BAM-Report
Der Bauingenieur
Berichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft zu Berlin
Berliner Anmerkungen zur Materialprüfung
Berliner Sozialdemokrat
Beton
Biberacher Zeitung
Chemie Ingenieur Technik
Chemiker-Kalender
Chemische Industrie
Chemische Technik
Chemiker-Zeitung
Der Kurier
Der Stahlbau
Der Steglitzer
Der Tag
DIN-Mittelungen
Explosivstoffe
Jahrbuch der Schiffbautechnischen Gesellschaft
Kautschuk + Gummi. Kunststoffe
Kunststoffe
Materialprüfung
Melliand Textilberichte
Metallwirtschaft
Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig
Mitteilungen deutscher Materialprüfungsanstalten
Mitteilungsblatt des MPA
Nachrichten aus Chemie, Technik und Laboratorium
PTB-Mitteilungen
Stahl und Eisen

Staub
Steglitzer Nachrichten
VDI-Nachrichten
VDI-Zeitschrift
Wissenschaftliche Abhandlungen der deutschen Materialprüfungsanstalten
Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden
Zeitschrift für angewandte Chemie
Zeitschrift für anorganische Chemie
Zeitschrift für Metallkunde
Zeitschrift für das gesamte Schieß- und Sprengstoffwesen
Zentralblatt der Bauverwaltung
Zwanglose Mitteilungen des DVM

7.7 Gedruckte Quellen und Literatur

100 Jahre Standort Lichterfelde, herausgegeben von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, Berlin 2004.

Abelshauser, Werner: Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), S. 503–538.

Abke, Stephanie: Sichtbare Zeichen unsichtbarer Kräfte. Denunziationsmuster und Denunziationsverhalten 1933–1949, Tübingen 2003 (= Studien zum Nationalsozialismus 6).

Achermann, Dania: Institutionelle Identität im Wandel. Zur Geschichte des Instituts für Physik der Atmosphäre in Oberpfaffenhofen, Bielefeld 2016.

Adamson, E.K., The German Building Industry (BIOS Final Report, 575, Item No. 22), BIOS Trip No. 1289, October 1945–January 1946.

Afflerbach, Holger/Cornelißen, Christoph: Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945, in: dies. (Hrsg.), Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945, Tübingen u.a. 1997 (= Kultur und Erkenntnis 16), S. 11–20.

Albert, Claudia: Schiller als Kampfgenosse?, in: dies. (Hrsg.): Deutsche Klassiker im Nationalsozialismus. Schiller – Kleist – Hölderlin, Stuttgart 1994, S. 48–76.

Allert, Tilmann: Der deutsche Gruß. Geschichte einer unheilvollen Geste, Frankfurt a. M.[2] 2017.

Ash, Mitchell G.: Denazifying Scientists and Science, in: Judt, Matthias/Ciesla, Burghard (Hrsg.): Technology Transfer Out of Germany After 1945, Amsterdam 1996 (= Studies in the History of Science, Technology & Medicine 2), S. 61–80.

Ash, Mitchell G.: Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge nach 1945, in: Grüttner, Michael/Hachtmann, Rüdiger/Jarausch, Konrad H./John, Jürgen/Middell, Matthias (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen, Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 215–246.

Ash, Mitchell G.: Scientific Changes in Germany 1933, 1945, 1990: Towards a Comparison, in: Minerva 37 (1999), S. 329–354.

Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), Nr. 10, S. 903–923.

Ash, Mitchell G.: Wandlungen der Wissenschaftslandschaften im frühen Kalten Krieg, in: Feichtinger, Johannes/Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg: Transformationsprozesse im Spannungsfeld von Abgrenzung und Annäherung, Wien 2018 (= Sitzungsberichte. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historisch Klasse 890), S. 29–65.

Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Bruch, Rüdiger vom/Kaderas, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51.

Ash, Mitchell G.: Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 11–46.

Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München[4] 2020.

Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München[4] 2021.

Assmann, Aleida: Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis – Zwei Modi der Erinnerung, in: Platt, Kristin/Dabag, Mihran (Hrsg.): Generation und Gedächtnis. Erinnerungen und kollektive Identitäten, Opladen 1995, S. 169–185.

Assmann, Aleida: Kollektives Gedächtnis, in: Pethes, Nicolas/Ruchatz, Jens (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek b. Hamburg 2001, S. 308–310.

Assmann, Jan, Das kollektive Gedächtnis zwischen Körper und Schrift. Zur Gedächtnistheorie von Maurice Halbwachs, in: Krapoth, Hermann/Laborde, Denis (Hrsg.): Erinnerung und Gesellschaft. Mémoire et Société. Hommage à Maurice Halbwachs (1877–1945), Jahrbuch für Soziologiegeschichte, Wiesbaden 2005, S. 65–83.

Augustine, Dolores: Wunderwaffen of a Different Kind: Nazi Scientists in East German Industrial Research, in: German Studies Review 29 (2006), S. 579–588.

Aurnhammer, Achim: Stefan George in der deutschsprachigen Literatur des 20. Jahrhunderts. Aneignung – Umdeutung – Ablehnung, Berlin/Boston 2022.

Baberowski, Jörg: Erwartungssicherheit und Vertrauen: Warum manche Ordnungen stabil sind, und andere nicht, in: ders. (Hrsg.): Was ist Vertrauen? Ein interdisziplinäres Gespräch, Frankfurt a. M./New York 2014 (= Eigene und Fremde Welten 30), S. 7–29.

Bach, Tobias/Philipps, Axel/Barlösius, Eva/Döhler, Marian: Governance von Ressortforschungseinrichtungen, in: Grande, Edgar/Jansen, Dorothea/Jarren, Otfried/Rip, Arie/Schimank, Uwe/Weingart, Peter (Hrsg.): Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung, Bielefeld 2013, S. 139–162.

Bächi, Beat/Reinhardt, Carsten: Einleitung: Zur Geschichte des Regulierungswissens. Grenzen der Erkenntnis und Möglichkeiten des Handelns, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 33 (2010), S. 347–350.

Bähr, Johannes/Erker, Paul/Giles, Geoffrey: The Politics of Ambiguity: Reparations, Business Relations, Denazification and the Allied Transfer of Technology, in: Judt, Matthias/Ciesla, Burghard (Hrsg.): Technology Transfer Out of Germany After 1945, Amsterdam 1996 (= Studies in the History of Science, Technology & Medicine 2), S. 131–144.

Bajohr, Frank/Hürter, Johannes: Auftragsforschung „NS-Belastung". Bemerkungen zu einer Konjunktur, in: Bajor, Frank/Doering-Manteuffel, Anselm/Kemper, Claudia/Siegfried, Detlef (Hrsg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik. Fschr. für Axel Schildt, Göttingen 2016, S. 221–233.

Bajohr, Frank/Pohl, Dieter: Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006.

Bar-Zohar, Michel: Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler (1944–1960), Frankfurt a. M. 1966.

Barbian, Jan-Pieter: Literaturpolitik im „Dritten Reich". Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder, Frankfurt a. M. 1993.

Barbian, Jan-Pieter: Literaturpolitik im NS-Staat. Von der „Gleichschaltung" bis zum Ruin, Frankfurt a. M. 2010.

Barlösius, Eva: „Forschen mit Gespür für politische Umsetzung" – Position, interne Strukturierung und Nomos der Ressortforschung, in: dms – der moderne staat 2 (2009), S. 347–366.

Barlösius, Eva: Der Wandel der Ressortforschungseinrichtungen während des Evaluationsprozesses, in: Hornbostel, Stefan/Schelling, Anna (Hrsg.): Evaluation: New Balance of Power? Berlin 2011 (iFQ-Working Paper No. 9), S. 57–68.

Barlösius, Eva: Ressortforschung, in: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik, Wiesbaden 2010, S. 377–389.

Barlösius, Eva: Ressortforschungseinrichtungen – Forschung im staatlichen Auftrag, in: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan/Zimmermann, Karin (Hrsg.), Handbuch Wissenschaftspolitik, 2. überarb. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 573–590.

Barlösius, Eva: Zwischen Wissenschaft und Staat? Die Verortung der Ressortforschung. WZB-Discussion Paper P 2008-101, Berlin 2008.

Barlösius, Eva/Döhler, Marian/Bach, Tobias/Philipps, Axel: Governance staatlicher Forschung im Spannungsfeld von Staat, Wissenschaft und Gesellschaft. Schlussbericht zum Forschungsprojekt „Ressortforschung unter Anpassungsdruck: Governance im Spannungsfeld von Staat, Wissenschaft und Gesellschaft", Leipzig 2013.

Bärsch, Claus-Ekkehard: Die politische Religion des Nationalsozialismus. Die religiöse Dimension der NS-Ideologie in den Schriften von Dietrich Eckart, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg und Adolf Hitler, München^{2} 2002.

Bayer, Karen/Sparing, Frank/Woelk, Wolfgang (Hrsg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004.

Becker, Norbert: Die Entnazifizierung der Technischen Hochschule Stuttgart, in: ders./Quarthal, Franz (Hrsg.): Die Universität Stuttgart nach 1945. Geschichte – Entwicklungen – Persönlichkeiten, Stuttgart 2004, S. 35–48.

Behring, Rainer: Winteroffensive der Roten Armee (12. Januar). Der Anfang vom Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, in: Prüfer, Thomas (Hrsg.): 1945. Untergang und Neubeginn, Köln 2005, S. 5–16.

Benz, Wolfgang: Der Umgang mit Gedenktagen und Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bergmann, Werner/Erb, Rainer/Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1995 (= Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung 3), S. 302–318.

Benz, Wolfgang: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, 4., akt. Neuausgabe, München 2005.

Benz, Wolfgang: Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik, in: Danyel, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit dem Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995 (= Zeithistorische Studien 4), S. 47–60.

Berg, Nicolas: Lesarten des Judenmords, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002 (= Moderne Zeit 1), S. 91–139.

Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 33).

Berghoff, Hartmut: Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den Fünfziger Jahren, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 49 (1998), S. 96–114.

Bessel, Richard: Die „Stunde Null". 1945 und danach, in: Jonas, Michael/Lappenküper, Ulrich/Wrochem, Oliver von (Hrsg.): Dynamiken der Gewalt. Krieg im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Gesellschaft, Paderborn 2015, S. 284–295.

Beyler, Richard H.: „Reine" Wissenschaft und personelle „Säuberungen". Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945, Berlin 2004 (= Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus" 16).

Bialas, Wolfgang: Moralische Ordnungen des Nationalsozialismus, Göttingen 2014 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 52).

Bialas, Wolfgang/Fritze, Lothar (Hrsg.): Nationalsozialistische Ideologie und Ethik. Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2020 (=Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 65).

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hrsg.): Zehn Leitlinien einer modernen Ressortforschung, Bonn/Berlin 2010.

Böcher, Michael: Wissenschaftsbasierte Politikberatung auf Abruf. Zur Rolle von Ressortforschungseinrichtungen für Ministerien am Beispiel der Politikberatung des Umweltbundesamtes, in: dms – der moderne staat – 5 (2012), S. 459–480.

Bock, Petra/Wolfrum, Edgar: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 7–14.

Bogner, Ralf Georg: Der Nachruf als literarische Gattung. Möglichkeiten und Grenzen einer Definition, in: Simmler, Franz (Hrsg.): Textsorten deutscher Prosa vom 12./13. bis 18. Jahrhundert und ihre Merkmale. Akten zum Internationalen Kongress in Berlin 20. bis 22. September 1999, Bern 2002 (= Jahrbuch für internationale Germanistik 67), S. 39–51.

Böke, Karin: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik, in: dies./Liedtke, Frank/Wengeler, Martin: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Mit einem Beitrag von Dorothee Dengel, Berlin/New York 1996 (= Sprache – Politik – Öffentlichkeit 8), S. 19–50.

Bolewski, Andrzej: Konspiracyjna działalność Akademii Górniczej w latach 1939–1945, in: Kwartalnik Historii Nauki i Techniki 29 (1984), S. 585–604.

Bollenbeck, Georg: Das neue Interesse an der Wissenschaftshistoriographie und das Forschungsprojekt „semantischer Umbau der Geisteswissenschaften", in: ders./Knobloch, Clemens (Hrsg.): Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945, Heidelberg 2001, S. 9–40.

Bollenbeck, Georg/Knobloch, Clemens (Hrsg.): Semantischer Umbau der Geisteswissenschaften nach 1933 und 1945, Heidelberg 2001 (= Reihe Siegen. Germanistische Abteilung 144).

Boothe, Brigitte/Wyl, Agnes von/Wepfer, Res: Erzähldynamik und Psychodynamik, in: Neumann, Michael (Hrsg.): Erzählte Identitäten: ein interdisziplinäres Symposium, München 2000, S. 59–76.

Bora, Alfons: Wissenschaft und Politik: Von Steuerung über Governance zu Regulierung, in: Maasen, Sabine/Kaiser, Mario/Reinhart, Martin/Sutter, Barbara (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftssoziologie, Wiesbaden 2012, S. 341–353.

Bora, Alfons/Henkel, Anna/Reinhardt, Carsten: Einleitung – Wissensregulierung und Regulierungswissen, in: dies. (Hrsg.): Wissensregulierung und Regulierungswissen, Weilerswist 2014, S. 7–16.

Borgstedt, Angela: Der Fragebogen – Zur Wahrnehmung eines Symbols politischer Säuberung nach 1945, in: Der Bürger im Staat 56 (2006), S. 166–171.

Borgstedt, Angela: Entnazifizierung in Karlsruhe 1946 bis 1951. Politische Säuberungen im Spannungsfeld von Besatzungspolitik und lokalpolitischem Neuanfang, Konstanz 2001 (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 5).

Borstedt, Angela: Die kompromittierte Gesellschaft. Entnazifizierung und Integration, in: Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 85–104.

Boruch, Robert/George, Valerie: Mitigating ethical conflicts in dual mission government agencies, in: Science, Technology & Human Values 13 (1988), S. 27–44.

Bösch, Frank: Der Nationalsozialismus im Dokumentarfilm: Geschichtsschreibung im Fernsehen, 1950–1990, in: ders./Goschler, Constantin (Hrsg.): Public History. Darstellungen des Nationalsozialismus jenseits der Geschichtswissenschaft, Frankfurt u.a. 2009, S. 52–76.

Bösch, Frank: Kampf um Normen. Skandale in historischer Perspektive, in: Petersen, Christer/Bulkow, Kristin (Hrsg.): Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung, Wiesbaden 2011, S. 29–48.

Bösch, Frank: Moving History: Film and the Nazi Past in Germany since the late 1970s, in: Paletschek, Sylvia (Hrsg.): Popular Historiographies in the 19th and 20th Centuries. Cultural Meaning, Social Practices, Oxford 2011, S. 103–117.

Bösch, Frank: Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914, München 2009 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 65).

Bösch, Frank/Wirsching, Andreas: Erfahrene Männer. Das Personal der Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin, in: Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018 (= Rhöndorfer Gespräche 28), S. 163–181.

Bose, Käthe von: Klinisch rein. Zum Verhältnis von Sauberkeit, Macht und Arbeit im Krankenhaus, Bielefeld 2017.

Botor, Stefan: Das Berliner Sühneverfahren. Die letzte Phase der Entnazifizierung, Bern u.a. 2006 (= Rechtshistorische Reihe 327).

Bourdieu, Pierre: Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Aus dem Französischen übertragen von Stephan Egger, Konstanz 1998 (= édition discours 12).

Bower, Tom: The Paperclip Conspiracy. The Battle for the Spoils and Secrets of Nazi Germany, London 1987.

Brockmann, Stephen: German Culture at the „Zero Hour", in: ders./Trommler, Frank (Hrsg.): Revisiting the Zero Hour 1945: The Emergence of Postwar German Culture, Washington D.C. 1998, S. 8–40.

Brunn, Stefan: Abschieds-Journalismus. Die Nachrufkultur der Massenmedien, Münster 1999 (= Publizistik 3).

Buchheim, Hans: Glaubenskrise im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik, Stuttgart 1953.

Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung: 150 Jahre Wissenschaft mit Wirkung. BAM Report 2020/21, Berlin [2021].

Burke, Peter: Geschichte als soziales Gedächtnis, in: Assmann, Aleida/Harth, Dietrich (Hrsg.): Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung, Frankfurt a. M. 1993, S. 289–304.

Buschmann, Nikolaus: Die Erfindung der deutschen Treue. Von der semantischen Innovation zur Gefolgschaftsideologie, in: ders./Borromäus Murr, Karl (Hrsg.): Treue. Politische Loyalität und militärische Gefolgschaft in der Moderne, Göttingen 2008, S. 75–109.

Buschmann, Nikolaus: Treue und Verrat. Zur Semantik politischer Loyalität in Deutschland von den Befreiungskriegen bis zur Weimarer Republik, in: Borutta, Manuel/ Verheyen, Nina (Hrsg.): Die Präsenz der Gefühle. Männlichkeit und Emotion in der Moderne, Bielefeld 2010 (= 1800 – 2000 2), S. 129–151.

Buschmann, Nikolaus/Carl, Horst: Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges. Forschung, Theorie, Fragestellung, in: dies. (Hrsg.): Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg, Paderborn u.a. 2001 (= Krieg in der Geschichte 9), S. 11–26.

Busse, Dietrich: Historische Semantik. Analyse eines Programms, Stuttgart 1987 (= Sprache und Geschichte 13).

Calliess, Christian: Rechtsstaat und Vorsorgestaat, in: Jahrbuch für Recht und Ethik 21 (2012), S. 3–22.

Carrier, Martin: Wissenschaftliche Expertise. Bedingungen ihrer Verlässlichkeit und Vertrauenswürdigkeit, in: Bora, Alfons/Henkel, Anna/Reinhardt, Carsten (Hrsg.): Wissensregulierung und Regulierungswissen, Weilerswist 2014, S. 157–174.

Christians, Heiko/Wegmann, Nikolaus: Zensur, in: Pethes, Nicolas/Ruchatz, Jens (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek b. Hamburg 2001, S. 667 f.

Ciesla, Burghard: Das „Project Paperclip" – deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in den USA (1946 bis 1952), in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993 (= Zeithistorische Studien 1), S. 287–301.

Ciesla, Burghard: Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49-50 (1993), S. 24–31.

Classen, Christoph: Schmutzige Politik? Zum Image von Politikern in fiktionalen Filmen und Fernsehbeiträgen der Bundesrepublik, in: Münkel, Daniela/Seegers, Lu (Hrsg.): Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt a. M. 2006, S. 97–114.

Conze, Eckart: Die Historikerkommission des Auswärtigen Amtes. Zeitgeschichte zwischen Auftragsforschung, öffentlicher Debatte und wissenschaftlichem Fortschritt, in: Cornelißen, Christoph/Pezzino, Paolo (Hrsg.): Historikerkommissionen und historische Konfliktbewältigung, Berlin/Boston 2018, S. 109–118.

Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

Conze, Werner/Stumpf, Reinhard/Geyer, Michael: Art. „Militarismus", in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 4 Mi–Pre, Stuttgart 1978, S. 1–47.

Cornelißen, Christoph: Erinnerungskulturen, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22. Oktober 2012, URL https://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen_Version_2.0_Christoph_Cornelißen [zuletzt eingesehen am 3.4.2024].

Cozzens, Susan E./Woodhouse, Edward J.: Science, Government and the Politics of Knowledge, in: Jasanoff, Sheila/Markle, Gerald E./Petersen, James C./Pinch, Trevor (Hrsg.): Handbook of Science and Technology Studies, Thousand Oaks/Calif. 1995, S. 533–553.

Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik: Das Erbe des NS-Staats als deutsch-deutsches Problem. Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018 (= Rhöndorfer Gespräche 28), S. 7–15.

Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik: Die Ämter und ihre Vergangenheit. Eine Zwischenbilanz, in: dies. (Hrsg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018 (= Rhöndorfer Gespräche 28), S. 183–199.

Dack, Mikkel: Everyday Denazification in Postwar Germany. The Fragebogen and Political Screening during the Allied Occupation, Cambridge 2023.

Dack, Mikkel: Tailoring Truth. Memory Construction and Whitewashing the Nazi Past from Below, in: German Politics and Society 39 (2021), S. 15–36.

Deissler, Dirk: Die entnazifizierte Sprache. Sprachpolitik und Sprachregelung in der Besatzungszeit, 2., korrigierte und ergänzte Auflage Frankfurt a. M. 2006 (= Vario Lingua 22).

Depkat, Volker: Autobiographie und soziale Konstruktion von Wirklichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 441–476.

Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande. Amtlicher Text der Entente und amtliche deutsche Übertragung. Auf Grund der endgültigen, neu durchgesehenen amtlichen Revision, 2. Aufl. Berlin 1924.

Diner, Dan (Hrsg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988.

Döhler, Marian: Die politische Steuerung der Verwaltung. Eine empirische Studie über politisch-administrative Interaktionen auf der Bundesebene, Baden-Baden 2007 (= Staatslehre und politische Verwaltung 11).

Douglas, Mary: Reinheit und Gefährdung: eine Studie zu Vorstellungen von Verunreinigung und Tabu, Berlin 1985.

Dülffer, Jost: Deutsche Geschichte 1933–1945. Führerglaube und Vernichtungskrieg, Stuttgart/Berlin/Köln 1992.

Dülffer, Jost: Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1998.

Echterhoff, Gerald: Das kommunikative Gedächtnis, in: Gudehus, Christian/Eichenberg, Ariane/Welzer, Harald (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010, S. 102–108.

Echterhoff, Gerald/Hirst, William: Remembering in a Social Context. A Conversational View of the Study of Memory, in: Echterhoff, Gerald/Saar, Martin (Hrsg.): Kontexte und Kulturen des Erinnerns: Maurice Halbwachs und das Paradigma des kollektiven Gedächtnisses, Konstanz 2002, S. 75–101.

Echterhoff, Gerald/Saar, Martin: Einleitung: Das Paradigma des kollektiven Gedächtnisses. Maurice Halbwachs und seine Folgen, in: dies. (Hrsg.): Kontexte und Kulturen des Erinnerns: Maurice Halbwachs und das Paradigma des kollektiven Gedächtnisses, Konstanz 2002, S. 13–35.

Echterhölter, Anna: Akademisches Totenlob. Nachrufe auf Wissenschaftler, in: Letzte Worte, Zeitschrift für Ideengeschichte 2 (2008), S. 22–38.

Eichmüller, Andreas: Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen und die Öffentlichkeit in der frühen Bundesrepublik Deutschland 1949–1958, in: Osterloh, Jörg/Vollnhals, Clemens (Hrsg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik, DDR, Göttingen 2011 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 45), S. 53–73.

Eichmüller, Andreas: Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945. Eine Zahlenbilanz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 621–640.

Eichmüller, Andreas: Keine Generalamnestie. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik, München 2012 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 93).

Eitz, Thorsten/Stötzel, Georg: Wörterbuch der ‚Vergangenheitsbewältigung'. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Band 1, Hildesheim/Zürich/New York 2007.

Engstrom, Eric J./Hess, Volker/Thoms, Ulrike: Figurationen des Experten. Ambivalenzen der wissenschaftlichen Expertise im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: dies. (Hrsg.): Figurationen des Experten. Ambivalenzen der wissenschaftlichen Expertise im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2005 (= Berliner Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte 7), S. 7–17.

Erll, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart[3] 2017.

Erll, Astrid: Medien des kollektiven Gedächtnisses: Ein (erinnerungs-)kulturwissenschaftlicher Kompaktbegriff, in: dies./Nünning, Ansgar (Hrsg.): Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifität, Berlin 2004, S. 3–24.

Eskildsen, Kasper Risbjerg: Leopold Ranke's Archival Turn. Location and Evidence in modern Historiography, in: Modern Intellectual History 5 (2008), S. 425–453.

Ettle, Elmar: Die Entnazifizierung in Eichstätt. Probleme der politischen Säuberung nach 1945, Frankfurt a. M. u.a. 1985 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 281).

Ewald, François, Der Vorsorgestaat. Aus dem Französischen von Wolfram Bayer und Hermann Kocyba. Mit einem Essay von Ulrich Beck, Frankfurt a. M.[2] 2015.

Fabricius, Hans: Schiller als Kampfgenosse Hitlers. Nationalsozialismus in Schillers Dramen, Bayreuth 1932.

Falter, Jürgen W: „Wenn ich ausgetreten wäre, wäre mir der Strick sicher gewesen". Erklärungs- und Entschuldigungsversuche im Entnazifizierungsprozess, in: ders. (Hrsg.): „Wie ich den Weg zum Führer fand". Beitrittsmotive und Entlastungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Frankfurt/New York 2022, S. 267–310.

Falter, Jürgen W.: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): „Wie ich den Weg zum Führer fand". Beitrittsmotive und Entlastungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Frankfurt/New York 2022, S. 9–20.

Felt, Ulrike/Nowotny, Helga/Taschwer, Klaus: Wissenschaftsforschung. Eine Einführung, Frankfurt a. M. 1995 (= Campus Studium 1086).

Fichter, Michael: Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München[3] 1990 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), S. 469–549.

Fisch, Jörg, Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.

Fisch, Jörg: Reparations and Intellectual Property, in: Judt, Matthias/Ciesla, Burghard (Hrsg.): Technology Transfer Out of Germany After 1945, Amsterdam 1996 (= Studies in the History of Science, Technology & Medicine 2), S. 11–25.

Fischer, Alexander (Hrsg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", Köln 1968 (= Dokumente zur Außenpolitik 1).

Fivush, Robyn/Übers. Hessel, Florian: Die Entwicklung des autobiographischen Gedächtnisses, in: Gudehus, Christian/Eichenberg, Ariane/Welzer, Harald (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010, S. 45–53.

Flachowsky, Sören: Kampf um die Lithosphäre. Geologische Ressortforschung in Deutschland (1914–1945), Bielefeld 2026.

Flachowsky, Sören: Imperiale Geognostik und Wissenschaftskolonialismus. Die Etablierung der Kolonialgeologie an der Preußischen Geologischen Landesanstalt bis 1914, Bielefeld 2026.

Flachowsky, Sören/Reinhardt, Carsten: Verwerfungen der NS-Vergangenheit. Zum Aufbau der Geologischen Dienste in Westdeutschland (1945–1962), Bielefeld 2026.

Flachowsky, Sören: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008 (= Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 3).

Frei, Norbert: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005.

Frei, Norbert: Deutsche Lernprozesse. NS-Vergangenheit und Generationenfolge seit 1945, in: Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Zivilisationsbruch und Gedächtniskultur. Das 20. Jahrhundert in der Erinnerung des beginnenden 21. Jahrhunderts, Innsbruck 2003 (= Gedächtnis – Erinnerung – Identität 3), S. 87–114.

Frei, Norbert: Kollektivschuldthese und Vergangenheitspolitik. Thomas Mann im politischen Horizont der Nachkriegsdeutschen, in: Thomas Mann Jahrbuch 27 (2014), S. 9–16.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012.

Frese, Matthias: Betriebspolitik im „Dritten Reich". Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991.

Frevert, Ute: Pflicht, in: François, Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte II, München 2001, S. 269–285.

Frevert, Ute: Vertrauen – eine historische Spurensuche, in: dies. (Hrsg.): Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003, S. 7–66.

Frevert, Ute: Vertrauen in historischer Perspektive, in: Schmalz-Bruns, Rainer/Zintl, Reinhard (Hrsg.): Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation, Baden-Baden 2002, S. 39–59.

Frevert, Ute: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne, München 2013.

Friedmann, Jan/Später, Jörg: Britische und deutsche Kollektivschuld-Debatte, in: Herbert, Ulrich (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002 (= Moderne Zeit 1), S. 53–90.

Fulbrook, Mary: Reckonings. Legacies of Nazi Persecution and the Quest for Justice, Oxford 2018.

Fulbrook, Mary: Reframing the Past: Justice, Guilt, and Consolidation in East and West Germany after Nazism, in: Central European History 53 (2020), S. 294–313.

Gamm, Hans-Jochen: Der Flüsterwitz im Dritten Reich. Mündliche Dokumente zur Lage der Deutschen während des Nationalsozialismus. Überarbeitete und erweiterte Ausgabe, München 1990.

Garbe, Detlef: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und ‚Vergangenheitsbewältigung': Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998 (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte 33), S. 693–716.

Garner, Curt: Der öffentliche Dienst in den 50er Jahren: Politische Weichenstellungen und ihre sozialgeschichtlichen Folgen, in: Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998 (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte 33), S. 759–790.

Gerhardt, Uta: Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944–1945/46, Frankfurt a. M. 2005.

Gerhardt, Uta/Mochmann, Ekkehard: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Gesellschaftlicher Umbruch 1945–1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse, München 1992, S. 1–7.

Gertenbach, Lars/Laux, Henning/Rosa, Hartmut/Strecker, David: Theorien der Gemeinschaft zur Einführung, Hamburg 2010 (= Zur Einführung 367).

Gerwarth, Robert: Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler, München 2007.

Geyer, Martin H.: Am Anfang war…die Niederlage. 1945, historische Kontingenz und die Anfänge der bundesdeutschen Moderne, in: Mülder-Bach, Inka/Schumacher, Eckhard (Hrsg.): Am Anfang war… Ursprungsfiguren und Anfangskonstruktionen der Moderne, München 2008, S. 279–306.

Geyer, Michael: Die eingebildete Heimkehr. Im Schatten der Niederlage, in: Fulda, Daniel/Herzog, Dagmar/Hoffmann Stefan-Ludwig/van Rahden, Till (Hrsg.): Demokratie im Schatten der Gewalt. Geschichten des Privaten im deutschen Nachkrieg, Göttingen 2010, S. 72–96.

Gimbel, John: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt a. M. 1971.

Gimbel, John: Deutsche Wissenschaftler in britischem Gewahrsam. Ein Erfahrungsbericht aus dem Jahre 1946 über das Lager Wimbledon, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 38 (1990), S. 459–483.

Gimbel, John: Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany, Stanford 1990.

Gimbel, John: Scientists and Technicians Evacuated From the Soviet Zone, in: Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952, Teil 2: Die US-Zone, Hildesheim 1990, S. 17–22.

Gimbel, John: The American Exploitation of German Technical Know-How after World War II, in: Political Science Quarterly 105 (1990), S. 295–309.

Glasner, Peter: Theorien vom kollektiven Bewusstsein als Leitkonzepte urbaner Straßennamen-Lektüren, in: Wengeler, Martin (Hrsg.): Deutsche Sprachgeschichte nach 1945. Diskurs- und kulturgeschichtliche Perspektiven. Beiträge zu einer Tagung anlässlich der Emeritierung Georg Stötzels, Hildesheim/Zürich/New York 2003, S. 83–102.

Grabitz, Helge: Die Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, in: Garscha, Winfried/Kuretsidis-Haider, Claudia (Hrsg.): Keine ‚Abrechnung'. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig/Wien 1998, S. 144–179.

Graf Finck v. Finckenstein, Gottfried/Franke, Christoph: Genealogisches Handbuch der adeligen Häuser, Adelige Häuser Band XXX, Limburg 2008.

Graf, Rüdiger: Totgesagt und nicht gestorben: die Persistenz des Fortschritts im 20. und 21. Jahrhundert, in: Traverse 23 (2016), S. 91–102.

Greve, Michael: Täter oder Gehilfen? Zum strafrechtlichen Umgang mit NS-Gewaltverbrechern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Weckel, Ulrike/Wolfrum, Edgar (Hrsg.): ‚Bestien' und ‚Befehlsempfänger'. Frauen und Männer in NS-Prozessen nach 1945, Göttingen 2003, S. 194–221.

Groebner, Valentin: Wer redet von der Reinheit? Eine kleine Begriffsgeschichte, Wien 2019.

Gross, Raphael: Anständig geblieben: nationalsozialistische Moral, Frankfurt a. M. 2010 (= Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts 26).

Gross, Raphael: Gott und Religion in der Ethik des Nationalsozialismus, in: Treml, Martin/Weidner, Daniel (Hrsg.): Nachleben der Religionen. Kulturwissenschaftliche Untersuchungen zur Dialektik der Säkularisierung, München 2007, S. 177–187.

Große-Wilde, Simon: Wehrtechnologische Forschung und Prüfung für das „Dritte Reich". Die Chemisch-Technische Reichsanstalt von (1900–1945), Bielefeld 2026.

Grüttner, Michael: Talar und Hakenkreuz. Die Universitäten im Dritten Reich, München 2024.

Habscheid, Stephan: Einheit als Fassade. Zur sprachlichen Inszenierung ‚kollektiver Identität' in Organisationen, in: Pappert, Steffen/Schröter, Melanie/Fix, Ulla (Hrsg.): Verschlüsseln, Verbergen, Verdecken in öffentlicher und institutioneller Kommunikation, Berlin 2008 (= Philologische Studien und Quellen 211), S. 255–271.

Hachtmann, Rüdiger: „Arbeiter der Faust und Arbeiter der Stirn". Aufwertung des Arbeitsbegriffs durch den Nationalsozialismus?, in: Krimm, Stefan/Sachse, Martin (Hrsg.): Die Praxis und die höheren Sphären – „Zwei Kulturen" oder nur ein Missverständnis?, München 2006, S. 128–151.

Hachtmann, Rüdiger: „Rauher Krieg" und „friedliche Forschung"? Zur Militarisierung der Wissenschaften und zur Verwissenschaftlichung des Krieges im 19. und 20. Jahrhundert, in: Berg, Matthias/Thiel, Jens/Walther, Peter Th. (Hrsg.): Mit Feder und Schwert. Militär und Wissenschaft – Wissenschaftler und Krieg, Stuttgart 2009, S. 25–55.

Hachtmann, Rüdiger: Unter rassistischen und bellizistischen Vorzeichen – die Wissenschaften 1933–1945, in: Herrmann, Wolfgang A./Nerdinger, Winfried (Hrsg.): Die Technische Hochschule München im Nationalsozialismus, München 2018, S. 12–33.

Hachtmann, Rüdiger: Vom „Geist der Volksgemeinschaft durchpulst" – Arbeit, Arbeiter und die Sprachpolitik der Nationalsozialisten, in: zeitgeschichte-online, 1. Januar 2010, URL: https://zeitgeschichte-online.de/zol-sprachpolitik-2010 [zuletzt eingesehen am 12.2.2024.

Hachtmann, Rüdiger: Vom Wilhelminismus zur Neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus. Das Reichsarbeitsministerium 1918–1945, Band 1, Göttingen 2023.

Häftlings-Karte, in: Arolson Archives, URL: https://collections.arolsen-archives.org/de/document/10725510 [zuletzt eingesehen am 9.9.2024].

Halbwachs, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt am Main[6] 2019.

Hammerstein, Katrin: Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen 2017 (= Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert 11).

Hanus, Anna: Der Nachruf in der polnischen und der deutschen Presse anhand der Texte um den Tod von Marcel Reich-Ranicki, in: Kaczmarek, Dorota (Hrsg.): Politik – Medien – Sprache. Deutsche und polnische Realien aus linguistischer Sicht, Łódź 2016, S. 119–134.

Hartmann, Martin/Offe, Claus (Hrsg.): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt a. M. 2001 (= Theorie und Gesellschaft 50).

Hauptmann, Gerhart: Neue Gedichte, Berlin 1946.

Hausstein, Alexandra: Nachruf, in: Pethes, Nicolas/Ruchatz, Jens (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek b. Hamburg 2001, S. 393 f.

Heigel, Karl Theodor: Geschichtsforschung und Archivwesen, in: ders.: Geschichtliche Bilder und Skizzen, München 1897, S. 175–193.

Heinemann-Grüder, Andreas: Reparationsdienste durch „Spezialisten", in: Albrecht, Ulrich/ders./Wellmann, Arend: Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992, S. 25–47.

Heinemann, Manfred: Überwachung und „Inventur" der deutschen Forschung. Das Kontrollratsgesetz Nr. 25 und die alliierte Forschungskontrolle im Bereich der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (KWG/MPG) 1945–1955, in: Mertens, Lothar (Hrsg.): Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?, Berlin 2001 (= Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 76), S. 167–199.

Henke, Hans-Dietmar: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 127–133.

Henke, Klaus-Dietmar, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München[3] 2009 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 27).

Henke, Klaus-Dietmar: Die Trennung vom Nationalsozialismus. Selbstzerstörung, politische Säuberung, ‚Entnazifizierung', Strafverfolgung, in: ders./Woller, Hans (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 21–83.

Hentschel, Klaus: Die Mentalität deutscher Physiker in der frühen Nachkriegszeit (1945–1949), Heidelberg 2005 (= Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte 11).

Hentschel, Klaus: Misstrauen, Verbitterung und Sentimentalität. Zur Mentalität deutscher Physiker in den ersten Nachkriegsjahren, in: Hoffmann, Dieter/Walker, Mark (Hrsg.): Physiker zwischen Autonomie und Anpassung, Weinheim 2007, S. 301–358.

Hentschel, Klaus/Rammer, Gerhard: Kein Neuanfang: Physiker an der Universität Göttingen 1945–1955, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 718–741.

Herbert, Ulrich: Das Dritte Reich. Geschichte einer Diktatur, München 2016.

Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003 (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 58), S. 95–114.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

Herbert, Ulrich: Holocaust-Forschung in Deutschland. Geschichte und Perspektiven einer schwierigen Disziplin, in: Bajohr, Frank/Löw, Andrea (Hrsg.): Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt a. M. 2015, S. 31–79.

Herbert, Ulrich: NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Loth, Wilfried/Rusinek, Bernd-A. (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1998, S. 93–115.

Herbert, Ulrich: Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des ‚Holocaust', in: ders. (Hrsg.): Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a. M. 1998, S. 9–66.

Herbert, Ulrich: Wer waren die Nationalsozialisten? Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat, in: Hirschfeld, Gerhard/Jersak, Tobias (Hrsg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt a. M. 2004, S. 17–42.

Hinz-Wessels, Annette: Der Umgang der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina mit den NS-Medizinverbrechen ihrer Mitglieder nach 1945, in: Bruch, Rüdiger vom/Gerstengarbe, Sybille/Thiel, Jens/Renkert, Simon (Hrsg.): Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen. Arbeitstagung des Projektes zur Geschichte der Leopoldina vom 22. bis 24. November 2012 in Halle (Saale), Halle 2014 (= Acta Historica Leopoldina 64), S. 375–393.

Hobsbawm, Eric: Introduction: Inventing Traditions, in: ders./Ranger, Terence (Hrsg.): The Invention of Tradition, Cambridge 1983, S. 1–14.

Hobuß, Steffi: Mythos „Stunde Null", in: Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung" in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bielefeld 2015 (= Historie 53), S. 42–45.

Hockerts, Hans Günter: Gab es eine Stunde Null? Die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation in Deutschland nach der bedingungslosen Situation, in: Krimm, Stefan/Zirbs, Wieland (Hrsg.): Nachkriegszeiten – Die Stunde Null als Realität und Mythos in der deutschen Geschichte, München 1996, S. 119–156.

Hockerts, Hans Günter: War der Nationalsozialismus eine politische Religion? Über Chancen und Grenzen eines Erklärungsmodells, in: Hildebrand, Klaus (Hrsg.): Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus, München 2003 (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 59), S. 45–71.

Hoffstadt, Anke: Eine Frage der Ehre. Zur ‚Beziehungsgeschichte' von „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten" und SA, in: Müller, Yves/Zilkenat, Reiner (Hrsg.): Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), Frankfurt a. M. 2013, S. 267–296.

Hoffstadt, Anke: Frontgemeinschaft? Der „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten" und der Nationalsozialismus, in: Krumeich, Gerd (Hrsg.): Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, Essen 2010 (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte 24), S. 191–206.

Hohn, Hans-Willy/Schimank, Uwe: Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurkonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung, Frankfurt a. M. 1990 (= Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 7).

Holzhauser, Thorsten: Demokratie, Nation, Belastung. Kollaborationen und NS-Belastung als Nachkriegsdiskurs in Frankreich, Österreich und Westdeutschland, Berlin/Bosten 2022 (= Historische Zeitschrift, Beiheft 20).

Horstmann, Anja/Kopp, Vanina: Archiv – Macht – Wissen. Organisation und Konstruktion von Wissen und Wirklichkeit in Archiven, in: dies. (Hrsg.): Archiv – Macht – Wissen. Organisation und Konstruktion von Wissen und Wirklichkeit in Archiven, Frankfurt a. M. 2010, S. 9–22.

Howes, D. A.: Staatliches Material Prüfungsamt Unter den Eichen 86-87, Berlin-Dahlem (BIOS Final Report, 525, Item No. 30), August 1945.

Hübl, Philipp: Moralspektakel. Wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht, München 2024.

Hunt, Linda: Secret Agenda. The United States Government, Nazi Scientists, and Project Paperclip, 1945 to 1990, New York 1991.

Hüntelmann, Axel C.: Hygiene im Namen des Staates. Das Reichsgesundheitsamt 1876–1933, Göttingen 2008.

Institut für Demoskopie Allensbach, Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung M.B.H., Die öffentliche Resonanz der Entnazifizierung. Ergebnisse von Bevölkerungs-Umfragen, Sept. 48 u. Nov. 1953, Allensbach 1954.

Isensee, Josef: „Stunde Null"? Von der Unvermeidlichkeit der Anknüpfung beim Wechsel politischer Systeme, in: Becker, Manuel/Studt, Christoph (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit im „Dritten Reich". „Horte des Wiederstandes" oder „verbrecherische Organisationen"? Tagungsband zur XXV. Königswinterer Tagung, Augsburg 2013 (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V.), S. 15–45.

Jäger, Wieland: Wissensgesellschaft, in: Schützeichel, Rainer (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung, Konstanz 2007, S. 662–669.

Jahresbericht 1 der Chemisch-Technischen Reichsanstalt 1920/21.

Jakobi, Franz-Josef: Archive und Geschichtsbewusstsein. Zur geschichtsdidaktischen Dimension der Archivarbeit, in: Leidinger, Paul/Metzler, Dieter (Hrsg.): Geschichte und Geschichtsbewußtsein. Festschrift Karl-Ernst Jeismann zum 65. Geburtstag, Münster 1990, S. 680–705.

Jandl, Marco: Die universitäre Germanistik in Graz zwischen Neukonstituierung und Kontinuität, Unschulds-Narrativen und Entnazifizierungspolitik, in: Lamprecht, Gerald/Uhl, Heidemarie (Hrsg.): Nachkriegserfahrungen. Exklusion und Inklusion von Opfer- und Täter-Kollektiven nach 1945, Göttingen 2021 (= Zeitgeschichte 48, Heft 2), S. 161–179.

Jarausch, Konrad H.: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.

Jarausch, Konrad H.: Zeitgeschichte und Erinnerung. Deutungskonkurrenz oder Interdependenz?, in: ders./Sabrow, Martin (Hrsg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M. 2002, S. 9–37.

Jeismann, Karl-Ernst: Geschichtsbilder: Zeitdeutung und Zukunftsperspektive, in: APuZ-online, 16. Dezember 2002, URL: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26551/geschichtsbilder-zeitdeutung-und-zukunftsperspektive/#footnote-target-3 [zuletzt eingesehen am 4.4.2024].

Jeismann, Karl-Ernst: Verlust der Geschichte? Zur gesellschaftlichen und anthropologischen Funktion des Geschichtsbewußtseins in der gegenwärtigen Situation, in: ders.: Geschichte als Horizont der Gegenwart. Über den Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive. Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Jacobmeyer und Erich Kosthorst, Paderborn 1985, S. 11–25.

Jensen, Uffa: Blut und Boden, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart[3] 1998, S. 399 f.

Jessen, Ralph: Reiz und Risiko der Selbsthistorisierung – die Geschichte der medizinischen Fachgesellschaften im Kontext zeithistorischer Aufarbeitungs- und Auftragsforschung, in: Medizinhistorisches Journal 55 (2020), S. 280–289.

Jessen, Ralph: Zäsuren, Phasen, Kontinuitäten – Zur chronologischen (Un-)Ordnung der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Lingelbach, Gabriele/Waldschmidt, Anne (Hrsg.): Kontinuitäten, Zäsuren, Brüche? Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen in der deutschen Zeitgeschichte, Frankfurt a. M. 2016 (= Disability History 1), S. 28–53.

Judt, Matthias: Exploitation by Integration? The Re-Orientation of the Two German Economies After 1945. The Impact of Scientific and Production Controls, in: ders./Ciesla, Burghard (Hrsg.): Technology Transfer Out of Germany After 1945, Amsterdam 1996 (= Studies in the History of Science, Technology & Medicine 2), S. 27–47.

Junginger, Horst: Die Deutsche Glaubensbewegung als ideologisches Zentrum der völkisch-religiösen Bewegung, in: Puschner, Uwe/Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte, Göttingen 2012 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 47), S. 65–102.

Jureit, Ulrike: Generation, Generationalität, Generationenforschung, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3. August 2017, URL: https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/deliver/index/docId/1117/file/docupedia_jureit_generation_v2_de_2017.pdf [zuletzt eingesehen am 27.5.2024].

Jureit, Ulrike: Generationenforschung, Göttingen 2006 (= Grundkurs Neue Geschichte).

Kaasch, Michael/Kaasch, Joachim: Humboldt und Co. – Traditionsverständnis und „große" Namen, in: Verhandlungen zur Geschichte und Theorie der Biologie 24 (2022), S. 299–331.

Kaiser, Gerhard/Krell, Matthias: Ausblenden, Versachlichen, Überschreiben. Diskursives Vergangenheitsmanagement in der Sprach- und Literaturwissenschaft in Deutschland nach 1945, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 20), S. 190–214.

Kaiser, Walter: Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders./König, Wolfgang (Hrsg.): Geschichte des Ingenieurs. Ein Beruf in sechs Jahrtausenden, München 2006, S. 233–267.

Kaiser, Walter: Wissenschaft und Technik nach 1945, in: König, Helmut/Kuhlmann, Wolfgang/Schwabe, Klaus (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997, S. 241–256.

Kämper, Heidrun: Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945, Berlin 2005 (= Studia Linguistica Germanica 78).

Kämper, Heidrun: Entnazifizierung – Sprachliche Existenzformen eines ethischen Konzepts, in: dies. / Schmidt, Hartmut (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte – Zeitgeschichte, Berlin / New York 1998, S. 304–329.

Kämper, Heidrun: Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schulddiskurs 1945–1955, Berlin 2007.

Kämper, Heidrun: Politische Wechsel – Sprachliche Umbrüche. Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Sprachgeschichte, in: Bock, Bettina/Fix, Ulla/Pappert, Steffen (Hrsg.): Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche, Berlin 2011, S. 31–50.

Kämper, Heidrun: Von zeitbedingten und ewigen Deutschen. Der Identitätsdiskurs in der frühen Nachkriegszeit und seine argumentative Struktur, in: Wengeler, Martin (Hrsg.): Deutsche Sprachgeschichte nach 1945. Diskurs- und kulturgeschichtliche Perspektiven. Beiträge zu einer Tagung anlässlich der Emeritierung Georg Stötzels, Hildesheim / Zürich / New York 2003, S. 338–363.

Karlsch, Rainer: Kriegszerstörungen und Reparationslasten, in: Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 525–556.

Karlsch, Rainer / Ciesla, Burghard: Vom „Karthago-Frieden" zum Besatzungspragmatismus. Wandlungen der sowjetischen Reparationspolitik und ihre Umsetzung 1945 / 46, in: Mehringer, Hartmut / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann (Hrsg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945 / 46), München 1999, S. 71–92.

Karsten, Arne / Thiessen, Hillard von (Hrsg.): Normenkonkurrenz in historischer Perspektive, Berlin 2015 (= Zeitschrift für historische Forschung. Beiheft 50).

Keller, Barbara: Konstruktion, in: Pethes, Nicolas / Ruchatz, Jens (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek b. Hamburg 2001, S. 315–318.

Keupp, Heiner/Ahbe, Thomas/Gmür, Wolfgang/Höfer, Renate/Mitzscherlich, Beate/Kraus, Wolfgang/Straus, Florian: Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne, Reinbek b. Hamburg 1999.

Khachatryan, Kristine/Falter, Jürgen W.: „Der Partei trat ich aus Idealismus bei". Entlastungsstrategien im Entnazifizierungsprozess, in: Falter, Jürgen W. (Hrsg.): „Wie ich den Weg zum Führer fand". Beitrittsmotive und Entlastungsstrategien von NSDAP-Mitgliedern, Frankfurt/New York 2022, S. 311–329.

Kielmansegg, Peter Graf: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989.

Kierkegaard, Sören: Tagebuch aus der Zeit der zweiten Berlinreise und des Erscheinens der ersten pseudonymen Werke 1842/44 (JJ; 1. Teil), in: ders.: Tagebücher. Erster Band. Ausgewählt, neugeordnet und übersetzt von Hayo Gerdes, Düsseldorf/Köln 1961, S. 285–340.

Kipke, Roland: Sind wir moralisch verpflichtet, eine gendergerechte Sprache zu verwenden?, in: Zeitschrift für Ethik und Moralphilosophie 6 (2023), S. 59–80.

Kirsch, Jan-Holger: „Befreiung" und/oder „Niederlage"? Zur Konfliktgeschichte des deutschen Gedenkens an Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg, in: Asmuss, Burkhard/Kufeke, Kay/Springer, Philipp (Hrsg.): Der Krieg und seine Folgen 1945. Kriegsende und Erinnerungspolitik in Deutschland, Berlin 2005, S. 60–71.

Klee, Ernst: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M.[2] 2009.

Klein, Jens: Zerreißprobe? Rüstungsforschung an der Abteilung Maschinenbau der MPA Stuttgart von 1933 bis 1945, Berlin 2019 (= Stuttgarter Beiträge zur Wissenschafts- und Technikgeschichte 13).

Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Berlin 1947.

Kleßmann, Christoph: Untergänge – Übergänge. Gesellschaftsgeschichtliche Brüche und Kontinuitätslinien vor und nach 1945, in: ders. (Hrsg.): Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen, Düsseldorf 1989, S. 83–97.

Kluckow, Paul/Zeplichal, Franz: Chemie und Technologie der Elastomere, Stuttgart 1970.

Kocka, Jürgen: 1945 nach 1989/90. Zur sich wandelnden Bedeutung des Endes von NS-Diktatur und Krieg, in: Jansen, Christian/Niethammer, Lutz/Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 599–608.

Kocka, Jürgen: Disziplinen und Interdisziplinarität, in: Reulecke, Jürgen/Roelcke, Volker (Hrsg.): Wissenschaften im 20. Jahrhundert: Universitäten in der modernen Wissenschaftsgesellschaft, Stuttgart 2008, S. 107–117.

Kölbl, Carlos/Straub, Jürgen: Zur Psychologie des Erinnerns, in: Gudehus, Christian/Eichenberg, Ariane/Welzer, Harald (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010, S. 22–44.

König, Wolfgang: Nachrufe als Quellen für eine Sozialgeschichte der Technik, in: Füßl, Wilhelm/Ittner, Stefan (Hrsg.): Biographie und Technikgeschichte, Sonderheft von BIOS 11 (1998), S. 92–102.

Königseder, Angelika, Entnazifizierung: in: Benz, Wolfgang (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 114–117.

Königseder, Angelika: Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 151–166.

Koselleck, Reinhart: ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont' – zwei historische Kategorien, in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375.

Koselleck, Reinhart: Historia Magistra Vitae. Über die Auflösung des Topos im Horizont neuzeitlich bewegter Geschichte, in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989 [zuerst 1979], S. 38–66.

Kraus, Hans-Christof: Parlamentarismuskritik, Antiparlamentarismus und Modelle alternativer Repräsentation, in: Biefang, Andreas/Geppert, Dominik/Recker, Marie-Luise/Wirsching, Andreas (Hrsg.): Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart. Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie, Düsseldorf 2022, S. 145–173.

Kraus, Wolfgang: Das erzählte Selbst. Die narrative Konstruktion von Identität in der Spätmoderne, Herbolzheim[2] 2000 (= Münchener Studien zur Kultur- und Sozialpsychologie 8).

Krauss, Gerhard: Forschen im unitarischen Staat, Abhängigkeit und Autonomie der staatlich finanzierten Forschung in Frankreich, Frankfurt a. M. 1996 (= Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung 26).

Kresta, Ronald: „Nachrufe" in englischen und deutschen Fachzeitschriften der Soziologie, in: Fachsprache 18 (1996), S. 118–137.

Krieger, Wolfgang: Technologiepolitik der Bundesrepublik Deutschland (1949–1989/90), in: Hermann, Armin/Sang, Hans-Peter (Hrsg.): Technik und Staat, Düsseldorf 1992 (= Technik und Kultur 9), S. 229–258.

Kühne, Thomas: Zwischen Männerbund und Volksgemeinschaft. Hitlers Soldaten und der Mythos der Kameradschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 38 (1998), S. 165–189.

Kundrus, Birthe/Steinbacher, Sybille, Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2013 (= Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 29), S. 9–29.

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 2009, 22. Ausgabe, Band I A–G, München 2009.

Lakowski, Richard: Der Zusammenbruch der deutschen Verteidigung zwischen Ostsee und Karpaten, in: Müller, Rolf-Dieter (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Bd. 10. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Erster Halbband: Die militärische Niederwerfung der Wehrmacht, München 2008, S. 491–679.

Langebach, Martin: 8. Mai 1945, in: ders./Michael Sturm (Hrsg.): Erinnerungsorte der extremen Rechten, Wiesbaden 2015, S. 213–243.

Langhorst, Wolfgang: Beamtentum und Artikel 131 des Grundgesetzes. Eine Untersuchung über Bedeutung und Auswirkung der Gesetzgebung zum Artikel 131 des Grundgesetzes unter Einbeziehung der Position der SPD zum Berufsbeamtentum, Frankfurt a. M. 1994 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 618).

Laurien, Ingrid: Die Verarbeitung von Nationalsozialismus und Krieg in politisch-kulturellen Zeitschriften der Westzonen 1945–1949, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 39 (1988), S. 220–237.

Laurien, Ingrid: Zeitschriftenlandschaft Nachkriegszeit. Zu Struktur und Funktion politisch-kultureller Zeitschriften 1945–1949, in: Publizistik 47 (2002), S. 57–82.

Leendertz, Ariane: Experten – Dynamiken zwischen Wissenschaft und Politik, in: Reinecke, Christiane/ Mergel, Thomas (Hrsg.): Das Soziale ordnen. Sozialwissenschaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2012 (= Eigene und fremde Welten 27), S. 337–369.

Leibfried, Stephan: Bismarcks Fall 1890 und die Erfindung des deutschen Staatsschiffs. „Der Lotse geht von Bord" als Schiffsurbild der deutschen Politik, in: Hegener, Nicole /Scholl, Lars U. (Hrsg.): Vom Anker zum Krähennest. Nautische Bildwelten von der Renaissance bis zum Zeitalter der Fotografie, Bremen 2011 (= Deutsche maritime Studien 17), S. 120–128.

Lentsch, Justus: Wissenschaftliche Politikberatung: Organisationsformen und Gestaltungselemente, in: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan/Zimmermann, Karin (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik, 2. überarb. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 317–334.

Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.

Ley, Michael/Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Der Nationalsozialismus als politische Religion, Bodenheim 1997 (= Studien zur Geistesgeschichte 20).

Löffler, Bernhard: „Im Mahlstrom der Zeit". Personalkontinuitäten und „Vergangenheitsbewältigung" im Bundeswirtschaftsministerium, in: Creuzberger, Stefan/Geppert, Dominik (Hrsg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018 (= Rhöndorfer Gespräche 28), S. 87–107.

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewusst!". Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006.

Louis Ernst Walter Granitza, in: Familienforschung in Westpreußen, URL: http://westpreussen.de/tngeinwohner/getperson.php?personID=I23952&tree=DB1 [zuletzt eingesehen am 4.9.2024].

Lübbe, Hermann: Deutschland nach dem Nationalsozialismus 1945–1990. Zum politischen und akademischen Kontext des Falles Schneider alias Schwerte, in: König, Helmut/Kuhlmann, Wolfgang/Schwabe, Klaus (Hrsg.): Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, München 1997, S. 182–206.

Lübbe, Hermann: Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historische Vergangenheiten, München 2007.

Luhmann, Niklas: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart[3] 1989.

Lundgreen, Peter: Standardization – Testing – Regulation. Studies in the history of the science-based regulatory state (Germany and the U.S.A., 19th and 20th centuries), Bielefeld 1986 (= Wissenschaftsforschung 29).

Lundgreen, Peter/Horn, Bernd/Krohn, Wolfgang/Küppers, Günter/Paslack, Rainer: Staatliche Forschung in Deutschland 1870–1980, Frankfurt a. M. 1986.

Luxbacher, Günther: Durchleuchten und Durchschallen. Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Zerstörungsfreie Prüfung von 1933 bis 2018, Leipzig 2018.

Maaß, Rainer: Kristen, Theodor Maximilian August, in: Jarck, Horst-Rüdiger/Scheel, Günter (Hrsg.): Braunschweigisches Biographisches Lexikon – 19. und 20. Jahrhundert, Hannover 1996, S. 349.

Mahlke, Bernhard: Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm) 1918–1935, in: Fricke, Dieter/Fritsch, Werner/Gottwald, Herbert/Schmidt, Siegfried/Weißbecker, Manfred (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Band 4, Köln 1986, S. 145–158.

Maier, Helmut/Reinhardt, Carsten: Wissenschaft für Autarkie und Krieg. Ressortforschung bis 1945 und danach, Bielefeld 2026.

Maier, Helmut: „Unideologische Normalwissenschaft" oder Rüstungsforschung? Wandlungen naturwissenschaftlich-technologischer Forschung und Entwicklung im „Dritten Reich", in: Bruch, Rüdiger vom/Kaderas, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 253–262.

Maier, Helmut: Chemiker im „Dritten Reich". Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat, Weinheim 2015.

Maier, Helmut: Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900–1945/48, 2 Bde., Göttingen 2007.

Maier, Helmut: Kurzgutachten zum Forschungsstand der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des dem BMWi nachgeordneten Bereichs (insb. BAM, BGR, PTB) unter Mitarbeit von Sören Flachowsky, Carsten Reinhardt und Malte Stöcken, in: BMWK, 16. Oktober 2017, URL: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/kurzgutachten-forschungsstand-aufarbeitung-ns-vergangenheit-bam.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [zuletzt eingesehen am 7.9.2024].

Marcusson, Julius, in: Archiv Bibliographia Judaica, URL: https://www.degruyter.com/database/ABJ/entry/abj.10375/html [zuletzt eingesehen am 9.9.2024].

Margalit, Gilad: Der Luftangriff auf Dresden. Seine Bedeutung für die Erinnerungspolitik der DDR und für die Herauskristallisierung einer historischen Kriegserinnerung im Westen, in: Düwell, Susanne/Schmidt, Matthias (Hrsg.): Narrative der Shoah. Repräsentationen der Vergangenheit in Historiographie, Kunst und Politik, Paderborn 2002 (= Studien zu Judentum und Christentum 534), S. 189–207.

Martens, Adolf: Ziele für die Zukunft, in: Das Königliche Materialprüfungsamt. Denkschrift zur Eröffnung des Neubaus in Dahlem, Berlin 1904.

Maurer, Michael: Autobiographie und Sozialisation, in: Depkat, Volker/Pyta, Wolfram (Hrsg.): Autobiographie zwischen Text und Quelle, Berlin 2017 (= Geschichts- und Literaturwissenschaft im Gespräch I), S. 169–186.

Mayntz, Renate: Die Bestimmung von Forschungsthemen in Max-Planck-Instituten im Spannungsfeld wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Interessen: ein Forschungsbericht (MPIfG Discussion Paper 8), Köln 2001.

Mechatronisches System Werkstoffprüfmaschine, in: DeGruyter, URL: https://www.degruyter.com/document/doi/10.3139/120.110073/html [zuletzt eingesehen am 13.8.2024].

Mehrtens, Herbert: „Missbrauch". Die rhetorische Konstruktion der Technik in Deutschland nach 1945, in: Kertz, Walter (Hrsg.): Technische Hochschulen und Studentenschaft in der Nachkriegszeit. Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina, 4. und 5. Juli 1994, Braunschweig 1995 (= Projektberichte zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina 10), S. 33–50.

Meinicke, Wolfgang: Die Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1948, in: Eckert, Rainer/Plato, Alexander von/Schütrumpf, Jörn (Hrsg.): Wendezeiten – Zeitenwende. Zur „Entnazifizierung" und „Entstalinisierung", Hamburg 1991, S. 33–52.

Meiser, Inga: Die Deutsche Forschungshochschule (1947–1953), Berlin 2013 (= Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft 23).

Mellen, Philip: Through a Glass Darkly: Glass as Symbol in Gerhart Hauptmann's View of Ideality, in: Colloquia Germanica 23 (1990), S. 272–287.

Mentel, Christian: Über die Notwendigkeit der Selbstreflexion. Eine Anmerkung zum Stand der Behördenforschung, in: Zeitgeschichte-online, 1. Januar 2017, URL: https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/ueber-die-notwendigkeit-der-selbstreflexion [zuletzt eingesehen am: 21.6.2024].

Mentel, Christian/Weise, Niels: Die NS-Vergangenheit deutscher Behörden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15 (2017), S. 16–21.

Mentel, Christian/Weise, Niels: Die zentralen deutschen Behörden und der Nationalsozialismus – Stand und Perspektiven der Forschung, München/Potsdam 2016.

Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 135).

Meyer, Beate: „Jüdische Mischlinge". Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933–1945, München[4] 2006 (= Studien zur jüdischen Geschichte 6).

Meyer, Dennis: Entnazifizierung, in: Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung" in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bielefeld 2015 (= Historie 53), S. 20–21.

Michel, Alexander: Von der Fabrikzeitung zum Führungsmittel. Werkzeitschriften industrieller Großunternehmen von 1890 bis 1945, Stuttgart 1997 (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte 96).

Mick, Christoph: Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945–1958, München 2000 (= Abhandlungen und Berichte, Neue Folge 14).

Milert, Werner: Die andere Demokratie: Betriebliche Interessenvertretung in Deutschland, 1848 bis 2008, Essen 2012 (=Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen 52).

Milert, Werner/Tschirbs, Rudolf: Von den Arbeiterausschüssen zum Betriebsverfassungsgesetz. Geschichte der betrieblichen Interessenvertretung in Deutschland, Köln 1991 (= Schriftenreihe des DGB-Bildungswerkes 6).

Miquel, Marc von: Aufklärung, Distanzierung, Apologie. Die Debatte über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in den sechziger Jahren, in: Frei, Norbert/Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust, Göttingen 2001 (= Dachauer Symposium zur Zeitgeschichte 1), S. 51–70.

Mitscherlich, Alexander/Mitscherlich, Margarete: Die Unfähigkeit zu trauern: Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1967.

Mitterauer, Michael: Millennien und andere Jubeljahre. Warum feiern wir Geschichte? Wien 1998 (= Wiener Vorlesungen im Rathaus 65).

Möhring, Maren: „Herrentiere" und „Untermenschen". Zu den Transformationen des Mensch-Tier-Verhältnisses im nationalsozialistischen Deutschland, in: Historische Anthropologie 19 (2011), S. 229–244.

Möller, Horst: Deutsche Geschichte – die letzten hundert Jahre. Von Krieg und Diktatur zu Frieden und Demokratie, München 2022.

Moller, Sabine: Das kollektive Gedächtnis, in: Gudehus, Christian/Eichenberg, Ariane/Welzer, Harald (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010, S. 85–92.

Müller, Philipp: Die neue Geschichte aus dem alten Archiv. Geschichtsforschung und Arkanpolitik in Mitteleuropa, ca. 1800–ca. 1850, in: Historische Zeitschrift 299 (2014), S. 36–69.

Müller, Philipp: Geschichte machen. Überlegungen zu lokal-spezifischen Praktiken in der Geschichtswissenschaft und ihrer epistemischen Bedeutung im 19. Jahrhundert. Ein Literaturbericht, in: Historische Anthropologie 12 (2004), S. 415–433.

Müller, Winfried: Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: ders. (Hrsg.): Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus, Münster 2004 (= Geschichte 3), S. 1–75.

Münkler, Herfried: Marx, Wagner, Nietzsche. Welt im Umbruch, Berlin[2] 2021.

Nagel, Günter: Wissenschaft für den Krieg. Die geheimen Arbeiten der Abteilung Forschung des Heereswaffenamtes, Stuttgart 2012 (= Pallas Athene 43).

Naumann, Klaus: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 9–26.

Neubauer, Jan: Eine solidarische „Volksgemeinschaft"? Kollegialität, Kameradschaft und „Betriebsgemeinschaft" im „Dritten Reich", in: Archiv für Sozialgeschichte 60 (2020), S. 95–121.

Neumann, Alexander: Schneller, höher, kräftiger. Physiologische Forschungsförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970, in: Orth, Karin/Oberkrome, Willi (Hrsg.): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010 (= Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 4), S. 241–261.

Neumann, Michael: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): Erzählte Identitäten: ein interdisziplinäres Symposium, München 2000, S. 7–19.

Niethammer, Lutz: Aktivität und Grenzen der Antifa-Ausschüsse 1945. Das Beispiel Stuttgart, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), S. 297–331.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Bonn 1982.

Niethammer, Lutz: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a. M. 1972.

Nolzen, Armin: Vom „Jugendgenossen" zum „Parteigenossen". Die Aufnahme von Angehörigen der Hitler-Jugend in die NSDAP, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 123–150.

Oehler-Klein, Sigrid/Roelcke, Volker (Hrsg.): Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2007 (= Pallas Athene 22).

Oppelland, Torsten: Historische Narrative als Identitätskern von Parteienfamilien?, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett? Opladen/Berlin/Toronto 2012 (= Parteien in Theorie und Empirie 2), S. 50–65.

Orth, Karin/Oberkrome, Willi (Hrsg.): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010 (= Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 4).

Otzen, Anne Sophie/Kuhlmann, Nele: Die Ambivalenz des Lobens. Skizzen zu einer Praktik, in: Ricken, Norbert/Rose, Nadine/Otzen, Anne Sophie/Kuhlmann, Nele (Hrsg.): Die Sprachlichkeit der Anerkennung. Subjektivierungstheoretische Perspektiven auf eine Form des Pädagogischen, Weinheim 2023, S. 239–252.

Paris, Rainer: Die Politik des Lobs, in: ders. (Hrsg.): Der Wille des Einen ist das Tun des Anderen. Aufsätze zur Machttheorie, Weilerswist 2015, S. 73–101.

Patel, Kiran Klaus: Arbeit als Dienst am Ganzen. Nationalsozialismus und New Deal im Vergleich, in: Leonhard, Jörn/Steinmetz, Willibald (Hrsg.): Semantiken von Arbeit: Diachrone und vergleichende Perspektiven, Köln/Weimar/Wien 2016 (= Industrielle Welt 91), S. 289–307.

Pauly, Walter: Die Entnazifizierung – Leitideen und Praxis, in: Diestelkamp, Bernhard (Hrsg.): Zwischen Kontinuität und Fremdbestimmung. Zum Einfluss der Besatzungsmächte auf die deutsche und japanische Rechtsordnung 1945 bis 1950, Tübingen 1996, S. 329–348.

Pethes, Nicolas: Topos, in: ders./Ruchatz, Jens (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek b. Hamburg 2001, S. 584 f.

Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987.

Philipps, Axel: Mission statements and self-descriptions of German extra-university research institutes: A qualitative content analysis, in: Science and Public Policy 40 (2013), S. 686–697.

Philipps, Axel: Wissenschaftliche Orientierungen. Empirische Rekonstruktion an einer Ressortforschungseinrichtung, Weinheim 2018.

Pilger, Kathrin: Entnazifizierung als Quelle zur Erforschung der Zwangsarbeit im Dritten Reich, in: Reininghaus, Wilfried/Reimann, Norbert (Hrsg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 146–149.

Plato, Alexander von: Helden des Fortschritts? Zum Selbstbild von Technikern und Ingenieuren im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, in: Füßl, Wilhelm/Ittner, Stefan (Hrsg.): Biographie und Technikgeschichte, Sonderheft von BIOS 11 (1998), S. 127–165.

Plato, Alexander von: Plädoyer für eine Erfahrungsgeschichte der Nachkriegszeit, in: Doering-Manteuffel, Anselm (Hrsg.): Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945–1967), Bonn 1993 (= Rhöndorfer Gespräche 13), S. 110–121.

Plato, Alexander von: Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss, in: BIOS 32 (2019), S. 259–283.

Polkinghorne, Donald E.: Narrative Psychologie und Geschichtsbewußtsein. Beziehungen und Perspektiven, in: Straub, Jürgen (Hrsg.): Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte, Frankfurt a. M. 1998 (= Erinnerung, Geschichte, Identität 1), S. 12–45.

Popitz, Heinrich: Allgemeine Soziologische Theorie [1966/67]. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Jochen Dreher und Andreas Göttlich, Konstanz 2011.

Popitz, Heinrich: Die normative Konstruktion von Gesellschaft, Tübingen 1980.

Popitz, Heinrich: Soziale Normen, in: ders., Soziale Normen. Hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt a. M. 2006, S. 61–75.

Popitz, Heinrich: Universale Konstrukte sozialer Normierung, in: ders., Soziale Normen. Hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt a. M. 2006, S. 94–116.

Popitz, Heinrich: Verhaltensorientierung und Verhaltensnormierung, in: ders., Soziale Normen. Hg. von Friedrich Pohlmann u. Wolfgang Eßbach, Frankfurt a. M. 2006, S. 76–93.

Popitz, Heinrich/Bahrdt, Hans P./Jüres, Ernst A./Kesting, Hanno: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, hrsg. von Jochen Dreher, Wiesbaden 2018 [zuerst 1957].

Prof. Dr. phil. Otto Dahl, in: Catalogus Professorum der TU Berlin, URL: https://cp.tu-berlin.de/person/658 [zuletzt eingesehen am 1.9.2024].

Prof. Dr.-Ing. Arthur Zinzen, in: Catalogus Professorum der TU Berlin, URL: https://cp.tu-berlin.de/person/880 [zuletzt eingesehen am 4.9.2024].

Prof. Georg Fiek, in: Catalogus Professorum der TU Berlin, URL: https://cp.tu-berlin.de/person/2005 [zuletzt eingesehen am 20.9.2023].

Raim, Edith: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945–1949, München 2013 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 96).

Raithel, Thomas/Weise, Niels: „Für die Zukunft des deutschen Volkes". Das bundesdeutsche Atom- und Forschungsministerium zwischen Vergangenheit und Neubeginn 1955–1972, Göttingen 2022.

Rammer, Gerhard: „Sauberkeit im Kreise der Kollegen". Die Vergangenheitspolitik der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, in: Hoffmann, Dieter/Walker, Mark (Hrsg.): Physiker zwischen Autonomie und Anpassung, Weinheim 2007, S. 359–420.

Rammer, Gerhard: Die Nazifizierung und Entnazifizierung der Physik an der Universität Göttingen, Göttingen 2004.

Rammer, Gerhard: Göttinger Physiker nach 1945. Über die Wirkung kollegialer Netze, in: Göttinger Jahrbuch 51 (2003), S. 83–104.

Rauh-Kühne, Cornelia: Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35 (1995), S. 35–70.

Raulff, Ulrich: Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben, München 2010.

Rehberg, Karl-Siegbert: Zur Konstruktion kollektiver ‚Lebensläufe'. Eigengeschichte als institutioneller Mechanismus, in: Melville, Gert/ders. (Hrsg.): Gründungsmythen – Genealogien – Memorialzeichen. Beiträge zur institutionellen Konstruktion von Kontinuität. Im Auftrag des Sonderforschungsbereichs 537, Köln 2004, S. 3–18.

Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt a. M. 1995.

Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.

Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter: Die „zweite Geschichte" der Hitler-Diktatur. Zur Einführung, in: dies. (Hrsg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 7–21.

Reinecke, Christiane: Wissensgesellschaft und Informationsgesellschaft, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. Februar 2010, URL: https://docupedia.de/zg/Wissensgesellschaft [zuletzt eingesehen am 8.7.2024].

Reinhardt, Carsten: Historische Wissenschaftsforschung, heute. Überlegungen zu einer Geschichte der Wissensgesellschaft, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 33 (2010), S. 81–99.

Reinhardt, Carsten: Regulierungswissen und Regierungskonzepte, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 33 (2010), S. 351–364.

Reinhardt, Carsten/Carrier, Marcus B.: Wissenschaftspolitik aus wissenschaftshistorischer Perspektive, in: Simon, Dagmar/Knie, Andreas u.a. (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik, 2. überarb. Aufl. Wiesbaden 2016, S. 207–222.

Reinicke, David/Stern, Kathrin/Zamzow, Gunnar: Auf der Suche nach dem ›besonderen Band‹ – Perspektiven für eine historische Gemeinschaftsforschung, in: Reinicke, David/Stern, Kathrin/Thieler, Kerstin/Zamzow, Gunnar (Hrsg.): Gemeinschaft als Erfahrung. Kulturelle Inszenierungen und soziale Praxis 1930–1960, Paderborn 2014 (= Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ 5), S. 201–221.

Richter, Hans-Ulrich: Chronik der Zerstörungsfreien Materialprüfung, Berlin 1999.

Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, Göttingen 2013 (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 13).

Rojek, Sebastian: Entnazifizierung und Erzählung. Geschichten der Abkehr vom Nationalsozialismus und vom Ankommen in der Demokratie, Stuttgart 2023.

Rojek, Sebastian: Versunkene Hoffnungen. Die Deutsche Marine im Umgang mit Erwartungen und Enttäuschungen 1871–1930, Berlin/Boston 2017 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 116).

Rosa, Hartmut: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung, Berlin 2016.

Rühle, Günther: Theater in Deutschland 1945–1966. Seine Ereignisse – seine Menschen, Frankfurt a. M. 2014.

Rupieper, Hermann-J.: Amerikanische Besatzungspolitik, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 33–47.

Rupieper, Hermann-J.: Peacemaking with Germany. Grundlinien amerikanischer Demokratisierungspolitik 1945–1954, in: Bauerkämper, Arnd/Jarausch, Konrad H./Payk, Marcus M. (Hrsg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970, Göttingen 2005, S. 41–56.

Rusinek, Bernd-A.: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg² 2003 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37), S. 114–147.

Ruske, Walter: 100 Jahre Materialprüfung in Berlin. Ein Beitrag zur Technikgeschichte. Mit 250 Abbildungen und 10 Tabellen, Berlin 1971.

Ruske, Walter: Außeruniversitäre technisch-naturwissenschaftliche Forschungsanstalten in Berlin bis 1945, in: Rürup, Reinhard (Hrsg.): Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin 1879–1979, Erster Band, Berlin 1979, S. 231–263.

Ruske, Walter: Versuche zur Darstellung von Aminosäure-tert.-butylestern und über die Darstellung einer Verbindung mit aktivem Fluoratom zur kolorimetrischen und papierchromatographischen Bestimmung von Aminosäuren, Diss. Univ. Berlin 1955.

Ruske, Walter/Becker, Gerhard W./Czichos, Horst: BAM - Die Chronik, 1871–1996. 125 Jahre Forschung und Entwicklung, Prüfung, Analyse, Zulassung, Beratung und Information in Chemie- und Materialtechnik, Bremerhaven 1996.

Sabrow, Martin: Zeitenwenden in der Zeitgeschichte, Göttingen 2023.

Sachse, Carola: "Whitewash Culture": How the Kaiser Wilhelm/Max Planck Society Dealt with the Nazi Past, in: Heim, Susanne/Sachse, Carola/Walker, Mark (Hrsg.): The Kaiser Wilhelm Society under National Socialism, Cambridge 2009, S. 373–399.

Sachse, Carola: „Persilscheinkultur". Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 20), S. 217–246.

Sachse, Carola: Bedingte Umbrüche. Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der westdeutschen Nachkriegszeit, in: Orth, Karin/Oberkrome, Willi (Hrsg.): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Forschungsförderung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, Stuttgart 2010 (= Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 4), S. 471–481.

Sachse, Carola: Gereinigte Wissenschaft. Die Rockefeller Foundation und die Max-Planck-Gesellschaft im Kalten Krieg, in: Hofmann, Birgit/Wezel, Katja/Hammerstein, Katrin/Fritz, Regina/Trappe, Julie (Hrsg.): Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven, Heidelberg 2010, S. 36–52.

Sachse, Carola: Grundlagenforschung: Zur Historisierung eines wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzips am Beispiel der Max-Planck-Gesellschaft (1945–1970), in: Hoffmann, Dieter/Kolboske, Birgit/Renn, Jürgen (Hrsg.): „Dem Anwenden muss das Erkennen vorausgehen". Auf dem Weg zu einer Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Edition Open Access 2015 (= Proceedings 6), S. 243–268.

Sang, Hans-Peter: Technik und Staat in der Wilhelminischen Zeit und der Weimarer Republik, in: Hermann, Armin/Ders. (Hrsg.): Technik und Staat, Düsseldorf 1992 (= Technik und Kultur 9), S. 97–119.

Schellhorn, Yvonne Elisabeth: Qualität nach Plan? Die Material- und Warenprüfung der DDR (1945–1964), Bielefeld 2026.

Schick, Christa: Die Internierungslager, in: Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München3 1990 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), S. 301–325.

Schieder, Wolfgang: Die Umbrüche von 1918, 1933, 1945 und 1989 als Wendepunkte deutscher Geschichte, in: Papenfuß, Dietrich/ders. (Hrsg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert, Köln 2000, S. 3–18.

Schildt, Axel: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Loth, Wilfried/Rusinek, Bernd-A. (Hrsg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1998, S. 19–54.

Schildt, Axel: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik. Herausgegeben und mit einem Nachwort von Gabriele Kandzora und Detlef Siegfried, Göttingen 2020.

Schleiermacher, Sabine: Die universitäre Medizin nach dem Zweiten Weltkrieg. Institutionelle und persönliche Strategien im Umgang mit der Vergangenheit, in: Oehler-Klein, Sigrid/Roelcke, Volker (Hrsg.): Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2007 (= Pallas Athene 22), S. 21–42.

Schlemmer, Thomas: Ein gelungener Fehlschlag? Die Geschichte der Entnazifizierung nach 1945, in: Löhnig, Martin (Hrsg.): Zwischenzeit. Rechtsgeschichte der Besatzungsjahre, Regenstauf 2011 (= Rechtskultur Wissenschaft 2), S. 9–33.

Schmidt-Lauber, Brigitta: Die (sich) feiernde Universität. Bedeutungsstiftungen durch Jubiläen; in Eybl, Franz M./Müller, Stephan/Pelz, Annegret (Hrsg.): Jubiläum. Literatur- und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Göttingen 2018 (= Schriften der Wiener Germanistik 6), S. 99–114.

Schmidt, Isabel: Entnazifizierung und Vergangenheitspolitik an der TH Darmstadt in der Nachkriegszeit, in: Barricelli, Michele/Jung, Michael, Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hrsg.): Ideologie und Eigensinn. Die Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus, Göttingen 2017 (= Schriften zur Didaktik der Demokratie 1), S. 278–293.

Schmidt, Mathias/Winzen, Tina/Groß, Dominik: Die Erinnerungskultur in der Deutschen Röntgengesellschaft nach 1945 im Spiegel ihrer Veröffentlichungen, in: Krischel, Matthis/Schmidt, Mathias/Groß, Dominik (Hrsg.): Medizinische Fachgesellschaften im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Berlin 2016 (= Medizin und Nationalsozialismus 4), S. 271–287.

Schmiechen-Ackermann, Detlef: Der „Blockwart". Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 575–602.

Schmitz-Berning, Cornelia: Blut und Boden, in: dies.: Vokabular des Nationalsozialismus, 2., durchgesehene und überarbeitete Auflage, Berlin 2007, S. 110–112.

Scholz, Rüdiger: Heine in der deutschen Presse der Nachkriegszeit 1945–1947, in: Colloquia Germanica 41 (2008), S. 59–94.

Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge. 6., aktual. u. erw. Aufl., Bonn 2016.

Schüring, Michael: Minervas verstoßene Kinder. Vertriebene Wissenschaftler und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen 2006 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 13).

Schützeichel, Rainer: Laien, Experten, Professionen, in: ders. (Hrsg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung, Konstanz 2007, S. 546–578.

Siegfried, Detlef: Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958–1969, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg^2 2003 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 37), S. 77–113.

Sina, Kai: Die vergangene Zukunft der Literatur. Zeitstrukturen und Nachlassbewusstsein in der Moderne, in: ders./Spoerhase, Carlos (Hrsg.): Nachlassbewusstsein. Literatur, Archiv, Philologie 1750–2000, Göttingen 2017 (= Marbacher Schriften 13), S. 49–74.

Sina, Kai/Spoerhase, Carlos: ›Gemachtwordenheit‹: Über diesen Band, in: dies. (Hrsg.): Nachlassbewusstsein. Literatur, Archiv, Philologie 1750–2000, Göttingen 2017 (= Marbacher Schriften 13), S. 7–17.

Sina, Kai/Spoerhase, Carlos: Nachlassbewusstsein. Zur literaturwissenschaftlichen Erforschung seiner Entstehung und Entwicklung, in: Zeitschrift für Germanistik N. F. XXIII (2013), S. 607–623.

Sloterdijk, Peter: Literatur und Organisation von Lebenserfahrung. Autobiographien der Zwanziger Jahre, München/Wien 1978.

Sofsky, Wolfgang: Die Ordnung sozialer Situationen. Theoretische Studien über die Methoden und Strukturen sozialer Erfahrung und Interaktion, Göttingen 1982.

Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 42–62.

Spittler, Gerd: Norm und Sanktion. Untersuchungen zum Sanktionsmechanismus, Olten/Freiburg im Breisgau 1967.

Sprengel, Peter: Der Dichter stand auf hoher Küste. Gerhart Hauptmann im Dritten Reich, Berlin 2009.

Sprengel, Peter: Gerhart Hauptmann, Bürgerlichkeit und großer Traum. Eine Biographie, München 2012.

Steber, Martina: „Eine gewisse Disziplin". Eine kurze Geschichte der politischen Sprache in der Bundesrepublik, in: Die politische Meinung 64 (Juli/August 2019), S. 23–29.

Stehr, Nico: Wissensgesellschaften, in: Jaeger, Friedrich/Rüsen, Jörg (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften Bd. 3: Themen und Tendenzen, Stuttgart/Weimar 2004, S. 34–49.

Stein, Stephan: Nachrufe in der Presse. Textsortenprofil und Textsortenvariation, in: Grösslinger, Christian/Stöckl, Hartmut/Held, Gudrun (Hrsg.): Pressetextsorten jenseits der „News": Medienlinguistische Perspektiven auf journalistische Kreativität, Frankfurt a. M. 2012, S. 125–138.

Stein, Stephan: Verbergen und Verschlüssen in Todesanzeige und Nachruf. Über den Umgang mit Tod und Trauer in öffentlicher Kommunikation, in: Pappert, Steffen/Schröter, Melanie/Fix, Ulla (Hrsg.): Verschlüsseln, Verbergen, Verdecken in öffentlicher und institutioneller Kommunikation, Berlin 2008 (= Philologische Studien und Quellen 211), S. 223–253.

Steinecke, Hartmut: „Schluß mit Heinrich Heine!". Der Dichter und sein Werk im nationalsozialistischen Deutschland, in: Heine-Jahrbuch 47 (2008), S. 173–205.

Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, W.E.: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Hamburg 1957.

Steuwer, Janosch: „Zweiundvierzig". Nazis-Zählen als unsinniges Ritual, in: Geschichte der Gegenwart, 14. Februar 2021, URL: https://geschichtedergegenwart.ch/zweiundvierzig-nazis-zaehlen-als-unsinniges-ritual-der-vergangenheitsbewaeltigung [zuletzt eingesehen am 2.7.2024].

Steuwer, Janosch/Leßau, Hanne: „Wer ist ein Nazi? Woran erkennt man ihn?“. Zur Unterscheidung von Nationalsozialisten und anderen Deutschen, in: Mittelweg 36 (2014), S. 30–51.

Stöcken, Malte: A „war-related special enterprise of first order”: The State Materials Testing Office Berlin-Dahlem in the “Third Reich”, in: Große-Wilde, Simon/Kölmel, Elisabeth/Yurdakul, Vivian (Hrsg.): Governmental Research in the 20th Century. Recent Results of Research, Bielefeld 2026.

Stöcken, Malte: Forschen und Prüfen für den „autarken Wehrstaat“. Das Staatliche Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem (1904–1945), Bielefeld 2026.

Stöcken, Malte: Dokumentation der Chemie in Krieg und Frieden. Maximilian Pflücke, Erich Pietsch und die Deutsche Chemische Gesellschaft von den 1920er bis in die 1970er Jahre, Essen 2016 (= Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte 4).

Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Vierter Band: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in West und Ost 1945–1990, München 2012.

Straub, Jürgen: Geschichte erzählen, Geschichte bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung, in: ders. (Hrsg.): Erzählung, Identität und historisches Bewußtsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte, Frankfurt a. M. 1998 (= Erinnerung, Geschichte, Identität 1), S. 81–169.

Stross, W.: A Rapid Method for the Gravimetric Determination of Silicon with particular reference to Aluminium Alloys, as practised in Materialpruefungsanstalt in Berlin (= BIOS Final Report, 1580), July 1946.

Sudrow, Anne: Der Schuh im Nationalsozialismus: eine Produktgeschichte in Deutschland im Vergleich mit Großbritannien und den USA (1925–1950), München 2009.

Sudrow, Anne: Vom Leder zum Kunststoff. Werkstoff-Forschung auf der »Schuhprüfstrecke« im Konzentrationslager Sachsenhausen 1940–1945, in: Maier, Helmut (Hrsg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 3), S. 214–249.

Szöllösi-Janze, Margit: Lebens-Geschichte – Wissenschafts-Geschichte. Vom Nutzen der Biographie für Geschichtswissenschaft und Wissenschaftsgeschichte, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 17–35.

Szöllösi-Janze, Margit: Resilienz. Zur Geschichte eines allgegenwärtigen Begriffs – Thesen zu den Herausforderungen einer modernen Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 72 (2024), S. 559–589.

Szöllösi-Janze, Margit: Science and Social Space: Transformations in the Institutions of Wissenschaft from the Wilhelmine Empire to the Weimar Republic, in: Minerva 43 (2005), S. 339–360.

Szöllösi-Janze, Margit: Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte?, in: Hockerts, Hans Günter (Hrsg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004 (= Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 55), S. 277–305.

Szöllösi-Janze, Margit: Wissensgesellschaft in Deutschland. Überlegungen zur Neubestimmung der deutschen Zeitgeschichte über Verwissenschaftlichungsprozesse, in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 277–313.

Szöllösi-Janze, Margit/Trischler, Helmuth: Einleitung: Entwicklungslinien der Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: dies. (Hrsg.): Großforschung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1990 (= Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen 1), S. 13–20.

Technische Hochschule Berlin (Hrsg.): Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1944/45 und für das Sommersemester 1945, Berlin (Oktober) 1944.

Terhoeven, Petra: Die Rote Armee Fraktion. Eine Geschichte terroristischer Gewalt, München 2017.

Terhoeven, Petra/Schumann, Dirk (Hrsg.): Strategien der Selbstbehauptung. Vergangenheitspolitische Kommunikation an der Universität Göttingen (1945–1965), Göttingen 2021 (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 36).

Thalheim, Karl C.: Eugen Varga über ein Jahrzehnt Sowjetwirtschaft, in: Osteuropa 25 (1975), S. 695–703.

Theden, Gerda: Untersuchungen über die Feuchtigkeitsansprüche der wichtigsten in Gebäuden auftretenden holzzerstörenden Pilze, Diss. Univ. Berlin 1940, in: Angewandte Botanik 23 (1941), S. 189–253.

Theodor Maximilian August Kristen, in: Braunschweiger Professor*innenkatalog, URL: https://profkat.tu-braunschweig.de/resolve/id/cpb_person_00000280 [zuletzt eingesehen am 29.8.2024].

Thiel, Jens: Bruch mit der Vergangenheit? Das Deutsche Amt für Maß und Gewicht und das Erbe der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in der SBZ und der frühen DDR (unveröffentlichtes Manuskript, in Vorbereitung).

Thiessen, G.J.: The Non-destructive Testing of Materials and X-Ray Protection Methods, Reichs-Rontgenstelle, Unter den Eichen 87, Berlin/Dahlem (= BIOS Final Report, 203, Item No. 9), [1946].

Thiessen, Hillard von: Das Zeitalter der Ambiguität. Vom Umgang mit Werten und Normen in der Frühen Neuzeit, Köln/Weimar/Wien 2021.

Tjarks, Anjes: Familienbilder gleich Weltbilder. Wie familiäre Metaphern unser politisches Denken und Handeln bestimmen, Wiesbaden 2011.

Tollebeek, Jo: „Turn'd to Dust and Tears": Revisiting the Archive, in: History and Theory 43 (2004), S. 237–248.

Träger der Otto von Guericke-Medaille, in: Aif Forschungsnetzwerk Mittelstand, URL: https://www.aif.de/ueber-uns/auszeichnungen/traeger-der-otto-von-guericke-medaille.html [zuletzt eingesehen am: 18.9.2024].

Ueberschär, Gerd R./Müller, Rolf-Dieter: 1945. Das Ende des Krieges, Darmstadt 2005.

Ullrich, Christina: „Ich fühl' mich nicht als Mörder". Die Integration von NS-Tätern in die Nachkriegsgesellschaft, Darmstadt 2011 (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart 18).

Ullrich, Volker: Adolf Hitler. Die Jahre des Untergangs 1939–1945, Frankfurt a. M. 2018.

Vogel, Jakob: Von der Wissenschafts- zur Wissensgeschichte. Für eine Historisierung der „Wissensgesellschaft", in: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), S. 639–660.

Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung: Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991.

Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung unter alliierter Herrschaft, in: Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 369–392.

Vorländer, Hans/Melville, Gert: Geltungsgeschichten und Institutionengeltung: einleitende Aspekte, in: Melville, Gert/Vorländer, Hans (Hrsg.): Geltungsgeschichten: über die Stabilisierung und Legitimierung institutioneller Ordnungen, Köln 2002, S. IX–XV.

Walker, Mark: Introduction: Science and Ideology, in: ders. (Hrsg.): Science and Ideology. A comparative history, New York 2003 (= Routledge Studies in the History of Science, Technology and Medicine), S. 1–16.

Walker, Mark: The Nazification and Denazification of Physics, in: Judt, Matthias/Ciesla, Burghard (Hrsg.), Technology Transfer Out of Germany After 1945, Amsterdam 1996 (= Studies in the History of Science, Technology & Medicine 2), S. 49–59.

Weber, Petra: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90, Berlin 2020.

Weber, Wolfhard: Die Ausdifferenzierung der Technikwissenschaften im 20. Jahrhundert, in: Reulecke, Jürgen/Roelcke, Volker (Hrsg.): Wissenschaften im 20. Jahrhundert. Universitäten in der modernen Wissensgesellschaft, Stuttgart 2008, S. 91–106.

Wegehaupt, Phillip: Funktionäre und Funktionseliten der NSDAP. Vom Blockleiter zum Gauleiter, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 39–59.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.

Weingart, Peter: Wissenschaftssoziologie, in: Simon, Dagmar/Knie, Andreas/Hornbostel, Stefan/Zimmermann, Karin (Hrsg.): Handbuch Wissenschaftspolitik, 2. überarb. Aufl., Wiesbaden 2016, S. 141–155.

Weingart, Peter/Lentsch, Justus: Wissen – Beraten – Entscheiden: Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, Weilerswist 2008.

Weinke, Annette: „Alles noch schlimmer als ohnehin gedacht"? Neue Wege für die Behördenforschung, in: Zeitgeschichte-online, 19. August 2020, URL: https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/alles-noch-schlimmer-als-ohnehin-gedacht [zuletzt eingesehen am 21.6.2024].

Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002.

Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002 (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 20).

Weisbrod, Bernd: Akademische Schuld und biographische Illusion. Zum universitären Neuanfang nach 1945, in: Terhoeven, Petra/Schumann, Dirk (Hrsg.): Strategien der Selbstbehauptung. Vergangenheitspolitische Kommunikation an der Universität Göttingen (1945–1965), Göttingen 2021 (= Veröffentlichungen des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen 36), S. 38–54.

Weise, Niels: „Mehr als Nazizählerei". Die Konjunktur der behördlichen Aufarbeitungsforschung seit 2005, in: Brechtken, Magnus (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 386–404.

Weiss, Burghard: Rüstungsforschung am Forschungsinstitut der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft bis 1945, in: Maier, Helmut (Hrsg.): Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 3), S. 109–141.

Welz, Giesela: Tradition, in: Pethes, Nicolas/Ruchatz, Jens (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon, Reinbek b. Hamburg 2001, S. 587–590.

Welz, Wolfgang: Ressortverantwortung im Leistungsstaat. Zur Organisation, Koordination und Kontrolle der selbständigen Bundesoberbehörden unter besonderer Berücksichtigung des Bundesamtes für Wirtschaft, Baden-Baden 1988 (= Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft 81).

Welzer, Harald, Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001, S. 9–21.

Welzer, Harald: Das gemeinsame Verfertigen von Vergangenheit im Gespräch, in: ders. (Hrsg.): Das soziale Gedächtnis. Geschichte, Erinnerung, Tradierung, Hamburg 2001, S. 160–178.

Welzer, Harald: Erinnerung und Gedächtnis. Desiderate und Perspektiven, in: Gudehus, Christian/Eichenberg, Ariane/ders. (Hrsg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010, S. 1–10.

Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline: „Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M.[3] 2002.

Wengeler, Martin: Topoi, argumentative Muster und Präsuppositionen, in: Burkhardt, Armin (Hrsg.): Handbuch Politische Rhetorik, Berlin/Boston 2019 (= Handbücher Rhetorik 10), S. 649–669.

Wengst, Udo: Beamtentum zwischen Reform und Tradition. Beamtengesetzgebung in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland 1948–1953, Düsseldorf 1988 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 84).

Wenzel, Mario: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 19–38.

Werberg, Dennis: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten. Eine Veteranenorganisation als politischer Akteur und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus, Berlin/Boston 2023 (= Zeitalter der Weltkriege 25).

Wetzel, Dietmar J.: Maurice Halbwachs, Köln² 2023 (= Klassiker der Wissenssoziologie 15).

Wetzel, Juliane: Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a. M. 2009, S. 74–90.

Wetzel, Jürgen: Office of Military Government for Berlin Sector, in: Weisz, Christoph (Hrsg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München 1994 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 35), S. 671–738.

Weyer, Johannes: Zum Stand der Netzwerkforschung in den Sozialwissenschaften, in: ders. (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2011, S. 39–69.

Wildt, Michael: „Denkt man immer zu an den nächsten Einschlag, so wird man verrückt." Victor Klemperer und die Verfolgung der deutschen Juden 1933 bis 1945, in: ders., Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin 2019, S. 135–163.

Wildt, Michael: Der Begriff der Arbeit bei Hitler, in: Buggeln, Marc/ders. (Hrsg.): Arbeit im Nationalsozialismus, Berlin/München/Boston 2014, S. 3–24.

Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914–1945, München 2011.

Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Rahmenbedingungen der Forschung in Ressortforschungseinrichtungen: am Beispiel der Forschungsanstalten in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Berlin 2004.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit FuE-Aufgaben, Köln 2007.

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Ressortforschungseinrichtungen des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Berlin 2017.

Wöhler, August, in: Killy, Walther †/Vierhaus, Rudolf (Hrsg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Band 10: Thibaut – Zyacha, München 1999, S. 555.

Wolfrum, Edgar: Die Suche nach dem „Ende der Nachkriegszeit". Krieg und NS-Diktatur in öffentlichen Geschichtsbildern der ‚alten' Bundesrepublik Deutschland, in: Cornelißen, Christoph/Klinkhammer, Lutz/Schwentker, Wolfgang (Hrsg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt a. M. 2003, S. 183–197.

Wolfrum, Edgar: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik als Forschungsfelder. Konzepte – Methoden – Themen, in: Scheunemann, Jan (Hrsg.): Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland, Leipzig 2010, S. 13–32.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen und Kontroversen, in: Bock, Petra/ders. (Hrsg.): Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 55–81.

Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesdeutschen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

Wolgast, Eike: Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46), Heidelberg 2001 (= Schriften der Philosophisch-historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 22).

Wulf-Mathies, Monika: Typologische Untersuchungen zum deutschen Gelehrten-Nekrolog des 19. und 20. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Historiker-Nachrufs, Hamburg 1969.

Yurdakul, Vivian: Eichen, Forschen, Führen. Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (1914–1945), Bielefeld 2026.

Yurdakul, Vivian: Verdrängung einer „schnell ablaufenden Episode". Der Umgang der Technischen Universität Berlin mit ihrer NS-Vergangenheit im Spiegel ihrer Jubiläen, in: Guhl, Anton F./Hürlimann, Gisela (Hrsg.): Inszenierte Geschichte – Staging History. Medialität und Politik europäischer Hochschuljubiläen von 1850 bis heute – Anniversaries in European Institutions of Higher Learning from 1850 to the Present, Berlin/Boston 2022 (= Medien der Geschichte 5), S. 169–188.

Ziem, Alexander: Begriffe, Topoi, Wissensrahmen. Perspektiven einer semantischen Analyse gesellschaftlichen Wissens, in: Wengeler, Martin (Hrsg.): Sprachgeschichte als Zeitgeschichte, Hildesheim/Zürich/New York 2005, S. 315–348.

Zilt, Andreas: Edouard Houdremont (1896–1958), in: Weber, Wolfhard (Hrsg.): Ingenieure im Ruhrgebiet, Münster 1999 (= Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 17), S. 474–503.

8 Personenregister

Kursive Ziffern verweisen auf Nennungen der betreffenden Person in den Fußnoten. // Aufgrund der Häufigkeit der Nennungen wurde auf die Aufnahme der Namen *Wilhelm Blumenthal*, *Max Pfender* und *Erich Siebel* in das Register verzichtet.

Abend, Wilhelm 520

Achterberg, Hermann 528

Adam, Dora 96, 97, 98, 185, 386, 387, 524

Ahrens, Hans *281*

Albrecht, Ernst 189, 191

Alex, Kurt 528

Altfeld, Gerda 392

Amedick, Egon 91, *92*

Anders, Walter 408, 522

Angelberger, Karl 520

Anker, Walter 520

Arnold, Gerhard 492

Autenrieth, Irene 528

Bayer, Fritz 303

Bebenroth, Gisela 522

Becker, Friedrich 527

Becker, Gerhard Wilhelm 369, 397, 398, 402, 403, 439, 450, 499

Becker, Günther 259, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 314, 315, 532, 533

Becker, Karl 366

Beitz, Wolfgang 467

Berg, Friedrich vom 144, 145, 526

Berthold, Rudolf 53, 54, 410, 411, 449, 450, 473, *479*, 534

Bertuch, Justinus 184, 524

Beuche, Karl 168, 173, 175, 520

Beyer, Karl 493

Bierett, Georg *211*, 496

Blumenthal, Herbert 52, 308, 523

Blumenthal, Richard 392

Bock, Bruno 528

Böhm, Walter 528

Bollé, Erwin 363, 364

Boritzka, Otto 524

Boxhammer, Karl 528

Brenner, Otto 530

Brunner, Paul 526

Burchardt, Hans 524

Burgstaller, Friedrich 529

Bussmann / Bußmann, Karl Heinz 43, 89, 90, 91, 92, 169, 173, 175, 259, 266, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 522, 532, 533

Camphausen, Henriette 183, 184, 320, 529

Cartellieri, Wolfgang *439*

Charisius, Kurt 185, 524, 533
Czichos, Horst *452*, 499
Dahl, Otto 110, 111, 434
Dannenberg, Johannes 364, 494
Däumler, Albert 520
Deiß, Eugen 496
Demuth, Emma 148, 526
Deutsch, Walter 179, 259, 422, 423, 494, 527, 532
Diergarten, Hans 440
Dittmar, Paul 364, 401, 402, 426, 488, 489, 490, 533
Emschermann, Hans Heinrich 309, 533
Erbe, Otto *114*, 171, 174, 527
Erhard, Ludwig 433, 434
Ermlich, Walter 186, 187, 320, 496, 529
Eswein, Sigrid 529
Faulhaber, Max 533
Feucht, Walter 312
Fiek, Georg 49, 69, 81, 83, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 259, 305, 522, 532
Findeisen, Dietmar 445
Flieger, Anton 524
Franz, Helga 524
Freude, Hermann 169, 526
Fricke, Karl 526
Fry, Adolf *360*, 366, 367, 368, 479
Gabata, Otto 529
Gasda, Georg 273, 275, 314, 318, 319
Gehlhaar, Richard 392
Geßner, Fritz 529
Gliwitzky, Wilhelm 526
Göring, Hermann 66
Gotta, Hans 361
Gottberg, Rudolf Klemens von 136
Gottfeld, Fritz Herrmann 479, 534
Grabert, Franz 521
Grabow, Hedwig 519
Granitza, Elfriede 282, 392
Grün, Josef 525
Grüneberg, Reinhold 520
Hagendorf, Ursula 521
Hahn, Günter 189, 193, 529
Hahn, Otto *44*
Haid, August 133, 134, 135, 136, 138, 139, 141, 142, 364, 526
Hämmerling, Lotte 185
Hanitzsch, Alfred 283
Hansemann, Fritz David von *109*
Hansen, Joachim 526
Harazim, Heinz 526
Harder, Charlotte 409
Hauschild, Richard 529
Heckendorf, Otto 529

Hein, Erich 148, 149, 389, 390, 391, 526

Heindorf, Bruno 529

Hennecke, Manfred 500

Hennenhöfer, Joachim 490, 491

Herrmann, Hella 280

Herrmann, Martin 192, 193

Herzberg, Friedrich Wilhelm 449

Herzog, Oliver Reginald 87

Heyne, Walter 529

Hitler, Adolf 94, 106, 189, 190, 362

Hochschild, Helmuth 392

Hoffmann, Otto 321, 529

Hummel, Alfred 71, 72, 73, 97, 193, 496, 523

Husse, Werner *361*

Ide, Karl Heinz *152*

Jesse, Georg 529

Jolitz, Bruno 529

Jonas, Paul *66*, 94, 95, 96, 158, 257, 271, 296, 297, 298, *322*, 522

Jung, Erich 169, 173, 174, 175, 259, 322, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 524, 532, 533

Kast, Hermann 133, 139, 141

Kemper, Hugo 144, 145, 146, *322*, 532

Kensowski, Herbert 190, 191, 520

Kersebohm, Helmut 529

Kerstan, Emil 524

Kersten, Ernst 148, 149, 519

Kindscher, Erich 43, 49, 67, 68, 69, 70, 71, 180, 284, 286, 306, 320, 347, 348, 349, 518, 524

Kirschfeld, Leonhard 360, 361, 362, 363, 364, 366, 367, 368, 369, 370, 389, 390, 391

Kleber, Albrecht 191, 192

Kluckow, Paul 50, 77, 266, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 310, 530

Koenen, Heinrich 139, 140, 141, 142, *151*, *152*, 170, 171, 441, 527, 532, 533

Kohlase, Alfred 520

Konschak, Martin 143, 144, 170, 526, 532, 533

Korn, Rudolph 77, 302, 525

Kosinowski, Lieselotte *80*

Köster, Werner 112, 124

Krause, Fritz 392

Kretzschmar, Oswald 527

Kristen, Theodor 72, 494, 495

Krüger, Lothar 496

Kühn, Heinz 527

Kulesinska, Veronika 283, 284

Kunze, Martha 519

Kurtz, Rudolf 526

Kutschke, Anna 180

Kutzner, Willi 170, 529

Lange, Eva 530

Langner, Richard 188, 311, 312, 521
Lederer, Philipp 530
Leeb, Emil 116, 476
Lehmann, Anna 319
Lehmann, Bernhard 401, 519
Lehmann, Wilhelm 520, 524
Lehr, Ernst 89, 90, 91, 415, 416, 417, 418, 419, 420
Leitner, Alois 335, 336, 337, 339, 341, 342, 343, 345, 346, 349, 351, 352, 469, 533
Lenze, Friedrich (Fritz) 129, 390
Lesch, Franz 159, 191, 254, 255, 273, 276, 524
Liebisch, Günther 530
Liebreich, Erik 525
Lindemann, Rudolf *114*, 527
Linthe, Ernst 530
Löhberg, Karl
Loof, Hermann 525
Lorke, Erich 520
Lübner, Siegfried 66, 159, 521
Ludwig, Nikolaus 462, *463*, 464
Majskij, Iwan Michailowitsch *37*
Marcusson, Julius 377, 479
Martens, Adolf *68*, 340, 358, 405, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 432, 443, 446, 449, 450, 456, 464, 513
Matthias, Adolf 105
Mattuck, Emil 298
Mehmecke, Louis 520
Melchior, Paul 202, 411, 412, 413, 414, 422, 423, 478
Memmler, Karl 68, 81
Mendrzyk, Hildegard 86, 87, 88, 303, 314, 401, 525, 533
Merkmann, Kurt *62*, *236*, 239, 240, 241, 246, 293, 308, 519
Miegel, Erich 383
Mielke, Thekla 530
Morosow 39
Mota, Paul 292, 522
Motzkus, Erwin 525, 533
Müller, Herbert 533
Müller, Walter 530
Nagel, Gustav 188, 190, 191, 192, 193, 524
Nernst, Walther
Neumann, Erich 171, 173, 522
Nitsch, Franz 66, 159, 191, 524
Nitsche, Rudolf 43, 66, 77, 78, 79, 80, 159, 165, 216, *458*, 525, 533
Olbrich, Anton 194, 530
Opalka, Elisabeth 171, 172, 174, 184, 523
Otzen, Robert 341, 342, 385, 470, 471, 472, 474, 475, *494*
Paproth, August 522
Paproth, Oskar 519

Pasche, Lore 530
Paschwitz, Josef 530
Pawlek, Franz *111*
Pfender, Josef 106, 107, 108
Pfender, Maximilian (Max)
Pfender, Theresia 106, 107, 108
Picard, Martin 478
Prandtl, Ludwig 112
Probst, Emil *71*
Putbres, Wilhelm (Willi) 522
Pyka, Viktor 180, 394, 395, 519
Ramsauer, Carl 110
Reinsch, Anna-Maria 284
Renn, Erich 525
Richter, Georg 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 323, 530
Richter, Hans 521
Richter, Manfred *473*, *474*, 530, 533
Rietz, Max 519,
Rimarski, Walter 114, 118, 119, 121, 122, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 133, 136, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 146, 147, 148, 149, 150, 153, 154, 155, 156, 352, 363, 390, 391, 436, 438, 449, 450, 465, 468, 479, 480, 501, 526
Rohwedder, Detlev 460, 461, 462
Rottenburg, Otto von 117, 118
Rube, Karl 530
Ruch, Bernhard 530
Rücker, Alice 530
Rudeloff, Max *68*, 78, 340, 341
Rühl, Karl 533
Ruske, Walter 357, 358, 359, 360, 367, 368, 369, 389, 397, 416, 458, 468, 470, 473, 474, 475, 476, 478, 483, 485, 488, 490, 491, 498, 499, 500, 501, 503
Rust, Bernhard
Salewski, Ernst 525
Sayfferth, Adolf 521
Scheile, Martin 321, 531
Schiebert, Otto 522
Schikorr, Gerhard 84, 85, 176, 177, 180, 183, 395, 522, 531
Schlenker, Hans 531
Schlosser, Franz 75, 76, 77, 80, 236, 245, 246, 247, 248, 249, 257, 271, 309, 391, 392, 393, 421, 456, 525, 533
Schmidt, Joachim 531
Schob, Alfred 496
Schomburg, Otto 531
Schrader, Hans-Jürgen 490, 491
Schreiber, Karl 94, 531
Schreiber, Martha 519
Schreiber, Walther *109*
Schrenzer, August 520
Schröter, Dietrich 533
Schultz, Elisabeth 282, 376, 377, 378, 379, 383, 392, 402

Schulz, Karl 532

Schulze, Bruno 272, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 323, 531

Schütze, Hermann 531

Schwabe, Werner 384

Schwarz, Annemarie 531

Seekamp, Horst 524, 533

Seidl, Erich 63, 69, 76, 89, 272, 307, 336, 337, 342, 343, 346, 347, 348, 349, 385, 386, 420, 469, 471, 472, 473, 474, 475, 501

Seiler, Erich 520

Selle, Hermann 135, 136, 137, 138, 139, 141, 142, *281*, 364, 526, 533

Siebecke, Elisabeth 519

Sittel, Josef 531

Sommer, Herbert 48, 87, 88, 210, 211, 212, 531

Sommer, Richard 521

Sonntag, Johann 522

Springer, Rudolf 521

Stamer, Johannes 317

Starfinger, Käthe 319

Stille, Ulrich 490, 491

Sziedat, Gottfried 521

Tamman, Gustav *110*

Terstiege, Heinz 432

Teske, Karl 533

Theden, Gerda 273, *274*, 314, 315, 319, 524

Thum, August 89

Tietz, Paul 384, 385, 386

Tödt, Fritz 533

Toeldte, Walter 236, 242, 243, 250, 251, 252, 253, 323, 525

Tomasof 42

Torge, Emma 519

Trampenau, Hanna 519

Ubbelohde, Leo 75

Ude, Hans 417, 419

Ulrich, Karl 531

Umnus, Wilhelm 523

Umstätter, Hans 533

Varga, Eugen 37, 38

Vaupel, Otto 54, 55, 57, *114*, 175, 401, 410, 411, 527, 533

Viertel, Oswald 48, 87, 88, 300, 301, 302, 303, 304, 531

Vieweg, Richard

Vogel, Hans-Ulrich von 533

Vogeler, Hedwig 293, 519

Vollenbruck, Otto 522

Volmer, Max 43

Waas, Heinz 418

Wachowski, Hans 188, 189, 190, 191, 192, 193, 531

Wanderburg, Charlotte 388

Wanderburg, Ewald 388

Wenzel, Lina 184, 519

Werner, Otto 43, *44*, 180, 428, 523, 533

Wiederholt, Wilhelm 523, 533

Wildenhayn, Erwin 520

Wittke, Fritz 531

Wöhler, August 449

Wolff, Anneliese 519

Wolff, Hans *242*

Wolgast, Gerhard 531

Zeplichal, Franz 287

Zinzen, Arthur 412, 414, 478